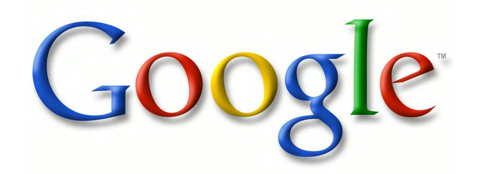
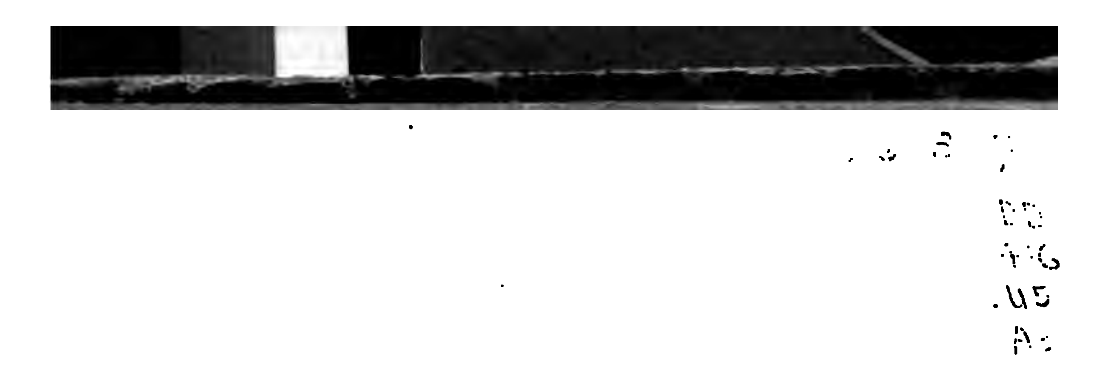



B 1,291,751



1817
ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN




ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN




ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN

Erinnerungen

aus dem Leben von

Hans Viktor von Unruh



H. V. von Unruh

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart.

Erinnerungen

aus dem Leben von 

Hans Viktor von Unruh

(geb. 1806, gest. 1886)

Herausgegeben

von

Heinrich von Poschinger

Mit Bildnis H. V. von Unruhs



Deutsche Verlags-Anstalt
Stuttgart, Leipzig, Berlin, Wien
1895



H. V. v. Unruh

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart.

Erinnerungen

aus dem Leben von

Hans Viktor von Unruh

(geb. 1806, gest. 1886)

Herausgegeben

von

Heinrich von Poschinger

Mit Bildnis H. V. von Unruhs



Deutsche Verlags-Anstalt
Stuttgart, Leipzig, Berlin, Wien
1895

Papier und Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart.

Inhalts-Verzeichnis.

Seite

Vorwort.

Als ich im vergangenen Jahre daran ging, die Hervorragenderen unter den deutschen Volksvertretern um Beiträge zu meinem Werke „Fürst Bismarck und die Parlamentarier“ zu ersuchen, und ich mich in der Angelegenheit auch an den damals zu den Reichstagsverhandlungen in Berlin anwesenden Geheimen Kommerzienrat Oechelhäuser wandte, war seine erste Frage: „Haben Sie sich schon der von Unruhschen Memoiren versichert? Dieselben sind für die Zeitgeschichte von höchster Wichtigkeit.“ Mir waren die von Unruhschen Erinnerungen bereits aus der im Jahre 1881 im IV. Quartalbande des VI. Jahrgangs der „Deutschen Revue über das gesamte Leben der Gegenwart“ versehentlich erschienenen Vorpublikation bekannt, und ich versäumte nicht, alsbald Schritte zu thun, um die Einsicht in das gedachte Manuskript zu erhalten. Die Richtigkeit des Oechelhäuserschen Urteils leuchtete mir, nachdem ich den umfangreichen Schriftenband gelesen, ein, und ich habe es der Güte eines Sohnes des Herrn von Unruh zu verdanken, daß ich in der Lage bin, das ganze Memoirenwerk, soweit dasselbe bisher noch nicht zum Abdruck gebracht ist, hiermit weiteren Kreisen zu erschließen.

Herr von Unruh hat mit der Niederschrift seiner „Erinnerungen“ im Jahre 1875 begonnen und das Werk nach Umfluß von etwa vier Jahren vollendet. Das Originalmanuskript ist ganz von seiner Hand und umfaßt 983 Seiten. Er ließ sodann eine Reinschrift seiner Aufzeichnungen anfertigen, an der er nur noch wenige, meist redaktionelle Abänderungen vornahm.

Von Unruh stand ursprünglich auf einem andern politischen Standpunkt als Fürst Bismarck; er hat sich aber, wie mir dies insbesondere auch der frühere Präsident des Reichstags, Dr. Simson, auf Grund seiner Wahrnehmungen bei Gelegenheit der Anwesenheit der Reichstagsdeputation in

Versailles bestätigt hat, seit 1866 mit dem leitenden Staatsmann tief innerlich ausgesöhnt. — Er starb am 4. Februar 1886 in Dessau.

Ich will, bevor ich ihm selbst das Wort gebe, nur noch einen Brief hier einschalten, den der bekannte Parlamentarier Dr. Karl Braun (Wiesbaden) am 7. August 1877 Herrn von Unruh schrieb, welcher ihm einen Einblick in den Anfang seines Memoirenwerkes gestattet hatte. Dr. Karl Braun übersandte Herrn von Unruh einige Geschichtswerke, worum ihn der letztere gebeten, darunter „einen Band vom alten Fritz“ und fährt sodann fort:

„Endlich — und das ist die Hauptsache — möchte ich Sie nochmals bitten, an Ihren Denkwürdigkeiten nichts Erhebliches zu ändern und dieselben in dem nämlichen Stile fortzusetzen, in welchem Sie dieselben begonnen haben. Es sind die positiven Ergebnisse aus einem an Erfahrungen und Erlebnissen auf den verschiedensten Gebieten reichen Leben, dargestellt in streng pragmatisch-sachlicher und doch lebhafter und anschaulicher Form, und mit einer rückhaltslosen Wahrheitsliebe, die keine Umschweife und keine Verschweigungen kennt. Sie bieten eine vollkommen neue und originelle Beleuchtung der preußischen Politik, Verfassungs-, Verwaltungs- und Regierungsgeschichte, sind für die Gegenwart unterhaltend und belehrend und werden in der Zukunft die Rolle *einer wichtigen historischen Quelle* spielen. Mich haben sie manchmal an die Memoires des alten Fritz erinnert, und dies ist auch der Grund, warum ich Ihnen eine Probe der letzteren schicke.“



Einleitung.

Wie Herr von Unruh zur Niederschreibung seiner Erinnerungen veranlaßt wurde.

Meine Angehörigen und näheren Freunde — so schreibt derselbe — haben mich wiederholt aufgefordert, mündliche Mitteilungen aus meinem Leben, die ich ihnen machte, niederzuschreiben. Meine Lebenszeit umfaßt die Periode der preußischen Geschichte, die mit der tiefsten Erniedrigung Preußens im Jahr 1806 beginnt, sein Aufsteigen zur wirklichen Großmacht und seine Vereinigung mit Deutschland zum Deutschen Kaiserreich in sich schließt. Die Zeit der Freiheitskriege von 1813 bis 1815 ist meinem Gedächtnis deutlich eingeprägt.

Im aktiven Staatsdienst von 1824 bis 1844 lernte ich die guten und schlimmen Seiten des preußischen Beamtentums gründlich kennen und kam mit Männern sowohl der großen Regenerationsperiode, wie Schön, Märckel, Flottwell, Schuckmann, als auch des strengen Absolutismus, wie Meding, Stolberg, Bodelschwingh und so weiter, mehrfach in persönliche Berührung. Mein thatsächlicher Uebertritt aus dem Staatsdienst in die Privatindustrie im Jahre 1844 lehrte mich die Staatsverwaltungsmaschine und ihre Wirkung von der entgegengesetzten Seite kennen. Das Jahr 1848 warf mich kopfüber in die Politik; ich wurde Mitglied der preußischen Nationalversammlung in Berlin und war während der Novemberkrisis erster Präsident derselben. 1849 wurde ich in die zweite Kammer gewählt und kam mit dem damaligen Gutsbesitzer von Bismarck in dieselbe Abteilung. Die Auflösung der Kammer erfolgte im April 1849. Anfang 1863 trat ich in das preußische Abgeordnetenhaus, als der Konflikt mit der Regierung schon begonnen hatte. Als Abgeordneter und seit 1867 zugleich als Mitglied des Norddeutschen, dann des Deutschen Reichstags machte ich die große Zeit von 1866 bis jetzt (1876) politisch thätig mit durch und kam dabei vielfach mit Bismarck in persönliche Beziehungen.

An Erlebnissen, die der Erinnerung und Aufzeichnung wert sind, hat es mir daher nicht gefehlt. Ich konnte mich aber bisher nicht zum Niederschreiben entschließen, weil ich weder eine vollständige Selbstbiographie noch politische Memoiren verfassen wollte. Beides widerstrebte mir. Das eigene Spiegelbild zu zeichnen ist ein mißliches Ding. Ich denke mir, man schwebt dabei immer zwischen Selbstüberhebung und Selbstunterschätzung. Ueberdem hat die Beschreibung des eigenen Lebens für Dritte gar kein Interesse, wenn man nicht zu den großen Männern seiner Zeit gehört und kein Dichter ist. Brauchbare Memoiren dagegen müssen sich auf schriftliche, während der Ereignisse gemachte Notizen stützen, wovon ich nur sehr wenige besitze. Es gehört auch ein gründliches Studium der wichtigen Dokumente aus der betreffenden Zeit und eine genaue Vergleichung derselben mit den eigenen Aufzeichnungen und Erinnerungen dazu. Hier auf dem Landsitz Zoblitz im Rothenburger Kreise der preußischen Oberlausitz, wohin ich mich seit 1873 zurückgezogen habe, fehlt mir fast alles Material zu solchen Studien und, ehrlich gestanden, auch die Neigung zu einer Beschäftigung, welche starke Anspannung der Arbeitskraft erfordert und, statt der auf dem Lande gesuchten Ruhe und Schonung, Anstrengung und Konsumtion der geistigen Kraft bedingt. Erst ein Gespräch mit Heinrich von Sybel, dem Historiker, und mit Bennigsen hat den Entschluß bei mir gereift, meine Erlebnisse niederzuschreiben. Beiden teilte ich meine Bedenken mit. Sybel antworte mir ungefähr so: „Weder eine Selbstbiographie noch ein historisches Werk kann man von Ihnen verlangen; aber wenn ein Mann, der so viel erlebt hat und in großer Zeit thätig gewesen ist, seine Erlebnisse treu und wahr aus dem Gedächtnis mitteilt, möglichst ohne Tendenz seine persönlichen Eindrücke wiedergibt, so entsteht ein Bild seiner Zeit, das nicht nur jeden Gebildeten interessiren muß, sondern auch Wert für den wirklichen Historiker hat, für den die lebendige Aussage eines Augenzeugen von unzweifelhafter Wichtigkeit ist." Bennigsen trat ihm bei und beide rieten mir dringend, die Sache nicht fallen zu lassen.

So gehe ich nun an die Ausführung mit dem festen Vorsatz, wissentlich nichts Unrichtiges zu bringen, nichts zu verschweigen, was mir schaden könnte, ein ehrlicher Zeuge meiner Zeit zu sein. Täusche ich mich in einzelnen Punkten selbst, so mag man Nachsicht mit mir haben und meine Fehler berichtigen.

Soll der Zweck, den Sybel bezeichnete, erreicht werden, so müssen meine Aufzeichnungen gedruckt und publizirt werden. Damit aber die Rücksicht hierauf meine Feder nicht binde, schreibe ich zunächst so, als ob der Druck erst lange Zeit nach meinem Tode erfolgen werde, und nenne Namen und Thatsachen rücksichtslos. Ich weiß jedoch, daß eine solche Arbeit hauptsächlich nur für die lebende Generation, höchstens für die nächstfolgende von Interesse ist und dann jedenfalls vergessen wird. Deshalb rate ich meinen Kindern, daß sie meine Aufzeichnungen nicht allzu lange nach meinem Tode drucken, vorher aber

von einem meiner dazu geeigneten Freunde durchsehen lassen und denselben ermächtigen, Namen von noch Lebenden und solche Anführungen, die als persönliche Angriffe aufgefaßt werden könnten, so weit als nötig zu mildern oder zu streichen. Ich habe auch nichts gegen Streichung oder Kürzung solcher Stellen, welche nach Ansicht meiner Freunde wenig oder kein allgemeines Interesse haben. Indem ich auf diese Weise die unerläßliche Korrektur meiner Arbeit in die Hand eines andern lege, schreibe ich unbefangen und treu.

Meine Knabenzeit.

Einwirkung meines Vaters auf meine Erziehung.

Was mir in meinen Kinderjahren begegnet, hat zunächst wohl nur für meine Angehörigen, vielleicht auch für einzelne nähere Freunde Interesse, indessen will ich diese Zeit doch nicht ganz übergehen, weil die ersten Eindrücke, die das Kind von seiner Umgebung empfängt, die Verhältnisse, unter denen es aufwächst und denken lernt, von dem wesentlichsten Einfluß auf sein Verhalten, seine Auffassungen, daher auch auf seine Darstellung des Erlebten in späterer Zeit sind. Es ist dies eine von den Grenzen, über die der freie Wille nicht hinaus kann und welche zugleich das Maß der persönlichen Verantwortlichkeit beschränken.

Ich bin am 28. März 1806 in Tilsit geboren. Mein Vater war der 1835 verstorbene preußische General Friedrich Wilhelm Christoph von Unruh, meine Mutter, Karoline von Buttlar, Tochter des Baron von Buttlar auf Buttlitten. Der Vater trat nach damaligem Gebrauch schon im Alter von vierzehn Jahren mit sehr mäßiger Schulbildung in ein Dragonerregiment ein, bei welchem der Großvater Stabsoffizier war. Er machte noch eine Revue bei Mockerau unter Friedrich dem Großen, 1794 die Besetzung des Restes von Polen, sodann den unglücklichen Krieg 1806/7 bei dem L'Estoqueschen Corps mit, dem letzten von der ganzen preußischen Armee übrig gebliebenen, endlich den Krieg von 1813 und 1814, und trat 1820 außer Dienst.

Der Vater beschäftigte sich sehr viel mit den Kindern, namentlich mit mir, dem einzigen Sohn. Er war ungemein gütig und nachsichtig gegen die Kinder, aber zornig und heftig, wenn er irgendwo einen Zug von nicht ganz ehrenhafter Gesinnung oder von Feigheit zu entdecken glaubte. Ich erinnere mich, daß er mir mit der Klinge drohte, als ich, zehn Jahre alt, beim Ausziehen eines Zahns mich ängstlich zeigte. Tapferkeit bis zur völligen Todesverachtung und Ehrenhaftigkeit hielt der alte Soldat für selbstverständlich bei jedem ehrenvollen Manne. In diesen Beziehungen hätte ich kein besseres Beispiel und keinen besseren Lehrer wünschen können.

Ein anderer Charakterzug des Vaters war Humanität. Er behandelte seine Untergebenen strenge, aber niemals hart. Mich schalt er gründlich, wenn ich gegen den Diener oder Kutscher, namentlich gegen solche, die den Krieg mitgemacht hatten, nicht höflich genug, nicht bittend, sondern befehlend aufzutreten mir erlaubte. Er rühmte die Aufhebung der Spießrutenstrafe und die Beschränkung der Prügelstrafe auf die zweite Klasse der Soldaten und erinnerte sich mit Widerwillen der Zeit, als der junge Offizier den alten Soldaten ohne Urteil und Recht fuchtelte.

Die mangelhafte Schulbildung suchte der Vater durch fleißiges Lesen auszugleichen; er las Schriften über Geschichte, Politik, auch rationalistische, religiöse und schönwissenschaftliche Werke. Er hatte die Ideen der Aufklärungsperiode in sich aufgenommen, aber gleichzeitig an älteren Anschauungen und manchen Vorurteilen der älteren Zeit festgehalten. Die dadurch entstandenen Widersprüche fielen mir wohl auf, indessen konnte ich mir dieselben doch erst später erklären. So meinte der Vater, daß der Adel ohne großen Grundbesitz und ohne politische Rechte eigentlich bedeutungslos und Adelsstolz, besonders bei dem Briefadel, eine Thorheit sei; dennoch legte er Wert darauf, daß wir zu einem sehr alten Adelsgeschlecht gehörten, und sah es nicht gern, wenn Töchter von Bürgerlichen „gnädiges Fräulein“ statt „Mademoiselle“ genannt wurden.

Despotische Willkür von oben war ihm verhaßt; er wollte überall die Gesetze befolgt haben und verfolgte die konstitutionelle Entwicklung in Süddeutschland mit großem Interesse, aber daß die Macht eines Königs von Preußen wesentlich eingeschränkt und begrenzt werden könnte, hielt er für völlig unzulässig. Sein religiöses Gefühl war sehr lebendig, er ging ziemlich regelmäßig in die Kirche und zum Abendmahl, dagegen war ihm orthodoxer Eifer und Unduldsamkeit zuwider. Obgleich er in vielen Punkten positive Glaubenslehren festhielt, so betrachtete er manche für gleichgiltig, unter anderen die biblischen Wunder und die Lehre von der Gottheit Christi. Er äußerte zu mir schon sehr früh, der Glaube hieran habe mit dem Christentum an sich nichts zu thun. Die Lehre Christi bliebe dieselbe und verlöre nichts an ihrer Würde und sittlichen Wirkung, wenn man Christus für einen sehr begabten, der höchsten Verehrung würdigen Menschen und nicht für einen Gott halte, im Gegenteil stiege er dann noch in seinen Augen. Was dem Gott Christus kaum als besonderes Verdienst anzurechnen sei, erfordere die höchste Anerkennung und Dankbarkeit gegen den edlen, hohen Menschen Christus und ermuntere uns, ihm zu folgen und nachzuahmen.

Daß solche Gespräche, die der Vater zwischen meinem zehnten und vierzehnten Jahre häufig mit mir führte, mich anregen und von entschiedenem Einfluß auf mich sein mußten, liegt auf der Hand, um so mehr, als ich den gütigen Vater sehr lieb hatte, der mich auch reiten und jagen lehrte, fast zu viel und zu früh.

Nicht günstig, vielmehr von hemmender Wirkung auf mich war die für den alten Soldaten der damaligen Zeit nicht unnatürliche Ansicht, daß die alten Sprachen, von denen er selbst nichts wußte, nur für den Gelehrten nötig, für mich eigentlich unnütz seien. Er verlangte, daß ich etwas Tüchtiges, auch Französisch, lernen sollte, wies darauf hin, daß wir kein Vermögen hätten, ich mich also selbst erhalten müsse, glaubte aber, daß es dazu der klassischen Bildung nicht bedürfe. Die notwendige Folge war, daß ich auf dem Gymnasium in Neisse das Latein gründlich vernachlässigte. Diese Lücke habe ich später nie auszufüllen vermocht. Es blieb mir keine Zeit dazu.

Urteil meines Vaters über Friedrich Wilhelm III.

Sehr oft und ausführlich erzählte mir der Vater von seinem Soldatenleben und den kriegerischen Ereignissen, stets ohne Uebertreibungen oder Verletzungen der Wahrheit. Er knüpfte Aussprüche und gesunde Urteile daran, die ich meistens in meinem späteren Leben bestätigt gefunden habe. Einiges davon ist, wie mir scheint, von allgemeinem Interesse.

Der Vater war ein treuer Anhänger des Königshauses, auch der Person Friedrich Wilhelms III. Er rühmte, daß der König ein guter Reiter sei, selbstverständlich auch persönlichen Mut besäße und sich dem Feuer öfter exponirt habe; er sprach ihm auch gute militärische Kenntnisse und Einsicht zu, meinte aber, daß dem Könige jedes Selbstvertrauen mangele und daß deshalb oft nachteiliger Einfluß auf ihn geübt werde. Ferner hob er eine Eigenschaft hervor (von der manche behaupten, daß sie allen Hohenzollern mehr oder weniger beiwohne): die Ausdauer im Wohlwollen und in der Abneigung gegen einzelne Personen. Der Vater führte eine Menge von Beispielen an, wonach sehr bedenkliche, tadelnswerte Handlungen einzelner die Zuneigung des Königs nicht aufzuheben vermocht hatten, und umgekehrt prägnante Fälle, in denen vom Könige sehr tüchtige Männer trotz ausgezeichneter Leistungen und dringender Empfehlungen stets zurückgesetzt worden waren. Das widerspreche der idealen Gerechtigkeit. Unangenehm war meinem Vater die große Vorliebe des Königs für das Detail des Anzuges der Soldaten und zwar hauptsächlich für das äußere Ansehen. Die Bekleidung sei auch nach allen Kriegserfahrungen und trotz vielfacher Aenderungen so unzweckmäßig als möglich: bei der Infanterie Hosen mit Trittriemen (Strippen), Schuhe, die im Schmutz stecken blieben, als Uniform eine Art Frack mit ganz kurzen Schößen ohne Taschen und mit hohem, steifem Kragen, der eng zugehakt wurde und die Bewegung des Kopfes hinderte; auf dem Kopfe ein Tschako, oben groß, unten eng, der nur einen kleinen Teil des Kopfes bedeckte und nur durch sehr festes Anziehen des mit Blechschuppen besetzten Kinnriemens auf dem Kopfe festgehalten wurde, beim Springen über Gräben leicht herunter fiel. Dazu der schwere Tornister mit Kreuzriemen über

der Brust, die das Atmen erschwerten, das Seitengewehr am Bandolier gerade hinter den Kniekehlen hängend und das Gehen hindernd, die Patrontasche hinten auf dem Rücken und das Innere derselben nicht genügend vor Regen geschützt. Bei der Kavallerie war es nicht viel besser, sie hatte ebenfalls die jackenartige, knappe Uniform mit hohem, steifem Kragen, sogar der ungarische Husarenpelz, der beim Standbilde des alten General Zieten bis auf die halbe Lende reicht, war zum Pelzjäckchen zusammengeschrumpft. Dragoner und sogar Husaren trugen ebenfalls den Tschako, auf welchen beim Paradeanzuge ein hoher Busch von Pferdehaaren gesteckt wurde, mittelst dessen der Wind den Tschako leicht herunter warf.

Mein Vater tadelte es, bei allem Respekt vor dem König, daß derselbe, als er sich mit den Garden 1814 bei der großen Schwarzenbergschen Südarmee befand, nicht wenigstens mit der Garde den Versuch gemacht hatte, den gefährlichen Flankenangriff Napoleons auf Blücher bei dessen erstem Marsch auf Paris abzuschwächen. Napoleon hatte gegen Schwarzenberg nur eine geringe Truppenzahl stehen lassen und sich nördlich gegen den vordringenden Blücher gewendet, dessen Niederlage noch viel verderblicher gewesen wäre, wenn ihm nicht das durch Holland heranmarschirende Bülowsche Corps hätte zu Hilfe kommen können. Schwarzenberg soll nicht zu bewegen gewesen sein, Napoleon schnell zu folgen und Blücher zu degagiren. Nun meinte mein Vater, daß schon das Vorgehen der preußischen Garden zunächst gegen das, den Abmarsch Napoleons maskirende französische Corps genügt hätte, den Angriff auf Blücher zu schwächen und zu verzögern, und daß dadurch auch Schwarzenberg gezwungen worden wäre, den preußischen Garden zu folgen und dieselben zu unterstützen.

Im Yorkschen Corps war nach meines Vaters Mitteilung große Mißstimmung durch einen Vorfall beim zweiten Vormarsch Blüchers auf Paris hervorgerufen. Das Corps hatte vom Rhein an den Winter hindurch sehr viel biwakirt, starke Märsche gemacht und sich häufig und gut geschlagen. Dadurch war die Bekleidung sehr heruntergekommen, sah unsauber und zum Teil zerrissen aus, besonders hatte das Schuhwerk sehr gelitten; ein Teil der Mannschaft ging mit umwickelten Füßen ohne Schuhe. Ersatz an Bekleidung war wenig herangekommen; aber das Corps blieb trotz aller Anstrengungen und aller Mängel der Bekleidung schlagfertig. Da befahl der König bei jenem zweiten Vormarsch auf Paris eine Parade eines großen Teils des Corps. Als er beim Vorbeimarsch die unsauberen, abgerissenen Truppen sah, soll er sein Pferd umgewendet haben und mit der Aeußerung fortgeritten sein: „Sehen aus wie Räuber, nicht wie preußische Soldaten."

Diese Kränkung konnte mein Vater bis an sein Lebensende nicht vergessen. Bekanntlich wurde das Yorksche Corps auch nicht nach Paris hinein gelassen, natürlich aber die Garden, die sehr sauber aussahen, aber auch sehr wenig

ins Feuer gekommen waren, nicht durch ihre Schuld, sondern auf Anordnung des Königs. Dieses übermäßige Schonen einer Leibtruppe hielt mein Vater für falsch. 1866 und 1870 ist auch davon nicht mehr die Rede gewesen, und gerade dadurch hat die lange Zeit in der Armee und beim Publikum nicht beliebte Garde überall volle Anerkennung gefunden.

Urteil meines Vaters über die Landwehr, Blücher und York.

Von Bedeutung und Einfluß für mich in der trüben Konfliktszeit 1863 bis 1866 ist das mir sehr erinnerliche Urteil meines Vaters über die Landwehr gewesen. Er ließ dieser Truppe volle Gerechtigkeit widerfahren und erzählte mir, daß er bis 1813 nur den Landsknecht, das heißt den Mann, der bis zur Invalidität dienen, jeden andern Lebensberuf aufgeben mußte, für den eigentlichen Soldaten gehalten habe, mit dem sich Erfolge erreichen ließen. 1813 habe er aber gesehen, daß Landwehr und junge Liniensoldaten, welche durch überlegene französische Truppen aus einem Dorf in großer Unordnung herausgeworfen wurden, sich am nächsten trockenen Graben, wenige hundert Schritte vom Dorfe wieder gesammelt und ein solches Feuer auf den nachfolgenden Feind eröffnet hätten, daß derselbe sich wieder nach dem Dorfe zurückziehen mußte, welches demnächst mit Hilfe von angekommenen Verstärkungen wieder genommen worden sei. Das thut eine landsknechtartige Truppe nicht, sagte mein Vater. Diese gehe so lange zurück, bis sie auf Unterstützung stoße; in ihren einzelnen Leuten steckt nicht der Gedanke: „Du willst dich nicht schlagen lassen, du mußt siegen.“ Diesen Geist in der preußischen Armee von 1813 rühmte mein Vater, dennoch hatte er die Ansicht, daß es immer nur ein Notbehelf sein müsse, ganze Truppenkörper aus lauter gar nicht oder wenig gedienten Leuten oder aus solchen zusammenzusetzen, die lange Zeit keinem festen Verbande angehört hatten. Man thäte entschieden besser, diese Elemente mit den bestehenden Formationen zu mischen und diese dadurch zu verstärken, nötigenfalls zu teilen. Er tadelte besonders die Organisation von Kavallerie aus Freiwilligen und versicherte, daß die sogenannten Jägereskadrons erst mit der Zeit nur dadurch brauchbar und zuverlässig geworden seien, daß man großenteils unter der Hand einen Teil der Freiwilligen in die alten Eskadrons gesteckt und aus diesen gediente Soldaten geringeren Standes, auch Unteroffiziere zur Jägereskadron abgegeben habe. Namentlich wies er auf das damalige National-Kavallerieregiment, die jetzigen Gardehusaren, hin, das in Ostpreußen unter dem Grafen Lehndorff fast nur aus wohlhabenden jungen Männern der besseren Stände mit eigenen Pferden gebildet worden sei. Das Regiment schaffte sich willkürlich Fahnen (Standarten) an, drückte auf dem Marsche nach Schlesien mehr als die Hälfte seiner Pferde und beging so viele Insubordinationen, daß nach der Ankunft bei der Blücherschen

Armee während des Waffenstillstandes eigentlich sofort eine ganze Anzahl der Mannschaften vor ein Kriegsgericht gestellt und einige hätten erschossen werden müssen. Blücher soll aber gesagt haben: „Dummes Zeug, die Jungens verstehn's noch nicht, wollen's ihnen schon beibringen.“ Ein alter Haudegen, Oberst von Knobloch, wurde Kommandeur; das Regiment verlor seine willkürlich angeschafften Fahnen, mußte mehrere Wochen während des Waffenstillstandes biwakiren, tüchtig exerzieren und bekam eine Anzahl gedienter Mannschaften, meistens Landleute, aus anderen Regimentern. Die wohlhabenden jungen Männer lernten füttern, satteln und packen und fanden unter den hinzugetretenen Leuten gegen Bezahlung Burschen, also Hilfe bei ungewohnter Arbeit. Das Regiment hat sich dann später vortrefflich benommen und wurde beim Frieden zu Gardehusaren umgewandelt.

Es verdroß meinen Vater, wenn junge Kavallerieoffiziere sich dünkten, mehr und besser zu sein, wie ihre Kameraden von der Infanterie. Obgleich er selbst länger als vierzig Jahre Kavallerist war, so äußerte er doch bei solchen Gelegenheiten laut, daß der Infanterie die schwerere Aufgabe zufiele und sie beim viele Stunden langen Kampf um wichtige Stellungen mehr Zähigkeit und Ausdauer als die Kavallerie bedürfe, deren eigentliche Aktion immer nur kurze Zeit daure.

Von der Kavallerie verlangte der Vater große Schnelligkeit der Bewegungen, festen Schluß und energischen Choc; dieser entscheide beim Kavallerieangriff. Die Waffe sei dabei gleichgiltig und komme nur beim Einzelgefecht und Verfolgen zur Wirkung. Was die Kavallerie nicht niederreite, besiege sie auch nicht. Die Kavallerie ritt meinem Vater (1815—1820) viel zu langsam. Ich erinnere mich deutlich, daß er den jetzigen Feldmarschall Wrangel für den einzigen wirklichen Reitergeneral hielt, den Preußen habe und der große Kavalleriemassen zu führen verstände. Zum Führer einer großen Armee eigne er sich aber nicht; er sei kein Stratege und höre nicht auf seinen Generalstabsoffizier.

Entschieden widersprach der Vater der damals oft gehörten Meinung, Blücher sei eigentlich nur ein Haudegen und Draufgänger gewesen und verdanke die Erfolge seiner Armee allein den ausgezeichneten Generalstabsoffizieren. Die großen Verdienste dieser erkannte der Vater bereitwillig an, er gab auch zu, daß es Blücher an jeder wissenschaftlichen Bildung, ja an Schulkenntnis gefehlt habe, aber er versicherte, daß der „Marschall Vorwärts“ einen sehr scharfen Verstand und große Menschenkenntnis, klaren Ueberblick und Verständnis für fremde Ansichten besessen habe. Sein Generalstab und andere höhere Offiziere seien von ihm bei wichtigen Entscheidungen stets zum Wort gelassen und dasselbe ihnen niemals abgeschnitten, wie von seiten anderer Generale zum großen Nachteil der Sache leider öfter geschehen; jedoch habe Blücher seine Ratgeber genau gekannt und richtig beurteilt und gewußt, daß

der eine sehr kühn, der andere sehr vorsichtig sei. Mit Rücksicht hierauf habe er seine Entschlüsse gefaßt und energisch durchgeführt. Er konnte begründeten Widerspruch ertragen, besaß eine außerordentliche Geschicklichkeit in der Behandlung eigensinniger Untergebenen und entwickelte in schwierigen Lagen, namentlich bei Rückzügen eine ungemein große Thätigkeit und übte oft mit ganz kurzen Worten einen sehr günstigen Einfluß auf Geist und Stimmung der Truppen.

Als Belag für diese Charakteristik Blüchers führte mein Vater Beispiele an. So habe Blücher dem russischen General Langeron, der mit seinem Corps der schlesischen Armee zugeteilt war und an der Katzbach dem Befehl, heran zu kommen, nicht gehorchte, nachträglich gesagt, Langeron habe eigentlich Kriegsrecht und die Kugel verdient, er denke aber, es sei nicht böser Wille gewesen und werde nicht wieder vorkommen, sie wollten gute Freunde bleiben. Bekanntlich hat dann der russische General Blücher bis zu Ende des Feldzugs redlich unterstützt, so daß speziell nach der Schlacht von Laon bei hohen russischen Offizieren die Meinung herrschte, Langeron gebe sich aus Anhänglichkeit an Blücher dazu her, daß dieser die Russen opfere und die Preußen schone.

Als zweiten Belag erwähnte mein Vater, daß Blücher vor der Schlacht an der Katzbach beabsichtigt habe, über diesen Bach und den Bober vorzugehen, und Macdonald anzugreifen; von seiten Yorks sei heftig und formlos widersprochen worden, zunächst ohne Angabe näherer Gründe, deren Anführung dann Blücher verlangt habe. Darauf soll York geantwortet haben, nach dem anhaltenden Regen müßten die Gebirgswässer sehr stark steigen und aus den Ufern treten, wohl auch Brücken zerstören. Durch Vorgehen bekämen wir diese zeitweise sehr gefährlichen Defiléen in den Rücken. Wenn wir aber stehen blieben, so würde der Feind, der diese lokalen Verhältnisse mutmaßlich nicht kenne, die Gewässer passiren und uns angreifen, dann seien wir in der Lage, ihn zu ersäufen. Darauf soll Blücher erwidert haben, das ließe sich hören, York hätte das gleich sagen müssen, darüber brauche man sich nicht erst zu zanken. Bekanntlich wurde der Rat Yorks mit großem Erfolg befolgt.

Selbstverständlich hat mein Vater als bloßer Regimentskommandeur den obigen Verhandlungen nicht persönlich beigewohnt, sondern ihm sind dieselben von anderen Offizieren mitgeteilt worden. Zufällig ist mir der ganze Vorgang von einem Augen- und Ohrenzeugen vollkommen bestätigt worden. Der Oberst von Chorus, Mitte der dreißiger Jahre Chef des Generalstabs beim VI. Armeecorps, erzählte mir, er habe vor der Schlacht an der Katzbach zu den jüngeren Offizieren gehört, welchen nach jener wichtigen, in ihrer Gegenwart geführten Besprechung die nötigen Befehle an die Truppenteile diktirt worden sind. Chorus erwähnte das barsche Auftreten Yorks und das originelle, sehr sachgemäße Benehmen Blüchers.

Diese Scene stimmt auch mit der Behauptung meines Vaters, daß York nur von einem einzigen Vorgesetzten zu kommandiren gewesen sei, nämlich von

Blücher. Der Vater tadelte es daher, daß York 1815 nicht wieder unter Blücher ein Armeecorps vor dem Feinde bekommen habe, vielmehr unthätig in Breslau blieb, und meinte, diese Zurücksetzung Yorks wäre nur in dem Falle gerechtfertigt gewesen, daß Blücher den Oberbefehl nicht erhalten hätte.

Bei der Beurteilung Yorks unterschied mein Vater zwei Seiten: als General und Corpsführer stellte er ihn sehr hoch, lobte seine Umsicht, seine große persönliche Tapferkeit und seine außerordentliche Thätigkeit in allen Lagen und zu jeder Zeit, besonders aber auf Rückzügen. Dagegen verkannte er nicht die anderweiten Mängel Yorks. Mein Vater würde Droysens „Leben Yorks" nicht für eine wirkliche, treue Biographie, noch weniger für eine historische Darstellung, sondern für eine Malerei der Lichtseiten Yorks mit leiser Andeutung der Schatten angesehen haben.

Erzählung Droysens im Leben Yorks.

Im Leben Yorks von Droysen kommt auch der Name meines Vaters bei der Erzählung eines Vorfalls in einer Weise vor, die mich als Sohn verpflichtet, die mir genau bekannte Unwahrheit der Fabel nachzuweisen.

Droysen erzählt im 6. Kapitel „Montmirail" auf Seite 315 und 316, 1. Auflage, daß Platen (der interimistische Kommandeur des Lithauischen Dragonerregiments) bei dem Kavalleriegefecht (bei Château-Thierry) verwundet vom Pferde gestürzt und gefangen worden sei, dann fährt Droysen auf Seite 321 wörtlich fort: „Als das Corps schon auf dem Marsch war, kam Platen angesprengt; er hatte sich listig genug von den beiden Chasseurs, die ihn führten, losgemacht, indem er ihnen aus seinem Mantel, dessen Aermel sie hielten, entschlüpfte; dann war er weiter stromauf durch die Marne geritten und geschwommen und meldete sich nun durchnäßt und blutbesudelt. York sorgte,. daß er sofort verbunden wurde, bot ihm seinen Wagen zum Weiterfahren an. Als er aber in demselben seinen ‚Todfeind', den Oberst Unruh von den Westpreußen, sah, der durch den Leib gestochen war, spie er aus, da er nicht fluchen konnte, denn der Arzt hatte ihm das Sprechen verboten, setzte sich wieder auf seinen Gaul und ritt mit der Kolonne die Nacht durch."

Mein Vater hat mir seine Erlebnisse bei Château-Thierry, seine Begegnung mit Platen auf dem Verbandplatz, den Rückmarsch bis Rheims und die Gefangennahme Platens in dieser Stadt wiederholt genau erzählt; ich habe ihn über diese Vorfälle und über Platen oft mit anderen Offizieren, auch mit früheren Regimentskameraden, sprechen hören. Ich interessirte mich gerade für diese Kriegsepisode, bei welcher das Leben meines Vaters an einem Haar gehangen hatte. Ich habe aber auch den ehemaligen Eskadronschirurgen Richter (später in Neisse) gekannt, der die Kommandeure der beiden Dragonerregimenter,

Platen und meinen Vater, bald nach dem Gefecht selbst verbunden und mir den Hergang oft und speziell erzählt hat. Endlich plauderte ich in Neisse (1815 bis 1820) häufig mit dem lithauischen Reitknecht meines Vaters, Pietzker, der während des Krieges 1813/14 die Handpferde meines Vaters führte und bei dem Verbande der beiden Obersten nach dem Gefecht bei Château-Thierry Hilfe leistete, den Vater auf dem Rückmarsch begleitete und in unserem Hause in Neisse gestorben ist. Seine Angaben über die Scenen bei Château-Thierry stimmen mit der Erzählung meines Vaters und des Chirurgen Richter genau überein.

Hiernach ist der Hergang folgender gewesen:

Platen und mein Vater hatten sich 1810 in Dienstangelegenheiten überworfen. Mein Vater glaubte keine hinreichende Genugthuung erhalten zu haben und von Platen persönlich beleidigt zu sein. Er forderte daher Platen auf Pistolen, obgleich damals Duelle wegen Dienstangelegenheiten besonders streng verboten waren. Der Schwager meines Vaters, Generallieutenant von Rouquette wollte sekundiren. Das Duell sollte, da Platen inzwischen zu den Lithauern versetzt war und mein Vater kurze Zeit in der Mark stand, bei Konitz stattfinden. Die Sache kam aber durch einen Zufall zur Kenntnis des Kabinets, und der König schickte, wie es damals bei bevorstehenden Duellen unter Offizieren verständigerweise Gebrauch war, einen Offizier mit Kurierpferden nach Konitz, wo derselbe am Abend vor dem Duell eintraf und den beiden Duellanten die Wahl ließ zwischen Abgabe des Ehrenworts, sich nicht zu schießen, oder Verhaftung. Natürlich gaben beide ihr Ehrenwort. Die Untersuchung wurde eingeleitet. Platen kam auf einige Monate nach der Festung Pillau, mein Vater nach Spandau.

Während des Krieges 1813/14 gehörten sowohl die lithauischen Dragoner unter Platen als auch die ersten westpreußischen unter meinem Vater zum Yorkschen Corps und hatten bei dem gefährlichen Flankenangriff Napoleons auf Blücher in der Gegend von Château-Thierry die Arrièregarde. Die feindliche überlegene Kavallerie drängte sehr heftig, es kam zum Handgemenge, bei welchem Platen einen schweren Hieb übers Gesicht und in die Schulter bekam und mein Vater mit einem Pallasch durch den Leib gestochen wurde, hinten über dem Hüftknochen hinein und vorne unter der letzten Rippe heraus. Ich habe die Narben beim Baden oft gesehen.

Die beiden Verwundeten hielten sich auf ihren Pferden bei ihren Regimentern und wurden hinter der Front derselben, nachdem Unterstützung herangekommen war, von dem Eskadronschirurgen Richter verbunden. Sowohl nach der Erzählung meines Vaters als des Chirurgen Richter sagte einer der Verwundeten, die seit der Duellgeschichte kein Wort mit einander gewechselt hatten: „Es ist doch besser, daß wir hier als auf dem Duellplatz bei Konitz verbunden werden." Darauf schüttelten sich beide die Hand. Platen klagte

über großen Durst, und der Reitknecht meines Vaters, Pietzker, meldete, er habe eine Flasche weißen Wein im Pistolenholster. Der Chirurg verbot das Weintrinken. Platen aber meinte: „Und wenn es Gift wäre, ich trinke doch.“ So tranken beide zusammen die Flasche Wein aus. Platen bestieg sein Pferd und mein Vater wurde auf das seinige von einigen Dragonern gehoben. Sie ritten gemeinschaftlich zurück. Wo bleibt da der „Todfeind“ Platens. Mein Vater war keines Menschen Todfeind. Die ganze Scene entspricht dem heftigen, aber versöhnlichen Charakter meines Vaters und dem Moment, in welchem derselbe sich dem Tode nahe glaubte. Der Chirurg Richter sagte mir, daß mein Vater ihn während des Verbindens gefragt habe: „Nun, Richter, es ist wohl bald aus mit mir? Ich verlange, daß Sie mir die Wahrheit sagen.“ Richter, ein sehr trockener, lakonischer Mensch, antwortete: „Das kann man noch nicht wissen, es wird sich bald zeigen. Wenn Sie Erbrechen bekommen, so geht es bald zu Ende. Sie haben aber seit vierundzwanzig Stunden nichts genossen als einen Happen Kommisbrot und etwas Wein; die Eingeweide sind also leer und schlaff; vielleicht sind dieselben der Klinge ausgewichen.“ Platens Wunde war tief, aber nicht lebensgefährlich. Zur Nacht wurde mein Vater in die Stube eines Bauernhauses einquartiert und auf Streu gelagert. Etwas später kam sein Brigadekommandeur, General von Jörgas, und noch mehrere Generale in die Stube. Die Herren legten sich ebenfalls auf Streu, hatten aber Decken und auch Luftkissen, zogen ihre Uniformen aus und legten die Degen ab. Mitten in der Nacht öffnete eine Ordonnanz die Thür und rief: „Der General York!“ Die Generale erhoben sich schnell, aber in demselben Augenblick trat auch schon York ins Zimmer und sah die Herren halb ausgezogen ohne Waffen. Voller Wut schrie er: „Wir sind auf dem Rückzuge, der Feind ist nahe, das Dorf verfahren, die Passage gesperrt und die Herren Generale faulenzen und schnarchen; ich werde Kriegsrecht über Sie halten lassen, Sie geben den Truppen ein schönes Beispiel.“ So ging es noch eine Weile fort in Ausdrücken, von denen mein Vater versicherte, er habe solche Worte nicht leicht gegen Unteroffiziere gebraucht. Auf einmal bemerkte York noch einen Offizier auf der Streu und schrie nun: „Was liegt denn da noch für eine faule Hure?“ Er bekam die kurze, mürrische Antwort: „Oberst von Unruh von dem und dem Regiment.“ Sogleich änderte York seinen Ton und sagte freundlich: „Ah, Sie sind schwer blessirt, ich werde Ihnen morgen meinen Wagen schicken.“ Es war dies die einzige Equipage dieser Art, die York zu solchen Zwecken beim Corps duldete.

Am andern Morgen bestieg mein Vater den Wagen, empfand aber beim Rütteln desselben starke Schmerzen und ließ sich deshalb beim nächsten Ort mittelst eines Stuhles und eines Tisches wieder auf das Pferd bringen. Von Platen, der anderswo während der Nacht einquartiert war, hat er an jenem Morgen gar nichts gesehen. Sie marschirten beide zu Pferde zunächst

etwa acht Meilen weit bis Rheims und hatten das Wundfieber auf den Pferden, an jeder Seite einen Dragoner.

In Rheims war damals Napoleon sehr verhaßt, die Verwundeten wurden gut aufgenommen. Die Wirte meines Vaters und die Platens redeten beiden zu, mit ihren schweren Wunden nicht weiter zu marschiren, sondern in Rheims zu bleiben, und versprachen, die Offiziere so gut zu verbergen, daß die französischen Soldaten, die sich ja doch unmöglich lange in Rheims halten könnten, sie gewiß nicht finden sollten. Der Vater traute dem Vorschlage aber doch nicht, wollte um keinen Preis gefangen werden und machte noch zwei Märsche rückwärts zu Pferde. Napoleon verfolgte Blücher dann nicht weiter.

Platen hatte sich bereden lassen, in Rheims zu bleiben, seine Wirte am Markt hatten ihn gut in einer Dachkammer versteckt. Als aber Napoleon einrückte und auf dem Markt hielt, begab sich der tolle Platen (dies war sein Spitzname in der Armee) in die Etage, sah sich die Franzosen aus dem Fenster an, wurde bemerkt und als Gefangener nach dem südlichen Frankreich transportirt, von wo er erst nach dem Frieden von 1814 zurückkehrte.

Der Vater erreichte nach sehr schneller Genesung die Armee wieder vor Paris.

Im Jahre 1820 war mein Vater nach seiner Pensionirung mit mir in Königsberg i. Pr., wo auch Platen pensionirt lebte. Ich selbst bin Zeuge, daß sich beide besuchten und freundlich mit einander verkehrten.

Die Droysensche Erzählung ist daher nicht nur reine Fabel, sondern trägt dabei den Stempel der Unwahrscheinlichkeit, ja Unmöglichkeit an der Stirn und enthält eine Beleidigung eines tapfern, ehrenwerten Offiziers. Daß ein solcher nicht ungerächt vor sich ausspeien läßt, scheint Droysen nicht zu wissen. Wenn nur etwas Aehnliches vorgefallen wäre, wenn zum Beispiel Platen sich mit Widerwillen abgewendet hätte, als er meinen Vater im Yorkschen Wagen sah, so würde ihn dieser unmittelbar nach dem Kriege unfehlbar zum zweitenmal gefordert und in Königsberg später mit ihm nicht freundlich verkehrt haben. Quellen gibt Droysen für seine Darstellung des Herganges nicht an. Wozu auch Quellen? Es handelt sich ja nur um eine pikante Anekdote, wenn dieselbe auch beschimpfend für einen höheren Offizier ist, der schon 1806 sich den Orden pour le mérite und 1813/14 beide eiserne Kreuze unter York verdient hat, dem York seinen Wagen anbietet und der im Frieden zum General befördert wurde. Erfinder der unwahren Erzählung, die kaum in das Feuilleton eines Winkelblättchens, aber nicht in ein historisch sein sollendes Buch gehört und mit dem Leben Yorks absolut nichts zu thun hat, ist Droysen wohl nicht. Mutmaßlich rührt die Klatscherei daher, daß die westpreußischen Dragoner später in sehr schlechten Ruf kamen. Das Regiment bestand zum allergrößten Teil aus nach dem Krümpersystem sehr mangelhaft ausgebildeten schlesischen Rekruten,

die nicht wie die Litthauer von Natur Reiter sind, auf schwachen, kaum angerittenen schlesischen Bauernpferden. Das Offiziercorps war gut, und das Regiment hat bei Goldberg, an der Katzbach und bei Möckern vor Leipzig unter meinem Vater sich nicht schlecht benommen, vielmehr sechs Kanonen erobert und mehreremale Infanterie niedergeritten. Bei Möckern wurde mein Vater zum erstenmal blessirt. Bei Château-Thierry wurde das Regiment so gut wie die Brandenburgischen Husaren und schließlich auch die Litthauer geworfen, aber nicht zersprengt. Es sammelte sich mit den Litthauern, und beide Kommandeure wurden hinter der Front verbunden.

Während der Abwesenheit meines verwundeten Vaters soll das Regiment unter dem Oberstlieutenant von Woisky etlichemale versagt und 1815 bei Ligny total Fiasko gemacht haben. Es kursirten dann eine Menge teils wahrer, teils erfundener Geschichten über das Benehmen des Regiments. Dahin gehört jedenfalls auch die Droysensche Anekdote. Zum Vorwurf mache ich ihm nur die leichtfertige Verbreitung einer so verletzenden Darstellung ohne Angabe von Gewährsmännern.

Bedenklich für einen Historiker ist aber auch die jedenfalls irrtümliche und widerspruchsvolle Erzählung von der Gefangennahme Platens und dessen angeblicher Flucht. Nach meinen Gewährsmännern ist Platen bei Château-Thierry gar nicht gefangen genommen, sondern fast gleichzeitig mit meinem Vater verwundet und verbunden worden. York war dabei nicht in der Nähe. Die beiden Regimentskommandeure sind auch nicht die Nacht hindurch mit der Kolonne marschirt, sondern unter Dach gewesen. Den Yorkschen Wagen hat mein Vater erst am andern Morgen auf kurze Zeit bestiegen.

Nach Droysen soll Platen bei dem Gefecht mit dem Pferde gestürzt und gefangen genommen sein. Er hat also an der Erde gelegen. Wie ist er dann nun als Gefangener wieder auf sein Pferd gekommen? Etwa durch besondere Artigkeit der Franzosen? Schwerlich. Und wenn er zu Pferde als Gefangener zwischen zwei feindlichen Chasseuren sich befand, so werden sich diese doch jedenfalls der Zügel seines Pferdes bemächtigt und ihn nicht nur an den Aermeln seines Mantels gehalten haben. Jeder Kavallerist weiß, daß ein reitender Gefangener, der außer den Sporen auch den Gebrauch der Zügel frei hat, jeden Augenblick entwischen kann, auch ohne den Mantel auszuziehen. Daß übrigens ein Mann in Platens Alter mit einer tiefen Hiebwunde durch das ganze Gesicht und in die Schulter ein solches Turnerkunststückchen mit Ausziehen des Mantels ausführen sollte, ist nicht glaublich. Man weiß ja, wie solche militärischen Anekdoten entstehen. Die alten pensionirten Offiziere erzählen gern angebliche Kriegserlebnisse und nehmen es oft nicht ganz genau mit der Wahrheit. Der eine mag erzählt haben, daß Platen beinah' gefangen genommen worden sei, der andere läßt das Wörtchen „beinah'" fort, und im dritten Munde kommt schon die Entmantelung hinzu.

Droysen gibt auf Seite 315 einen Auszug aus dem Regiments-Tagebuch der Lithauischen Dragoner, und unmittelbar darauf, jedoch außerhalb der Anführungszeichen, folgt dann die Erzählung von der Gefangennehmung Platens ohne Quellenangabe. Das Regimentstagebuch würde doch ein so wichtiges Ereignis wie die Gefangennehmung seines Kommandeurs angeführt haben.

Ich schließe diese Episode mit dem Geständnis, daß ich das Leben Yorks von Droysen bisher nur stückweise gelesen und erst jetzt nachgeschlagen habe. Ich kannte zu viel von dem Privat- und Familienleben Yorks, um mich für diese Art von Biographie zu interessiren. Die militärischen Leistungen Yorks waren mir aus der Kriegsgeschichte bekannt. Hätte ich die Stelle, in welcher mein Vater in so übler Weise erwähnt wird, bald nach dem Erscheinen des Buchs kennen gelernt, so würde ich Droysen genötigt haben, mir seine Gewährsmänner zu nennen oder die Verantwortung selbst zu übernehmen.

Die Kriegszeit 1813 bis 1815.

Im Jahre 1808 kam das Regiment, bei dem mein Vater stand, daher auch seine Familie, von Ostpreußen nach Freistadt in Schlesien. Schon 1810 wurde das Regiment nach der Mark gezogen. Da ein häufiger Garnisonwechsel in Aussicht stand, so ging die Familie nach Berlin und blieb daselbst bis zur Rückkehr des Vaters aus Frankreich in dem kurzen Frieden von 1814. Er wurde dann Kommandant von Neisse, wo wir bis 1820 blieben. Ich erinnere mich deutlich an die Lokalität und manche Vorfälle in Freistadt; dann an die Jammergestalten der aus Rußland zurückkehrenden Franzosen, an das Eindringen eines Trupps Kosaken in das von den Franzosen besetzte Berlin, an den Einzug des aus Rußland zurückkommenden preußischen Corps unter York, welches über den Schloßplatz marschirte, auch an den Kanonendonner, der von der Schlacht bei Großbeeren deutlich nach Berlin herübertönte. Es machte auf den siebenjährigen Knaben einen tiefen Eindruck, als Landleute nach Berlin flüchteten. Auf dem Hofe des Hauses, in dem wir wohnten, stand ein vierspänniger Bauernwagen mit Hausgerät und allerlei Sachen. Alles war in fieberhafter Spannung und fürchtete das Eindringen der Franzosen in Berlin. Da traf die Nachricht von dem Siege der Preußen ein und zugleich die Aufforderung, Wagen zur Abholung von Verwundeten nach dem Schlachtfelde zu schicken. Der Bauer, dem der Wagen auf unserem Hofe gehörte, weigerte sich, zu fahren, aber schnell wurden die Sachen von dem Wagen unter Leitung des Hauswirts nach einer Remise geschafft und der Bauer gezwungen, unter beigegebener Begleitung nach dem Schlachtfelde zu fahren. Bald zogen ganze Reihen von Wagen mit auf Stroh gelagerten Verwundeten langsam durch die Stadt nach den Kasernen am schlesischen Thor, die als Lazaret benützt wurden. Die Einwohner trugen massenhaft Körbe voll Lebensmittel dahin, aber auch meine

Mutter blieb nicht zurück, von den älteren Kindern begleitet. Wir sahen blutige Verwundete abladen, hörten oft Stöhnen und bemerkten, daß die Prinzeß Wilhelm, Schwägerin des Königs, sich nach den Krankenzimmern begab und über einen Arzt sehr erzürnt war. Klar vor meinem Gedächtnis steht auch der Moment, als meine Mutter alles irgend entbehrliche Silberzeug als Beitrag zu den Kriegskosten nach der königlichen Kasse brachte.

Meine Schulzeit und der mathematische Unterricht. Prügelstrafe in den Schulen.

In Berlin ging ich nach kurzem, sehr schlechtem Privatunterricht in eine Privatschule und kam dann 1815 in Neisse zuerst in die Bürgerschule und dann auf das Gymnasium, das alte Jesuitenkollegium. Der Direktor und mehrere Lehrer hatten dem Orden angehört und waren wohl heimlich noch Mitglieder desselben, aber beim Unterricht merkten wir Schüler nichts von spezifisch katholischer Tendenz. Wir Jungen wußten kaum, wer von uns katholisch und wer protestantisch war. Der Unterricht wurde nicht gerade anregend erteilt, sondern mehr mechanisch, namentlich machte unser Lehrer die Mathematik rein zur Gedächtnissache; er trug Lehrsatz, Zusätze und Beweise vor. Wer gut bestehen wollte, mußte dieselben auswendig lernen. Aufgaben gab er selten, und wenige konnten dieselben lösen, die anderen schrieben von diesen ab. Mich interessirten die Stunden, in denen Naturkunde und später in Tertia die Anfangsgründe von Physik vorgetragen wurden. Am besten mochte wohl der Unterricht im Latein sein, aber mir war ja gesagt worden, daß ich Latein eigentlich gar nicht gebrauche; natürlich lernte ich so wenig als möglich davon. Es schien mir selbstverständlich und stimmte ganz mit meiner Neigung, daß ich Soldat würde, wie alle meine Verwandten und Vorfahren.

Auffallenderweise war mein Vater damit nicht einverstanden, so sehr er seinen Stand liebte und hochhielt. Er sah einen sehr langen Frieden vorher, hob die so geringen Gehälter der Subalternoffiziere und besonders die (damaligen) ganz ungenügenden Pensionssätze (General 800 bis 1000 Thaler, Oberst 600 bis 800 Thaler) hervor und wies darauf hin, daß wir kein Vermögen hätten, ich also auf genügende Zulage nicht rechnen könne. Deshalb riet mir mein Vater, ein Zivilfach zu wählen, etwa Forstmann oder Baumeister zu werden.

Im Herbst 1819 kam der Kronprinz (der nachherige König Friedrich Wilhelm IV.) zu einem großen Manöver nach Neisse. Ich erhielt vom Vater die Erlaubnis, zu Pferde den Exerzitien beizuwohnen, und war sehr gespannt auf den Kronprinzen, den ich mir als eine ritterliche Erscheinung, einen flotten Reiter dachte. Wie ward ich aber enttäuscht, als ich den noch sehr jugendlichen,

aber schon korpulenten Kronprinzen als kurzsichtigen und unsichern Reiter vor mir sah. Alle Illusion war verschwunden.

Im Jahre 1820 wurde mein Vater pensionirt. Ich kam auf die Domschule nach Königsberg i. Pr., die einer der ersten Versuche einer Realschule war. Direktor und Lehrer waren mit einer Ausnahme sehr tüchtig und strebten mit aller Kraft darnach, den Schülern eine streng wissenschaftliche Ausbildung zu geben, ohne zwei Drittel der Zeit auf alte Sprachen zu verwenden. Hier zeigte es sich, wieviel bei allem Unterricht, ganz besonders aber bei dem mathematischen, auf die Lehrmethode ankommt. Auf dem Gymnasium in Neisse war mir die Mathematik ein Greuel, in Königsberg wurde innerhalb dreier Monate die Mathematik mein Lieblingsfach. In Neisse wurde, wie schon oben gesagt, diese Wissenschaft rein zur Gedächtnissache gemacht. In Königsberg bestand der mathematische Unterricht hauptsächlich aus Aufgaben. Selbst auf Findung der Lehrsätze wurden wir hingeleitet; jedenfalls bestand nach dem Vortrage eines Lehrsatzes die erste Aufgabe in dem Suchen des Beweises. Die Schüler mußten geistig thätig sein, sie lernten mathematisch denken. Nur unter dieser Bedingung ist die Mathematik ein wirkliches und sehr erfolgreiches Bildungsmittel. Wenn auf den meisten Gymnasien auch jetzt nach sechzig Jahren in der Mathematik so wenig geleistet wird und dies Wenige nach ein paar Jahren wieder vergessen ist, so liegt dies unzweifelhaft an der Methode und an den Lehrern. Zu deren Entschuldigung muß indessen angeführt werden, daß die angedeutete Art des mathematischen Unterrichts eine sehr bedeutende Kraft und Anstrengung des Lehrers voraussetzt, die älteren Männern nur selten zugemutet werden kann. Die fortwährende Anregung und Heranziehung der Schüler zur Selbstthätigkeit, die stete Erfindung neuer Aufgaben, welche den Kreis des bis dahin Gelernten nicht überschreiten, aber vollständig ausfüllen und nicht in jedem Schüler zugänglichen Hilfsbüchern, wie Meier Hirsch 2c., stehen dürfen; die genaue Durchsicht der Hefte und die Kritik derselben in der Klasse, wobei sich jedesmal evident ergibt, ob sich der Schüler hat helfen lassen, ob er gar abgeschrieben hat; die steten Repetitionen durch Aufgaben und Lösung derselben an der Tafel in der Klasse, das alles nimmt die eigene geistige Thätigkeit des Lehrers unendlich mehr in Anspruch als der Vortrag nach einem Kompendium und seltene Aufgaben aus ganz bekannten Schmökern.

Es gibt ein ganz sicheres Merkmal dafür, ob der mathematische Unterricht nach richtiger Methode gut erteilt wird oder nicht. Im ersten Fall macht die ganze Klasse mit sehr wenigen Ausnahmen augenscheinliche Fortschritte und das Gelernte sitzt fest; im andern Fall folgen nur einige begabte und fleißige Schüler dem Vortrage, die Mehrzahl bleibt teilnahmlos und kommt nicht vorwärts. Man lege doch diesen Prüfstein bei unseren Gymnasien an, und man wird über das Resultat bei den meisten erschrecken.

Auf der Domschule war auch der Unterricht in den anderen Fächern,

namentlich in Geschichte, den Anfangsgründen der Naturwissenschaften, in der Literaturgeschichte und der Kenntnis der Literatur ein sehr guter.

Geprügelt wurde nur von einem Lehrer und nur in den untersten Klassen. Daß heut noch, nach mehr als einem halben Jahrhundert, nicht nur in den Vorbereitungsschulen, sondern auf den unteren Klassen mancher Gymnasien ganz gründlich geprügelt wird, sogar in Berlin, klingt unglaublich und ist dennoch wahr. Ich habe mich genau davon unterrichtet und auch mit einem jetzt bereits verstorbenen, sonst sehr ausgezeichneten Gymnasialdirektor darüber gesprochen, ohne Erfolg. Ich meine, daß ein Gymnasiallehrer, der das Prügeln nicht entbehren kann, kein pädagogisches Talent besitzt, und daß es nicht schwer ist, dem Unfug ein Ende zu machen.

Ueberbürdung der Schüler.

Noch will ich in dankbarer Erinnerung an meine alte Schule erwähnen, daß auf derselben zwar auch häuslicher Fleiß gefordert wurde, aber doch nur als Ergänzung des Unterrichts in der Klasse. Der Direktor war ein entschiedener Feind der Ueberbürdung der Knaben, welche so oft den Körper und Geist erschlafft und so häufig die Gesundheit untergräbt. Das Uebel wurde durch die Klassenbücher verhütet, in welche jeder Lehrer die häuslichen Aufgaben eintragen mußte; daraus konnte dann jeder folgende Lehrer genau ersehen, was und zu wann seine Vorgänger aufgegeben hatten, und dem Direktor war die Möglichkeit einer scharfen Kontrolle und der Abhilfe geboten. Wenn wir Pensionäre bei dem Direktor nach dem Abendbrot noch Schularbeiten zu machen hatten oder den Spaziergang wegen dringender Arbeiten ablehnten, so erfolgte sicher eine Durchsicht der Klassenbücher und Abhilfe.

Es sei erlaubt, hier schon die ganze Erfahrung meines Lebens in Betreff mancher Uebelstände unseres Schulwesens einzuschalten.

Bekanntlich ist schon in den dreißiger Jahren durch eine Broschüre des damaligen Regierungs- und Medizinalrats in Oppeln (wenn ich nicht irre Lorinser) über die Schädigung der gebildeten Jugend durch Ueberbürdung auf den Gymnasien ein langer Streit in Zeitungen und Zeitschriften angeregt worden. Manche hielten die Angaben des Arztes für Uebertreibungen, andere traten ihm durchaus bei und sahen Gefahr im Verzuge. Schließlich ergingen Ministerialreskripte, welche dem nicht zu leugnenden Uebel abhelfen sollten. Es ist ein eigenes Ding mit solchen Reskripten, sie machen die Sache in den Akten tot, ändern aber in Wirklichkeit nichts, wenn die Befolgung der erteilten Vorschriften nicht mit Strenge und Konsequenz durchgesetzt wird.

Das Uebel hat nicht ab-, sondern zugenommen. Ueberall hört man Klagen der Eltern. Ich selbst habe gesehen, daß ein zwölfjähriger Enkel von mir, der von selbst fleißig und nicht langsam arbeitet, schon auf Quarta nach

sechs Stunden Schulunterricht täglich noch dreieinhalb bis vier Stunden an dem Arbeitstisch sitzen mußte. Wer selbst als Mann anstrengend hat arbeiten müssen, weiß genau, was zehn Stunden wirklicher Arbeiten eigentlich heißen, und nun gar bei einem zwölfjährigen Knaben! — Es sind Gesetze erlassen zum Schutz der in Fabriken beschäftigten Kinder durch Beschränkung der Arbeitszeit; aber außer jenen unwirksam gebliebenen Ministerialreskripten ist nichts zum Schutze der Kinder in den Beamten- und Gelehrtenfabriken geschehen. Und doch steht fest, daß geistige Ueberanstrengung fast noch schädlicher wirkt als körperliche. Fabrikherren, welche Kinder länger arbeiten lassen, als das Gesetz erlaubt, werden bestraft; Lehrer und Schuldirektoren aber, welche die weniger robusten Kinder gebildeter Eltern an Körper und Geist schädigen, werden womöglich belobt und befördert, wenn recht viel positives Wissen den Schülern eingetrichtert ist und dieselben beim Examen glänzen. Daß die Schule vor allen Dingen denken lehren soll, und daß dazu keine Ueberbürdung mit häuslichen Arbeiten nötig ist, bleibt häufig unbeachtet.

Es ist offenbar für den Lehrer viel bequemer, in der Klasse vorzutragen wie der Professor auf der Universität und die geistige Verdauung durch häusliche Anstrengung der Schüler zu erzwingen, statt den Fortschritt in der Schulstunde herbeizuführen und die häusliche Arbeit nur zur Einübung anzuwenden. Letzteres strengt den Lehrer viel mehr an und erfordert viel mehr Vorbereitung zu jeder Unterrichtsstunde, als der Vortrag nach einem Kompendium oder nach einem vor Jahren ausgearbeiteten Heft. Dazu kommt, daß jeder Lehrer, der vorwärts strebt, mit den Schülern in seinem Fach besondere Ehre ernten will und häufig so handelt, als ob es kaum noch andere Unterrichtsgegenstände gäbe. Thun das aber alle Lehrer oder die meisten, so kann die Ueberlastung der Schüler nicht ausbleiben. Hier ist es Sache des Direktors, solchen Mißbräuchen scharf entgegenzutreten. Dazu geben die schon erwähnten Klassenbücher ein sicheres Mittel an die Hand. Freilich muß der Direktor zu dem Ende diese Bücher häufig revidiren und Verstöße ernstlich rügen. Thut er dies nicht, hat er vielleicht als Oberlehrer ebenso verfahren wie jetzt seine Untergebenen und ist er dadurch Direktor geworden, so helfen auch die Klassenbücher nichts. Ich möchte wohl wissen, ob dieselben jemals von einem Schulrat sorgfältig durchgesehen werden?

Ueber die Thatsache der Ueberbürdung und ihre schädlichen Folgen kann bei jedem Unbefangenen kaum ein Zweifel obwalten. Man braucht nur die Schüler der oberen Klassen, wenn sie die Schule gemeinschaftlich verlassen, anzusehen; wie wenige frische Gesichter und kräftige Gestalten sind darunter, die meisten haben eine ungesunde Gesichtsfarbe, viele tragen bereits Brillen, die Haltung ist nicht gerade, sie gehen mehr oder weniger krumm.

Noch habe ich keinen Arzt gefunden, der den augenscheinlichen nachteiligen Einfluß der übermäßigen Anstrengung in den oberen Schulklassen auf die

körperliche Entwicklung bestritt. Die normal angelegten Naturen erholen sich erst nach dem Abgang von der Schule, die zarter gebauten jungen Leute — und zu diesen gehört die Mehrzahl der Kinder gebildeter Eltern, namentlich der Stadtkinder — bleiben häufig ihr Leben hindurch schwächlich. Eine Art von Trost läge noch darin, daß die geistige Entwicklung, wenn auch auf Kosten der körperlichen, sehr gefördert werde; aber sehr kompetente Männer bezeugen mit Recht, daß zehnstündige, sogar zwölfstündige Arbeit in Obersekunda und Prima, namentlich das viele und zum Teil mechanische Schreiben auf den Geist schädlich wirke und ruhiges Nachdenken störe, und zwar um so mehr, wenn der Unterricht, wie es so häufig geschieht, schablonenmäßig erteilt wird und weniger auf die Anregung zum selbstthätigen Denken als auf Anhäufung positiver Kenntnis gerichtet ist Mir ist es noch gut im Gedächtnis, daß man in jener früheren Zeit, als den Abiturienten Abgangszeugnisse Nr. I, II oder III erteilt wurden, oft in der Geschäfts- und Beamtenwelt behaupten hörte, von den mit dem Zeugnis Nr. I Entlassenen seien nur wenige wirklich leistungsfähig, unter denen mit Nr. III Abgegangenen befänden sich dagegen verhältnismäßig mehr brauchbare als unter denen, die Nr. I erhalten haben.

Eine außerordentlich wichtige Bestätigung der soeben entwickelten Anschauungen erhielt ich in Aeußerungen eines unserer bedeutendsten Generale, eines Mannes von vielseitiger wissenschaftlicher Bildung. Derselbe sagte, es zeige sich in der Armee ein außerordentlicher Mangel an Frontoffizieren, welche ihren Zug gut zu führen und die Mannschaft zu kommandiren verständen. Diejenigen jungen Männer, welche aus den oberen Klassen der Gymnasien kämen, oder gar zur Universität reif wären, zeigten größtenteils im praktischen Dienst ein ängstliches, unsicheres Benehmen, gerieten leicht in Verlegenheit und hätten bei ihren Untergebenen keine rechte Autorität; selten befände sich eine robuste Natur darunter, viele wären schwächlich, erlägen leicht starken Anstrengungen oder erholten sich erst nach und nach. Der Landjunker dagegen, mit dessen wissenschaftlichen Kenntnissen es oft recht schwach bestellt sei, wisse sich zu benehmen, verstände mit dem gemeinen Soldaten umzugehen; er sei das Befehlen gewohnt und halte Strapazen gut aus. Von Hause aus Reiter und Jäger, befände er sich als Soldat in seinem Element und sei mit den gesellschaftlichen Formen von Jugend auf vertraut. Man könne sich daher gar nicht wundern, daß diese Klasse junger Männer bei jedem Regiment, besonders bei der Kavallerie sehr willkommen sei. Allerdings brauche die Armee notwendig auch wissenschaftlich gebildete, sogar gelehrte Offiziere, aber doch nur in verhältnismäßig kleiner Zahl. An solchen fehle es durchaus nicht.

Diese aus solchem Munde mich überraschenden Bemerkungen teilte ich einem andern hochstehenden General, ursprünglich Ingenieur, daher streng wissenschaftlich gebildet, mit. Er war zu meinem Erstaunen ganz derselben Meinung, die bei näherer Erwägung gewiß sehr viel für sich hat, aber nach

meiner Ansicht doch zu weit geht und nur dann ganz richtig sein dürfte, wenn man dem Landjunker einen durch Ueberbürdung in der Schule schwächlich gewordenen, mit positiven Kenntnissen vollgestopften, aber an scharfes Denken und Urteilen nicht gewöhnten Menschen gegenüberstellt. Schwächlichkeit und Unsicherheit im Benehmen sind sicher nicht notwendig die Folge tüchtiger geistiger Ausbildung. Diese letztere kann unbestreitbar ohne körperliche Schädigung in gut organisirten und geleiteten Schulen erreicht werden, welche das Turnen nicht, wie es leider auf vielen Gymnasien geschieht, vernachlässigen, sondern mit Ernst, Sachkunde und Ausdauer betreiben. Durch häufiges Turnen läßt sich nicht nur körperliche Gewandtheit und Ausdauer erreichen, sondern auch auf den Charakter der Schüler vorteilhaft einwirken. Das Militär hat das Turnen eingeführt, bildet Lehrer und Vorturner aus, aber auf den Schulen wird dies wichtige Erziehungsmittel meistens lässig betrieben und kann auch nicht recht zur wirksamen Anwendung kommen, so lange man zum wissenschaftlichen Unterricht sechs Schulstunden und vier Stunden häusliche Arbeiten nötig zu haben glaubt. Es sollte kein junger Pädagoge als Lehrer angestellt werden, wenn er nicht turnen und Unterricht im Turnen geben kann. Ich nehme hier das Wort „Turnen" im weitesten Sinne und rechne das sogenannte Voltigiren, das Schwimmen, Fechten und sogar das Tanzen dazu. Die Kadetten haben Schwimm- und Tanzunterricht (ohne Damen) und lernen sich richtig halten und bewegen. Weshalb die Gymnasiasten nicht? Auf Bällen und in Privatgesellschaften sieht man die jungen Offiziere mit wenigen Ausnahmen gut und elegant tanzen, während viele junge Männer vom Zivil linkisch herumspringen bis zur Karikatur. Ist dies etwa ein notwendiges Anhängsel der wissenschaftlichen Bildung?

So sehr solche Ansichten Zustimmung von fast allen Aerzten und vielen hohen Militärs und Beamten finden, so stößt man bei den meisten Pädagogen von Fach teils auf Widerspruch, teils auf Gleichgiltigkeit. Einzelne meinen, es sei nicht so schlimm, oder es ginge nicht anders, es sei immer so gewesen. Andere geben zu, daß erhebliche Uebelstände obwalten; aber die Hauptschuld trage die Regierung, deren Vorschriften durch Anhäufung der Unterrichtsgegenstände und zu hohe Forderungen bei jedem einzelnen notwendig zur Ueberbürdung der Schüler führe. Es ist in der That recht wahrscheinlich, daß die Zentral-Schulbehörden in Preußen in diesen Fehler verfallen sind und den wissenschaftlichen Fortschritt, gegenüber der allgemeinen harmonischen Ausbildung der Jugend, zu sehr betonen. Ein ausgezeichneter Oberlehrer an einem Gymnasium in den neuen preußischen Provinzen versicherte, daß vor der Besitznahme durch Preußen auch recht Tüchtiges geleistet worden sei und doch keine zu große Anstrengung der Schüler stattgefunden habe. Ist dies wirklich der Fall und hat man an anderen, früher nicht preußischen Gymnasien dieselbe Erfahrung gemacht, so wäre es Pflicht und Schuldigkeit der Direktoren und Schulräte

gewesen, diesen wichtigen Gegenstand bei der vorgesetzten Behörde und schließlich bei dem Kultusminister zur Sprache zu bringen. Es läßt sich nicht annehmen, daß der jetzige Minister*) wohlbegründeten Vorstellungen kein Gehör schenken würde. Ueberdem haben ja stets hervorragende Schulmänner im preußischen Abgeordnetenhause gesessen, die nicht nur häufig Gelegenheit haben, den Minister zu sprechen, sondern auch durch streng sachliche Interpellationen und Anträge die Sache zu fördern und zu einem günstigen Ausgange zu bringen. Sie würden ohne Zweifel von den Aerzten und anderen Mitgliedern im Abgeordnetenhause kräftig unterstützt worden sein. Die traurigen Zeiten sind glücklicherweise vorüber, in denen die Regierung geflissentlich den Anregungen und aus eigener Initiative gefaßten Beschlüssen des Hauses keine Folge gab und eine Einmischung in die Verwaltung darin erblickte. Dem ruhigen Beobachter kann es nicht entgehen, daß die Regierung seit einer Reihe von Jahren bei sachlich gut begründeten Anträgen in unzweifelhaft wichtigen Dingen gern die Hand zur Beseitigung schreiender Uebelstände bietet.

Daß es sich hier um Schädigung der Jugend aus den gebildeten Ständen, also um eine Kardinalfrage handelt, kann nicht zweifelhaft sein, wenn zwei hervorragende Generale von wissenschaftlicher Ausbildung durch ihre Erfahrungen festgestellt haben, daß viele Abiturienten und Schüler der oberen Gymnasialklassen sich zu praktischen Offizieren nicht eignen, teils weil ihre Körperkraft gelitten hat, teils aber auch, weil es ihnen bei vielen positiven Kenntnissen an geistiger Energie und selbständigem Urteil fehlt.

Freilich sagte mir der schon erwähnte Oberlehrer, es sei gar nicht eine Hauptaufgabe der Gymnasien, Offiziere für die Armee heranzubilden. Als ob nicht alle anderen Berufsstände ebenso sehr eines frischen Geistes in einem gesunden Körper bedürften! Selbst die wirklichen Gelehrten haben diese Eigenschaften dringend nötig, ohne welche sie mit Erfolg z. B. keine Expeditionen nach dem Nordpol oder dem Innern von Afrika, ja nicht einmal Beobachtungen des Venus-Durchgangs auf kahlen Felseninseln in sehr entfernten südlichen Meeren unternehmen könnten.

Weit entfernt bin ich davon, die großen Leistungen unserer preußischen Gymnasien herabsetzen und verkennen zu wollen, daß die Gelehrtenschulen dem Leben und der Wissenschaft eine Menge ausgezeichneter Männer geliefert haben. Es liegt ja nahe genug, daß ein großer Teil jener Helden der Wissenschaft aus unseren Schulen hervorgegangen ist, aber einmal gibt es einzelne so kräftige Naturen, daß sie ungeschädigt selbst zehn bis zwölf Stunden täglicher Arbeit als Knaben und Jünglinge überstehen, und dann ist diese doch vereinzelte Erscheinung gewiß kein Grund, ganz entschieden hervortretende Fehler bei an sich

*) v. Goßler, welcher übrigens aus eigenem Antriebe die Notwendigkeit des Gleichmaßes der geistigen und körperlichen Entwicklung geltend machte.

in vielen Beziehungen vorzüglichen Anstalten nicht fortzuschaffen, sondern weiter wuchern zu lassen. Man sagt mit Recht, das Bessere ist der Feind des Guten, aber das Gute ist ebenso oft der Verbesserung fähig und bedürftig.

Auf dem Felde der Pädagogik kehrt die Erfahrung wieder, die schon so oft bei anderen Fächern gemacht worden ist. Der Abschaffung der Tortur und der Hexenprozesse widerstrebten am hartnäckigsten die damaligen Juristen. Unter diesen fand man noch 1840 die meisten entschiedenen Gegner des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens. Die korruptesten Vorschläge zur Reorganisation des Staatsbauwesens gingen 1848 von den Baumeistern aus. Die Einführung geschlossener Radreifen statt solcher aus fünf einzelnen Stücken bei Geschützen und allem Militärfuhrwerk, ja die Anwendung gezogener Geschütze mit Hinterladung stieß bis 1859 gerade bei den höchsten Artillerieoffizieren auf Widerstand. So ist auch kaum von den Fachpädagogen die Abstellung der oben gerügten Uebelstände bei unseren Gymnasien zu erwarten. Andere Männer, die von Hause aus nicht Pädagogen sind, vor allem der Kultusminister und das Abgeordnetenhaus, müssen eingreifen und uns von der schweren Sünde befreien, die in der Schädigung der Jugend durch Ueberlastung mit schriftlichen häuslichen Arbeiten liegt.

Die Zeit meiner Jugend.

Wahl des Berufs.

Zu Ostern 1823, gerade siebenzehn Jahre alt, ging ich mit dem Zeugnis der Reife von der Schule ab. So gut der Unterricht auf derselben gewesen war, so beschränkte doch die Vernachlässigung der alten Sprachen die Wahl eines Berufsfachs. Dazu kam, daß ich auf langjährigen Unterhalt von seiten meiner Verwandten nicht rechnen konnte, sondern dahin streben mußte, sobald als möglich selbständig zu werden. Von der militärischen Laufbahn riet mein Vater aus den angeführten Gründen ab, die sich vollkommen bestätigt haben. Das Forstfach gewährte damals sehr wenig Aussicht auf gutes Fortkommen und erforderte, wie die Universität, private Existenzmittel für eine Reihe von Jahren.

Von dem Direktor Dieckmann wurde ich auf das Baufach aufmerksam gemacht, das meiner Vorbildung wie meiner Neigung vollkommen entsprach und damals die Möglichkeit bot, sehr früh die Mittel zum eigenen Unterhalt selbst zu erwerben. Nach der damaligen Bestimmung mußte der angehende Baumeister zunächst Feldmesser werden und hatte als solcher Gelegenheit, nach zurückgelegtem, sehr leichtem Examen gegen gute Bezahlung beschäftigt zu werden. Man konnte diese Zeit keineswegs als eine für den jungen Baumeister verlorene ansehen; derselbe trat vielmehr auf diesem Wege direkt von der Schule in das praktische Geschäftsleben ein, hatte mit den verschiedensten Leuten zu verhandeln, Protokolle aufzunehmen, Terminen beizuwohnen, auch wohl selbst deren abzuhalten und Geschäftskorrespondenz zu führen. Es ist für den Baumeister ein recht erheblicher Mangel, wenn er keine praktische Fertigkeit im Aufnehmen und Nivelliren besitzt.

Nach kurzer Lehrzeit bei einem Feldmesser oder Regierungskondukteur, wie es damals amtlich hieß, machte ich das Examen und arbeitete dann bei der Generalkommission zur Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse und Separationen.

Wirkungen der Agrikulturgesetze.

Ich war daher einige Zeit hindurch bei der Ausführung der großen Agrikulturgesetze thätig und erinnere mich, wie die damaligen Gutsbesitzer in Ostpreußen über „diesen Gewaltstreich, diesen Raub am Eigentum" klagten. Die Aelteren hielten selbst die schon 1808 erfolgte Aufhebung der Erbunterthänigkeit (Hörigkeit) für ein großes Unrecht. Dieselben Männer segneten später (1839) die Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse, welche ihrem früheren Gut noch ein zweites, aus ehemaligem Bauernlande hinzugefügt und sie genötigt und gelehrt hatte, rationell zu wirtschaften. Gleichzeitig waren aus den früheren, großenteils verkommenen adeligen Dörfern selbständige, freie Besitzungen entstanden. Mir ist diese selbst erlebte Thatsache stets ein Beweis dafür gewesen, daß man sich bei großen, durchgreifenden Reformgesetzen durch das Geschrei einzelner Beteiligten, die oft ihr eigenes, wirkliches Interesse verkennen, nicht irre machen lassen soll. Am wenigsten kann man die Interessenten als unparteiische Sachverständige ansehen. Die Regulirung der Agrarverhältnisse in den alten Provinzen gründete sich bekanntlich auf eine Kabinetsordre Friedrichs des Großen, der erkannt hatte, daß ein Bauerndorf für den Staat in Krieg und Frieden mehr leistet, als mehrere Rittergüter zusammengenommen und der deshalb der Einziehung der Bauernhöfe durch die Gutsbesitzer ein Ende machte, uns also vor mecklenburgischen Zuständen bewahrte. Jene Kabinetsordre verbot bei tausend Dukaten Strafe die Einziehung eines Bauernhofs zum Gute. Außer dieser Strafe mußte der Bauernhof wieder aufgebaut und mit einem Bauern besetzt werden, dessen Wahl dem Gutsherrn zustand. Die adeligen Bauern waren demnach eine Art Pächter oder Nutznießer, welchen statt der Pacht feststehende Leistungen an die Gutsherrschaft oblagen, wie Hand- und Spanndienste zur Ackerbestellung und Ernte, Marktfuhren rc. Große Güter in Ostpreußen besaßen bis zur Regulirung keine Gespanne außer den Kutsch- und Reitpferden. Die Bauern bestellten den herrschaftlichen Acker, natürlich mangelhaft und ihren eigenen noch schlechter. Das Vieh war den Sommer über auf der Weide. Es herrschte daher Düngermangel; kaum der dritte Teil der Brache konnte gedüngt werden, folglich bei der allgemein üblichen Dreifelderwirtschaft nur der neunte oder zehnte Teil des Feldes, oft noch weniger. Von Stallfütterung und Schlagwirtschaft war nicht die Rede.

Das Agrikulturedikt von 1811 ging nun von dem Grundsatz aus, daß der Gutsbesitzer, der das Bauernland nicht einziehen und selbst bewirtschaften dürfe, auch nicht als freier Eigentümer desselben angesehen werden könne, und bestimmte, daß der Bauer Eigentümer der Hälfte des von ihm bis dahin benützten Landes werden solle, dagegen die andere Hälfte als Entschädigung an den Gutsbesitzer zum freien Besitz abzutreten oder davon auf Verlangen des-

selben Rente zu zahlen habe. Die Bauern der ehemaligen adeligen Dörfer verwandelten sich in freie Eigentümer.

Ohne Härten ging es dabei nicht ab, der Gutsherr mußte Stallungen bauen und das ganze Inventarium für das alte Gut und das halbe Bauernland anschaffen, noch dazu zu einer Zeit, als der Scheffel Roggen zwölf Silbergroschen ($^2/_5$ Thaler) kostete.

Ein großer Uebelstand lag in der Untüchtigkeit vieler Beamten der Generalkommission. Es ist in Preußen überhaupt über keine Behörde mehr und mit so viel Recht geklagt worden als über diese. Die Klagen sind jetzt noch keineswegs ganz verstummt, obgleich nur noch Separationen und Ablösungen schweben.*)

Vorlesungen auf der Universität.

Nach Beendigung dieser Thätigkeit hörte ich im Winter Kollegien bei dem berühmten Astronomen Bessel, dem bekannten Philosophen Herbart und bei Professor Wrede. Die beiden erstgenannten berühmten Männer waren zugleich höchst interessante Persönlichkeiten. Das Kolleg bei Bessel war in der ersten Stunde am Anfange des Semesters überfüllt. Man konnte kaum einen Sitzplatz bekommen. Schon in der dritten Stunde war daran kein Mangel und in der zweiten Woche reduzirte sich die Zahl der Zuhörer auf wenig über ein halbes Dutzend. Der Grund lag darin, daß Bessel sehr bedeutende mathematische Kenntnisse voraussetzte, ohne welche niemand seinem Vortrage folgen konnte; dann auch darin, daß ihm jeder Maßstab für leicht und schwer fehlte. Sobald die Zahl der Zuhörer eine sehr kleine geworden war, wurde er ohne weiteres unterbrochen, wenn seine Schlußfolgerungen durch Uebergehung aller Zwischensätze unverständlich blieben. Er antwortete dann stets: „Wenn Sie das nicht verstehen, so sollten Sie gar nicht in mein Kolleg kommen," ergänzte aber doch das Fehlende. Ein anderesmal hielt er sich bei einem Punkt auf, der uns allen ganz klar war, und wunderte sich, daß wir dies zu erkennen gaben. Man durfte aber unmittelbar hinter Bessel kein anderes Kolleg besuchen, sondern mußte sofort nach Hause gehen und den Vortrag nach den gemachten kurzen Notizen gründlich durcharbeiten, sonst war es unmöglich, der Stunde zu folgen. Die Besselsche Einleitung in die allgemeine Arithmetik war eine vollständig philosophische Abhandlung über Raum und Größen. Bessel meinte ganz ernstlich, wer die Méchanique céleste von Laplace nicht gelesen habe, könne sich nicht zu den gebildeten Menschen zählen.

Auch Herbart wirkte mit seinem fließenden, klaren, eleganten Vortrage ungemein anregend und bildend. Es wurde mir damals schon deutlich, daß

*) Diese Klagen sind in neuerer Zeit fast vollständig verstummt. Der Geschäftsbetrieb der Generalkommissionen steht demjenigen anderer bureaukratisch organisirten Behörden durchaus gleich, manchmal sogar voran.

philosophisches Denken die unerläßliche Voraussetzung jeder Wissenschaft sei und daß die Beschäftigung mit Philosophie den Geist bilde und erhebe; aber es schien mir zugleich mehr als zweifelhaft, ob man auf rein spekulativ-philosophischem Wege zur Erklärung der Erscheinungen in der wirklichen Welt gelangen könne und ob die philosophische Spekulation etwas anderes als eine vortreffliche geistige Gymnastik sei. Später habe ich erkannt, daß die Philosophie zur Ordnung und Ausbeutung gesammelter Erfahrungen und zur wissenschaftlichen Ausbeutung derselben auch bei den exakten Wissenschaften ganz unentbehrlich ist.

Sehr bedauerte ich, daß ich meiner Neigung, solche Studien einige Jahre hindurch fortzusetzen, nicht folgen konnte. „Der Knüppel lag beim Hunde", sagt ein altes, derbes Sprichwort. Ich mußte von meinem achtzehnten Jahre ab für meine Existenz sorgen, Brotstudien treiben und durfte nur gelegentlich höhere, ideale Dinge naschen. Meinen fest ins Auge gefaßten Zweck erreichte ich, ich verdiente mein Brot selbst und habe von der Schule ab meinen Angehörigen nur wenige hundert Thaler gekostet. Freilich habe ich sehr angestrengt arbeiten und sehr knapp leben müssen. Vergnügungen, welche Geld kosteten, waren fast ganz ausgeschlossen.

Bauakademie in Berlin.

Nachdem ich vorschriftsmäßig fast ein Jahr hindurch auf Baustellen als Gehilfe eines Baubeamten beschäftigt worden war, ging ich im Herbst 1825 nach Berlin auf die Bauakademie, die sich unter dem gelehrten Oberlandesbaudirektor Eytelwein dem Aelteren in einem jämmerlichen Zustande befand. Es war fast unmöglich, sich auf dieser Anstalt die Kenntnisse und Fertigkeiten zu erwerben, welche der Baumeister zum Examen und zu ersprießlichem Wirken gebraucht. Ich war insofern noch glücklich daran, als ich von Königsberg so viel mathematisches Wissen mitbrachte, um den kostspieligen zweijährigen Kursus über höhere und angewandte Mathematik bei den Privatdocenten Dr. Lehmus oder Dr. Krick entbehren zu können. Ich studirte Statik, Hydrostatik, Mechanik und Hydraulik zu Hause, hauptsächlich nach den sehr guten Lehrbüchern von Eytelwein und hörte bei Lehmus nur ein Repetitorium über die gesamte angewandte Mathematik während eines halben Jahres für ein Honorar von acht Friedrichsd'or; ferner beim Professor Tölken auf der Universität ein Kollegium über Geschichte der Baukunst der Alten, ebenso bei Hirt, endlich beim alten Schadow auf der Kunstakademie Vorträge über den Kanon des menschlichen Körpers. So vortrefflich, ja klassisch die Baukunst der Alten von Hirt geschrieben ist, so war sein mündlicher Vortrag äußerst holperig und sein Urteil über Renaissance und Gotik höchst einseitig, oft geradezu falsch. Man erzählte damals, Hirt habe sich sehr wegwerfend über Schinkelsche Bauentwürfe, namentlich

über den Entwurf zu einer Kirche auf dem Spittelmarkt geäußert, worauf er vom Kronprinzen (dem nachherigen König Friedrich Wilhelm IV.) aufgefordert worden sei, selbst einen Bauplan zu entwerfen. Hirt entschuldigte sich damit, daß er nicht zeichnen könne. Auf Veranlassung des Kronprinzen wurden ihm zwei junge Architekten, Schüler von Schinkel, als Zeichner zugeordnet, welche die Angaben Hirts treu aufs Papier brachten, aber in keiner Weise auf Fehler aufmerksam machten. So kam denn ein unglaublicher Entwurf zu stande. Als der Kronprinz diesen sah, soll er geäußert haben: „Ich habe schon lange gewußt, daß hier Hirt und Ochs dieselbe Person sind.“ Bekannt ist, daß Hirt bei der Beurteilung und Ordnung der für das (jetzige alte) Museum bestimmten Bilder sowohl in Bezug auf die Zeit der Entstehung als die Person des Malers und die Echtheit der Gemälde die gröbsten Schnitzer machte. Aehnliches passirt freilich noch jetzt gelehrten Kritikern, die viel studirt, aber niemals etwas selbst geschaffen haben.

Es liegt die Frage nahe, weshalb ich den Vortrag bei Schadow hörte? Wozu braucht ein angehender Architekt die Verhältnisse der menschlichen Gestalt zu studiren? Es hängt dies damit zusammen, daß man unerachtet der überaus geringen Leistungen der Bauakademie die Forderungen an die jungen Bauleute sehr hoch spannte und die verschiedenen Zweige des Bauwesens: Landbau, Prachtbau, Wasserbau, Maschinenbau, Chausseebau, gar nicht trennte. Kein Kandidat durfte sich beim Examen irgend eine dieser, zum Teil ganz heterogenen Wissenschaften und Künste verbitten. Jeder mußte sich darauf gefaßt machen, in allen Fächern geprüft zu werden, auch in der Geschichte der Baukunst, in der Aesthetik, der plastischen Kunst, soweit sie sich auf das Dekorative bezieht. Bei der Aufgabe im Prachtbau mußten perspektivische getuschte Ansichten, womöglich mit Staffage gegeben, wohl auch die Ornamente im Detail gezeichnet werden.

Es ist gewiß ganz in der Ordnung, vom wirklichen Architekten zu verlangen, daß er etwas von Malerei und Bildhauerkunst verstehe, überhaupt Künstler sei; aber dann soll man ihn mit Entwürfen und Berechnungen von Dampfmaschinen, mit Chausseebau und mit schwierigen Wasserbauwerken, wie Hafenanlagen u. s. w. ungeschoren lassen und umgekehrt den Wasserbaumeister und Konstrukteur nicht mit Kirchenbau, Geschichte der griechischen Baukunst und mit Aesthetik quälen. Zwingt man gerade die besten jungen Leute, sich auf alles vorzubereiten, so verflacht man unvermeidlich die Bildung. Was man in die Breite reckt, kann nicht in die Tiefe gehen. Ueberhaupt ist es widersinnig, einen Künstler zu examiniren und sich durch das Examen Sicherheit für seine künftigen Leistungen verschaffen zu wollen. Ist man jemals auf den Gedanken gekommen, junge Maler und Bildhauer amtlich zu examiniren? Nun muß man doch den wirklichen Architekten, den Schönbaumeister, jedenfalls zu den Künstlern rechnen. Freilich macht man Maler und Bildhauer auch

nicht zu Staatsbeamten, am wenigsten zu bureaukratisch beschäftigten, aber wohl den Architekten, obgleich Kunst und Beamtentum mehr oder weniger Gegensätze sind. Man ging sogar so weit, daß man nicht offiziell und formell geprüfte Architekten zu Bauausführungen gar nicht zuließ, nicht einmal für Privatleute. Dadurch gelangte man so oft zu eigentümlichen Bauentwürfen, die ich als Beamtenarchitektur bezeichnen möchte. Schinkel erweckte wieder künstlerischen Geist, wurde aber auch in Akten vergraben. Er hätte ohne Zweifel viel länger und nachhaltiger wirken können, wenn man ihn nicht als Staatsbeamten aufgebraucht hätte.

Selbst in den anderen, nicht technischen Fächern ist das Examen von sehr zweifelhaftem Wert. Unter allen Umständen ist es ein großer Fehler, junge Leute von der Schule fast direkt auf die Bau- oder Gewerbeakademie zu schicken, während ihnen noch die Anschauung und jede Erfahrung fehlt. Sie häufen einen Wust von Erfahrungswissenschaft in ihrem Kopf auf, ohne volles Verständnis und oft ungenügend geordnet, machen ein gutes Examen und sind dann auf der Baustelle oder in der Werkstatt lange Zeit, zuweilen jahrelang beinah' unbrauchbar, weil sie den Wald vor Bäumen nicht sehen, den gewaltigen Unterschied zwischen Wissen und Können verkennen und häufig die Fähigkeit verloren haben, von dem praktischen Meister und Gesellen etwas zu lernen. Jeder Widerspruch dieser Empiriker setzt sie in Verlegenheit. Erst nach Jahren und infolge vielfach geschossener Böcke verlieren sich bei den besseren diese Mängel, bei manchen niemals. Der richtige Bildungsgang in solchen Fächern ist erst Anschauung, Empirik, Erfahrung, dann Theorie, die auf solcher Grundlage schnell aufgefaßt und gründlich verdaut wird. Man kann dies an allen denen sehen, die erst nach längerer Praxis zum Studium der Theorie übergehen.

Man sollte meinen, diese Wahrheiten lägen auf der flachen Hand, aber dennoch ist die Kombination der verschiedensten Zweige des Bauwesens und das Examiniren von Künstlern bis in die neueste Zeit beibehalten worden. Die Bauakademie wurde gründlich verbessert; man gestattete später auch, einzelne Fächer der Baukunst vom Examen auszuschließen, aber, so viel mir bekannt, gilt auch jetzt noch der Grundsatz, daß bei der Anstellung im Staatsdienst derjenige vorzugsweise berücksichtigt wird, der sich in allen Zweigen examiniren läßt und besteht.

Mir war die Vielseitigkeit beim Studium ganz angenehm, aber ich fühlte doch und habe im praktischen Leben später mir oft sagen müssen, daß ich leistungsfähiger geworden sein würde, wenn ich mich von Hause aus auf eine Spezialität hätte werfen können.

Schinkel als Examinator.

Nach fast dreijähriger, sehr angestrengter Arbeit, die mir kaum Zeit zur notwendigen Erholung, noch viel weniger zur Vervollständigung meiner allgemeinen Bildung übrig ließ, machte ich im September 1828 das Examen zum Baumeister und erhielt ein sehr gutes Zeugnis. Zu meinen Examinatoren gehörte der geniale Schinkel, dessen Geist und Liebenswürdigkeit sogar bei der Prüfung hervor trat. Zunächst ging er meine als Probearbeiten ausgearbeiteten Bauentwürfe speziell durch und forschte augenscheinlich darnach, ob ich mir etwa habe helfen lassen oder selbst gut orientirt sei; gesprächsweise veranlaßte er mich, meine Motive bei den einzelnen Anordnungen zu entwickeln, und flocht dabei sehr interessante, lehrreiche Bemerkungen ein. So sagte er z. B. in Bezug auf die Verhältnisse des Gebälks der Kapitäle, Basen und Säulenschäfte, man müsse dabei an mathematische Zahlenverhältnisse gar nicht denken, sondern das Richtige sehen und fühlen; es sei durchaus falsch, die Konstruktion (die Zusammenfügung der einzelnen Teile) zu verbergen; das Auge müsse erkennen, woher die Stabilität rühre; dadurch werde das Gefühl der Sicherheit und Befriedigung hervorgerufen. Werde die Haltbarkeit durch versteckte Eisenteile erreicht, so mache dies auf den unbefangenen Beschauer einen peinlichen Eindruck. Wesentlich konstruktive Teile, wie Säulen, dürften niemals als reines Ornament gebraucht werden, das sich stets der Konstruktion anzuschließen und unterzuordnen habe. Er fragte aber auch gründlich nach schwierigen Dachverbänden, nach der Art der Ausführung, nach dem Steinschnitt bei massiven Treppen und nach geschickter Raumbenützung. Das Bewußtsein: jetzt wirst du examinirt, und die Befangenheit verschwand in der ersten halben Stunde. Die Prüfung verwandelte sich in eine lehrreiche Konversation. Ich bedauerte wirklich, als Schinkel aufstand und das Examen für beendigt erklärte. Unangenehm soll er nur dann geworden sein, wenn sich herausstellte, daß der Kandidat allzu wenig wisse und könne.

Beim Besuch Schinkels am andern Tage geriet ich in große Verlegenheit. Er überraschte mich mit dem schmeichelhaften Anerbieten, in sein Bureau einzutreten, bei ihm zu arbeiten. Das war sehr verlockend, aber ich hielt es für meine Schuldigkeit, zu erklären, daß ich nicht zum Künstler angelegt sei, mehr Befähigung zum Wasserbau zu besitzen glaube und mich vor allem nach praktischen Bauausführungen sehne.

Beamtenzeit in Breslau.

So ging ich denn nach Breslau und meldete mich bei dem schon genannten Oberpräsidenten Märckel, der meinen Vater kannte, mich freundlich aufnahm und mir sagte, da der Sommer vorüber sei, so solle ich bei dem Regierungs- und Baurat (unentgeltlich) arbeiten, zugleich aber bei dem Regierungskollegium als Referendarius für technische Gegenstände eintreten, wozu die Baukondukteure, wie es damals hieß, die ein besonders gutes Examen gemacht hatten, nach einem Ministerialreskript berechtigt seien. Ich wurde eingeführt und war sehr erfreut über diese Art der Beschäftigung.

Es herrschte damals noch großer Mangel an geprüften Bauleuten. Schon nach zwei Monaten wurde ich zum Wegebaumeister vorgeschlagen, statt dessen aber vom 1. Januar 1829 an, noch nicht dreiundzwanzig Jahre alt, zum Wasserbauinspektor ernannt. Es war das eine ganz unerwartet schnelle Beförderung.

Die Breslauer Regierung, deren Chefpräsident der Oberpräsident Märckel nicht nominell, sondern in Wirklichkeit war, gab ein treues Bild jener alten preußischen Landeskollegien, die, wohl bewußt ihrer Stellung und ihrer Pflicht, das Beste des Landes nach Kräften zu fördern strebten und in der That in dem sonst absoluten Staat eine gewisse verfassungsmäßige Garantie gegen Despotismus gewährten; aber der Kampf der reaktionären bureaukratischen Willkür mit dieser Institution hatte von oben herunter bereits begonnen.

Alte und neue Bureaukratie.

Die in der Gesetzsammlung publizirte Regierungsinstruktion von 1817, welche den Regierungskollegien eine große Selbständigkeit gewährte, wurde nicht aufgehoben, aber durch Erlaß der Geschäftsanweisung von 1825 durchlöchert und untergraben. Diese spaltete das Regierungskollegium in drei Abteilungen und bestimmte, daß in der Abteilung die Uebereinstimmung des Präsidenten (Vizepräsidenten) mit dem Abteilungsdirigenten (Oberregierungsrat) als Beschluß

zu gelten habe und auszuführen sei, auch gegen das Votum der sämtlichen Räte, welches bis dahin die Entscheidung gegeben hatte, wie bei den Gerichten. Die Stimme der Mitglieder war also von einer entscheidenden zu einer beratenden degradirt, sobald der Präsident und der Abteilungsdirigent übereinstimmten.

Soweit es sich um die Verwaltung von Staatseigentum, wie Domänen und Forsten, handelte, wäre gegen diese Anordnung wenig zu erinnern gewesen. Es wird nicht leicht einem großen Grundbesitzer einfallen, seine Güter und Wälder nach Beschlüssen eines Kollegiums verwalten zu lassen. Aber jene Bestimmung galt auch bei Entscheidungen über Polizeiverordnungen, Verbote, Strafen, Verpflichtungen zu Wege- und Brückenbauten, Vorflutangelegenheiten, Kommunal- und Gewerbesachen, kurz, auch dort, wo das Recht und der Geldbeutel, ja die Person von Privatleuten ins Spiel kamen. Anscheinend lag noch eine Garantie in den Plenarversammlungen der Regierungsbehörde, aber kein Mitglied derselben, viel weniger ein Privatmann hatte es in seiner Gewalt, eine Sache vor das Plenum zu bringen, dies hing allein von dem Präsidium ab.

Von der später grell in die Augen springenden Wirkung der Geschäftsanweisung von 1825 verspürte man zu meiner Referendarienzeit im Jahre 1828 und so lange wenig, als Märckel und die alten, tüchtigen Oberregierungsräte lebten. Die Abteilung befolgte, wie früher, den Grundsatz, sich streng an die Gesetze zu halten und durch Abstimmung zu entscheiden. Von tendenziöser Interpretation der Gesetze war niemals die Rede. Jeder dahin gerichtete Versuch würde von Märckel sehr ernst zurückgewiesen worden sein. Beim Anhören von Debatten bekam ich großen Respekt vor dem Kollegium, speziell vor Märckel. Zugleich sah ich und habe es später stets bestätigt gefunden, daß die eigentlichen Juristen den Kern der Behörde bildeten und die Entscheidung gaben. Die sogenannten Kameralisten, die kein juristisches Examen gemacht hatten, blieben stets unsicher, zur Willkür geneigt und dabei unglaublich unpraktisch.

In meiner der Regierung unmittelbar untergeordneten Stellung als Wasserbauinspektor wurden mir bald die Schattenseiten dieser Behörde klar; zunächst trat eine sehr große Schwerfälligkeit und Langsamkeit hervor. Ganz dringende Entscheidungen ließen Wochen, ja Monate lang auf sich warten. Sogar Geldanweisungen zu Lohnzahlungen auf die Baustellen waren innerhalb einer Woche kaum zu erlangen. Es entstanden öfter große Verlegenheiten. Als zweiter, empfindlicher Uebelstand traten nicht nur ganz unnütze Grobheit in den Regierungsverfügungen hervor, sondern es waren versteckte Bosheiten und verletzende Bemerkungen des Dezernenten darin enthalten, die ich wohl verstehen mußte, aber nicht der Oberregierungsrat, der die Verfügungen revidirte und unterzeichnete. Der oft hochfahrende und grobe Ton war wohl noch ein

Ueberrest aus der Zeit der alten Kriegs- und Domänenkammern, die stets unter der Firma: „Wir von Gottes Gnaden König von Preußen“ reskribirten. Die halb heimlichen Bosheiten rührten vom Dezernenten her, in der Regel von meinem speziellen Vorgesetzten, dem Regierungs- und Baurat N. N., der mir ins Gesicht oder schriftlich unter seinem Namen sicher solche Aeußerungen nicht gemacht haben würde, der sich hier aber hinter der Firma: „Königliche Regierung“ verkriechen konnte. Ich ließ mich hinreißen, scharf zu antworten und auf den Dezernenten hinzuweisen. Mit Recht bekam ich einen Verweis und zog daraus die Lehre, entweder ebenfalls die Bosheiten zwischen den Zeilen zu verbergen oder mich, wenn es zu arg wurde, persönlich an den alten Märckel zu wenden, bei dem ich stets wohlwollend aufgenommen und in humaner Weise belehrt wurde.

Märckel hatte an der Regeneration des Staats unter Stein mitgearbeitet, war dann Regierungspräsident und später Oberpräsident von Schlesien geworden und hatte im Geist der neuen Zeit durch vielseitige, tiefe Bildung, gründliche Geschäftskenntnis und große Energie überall segensreich gewirkt. Seine Thätigkeit wurde namentlich nach dem Ausbruch des Krieges und während des Waffenstillstandes sehr in Anspruch genommen. Mir ist folgender charakteristische Vorfall von verschiedenen Seiten erzählt und vielfältig bestätigt worden.

Märckel während des Krieges 1813.

Märckel nahm im Hauptquartier während des Waffenstillstandes 1813 an den Beratungen über Krieg und Frieden teil. Bekanntlich zeigten die russischen Heerführer in jenem entscheidenden Moment große Neigung, sich hinter die preußische Grenze zurückzuziehen. Rußland war vom Feinde ohne fremde Hilfe befreit. In Deutschland hatte Napoleon bei Lützen und Bautzen gesiegt. Die russischen Verluste erreichten eine bedeutende Höhe. Weshalb noch mehr russisches Blut für Deutschland vergießen? Polen konnte man in Besitz nehmen, und Napoleon würde nicht so bald in die Lage gekommen sein, es wieder zu erobern. Aber auch im preußischen Hauptquartier gab es Stimmen, welche die Möglichkeit der Fortsetzung des Krieges bezweifelten. Oesterreich zögerte, der preußisch-russischen Allianz beizutreten, Rußland drohte mit Abfall. Allein war das 1807 verkleinerte Preußen zu schwach. Der Generallieutenant v. Zastrow soll damals besonders geltend gemacht haben, daß es an Geld fehle, und daß Schlesien gar nicht im stande sei, die Truppen zu ernähren, man also Frieden schließen müsse. Dagegen trat Märckel sehr entschieden auf und machte geltend, daß ein jedenfalls ungünstiger Friedensschluß uns die französischen Truppen nicht so bald vom Halse schaffen würde. Viele Monate, vielleicht ein Jahr könnten nach den Erfahrungen von 1806—1808 bis dahin vergehen. Man solle lieber das letzte Stück Brot und den letzten Thaler für unsere Truppen

hergeben, als die Franzosen füttern. Fehle es augenblicklich an barem Gelde, so wolle er sich verpflichten, einige Millionen in Breslau aufzutreiben. Märckel wurde beim Wort gefaßt und mit Vollmacht versehen. Er schrieb in Breslau eine Zwangsanleihe aus. Die gedruckten Aufforderungen, von denen sich zu meiner Zeit noch einzelne Exemplare in den Händen von dortigen Kaufleuten befanden, hoben die Gefahr hervor, in der sich der um seine Existenz ringende Staat befände, sowie die heilige Pflicht, zur Rettung mit seiner Person und, wer dies nicht könne, mit seinem Vermögen beizutragen. Das Schreiben verlangte dann von dem Empfänger, daß er unfehlbar binnen wenigen Tagen bei der Regierungshauptkasse eine seinen Verhältnissen angemessene Summe, die angegeben war, einzahle. Der Schluß lautete: es würde von dem Patriotismus des Empfängers pünktliche Zahlung erwartet. Erfolge dieselbe nicht, so habe er unfehlbar Exekution, nötigenfalls mit militärischer Hilfe zu erwarten.

Ein Bruder von Märckel war Kaufmann in Breslau und kannte die Mittel und Hilfsquellen der einzelnen genau. Darnach wurde die Repartition der Zwangsanleihe aufgestellt. Ein recht reicher Kaufmann protestirte persönlich bei Märckel gegen die Gewaltthat und bestritt der Regierung jedes Recht zu einem solchen Schritt. Vergebens bemühte sich Märckel, den Mann zu belehren und an seinen Patriotismus zu appelliren in einem Moment, wo es sich augenscheinlich um die Existenz des Staates handle. Der Kaufmann blieb bei seinem Protest und behauptete, daß die Regierung nicht befugt sei, in seine Tasche zu greifen, wenn sie auch das Geld noch so nötig gebrauche.

Jetzt riß Märckel die Geduld, er faßte den Kaufmann beim Aermel und sagte ihm: „Wenn ich diesen Rock für den Staat gebrauche, um einen Soldaten hinein zu stecken, so ziehe ich Ihnen denselben aus und lasse Sie in Hemdärmeln nach Hause gehen.“ Das wirkte, der Mann zahlte und hat sein Geld nach dem Frieden zurück erhalten.

Man machte zu meiner Breslauer Zeit Märckel den Vorwurf, daß er die Industrie nicht genügend unterstütze, aber Märckel hat sich im Regierungskollegium darüber oft ausgesprochen, daß der Staat nicht überall Obervormund sein und nicht Funktionen übernehmen solle, zu denen er sich nicht eigne, und die besser dem Unternehmungsgeist, den Privatleuten überlassen würden. Gehindert hat Märckel industrielle Unternehmungen niemals.

Zusammenkunft des russischen Kaisers mit dem König von Preußen in Sibyllenort.

Ich erwarb mir sein Wohlwollen bei einem historisch nicht uninteressanten Vorgange im Sommer 1829. Bekanntlich war damals Rußland im Kriege mit der Türkei und nicht stark genug, um über Adrianopel hinaus vorzudringen, vielmehr befand sich der russische General Diebitsch in Gefahr, von den Türken

über den Balkan zurückgeworfen zu werden. Rußland brauchte Frieden, den nach dem Verlangen des Kaisers Nikolaus Preußen in Rußlands Interesse vermitteln sollte. Wahrscheinlich hat Preußen damals zuerst gezögert, dem Verlangen des russischen Kaisers zu entsprechen, weil es ja auf der Hand lag, daß eine Schwächung des damaligen Rußlands durch eine Niederlage in der Türkei für Preußen vorteilhaft gewesen wäre. Nikolaus bewog daher Friedrich Wilhelm III. zu einer Zusammenkunft im Schlosse Sibyllenort (bei Oels), das der Herzog von Braunschweig zur Verfügung stellte.

Zu diesem Zwecke mußte das Schloß in kürzester Zeit wohnlich eingerichtet und ein Teil der Zimmer dekorirt werden. Ich erhielt, obgleich Wasserbauinspektor, von dem Oberpräsidenten Märckel den Auftrag, die Arbeiten schleunigst ausführen zu lassen. Man ließ mir dabei ziemlich freie Hand und empfahl mir nur möglichste Sparsamkeit.

Kurz vor dem Tage der Zusammenkunft traf die Nachricht ein, daß der König Friedrich Wilhelm III. am kalten Fieber erkrankt sei, der russische Hof aber in Sibyllenort übernachten werde. Alle Vorbereitungen für die Zusammenkunft waren getroffen, die königlichen Equipagen von Berlin angelangt. Das sechste Kürassierregiment war von Brandenburg a. H. und Rathenow nach Sibyllenort marschirt, etwa fünfzig Meilen, damals ohne Eisenbahn.

Die russische Kaiserin Alexandra Feodorowna (preußische Prinzeß Charlotte) traf mit dem Thronfolger, jetzigen*) Kaiser Alexander am späten Nachmittag in Sibyllenort nebst Gefolge ein, gleichzeitig mit der Nachricht, daß der Kaiser Nikolaus erst in der Nacht ankomme, sich nur wenige Stunden aufhalten und dann — nach Berlin weiterreisen werde. Dadurch erhielt das Gerücht, daß der König Friedrich Wilhelm III. nur schulkrank sei und die Zusammenkunft vermeiden wolle, neue Nahrung.

Beim Eintreffen des kaiserlichen Gefolges entstand große Verlegenheit. Der preußische Kommissarius, Geheime Regierungsrat von Woyrsch, geleitete die Kaiserin. Sein Assistent, ein Regierungssekretär und Landwehroffizier, sprach kein Wort französisch und konnte den Personen des Gefolges keine Auskunft über die für sie bestimmten Zimmer geben. Ich hatte mit diesen Angelegenheiten nichts zu thun und war eigentlich nur Zuschauer. Es blieb mir aber nichts übrig, obgleich ich auch nur wenig Französisch konnte, als die Hofdamen, den Hausminister Wolchonsky rc. nach ihren Zimmern zu führen.

Kaum war diese fast komische Scene vorüber, so kam Geheimerat von Woyrsch in Verzweiflung mit der Nachricht zu mir, die Kaiserin habe das ganze Offiziercorps des Kürassierregiments zum Diner befohlen; es sei nur für das angekündigte Hofpersonal gekocht. Ich erwiderte, er möge doch das

*) Gemeint ist Kaiser Alexander I. Dieser Teil der Unruhschen Erinnerungen ist im Jahre 1876 geschrieben.

sehr gute und reichliche für die Dienerschaft bereitete Essen zu Hilfe nehmen, die aufwartenden Lakaien instruiren, die feineren, für den Hof bestimmten Speisen nur diesem präsentiren und die russische Dienerschaft nach der Restaurationsbude verweisen, die ein Gastwirt aus Breslau errichtet hatte. Herr v. Woyrsch war ganz einverstanden damit, aber bald trat eine neue Verlegenheit ein. Der Leibkutscher der Kaiserin, der, wie versichert wurde, Majorsrang habe, weigerte sich, nach der Restauration zu gehen, und verlangte, auf seinem Zimmer bewirtet zu werden. Herr von Woyrsch bat mich, den Mann, der nicht deutsch spreche, zu beruhigen. Er verstand einige Worte französisch, und es gelang mir, ihm deutlich zu machen, daß er entweder in die Bude gehen oder hungern und dürsten müsse, nach Belieben. Nach einer Stunde erkundigte ich mich und hörte, der Kutschermajor liege bereits schwer betrunken in der Bude des Restaurateurs.

Nachdem ich für Beleuchtung des Weges von der Chaussee nach dem Schlosse gesorgt hatte, legte ich mich auf das Sofa in einem Kabinet, das ich für mich reservirt hatte. Als mein Kutscher mich früh morgens weckte und ich das Anspannen bestellte, sah ich, daß der Oberpräsident Märckel und Herr von Woyrsch gegenwärtig und mit dem Wechseln der Kleider beschäftigt waren. Letzterer sagte zu mir: „Sie werden doch jetzt nicht fortfahren; der Minister Wolchonsky wird gleich Brillantringe und Dosen verteilen." Darauf antwortete ich: „Mögen mir die Russen mit ihren Brillanten vom Leibe bleiben; ich habe nur für die preußische Regierung gearbeitet." Märckel sagte nichts, aber schmunzelte.

Der russische Kaiser war in der Nacht angekommen und nach kurzem Aufenthalt weiter nach Berlin gereist. Bekanntlich setzte er es durch, daß der preußische General von Müffling den Auftrag erhielt, schleunig nach Konstantinopel zu gehen und den Frieden zu vermitteln, was auch in einer für Rußland sehr günstigen Weise gelang. Müffling spricht in seinen Memoiren sich dahin aus, daß die Russen sich bei Adrianopel in einer sehr bedenklichen Lage befunden haben. Dennoch hat Preußen für seine erfolgreiche Vermittlung nicht einmal eine Milderung der drückenden russischen Grenzsperre erlangt, vielleicht gar nicht in Anspruch genommen.

Nach Breslau zurückgekehrt, erhielt ich noch an demselben Vormittage ein Schreiben des Oberpräsidenten Märckel, worin er Anerkennung meiner Leistung aussprach und mir eine Gratifikation von hundert Thalern mit dem Bemerken anwies, daß er dazu eigentlich nicht befugt sei, es aber auf seine Verantwortlichkeit thue. Nun wußte ich, warum Märckel in Sibyllenort geschmunzelt hatte und mir stets wohl wollte.

Die hundert Thaler waren mir viel willkommener als ein Orden.

Stellung als Wasserbauinspektor.

Ich hatte nur 650 Rthlr. Gehalt, 250 Rthlr. Pferdegelder und 25 Rthlr. für Schreibmaterialien, zusammen 925 Rthlr. jährlich, mußte aber wegen der vielen Baustellen in meinem neun Meilen langen Bezirk mit zum Teil schlechten Wegen zwei Pferde halten, bekam auf Dienstreisen keine Diäten und hatte einen unentbehrlichen Schreiber zu bezahlen. Es liegt auf der Hand, daß trotz der damals herrschenden Wohlfeilheit im günstigsten Falle kaum 400 Rthlr. für mich übrig blieben. Neuanschaffung eines Pferdes, größere Wagenreparaturen und dergleichen reduzirten mein für mich übrig bleibendes Einkommen auf 300 Rthlr. Davon hätte ich, namentlich nach meiner Verheiratung, nicht leben können. Auf diese Situation mochten wohl manche Bauunternehmer, Lieferanten, Maurer- und Zimmermeister spekuliren, indem sie versuchten, mir Geschenke zu machen, zinsfreie Darlehen mit beliebiger Rückzahlung, sogar stille Teilnahme an Lieferungen anzubieten. Es bedurfte zuweilen sehr derber Zurückweisungen; höfliche Ablehnung schien man für Ziererei zu halten. Ich schränkte mich aufs äußerste ein; als mir aber beide Pferde am Rotz fielen, war meine Verlegenheit groß. Ich ging zum alten Märckel, klagte ihm meine Not und bat um 200 Rthlr. sofortigen Vorschuß. Er antwortete, daß er dazu eigentlich nicht ermächtigt sei, er wolle es aber doch thun, ich müßte mich aber verpflichten, mir monatlich 10 Rthlr. abziehen zu lassen. Ich bekam das Geld mit dem Bemerken, daß der Gehaltsabzug erst nach drei Monaten beginnen solle. Vor Ablauf derselben erhielt ich die Benachrichtigung, daß mir zur Deckung des Vorschusses eine extraordinäre Gratifikation von demselben Betrage vom Minister bewilligt worden sei. Es gibt aber nicht bei allen Regierungen Männer wie Märckel, und ohne solche Hilfe in der Not liegt die Gefahr nahe, daß der Baubeamte zuerst in Abhängigkeit von Leuten gerät, die er kontrolliren soll, und dann zum unredlichen Manne wird.

Organisation des Staatsbauwesens.

Den ganzen Vorgang erwähne ich hier nur, um darzuthun, wie unrichtig der Staat handelt, seine ausführenden Baubeamten schlecht zu bezahlen. In späterer Zeit ist zwar das Gehalt derselben etwas erhöht, auch ist den Bauinspektoren ein sehr mäßiger Diätensatz auf Dienstreisen zugestanden worden, aber die Besoldung ist noch immer sehr dürftig, und nach wie vor muß ein sehr erheblicher Teil derselben auf dienstliche Auslagen verwendet werden. Man besoldet doch Kassenbeamte ausreichend, um sie von Defekten aus Not abzuhalten. Dabei ist klar, daß der Kassenbeamte, wenn er sich Staatsgelder aneignen will, stehlen muß, und daß der Schaden für den Staat gerade so groß ist als der Defekt. Der unredliche Baubeamte braucht nicht zu stehlen, man

bringt ihm ins Haus und steckt ihm in die Tasche, was er braucht, wenn er es nur zuläßt. Die Form des Darlehens schützt ihn sogar in der Regel im Fall der Entdeckung vor Strafe. Aber der Staat erleidet den vielfachen, oft den zehnfachen Schaden von dem, was ein unredlicher Baubeamter in solchen Formen annimmt; denn der Bauunternehmer und Lieferant besticht den Beamten, um viel mehr zu gewinnen als den Betrag solcher Geschenke und Darlehen. Einen unredlichen Baubeamten, dem aber nichts nachgewiesen werden kann, mit dem vollen Gehalt pensioniren, wäre ein sehr gutes Geschäft für den Staat.

Ein verhängnisvoller Irrtum bei Behörden und Korporationen liegt in der Annahme, daß die Form der Submissionen vor Unterschleifen und Betrügereien schütze. Das ist ganz und gar nicht der Fall. Bei Entreprisebauten hat der Unternehmer ein noch größeres Interesse, den die Aufsicht führenden Baubeamten auf seine Seite zu bekommen, als bei Bauausführungen auf Rechnung (eigene Regie). Der Beamte soll schlechtes Material und schlechte Arbeit zulassen, sogar die Dimensionen nicht scharf kontrolliren, überhaupt durch die Finger sehen.. Er braucht, um Geld zu gewinnen, keine falschen Rechnungen aufzustellen; der Unternehmer bezahlt ihn unter vier Augen ohne Quittung. Eine Wirkung haben die Bauentreprisen aber unzweifelhaft: mangelhafte, knauserige Bauausführungen für Beträge, mit denen oft gut gebaut werden könnte. Es gibt gar kein sichereres Mittel, zu schlechter Arbeit zu gelangen, als Submissionen. Es ist ein Beweis von der Unverwüstlichkeit des preußischen Beamtentums und dem Ehrgefühl desselben, daß es trotz alledem und alledem doch nur wenige räudige Schafe unter den Baubeamten gibt. Dennoch ist Abhilfe dringend geboten. Freilich würde dieselbe bei der sehr großen Zahl von Baubeamten außerordentliche Mittel in Anspruch nehmen, wenn man sich nicht endlich entschließt, das ganze System des Staatsbauwesens in solcher Weise umzugestalten, daß mindestens zwei Drittel der fest angestellten Baubeamten entbehrlich werden und das übrig bleibende Dritteil ausreichend bezahlt werden kann. Die dazu führende Organisation ist nicht schwer durchzuführen, wenn man eine Menge zopfiger, großenteils ihren Zweck verfehlender, reglementarischer Bestimmungen aufhebt. So lange jede Flickerei an einem Brückengeländer oder Dach zuerst von dem oft entfernt wohnenden Baubeamten veranschlagt, dann ausgeführt, abgenommen und bescheinigt werden muß, so lange die Behörden oder vielmehr die Dezernenten zu unbedeutenden Gebäuden, wie Dorfschulen, Försterwohnungen oder Stallungen, drei, vier oder noch mehr spezielle Entwürfe und Anschläge machen lassen, weil es nichts kostet, ist das jetzige Heer von schlecht bezahlten Staatsbaubeamten unentbehrlich. Es steht aber sachlich nichts im Wege, daß der Staat gerade so verfährt wie jeder umsichtige Privatmann, die kleinen Kommunen und die meisten Korporationen.

Der Haus- und der Gutsbesitzer lassen kleine Reparaturen durch den nächsten Maurer- oder Zimmermeister ohne jede Konkurrenz eines Baubeamten ausführen. Bei größeren Gegenständen macht der Meister sehr gern einen Anschlag nach Rücksprache, auch die Zeichnung, wofern eine solche nötig ist. Der Bauherr prüft dieselbe, nimmt vielleicht Rücksprache mit einem andern Meister und verdingt die Arbeit an einen solchen.

Man wende nicht ein, daß der Haus- oder Gutsbesitzer keine technischen Kenntnisse besitzt. Ist er nicht ganz unpraktisch, so weiß er am besten, was nötig ist. Er unterscheidet ganz sicher gute Materialien von schlechten und baut in der Regel viel wohlfeiler als der Staat mit seinen geprüften Technikern.

Will der Privatmann, die kleine Kommune oder eine Korporation größere Bauten ausführen, so wenden sie sich an einen Privatbaumeister (Architekten) oder an einen königlichen Baumeister, der in solchem Fall lediglich als Privatbaumeister fungirt, lassen sich Entwürfe und Zeichnungen machen, und wenn ihnen diese zusagen, den Bau darnach ausführen. Nichts hindert sie, einen andern Architekten zuzuziehen. An den sämtlichen neueren Privatgebäuden Berlins, wirkliche Pracht- und Luxusbauten mit eingeschlossen, hat gewiß nur in sehr wenigen Fällen ein wirklicher Staatsbaubeamter mitgewirkt. Früher bedienten sich die Privatleute fast ausschließlich der Maurer- und Zimmermeister, in neuerer Zeit der Privatarchitekten, deren sich trotz der sehr erschwerenden reglementarischen Bestimmungen eine erhebliche Anzahl, namentlich in Berlin, etablirt hat.

Noch weniger werden die Staatsbaubeamten von den Gutsbesitzern, kleinen und Mittelstädten in Anspruch genommen, obgleich es hier an Privatbaumeistern sehr fehlt.

Dabei genießen die Privatbauherren den großen Vorteil, daß sie nicht, wie der Staat, an einen bestimmten Kreisbaubeamten gebunden sind, der vielleicht trotz des Examens nicht sehr geschickt und nicht praktisch ist.

Nun ist mir aus meiner dienstlichen Stellung bei drei verschiedenen Provinzialregierungen genau bekannt, daß Reparaturen und unbedeutende Baulichkeiten $^3/_4$ bis $^9/_{10}$ der Arbeit der königlichen Baubeamten in Anspruch nehmen, namentlich den größten Teil des Schreibwerks und der Dienstreisen veranlassen. Wichtige, große Staatsbauten kommen in den Provinzen verhältnismäßig selten vor und werden meistens nach in Berlin ausgearbeiteten Entwürfen ausgeführt unter der speziellen Aufsicht eines auf Diäten beschäftigten jungen Baumeisters. Der Kreisbaubeamte und der Regierungs- und Baurat haben die häufig nur formelle Oberaufsicht. Weiß man nun noch, daß erfahrungsmäßig diejenigen fest angestellten Baubeamten, welche stets pünktlich und vollständig berichten, überhaupt mit schriftlichen Arbeiten nie im Rückstande bleiben, bei der vorgesetzten Behörde am besten angeschrieben sind, selbst dann, wenn ihre Bauausführungen viel zu wünschen übrig lassen, so kann man sich

gar nicht wundern, daß die große Mehrzahl der Baubeamten sich in schreibende Subalternen verwandelt, die nur einen kleinen Teil ihrer Zeit als wirkliche, selbst ausführende Baumeister thätig sind, also als solche gar nicht fortschreiten und für große Bauentwürfe und Ausführungen mehr oder weniger unbrauchbar werden.

Als ich meine erste Eisenbahn baute, kannte ich eine große Zahl der Baubeamten des Regierungsbezirks ziemlich genau und fragte mich, welche und wie viele davon könntest du wohl zum Eisenbahnbau gebrauchen? Die Antwort lautete sehr niederschlagend: Einen! und dieser Eine wollte den Staatsdienst nicht verlassen. Welche Leistung kann man denn von einem (damaligen) Wegebaumeister erwarten, der fünf, sechs, ja zehn Jahre hindurch nichts Technisches zu thun gehabt hatte, als Steine für seine alte Chaussee klopfen, Steinschüttungen machen zu lassen, die Seitengräben zu räumen und die Grasnutzung auf den Böschungen zu verpachten? Dabei wohnte der Mann in einer kleinen Stadt und entbehrte jede geistige Anregung. Dennoch war es damals Vorschrift, daß jeder examinirte Bauführer zuerst als Wegebaumeister angestellt werden sollte, mit wenigen Ausnahmen, zu denen ich glücklicherweise gehörte.

Es liegt, sollte ich meinen, auf der flachen Hand, daß der Staat wie der Privatmann alle nicht sehr erheblichen Reparaturen und kleineren Bauten von denjenigen Beamten ausführen lassen kann, die den Fiskus an Ort und Stelle vertreten, wie Oberförster, Steuer- und Zollinspektoren, Rentbeamten ꝛc., in gewissen Fällen auch Landräte. In der That hat man bei der Forstverwaltung den Anfang damit gemacht. Die Oberförster führen kleine Reparaturen ohne Zuziehung eines Baubeamten aus, ohne jeden Nachteil für den Staat, sogar mit Vorteil. Wird dieses System auf alle anderen Verwaltungszweige und auf größere Reparaturen und kleinere Neubauten ausgedehnt, so sind mindestens drei Viertel der Arbeit der Baubeamten erspart. Bei bedeutenden Reparaturen und erheblichen Neubauten steht nichts im Wege, daß der Staat ebenfalls wie der Privatmann gewandte Maurer- und Zimmermeister oder Privatbaumeister, wo solche vorhanden, teils für bestimmte Fälle, teils für ganze Distrikte und für einen gewissen Zeitraum im Wege des Vertrages heranzieht. Der Staat wird dabei sehr erheblich sparen und den Vorteil erreichen, daß er nach und nach sich von einem Corps bureaukratischer Arbeiter befreit und nach Bedarf mit dem Personal wechseln kann, statt unbrauchbar gewordene Techniker bis an ihr Lebensende zu füttern.

Selbstverständlich wird der Staat eine mäßige Anzahl fest angestellter Baubeamten nicht entbehren können, zunächst für solche Häfen, die der Staat unterhält, und für schiffbare Flüsse, dann zur Revision der Anschläge, Rechnungen und größeren Bauausführungen in den Provinzen oder Regierungsbezirken, endlich bei der Zentralverwaltung in Berlin. Es erscheint ratsam, die Provinzialbaudirektoren nicht aus den bureaukratisch erzogenen Bauleuten hervor-

gehen zu lassen, sondern aus den bewährten Privatbaumeistern zu wählen und aus den in der unteren Schicht gemachten Ersparnissen gut zu bezahlen.

Die Techniker bei der Zentralverwaltung dürften zur Abkürzung des Geschäftsganges den einzelnen Ministerien zuzuteilen sein, und zur Feststellung von Prinzipienfragen und Prüfung besonders wichtiger und bedeutender Bauentwürfe als technische Deputation zusammen zu treten haben.

Von großer Wichtigkeit für die Durchführung der angedeuteten Organisation ist die Heranziehung einer großen Zahl von Privatbaumeistern, auch für die Provinzen. Dem hat früher die Vorschrift entgegen gestanden, nach welcher zum Examen als Privatbaumeister nur diejenigen zugelassen wurden, welche das Handwerk eines Maurers, Zimmermanns oder Mühlenbauers praktisch erlernt haben. Erst die neue Gewerbeordnung hat dem ein Ende gemacht. So nützlich praktische Thätigkeit im Bauwesen vor dem Studium der Theorie ist, so kann doch einem auf einer höheren Schule gebildeten jungen Menschen nicht zugemutet werden, daß er zunächst unter rohen Gesellen drei Jahre hindurch ein spezielles Handwerk lernt, selbst Geselle wird und dann erst die Baukunst mit ihren Hilfswissenschaften studirt, um endlich ohne Aussicht auf feste Anstellung zur Prüfung als Privatbaumeister zugelassen zu werden. Die Privatbaumeister waren daher genötigt, dieselbe Laufbahn durchzumachen wie der künftige Staatsbaumeister, wozu bekanntlich mit Vor- und Nachprüfungen acht Jahre gehören. Ein solches Opfer an Zeit und Geld ist nur jemand zuzumuten, der in einer großen Stadt wie Berlin Hoffnung auf sehr einträgliche Geschäfte hat.

Es hätte genügt und dem Zweck entsprochen, den angehenden Privatbaumeistern ein Zeugnis über tüchtige Schulbildung, zweijährige Beschäftigung im Bauwesen und den mehrjährigen Besuch der Bauakademie oder eines Polytechnikums vorzuschreiben. Die Thätigkeit der Privatbaumeister ganz freizugeben und von jedem Examen abzusehen, wie in England, hat man früher nicht gewagt. Das bauende Publikum verlangt allerdings eine gewisse Garantie für die Befähigung der Privatbaumeister, und diese selbst entbehren ungern einer solchen Legitimation.

Die oben erwähnte bedenkliche Bestimmung hat es auch verhindert, daß sich wirkliche Zivilingenieure, wie in England, ausbilden konnten. Das sind Leute, die sich mit dem Wasserbau und dem konstruktiven Teil der Baukunst, schwierigen Fundamenten, Dächern mit weiten Spannungen, Brücken, Schleusen, Kanälen, Häfen und mit dem gröberen Maschinenbau, namentlich allen Hilfsmaschinen beschäftigen. Ausgeschlossen sind der ästhetische Teil der Baukunst und die kleinen, komplizirten Maschinen für Weberei, Spinnerei, Druckerei u. s. w. Daher kommt es auch, daß in England bei großen, schwierigen Bauten in der Regel der Architekt und der Zivilingenieur zusammen wirken. Bei uns nennt sich jeder, der Maschinenbau in einer Maschinenfabrik, meist nur stückweise,

empirisch gelernt hat, Zivilingenieur. Ich habe es aber vielfältig bei Eisenbahnen und Gasanstalten erlebt, daß der Maschinenmann keinen Holzschuppen für eine Hilfsmaschine konstruiren und daß der Baumeister ohne den Maschinenmann keine Hilfsmaschine aufstellen und betreiben konnte. Wenn aber auch der Maschinenbauer etwas vom Bauwesen weiß, so muß doch die Zeichnung und der Antrag auf den baupolizeilichen Konsens von einem Bau-, Maurer- oder Zimmermeister unterschrieben werden. Die erleichterte Zulassung zur Prüfung als Privatbaumeister würde einem solchen gestatten, zugleich Maschinenbauer zu werden, nur müßte die Lehrzeit in der Maschinenfabrik als praktische Beschäftigung mit angerechnet werden.

Es ist hier nicht der Platz, um einen vollständigen Organisationsplan für das Staatsbauwesen anzulegen; ich habe nur meine obige Behauptung, daß zwei Drittel der Staatsbaubeamten entbehrlich sind, durch Angabe der Hauptgrundzüge einer andern Organisation näher begründen wollen. Im Jahre 1848 habe ich dem damaligen Oberbau- und Ministerialdirektor Mellin und dem Minister Milde meine Ansichten vorgetragen, aber vergeblich. Man kann die großen Verdienste und die glänzenden Seiten des preußischen Beamtentums vollkommen anerkennen, aber doch mit Recht behaupten, einmal, daß die Kunst unabhängig von der Bureaukratie, und dann, daß das Staatsbauwesen so wenig als möglich bureaukratisch organisirt sein soll.

Die kärgliche dienstliche Einnahme nötigte mich, neben meinen überhäuften Dienstgeschäften mich nach Privatarbeiten umzusehen. Ich ließ mich beim Oberlandesgericht in Breslau ein für allemal als Sachverständiger vereidigen und gab in Prozessen Gutachten ab; ich machte auch einige Bauentwürfe, die aber schlecht bezahlt wurden. Dann übertrug mir die Seehandlung die Leitung des Baues eines massiven Wehrs in der Oder bei Ohlau.

Praktische Eisenbahnstudien und Reisen.

Schon seit 1829 hatte ich mich für den Bau von Eisenbahnen in England sehr interessirt und darüber gelesen, was ich auftreiben konnte. Es war mir daher erfreulich, daß ich aufgefordert wurde, in das Komite für die oberschlesische Eisenbahn einzutreten und die Vorarbeiten zu leiten für ein von mir selbst in Vorschlag gebrachtes mäßiges Honorar, das die Auslagen vollkommen deckte.

Reise nach Süddeutschland.

Im Auftrage und auf Kosten desselben Komites machte ich im Herbst 1837 eine Entdeckungsreise auf Eisenbahnen, ging zuerst nach Dresden, bereiste die im Bau begriffene Leipzig-Dresdener Bahn, kam auch auf die Baustelle der Elbbrücke bei Riesa. Hier fiel mir zweierlei auf: die Unliebenswürdigkeit der sächsischen Baumeister und die höchst mangelhafte Ausführung der Brückenpfeiler, nach veralteten Methoden und ohne genügende Hilfsmaschinen. Als jetzt*) vor kurzem die inzwischen mit Benutzung der alten Pfeiler erweiterte Brücke einstürzte, wunderte ich mich nur darüber, daß der Einsturz nicht früher erfolgt war.

Im großen Einschnitt bei Machern sah ich die erste Lokomotive Erde transportiren. Es wurde mir gestattet, mitzufahren. Das erste Dampfroß das so große Veränderungen in der kultivirten Welt hervorbringen sollte, machte einen eigentümlichen Eindruck auf mich. Sehr freundlich nahm mich das Personal der kleinen Nürnberg-Fürther Bahn auf. Ich konnte mich speziell über alles genau unterrichten. Ebenso erging es mir bei der Besichtigung des noch im Bau befindlichen Donau-Main-Kanals. Dort lernte ich den damaligen Chef des Wasserbauwesens in Bayern, Pechmann, den Regierungsbaurat Beischlag und Bauinspektor Panzer kennen, alle drei sehr gescheite, tüchtige Leute, die mich, obgleich durch niemand empfohlen, bei der Bereisung einer erheblichen

*) Geschrieben 1876.

Strecke des Kanals mitnahmen und mir auf den sehr interessanten Baustellen der Schiffschleusen und Brücken die speziellste Auskunft gaben. Man wendete die in England und Frankreich bewährten neuen Methoden an und führte die Arbeiten aus sehr schönem Material vortrefflich aus. Ich dachte damals öfter: Wenn ein junger bayerischer Bauinspektor ohne jede Empfehlung nach Berlin käme, ob er dort wohl ebenso aufgenommen werden würde?

In Frankfurt am Main suchte ich den früheren bayerischen Baurat Denis auf, der den Bau der Taunusbahn leitete. Derselbe befand sich zwar noch im Stadium der Vorarbeiten, aber Denis, ebenso gefällig wie seine bayerischen Kollegen, machte mich auf manche wichtigen Punkte aufmerksam und teilte mir viel Interessantes aus England und Amerika mit, das er aus eigener Anschauung kannte.

Stimmung der Rheinländer.

In jenen schönen Herbsttagen sah ich zuerst den Rhein, der in der roten und gelblichen Färbung seiner bewaldeten Ufer schöner ist als im Frühjahr mit kahlen Weinbergen. Zum erstenmal fuhr ich auf einem großen Dampfschiff von Mainz nach Köln in sehr lebhafter Gesellschaft, meistens Rheinländer, mit denen ich in zwölf Stunden bekannter wurde als mit richtigen Norddeutschen in ebensoviel Monaten. Es wurde auch viel politisirt. Sehr auffallend war mir, daß die Herren stets von „den Preußen" sprachen, als ob sie gar nicht dazu gehörten. Sie „räsonnirten" tüchtig über die preußische Regierung, deren Schoßkind sie doch damals waren und unter der die Provinz sich außerordentlich emporgehoben hatte und Handel und Industrie blühten. Es fiel sogar die Aeußerung: wenn das nicht anders wird (die politischen Zustände), so fallen wir ab. Auf meine Frage, wohin sie fallen, ob sie sich an Belgien anschließen oder wieder französisch werden oder gar wieder geistliche Fürsten und Landesherren haben wollten? wurde geantwortet: Belgien sei der zentralisirte Polizeistaat unter anscheinend freiheitlichen Formen und ziehe sie nicht an; die französische Präfektenwirtschaft habe man genügend kennen gelernt und danke dafür; von geistlichen Fürsten könne gar keine Rede sein. Es blieb also im Dunkeln, wohin man fallen wollte.

Der Erzbischof von Köln.

Gerade zu jener Zeit war der Streit mit dem Erzbischof in Köln akut geworden. Auf dem Dampfschiff, wie gleich darauf in Köln war man empört über ihn, speziell darüber, daß er alle gemischten Ehen für Konkubinate erklärt habe. Man erzählte mir, daß die katholische Frau eines protestantischen Offiziers den Verstand verloren habe, weil der Erzbischof ihr gesagt hatte, ihre

Kinder seien Bastarde. Als ich fragte, was gegen den hohen Herrn geschehen könne und sollte, sagte man mir: Man stelle ihn vor Gericht! Ein Advokat bemerkte, daß der Fall an das Geschworenengericht gehöre. An der Verurteilung zweifelte niemand.

In Köln, wo ich mehrere Tage blieb und durch einen Vetter, der eine Rheinländerin zur Frau hatte, in Gesellschaftskreise kam, herrschte dieselbe Stimmung.

Während meines Aufenthalts in Belgien war der Erzbischof von Köln verhaftet und ohne gerichtliches Verfahren in Posen internirt worden. Es herrschte große Aufregung am Rhein. Die Stimmung war total umgeschlagen. Auf meine Frage, woher dieser Umschlag rühre, wies man auf die willkürliche Verhaftung des Erzbischofs hin und meinte, was heute diesem geschehen sei, könne morgen jedem andern passiren. Man wolle keine Kabinetsjustiz, sondern gerichtliches Verfahren.

Von Breslau hatte man mich an ein Kölner Haus und in Aachen an Hansemann, den nachherigen Finanzminister, der damals Wollhändler und Tuchfabrikant war, empfohlen. Mir wurde dort auch Einsicht in die Vorarbeiten der rheinischen Eisenbahn gewährt, wenn auch nicht ganz in der entgegenkommenden Weise wie in Bayern und Mainz.

Mich befriedigte diese erste Exkursion nach Süddeutschland und dem Rhein in hohem Grade. Der lebhafte Verkehr, die frische, lebendige Unterhaltung, die freundliche Aufnahme als Fremder, das allgemeine Interesse an Politik und der Humor in allen Kreisen bildeten einen starken Kontrast mit den preußischen Ostprovinzen und Berlin. Aus jener Zeit stammt meine Sympathie für den deutschen Süden und Westen.

Keineswegs teilte ich alle politischen Ansichten der Rheinländer, aber darin mußte ich ihnen recht geben, daß der Absolutismus und die Allmacht der Bureaukratie für den erreichten Bildungszustand und die wesentlich umgestalteten Verhältnisse nicht mehr paßten und trotz des im allgemeinen in der Staatsverwaltung herrschenden Wohlwollens entschieden drückend geworden waren. Es bedurfte dringend der Abhilfe. Die Bevölkerung ließ sich nicht mehr lange wie unmündige Kinder behandeln.

Reise nach Belgien und Holland.

Von Köln ging ich über Aachen nach Belgien, wo schon große Strecken Eisenbahn sich im Betriebe befanden. Die beiden obersten belgischen Eisenbahnchefs Simons und de Ritter gaben mir in Form einer offenen Ordre eine Empfehlung an sämtliche Beamten. Aber welchen Unterschied fand ich im Vergleich mit den Bayern. Die belgischen Ingenieure, unter denen sich doch jedenfalls auch Vlamländer befanden, die mehr oder weniger deutsch verstehen,

ließen sich nur auf französisch ein, das ich mangelhaft sprach. Dabei fehlte die Liebenswürdigkeit der Franzosen gegen Fremde und die Nachhilfe beim Sprechen gänzlich. Von Begleiten nach den Werkstätten und Baustellen war nicht die Rede. Man konnte mir den Zutritt und das Umhergehen nicht verweigern, aber ich bekam nur ganz kurze, fast mürrische Antworten trotz der offenen Ordre der Chefs und mußte mich mit Trinkgeldern bei den unteren Beamten einführen. Dabei sah ich öfter recht Mangelhaftes, sowohl auf Baustellen wie beim Betriebe.

Später bin ich mehrfach in Belgien gewesen, habe oft mit Belgiern geschäftlich zu thun gehabt und bin auf Reisen in der Schweiz mit Belgiern zusammengetroffen. Diese Begegnungen haben mich mit reisenden Engländern vollständig ausgesöhnt. Es kommt mir so vor, als ob bei den Belgiern eine Kombination mancher schlimmen Eigenschaften der Franzosen und der Deutschen stattfände, zum Beispiel französische Anmaßung und deutsche Püffelei.

Wohl sind mir die großen Leistungen und Verdienste der Niederländer im Mittelalter und in späterer Zeit auf dem Gebiete der Politik und Industrie bekannt, aber ich glaube zu wissen, daß die belgische Industrie nicht gleichmäßig mit der in anderen Ländern vorgeschritten und in manchen Zweigen überflügelt worden ist. Wie mir wohlunterrichtete Leute versichert haben, konnte vor der Schwindelperiode 1871 bis 1873 die belgische Tuchfabrikation mit der rheinischen, sächsischen und schlesischen kaum noch konkurriren. Im Maschinenwesen, speziell im Bau von Lokomotiven und Eisenbahnwagen habe ich fast nur mangelhafte, ja ganz schlechte Ware aus Belgien gesehen. In einer der größten belgischen Fabriken fand ich unglaublich schlechte Arbeiten und bedenkliche Arbeitsmethoden. In Rußland stehen belgische Eisenbahnbetriebsmittel in schlechtestem Rufe, wodurch die siegreiche Konkurrenz deutscher Fabriken sehr erleichtert wurde. Dazu kommt noch, daß es manchen belgischen Fabrikanten an kaufmännischer Zuverlässigkeit mangelt und daß man sich nach meiner Erfahrung stets von Hause aus den Rücken decken muß. Ich habe bei Beziehungen aus Belgien zuletzt immer ein deutsches Haus dazwischen geschoben und lieber Kommission bezahlt, als Prozesse wegen mangelhafter Lieferung geführt.

Vielleicht gewinnen die Belgier, wenn man längere Zeit mit ihnen persönlich verkehrt, wozu ich keine Gelegenheit gehabt habe.

Von Belgien ging ich nach Holland, dessen Kanalsystem und großartige Wasserbauwerke mich lebhaft interessirten. Ganz im Gegensatz zu Belgien fand ich die Holländer liebenswürdig und stets bereit, dem Fremden Auskunft zu geben, ihn zurecht zu weisen, ja ihm reelle Dienste zu leisten. Als ich die Halmoutschleuse bei Rotterdam besichtigte, wurde ich von einem älteren Herrn angeredet, der richtig vermutete, daß ich Techniker sei, und mit mir über die holländischen Wasserbauten sprach. Zuletzt forderte er mich auf, ihn im Haag

zu besuchen und gab mir seine Karte, aus der hervorging, daß er ein hochstehender Staatsingenieur sei. Ich suchte ihn wirklich im Haag auf, wurde sehr freundlich aufgenommen und erhielt eine Menge wichtiger Notizen, sogar eine Anzahl Zeichnungen.

Beabsichtigter Uebertritt zum Eisenbahnbau.

Nach Breslau zurückgekehrt, reifte während der Vorarbeiten zur Oberschlesischen Eisenbahn der Entschluß in mir, mich ganz dem Eisenbahnbau zu widmen und dahin zu streben, daß mir der Bau der genannten Bahn übertragen werde. Ich hatte dabei keineswegs allein die Verbesserung meiner pekuniären Lage im Auge, sondern gleichzeitig den interessanten wichtigen Wirkungskreis, der Land-, Wasser- und Wegebau in sich vereinigte, denen noch ein ganz neuer Teil des Bauwesens: das Schienengeleise mit allem Zubehör, sich anschloß. Dazu kam, daß sonst mit der Fertigstellung des Bauwerks die Thätigkeit des Baumeisters aufhört, während bei einer Eisenbahn der Betrieb derselben häufig in der Hand des Erbauers bleibt, der gerade dabei Gelegenheit hat, Mängel kennen zu lernen und Verbesserungen bei neuen Eisenbahnbauten einzuführen.

Der Bauinspektor im Staatsdienst muß mindestens die Hälfte seiner Zeit auf Reparaturen, Flickereien und zum Teil unnützes Schreibwerk verwenden. Kommt einmal in seinem Baubezirk ein größeres Bauwerk zur Ausführung, so wird sein Entwurf in der Regel bei der technischen Revision und Superrevision wesentlich umgestaltet und zuweilen nicht verbessert, oder er erhält von Berlin einen ganz neuen Entwurf, den er lediglich auszuführen hat. Neue Methoden bei Bauausführungen, namentlich bei Gründungen, wurden von der damaligen Oberbaudeputation in Berlin grundsätzlich nicht zugelassen, man sollte bei dem „durch Erfahrung bewährten Verfahren“ stehen bleiben, also nicht vorwärts schreiten.

Bei der angestrengten, aber nicht befriedigenden Thätigkeit war das Diensteinkommen des Baubeamten so niedrig, daß derselbe als redlicher Mann nur bei der alleräußersten Einschränkung durchkommen konnte und jedem Lebensgenuß, der Geld kostete, entsagen mußte. Ich war daher entschlossen, den Staatsdienst zu verlassen, wenn mir Urlaub zur Uebernahme eines Eisenbahnbaues verweigert werden sollte.

Es kam aber anders, die Aktien der Magdeburg-Leipziger Bahn fielen auf wenig über siebenzig Prozent. Die Leipzig-Dresdener Eisenbahngesellschaft mußte zur Vollendung der Bahn die dritte Serie der Prioritätsobligationen ausgeben. Wenn ich zur Revision der Vorarbeiten nach Oberschlesien fuhr, so lachte man mich aus, daß ich mich mit einem so lächerlichen Unternehmen befaßte, das niemals zu stande kommen könne.

Unter solchen Umständen konnte gar nicht davon die Rede sein, meine Ernennung zum Regierungs- und Baurat bei der Regierung in Gumbinnen abzulehnen. Mein Gehalt stieg zwar nur von 650 auf 1000 Thaler; aber der Ersatz der baren Auslagen für Reisen und dergleichen deckte dieselben. Die Stellung war also keineswegs glänzend, aber die Not hörte auf und mein Wirkungskreis war ein angenehmerer, wenn ich auch sehr viel arbeiten mußte, weil sich in Gumbinnen damals nur ein Baurat befand.



Meine Beamtenzeit in Gumbinnen und Potsdam.

Das Regierungskollegium in Gumbinnen.

Das Regierungskollegium in Gumbinnen stand noch ganz auf dem alten, ehrenvollen Standpunkt, wie vor Erlaß der Geschäftsanweisung von 1825. Es war Kollegium geblieben und nicht Präfektur geworden. Man debattirte frei und stimmte ab, man handhabte die Gesetze ohne Tendenz. Es waren besonders die beiden Oberregierungsräte Schirrmeister und Schlick, denen das Verdienst gebührte, den Geist der alten preußischen Verwaltung dadurch aufrecht erhalten zu haben, daß sie nicht das Echo des Präsidenten vorstellten sondern eine selbständige Meinung hatten. Ich führe ein paar charakteristische Vorfälle an.

Der damalige Minister Ladenberg (der ältere) erließ ein Reskript, wonach die Regierung in gewissen bei der Verwaltung der Domänengefälle vorkommenden Fällen vor der Entscheidung zunächst an den Minister berichten sollte. Der Referent trug im Kollegium darauf an, dem Minister zu antworten, die Regierung bilde in diesen, auf die Einziehung der Domänengefälle sich beziehenden Fällen nach der Regierungsinstruktion von 1817 die erste Instanz, der Minister die zweite. Es sei aber gesetzwidrig, daß die erste Instanz vor der Entscheidung zunächst bei der höheren Instanz, dem Minister, anfrage, wie entschieden werden solle. Der Minister könne die erfolgte Entscheidung der Regierung reformiren, aber nicht vorschreiben, wie dieselbe auszufallen habe. Der Mitte 1839 ernannte Regierungspräsident Braun, früher in Cöslin, war über den Antrag des Dezernenten, dem Minister den Gehorsam zu verweigern, sehr erstaunt und wollte einfach nach dem Ministerialreskript verfahren. Seine Verwunderung stieg, als der Dezernent und mehrere Mitglieder der Abteilung widersprachen und Abstimmung verlangten, die in Cöslin wohl ganz außer Gebrauch gekommen sein mochte. Die Uebereinstimmung des Oberregierungsrats mit der Ansicht des Präsidenten setzte er als selbstverständlich voraus und wies auf die Geschäftsanweisung von 1825 hin. Aber der Oberregierungsrat verlangte zunächst ebenfalls Abstimmung und trat bei dieser dem Antrage des

Dezernenten gegen die Ansicht des Präsidenten bei, dem jetzt nur die Wahl blieb, entweder sich zu fügen oder den Beschluß des Kollegiums zu suspendiren und persönlich an den Minister zu berichten. Braun hatte aber doch zu viel Rechtsgefühl, um gegen den unzweifelhaft richtigen uud dem Gesetz entsprechenden Beschluß des Kollegiums die Entscheidung des Ministers anzurufen, der in dieser Sache selbst Partei war. Es wurde daher in der beantragten Weise berichtet. Wie vorauszusehen war, ging ein donnerndes Reskript ein, dem sich aber die Regierung nicht fügte. Sie antwortete dem Minister, daß ihm nach ihrer Meinung eine Aenderung des Gesetzes nicht zustände, dies vielmehr nur durch Allerhöchste Entscheidung bewirkt werden könne, welche herbeizuführen sie dem Minister anheimstelle. Dabei blieb es; der Minister schwieg. Ohne allen Zweifel ist der Oberpräsident von Schön, durch den sämtliche Berichte der Regierung an den Minister gingen, der Ansicht der letzteren beigetreten; auch war die Stellung Ladenbergs in Berlin nicht von der Art, daß er seine Ansichten unbedingt hätte durchsetzen können.

Der Oberpräsident von Schön.

Unerachtet also das Festhalten am Gesetz und die Zurückweisung jedes willkürlichen Angriffs des Ministers auf die Selbständigkeit der Regierung unzweifelhaft vom Oberpräsidenten von Schön gebilligt wurde, so versuchte er doch selbst zuweilen, die Regierung unter seinen Willen zu beugen. So schickte er eines Tages einen Bericht der Regierung, der, wie erwähnt, durch seine Hände ging und nicht seiner Ansicht entsprach, an die Regierung mit der Aufforderung zurück, im entgegengesetzten Sinne zu berichten, statt seine Meinung in einer ihm zustehenden Beischrift zu dem Bericht der Regierung auszusprechen und diesen an den Minister zu befördern.

Der Dezernent erklärte im Kollegium, daß es auf den Inhalt des Berichts gar nicht ankomme; dem Oberpräsidenten stände es nicht zu, einen Bericht der Regierung, statt denselben mit seiner Beischrift an den Minister zu befördern, der Regierung mit der Weisung zurück zu schicken, ihren Beschluß aufzuheben und im entgegengesetzten Sinne zu berichten. Der Antrag lautete, nunmehr den Bericht direkt an den Minister abgehen zu lassen, das Reskript des Oberpräsidenten beizufügen und dem Oberpräsidenten davon Anzeige zu machen.

Wieder großes Erstaunen des Präsidenten Braun nnd Abstimmung gegen denselben, welcher sich der Oberregierungsrat anschloß. Wieder fügte sich der Präsident und der Oberpräsident gab keine schriftliche Antwort, nahm aber keinen Anstand bei seiner nächsten Anwesenheit in Gumbinnen im Kollegium zu erklären, die Regierung habe formell recht, wenn er auch mit dem Inhalt ihres Berichts an den Minister keineswegs einverstanden sei.

Die beiden angeführten Fälle zeigen, wie ein altes preußisches Regierungskollegium damals noch verfuhr. Ich glaube nicht, daß zu jener Zeit (anfangs der vierziger Jahre) viele weiter westlich gelegene Regierungen es gewagt haben, ihre Selbständigkeit in derselben Weise zu wahren.

Welchen entscheidenden Einfluß die Regierung und die Gesetze auf die Bevölkerung haben, konnte man zur Zeit meines Aufenthalts in Gumbinnen 1839—1843 sehr deutlich erkennen, wenn man die Gegend und die Bewohner in der Nähe von Tauroggen, bis zum Frieden von Tilsit im Jahre 1807 preußisches Domänenamt, dann an Rußland abgetreten, mit dem angrenzenden Preußisch-Lithauen verglich. Der Boden, das Klima, die Nationalität und Sprache sind auf beiden Seiten der preußisch-russischen Grenze genau dieselben, nur die Regierungen und Gesetze sind verschieden. Und welcher Unterschied zwischen den Bewohnern 30 bis 36 Jahre nach der Abtretung. Der Landmann und Arbeiter in der Umgegend von Tauroggen zerlumpt, mit langen, ungekämmten Haaren, gelb von Gesichtsfarbe, mager, fast verhungert, mit furchtsamem und doch tückischem Blick, geht gebückt dem höher stehenden Mann, besonders dem Beamten scheu aus dem Wege. Kann er nicht ausweichen, so bückt er sich bis zur Erde und küßt den Rockzipfel oder thut doch so. Von Lesen und Schreiben keine Rede. Man erkennt leicht den geprügelten, rechtlosen Menschen in ihm. Auf preußischer Seite sind die Leute, mit wenigen Ausnahmen, ordentlich angezogen, im Winter in selbstgemachtem Want, einem dicken Wollenstoff. Sie gehen aufrecht, oft stramm militärisch, sind gut genährt, grüßen beim Begegnen auf der Landstraße mit Handanlegen an die Mütze. Sie geben, wenn nicht etwa betrunken vom Markte heimkehrend, bereitwillig Auskunft deutsch und lithauisch. Die meisten können lesen, wenigstens Gedrucktes, viele auch schreiben. Es liegt in ihrem Wesen etwas Selbstbewußtes, und in der That sind sie sich ihrer Rechte vollkommen bewußt und machen im Wege von Beschwerden, zuweilen in Prozessen, namentlich in der Memelniederung, Gebrauch davon. Der Unterschied in den Häusern und beim Vieh ist ein ebenso auffallender. Man kann auf dem Markte in Tilsit mit Leichtigkeit den russischen vom preußischen Lithauer unterscheiden.

Bei alten, gebildeten Leuten habe ich mich damals (1839—43) oft erkundigt, ob vor 1807 schon ein ähnlicher Unterschied bestanden habe. Die Antwort lautete stets entschieden verneinend. Bis zur Abtretung war das Aussehen der Dörfer und der Bevölkerung, sowie das Benehmen derselben dasselbe.

Diese Beobachtung war mir ungemein interessant und ihre Mitteilung wird es wohl auch anderen sein.

Mit dem Jahre 1840 begann die *thatsächliche* Umwandluug der verhältnismäßig selbständigen Regierungen in Präfekturen und zwar der bedenklichsten Art, d. h. mit Beibehaltung der Firma: „*Königliche Regierung*.“

Die seitdem oft aus Landräten, sogar aus Gutsbesitzern hervorgehenden Präsidenten und Oberpräsidenten wurden immer mächtiger, ja nach unten allmächtig, deckten aber ihre persönliche Verantwortlichkeit gegenüber dem Publikum mit dem Schilde der Kollegialfirma.

Es dürfte von Interesse sein, über die Persönlichkeit Schöns und sein Auftreten in Dienstgeschäften aus eigener Erfahrung einiges mitzuteilen. Schon mein erstes Zusammmentreffen mit ihm war ein sehr eigentümliches. Ich hatte ihn bei der Durchreise durch Königsberg verfehlt; im Frühjahr 1839 kündigte er sein Eintreffen in Gumbinnen mit der Bemerkung an, daß er einer Sitzung der Regierung beiwohnen werde. Der bei Tag schmelzende und nachts frierende Schnee hatte die Chaussee mit einer dicken Eisdecke überzogen, in welcher durch die Wagenräder tiefe Löcher entstanden waren, so daß es sich sehr schlecht fuhr. In Berlin, wo man nicht nur den Neubau, sondern auch die gewöhnliche Unterhaltung der Chausseen zentralisirt hatte, war die Anschlagsposition: „für Aufeisen der Chaussee" einfach gestrichen worden. Man kannte das lithauische Klima in Berlin nicht und schien nicht zu wissen, was Aufeisen einer Chaussee bedeutet. Weil aber die Straße nicht wochenlang, namentlich für trabfahrende Wagen fast unpassirbar bleiben konnte, so hatte ich auf eigene Verantwortlichkeit das Aufeisen angeordnet, und den Wegebaumeister angewiesen, wenn es an Arbeitern fehle, den Landrat wegen Stellung derselben aus den Dörfern zu requiriren.

An dem Nachmittage, an welchem der Oberpräsident erwartet wurde, befuhr ich die Chaussee und nahm den Wegebaumeister mit. Die Straße war in einem scheußlichen Zustande; es hatte an Arbeitern gefehlt, die der Landrat erst beorderte, als er erfuhr, daß der Oberpräsident erwartet werde. Im Dorfe Stanneitschen begegnete ich einer Extrapost, der Wegebaumeister sagte mir: Das ist der Oberpräsident; ich ließ aber nicht anhalten, und als ich nach dem Vorbeifahren hinter mir rufen hörte, sagte ich zur Verwunderung des Wegebaumeisters meinem Kutscher: „Vorwärts, nicht anhalten!"

An demselben Abend teilte mir der Oberregierungsrat Schirrmeister mit, Schön sei wütend auf mich, es werde morgen in der Sitzung eine schlimme Scene geben. Schön habe geäußert: „Ein altes Weib (meinen Vorgänger N.) sind wir endlich los und jetzt schickt man uns ein ähnliches Weibstück." Ich sei ihm begegnet, habe ihn aber nicht erkannt; er werde mich gehörig beim Kopfe nehmen.

Darauf antwortete ich Schirrmeister, ich habe den Oberpräsidenten wohl erkannt, habe mich aber nicht im Dorfe in Gegenwart der Arbeiter, also öffentlich, von dem bekanntlich sehr heftigen und derben Oberpräsidenten heruntermachen lassen wollen. In der Sitzung werde ich ihm schon antworten.

Am andern Vormittag trat Schirrmeister in den Sitzungssaal und sagte mir, die Sache würde glimpflich ablaufen. Er habe Schön, den er soeben

gesprochen und der gleich wieder sehr heftig über mich losgezogen sei, absichtlich mitgeteilt, daß ich ihn in Stanneitschen wohl erkannt, aber nicht angehalten habe, weil ich auf öffentlicher Landstraße nicht ausgeschimpft sein wollte. Darauf habe Schön gelacht und sei ganz freundlich geworden.

Die Sitzung begann, ich wurde ihm vorgestellt, er sprach kein Wort von der Chaussee. Erst am Schluß der Sitzung fragte er mich ganz höflich, warum die Straße nicht fahrbar gemacht worden sei? Er sei ganz zerstoßen gestern angekommen. Ich gab ihm die oben schon erwähnte Auskunft und erhielt die Antwort: „Nun, dann können Sie nichts dafür."

In der Sitzung mußte ich Vortrag über eine sehr peinliche Sache halten, die zu Schöns Steckenpferden gehörte. Er hatte ganz richtig erkannt, daß zur besseren Kultur der bäuerlichen Ländereien in Masuren, dem südlichen Teil des Regierungsbezirks Gumbinnen, es an Viehfutter, namentlich an Heu fehle. Er glaubte dies durch Senkung des Wasserspiegels der vorhandenen vielen Landseen, also durch Trockenlegung bisher unter Wasser stehenden Grund und Bodens zu erreichen. Mit großer Anstrengung war es ihm gelungen, einen erheblichen Geldbetrag zur Senkung des Kruglanker Sees vom Minister bewilligt zu erhalten. Die Arbeiten hatten im Sommer 1839 begonnen, aber dabei stellte sich ein Nivellementsfehler von über 7 Fuß zum Nachteil der Sache heraus. Die Kosten steigerten sich dadurch sehr bedeutend über die bewilligten Mittel, wenn ich mich recht erinnere um 20000 Rthlr.

Der Oberregierungsrat Schirrmeister sagte mir, ich sollte mich nicht auf einen langen, vielleicht halbstündigen Vortrag einrichten; der ungeduldige Schön würde mich gar nicht zu Ende kommen lassen; ich müsse die dicken Akten sehr genau studiren, aber innerhalb 10 Minuten nur die entscheidenden Hauptpunkte herausgreifen. Dies geschah. Schön blieb ganz ruhig. Als ich zu Ende war, fragte er, wer den Nivellementsfehler gemacht habe. Ich antwortete: „Der Feldmesser N. N., den Eure Excellenz der Regierung dringend empfohlen haben." Zu meinem Erstaunen erklärte dann Schön, daß wir dem Feldmesser großen Dank schuldig wären. Wenn der Mann richtig nivellirt hätte, so würde der Anschlag von Hause aus 20000 Rthlr. höher ausgefallen sein und der Minister würde diesen so viel höheren Betrag gewiß nicht bewilligt haben. Jetzt, nachdem schon eine große Summe ausgegeben sei, bleibe dem Minister nichts übrig, als auch die Mehrkosten herzugeben. Ich solle mit den Arbeiten, sobald das Wetter und die bisher bewilligten Mittel es gestatteten, energisch vorgehen. Dem mußte ich widersprechen, weil der Minister ausdrücklich angeordnet hatte, daß vor Fortsetzung der Arbeit über die im Vorjahre erzielten Resultate berichtet werden solle.

Schön meinte, daran brauchten wir uns nicht zu kehren. Ich blieb bei meinem Widerspruch und erklärte, ich könne die Arbeiten nur fortsetzen, wenn entweder die Regierung gegen mein Votum es beschlösse oder aber er mir

den schriftlichen Befehl dazu erteile und mich von jeder Verantwortung entbände. Darauf antwortete Schön: „Ich befehle es Ihnen," worauf ich hinzusetzte: „Bitte, aber schriftlich," was Schön zusagte. Ich habe ihn dann am Abend nach dem Diner und bei seiner Abreise am andern Morgen an diesen schriftlichen Befehl erinnert, aber keinen erhalten, denselben also auch nicht ausgeführt.

Schwerlich würde ich gegen Schön ganz ebenso entschieden aufgetreten sein, wenn mir nicht der Oberregierungsrat Schirrmeister schon einige Zeit vorher einige sehr charakteristische Winke gegeben hätte. Ich hatte mir sein Vertrauen bei dem sehr schweren Eisgange und Hochwasser der Memel im April und Mai 1839 erworben. Er war verwandt mit Schön, kannte ihn sehr genau und sagte mir, Schön sei ein ausgezeichneter, sehr thätiger, geistreicher Mann, aber ich würde einen schweren Stand mit ihm haben. Schön hasse die offiziellen Techniker, die ihn bei seinen Projekten oft hinderten; er glaube selbst Techniker zu sein und alles zu verstehen; ich müsse mir in jedem einzelnen Falle genau bewußt sein, ob ich ganz fest gesattelt sei und unzweifelhaft recht habe. Wo dies der Fall, könne ich mit Schön nur durch Dreistigkeit und Geradheit durchkommen, zeige ich aber Schwäche und Unsicherheit, so trete mich Schön unter die Füße. Besonders sollte ich mich von Schön nicht zu Schritten verleiten lassen, für die mir die Verantwortlichkeit obläge; Schön ritte mich hinein und ließe mich, sobald es zum Klappen käme, sitzen.

Daher rührte mein Verlangen, mir den Befehl schriftlich zu erteilen. Ich sagte Schirrmeister, daß ich Derbheit auf Baustellen gründlich gelernt habe, und dankte ihm für seinen Rat, den ich in der That pünktlich befolgt und dem ich es zu verdanken habe, daß ich während der ganzen vier Jahre meines Aufenthalts in Gumbinnen mit Schön auf einem guten Fuß stand. Freilich gehörte dazu auch die vortreffliche Eigenschaft Schöns, daß er ein derbes, aber wohl begründetes Entgegentreten nicht übel nahm und nicht nachtrug.

Es herrschte bei den Mitgliedern der Regierung und bei den Landräten eine große Scheu, Schön auf Reisen zu begleiten. Jeder suchte sich zu drücken. Besichtigungen der beschädigten Deiche und anderer baulichen Anlagen im Memelgebiet gaben Veranlassung, daß gerade ich mehrfach mit Schön reisen mußte, wobei es mir übrigens ganz gut erging. Ich hatte sogar Gelegenheit, das Gespräch auf die Regenerationsperiode von 1808—1812 und die Katastrophe von 1812 und 1813 hinzulenken. Er machte sehr interessante Mitteilungen, namentlich auch über die damals thätigen Personen, den König Friedrich Wilhelm III. mit eingeschlossen. Schön bestätigte, übereinstimmend mit meinem Vater, daß der König nur sehr schwer zur Unterschrift der großen, berühmten Gesetze zu bringen gewesen sei, die den Staat wesentlich umgestalteten und den Aufschwung von 1813 möglich machten. Jede Konzession habe ihm von den Männern, die zu jener Zeit an der Spitze standen, abgerungen

werden müssen. Es fiel mir auf, daß Schön sehr selten Anerkennung für die damals leitenden Personen aussprach, vielmehr fast an jedem etwas auszusetzen hatte. Interessant, lebhaft und geistreich waren aber alle Gespräche Schöns. In einer Sitzung, der Schön präsidirte, herrschte stets große Aufmerksamkeit und Spannung, welche durch einzelne offenbar paradoxe Aeußerungen nicht vermindert wurden. Seine Kenntnisse waren sehr ausgedehnte, fast auf allen Gebieten. Er besaß eine scharfe Dialektik und disputirte mit jedem Professor. Er interessirte sich für alles und haßte nichts mehr als Teilnahmlosigkeit und Schlafmützigkeit. Von jedem Beamten verlangte er äußerste Anstrengung, weil er selbst schon am frühesten Morgen, oft schon von 5 Uhr ab, thätig war. Wollte er einen bestimmten Zweck erreichen, so kam es ihm auf die strenge Wahrheit gerade nicht an. Diese Eigenschaft soll ja auch bei anderen berühmten Staatsmännern vorkommen.

Von einem tüchtigen Landrat verlangte Schön, daß er nicht viel am Schreibtisch sitze, nur besonders wichtige Berichte und Entscheidungen selbst schreibe, aber jede eingehende Sache sofort lese, mündlich anordne, was zu antworten sei, und dann nicht nur die Reinschriften unterschreibe, sondern die Konzepte genau prüfe, also niemals den Kreissekretär sebständig verfügen lasse. Die Hauptsache sei, daß der Landrat seinen Kreis ganz genau kenne, nicht nur jedes Dorf, jeden Weg, jede Feldmark, sondern auch die Bewohner und deren Verhältnisse. Dazu gelange der Landrat durch häufiges Bereisen des Kreises und Rücksprache mit den Einsassen, namentlich aber dadurch, daß er die nötigen Termine nicht im landrätlichen Bureau, sondern an Ort und Stelle ansetze und persönlich verhandle. So könne der Landrat eine Menge Streitigkeiten und Schwierigkeiten persönlich beseitigen, die auf dem bureaukratischen Wege sich endlos fortspännen.

Das Erkenntnis dieser ganz unleugbaren Wahrheiten scheint im preußischen Abgeordnetenhause bei der Beratung der Provinzialordnung und des Gesetzes über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst nicht vorhanden gewesen zu sein, sonst würde man nicht verlangt haben, daß jeder Landratskandidat die Prüfung zum Assessor bestanden haben solle. Gewiß gibt es unter diesen Beamten eine Anzahl, die sich auch zum Landrat vorzüglich eignen; aber die Staatsprüfung gewährt keine Garantie dafür. Der junge Assessor, der die Verwaltungslaufbahn eingeschlagen hat, wird nicht Landrat bleiben wollen, vor allem sich die Zufriedenheit der vorgesetzten Behörde zu erwerben suchen und seinen Kreis gegenüber der Regierung selten so gut vertreten wie ein unabhängiger, womöglich im Kreise angesessener Mann, dem es freilich an Bildung und Geschäftskenntnis nicht fehlen darf, dem aber jedenfalls das gefährliche Strebertum fern liegt. Wenn der Abgeordnete Eugen Richter in der Sitzung des Hauses äußerte, es sei unerhört, daß ein Rittmeister aus dem Sattel unmittelbar auf den Landratsstuhl steige, so ist darauf zu

antworten, daß einmal solch ein plötzlicher Uebergang nicht leicht vorkommt, sondern daß ein früherer tüchtiger Militär, namentlich wenn er Gutsbesitzer im Kreise ist und sein Gut selbst verwaltet hat, sehr oft einen viel besseren Landrat abgibt, als ein junger Regierungsbeamter, der kaum Weizen von Roggen unterscheiden kann, keine Ahnung von den ländlichen Verhältnissen hat und doch Streber ist. Unter der großen Zahl von Landräten, die ich kennen gelernt habe, waren gerade die früheren Offiziere großenteils sehr tüchtig, wogegen eine nicht geringe Zahl von früheren Assessoren sehr viel zu wünschen übrig ließ. Der Posten des Landrats soll keine Vorstufe zu höheren Verwaltungsstellen und ebensowenig eine Versorgung für einen verarmten Gutsbesitzer oder pensionirten Offizier sein. Beim Landrat kommt es vor allem auf den Charakter und auf Unabhängigkeit an. Die vorgeschlagene Bestimmung, daß nur der zum Landrat gewählt und ernannt werden könne, der vier Jahre hindurch im Selbstverwaltungsdienst beschäftigt gewesen ist, gibt genügende Sicherheit für ausreichende Geschäftskenntnis.

Zur Charakteristik Schöns will ich noch einige bezeichnende Vorfälle erwähnen. Der Oberweginspektor Drews wurde nach Königsberg versetzt und meldete sich bei Schön, der ihm sagte, er wisse eigentlich nicht, weshalb man ihn hergeschickt habe, Chausseen könne jedes alte Weib bauen. „Das sieht man den hiesigen Chausseen an," antwortete Drews. Schön, der sich selbst für einen großen Baumeister hielt, lachte, und Drews war bei ihm gut angeschrieben, weil er sich nicht verblüffen ließ.

Gerade in jener Zeit wurde die Chaussee von Königsberg nach Tapiau gebaut. Schön instruirte Drews dahin, daß er die Erde nicht spazieren fahren und dafür sorgen solle, daß die Gutsbesitzer und Gemeinden Fuhren leisteten, wie sie versprochen hatten; ferner dürfe Drews nicht auf die Ernte warten, sondern müsse mit dem Bau sogleich vorgehen.

Mit dem Spazierenfahren der Erde meinte Schön ganz richtig, daß es falsch sei, die Erde aus den Einschnitten immer zu den entfernten Dammschüttungen zu verwenden; man spart in vielen Fällen Geld, wenn man die Erde aus den Einschnitten beiseite setzt und die zu den Dämmen seitwärts in der Nähe entnimmt. Drews, der sich den großen Entschädigungsansprüchen nicht aussetzen wollte und konnte, begann den Bau auf dem Schön selbst gehörigen Gute Arnau, das von der Chausseelinie durchschnitten wurde, und ließ die Erde aus einem Einschnitt auf ein Weizenfeld werfen. Schön ließ Drews sofort rufen und fragte ihn, wie er dazu komme, sein Gut zu devastiren. Drews antwortete, Schön habe es ihm selbst befohlen. Nun, meinte Schön, Sie können doch wohl bis nach der Ernte warten. Zugleich fragte er, ob die Gutsbesitzer und Gemeinden Fuhren zum Bau stellten? Drews sagte ihm: sehr wenig, namentlich habe der Besitzer von Arnau (Schön) noch nicht eine Fuhre gethan. Schön schwieg und Drews baute in der gewöhnlichen Art.

Schön war die Errichtung der Provinzial-Steuerdirektionen sehr unangenehm, weil er auf diese nur wenig Einfluß üben konnte. Es gab daher oft Streitigkeiten zwischen Schön und dem Provinzial-Steuerdirektor Landmann, der aber doch Schön zum Diner einlud. Dieser war bei Tisch sehr liebenswürdig. Als er aber beim Kaffee mit einem andern Herrn durch ein Zimmer ging, in welchem Landmann mit einem Konsistorialrat am Fenster im Gespräch stand, sagte Schön ganz laut zu seinem Begleiter: „Sehen Sie einmal, dort steht der Zöllner neben dem Pharisäer."

Sofort antwortete Landmann: „Und sie sehen einen Sünder vorüber ziehen." Schön lachte und sein Verhältnis zu Landmann besserte sich.

Diese einzelnen Züge charakterisiren Schön hinreichend. Er war ein Mann von Geist und vielen Kenntnissen, ungemein thätig, ein wirklicher Chef der Provinz, aber oft voll vorgefaßter Meinungen und jedenfalls sehr unbequem für die ihm vorgesetzten Minister. Schön kannte England aus eigener Anschauung und war bestrebt, Selbstverwaltung auch bei uns einzuführen. Er schützte daher Städte, Kreise und Korporationen vor willkürlichen, bureaukratischen Eingriffen, geriet aber dabei mit der in Berlin herrschenden Strömung oft in Konflikt.

Die Huldigung in Königsberg 1840.

Der Huldigung 1840 habe ich als Zuschauer beigewohnt. Die unerwartete Rede und das Gelöbnis des Königs im Schloßhofe elektrisirten auch mich, nur fiel es mir auf, daß die Worte des Königs keine Antwort auf den Antrag der Stände enthielten, auf Grund der königlichen Verordnung vom Mai 1815 eine ständische Verfassung zu verleihen. Auch der Landtagsabschied ließ diesen wichtigsten Punkt im unklaren. Man stritt über den eigentlichen Sinn des Landtagsabschieds. Mir schien die Beibehaltung des Ministers von Rochow durchaus unvereinbar mit der Erfüllung jenes feierlichen Versprechens. Als nun gar die offizielle Erklärung im Staatsanzeiger erschien, welche jede Hoffnung auf Verleihung einer Verfassung zerstörte, schlug die gehobene Stimmung in ihr Gegenteil um: allgemeine Enttäuschung und Unzufriedenheit. Nur sehr wenige Stimmen stellten sich schüchtern auf die Seite der Regierung. Der Mißmut durchdrang alle Gesellschaftsklassen. Eine offene, direkte Ablehnung bei der Huldigung hätte weniger verletzt. Man kann mit Recht behaupten, daß damals der erste Fundamentstein zu den Ereignissen von 1848 gelegt wurde.

Meine dienstliche Stellung in Gumbinnen.

Meine dienstliche Stellung in Gumbinnen war eine durchaus angenehme, das Verhältnis zu meinen Vorgesetzten und Kollegen ein gutes. Ich hatte es auf Grund eines älteren Staatsministerialreskripts durchgesetzt, daß mir in

den Abteilungen ein volles Votum zugestanden worden und daß ich in allen wesentlich technischen Sachen Dezernent, nicht ausschließlich Codezernent war, daher auch ein eigenes Bureau und einen Subalternen zugeordnet erhielt. Bei der Regierung in Gumbinnen hatte man nämlich die sogenannte Bureaueinrichtung eingeführt, d. h. jedem Rat ein besonderes Zimmer und einen bis zwei Bureaubeamte gegeben, also das ehemalige Sekretariat und die Kalkulatur aufgelöst, wodurch es möglich wurde, die Sachen viel schneller zu fördern als früher, insofern die Räte täglich bestimmte Stunden in ihrem Bureau arbeiteten. Hätte man auch die Kanzlei in Bureaus verteilt, so würde noch mehr Zeit erspart worden sein.

Mir hatte der Oberregierungsrat Schirrmeister einen sehr praktischen Rat erteilt, indem er mir sagte: „Korrigiren Sie niemals die von ihren Bureaubeamten geschriebenen Konzepte, Kleinigkeiten ausgenommen, sondern kassiren Sie stets mangelhafte Arbeiten und lassen Sie dieselben so oft noch einmal machen, bis das Konzept genügt. Dekretiren Sie nicht schriftlich, sondern mündlich, dann werden Sie Ihren Sekretär gut einarbeiten und wesentliche Hilfe erlangen. Wenn Sie viel korrigiren oder selbst umarbeiten, so verläßt sich der Sekretär auf Sie; Sie müssen nur ganz wichtige Schriftstücke selbst schreiben." In der That liegt in diesem guten Rat der Schlüssel dazu, andere für sich arbeiten zu lassen und die eigene Kraft auf bedeutende Sachen verwenden zu können.

Das Muster eines guten Verwaltungsbureaus ist das kaufmännische Comptoir. Es ließen sich sogar auch in der Staatsverwaltung sehr viele kleine Verfügungen und Berichte gleich ins reine schreiben und Kopirbücher anwenden, deren Blätter in die Akten geklebt werden.

Friedrich Wilhelm IV. in Tilsit 1842.

In die Zeit meiner Anwesenheit in Gumbinnen 1842 fiel die Rückreise des Königs von Petersburg. Er kam zur See nach Memel und wollte per Flußdampfschiff nach Tilsit fahren. Der Wasserstand war sehr niedrig; ich sollte auf Schöns Befehl die Fahrt durch Baggerung frei machen, was technisch unausführbar war, aber versucht werden mußte. Der König reiste zu Lande, besichtigte zu Fuß die zu Pferde anwesenden lithauischen Dragoner in Tilsit und am folgenden Tage das Schloß in Ragnit. Ich war gewissermaßen als Adjutant Schöns beide Tage in der Umgebung des Königs. — —

Projekt zur Deichregulirung an der Memel.

Ich will noch eines Vorfalls erwähnen, der die damalige Staatsverwaltung charakterisirt. Im Jahre 1838 hatten große Deichbrüche an der Memel stattgefunden und sehr großen Schaden gethan. Infolge dessen war eine Im-

mediatkommission aus höheren Verwaltungsbeamten und höheren Technikern zusammengetreten, welche Vorschläge zur Verhütung solcher Unglücksfälle machen sollte. Nach Inspizirung der Lokalität lautete das Gutachten der vom Könige ernannten Kommission dahin, daß nicht allein die Deiche (Dämme) am linken Ufer der Memel erhöht und verstärkt, sondern die sogenannte Plaschker Niederung auf dem rechten Ufer der Memel und des Ruß eingedeicht werden solle. Man ging dabei von der Ansicht aus, daß die große Ausdehnung des Hochwassers über das rechte Ufer die Hauptveranlassung zu Eisstopfungen im Strombett und dadurch zu Deichbrüchen sei und daß diese verhütet werden würden, wenn man auch am rechten Ufer Deiche anlege, die das Wasser mehr zusammenhalten und den Abgang des Eises befördern würden. Es war auch von der Regulirung des Strombettes in dem Gutachten die Rede, aber es wurde dazu kein Projekt aufgestellt und keine Veranschlagung angeordnet. Diese erstreckte sich lediglich auf das Deichprojekt am rechten Ufer.

Bald nach meiner Ankunft in Gumbinnen im Februar 1839 wurden mir diese von den Lokalbeamten aufgestellten Anschläge zur Revision vorgelegt; ich erklärte aber, daß ich zuvor die mir aus dem Jahre 1824 nur oberflächlich bekannte Lokalität gründlich kennen lernen müßte. Ich reiste bei Schnee und Eis im März 1839 nach der Niederung, sprach mit den beiden Wasserbauinspektoren und mehreren Deichgeschworenen und gelangte zu der Ansicht, daß vor allem das Strombett von Ragnit bis zum Haff einer gründlichen Regulirung unterworfen werden müsse, bevor man die Eindeichung auf dem rechten Ufer vornehmen könne. Da ein schwerer Eisgang nahe bevorstand, so erklärte ich, daß ich zunächst den Verlauf des Eisgangs und Hochwassers beobachten müsse, wobei sich dann ergeben würde, ob meine oben erwähnte Ansicht richtig sei oder nicht. Die Verzögerung war der Regierung sehr unangenehm, weil man in Berlin auf Beschleunigung drang. Ich nahm die Verantwortung auf mich.

Der Verlauf des Eisgangs bestätigte vollkommen meine Meinung. Nicht nur ich, sondern beide Wasserbauinspektoren und die sämtlichen Deichgeschworenen waren überzeugt, daß die Deiche, die nur mit äußerster Anstrengung gehalten worden waren, jedenfalls durchbrochen sein würden, wenn das Projekt der Immediatkommission mit mehreren hunderttausend Thaler Kosten schon ausgeführt gewesen wäre, ohne zuvor das Strombett gründlich zu reguliren. Dazu kam, daß die offene, auf Wiesenwirtschaft eingerichtete Niederung auf dem rechten Ufer gegen die Eindeichung protestirte und sehr große Entschädigungsansprüche anmeldete.

In diesem Sinn wurde an den Minister berichtet und gebeten, zuvörderst mit der Regulirung des Strombettes vorzugehen. Der Minister schickte den Geheimen Oberbaurat Severin zur nochmaligen Prüfung an Ort und Stelle,

und die Eindeichung unterblieb troß der Immediatkommission; leider wurden nur ganz unzureichende Mittel zur Stromregulirung bewilligt.

Wenn sich in der Zeit von 1848—58 ein Regierungs- und Baurat erlaubt hätte, einer Immediatkommission entgegen zu treten, so würde schon die Regierung ihn zum Schweigen gebracht, jedenfalls der Minister ihn mit einem Verweise bedacht und zur Ruhe verwiesen haben.

Meine Versetzung nach Potsdam.

Unerachtet mancher Erleichterungen blieb ich doch mit Arbeiten überbürdet, ich arbeitete zwar nicht sechzehn Stunden täglich wie der Fürst Bismarck — aber ich mußte, auch im Winter, von früh sechs Uhr bis abends acht Uhr, mit Ausnahme der Frühstücks- und Mittagspause am Schreibtisch sitzen. Dabei war wohl die Hälfte der zu bearbeitenden Sachen unbedeutend und langweilig. Bedeutende Bauausführungen kamen fast gar nicht vor. Dazu kam, daß das Leben und die Geselligkeit in einer isolirten kleinen Stadt mit der Zeit jeden zum Kleinstädter macht und den Gesichtskreis immer mehr verengt. Wenn der Präsident sich eine neue Weste kaufte, so sprach die ganze Stadt acht Tage lang davon. Kein Wunder, daß ich dringend wünschte, versetzt zu werden, womöglich zum Eisenbahnbau überzugehen, der inzwischen wieder in Aufschwung gekommen war. Ich wußte aber, daß Beuth, der Chef der Bauabteilung im Ministerium, öftere Versetzungen nicht billigte. Ich hatte zwar ein kleines Kapital von einer Tante geerbt, aber ich wagte doch nicht, als Familienvater den Abschied zu nehmen, bevor mir der Bau einer größeren Eisenbahn gesichert war. Drei Jahre hindurch hielt ich aus, dann aber schrieb ich an Beuth, schilderte ihm kurz meine Lage, namentlich die Unmöglichkeit, bei der Ueberladung mit Schreibwerk auf Fortschritte in der Technik zu wirken, ja selbst nicht zurück zu bleiben und zu versauern. Ich bat ihn, mich zu versetzen, wohin er wolle, aber jenseits der Oder. Die Antwort war originell und wenig über eine Zeile lang; sie lautete: „Ich werde auf Ihre Versetzung Bedacht nehmen." Was Beuth versprach, hielt er. Ihm und dem damaligen Finanzminister von Bodelschwingh, der 1842 in Gumbinnen einer Sitzung der Regierung beigewohnt hatte, verdanke ich es, daß ich im Januar 1843 nach Potsdam versetzt wurde.

Die Regierung in Potsdam und der Oberpräsident von Meding.

Bei meiner Durchreise durch Berlin sagte mir ein früherer Gumbinner Kollege, der im Ministerium arbeitete: „Du wirst in Potsdam keine alte preußische Regierung finden, wie in Gumbinnen. Potsdam ist die reine Präfektur und der Präfekt heißt Meding." Bei diesem, der gerade in Berlin zum Provinziallandtage war, meldete ich mich. Er erklärte mir, er würde nicht dulden, daß die Regierungs- und Bauräte kein eigenes Dezernat hätten und sich nur

als Codezernenten gutachtlich äußern wollten. Sie seien nicht allein Bau-, sondern auch Regierungsräte und müßten gerade so arbeiten wie jedes andere Mitglied der Regierung. Meding ereiferte sich dabei und schien vorauszusetzen, daß ich ihm widersprechen würde. Ich antwortete ihm aber, ich freute mich, diese Aeußerung aus seinem Munde zu vernehmen. In Gumbinnen sei ich zuerst auf Widerstand gestoßen und habe mir die Stellung als volles Mitglied der Regierung erst erkämpfen müssen; aber ich habe keine Neigung, expedirender Sekretär und Kalkulator zu sein; ich hörte, daß in Potsdam auch die Bureaueinrichtung eingeführt sei, und bäte deshalb, mir ein Bureau mit mindestens einem Sekretär zu geben. Nun wurde Meding ganz freundlich und meinte, mein Wunsch sei ein ganz berechtigter. Ich möge in Potsdam dem Vizepräsidenten von Metternich und den Oberregierungsräten mitteilen, was wir jetzt gesprochen; ich solle mich auch orientiren, welchen Bureaubeamten ich brauchen könne und mit welchem nichttechnischen Rat ich zusammen arbeiten wolle, denn er verfüge nur über einen Wasserbaurat, aber über viele andere Räte. Es komme darauf an, den geeigneten heraus zu finden.

In Potsdam angekommen, stattete ich dem Vizepräsidenten von Metternich und dem Oberregierungsrat von Fock über die Aeußerungen Medings Bericht ab. Beide antworteten mir sofort, was der Oberpräsident verlange, ginge in keinem Fall; die jetzige Geschäftsverteilung sei eine durchaus zweckmäßige, ein Bureau und ein Sekretär sei auch nicht disponibel. Es müsse beim alten bleiben.

Nach etwa vierzehn Tagen kam Meding zurück nach Potsdam und fragte mich sogleich, ob die neue Geschäftsverteilung schon eingeleitet sei. Ich rapportirte über das erwähnte Gespräch. Meding lächelte höhnisch, meinte, das werde sich schon finden. Dann fragte er, ob ich ihm einen nichttechnischen Rat und einen geeigneten Bureaubeamten bezeichnen könne. Das geschah. Am andern Morgen wurde mir ein Präsidialdekret vorgelegt, welches die neue Geschäftseinteilung anordnete und die von mir genannten Personen bezeichnete. Unterschrieben war das Dekret: Königliches Regierungspräsidium: von Meding, von Metternich, von Fock! Die Opposition der beiden Letztgenannten war über Nacht verschwunden. Vielleicht hatte sie Meding gar nicht gefragt und nur mit unterschreiben lassen.

Nicht lange darauf ereignete sich ein charakteristischer Vorfall.

Der Assessor von Tümpling zeigte mir und anderen Kollegen vor der Sitzung ein Aktenstück, in welchem eine nach Beschluß des Kollegiums expedirte, vom Dezernenten, dem Justitiarius, dem Oberregierungsrat und dem Vizepräsidenten unterzeichnete Verfügung von Meding durchstrichen — und gerade im entgegengesetzten Sinne verfügt war. Meding hatte dem Vortrage der Sache in der Sitzung nicht beigewohnt, aber die Reinschrift zur Unterzeichnung vorgelegt erhalten und nun in der angegebenen Weise verfahren, ohne jede Rücksprache und ohne die

Sache zum nochmaligen Vortrage in seiner Gegenwart bringen zu lassen. Ich fragte den Dezernenten von Tümpling, ob man sich in Potsdam solche, allen Dienstinstruktionen widersprechende Willkür des Oberpräsidenten gefallen lasse. In Breslau und Gumbinnen würde dies gewiß nicht geschehen sein. Tümpling zuckte mit den Achseln, meinte aber doch, er wolle mit dem Vizepräsidenten und dem Oberregierungsrat sprechen. Die Sitzung hatte noch nicht begonnen, ich sah, wie die Genannten bedenklich mit den Köpfen schüttelten und mit den Achseln zuckten. Tümpling teilte mir dann mit, die Herren wollten nicht anbeißen. In derselben Sitzung trug Tümpling einen ganz analogen Fall vor, natürlich ganz im Sinne des früheren Kollegialbeschlusses und der vom Oberpräsidenten kassirten Verfügung. Dieser erklärte ohne Umschweife, er sei nicht der Meinung des Kollegiums und habe deshalb die Verfügung im analogen Fall nicht abgehen lassen, vielmehr entgegenstehend reskribirt. So solle auch in dem jetzigen Falle verfügt werden, Punktum. Alles still. Kein Widerspruch. Nach der Sitzung, als Meding das Zimmer verlassen hatte, steckten die Herren die Köpfe zusammen und waren sehr entrüstet. Ich konnte nicht umhin, gegen den Vizepräsidenten und den Oberregierungsrat zu äußern, ich sähe jetzt ein, daß die in Berlin mir gemachte Mitteilung richtig sei, in Potsdam gäbe es kein Regierungskollegium, sondern nur noch eine Präfektur und der Präfekt heiße von Meding; ich würde mich daher in meinen Sachen nur an diesen wenden und mich um die Regierung so wenig als möglich kümmern. So habe ich es auch gethan und bin dabei sehr gut fortgekommen. Meding war ein klarer, scharfer Kopf, er bildete sich nicht ein, selbst Techniker zu sein, faßte aber Vorträge über technische Gegenstände schnell und sicher auf und sprach dann seine Meinung bestimmt aus. Fand ein Antrag von mir bei Meding keinen Anklang, so ließ ich die Sache fallen. Wenn umgekehrt Meding zustimmte, so kam es auf die Ansicht der Regierung gar nicht an. Auf diese Weise kam ich mit dem Oberpräsidenten auf einen ganz guten Fuß. Ich würde mich mit ihm aber nicht eine Woche vertragen haben, wenn politische Angelegenheiten zu meinem Dezernat gehört hätten.

Meding hatte die üble Gewohnheit, Regierungsräte zum Vortrage zu bestellen und mehrere Stunden im Vorzimmer warten zu lassen. Als mir dies auch passirte, ließ ich mich durch den Diener nochmals melden mit einem Zwischenraume von einer Viertelstunde. Ich bekam den Bescheid, ich solle warten. Der Bote setzte hinzu, der Herr Oberpräsident sei über die zweite Anmeldung sehr böse gewesen. Ich wartete noch eine Viertelstunde und sagte dann dem Kanzleidiener, wenn mich der Herr Oberpräsident hinein rufen ließe, so solle er ihm anzeigen, ich sei fortgegangen, weil ich keine Zeit hätte. Ich dachte, Meding würde mich womöglich durch einen Gendarm holen lassen. Es vergingen mehrere Tage. Erst am Schluß der nächsten Sitzung fragte Meding ironisch, ob es meine Zeit wohl erlaube, ihn nach seinem Zimmer zu

begleiten. Dort angekommen, äußerte Meding sarkastisch, er müsse sehr um Entschuldigung bitten, daß er mich neulich habe warten lassen, worauf ich ihm ganz ruhig und höflich erwiderte, das habe der Herr Oberpräsident gar nicht nötig, aber er habe selbst anerkannt, daß ich mit Arbeiten überladen sei, zu denen auch die Prüfung großer Pläne und Zeichnungen gehöre, die nur bei Tageslicht erfolgen könne. Mir sei es daher in der That nicht möglich, am Tage mehrere Stunden im Vorzimmer zu stehen. Dies leuchtete Meding ein, er meinte, daran habe er allerdings nicht gedacht. Er würde mich stets so bald als möglich vorlassen, wie es dann auch wirklich immer geschah. Die anderen Räte mußten nach wie vor stundenlang antichambriren.

Bei aller Anerkennung der guten, zum Teil ausgezeichneten Eigenschaften Medings ließen sich doch seine bedenklichen Grundsätze und Tendenzen, sowie sein schlimmer Einfluß auf den Geist der Verwaltung nicht übersehen. Meding war nicht allein strenger Absolutist, sondern Despot. Er duldete, namentlich in politischen Dingen gar keinen Widerspruch und kehrte sich sehr wenig an die Gesetze, wenn die Bestimmung derselben seinen Absichten nicht entsprach. Nach seinen Ansichten sollte die Verwaltung allmächtig, nur einem höheren Willen untergeordnet sein. Die alte, innerhalb des gesetzlichen Rahmens arbeitende Bureaukratie verwandelte sich in Medings Händen zu einer willkürlichen Obervormundschaft über alles und jedes. Jedermann sollte einfach gehorchen, ohne viel nach Gründen und noch weniger nach Gesetzen zu fragen. Die gesetzliche Freiheit der Kommune existirte für Meding nur insoweit, als er im konkreten Fall einverstanden war.

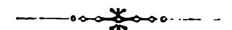
Statt einzusehen, daß die in Bildung und Wohlhabenheit vorgeschrittene Bevölkerung nicht mehr wie unmündige Kinder behandelt werden könne, ohne sehr bedenkliche Folgen herbeizuführen, daß Achtung vor dem Gesetz nur dann im Volke herrschen kann, wenn die Regierung das Gesetz respektire, suchte die Medingsche Verwaltung die Freiheit der Bewegung, die unter der alten Bureaukratie eine lange Reihe von Jahren geherrscht hatte, zu beschränken, ja zu unterdrücken. In Medings Gegenwart wurde von dem Dezernenten für Kommunalangelegenheiten in einem Vortrage derselbe Paragraph der Städteordnung in zwei verschiedenen Fällen einmal pro, das anderemal contra angewendet, je nach dem Zwecke, den man erreichen wollte. Zu meinem Erstaunen war Meding damit ganz einverstanden. Viel vorsichtiger verfuhr Meding in Oberpräsidialsachen, die alle von ihm unterzeichnet wurden. Dagegen trug er kein Bedenken, auf mündliche Beschwerden über Regierungsverfügungen zu erklären, die Entscheidung beruhe auf dem Beschlusse der Regierung; er könne nichts daran ändern. Hier zeigte sich, wie bedenklich es ist, die Form des Kollegiums bestehen zu lassen, wo in Wirklichkeit nur der Chef entscheidet, der sich aber unter der Firma: „Königliche Regierung“ der persönlichen Verantwortlichkeit gegenüber dem Publikum entzieht. Schon damals war ich der

Meinung, daß die Verwaltung von Staatseigentum, wie Domänen und Forsten nebst Steuern, in die Hand einer Person gehört; daß dagegen diejenigen Verwaltungszweige, bei denen es sich um Mein und Dein, d. h. um Eigentum handelt und Strafen aufzuerlegen sind, von wirklichen Landeskollegien abhängen müssen. Die Provinzialsteuerdirektionen gehören in Preußen zu den besten Behörden.

Unzufriedenheit und Liberalismus fast in allen Klassen.

Gerade die Verwaltungswillkür war es, welche das Unbehagen und die Unzufriedenheit immer weiter in allen Schichten der Gesellschaft verbreitete. Schließlich standen auf der Seite der Regierung nur ein Teil des Junkertums und einzelne Beamte, die Carrière machen wollten oder in hohen Stellungen selbst nach Willkür schalteten. Die Mehrzahl des Beamtentums war liberal und verkannte nicht, daß die despotische Verwaltung dem früheren Ansehen der Landesbehörden sehr schadete. Der Teil des Adels, der, despotisch gesinnt, zum Junkertum gehörte, war dennoch keineswegs ein Freund der Bureaukratie, deren Willkür und Vielregiererei am grünen Tische auch ihm lästig wurde, wo nicht seine Mitglieder das Regiment selbst führten. Daher hörte man auch in diesen Kreisen sehr starke Aeußerungen gegen das herrschende System.

In der gebildeten Gesellschaft wurde der Liberalismus allmälich Modesache. Mancher gab sich vielleicht weniger aus Ueberzeugung als aus Scheu, jenen Reaktionären zugezählt zu werden, den Anschein des Liberalismus. Die Unzufriedenheit verbreitete sich aus den tonangebenden Kreisen auch auf das kleinere Bürgertum unerachtet des Druckes, der von oben nicht sowohl die materiellen als die geistigen Interessen schädigte. Wer mit offenen Augen und Ohren die damaligen Zustände beobachtete, mußte sich sagen, daß es so nicht allzu lange mehr gehen könne; aber wie und woher eine Aenderung kommen sollte, wußte niemand zu sagen. Fast kein Mensch dachte an revolutionäre Erhebungen. Wer davon sprach, wurde ausgelacht. Man hoffte, daß endlich doch der König oder irgend ein bedeutender Mann in seiner Umgebung die Lage erkennen und Abhilfe bringen würde. Hatte der Staat doch nach der schweren Niederlage von 1806 sich wieder aufgerichtet und Fortschritte gemacht, von denen man mit Recht sagen konnte, Preußen habe sich in seiner großen Gesetzgebung von 1808 bis 1813 die besten Früchte der französischen Revolution friedlich angeeignet, ohne alle revolutionären Kämpfe. Man dachte, eine solche Zeit könne und müsse wieder kommen, und übersah, daß die großen und durchgreifenden Reformen der Regenerationsperiode nur eine Folge der fast vernichtenden Niederlage von 1806/7 gewesen waren.



Mein Uebertritt zur Privatindustrie.

Es wurde mir von mehreren Seiten gesagt, daß ich nicht allzu lange in Potsdam bleiben, sondern befördert werden würde. Die Stellung eines Geheimen Oberbaurats in Berlin hatte für mich nichts Lockendes. Schon die Regierungs- und Bauräte bei den Regierungen haben nicht viel mit wirklichen, großen Bauausführungen zu thun, können aber doch noch auf Fortbildung der Technik hinwirken, wichtige Baustellen öfters besuchen und Anordnungen an Ort und Stelle treffen. Die Thätigkeit der Geheimen Oberbauräte als Mitglieder der damaligen Oberbaudeputation dagegen beschränkte sich auf Prüfung von Bauentwürfen und Gutachten am grünen Tische. Die eine jährliche Reise, die sie machten, gab ihnen wohl Kenntnis von dem Zustande des Staatsbauwesens in der betreffenden Provinz, aber sehr wenig Einfluß auf Umgestaltung und Besserung. Ich liebte mein Fach. Deshalb wollte ich an Ort und Stelle persönlich thätig sein, selbst schaffen und wirken.

Dazu kam das dürftige Gehalt im Staatsdienst, das kaum zur guten Erziehung der Kinder hinreichte und Ersparnisse für dieselben nicht zuließ. Ich wollte nicht vermögenslose „Geheimratsjöhren", wie der Berliner sagt, großziehen und Söhne, denen ich keine genügende Beihilfe zu ihrem Fortkommen gewähren konnte. Ich selbst hatte ja zehn Jahre hindurch das Hungerbrot eines königlichen Wasserbauinspektors genossen. Der Eisenbahnbau gewährte Gelegenheit zu großen technischen Leistungen und zugleich neben anständiger Bezahlung die Aussicht, durch die damals üblichen Bauprämien in rechtlicher, offener Weise etwas Vermögen zu erwerben.

Diese Gründe hatten mich schon in Breslau zu dem Entschlusse bewogen, sobald als möglich zum Bau und zur Verwaltung von Eisenbahnen überzugehen. Dies Ziel verlor ich auch in Gumbinnen und bei meiner Versetzung nach Potsdam nicht aus den Augen.

Uebernahme des Baues der Potsdam-Magdeburger Eisenbahn.

Die Gelegenheit dazu trat sehr bald ein. Die Anhalter Eisenbahngesellschaft war von der Regierung gezwungen worden, nach Cöthen zu bauen, um von dort den Anschluß sowohl nach Leipzig als nach Magdeburg zu erreichen.

Man wollte zwei Fliegen mit einer Klappe treffen, aber es zeigte sich bald, daß der größte Verkehr nach dem Westen einen Umweg von über sieben Meilen nicht vertrüge. Deshalb wurde die Konzession zu einer direkten Bahn von Potsdam nach Magdeburg nachgesucht. Ich trat dem Komite bei, welches sich für diese Linie gebildet hatte, wurde dann in die Direktion gewählt und leitete den Bau der neuen Bahn und den Umbau der alten Berlin-Potsdamer.

Obgleich entschlossen, nötigenfalls aus dem Staatsdienst auszuscheiden, machte ich doch aus Vorsicht den Versuch, zunächst beurlaubt zu werden. Der Oberpräsident von Meding ging auf mein Urlaubsgesuch bereitwillig ein, das dann auch vom Minister genehmigt wurde. Mit meiner Vertretung wurde ein Wasserbauinspektor beauftragt. — So erreichte ich ohne Risiko 1844 den Zweck, den ich seit 1837 im Auge gehabt hatte.

Die im Verhältnis zu meinem bisherigen Wirkungskreise großartige Thätigkeit sagte mir ungemein zu. Ich stand in technischer Beziehung fast ganz selbständig da und wurde auch von der Oberaufsicht der Staatsbehörde wenig behelligt. Dieselbe stand damals noch auf dem richtigen Standpunkte, daß ihr nach dem Gesetz von 1838 hauptsächlich die Kontrolle der Sicherheit des Eisenbahnbaues und Betriebes obliege, aber nicht die Einmischung in die Details, sofern gegen diese vom Standpunkte der Sicherheit nichts zu erinnern sei. Ein Versuch des damaligen Dezernenten im Ministerium, in Spezialitäten einzugreifen, zum Beispiel die Fassaden der Bahnhofsgebäude zu prüfen, ließ sich leicht abweisen. Es ging eben damals noch trotz aller Verwaltungswillkür doch ziemlich patriarchalisch zu.

Intriguen und Spekulationen innerhalb der Eisenbahn-Gesellschaft.

Unerachtet dieser sehr günstigen Verhältnisse wurde ich bald gewahr, daß man bei Privatgesellschaften auch nicht auf Rosen gebettet ist.

Ein Verwaltungsbeamter der Berlin-Potsdamer Eisenbahngesellschaft mit ungewöhnlicher Vergangenheit und ausgeprägtem Hang zur Spekulation wollte eine Fusion der neuen Bahn mit der Magdeburg-Halberstädter und Magdeburg-Leipziger, womöglich auch mit der Berlin-Anhalter herbeiführen und verwandte, um sich die Majorität in den Generalversammlungen, namentlich zunächst der Halberstädter, zu sichern, einen großen Teil der zum Bau der Potsdam-Magdeburger Bahn bestimmten Gelder zum Ankauf von Halberstädter Aktien. Natürlich fehlte es bald an barem Gelde zum Eisenbahnbau. Es wurden die bedenklichsten Kreditoperationen gemacht und Wechsel zu sehr hohen Beträgen geritten. Die Verlegenheiten nahmen bei einem an sich ganz soliden Unternehmen kein Ende. Später kam ich dahinter, daß der betreffende Herr nicht allein für die Eisenbahngesellschaft, sondern auch für eigene Rechnung stark in Aktien

spekulire und daß ein Posten von 100 000 Thaler Aktien bald auf den ursprünglichen Zeichner, bald auf seinen Namen überschrieben wurde, je nachdem der Stand der Aktien die eine oder andere Manipulation als gewinnbringend erscheinen ließ. Ich bin heute noch überzeugt, daß der betreffende Herr, wenn ihm ein Bauunternehmer oder Lieferant für Zuwendung einer Lieferung einige tausend Thaler angeboten hätte, eine solche Offerte mit Entrüstung zurückgewiesen haben würde. Dagegen vertrug es sich mit seiner Moral sehr gut, die Gesellschaft durch Aktienspekulationen für ihn und seine Rechnung um viele Hunderttausende zu bringen.

Hier wäre die Staatsbehörde nach dem Gesetz vom November 1838 unzweifelhaft berechtigt gewesen, eine Revision vorzunehmen und dem Schwindel ein Ende zu machen; denn Schwindel war es im vollen Sinne des Worts.

Da gegen diese Manipulationen nicht durchzudringen war, so beschränkte ich mich auf die technische Leitung des Baues, konnte aber auch hierbei die Einmischung des betreffenden Beamten nur durch massive Grobheit verhüten. Seine Fusionsspekulationen mißglückten total, haben aber der Bahngesellschaft kolossale Summen gekostet.

Später suchte sich der betreffende Herr an mir dadurch zu rächen, daß er mir die Auszahlung meiner kontraktlichen Bauprämie von 6000 Thalern vorenthielt, obgleich bei Abschluß meines Engagementskontrakts ein Mitglied der Direktion, der Bankier Wilhelm Beer, sich sehr wunderte, daß ich statt 6000 nicht 20 000 Thaler Bauprämie gefordert hatte. Ich mußte gerichtlich klagen. Im Laufe des Prozesses sprach ich den Generaldirektor Lenné, eines von den wenigen selbständigen Mitgliedern der Direktion, aus welcher ich bereits ausgetreten war. Er war erstaunt, als ich ihm erzählte, daß man mir die Auszahlung der Bauprämie unter nichtigen Vorwänden verweigere. Lenné meinte, ich hätte bei dem Bahnbau alle meine Kräfte eingesetzt, er würde für mich eintreten. In der That erhielt ich einige Tage darauf die 6000 Thaler nebst zweijährigen Zinsen. Lenné hatte erklärt, er würde aus der Direktion austreten, wenn die Zahlung nicht sofort erfolge.

Lenné war ein tüchtiger, anständiger Mann, genial in seinem Fach und ein treuer, zuverlässiger Freund. Etwas Eitelkeit verzieh man ihm gerne.

Uebernahme des Baues der Magdeburg-Wittenberger Eisenbahn.

Der Bau der Potsdam-Magdeburger Bahn war noch nicht beendigt, als der Oberbürgermeister Francke in Magdeburg im Frühjahr 1846 mit mir in Unterhandlung trat wegen Uebernahme des Baues der Magdeburg-Wittenberger Eisenbahn. Dieselbe war konzessionirt und der Bau hatte bereits begonnen. Aussicht auf gute Rente war nach meiner Meinung nicht vorhanden; ich würde deshalb Bedenken getragen haben, das Unternehmen hervorrufen zu helfen.

Darum handelte es sich aber im damaligen Stadium nicht mehr, sondern nur um die bereits beschlossene Ausführung, die technisch viel Interessantes bot. Namentlich zog mich der Bau der Brücke über die Elbe bei Wittenberge sehr an. Bei der Berlin-Magdeburger Bahn war meines Bleibens nicht.

Mit dem Oberbürgermeister Francke einigte ich mich sehr bald über die Bedingungen meines Eintritts. Die Höhe des Gehalts, Reisekostenvergütung 2c. zu bestimmen, überließ ich dem höchst ehrenwerten und liebenswürdigen Manne, bestand aber, durch die Erfahrung in Potsdam gewitzigt, auf 15 000 Thaler Bauprämie, das heißt pro Meile 1000 Thaler, was zugestanden wurde.

Nun kam noch ein wichtiger Punkt zur Sprache. Ich war bis dahin nicht aus dem Staatsdienst ausgetreten, sondern nur beurlaubt. Dies Verhältnis wünschte ich sicherheitshalber beizubehalten. Francke war sogleich bereit, deshalb mit dem Minister von Flottwell zu sprechen. Derselbe ließ mich nach Berlin rufen und äußerte gegen mich, er hätte soeben eine Kabinetsordre extrahirt, wonach Staatsbaubeamte, welche Privateisenbahnen bauen wollten, den Abschied nehmen müßten. Ihr Wiedereintritt in den Staatsdienst hänge dann vom Minister ab. Ich erklärte, darauf nicht eingehen zu können. Nun fragte mich Flottwell, ob ich wirklich auf diese Bedingung mich nicht einließe. Er wünsche sehr, daß die Bahn, namentlich die Elbbrücke, unter meiner Leitung gebaut werde. Dadurch wurde mir die Antwort „nein" offenbar nahe gelegt, worauf Flottwell äußerte, dann bliebe ihm nichts übrig, als gegen die von ihm selbst extrahirte Kabinetsordre meine Beurlaubung beim Könige zu beantragen, nur müsse ich einwilligen, daß meine Stelle in Potsdam anderweitig besetzt werde und ich nach Beendigung des Bahnbaues in eine andere Stelle einträte. Damit war ich einverstanden. So erhielt ich königlichen Urlaub bis zur Beendigung des Baues der Elbbrücke bei Wittenberge. Im Herbste 1846 nach Eröffnung der Eisenbahn von Potsdam bis zur Friedrichstadt-Magdeburg zog ich nach Magdeburg, übernahm den Bau der Magdeburg-Wittenberger Eisenbahn und beendigte zugleich den Bau der Elbbrücken bei Magdeburg für die Bahn von Berlin dahin.

Verhandlung mit dem Minister Grafen Stolberg.

Ich will noch eines Vorfalls erwähnen, der in mancher Beziehung bezeichnend ist. Im Jahre 1845 während des Baues der Berlin-Magdeburger Bahn machte mir der damalige Staatsminister Graf Stolberg mündlich das Anerbieten, mit Rangerhöhung und angemessenem Gehalt dem damaligen Oberrieselmeister, Geheimen Oberfinanzrat von Senft-Pilsach, als technischer Beistand beigeordnet zu werden. Mir fiel es gar nicht ein, meine mir sehr zusagende und lohnende Thätigkeit bei Eisenbahnen aufzugeben, zumal ich Herrn von Senft-Pilsach bei einer Bereisung des Regierungsbezirks Gumbinnen als

einen ehrgeizigen und kirchlich-orthodoxen Mann kennen gelernt hatte, der sich vom Gutsbesitzer zum nominellen Geheimen Oberfinanzrat, also gegen alle Naturgesetze den Berg hinauf gerieselt hatte und dann Oberpräsident von Pommern wurde. Der später sehr bekannt gewordene damalige Obergerichtsassessor, nachherige Geheime Oberregierungsrat Wagner war sein juristisch administrativer Famulus; ich sollte sein technischer werden, Gräben ziehen und kleine Stauwerke bauen, was jeder praktische Feldmesser kann, und — — mit ihm beten.

Stolberg war aber damals allmächtig und konnte mir nicht nur im Staatsdienst, sondern sogar bei dem Bau von Privateisenbahnen sehr hinderlich sein.

Meinen Einwand, daß ich kontraktlich gebunden sei, beseitigte Stolberg durch die Erklärung, daß es seine Sache sei, meinen Kontrakt mit der Eisenbahngesellschaft zu lösen. Ich wies nun auf die mir zugesicherte Bauprämie hin. Stolberg meinte, das sei allerdings ein bedenklicher Punkt, indessen würde er den König zu bewegen suchen, mir eine Entschädigung zu gewähren. Ich geriet nun in Verlegenheit und bat um drei Tage Bedenkzeit, nicht, weil ich unentschlossen war, sondern um Zeit zu gewinnen, einen plausiblen Grund zur Ablehnung zu finden. Stolberg gewährte mir die Frist und ich benützte dieselbe, mit dem mir wohlwollenden damaligen Ministerialdirektor von Pommer-Esche Rücksprache zu nehmen, der mich in Betreff der Folgen meiner Ablehnung beruhigte. Nun schien es mir das beste, Stolberg ganz offen zu erklären, daß ich mit Leib und Seele Baumeister sei und meine Thätigkeit bei Eisenbahnen nicht aufzugeben wünsche. Einem direkten Befehle des Königs würde ich mich fügen, aber ganz gegen meine Neigung. Die technischen Geschäfte bei Rieselanlagen (deren Wirkung Stolberg sehr überschätzte) genügten mir nicht. Ich muß es Stolberg zum Ruhme nachsagen, daß er meine Aufrichtigkeit lobte, mir nicht weiter zuredete und mir die Sache niemals nachgetragen hat.

Der erste vereinigte Landtag in Preußen.

Der erste vereinigte Landtag im Jahre 1847 fiel in die Zeit meines Aufenthalts in Magdeburg und interessirte mich in hohem Grade. Die ganze gebildete Bevölkerung nahm regen Anteil, die große Mehrzahl im liberalen Sinne. Zu den Ausnahmen gehörte ein Teil der adeligen Gutsbesitzer und eine kleine Anzahl unter den höheren Beamten. Der hauptsächlich durch die ostpreußischen Abgeordneten herbeigeführte Beschluß, die zum Bau der Ostbahn von Berlin nach Königsberg geforderte Anleihe abzulehnen, obgleich die Bahn sehr im Interesse der Ostprovinzen lag, fand enthusiastischen Beifall. Man stimmte allgemein mit der Motivirung überein, nach welcher der Landtag sich nicht für kompetent zur Bewilligung von Anleihen erklärte, welche nach der Verordnung vom Mai 1815 und dem Finanzgesetz von 1818 nur den dort verheißenen Reichsständen zustände, deren Stelle der Landtag nicht vertreten könne. In der That hat sich die damalige Majorität, die Ostpreußen an der Spitze, durch jenen Beschluß ein dauerndes Denkmal in der preußischen Geschichte gesetzt. Die seit 1840 gehegten Hoffnungen, namentlich in Betreff der Verleihung einer Verfassung, waren so oft getäuscht worden, daß, wenigstens bei mir, große Erwartungen von den Erfolgen des Landtags nicht aufkommen konnten. Nur von einer damals getroffenen Einrichtung versprach ich mir eine erhebliche Wirkung. Ich meine die Anordnung, nach welcher die Verhandlungen des Landtags stenographirt wurden und im Druck erschienen. Die Berichte wurden vom Publikum heißhungrig verschlungen und lebhaft diskutirt. Man war verwundert, daß wir begabte Redner besaßen, welche die Bedürfnisse des Staates und seiner intelligenten Bevölkerung erkannten und im klaren Interesse des Landes und *seiner Dynastie* Befriedigung verlangten. Das lebendige Wort zündete und sein Eindruck konnte nicht mehr verloren gehen. Gewiß haben die damaligen Machthaber keine Ahnung von der Wirkung dieser anscheinend nicht bedenklichen Maßregel gehabt. Bei aller Gewandtheit des leitenden Ministers von Bodelschwingh waren seine Gründe und Auseinandersetzungen nur schwach gegen die durchschlagenden und durchaus loyalen Reden

der Gegner. Noch weniger Erfolg hatten die anderen Vertreter der Regierung und die Redner der rechten Seite. Bismarck, damals noch sehr jung und auf der alleräußersten Rechten, wurde wenig beachtet, obgleich schärfer Sehende seine Bedeutung schon damals erkannten, wie ich aus dem Munde eines liberalen Mitglieds des Landtags, Gustav Coqui aus Magdeburg, weiß.

So viel war mir vollkommen klar, daß die Regierung an einem entscheidenden Wendepunkt angekommen sei. Es ist nicht lohnend, politische Konjekturen zu machen, am wenigsten nachträglich; aber es läßt sich kaum bestreiten, daß Preußen im Jahre 1848 keinen irgend erheblichen Erschütterungen ausgesetzt gewesen sein würde, vielmehr, auf festen Füßen stehend, schon damals das Geschick Deutschlands in seiner Hand gehabt hätte, wenn Friedrich Wilhelm IV. zur rechten Zeit zu dem Entschluß gelangt wäre, von der absoluten zur konstitutionellen Monarchie überzugehen. Es war nicht schwer zu erkennen, daß früher oder später nachgegeben werden mußte, und daß der früheste Moment der beste sei. Die Berufung des ersten vereinigten Landtags bewies, daß der König selbst einen gewissen Fortschritt für notwendig hielt. Aber die Romantik des Königs, sein Stolz auf die nach seiner Ueberzeugung ihm von Gott verliehene Krone und eine nicht genügende Erkennung seiner Zeit und ihrer berechtigten Forderungen, ließen ihn nur zu einer Scheinkonzession kommen, die niemand befriedigte und die allgemeine Unzufriedenheit steigerte. Die Ablehnung der regelmäßigen Wiederkehr der Landtage und die Art der Zurückweisung liberaler Anträge erzeugten Erbitterung und bereiteten die Vorgänge im Jahre 1848 vor, obgleich damals noch kein Mensch, wenigstens aus den alten Provinzen, an revolutionäre Erhebung dachte.



Vorfälle während des Baues der Magdeburg-Wittenberger Eisenbahn.

Inzwischen schritt der Bahnbau nach Wittenberge unter meiner Leitung gut vor. Es war mir eine große Genugthuung, daß ich gleich im Anfange des Baues Gelegenheit fand, dem Unternehmen etwa das Zehnfache meiner Bauprämie zu sparen, teils durch Verwendung wohlfeiler, kieferner, mit Lösung von schwefelsaurem Kupfer getränkter Bahnschwellen, statt teurer von Eichenholz, — teils dadurch, daß ich die Bestellung von fünfzehn Lokomotiven bei einer mir unsicher scheinenden Fabrik auf fünf reduzirte, die sich später als fast unbrauchbar herausstellten. Die anderen zehn Stück bestellte ich bei Borsig, dessen Leistung ich kannte. Das wichtigste Bauwerk der Bahn war die Brücke über die Elbe bei Wittenberge in der Richtung nach Hamburg. Die Länge der Haupt- und Flutbrücke beträgt nahezu viertausend Fuß, das sandige Flußbett ist sehr beweglich, der Eisgang in jener Gegend oft sehr heftig. Deshalb waren für die Brücke über das eigentliche Flußbett Spannweiten von 180 Fuß vorgeschrieben. Die Pfeiler sollten massiv ausgeführt werden, die Brückenbahn von Eisen.

Meine erste Reise nach Frankreich und England.

Es gab damals in Deutschland noch gar keine eisernen Brücken mit großen Spannweiten, wohl aber in England und einige in Frankreich. Da nun die Erfahrung im Bauwesen, wie bei vielen anderen Dingen, neben der Theorie eine Hauptrolle spielt und nur die Kombination beider gute Resultate liefert, so trat ich anfangs Januar 1848 in Begleitung des damaligen Baumeisters Benda,*) eines ungemein tüchtigen Menschen, der den Elbbrückenbau speziell ausführen sollte und auch ausgeführt hat, eine Reise nach Belgien, Frankreich und England an, gemeinschaftlich mit dem damaligen Maschinenmeister, jetzigen Geheimen Kommerzienrat Louis Schwartzkopff, und Borsig, dem Vater, auf den ich großen Wert legte.

---

*) B. ist erst kürzlich als Oberbaudirektor der Stadt Lübeck verstorben.

Bemerkungen über Borsig den Aelteren.

Schon bei dem Projektiren der eisernen Brücken auf der Potsdam-Magdeburger Eisenbahn hatte ich gefunden, daß von allen mir bekannten damaligen Maschinenbauern und Hüttenleuten in Norddeutschland Borsig der einzige war, mit welchem man über die praktische Ausführung schwieriger, großer Eisenkonstruktionen reden und sich verständigen konnte. Von anderen Seiten wurden mir die wunderlichsten Vorschläge gemacht, namentlich wußten die Herren mit dem Richten, das heißt Aufstellen der Brückenbahnen, wenig Bescheid. Borsig dagegen fand sich dabei leicht zurecht, weil er ursprünglich das Zimmerhandwerk gelernt hatte. Seine Kenntnis der Theorie und sein Wissen in der angewandten Mathematik war keineswegs glänzend, sogar sehr schwach, aber er war ein ungemein praktischer Mensch mit hellem, scharfem Verstande. In der Technik glich er vielen Engländern, von denen man sagen möchte, daß sie riechen, was sie nicht zu rechnen verstehen. Er hatte eine ganz ausgezeichnete technische Nase. Solche Eigenschaft ist viel schwerer zu ersetzen als der Mangel an Theorie, die Borsig keineswegs unterschätzte; er hielt sich dazu einen tüchtigen Theoretiker. Vor allem war Borsig der geborene Kaufmann, Disponent und Organisator. Er verstand es, die begabten Gesellen in seiner Werkstatt herauszufinden, sie zu tüchtigen Werk- und schließlich zu Maschinenmeistern auszubilden und zu verwenden.

Borsig zeigte sich in großen Geschäften, wie der Kaufmann sagt, sehr coulant und anständig, weit über seine juristische Verpflichtung hinaus. Der Hauptgrund dazu war aber nicht sowohl ein nobler Charakter, als richtige kaufmännische Spekulation. Er wußte, daß Knauserei und schmutziges Benehmen dem Geschäft Schaden bringt. Ueber diese Grenze hinaus war es bedenklich, auf seine Großmut und seinen Edelsinn zu rechnen. Männer, die Borsig in seiner Entstehungsgeschichte genau kannten, auch ehemalige Schüler und Beamte von ihm waren mit mir der Meinung, es säße ihm ein Rechenexempel in der linken Brust.

Mit dem Französischsprechen war es bei uns vier Reisegefährten mangelhaft bestellt, mit dem Englischen noch schlechter. Borsig sprach nicht ein Wort französisch, ebensowenig englisch. Er hatte deshalb zu unserer Begleitung den Kaufmann Wilhelm Ullmann engagirt, der England und seine Eisenindustrie genau kannte, jährlich dorthin reiste und fertig englisch sprach.

Reisenotizen.

Wir reisten im Januar 1848 über Köln nach Brüssel, wo Bekannte von Ullmann, die soeben in Paris gewesen waren, aussagten, daß die Stimmung dort eine gedrückte und die Regierung ganz isolirt sei. Wir fanden dies nach

wenigen Tagen Aufenthalt in Paris bestätigt; mir wenigstens erschien die politische Atmosphäre schwül und unheimlich, wogegen Paris, das wir mit Ausnahme von Ullmann das erstemal sahen, einen sehr günstigen Eindruck auf uns alle machte. Hier lernten wir zuerst eine wirklich tonangebende Großstadt kennen, an die sich große historische Erinnerungen knüpfen. Ueberall reges Leben und Gelegenheit zum Lebensgenuß. Trotz des lebhaften Verkehrs und großer Thätigkeit tritt doch das Geschäftsleben und die Jagd nach Gewinn nicht so unangenehm in den Vordergrund wie in London. Man sah eine sehr große Menge von Leuten jeden Standes, die augenscheinlich nicht dem Geschäft, sondern nur dem Vergnügen nachgingen, Erheiterung suchten und fanden. Die Boulevards waren um Mitternacht lebhafter als die Linden in Berlin zur Mittagszeit, die Cafés gefüllt, die Equipagen rollten. Man begann auszuruhen — vom Vergnügen, plauderte und lachte. Es ist mir erst später bei mehrfachen Pariser Reisen und längerem Aufenthalte klar geworden, woher die Menge von Leuten rührt, die mutmaßlich gar kein Geschäft haben und dem Amusement leben.

Wenn es bei uns einem jungen Geschäftsmann gut geht, so strebt er immer weiter zu kommen, er wird alt in seinem Geschäft und vererbt dasselbe auf seine Nachkommen. In Paris arbeitet der Anfänger auch mit aller Anstrengung; seine Frau ist nicht nur Verkäuferin, sondern wirklicher Commis, Buchhalter, Kassirer. Sie hat daher wirklich keine Zeit, ihr Kind selbst zu nähren und zu pflegen, sie gibt es zu einer Frau auf dem Lande. Mehr als zwei Kinder sind bei den Eltern unerwünscht. Beide verfolgen dasselbe Ziel, so schnell wie möglich eine gewisse Summe von Staatsrente zu erwerben, dann ihr blühendes Geschäft zu verkaufen und als Rentier ohne Arbeit das Leben zu genießen, zuweilen in einem Alter von wenig über dreißig Jahren. Daher die Menge von Pflastertretern aus dem Mittelstande, zu denen sich auch eine große Anzahl von Leuten aus den Provinzen gesellt, in denen sie sich Vermögen erworben haben und die sich nun in das Zentrum alles Lebens, nach Paris begeben, wohin jeder Franzose mit Sehnsucht blickt.

Unsere technische Ausbeute in Paris war nicht allzu groß. Die eigentliche Pariser Industrie gehörte wenigstens nicht zu unserem Fach; indessen interessirten uns doch die schönen Brücken und die damals schon großartigen Bahnhöfe mit ihren weit gespannten Empfangshallen.

Beim Flaniren in Paris erblickten wir von ferne eine solche Halle, die wir noch nicht kannten, ich glaube, es war der Orleansbahnhof. Wir gingen sofort hin, um das Bauwerk uns genau anzusehen, aber der Concierge verweigerte uns den Eintritt und verwies uns an den Chef de Gare, zu deutsch Bahnhofsvorsteher. In Frankreich ist alles Chef. Der Zugführer oder Oberschaffner heißt Chef du train. Ich glaube, der Aufseher einer Anzahl Straßenkehrer wird auch Chef genannt. In unserem Falle ließ uns auch der Chef

de Gare nicht in die Personenhalle eintreten und wies uns an den Sous-ingenieur, der uns in seinem mit Zeichnern und Schreibern angefüllten Bureau erklärte, es fehle ihm an jeder Ermächtigung, uns die Halle zu zeigen. Vergeblich stellten wir ihm vor, daß wir ihn gar nicht belästigen würden, wenn in der nächsten halben Stunde ein Zug abginge. Wir würden uns dann Billette niedrigster Klasse zur nächsten Station kaufen. Dann könne uns doch der Eintritt in die Halle nicht verweigert werden; ebensowenig könne man uns zwingen, mitzufahren. Das ganze reisende Publikum bekäme doch die Halle zu sehen. Wir wollten weder den Bahnhof noch die Werkstätten besichtigen, nur die Halle. Alles vergeblich. Nun fragten wir, wer uns denn die Erlaubnis zum Eintritt erteilen könnte. Der Directeur général, war die Antwort, der sich aber jetzt auf dem Lande befinde. Unsern Ballen von Empfehlungen hatten wir nicht bei uns, dieselben würden uns auch nichts geholfen haben.

Ullmann, der französisch fertig sprach, gab sich auch unnütze Mühe, den Herrn Ingenieur zu bekehren. Da sagte ich zu Ullmann auf deutsch, aber laut, er möge es aufgeben; die Kerle könnten uns — nun folgte der klassische Ausdruck, den Goethe seinem Götz in erster Ausgabe in den Mund legt. Da sprang plötzlich einer der Bureaubeamten, wahrscheinlich ein Elsässer, von seinem Sitz mit zornigem Gesicht auf, und ich rief meinen Reisegefährten zu, wir müßten jetzt gehen, sonst würden wir hinausgeworfen.

Der Vorfall ist charakteristisch für das ganze französische Beamtentum, einschließlich der Privatunternehmungen, und steht nicht vereinzelt da. Mir ist es später mehrmals in Frankreich ebenso ergangen. Trotz der dringendsten Empfehlungen mußte ich eine ganze Woche von einem zum andern laufen, um endlich eine der größeren Gasanstalten besichtigen zu dürfen, in welcher ich auch nicht das mindeste Neue, sondern fast nur veraltete Einrichtungen vorfand.

Dasselbe Volk, welches jede Autorität vom Herrgott herunter, die des Monarchen wie die der republikanischen Spitze, mißachtet und zeitweise gestürzt hat, fordert und verlangt von jedem Beamten absolute Unterwürfigkeit, gewährt ihm keine Spur von Selbständigkeit und konzentrirt alle Gewalt nur in den obersten Spitzen. Aus dem Munde der Angestellten selbst weiß ich, daß sie von sich heraus keinen Vorschlag zu Verbesserungen machen, ja einen augenscheinlich sogar gefährlichen Mangel gar nicht zur Sprache bringen dürfen, wenn derselbe außerhalb ihrem ganz speziellen Wirkungskreise liegt. Ich könnte eine ganze Anzahl von Fällen anführen, die ich selbst erlebt und welche die Richtigkeit meiner obigen Behauptung schlagend beweisen. Ich will hier nur mitteilen, daß ein deutscher Ingenieur bei der österreichisch-französischen Staatsbahn entlassen wurde, weil er zur Vermeidung eines kostspieligen und unnützen Tunnels eine andere Linie in Vorschlag brachte, ferner, daß ein Ingénieur surveillant, der in Berlin den Bau von Wagen für die französisch-russische Bahn kontrollirte, es ablehnte, über grobe Konstruktionsfehler in den französischen

Zeichnungen und über höchst wünschenswerte Verbesserungen an seinen Vorgesetzten zu berichten. Dieser höchste Vorgesetzte, ein ganz ausgezeichneter Ingénieur en chef, Lechatellier in Paris, ging dagegen sofort auf meine mündlichen Vorschläge ein, sagte mir aber ganz offen, daß es seinen Untergebenen allerdings streng verboten sei, solche Verbesserungen vorzuschlagen!

Aus diesem frappanten, überraschenden Grundsatz der Franzosen erklärt sich zunächst der Schematismus und die Gleichförmigkeit in allen ihren Organisationen. Hat man die Organisation einer französischen Bahnverwaltung kennen gelernt, so kennt man die aller anderen Bahnen bis auf die Details, während in Deutschland und England die wesentlichsten Verschiedenheiten vorkommen. Es erklärt sich daraus aber auch die Leichtigkeit, mit der sich in Frankreich große Umwälzungen vollziehen. Sämtliche Angestellte sind gewohnt, blind der Spitze zu gehorchen, nicht zu mucksen. Es kommt also nur darauf an, sich der Spitze zu bemächtigen. Dann regiert man ebenso leicht und genau mit denselben Mitteln wie der Vorgänger. Wem es gelingt, auf die Staatslokomotive zu springen und den Regulator zu ergreifen, der bewegt die sonst unverändert gebliebene Staatsmaschine weiter.

Früher habe ich oft das Geschick rühmen hören, mit dem die Franzosen militärisch besetzte Länder sehr schnell organisiren. Gleichzeitig erkennt man an, daß die Franzosen nicht zu kolonisiren verstehen. Der scheinbare Widerspruch löst sich leicht auf, wenn man beachtet, daß in beiden Fällen dasselbe fertige Schema angewendet wird. Präfekten und Unterpräfekten sind schnell ernannt und regieren, gestützt auf die Armee, ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse des eroberten Landes und seine Gesetze, nach dem französischen Muster. Das genügt bei einem besetzten Kulturlande, aber nicht bei einer außereuropäischen Kolonie, die gedeihen und sich entwickeln soll, aber nicht nach einem feststehenden Schema organisirt und regiert werden kann.

Von Paris gingen wir über Rouen nach Hävre, besahen den Hafen und fuhren mit einem englischen Marinedampfschiff nach Southampton. Dasselbe Dampfschiff, „Expreß“, nahm sechs Wochen später Louis Philipp auf, der sich auf der Flucht nach England auf einem Fischerboot eingeschifft hatte, ganz unnützerweise, denn die Franzosen waren mit seiner Flucht ganz einverstanden und dachten nicht daran, den König einzufangen und ihm den Prozeß zu machen wie Louis XVI. Louis Philipp hätte das daraus entnehmen können, daß er bei seiner Flucht aus den Tuilerien in einer Mietsdroschke (citadine) erkannt und verhöhnt, aber nicht angehalten wurde. Karl X. wurde doch noch von treuen Truppen begleitet, der Bürgerkönig reiste als fortgejagter Commis ab.

Selbstverständlich will ich hier keine Reisebeschreibung durch England liefern, vielmehr nur erwähnen, daß die Reise sehr lehrreich und zugleich, obwohl mitten im Winter, recht ergötzlich war. Wir sahen große eiserne Brücken der verschiedensten Konstruktion, auch recht abschreckende Beispiele, zum

Beispiel die später eingestürzte Brücke über den Dee bei Chester von R. Stephenson, aber auch sehr gelungene und kühne Werke. Wir besichtigten auch viele Maschinenwerkstätten und große Walzwerke, auf die es Borsig bei dieser Reise abgesehen hatte, weil er gerade mit der Anlage seines ersten Walzwerks in Moabit beschäftigt war.

Gerade entgegengesetzt wie in Frankreich, wurden wir fast überall ohne Umstände eingelassen und erhielten vollständige Auskunft; nur in einzelnen Fällen sagte man uns kurz und definitiv, es werde keinem Fremden der Zutritt gestattet. Niemals berief sich ein Vorsteher auf seinen Vorgesetzten, sondern urteilte und handelte selbständig.

Sehr bald wurden wir gewahr, daß die schriftlichen und kaufmännischen Empfehlungen nicht nötig waren, sogar unwirksam blieben. Die beste Empfehlung ist die Visitenkarte eines andern Ingenieurs, der nichts als den Namen des Empfohlenen darauf schreibt. Ist dieser empfehlende Ingenieur ein berühmter Mann, so gibt man seine Karte nicht ab, sondern zeigt dieselbe nur vor. Sie ist ein Passepartout durch alle technischen Anstalten Englands. Solcher Karten hatten wir mehrere. Während der Franzose, wenn er es nicht vermeiden kann, jemand in seiner Anstalt herumzuführen, sehr viele höfliche Redensarten macht, aber so wenig und so schnell als möglich zeigt, wird man vom Engländer in seinem Bureau, den Hut auf dem Kopf, anscheinend oft mürrisch mit sehr trockenen Worten empfangen, erhält aber dann von ihm sehr gründliche Auskunft und schließlich noch eine Empfehlung per Karte an die Anstalt, die man zunächst besuchen will. Dabei wird augenscheinlich kein Anspruch auf Danksagung gemacht, man schüttelt sich die Hand und geht. Uebrigens kannte man den Namen Borsig an vielen Orten.

Der Eindruck, den London beim ersten Sehen auf mich machte, war ein überwältigender, fast drückender, ganz verschieden von Paris. Erst nach und nach findet man sich zurecht und gelangt zu ruhiger Beobachtung. Aber erheiternd wirkt London nicht oder nur an wenigen Punkten. Ueberall Hast, alles läuft, als brenne es. Flaneure zu Fuß gibt es nicht, business, nichts als business (Geschäfte) an allen Orten. Aristokratische Kreise und das Landleben lernten wir nicht kennen. Darin waren wir einig, daß in Paris viel mehr Vergnügen als in London zu finden ist, daß man aber in London und in England überhaupt unendlich mehr lernt als in Frankreich. Nur muß man keinen jungen Mann, der noch kein selbständiges Urteil und noch wenig Erfahrungen besitzt, nach England schicken. Man sieht dort das Großartigste, Bedeutendste neben ganz Widersinnigem, Unbrauchbarem, die vortrefflichste Arbeit neben Pfuscherei. Gewöhnlich imponirt gerade das Abnorme, nicht Nachahmungswerte jungen, unerfahrenen Technikern am meisten und macht sie konfuse. Die Stellung des englischen Ingenieurs und Technikers ist eine durchaus andere als in Deutschland. Dieselben sind fast niemals Staatsbeamte.

Hat sich jemand erst Ruf erworben, so verliert er denselben nicht durch ein mißglücktes Bauwerk wie in Deutschland. Das Publikum nimmt ihn selbst bei ganz groben Schnitzern in Schutz. Stephenson würde nach dem Einsturz seiner ganz leichtsinnig und unwissenschaftlich konstruirten Brücke bei Chester, wo eine ganze Anzahl von Menschen das Leben verlor, in Deutschland und wohl auch in Frankreich schwerlich wieder einen großen Auftrag erhalten haben. Er wäre aber verloren gewesen, wenn die Totenbeschauerjury erklärt hätte: Tod durch Nachlässigkeit des Erbauers. Spricht man in England seine Verwunderung über thörichte und kostspielige Konstruktionen und Versuche aus, so erhält man zur Antwort: Gerade dadurch kommen wir vorwärts, daß wir alles probiren. Das Beste bleibt dann übrig.

Solche großartigen Versuche, deren Mißglücken dem wissenschaftlich gebildeten Techniker nicht zweifelhaft sein konnte, erklären sich aus dem auffallenden Umstande, daß es den allermeisten englischen Ingenieuren an Theorie, das heißt an wissenschaftlicher Vorbildung fehlt. Dieselben rechnen fast ausschließlich nach ihrem Tascheningenieur, einem faulen Knecht und Hilfsbüchlein, ohne die Richtigkeit der dort gegebenen Formeln prüfen zu können. Der englische Ingenieur ist aber ein sehr praktischer Mensch, der sich immer zu helfen weiß und sich meistens auf eine Spezialität beschränkt, in der er bald sehr gründliche Erfahrungen macht und große Fertigkeit erlangt. Vom Examiniren der Ingenieure und Architekten ist natürlich in England keine Rede.

Wir besuchten Birmingham, Sheffield, Leeds, Newcastle und Edinburg und gingen dann über Glasgow nach Manchester und Liverpool, von da nach Chester, Convai Castle und Bangor, wo wir die wunderschöne Kettenbrücke von Telfort und die unästhetischen Röhrenbrücken von Stephenson gründlich besichtigten. Dann ging es mit Postpferden über Aberiswyth durch Nordwales nach Cardiff und Marthyr Tydwil nach Bristol und zurück nach London. Den letzten Teil der Reise beschleunigten wir auf das äußerste, weil die Zeitungen schlimme Nachrichten von Paris brachten. Schon in Manchester las ich das Verbot des Reformbankets in Paris und äußerte, die Regierung und die Chambre introuvable, die jenes Verbot für gesetzlich erklärt hätte, wollten keine Reform und würden wohl zur Revolution kommen. Die Kammer habe sich selbst entlarvt und gezeigt, daß sie nur eine Maske für die Regierung, aber kein Hort für die Gesetze sei. Meine Reisegefährten wollten mir noch nicht glauben. Als aber die Pariser Nachrichten immer beunruhigender lauteten, reisten wir über London und mit möglichst kurzem Aufenthalt nach Deutschland zurück. In Ostende fehlten alle Briefe und Zeitungen aus Paris. In Mecheln wußte man, daß der Straßenkampf begonnen habe und der Nordbahnhof brenne. Die Februarrevolution war im vollsten Gange.

Mein Anteil an der Politik im Jahre 1848.

Stimmung in Magdeburg.

In Magdeburg fand ich die Stimmung aufgeregt. Jedermann fühlte, daß der diesmalige Anstoß von Frankreich nicht so wirkungslos wie 1830 vorübergehen werde; aber noch dachte niemand an die Möglichkeit einer revolutionären Erhebung in Preußen. Es herrschte allgemein große Spannung, namentlich in Betreff des Benehmens der Regierung. Alle Welt erwartete von dieser Seite einlenkende Schritte, erhebliche Konzessionen, zunächst Einberufung des vereinigten Landtags. Es geschah nichts. Der damalige leitende Staatsmann in Preußen, Minister von Bodelschwingh*), erklärte einer Magdeburger Deputation, den konservativen Oberbürgermeister Franke an der Spitze, es seien keine Vorlagen für den Landtag vorhanden!

Der sonst liebenswürdige und gescheite Mann hatte, selbst nach den Wiener Ereignissen, keine Ahnung davon, daß diesmal die Geschichte die Vorlagen mache, nicht die Regierung.

Mein Aufenthalt in Berlin vom 13. bis 16. März 1848.

Am 12. oder 13. März reiste ich nach Berlin zu einer Versammlung von Eisenbahndirektoren, welche der Minister zur Beratung von allgemeinen Grundsätzen für den Bau und Betrieb von Eisenbahnen unter dem Vorsitz des damaligen Geheimen Oberfinanzrats Mellin berufen hatte. Man sprach aber mehr von den Zeitereignissen als von Eisenbahnen und kam am 15. zu der Ueberzeugung, daß der Moment sich nicht zu ruhigen technischen Beratungen eigne, die deshalb abgebrochen wurden. Allerlei beunruhigende Gerüchte erfüllten die Luft, aufgeregte Massen durchzogen lärmend die Straßen. Ich war größtenteils Zeuge

*) Ernst von Bodelschwingh übernahm 1842 das Finanzministerium, 1845 das Ministerium des Innern, nahm am 19. März 1848 seine Entlassung, 1852 wurde derselbe zum Regierungspräsidenten von Arnsberg ernannt und starb am 18. Mai 1854.

der Vorgänge am 15. und 16. März. Am Abend des 16. reiste ich nach Magdeburg zurück. Dort hatte ebenfalls ein Auflauf stattgefunden und zwar auf dem Domplatz, wo sich die Regierung nebst der Hauptkasse befand. Man verlangte schreiend die Entfernung des sehr unbeliebten damaligen Polizeidirektors von Kamptz, Sohn des bekannten früheren Ministers. Es wurde eine Compagnie Infanterie vor dem Regierungsgebäude aufgestellt. Als man anfing, über die Köpfe der Truppen hinweg die Fenster einzuwerfen, soll, wie man erzählte, Herr von Kamptz den Compagniechef aufgefordert haben, zu schießen, dieser zog es aber verständigerweise vor, zunächst mit der Compagnie in Linie so weit zu avanciren, daß die Steinwürfe unwirksam wurden. Bald darauf kamen aus der an demselben Platz liegenden Kaserne Artilleristen heraus, und die Fahrer jagten mit ihren kurzen Fahrpeitschen (Kantschuen) die Menge aus einander. Das Militär wurde nicht insultirt und niemand verwundet. Weitere bedenkliche Aufläufe sind in Magdeburg nicht vorgekommen. Einen Versuch, den einige Berliner Agitatoren dort im Sommer 1848 machten, Unruhen zu erregen, beseitigte die Bürgerwehr mit den Ladestöcken ihrer Gewehre. Ich führe diese Thatsachen als einen Beleg dafür an, daß es damals in Magdeburg so gut wie keine revolutionären Elemente gab.

Mündlicher Bericht an den Oberpräsidenten von Bonin über die Zustände in Berlin.

Am Tage nach meiner Rückkehr wurde ich von dem Oberbürgermeister Francke aufgefordert, mit ihm zum Oberpräsidenten von Bonin zu gehen und demselben Mitteilung über meine persönlichen Beobachtungen in Berlin zu machen. Ich sprach mich gegen den letztgenannten dahin aus, daß allerdings sehr große Aufregung und Straßenlärm in Berlin herrsche und daß das Benehmen der Regierung ein sehr auffälliges, schwer erklärliches sei. Wenn man nicht annehmen wolle, daß die Behörde selbst eine starke, gewaltsame Auflehnung hervorrufen wolle, um dieselbe dann mit aller Kraft niederzuschlagen, so erschienen die von der Behörde getroffenen Gegenmaßregeln kopflos. Man dulde große Aufläufe, wie an der Universität am 16., den ganzen Tag und schieße dann am Abend ein paar unschuldige Menschen tot. Man warte und erbittere, statt wirksam zu beruhigen und niederzuhalten. Das Militär sei Tag und Nacht auf den Beinen und werde ermüdet. Dennoch glaubte ich nicht, daß es zu einer großen revolutionären Bewegung kommen werde. Jedermann erwarte, daß die Regierung zu einem Systemwechsel übergehen, mindestens aber den vereinigten Landtag zusammenberufen werde. Bonin, ein strammer, hochkonservativer Beamter mit hellem Verstande, war augenscheinlich sehr in Sorge, äußerte sich aber nur sehr knapp: es wäre schrecklich, wenn auch in Berlin die Emeute siege.

Nachrichten über den Aufstand in Berlin.

In der Nacht vom 18. zum 19. März gegen Mitternacht wurde ich geweckt*) und hörte zugleich die Stimme des Oberbürgermeisters Franke in meinem Wohnzimmer. Derselbe teilte mir unter großer Aufregung mit, nach der Aussage ganz zuverlässiger Männer, die mit dem Abendzuge von Berlin zurückgekommen wären, sei der Straßenkampf daselbst ausgebrochen, man baue überall Barrikaden und höre Gewehr- und Geschützfeuer. Franke ersuchte mich, eine Lokomotive nach Berlin zu schicken, um sichere Nachrichten über den Verlauf zu erlangen und nötigenfalls in Magdeburg Vorkehrungen treffen zu können. Ich erwiderte, daß ich zur Absendung einer Lokomotive während der Nacht gar nicht ermächtigt sei, und daß, wenn man so verführe, auf der damals einspurigen Bahn, ohne elektrischen Telegraphen, ein Zusammenstoß mit dem abends von Berlin abgegangenen Personenzug eintreten müsse. Die Ankunft dieses Zuges in Magdeburg werde in zwei Stunden erfolgen. Ich schlüge daher vor, daß wir dieselbe auf dem Bahnhofe, der damals noch in der Friedrichstadt am rechten Elbufer lag, abwarteten und dann überlegten, ob und was zu thun sei. Franke war damit einverstanden und benachrichtigte den Oberpräsidenten von Bonin, daß wir nach Ankunft des Nachtzuges sofort zu ihm kommen würden.

Als der Zug langsam in den Bahnhof einfuhr, sprang ich auf die Lokomotive und fragte den mir als zuverlässig bekannten Führer, wie es in Berlin stände. Derselbe antwortete, der Straßenkampf daure fort. Er habe sich abends nach der Stadt begeben, in der Friedrichstraße sei er in Infanteriefeuer gekommen und nach dem Bahnhof zurückgekehrt, weil er Fahrdienst habe. Kanonen- und Gewehrfeuer habe er noch deutlich gehört, als der Zug sich schon außerhalb der Stadt befand. Inzwischen stiegen die Reisenden aus, unter ihnen der Oberpräsident der Rheinprovinz von Eichmann, den Franke fragte, wie es in Berlin aussehe. Eichmann, umgeben vom Publikum, antwortete laut in etwas wegwerfendem Ton: „Nichts als eine unbedeutende Emeute, welche bereits niedergeschlagen ist.“ Darauf rief ein anderer, anständig angezogener Reisender: „Das ist unwahr, der Kampf dauert fort und ist noch nicht entschieden.“ Eichmann schwieg und entfernte sich eilig.

Franke und ich erstatteten nun dem Oberpräsidenten von Bonin mündlich Bericht, den derselbe mit Schmerz anhörte. Er äußerte, die Revolution habe in Paris und Wien und manchen deutschen Residenzen gesiegt, er wünsche dringend, daß der Widerstand in Berlin erfolgreich sei. Feste, sichere Hoffnung

*) Zu besserem Verständnis berücksichtige man, daß damals noch keine elektrischen Telegraphenverbindungen bestanden. Die Beförderung wichtiger Staatsnachrichten fand durch optische Signalstationen statt, welche nur langsam und bei Nebel oder trübem Wetter gar nicht wirken konnten. Die Johanniskirche in Magdeburg trug bis ins Jahr 1852 den Signalapparat.

schien er nicht zu haben, wenigstens machte es mir diesen Eindruck, als er eine Aeußerung fallen ließ, daß wesentliche Modifikationen des bisherigen Regierungssystems wohl unvermeidlich wären.

Meine Schrift: „Skizzen aus Preußens neuester Geschichte".

In einer im Januar 1849 bei Emil Baensch in Magdeburg erschienenen Schrift: „Skizzen aus Preußens neuester Geschichte"*) habe ich die Vorgänge des ganzen Jahres 1848 und meine Mitwirkung nach bestem Wissen geschildert. Ich stehe im allgemeinen und in den meisten Hauptpunkten noch auf demselben Standpunkt wie damals und halte es deshalb für unnütz, hier zu wiederholen, was ich damals geschrieben. Dagegen kann ich nicht umhin, einige Erlebnisse hier mitzuteilen, die ich damals teils nicht für bedeutend genug hielt, teils aus Rücksicht für die beteiligten Personen unmittelbar nach den Ereignissen überging. Jetzt scheint es zulässig, Ergänzungen zu bringen. Ebenso halte ich es für nötig, einzelne meiner damaligen Anschauungen hier zu berichtigen. Es ist seit jener Zeit fast ein Menschenalter, und zwar ein sehr ereignisvolles, vorübergegangen. Wunderbar müßte es zugehen, wenn ich in einer solchen Periode keine neuen Erfahrungen gemacht und meine damaligen Ansichten gar nicht modifizirt hätte.

So bedürfen zunächst meine Aeußerungen in den Skizzen über das Ein- oder Zweikammersystem einer Erläuterung. Auf Seite 23 werfe ich die Frage auf, ob die Krone etwa stark ist, wenn sie mit dem Ballast von zwei Kammern beladen wird? Darnach könnte es scheinen, als ob ich damals entschiedener Gegner von zwei Kammern gewesen sei. Ich spreche mich zwar auf Seite 148 dahin aus, daß und warum ich im bestehenden konstitutionellen Staate zwei Kammern für notwendig halte, deute aber an, daß der Uebergang vom absoluten Staat in den konstitutionellen nach einer Revolution nur durch eine Versammlung bewirkt werden könne, die mehr oder weniger den Charakter einer konstituirenden besitzt. Der norddeutsche und dann der deutsche Reichstag liefern durch die originelle Schöpfung des Bundesrats einen Beleg für beide Fälle. Bei der Konstituirung des Reichs stand den Bundesregierungen nur eine Versammlung, der Reichstag, gegenüber. Beide zusammen brachten die Reichsverfassung in verhältnismäßig kurzer Zeit zu stande. Noch eine Kammer wäre nicht nur unnütz, sondern hinderlich gewesen. Nach Einführung der Reichsverfassung schien es, als ob auch ferner das Einkammersystem herrsche,

*) Die 158 Seiten lange Schrift trägt als Motto die vom Verfasser gegenüber einer Deputation des Berliner Magistrats gesprochenen, in der Sitzung der Nationalversammlung am 10. November 1848 wiedergegebenen Worte: „So lange die Presse, so lange das Vereinsrecht nicht von neuem geknebelt werden, hat das Land die Mittel in der Hand, ohne Blutvergießen den Sieg über die Bestrebungen der Reaktion herbeizuführen."

und es wird auch ferner so scheinen, so lange Bundesrat und Reichsregierung einig sind oder jener von einer so gewaltigen Persönlichkeit wie der Reichskanzler von Bismarck beherrscht wird. Bei der Frage über den Sitz des obersten Reichsgerichts hat sich aber auch für den oberflächlichen Beobachter schon deutlich gezeigt, daß der Bundesrat eigentlich eine erste Kammer, ein Senat ist, der, wie in Nordamerika, wesentlichen Teil an der Verwaltung nimmt und eine Zwischeninstanz zwischen der Reichsspitze und dem Reichstage bildet. Noch viel deutlicher wird der Bundesrat als erste Kammer hervortreten, sobald der Hochdruck nachläßt, mit dem der jetzige Reichskanzler Fürst Bismarck arbeitet.

So wenig ich ein nur aus den Fürsten gebildetes Haus im Deutschen Reich wünsche oder gar ein Anhänger des preußischen Herrenhauses bin, so geht doch meine Meinung dahin, daß eine Zwischeninstanz zwischen dem Kaiser und dem Reichstag nicht zu entbehren ist und ein Reichsministerium, so notwendig dasselbe auch erscheint, dieselbe nicht ersetzen kann.

Berichtigen muß ich meine auf Seite 25 der „Skizzen" ausgesprochene Meinung in Betreff des suspensiven Veto. Ich würde es jetzt für entschieden falsch halten, wenn in Preußen das definitive Veto des Königs jemals in ein suspensives verwandelt werden sollte. Es scheint mir nicht einmal erforderlich, diese Ansicht hier näher zu begründen. Daß nach der Reichsverfassung dem Kaiser kein Veto zusteht, außer in Militär- und Marinesachen, läßt sich wohl aus der Entstehungsgeschichte dieser eigentümlichen Verfassung und dem Umstande erklären, daß im Bundesrat sämtliche Fürsten, also auch Preußen, vertreten sind; ich halte es aber doch für einen großen Mangel.

Vollständig geändert habe ich meine Ansicht über Bürgerwehr und Nationalgarde. Ich halte es für überflüssig, ja für gefährlich, der bewaffneten militärischen Macht im Staate eine zweite bewaffnete Macht aus Bürgern gegenüber zu stellen. Der Gedanke ist thöricht, daß die bewaffneten Bürger die Freiheit und die Verfassung gegen die Militärmacht wirksam verteidigen sollten. Gehorcht diese dem Staatsoberhaupt und ist dasselbe entschlossen, einen Gewaltstreich zu machen, so kann eine Bürgerwehr gewiß nicht widerstehen. Eine solche hat auch in Frankreich nur dann Erfolg gehabt, wenn das Militär der Regierung großenteils nicht mehr gehorchte und zur Revolutionspartei überging. Wo dies nicht der Fall war, wie unter Napoleon I. zur Zeit des Direktoriums, ferner im Juni 1848 und beim Staatsstreich im Dezember 1851, siegten die Soldaten. Bürgerwehr und Nationalgarden sind entweder eine Spielerei oder eine Organisation für den Bürgerkrieg. Bei der jetzigen Zerklüftung der arbeitenden Klassen durch die Sozialdemokraten kann unmöglich noch von Bürgerwehr die Rede sein.

Stimmung in Berlin am 20. und 21. März 1848.

Ich will nun meiner Beobachtung der Stimmung der Berliner Bevölkerung in den Tagen des 20. und 21. März erwähnen.

Ich reiste dorthin, um die Zustände kennen zu lernen, suchte einen alten Ingenieur auf, der in den Maschinenfabriken und Gießereien noch bekannter war als ich, besuchte die Werkstätten und verschiedene Kneiplokale, wohnte der Waffenverteilung an die improvisirte Bürgerwehr bei und sprach viel mit Arbeitern, war auch zugegen, als die freigelassenen Polen nach dem Schloß zogen, Pistolen, blind geladen, abfeuerten, Vivats ausbrachten und Schwerin eine Rede vom Balkon des Schlosses hielt. Solche Vorgänge sahen sehr revolutionär aus, die Aufregung war auch groß, man schimpfte tüchtig auf die früheren Minister; aber eine Erbitterung gegen die Dynastie konnte ich nirgends wahrnehmen, ebensowenig mein Begleiter. Man hielt den König für schlecht beraten, aber doch von gutem Willen beseelt, und zweifelte nicht, daß jetzt alles sehr gut gehen würde. Unter den Arbeitern, von denen manche selbst mitgefochten hatten, gaben sich keine egoistischen Motive, kein Neid gegen die besitzende Klasse zu erkennen. Bekanntlich wurde in jener Zeit weniger gestohlen als sonst. Das Eigentum war vollkommen sicher, Frauen und Kinder zirkulirten auf den Straßen, alle Läden waren geöffnet.

Ganz denselben Eindruck machten Mitglieder der Magdeburger Schützengilde und andere Bürger, die von dem großen Begräbnis der Gefallenen zurückkehrten. Viele bedauerten „den guten König". „Er hat uns recht leid gethan, er sah doch sehr niedergeschlagen aus," hörte man äußern. Später wurde mir erzählt, Raveaux vom Rhein sei in Berlin gewesen und habe im stillen Versuche gemacht, ob sich nicht eine provisorische Regierung bilden lasse, dies aber völlig unausführbar gefunden.

Sogar der Berliner Humor zeigte sich. Man hatte unmittelbar unter eine Kartätsche oder Granate, die in einem Pumpengehäuse der Breitenstraße steckte, die königliche Proklamation geklebt, deren Ueberschrift lautete: „An meine lieben Berliner." Einen Gendarm, dem man mit Kreide auf den Rücken geschrieben hatte: „Nationaleigentum", ließ man lachend passiren.

Ich konnte nach diesen Erfahrungen mit Recht in der erwähnten Schrift behaupten, die Dynastie sei keinen Augenblick in Gefahr gewesen, aber ich schilderte zugleich das unglaublich ungeschickte und schwache Benehmen des Ministeriums. Meine Schrift wurde überraschenderweise in der neuen preußischen Zeitung verhältnismäßig günstig rezensirt und zwar von keinem Geringeren als dem Chefpräsidenten des Oberlandesgerichts in Magdeburg, von Gerlach, der mir Beobachtungsgabe zuschrieb und namentlich meinem Ausspruch beitrat, daß der Schild für die Dynastie, der zu sein das Ministerium Camphausen behauptete, von Papier gewesen sei und die Dynastie nicht geschützt haben würde, wenn

ein ernstlicher Angriff auf dieselbe gemacht worden wäre. Gerlach meinte, diese Einsicht habe dem zweiten vereinigten Landtage, der sich habe einschüchtern lassen, total gefehlt.

Meine Wahl für die preußische Nationalversammlung.

Auch meiner Wahl zur Nationalversammlung will ich erwähnen. Ich war erst im Herbst 1846 nach Magdeburg übergesiedelt und glaubte als beurlaubter Beamter, dem kleinen Adel angehörig, auf Sympathie der Wähler nicht rechnen zu können. Natürlich ging ich aber in die Versammlung meines Urwahlbezirks. Dort wurde sehr viel, aber sehr konfuse gesprochen. An hochtönender Sprache fehlte es nicht, aber niemand sagte, was er eigentlich wolle, welchem Ziel er zustrebe, was er von den beiden zu wählenden Deputirten Magdeburgs eigentlich verlange. Liberal, sehr liberal war natürlich jeder. Mir riß zuletzt die Geduld, ich bat ums Wort und bemühte mich, an öffentliches Reden gar nicht gewöhnt, auseinander zu setzen, daß man sich vor allem klar machen müsse, was eigentlich geschehen solle; ob man die unbeschränkte Monarchie beibehalten oder zur konstitutionellen übergehen oder gar die Republik annehmen wolle; welche Garantien diejenigen verlangten, die der beschränkten Monarchie anhingen, ob man dem König ein absolutes oder nur ein suspensives Veto zugestehen wolle, welche Veränderungen mit der jetzigen Staatsverwaltung vorgenommen werden müßten, überhaupt, welche Bestimmungen die zu vereinbarende Verfassung zu enthalten habe. Ich gab dann meinen eigenen Standpunkt zu erkennen und erklärte mich als entschiedenen liberalen Anhänger der konstitutionellen Monarchie und Gegner aller weitergehenden Bestrebungen. Meine Aeußerungen schienen bei vielen Beifall zu finden, aber ich glaubte nicht, daß man mich zum Wahlmann machen werde, deren sechs in diesem Urwahlbezirk zu wählen waren. Einige Kaufleute, die ich damals nicht näher kannte, interessirten sich für mich, besonders einer, W. C. Schmidt, mit dem ich mich später intim befreundete, und den ich stets meine politische Hebamme nannte. Ich wurde wirklich Wahlmann.

In der Wahlmännerversammlung ging es gerade so wie im Urwahlbezirk. Es trat eine ganze Anzahl von Kandidaten auf, die meisten ebenfalls entweder ohne Programm oder mit einem so unbestimmten, daß sich jeder dabei denken konnte, was er wollte. Ich machte es mir nun zum Geschäft, den einzelnen Kandidaten ganz bestimmte Fragen vorzulegen und sie dadurch zu greifbaren Erklärungen zu nötigen. Ich selbst meldete mich nicht zur Wahl, wurde aber von einem andern Wahlmann, Prediger Hildebrand, dazu öffentlich aufgefordert und sprach mich dann ebenso offen aus wie im Urwahlbezirk, nur noch spezieller und bestimmter. Schließlich wurde mir privatim mitgeteilt, daß alle Konservativen für mich stimmen würden, weil sie keine Aussicht hätten, einen der ihrigen

durchzubringen. Dagegen zeigte sich in der Linken der Wahlmännerschaft Opposition gegen mich, die auch bestehen blieb, nachdem ich einer Aufforderung, in dieser Parteiversammlung zu sprechen, Folge geleistet hatte. Ich blieb einfach bei den Erklärungen stehen, die ich in der allgemeinen Versammlung abgegeben hatte. Meine Ansichten und Grundsätze gingen der linken Seite wohl nicht weit genug. Es blieben schließlich auf der Kandidatenliste stehen: der Gymnasialprofessor Pax, der Rabbiner Philipson, der Prediger Uhlig und ich. Gewählt wurde Pax mit einer halben Stimme und ich mit einer Stimme Majorität. Augenscheinlich hatten für mich die ganze Rechte und die gemäßigten Liberalen, für Pax die ganze Linke gestimmt. Ich sprach mich nach der Wahl gegen die Wahlmänner der Rechten dahin aus, daß die Art, wie meine Wahl zu stande gekommen, auf meine Handlungen und Abstimmungen ohne Einfluß bleiben und ich einfach meinen öffentlich ausgesprochenen Grundsätzen folgen würde.

In der That habe ich die Genugthuung gehabt, nach der Auflösung der Nationalversammlung und meiner Rückkehr nach Magdeburg im Dezember 1848 in einer öffentlichen, stark besuchten Versammlung den Wählern der Rechten gegenüber erklären zu können, ich sei meinen vor der Wahl offen dargelegten Grundsätzen durchaus treu geblieben. Meine Abstimmungen und mein Benehmen als Präsident der Nationalversammlung seien die Konsequenz jener Grundsätze und zugleich ein Zeugnis dafür, daß ich mit Exponirung meiner Person und meiner Zukunft mich ernstlich bemüht habe, die im Frühjahr von oben herunter gegebenen Versprechungen zur Ausführung zu bringen und die im Gesetze vom 6. April 1848 erteilten Rechte zu verteidigen; nur der Gewalt sei ich gewichen. Wenn die früher konservativen, jetzt zum großen Teil reaktionären Wähler der Rechten geglaubt hätten, daß meine entschieden liberalen Erklärungen vor meiner Wahl nur Versprechungen oder Heucheleien gewesen seien, so läge der Irrtum auf ihrer Seite; ich hätte Wort gehalten. Niemand machte den geringsten Versuch, mich zu widerlegen.

Gespräch mit dem Minister des Innern Alfred von Auerswald.

In Berlin zur Eröffnung der Nationalversammlung angekommen, meldete ich mich bei dem Minister des Innern Alfred von Auerswald*), den ich von Ostpreußen her kannte. Nicht zu verwechseln mit seinem älteren Bruder, dem nachherigen Minister Rudolf von Auerswald. Es fiel mir schwer auf die Seele, als ich von A. von Auerswald hörte, daß eigentlich noch gar keine

*) Geboren 16. Dezember 1797, am 19. März 1848 in das Ministerium Arnim-Boitzenburg berufen, behielt diesen Posten auch in dem am 29. März 1848 von Camphausen gebildeten Kabinet, trat aber infolge feindseliger Abstimmungen in der Nationalversammlung am 14. Juni 1848 zurück. Später langjähriges liberales Mitglied des Abgeordnetenhauses; gestorben am 3. Juli 1870.

Vorlagen für die Versammlung fertig seien, selbst die Verfassung befand sich noch in Beratung. Ich äußerte gegen den Minister, daß es vor allem darauf ankomme, die Versammlung vom ersten Tage an mit den wichtigsten Dingen stark zu beschäftigen und die Führung in die Hand zu nehmen. Wenn die Versammlung sich selbst überlassen bliebe, so könne man gar nicht wissen, wohin dieselbe steuern und wohin sie gelangen werde, ob sie nicht etwa gar ähnliche Wege einschlage wie die französischen Generalstaaten in Versailles 1789.

Der Minister gab dies zu, meinte aber, es sei beinahe unmöglich, bei dem fortwährenden Straßenlärm und Tumult zu arbeiten! — Ich wies darauf hin, daß er, der Minister, unmöglich die Verfassung und die sonstigen höchst notwendigen Gesetze persönlich ausarbeiten könne, daß ihm aber doch genügende Kräfte unter den höheren Beamten zur Verfügung ständen, die sich durch Unruhe in den Straßen nicht stören lassen würden. Straßenkampf sei jetzt in keiner Weise zu befürchten.

Die Wahl von A. von Auerswald zum Minister des Innern war ein sehr großer Fehler. Er gehörte zwar zur Schönschen Schule, galt auch für liberal, aber angestrengte Arbeit war nie seine Leidenschaft gewesen. Es fehlte ihm ganz und gar an staatsmännischer Begabung und an klarer Auffassung großartiger Verhältnisse.

Die Geschäftsordnung der Nationalversammlung.

Ein zweiter schwerwiegender Fehler war die von Hansemann*) nach belgischem und französischem Muster entworfene **Geschäftsordnung für die Versammlung**.**) Die Verweisung aller Gesetzentwürfe in die Abteilungen zur speziellen Vorberatung, demnächst die Bildung einer Zentralabteilung für jeden einzelnen Entwurf und die nochmalige Vorberatung in dieser führte notwendig zu einem äußerst schleppenden Geschäftsgange, der selbst im tiefsten Frieden nachteilig ist, in einer Zeit großer Aufregung und dringender Neugestaltungen aber höchst lähmend und schädlich wirken mußte. Der damaligen Geschäftsordnung klebte noch eine ganze Reihe anderer Fehler an. Uebereilung mußte freilich vermieden werden, es gibt aber, wie die spätere Erfahrung bewies, Formen und Bestimmungen, welche eine prompte und gründliche Erledigung der Geschäfte ohne Ueberstürzung gestatten. Gerade der Hansemannschen

*) David Hansemann erhielt im März 1848 das Portefeuille der Finanzen und bildete nach Camphausens Rücktritt (25. Juni) mit Auerswald, Kühlwetter und anderen ein neues Kabinet, das aber schon am 28. September wieder zurücktrat.

**) Die provisorische Geschäftsordnung für die zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung berufene Versammlung findet sich abgedruckt in den Verhandlungen der Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung I. Band S. 4—6.

Geschäftsordnung haftete der bedenkliche Mangel an, daß im Plenum nur **eine** Beratung stattfand und es daher bei irrtümlichen oder durch zufällige Majoritäten gefaßten Beschlüssen an jedem Korrektiv fehlte, welches die später eingeführten drei Lesungen enthalten. Hansemann war sonst ein sehr begabter, beweglicher Kopf, hatte aber den schweren Fehler, daß er der ganzen Welt gegenüber sich allein für klug hielt.

Die Geschäftsordnung ist bei großen politischen Versammlungen, ganz besonders, wenn dieselben durchweg aus Neulingen bestehen, von sehr großer Wichtigkeit. Viele schlechte Bestimmungen haben sich jahrelang durch das Abgeordnetenhaus in den Reichstag hinein geschleppt, und erst nach und nach ist es gelungen, die französische Schablone umzugestalten und zu modifizirten englischen Geschäftsformen überzugehen. In Paris ist es seit Jahren dahin gekommen, daß hauptsächlich nur solche Anträge und Gesetze zur Verhandlung kommen, die als **dringende** anerkannt und dadurch den normalen Bestimmungen des Reglements entzogen werden. Wird die Dringlichkeit aber abgelehnt, so fällt in der Regel der Antrag oder Gesetzentwurf in den Brunnen. Das heißt die Geschäftsordnung auf den Kopf stellen.*)

Berichtigungen und Ergänzungen zu den „Skizzen aus Preußens neuester Geschichte".

In meinen „**Skizzen aus Preußens neuester Geschichte**" Seite 22 habe ich der Scenen am 19. März morgens in Berlin nur ganz kurz gedacht, weil zu jener Zeit, als ich schrieb, der König Friedrich Wilhelm IV. noch regierte und ich damals so wenig verletzen wollte wie jetzt. Ich hatte den bedauernswertesten Vorfall im Sinne, als die Leichen der in der Breitenstraße Gefallenen nach dem Portale des Schlosses getragen wurden und man den König zwang, herunter zu kommen und die Mütze vor den Toten abzunehmen. Ich habe zwei Tage darauf Augenzeugen gesprochen und schon damals behauptet, daß dem Könige nichts geschehen sein würde, wenn er fest und laut erklärt hätte, sein Leben stehe in der Hand des Volks, aber er wolle lieber sterben, als sich einer solchen Demütigung unterwerfen. Auch jetzt noch bin ich derselben Meinung, aber nur für die **damalige** Zeit und die **damalige** Bevölkerung Berlins. Ich spreche in den „Skizzen" (Seite 28) von dem milden Sinn des Volks, aber ebenfalls nur des **damaligen** Berliner Volks. Heute stände die Sache ganz anders. Siebenzehn Jahre hindurch habe ich an der Spitze einer Fabrik mit zweitausend Arbeitern diese Schicht der Bevölkerung, die keineswegs zu den

---

*) von Unruh hatte in der Nationalversammlung, in seiner Eigenschaft als **Abgeordneter**, das Wort ergriffen in den Sitzungen vom 25. 29. 30. 31. Mai, 2. 30. Juni, 1. 4. 7. 12. 21. 25. Juli, 1. 8. 15. 29. August, 2. 4. 5. 7. 11. 19. 25. 26. 29. September, 11. 14. 23. 25. 28. Oktober. Vom 28. Oktober ab war er **Präsident** der Versammlung.

untersten gehört, genau beobachten können. Die Bildung, namentlich die Humanität, ist nicht gestiegen, im Gegenteil, die Roheit und Brutalität ist entsetzlich gewachsen, die Arbeiterschicht ist von den Sozialdemokraten und entsittlichenden Lehren durchwühlt, die Hinneigung zur Anwendung von Gewalt hat auffallend zugenommen. Die Masse ist nur aufregenden Reden zugänglich, das Vertrauen zu bewährten Arbeiterfreunden fast verschwunden. Ich mußte es als einen großen Erfolg ansehen, daß ich mich 1872 beim Ausbruche eines allgemeinen Streikes in der Fabrik ungehindert unter den sehr aufgeregten Arbeitern bewegen und mit einzelnen sprechen konnte, ohne daß sich eine Hand gegen mich erhob; aber selbst einer gewählten Deputation von nur zwölf Arbeitern gegenüber blieben meine beruhigenden Vorstellungen über das eigene Interesse der Arbeiter, ebenso meine Auseinandersetzungen auf Grund der Rechnungsbücher ganz ohne Erfolg. Vergeblich wies ich darauf hin, daß solche Vorfälle zur Auflösung der Fabrik führen und zweitausend Arbeitsstellen verloren gehen würden, wie es auch wirklich geschehen ist. Man antwortete mit den abgedroschenen sozialdemokratischen Redensarten: Das Kapital soll keine Zinsen tragen, der ganze Nutzen gebühre den Arbeitern und so weiter. Ganz anders waren die Zustände im Jahre 1848. Im Winter 1848/49 habe ich oft von gebildeten, sonst liberalen Leuten die Aeußerung gehört, sie seien auch jetzt noch liberal, aber sie wollten sich lieber Militärdespotismus gefallen lassen, als solche Zustände noch einmal erleben, wie sie in Berlin im Jahre 1848 geherrscht hatten. Darauf antwortete ich stets, solche Vorgänge wie in jenem Jahre würde niemand wieder erleben. Schwerlich werde es sich jemals wieder ereignen, daß eine Stadt von nahezu einer halben Million Einwohner nach einer siegreichen revolutionären Erhebung fast acht Monate hindurch (vom 19. März bis Mitte November) beinahe ganz ohne Polizei und in Bezug auf politische Vergehen ohne Rechtspflege, von allem Militär entblößt, sich selbst überlassen werde, und daß dennoch nichts vorfalle als verhältnismäßig kleine Krawalle, daß im allgemeinen Sicherheit des Eigentums und der Person herrschte, und Frauen mit ihren Kindern selbst abends unbelästigt in den Straßen sich bewegen konnten. Ueber die Bassermannschen Gestalten lachten die meisten. Man denke sich, daß Berlin jetzt, noch dazu in revolutionär aufgeregter Zeit, sich selbst, wie damals, überlassen bliebe. Niemand wird daran zweifeln, daß sofort ähnliche Zustände eintreten würden wie in Paris zur Zeit der Kommune im Jahre 1871. Hat doch ein sozialdemokratischer Abgeordneter seinerzeit im Reichstage erklärt, daß er die schauderhaften Vorgänge in Paris billige und die moralische Verantwortung dafür mit übernehme. Gleichwohl besaß der Präsident des Reichstags kein Mittel, denselben aus der Sitzung zu entfernen.

Die sozialistischen Führer würden ohne Zweifel auch die Führer der Massenbewegung sein, und es bedarf keiner lebhaften Phantasie, um sich vorzustellen, was sich ereignen würde. Von solchen Dingen war 1848 keine Rede.

Lohnherabsetzung beim Elbbrückenbau in Wittenberge.

Als Beleg für das damalige Verhalten der Arbeiter will ich ein bezeichnendes Erlebnis anführen. Gerade zu derselben Zeit, als in Berlin durch die verkehrtesten Anordnungen der Behörden Tausende von Arbeitern zusammengezogen und gegen hohen Tagelohn in den Rehbergen angeblich beschäftigt wurden, in Wirklichkeit aber äußerst wenig arbeiteten, vielmehr faulenzten, trat bei der Magdeburg-Wittenberger Eisenbahn, wie fast überall, ein drückender Geldmangel ein. Es waren beim Bau der Elbbrücke bei Wittenberge etwa achtzehnhundert Mann, darunter die Mehrzahl Erdarbeiter, in Thätigkeit. Ich bemühte mich, Geld leihweise aufzutreiben, es waren mir auch von der Dessauer Bank 100000 Thaler zugesagt, wenn es gelänge, die schon lange nachgesuchte Genehmigung zur Ausgabe von Prioritätsobligationen, mindestens die feste Zusicherung derselben zu erlangen. Dazu geschahen die nötigen Schritte, aber es war vorherzusehen, daß darüber wenigstens vier bis sechs Wochen vergehen würden. Ich begab mich deshalb nach Wittenberge und teilte dem den Bau leitenden Baumeister Benda, meinem Begleiter auf den Eisenbahn-Studienreisen in England und so weiter, mit, daß der Kassenbestand kaum noch vierzehn Tage ausreiche und wir uns in der Lage befänden, entweder den Bau nach acht Tagen einzustellen oder Löhne und Accordsätze um etwa ein Dritteil zu ermäßigen und so uns durchzuhelfen, bis neues Geld flüssig werde. Benda bestätigte meine Vermutung, daß die Lohnherabsetzung sich durchführen lasse. Es wurden die Werkmeister und die Schachtmeister (Unteraufseher bei den Erdarbeiten) nebst den Aufsehern zusammenberufen und denselben die Lage der Sache offen auseinandergesetzt. Die Leute hatten zum Baumeister Benda großes Vertrauen, wußten genau, daß sie nicht getäuscht wurden, und erklärten, sie hielten die Maßregel für ausführbar, wollten aber erst mit den Arbeitern sprechen. Dies geschah. Am andern Tage meldeten die Werkmeister und Aufseher, daß zwar einige hundert Arbeiter abgehen, aber die allergrößte Anzahl bleiben und sich die Lohnermäßigung gefallen lassen würde.

Nun wurde die Sache bekannt. Sofort kam der Bürgermeister von Wittenberge und protestirte lebhaft gegen die Maßregel; die Arbeiter würden die Stadt anstecken und plündern, meinte er. Ich antwortete ihm, er habe nichts zu besorgen und möge bedenken, daß eine Einstellung des Baues die Arbeiter viel mehr aufregen würde als die Lohnherabsetzung. Der Bürgermeister entfernte sich. Zwei Stunden später erschien der Landrat von Saldern sehr aufgeregt und erklärte, die Lohnherabsetzung sei unzulässig. Ich fragte ihn, ob er mir vielleicht 100000 Thaler borgen könne, wenn nicht, so bliebe es bei der Lohnreduktion. Er könne weder die Fortsetzung des Baues anordnen noch die Höhe der Löhne bestimmen! Der Landrat beruhigte sich und meinte, er wolle mir zu meinem Beistande zwei Gendarmen schicken. „Dann gibt es

bestimmt Skandal," erwiderte ich und bemerkte, ich würde eine solche Lohnherabsetzung nicht unternehmen, wenn ich nicht sicher sei, die große Majorität der Arbeiter auf meiner Seite zu haben. Dies überzeugte den Landrat.

Den Werkmeistern und Schachtmeistern hatte ich gesagt, ich würde unfehlbar den ganzen Bau einstellen, wenn auch nur eine Karre zerschlagen würde. Infolge dessen zeigten die Meister an, die Mehrzahl der einverstandenen Leute wollte, um jeden Unfug zu verhindern, die Nacht nach dem Zahlungstage auf der Baustelle bleiben. Sie baten aber um Holz zu Wachtfeuern, was natürlich zugestanden wurde.

Am Zahlungstage verkündete ein Anschlag die herabgesetzten Tage- und Stücklöhne mit dem Hinzufügen, daß Arbeiter, welche darauf nicht eingehen wollten, ihre Entlassungsscheine zu fordern hätten. Während der Lohnauszahlung am Sonnabend rotteten sich etwa dreihundert Mann zusammen, zogen aber ab, als sie sahen, daß mehr als tausend Mann auf der Baustelle lagerten. Ich reiste nach Magdeburg zurück. Am Sonntag erschien eine Deputation der entlassenen Arbeiter beim Baumeister Benda und bat um Wiederannahme zu den herabgesetzten Löhnen. Benda erklärte sich dazu bereit mit Ausnahme der zehn schlimmsten Rädelsführer. Damit waren die Leute einverstanden und sie wünschten die Namhaftmachung dieser zehn Mann; dies lehnte Benda ab und sagte ihnen, er sei kein Polizeimann, die Arbeiter selbst müßten die Namen der zehn angeben. Auch das geschah. Nach Ablauf von etwa einem Monat glückte es mir, Geld anzuschaffen. Der Bau wurde gar nicht unterbrochen. Dies alles trug sich zur selben Zeit zu, während bei Berlin eine sehr große Zahl von in den Rehbergen beschäftigten Arbeitern durch die Ungeschicklichkeit der Behörde demoralisirt wurde. Wollte jetzt ein Baumeister einen ähnlichen Versuch machen wie der in Wittenberge durchgeführte, es ginge sicher nicht ohne Unruhen ab. Wo jetzt Fabrikanten notgedrungen den Lohn heruntersetzen, folgt der Streik unmittelbar darauf.

Der Abzug der Truppen aus Berlin.

Bekanntlich bekamen die an keinem Punkt der Stadt besiegten, aber sehr ermüdeten, mangelhaft verpflegten Truppen am 19. März 1848 früh den Befehl, Berlin zu räumen. Wer diese entscheidende Maßregel angeordnet hat, darüber ist später viel gestritten worden, ohne die Wahrheit ans Licht zu bringen.*) Es scheint vielmehr, daß dieselbe absichtlich verdunkelt worden ist. So viel steht nach meiner Ueberzeugung fest, daß die Generale, welche die Truppen führten, sicher nicht ohne ausdrücklichen Befehl die Stadt verlassen haben. Es ist auch nicht anzunehmen, daß diese Anordnung ohne Zustimmung

*) Von dieser vielumstrittenen Frage ist in meinem Werke „Fürst Bismarck und die Parlamentarier" mehrfach die Rede.

des Königs erfolgt ist. Wäre dies der Fall gewesen, so würde derjenige, von dem der Befehl ausging, gewiß später zur Verantwortung gezogen worden sein. Der Befehl muß auch unzweifelhaft von oben herunter erteilt worden sein, weil sonst nicht sämtliche Truppenführer gleichzeitig gehorcht haben würden. Die Truppen waren in keiner Weise demoralisirt, die Disziplin vollkommen erhalten. Nirgends war der Gehorsam verweigert, kein einziger Soldat war zu den Verteidigern der Barrikaden übergegangen. Wie ich aus dem Munde mehrerer Offiziere weiß und ja auch allgemein bekannt ist, hatte die Räumung Berlins in der ganzen Armee, besonders der Garnison Berlins, große Unzufriedenheit, ja höchste Entrüstung erregt.

Wie es am 19. März gegen Morgen in den Straßen Berlins aussah, hat mir auf meinen Wunsch der Buchdrucker Behrend geschildert. Er war Mitglied der Nationalversammlung und ein sehr radikaler, aber ehrlicher, wahrheitsliebender Mann, der den ganzen Nachmittag am 18. und die Nacht zum 19. März auf der Barrikade mitgekämpft hatte. Nachdem ich mit Behrend bekannt geworden war, hat er mir auf meine Frage, ob die Truppen an irgend einem Punkt der Stadt geschlagen oder doch zurückgedrängt worden sind, geantwortet: „Nein, wo die Truppen wirklich angegriffen haben, gelang der Angriff." Behrend sagte mir ferner, daß er und andere Führer von Barrikadenkämpfen in jener Nacht vollkommen überzeugt gewesen sind, am andern Vormittag würden sie sämtlich als Gefangene in der Festung Spandau sitzen, weil es nirgends gelungen war, gegen die Truppen vorzudringen. Er, Behrend, sei am frühen Morgen des 19. ganz erstaunt gewesen, als eine Deputation des Magistrats, der Bürgermeister (oder Oberbürgermeister) an der Spitze, in den Straßen und an den Barrikaden erschien und dort proklamirte, daß den Truppen der Befehl zugegangen sei, Berlin zu räumen. Zuerst sei diese Nachricht etwas ungläubig aufgenommen worden, bis der Augenschein dieselbe bestätigte. Diese Mitteilungen liefen augenscheinlich gegen die Neigung von Behrend, aber er war ein zu offener, männlicher Charakter, um die Wahrheit zu verleugnen. Ebenso wenig hat er seine Gesinnung gewechselt, vielmehr wurde er später von Hinkeldey verfolgt und bei den kleinsten Ruhestörungen, von denen Behrend gar nichts wußte, jedesmal verhaftet, einige Tage im Gefängnis festgehalten und dann wieder freigelassen, bis er endlich nach Amerika auswanderte. An der Richtigkeit der Behrendschen Mitteilungen ist daher nicht zu zweifeln.

Aus jenen Märztagen ist noch eine höchst charakteristische Unbedachtsamkeit anzuführen. Bei dem Abmarsch der Truppen hatte man ein Bataillon Infanterie heimlich im Schloß zurückbehalten und in den obersten Räumen des Schlosses verborgen! Kein Soldat durfte sich in den unteren Räumen oder gar im Schloßhofe sehen lassen. Die Bürgerwehr besetzte die Wachen im Schloß und stellte die Wachtposten auch auf den Korridoren auf. Bald fiel

es auf, daß in der königlichen Küche sehr große Quantitäten gewöhnlicher Lebensmittel zubereitet und nebst Brotmassen nach den oberen Etagen geschafft wurden. Endlich wurde das Kommando der Bürgerwehr offiziell ersucht, das Bataillon in der nächsten Nacht aus Berlin heraus zu eskortiren und Ruhestörungen zu verhüten. Ein mir gut bekannter Kaufmann Herz hat als berittener Bürgerwehrmann zur Eskorte gehört und mir damals erzählt, daß die Infanterieoffiziere außer sich über einen solchen Abzug aus Berlin gewesen seien, sich aber gegen die begleitende Bürgerwehr durchaus angemessen benommen und auf höhnende Zurufe Vorübergehender nicht geachtet hätten. In der That, man kann sich kaum etwas Kränkenderes für eine ehrliebende Truppe denken, als bei Nacht und Nebel aus der Stadt eskortirt zu werden.

Meine Parteistellung in der National-Versammlung. Rodbertus.

In den Skizzen habe ich ganz kurz angeführt, daß ich zu den Abgeordneten gehört habe, welche aus dem linken Zentrum in das Zentrum übertraten, ferner daß Rodbertus, zum Unterrichtsminister ernannt,*) sehr bald wieder aus dem Ministerium ausgetreten ist und dadurch die Majorität viel unsicherer gemacht hat, als sie vorher unter dem Ministerium Camphausen war.**) Jetzt nach fast einem Menschenalter fallen die Gründe fort, welche mich bei Abfassung der Skizzen veranlaßten, mich nur so knapp zu äußern.

Rodbertus spielte im linken Zentrum eine größere Rolle, als ihm nach meiner Meinung zukam. Ich konnte in ihm keinen gesunden politischen Kern entdecken, wohl aber Kenntnisse und Begabung, aber auch ein gewisses Maß von Eitelkeit. In den Fraktionssitzungen ging er oft im Zimmer umher, nahm nur oberflächlich teil an der Diskussion und that dann schließlich in vornehmer Art seinen Ausspruch, dem die Fraktion meistens zustimmte. Er dominirte sogar über Männer wie Schultze-Delitzsch und Kirchmann. Eines Abends rügte er, daß ich in der sogenannten Konstablerfrage***) im Plenum anders gestimmt hatte als er. Die Mehrheit der Fraktion trat ihm bei. Ich konnte und wollte nicht unter dem Kommando von Rodbertus stehen. Mir blieb daher nichts

*) Rodbertus, Hauptvertreter des wissenschaftlichen konservativen Sozialismus, wurde 1848 in die Nationalversammlung gewählt, wurde im Ministerium Auerswald-Hansemann Kultusminister, legte aber sein Portefeuille schon nach 14 Tagen nieder.

**) Ludolf Camphausen wurde am 29. März 1848 nach dem Rücktritt des Grafen Arnim-Boitzenburg mit der Bildung eines neuen Ministeriums betraut, worin er den Vorsitz übernahm. Bereits am 20. Juni 1848 nahm er nach der mißliebigen Aufnahme, die der von Hansemann ausgearbeitete Verfassungsgesetzentwurf gefunden hatte, seine Entlassung.

***) Es handelte sich um den von dem Abgeordneten Rodbertus gestellten Antrag, das Staatsministerium um sofortige Vorlegung eines Gesetzes über die Schutzmannschaften zu ersuchen. Rodbertus stimmte bei der namentlichen Abstimmung mit Ja und Unruh mit Nein. Vergl. die Verhandlungen der preußischen Nationalversammlung Band I, S. 673 und 684.

übrig, als aus dem linken Zentrum auszutreten, obgleich ich in keiner Weise meine Gesinnung geändert hatte. Da ich bereits gelernt hatte, daß man als Wilder, das heißt keiner Fraktion Angehöriger, fast jeden Einfluß verliert, so schloß ich mich dem Zentrum an, zu dem Koch, Parisius Brandenburg (nicht der spätere Abgeordnete), Seydel, nachher Oberbürgermeister von Berlin, ꝛc. gehörten. Hier zählte ich zum linken Pol, während ich im linken Zentrum zum rechten gerechnet wurde. Dieser Wechsel ist nicht ohne Einfluß auf meine spätere Wahl zum Vize- und dann zum ersten Präsidenten der Versammlung und somit auf den Verlauf der Novemberkrisis geblieben.

Rodbertus brannte offenbar darauf, Minister zu werden. Daß er dann einige Tage nach seiner Ernennung wieder zurücktrat, bevor er seinen Einfluß im Ministerium und in der Versammlung hatte erproben können, blieb zunächst ein Rätsel. Nach späteren Mitteilungen halte ich es für wahrscheinlich, daß sein Entschluß auf einem politischen Rechenfehler beruhte. Es trat damals der Gegensatz zwischen der Frankfurter und der Berliner Versammlung grell hervor. Rodbertus soll angenommen haben, daß Frankfurt über Berlin, besonders in der deutschen Frage, siegen werde; er wollte sich an der preußischen Opposition gegen Frankfurt nicht beteiligen und sich für Deutschland aufsparen. Bei seinem Austritt versprach er, das Ministerium kräftig zu unterstützen, er hat aber später gethan, was in seinen Kräften stand, um dem Ministerium zu schaden. Mit der Auflösung der preußischen Nationalversammlung war seine politische Rolle ausgespielt. Es ist daher ziemlich gleichgiltig, daß er immer demokratischer und radikaler wurde, später dem Sozialismus sich näherte, dann Bismarck vergötterte und einfach zur Reaktion übertrat; wiederum ein Rechenfehler: denn mit Bismarck siegte nicht die Reaktion, sondern — Bismarck, das heißt seine spezifische Politik. Nicht gleichgiltig aber war Rodbertus' Verhalten in der preußischen Nationalversammlung. Ein Ausgleichsministerium, wie der General von Pfuel beabsichtigte, war weder ohne noch mit Rodbertus zu bilden. In der Opposition hatte er zu großen Anhang und im Ministerium hätte kein tüchtiger Mann, der nicht nach Rodbertus' zweifelhafter Pfeife tanzen wollte, aushalten können. Er, Jacobi und Waldeck, dieser freilich in ganz anderem Sinne, gehörten zu denjenigen Mitgliedern der Versammlung, welche ein befriedigendes Endresultat der Verhandlungen unmöglich machten, selbst wenn die Regierung die Hand zu einem Ausgleich hätte bieten wollen. Das lag aber auch gar nicht im Plane der stark gewordenen Reaktionspartei, welche ohne Zweifel den gewaltsamen Bruch im Auge hatte.

Was ich 1848 unter Demokratie verstand.

Noch habe ich zu erwähnen, daß ich in den Skizzen das Wort „demokratisch" in dem Sinne von volkstümlich gebraucht habe, wie es damals üblich war. Unter dem demokratisch-konstitutionellen System, von dem ich auf

Seite 30 spreche, habe ich das auf dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht beruhende verstanden, das durch das Gesetz vom 6. April 1848 von dem zweiten vereinigten Landtag eingeführt wurde. Ich werde später noch Gelegenheit haben, mich über das allgemeine, gleiche Wahlrecht auszusprechen. Was man heute unter Demokratie versteht und wohl schon damals, jedoch nur von einzelnen verstanden wurde, ist nicht die Mitwirkung, die Teilnahme des ganzen Volkes, namentlich bei den Wahlen, sondern die Herrschaft der unteren Schicht. Ich bin stets entschiedener Gegner dieser Herrschaft gewesen. Daraus ergibt sich, in welchem Sinne ich damals zu den Demokraten gezählt werden konnte.

Gespräch mit dem Kriegsminister General von Pfuel und Major Fischer.

In den Skizzen habe ich eines Gesprächs mit einem sehr tüchtigen Generalstabsoffizier aus dem Kriegsministerium, Major Fischer, erwähnt, aus welchem hervorging, daß das Ministerium Pfuel*) an eine Ergänzung aus der Versammlung dachte. Ich erklärte eine solche Ergänzung für unthunlich, hielt aber damals noch die Bildung eines neuen Ministeriums im wesentlichen aus der Kammer für möglich. Absichtlich nicht angeführt habe ich in den Skizzen, daß ich später zu einem Privatgespräch mit dem General von Pfuel aufgefordert wurde und mich unverhohlen dahin äußerte, es sei zu spät, ein Majoritätsministerium zu bilden; die Spaltung der Nationalversammlung und der einzelnen Parteien habe rapide Fortschritte gemacht, der Einfluß einzelner Mitglieder, die zur Bildung eines auf die Dauer berechneten Ministeriums absolut unbrauchbar erschienen, sei sehr gewachsen. Gleichzeitig habe die Reaktion mit der Hofpartei an der Spitze seit dem Waffenstillstand von Malmö**) an Macht gewonnen und werde ein Vermittlungsministerium aus der Versammlung schwerlich dulden oder es lahmlegen. Die Schlüsse hieraus zu ziehen, überließ ich dem Ministerpräsidenten General von Pfuel.

Meine Beziehungen zu diesem Ministerium rührten davon her, daß durch meinen Vorschlag der in den Skizzen erwähnte Steinsche Antrag***) glück-

---

*) Ernst von Pfuel, preußischer General, erhielt im September 1848 nach Entlassung des Ministeriums Auerswald den Auftrag, ein neues Ministerium zu bilden, worin er (21. Sept.) selbst zum Kriegsminister und Präsidenten ernannt wurde. Bereits Ende Oktober 1848 reichte er seine Entlassung ein. Gestorben 3. Dezember 1866.

**) 26. August 1848 Abschluß eines Waffenstillstandes daselbst zwischen Dänemark und Preußen.

***) Der Steinsche Antrag ging dahin, der Kriegsminister möge in einem Erlasse an die Armee sich dahin aussprechen, daß die Offiziere allen reaktionären Bestrebungen fern bleiben, nicht nur Konflikte jeglicher Art mit dem Zivil vermeiden, sondern durch Annäherung an die Bürger und Vereinigung mit denselben zeigen möchten, daß sie mit Aufrichtigkeit und mit Hingebung an der Verwirklichung eines konstitutionellen Rechtszustandes mitwirken wollen.

lich beseitigt worden war. Der hohe Offizier aus dem Kriegsministerium, mit dem ich darüber verhandelte, den ich aber in den Skizzen nicht nannte, war der General von Brandt. *)

Mit dem Waffenstillstand von Malmö war in der That der Wendepunkt eingetreten. Es wurde eine starke Armee in der Umgegend Berlins zusammengezogen. Gestützt auf diese, reifte der Entschluß zu einem gewaltsamen Bruch. Das Ministerium Pfuel wollte einen solchen entschieden nicht, aber die Reaktion arbeitete darauf hin und der König schwankte nur noch kurze Zeit. Die Katastrophe näherte sich. Uebrigens war schon unter dem Ministerium Hansemann die Zusammenziehung von Truppen bei Berlin beschlossen worden, wie der Minister Gierke vertraulich mitteilte.

Herannahen der Krisis.

Die Meinung, daß die Krisis vor der Thür sei und daß die Nationalversammlung unterliegen werde, war damals keineswegs allgemein. Sprach man darüber mit Mitgliedern der Linken und der darin enthaltenen äußersten Linken, so saßen dieselben auf hohem Pferde. Sie fürchteten die Reaktion nicht und zweifelten nicht daran, daß bei einem Kampf mit derselben „das Volk" siegen werde. Daß ich schon Anfang Oktober anderer Ansicht war, ergibt sich aus folgendem Vorgange. Der erste Präsident der Nationalversammlung, Grabow, hatte zu jener Zeit den Abgeordneten Kaplan von Berg in einer Sitzung zur Ordnung gerufen. Berg appellirte, was damals zulässig war, an die Entscheidung der Versammlung und das Votum derselben fiel mit wenigen Stimmen Majorität gegen den Präsidenten aus, der hierauf sofort das Präsidium niederlegte und an den zweiten Vizepräsidenten abgab.**) Ich war damals erster Vizepräsident, aber gerade nicht anwesend im Hause. Als ich in den Saal eintrat, herrschte ein ungeheurer Lärm, die Präsidentenglocke läutete ununterbrochen, aber vergebens. Von mehreren Seiten rief man mir zu, ich solle den Vorsitz übernehmen; ich informirte mich aber zuvörderst über den Hergang und die Veranlassung zu der herrschenden Aufregung, darauf nahm ich den Präsidentenstuhl ein; es gelang mir, die Ruhe wieder herzustellen und die Sitzung zu Ende zu führen. Inzwischen war ein Schreiben von Grabow eingegangen, worin er einen längeren Urlaub nachsuchte, also thatsächlich aus der Versammlung austrat. Durch Erkundigungen bei mehreren Ab-

*) Heinrich von Brandt, preußischer General und Militärschriftsteller. Eine beachtenswerte Quelle für die damalige Zeitgeschichte sind die von seinem Sohne herausgegebenen Memoiren „Aus dem Leben des Generals A. H. v. Brandt." Es wird davon noch weiter unten die Rede sein.

**) Vergl. über diesen Vorgang in der Sitzung vom 26. Oktober 1848 die Verhandlungen der preußischen Nationalversammlung, Band III, S. 202 ff.

geordneten aus den verschiedenen Fraktionen hatte ich mich überzeugt, daß fast niemand den Rücktritt des Präsidenten wünschte oder beabsichtigt hatte. Bei der unerwarteten Abstimmung hatten sich die Fraktionen gespalten und wild durcheinander gestimmt, ohne sich die Folgen der Abstimmung klar zu machen. Wen ich auch sprach, jeder war damit einverstanden, daß ich den Versuch machen sollte, die Sache rückgängig zu machen und Grabow zum Bleiben zu bewegen.

Ich ging daher unmittelbar nach der Sitzung zu Grabow, teilte ihm meine Beobachtungen mit und versicherte, daß die Versammlung bei der notwendig gewordenen Präsidentenwahl ihn einstimmig oder beinahe einstimmig wieder wählen, ihm also volle Genugthuung geben werde. Alles vergeblich. Grabow blieb unerschütterlich bei seinem Entschluß, auszutreten, und meinte, ich würde jedenfalls statt seiner zum ersten Präsidenten gewählt werden. Darauf erwiderte ich, daß ich eine solche Wahl in keiner Weise wünschte. Sehr ärgerlich über Grabows Rücktritt setzte ich hinzu, ich glaube nicht, daß der Streit mit Berg die eigentliche Veranlassung dazu sei, vielmehr nur ein plausibler Vorwand; er wisse so gut wie ich, daß die entscheidende Krisis herannahe und daß die Versammlung im Kampfe mit der Reaktion jedenfalls unterliegen werde, daß es möglicherweise zu einem ganz erheblichen, heftigen Ringen kommen könne, dessen Folgen sich gar nicht übersehen ließen. Deshalb gehe er ab. Grabow sah mich sehr verwundert an und äußerte dann, er wolle mir offen gestehen, daß ihm der politische Mut und die Kraft fehle, eine solche Katastrophe als verantwortlicher Präsident der Versammlung durchzumachen. Erstaunt sei er aber darüber, daß ich eine solche Ansicht von der nächsten Zukunft habe und die Sache der Versammlung für verloren ansähe. Nun setzte ich Grabow aus einander, daß die Versammlung, bei ihrem Zusammentritt sehr mächtig, nach und nach immer machtloser geworden sei; daß die Bevölkerung nicht mehr hinter ihr stehe, sich vielmehr nach Ruhe, Arbeit und Verdienst sehne, daß die Versammlung, in sich zerrissen, zum Teil mit unfruchtbaren, aufregenden Verhandlungen Zeit- und Sympathie verloren habe, während die Reaktion geschickt und konsequent vorgegangen sei und jetzt die Macht in der Hand habe.

Grabow blieb fest bei seiner Weigerung und kam wieder darauf zurück, daß ich zum ersten Präsidenten gewählt werden würde,*) worauf ich ihm antwortete, daß ich am liebsten seinem Beispiele folgen und abgehen würde, daß ich es aber für pflichtwidrig halte, jetzt bei Eintritt der Gefahr davon zu laufen. Wir müßten wie der Soldat im Feld auf dem Posten ausharren, auf den unsere Wähler uns gestellt, und nur der Gewalt weichen. Aus diesen

*) In der Sitzung vom 28. Oktober 1848 wurde demnächst v. Unruh in der That zum ersten Präsidenten gewählt mit 177 von 348 Stimmen. (Verhandlungen der preußischen Nationalversammlung, Band III, S. 241.)

Gründen hielte ich es auch nicht für zulässig, die Wahl zum ersten Präsidenten, wenn dieselbe auf mich fiele, abzulehnen, so gern ich es auch möchte. Die Verantwortung sei eine fast erdrückende, aber gerade deshalb dürfe man sich ihr in solcher Zeit nicht entziehen, vielmehr die erlangten Rechte und Zusicherungen mit allen Kräften verteidigen, zugleich aber einen blutigen Zusammenstoß vermeiden, der nur schaden, gar nichts helfen könne.

Fünfzehn Jahre später in der Konfliktszeit 1863/65 habe ich einmal Grabow an jenes Gespräch erinnert. Es schien ihm peinlich zu sein; er meinte, ganz so sei es wohl nicht gewesen, indessen widersprach er in den Hauptpunkten nicht. Ich habe mir damals keine schriftliche Notiz gemacht, kann aber versichern, daß ich jenes Gespräch nicht dem Wortlaut, aber dem Inhalt nach richtig wiedergegeben habe. Die Sache war für mich zu wichtig, um sich nicht tief in mein Gedächtnis einzuprägen.

Verhütung bewaffneten Widerstands.

Die Ereignisse im Oktober und November 1848 sind bekannt und in den „Skizzen“ kurz geschildert. Auf Seite 124 bis 127 ist nachgewiesen, daß und weshalb die Mehrheit der Nationalversammlung den Kampf mit den in Berlin einrückenden Truppen zu verhüten suchte. Dahin zu wirken hielt ich, wie schon erwähnt, für eine Hauptaufgabe des ersten Präsidenten. Es kam nur darauf an, zu diesem Zweck wirksame Mittel anzuwenden, welche in den Skizzen damals absichtlich nicht erwähnt worden sind. Einiges will ich hier nachholen.

Als das Ministerium Brandenburg eingetreten war*) und die militärische Besetzung Berlins unmittelbar bevorstand, veranlaßte ich den Kommandeur der Bürgerwehr, Major a. D. Rimpeler, mich zu besuchen, und bat ihn, mir ohne Rückhalt offen zu sagen, ob die Bürgerwehr Neigung oder gar den Willen habe, mit den Waffen Widerstand zu leisten, ferner ob er einen Erfolg für möglich halte. Rimpeler erklärte sich bereit, mir als ehrlicher Mann und früherer Soldat Auskunft zu geben. Diese lautete dahin: wenn beim Einrücken der Truppen Alarm geschlagen werde, so würde schwerlich mehr als die Hälfte der Bürgerwehr auf den Sammelplätzen sich einstellen. Sollte vielleicht schon Gewehr- oder Artilleriefeuer an irgend einem Punkt der Stadt zu hören sein, so würde gewiß nicht ein Viertel der Bürgerwehr erscheinen. Dazu käme, daß die Gewehre derselben ganz verschiedenes Kaliber hätten, die Versorgung

---

*) Friedrich Wilhelm, Graf von Brandenburg, Sohn des Königs Friedrich Wilhelm II., trat am 8. November 1848 an die Spitze des neugebildeten Ministeriums Brandenburg-Manteuffel und unterzeichnete die königlichen Befehle, durch welche die Nationalversammlung erst nach Brandenburg verlegt, dann aufgelöst und die Verfassung vom 5. Dezember 1848 oktroyirt wurde.

mit Munition also sehr schwierig sei. An Artillerie fehle es der Bürgerwehr gänzlich, ebenso an brauchbaren Generalstabsoffizieren und Adjutanten. Daraus, meinte Rimpeler, werde ich entnehmen, daß auf die Bürgerwehr in einem Kampf mit den Truppen gar nicht zu rechnen, um so weniger, als unter den Bürgerwehroffizieren, namentlich den Hauptleuten und Majoren, die Reaktion stark vertreten sei.

Diese Mitteilungen enthielten nichts Neues für mich, waren mir aber als offizielle Auskunft des Kommandeurs der Bürgerwehr sehr wichtig. Ich ging nun in eine Fraktionsversammlung der Linken und erklärte, es komme jetzt darauf an, einen schwerwiegenden Entschluß zu fassen, ob Widerstand mit den Waffen zu leisten sei oder nicht.

Geheimnisse zwischen den einzelnen Fraktionen dürften in solchem Augenblick nicht herrschen; ich bäte also die Herren, mir ganz offen mitzuteilen, ob und welche Organisationen in den Klubs und sonstigen Kreisen beständen, namentlich in Bezug auf bewaffneten Widerstand, ferner ob und welche Verbindungen mit den um Berlin stehenden Truppen angeknüpft worden seien, ob etwa auf einen Uebergang einzelner Truppenteile bei entstehendem Kampfe gerechnet werde. — Die spärlichen Antworten lauteten so nichtssagend, daß es scheinen konnte, die Herren wollten mit der Sprache nicht heraus. Ich suchte sie deshalb zu reizen, indem ich erwähnte, mehrere Mitglieder der Linken hätten so oft auf die Vorgänge in und um Paris in den Jahren 1789 bis 1793 hingewiesen, namentlich darauf, daß dort die vor den Thoren der Stadt lagernde Armee binnen wenigen Wochen durch Pariser Agenten demoralisirt und zur Verwendung gegen Paris unbrauchbar gemacht worden sei. Ich möchte jetzt wissen, welche Hilfsmittel die Linke zum bewaffneten Widerstand besäße, um darnach handeln zu können. Nun wurde man mitteilsam und es ergab sich evident, daß eine eigentlich wirksame Organisation der unteren Bevölkerungsschicht gar nicht existirte. Man hatte in Klubs und sonstigen Versammlungen durch einzelne Redner auf- und zuweilen abgewiegelt, auch zu dem Zweck Versammlungen berufen, aber es fehlte offenbar an festen Einteilungen, an Führern mit bestimmten Wirkungskreisen, ebenso an Waffen- und Munitionsdepots. Der unruhige Teil der Bevölkerung Berlins war eine bunte, ungeordnete Masse ohne irgend einen Ansatz zu einem Revolutionsheer. Verbindungen mit den Truppen bestanden absolut nicht, es war keinerlei Versuch dazu gemacht worden. Ein Abgeordneter hatte einmal einen beurlaubten Unteroffizier gesprochen, der sich unzufrieden äußerte, er kannte aber weder den Namen des Mannes noch den Truppenteil, zu dem er gehörte, noch den Standort. Das war alles. Sozialdemokraten existirten damals noch nicht. — Nun wußte ich genug, um der Linken erklären zu können, daß ich schon seit ziemlich langer Zeit entschlossen sei, bewaffneten Widerstand zu verhüten, so weit mein Einfluß reiche. Jetzt, nachdem ich mich über

die Mittel zum Widerstand informirt habe, sei ich in meinem Entschluß nur noch bestärkt worden. Ganz abgesehen von den gesetzlichen Bestimmungen und den Bedenken jedes gewissenhaften Mannes hielt ich einen blutigen Zusammenstoß für einen politischen Fehler, der keine Aussicht auf Erfolg habe, sondern der Reaktion zu gute komme. Ich werde demgemäß handeln und hoffe, die Herren von der Linken würden mich unterstützen.

„Ganz Schlesien steht in Flammen, wenn man es wagt, die Nationalversammlung anzutasten," rief der Abgeordnete Elsner von Breslau aus. „Beruhigen Sie sich" — erwiderte ich — „mit ein paar Bataillonen Märkern, Pommern oder Ostpreußen beruhigt man ganz Schlesien von Oderberg bis Krossen. Ich kenne die Schlesier, unter denen ich achtzehn Jahre gelebt, von ihren guten und schlimmen Seiten."

Bekanntlich wurde den einrückenden Truppen gar kein Widerstand geleistet. Der wiederholten gewaltsamen Auflösungen der Sitzungen der Nationalversammlung müde, wurde endlich beschlossen, nur bei einem unerwarteten, sehr wichtigen Ereignis wieder zusammen zu kommen und zwar im Schützenhause, das die Schützengilde zur Verfügung gestellt hatte. Als nun unerwartet der Belagerungszustand proklamirt wurde, obgleich sich nirgends Widerstand zeigte, begab ich mich zunächst nach meiner Wohnung unter den Linden, wo man mir sagte, es seien mehrere Abgeordnete dort gewesen, welche mich dringend ersuchen ließen, sofort nach dem Schützenhause zu kommen.*) Ich fuhr mit einer Droschke dorthin, stieß aber schon im Anfange der Linienstraße, an deren Ende das Schützenhaus liegt, auf Massen Bewaffneter. Weiterhin war die Straße mit denselben ganz angefüllt. Ich konnte nur dadurch durchdringen, daß ich mich zu erkennen gab. Im Schützenhause angekommen, fand ich im Erdgeschoß das große Vestibül ganz voll gut bewaffneter Leute, die großenteils den Handwerker-, Maschinenbauer- und Künstlercompagnien der Bürgerwehr, das heißt dem entschlossensten Teile derselben, angehörten. Mehrere Abgeordnete warteten auf mich und forderten mich auf, die Versammlung oben im Saale zu eröffnen. Ich that dies aber nicht, sondern fragte laut die umstehenden Bewaffneten, wer hier kommandire. Keine Antwort. Auf meine sehr laut wiederholte Frage und die Bemerkung, eine so große Zahl Bewaffneter müsse doch einen Befehlshaber und Offizier haben, trat endlich ein Offizier der Bürgerwehr hervor, gab sich als Hauptmann zu erkennen und meinte, wenn kein höherer Offizier hier sei, so sehe er sich als den Befehlshaber an. Nun verlangte ich Auskunft, was die Bürgerwehr hier wolle. Die Antwort lautete: „Jede Störung der Sitzung durch Waffengewalt verhindern." Ich erwiderte, die Nationalversammlung habe keinen bewaffneten Schutz verlangt, im Gegenteil

---

*) Vergl. über diesen Vorgang, welcher sich in der Nacht vom 12. zum 13. November 1848 abspielte, v. Unruh, „Skizzen aus Preußens neuester Geschichte." S. 126.

ausdrücklich abgelehnt. Die Bürgerwehr habe sich daher sofort zu entfernen und auch die Straße zu räumen. Darüber gaben mehrere Bewaffnete sehr laut ihre Entrüstung zu erkennen und weigerten sich, meiner Anordnung Folge zu leisten. Ich erklärte nun laut, daß ich die Sitzung nicht eher eröffnen werde, bis Haus und Straße völlig geräumt seien, weil ich den Kampf mit den Truppen für unnütz, ja für schädlich hielte und deshalb vermeiden wolle. Abermals Widerspruch und lautes Murren. Ich fügte hinzu, damit niemand glauben könne, daß ich lediglich meinem Kopf allein folge, so würde ich den ersten Vizepräsidenten, Phillips, herunter rufen lassen und an ihn das Präsidium abtreten, wenn er mit mir nicht einverstanden sei. Phillips kam, und ich teilte ihm möglichst laut mit, was vorgefallen, mit dem Ersuchen, den Vorsitz zu übernehmen, wenn er mit meinen Anordnungen nicht einverstanden sei. Phillips trat mir sofort bei, aber das Murren dauerte fort und man machte keine Anstalten, das Haus zu räumen. Jetzt ließ ich auch den zweiten Vizepräsidenten, Waldeck, rufen und sprach mich gegen ihn wie gegen Phillips laut aus. Waldeck schien verlegen zu sein, was sonst seine Art nicht war. Ich glaube nicht, daß er im Herzen mit Phillips und mir einverstanden war, aber er blieb bei allem Radikalismus ein Mann des Gesetzes und scheute jede Handlung, die er nach dem Wortlaut der Gesetze nicht für zulässig erachten konnte. Dieser charakteristische Zug ist auch bei mehreren anderen Gelegenheiten hervorgetreten. Nach kurzem Besinnen trat auch er mir bei. Auf Grund dieser Einstimmigkeit des Präsidiums verbat ich sehr laut jeden Widerspruch und befahl den Bewaffneten nunmehr, Haus und Straße sofort zu räumen. Man gehorchte. Ich wollte aber Gewißheit haben und wendete mich deshalb an ein Mitglied der alleräußersten Linken, Buchdrucker Brill, mit der Bitte, sich davon zu überzeugen, daß die Straße wirklich geräumt sei, und mir oben im Saal Anzeige zu machen. Dann erst werde ich die Sitzung eröffnen. Brill, ein ganz radikaler, dabei kluger, zuverlässiger Mensch, erklärte sich dazu bereit. Ich ließ mich auch oben durch das Andringen vieler Abgeordneten nicht irre machen, sondern wartete mit der Eröffnung, bis Brill meldete, die Straße sei leer. Etwa eine halbe Stunde später ertönten auf der Straße Trommeln. Von beiden Seiten rückte Infanterie an. Ohne die Entfernung der Bürgerwehr wäre es unfehlbar zum Kampf gekommen. Uebrigens kann aus dem Umstande, daß die wenigen Maßregeln zur Verhütung eines Straßenkampfes vollständig ausreichten, mit Sicherheit geschlossen werden, daß eine Neigung oder gar ein Entschluß zum Widerstand, überhaupt eine revolutionäre Stimmung in der Bevölkerung gar nicht vorhanden war; sonst würden jene Abmahnungen gewiß fruchtlos gewesen sein.

Als die Bürgerwehr aufgelöst und die Ablieferung der Waffen angeordnet wurde, ersuchte ich mehrere Abgeordnete, namentlich den Rechtsanwalt Moritz, sich in die Bürgerwehrversammlungen, insbesondere in die der Künstler, Hand-

werker und Maschinenbauer zu begeben und dieselben in meinem Namen zur widerstandslosen Ablieferung der Waffen aufzufordern mit dem Bemerken, die Reaktionspartei wünsche dringend einen blutigen Zusammenstoß als Vorwand zur Aufhebung aller erteilten Rechte und Versprechungen und zur Rückkehr zum Absolutismus. Es kamen keine gewaltsamen Widersetzlichkeiten vor. Bezeichnend ist es, daß mir einige Jahre später zwei Generale gesagt haben, sie wüßten sehr gut, daß ich im November 1848 den Kampf in Berlin zu verhüten gesucht habe, und seien mir dankbar dafür. Das Militär würde unfehlbar seine Schuldigkeit gethan haben, aber es sei eine der schwersten Pflichten des Soldaten, seine Landsleute mit den Waffen zu bekämpfen. Dagegen hat kein höherer Zivilbeamter sich über mein damaliges Verhalten anerkennend geäußert, viele aber haben die Hand dazu geboten, mich zu chikaniren und womöglich zu ruiniren. Von den höheren Offizieren, mit denen ich beim Bau und Betriebe von Eisenbahnen und Gasanstalten geschäftlich in Berührung kam, bin ich stets mit Anstand und sogar mit Rücksicht behandelt worden, selbst in der schlimmsten Reaktionsperiode 1850—52.

Berichtigung einer Mitteilung in den Memoiren des Generals von Brandt.

Aus den noch nicht veröffentlichten Memoiren des Generals von Brandt*) sind in der Monatschrift „Deutsche Rundschau“ Mitteilungen gemacht. So auch im Januarheft 1878, Seite 122 bis 145 unter der Ueberschrift: Berlin im Oktober und November 1848. Auf Seite 142 erzählt General von Brandt, ich habe gegen ihn und General von Pfuel in Betreff des Ministeriums Brandenburg geäußert: „Nun, mit Brandenburg wird es erst recht nicht gehen; glauben Sie mir, Herr General, darüber gehen der König, der Prinz von Preußen, darüber kann der Staat zu Grunde gehen. Das Volksbewußtsein ist zu tief von diesen Ansichten durchdrungen, als daß man ihm heute mit dergleichen kommen darf: das Beste würde es sein, der König resignirte und träte die Krone dem Sohne des Prinzen von Preußen ab.“ Mir ist wohl erinnerlich, daß ich zur Zeit jenes Ministerwechsels mit den beiden genannten Generalen gesprochen und die Lage als eine sehr bedenkliche und gefährliche bezeichnet habe. Daß ein Rücktritt des Königs Friedrich Wilhelm IV. wünschenswert sei, war im Frühjahr 1848 in der reaktionären Partei ausgesprochen worden; man sprach sogar im Sommer 1848 von Intriguen bei Hofe nach dieser Richtung, später redete man wohl auch auf der liberalen Seite davon. Man hielt den König nicht für stark genug, das Staatsruder in solcher Zeit zu führen. Es ist daher auch möglich, aber mir nicht erinnerlich, daß ich im

*) Die vollständige Veröffentlichung in Buchform erfolgte erst im Jahre 1882.

Gespräch mit den Generalen darauf hingedeutet habe: aber entschieden bestreiten muß ich, daß ich von einer Uebergehung des Prinzen von Preußen zu Gunsten seines damals siebenzehnjährigen Sohnes gesprochen habe, die im grellsten Widerspruch mit meinen damaligen und jetzigen Ansichten gestanden hätte. General von Brandt war ein wahrheitsliebender Mann, aber man sieht es seinen Memoiren an, daß sie zum Teil in sehr aufgeregter Stimmung geschrieben sind. Es muß der Angabe ein Mißverständnis oder eine Verwechslung zu Grunde liegen.

Adresse der Nationalversammlung an den König.

Es ist bekannt und in meinen Skizzen aus Preußens neuester Geschichte S. 106 f. erwähnt, daß die Nationalversammlung noch in ihrem alten Sitzungslokal, bevor Wrangel sie daraus vertrieb, eine Adresse an den König beschloß, in welcher um Ernennung eines andern Ministeriums gebeten wurde. Eine aus allen Parteien gewählte Deputation — die Rechte war im Rumpfparlament auch vertreten — mich als Präsidenten an der Spitze, wurde mit der Ueberreichung der Adresse in Sanssouci beauftragt. Johann Jacobi gehörte auch zur Deputation. Der König ließ zuerst die Deputation nicht vor; entschloß sich dann aber doch dazu. Nachdem ich dem König eine tiefe Verbeugung gemacht, trat ich an den Tisch in der Mitte des Zimmers, wo eine Lampe stand, und las die Adresse laut, aber ehrerbietig vor. Der König, der schon beim Vorlesen der Adresse Zeichen von Ungeduld gab, nahm mir das Papier aus der Hand, als ich geendigt, drehte sich kurz um und ging nach der Thür. In dem Augenblick, als er dieselbe erreichte, schrie ihm Jacobi nach: „Das ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen." Diese Scene*) machte auf sämtliche Mitglieder der Deputation keineswegs einen günstigen, sondern einen sehr peinlichen Eindruck. Zeichen und Worte der Mißbilligung traten hervor in Gegenwart der noch im Zimmer befindlichen Adjutanten des Königs, die auch erstaunt, aber gegen die Abgeordneten durchaus höflich waren. Der Ausdruck Jacobis verstieß auch gegen jeden parlamentarischen Gebrauch, nach welchem bei einer solchen Deputation niemand zu reden hat als der offizielle Sprecher.

*) Nach der unwidersprochen gebliebenen Mitteilung des Abgeordneten d'Ester nahm, als Seine Majestät im Fortgehen begriffen war, der Abgeordnete Jacobi das Wort und sagte: „Wir sind nicht bloß hieher gesandt, um Eurer Majestät eine Adresse zu überreichen, sondern auch, um Ihnen über die wahre Lage des Landes mündlich Auskunft zu geben." Während der König weiter ging, bemerkte der Abgeordnete Jacobi ferner: „Gestatten Eure Majestät uns Gehör?" Seine Majestät erwiderte, sich umwendend: „Nein!" Darauf machte der Abgeordnete Jacobi noch die oben angeführte Bemerkung. Nach der Versicherung des Abgeordneten Bredt hatten sofort, als die Jacobische Aeußerung gefallen, beinahe sämtliche Mitglieder der Deputation noch in Gegenwart des Königs einmütig gegen dieselbe protestirt und dieselbe völlig desavouirt.

Später ist Jacobi nicht nur von radikalen, sondern auch von liberalen Zeitungen wegen seines Auftretens in Sanssouci in den Himmel erhoben worden. Er sei, hieß es, der einzige Mann, der vor dem Könige offen zu sprechen gewagt habe. Es mag der Nachwelt überlassen bleiben, über den Fall zu urteilen, aber zugetragen hat sich derselbe genau so, wie ich es hier geschildert habe, und der Eindruck auf alle Gegenwärtigen war der oben mitgeteilte. Von diesen stimmte Jacobi laut niemand bei. Hätte sich der König nach Vorlesung der Adresse, die doch als Anrede gilt, auf eine Antwort oder ein Gespräch eingelassen, so würde sich dann erst gezeigt haben, ob es dem Präsidenten an Mut fehlte, seine Meinung ehrerbietig, aber offen auszusprechen. Dagegen erschien mir und anderen das Nachrufen einer Sentenz hinter dem eben sich zurückziehenden König nicht würdig, vielmehr als revolutionäre Affektation. Im Verlauf der nächsten Tage zeigte sich deutlich, daß die Nationalversammlung keineswegs zu revolutionären Schritten geneigt war.

Die Steuerverweigerung.

Der im Plenum der Versammlung erstattete Bericht über den Empfang der Deputation in Sanssouci*) machte natürlicherweise einen sehr üblen Eindruck. Einzelne Abgeordnete sprachen unter einander von Steuerverweigerung, aber das damalige Zentrum und die in Berlin zurückgebliebenen Mitglieder der Rechten erklärten sofort, daß sie den Saal verlassen und die Versammlung beschlußunfähig machen würden, sobald ein Antrag auf Steuerverweigerung eingebracht würde.

Daß eine nach der Geschäftsordnung nicht beschlußfähige Anzahl Abgeordneter Beschlüsse fassen könne, wie es nachher die Rechte in Brandenburg**) that, hielt man allgemein und mit Recht für unzulässig. Es wurde kein Antrag auf Steuerverweigerung gestellt.

Erst nachdem die Versammlung durch Wrangel aus ihrem bisherigen

---

*) Derselbe findet sich abgedruckt in den Verhandlungen über die 93. Sitzung der Nationalversammlung vom 3. November 1848.

**) In der Sitzung vom 9. November 1848 wurde eine Allerhöchste Botschaft verlesen, inhaltlich deren der Sitz der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung von Berlin nach Brandenburg verlegt wurde. Das Staatsministerium war beauftragt, die zur Uebersiedlung nötigen Vorkehrungen so schleunig zu treffen, daß die Sitzungen vom 27. November ab in Brandenburg gehalten werden konnten. „Bis dahin wird die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung hierdurch vertagt. Wir fordern daher die Versammlung auf, ihre Beratungen nach geschehener Verlesung Unserer gegenwärtigen Botschaft sofort abzubrechen und zur Fortsetzung derselben am 27. d. Mts. in Brandenburg wieder zusammenzutreten.“ Einige Minuten nach Verlesung der Botschaft entfernten sich die Minister und viele Abgeordnete der Rechten.

Sitzungslokal und dann aus verschiedenen anderen Lokalitäten verjagt*) und der Belagerungszustand verhängt wurde, unerachtet gewaltsamer Widerstand nicht einmal versucht worden war, tauchte der Gedanke an eine Art von Steuerverweigerung wieder auf. Eine größere Anzahl Abgeordneter ersuchte mich, noch eine Sitzung anzusetzen, um zu beraten, ob nicht noch ein entscheidender Schritt, zum Beispiel eine Erklärung notwendig sei, daß das Ministerium Brandenburg kein Recht habe, unbewilligte Steuern zu erheben. Eine eigentliche Steuerverweigerung, d. h. ein Aufruf an die Bevölkerung, keine Steuern zu zahlen, wurde nicht beabsichtigt. Ich weigerte mich, eine Sitzung anzusetzen, und wies darauf hin, daß in der Versammlung sich kein Widerspruch erhoben habe, als ich meinen Entschluß mitteilte, keine weitere Sitzung abzuhalten. Zugleich erklärte ich mich gegen jede Steuerverweigerung, auch gegen eine verschämte. Der jetzige Moment eigne sich gar nicht dazu. Wollte man revolutionär auftreten, so hätte dies damals, als Wrangel vor dem Schauspielhause erschien, geschehen müssen. Die Sache sei auch unter den verschiedenen Fraktionen zu jener Zeit besprochen, aber abgelehnt worden. Zugleich erbot ich mich, das Präsidium niederzulegen. Dann möge der Vizepräsident thun, was ihm nötig erscheine. Hiergegen protestirten die anwesenden Abgeordneten, unter denen sich auch einige der Gemäßigten befanden, blieben aber dabei, die Anberaumung einer Sitzung zu verlangen. Meine Lage war eine sehr peinliche, und ich habe vielleicht nicht das Richtige getroffen, als ich erklärte, ich würde nur dann eine Sitzung ansetzen, wenn die Mehrzahl der in Berlin anwesenden Abgeordneten dies schriftlich verlangte. Ich ging dabei von der Meinung aus, daß entweder die Unterschrift der Majorität nicht zu beschaffen sei oder ein Antrag auf Steuerverweigerung abgelehnt werden würde. Ich teilte dies auch mehreren Abgeordneten mit, die mich in meiner Meinung bestärkten. Aber nach kaum einer Stunde wurde mir der von der Majorität unterschriebene Antrag auf sofortige Ansetzung einer Sitzung vorgelegt. Die Abgeordneten hatten sich gleich am Nachmittage in dem Saal von Mielen unter den Linden privatim versammelt,**) dort jenen Antrag unterschrieben und ließen mich nun ersuchen,

---

*) Die Sitzung vom 10 November 1848 fand noch im Saale des Schauspielhauses statt; es war die erste, welche von dem General von Wrangel gesprengt wurde. Die Sitzungen vom 11., 12. und 13. November 1848 wurden im Saale des Berliner Schützenhauses, Linienstraße 5, abgehalten. Nach Schluß der Plenarversammlung am 13. November wurde die im Lokal zurückgebliebene Kommission der Nationalversammlung militärisch gesprengt. Die Sitzung vom 14. November erfolgte im Sitzungssaal der Berliner Stadtverordneten-Versammlung im Kölnischen Rathause. Diejenige vom 15. November im Lokale des Hotel Mielentz. Auch sie wurde militärisch gesprengt. Die Verhandlungen der konstituirenden Versammlung vom 9. November bis zur Steuerverweigerung sind in Leipzig 1849 (in Kommission bei Theodor Thomas) erschienen. Die in der Deckerschen Druckerei gedruckten Verhandlungen schließen für Berlin mit der Sitzung vom 9. November 1848.

**) Näheres über diese Versammlung siehe v. Unruh, „Skizzen“ S. 120.

ebenfalls zu erscheinen. Dies that ich, weigerte mich aber, die Sitzung sofort zu eröffnen, und verlangte, daß die etwa nicht im Saal, aber in Berlin anwesenden Abgeordneten durch Boten von der Sitzung benachrichtigt würden, deren Eröffnung ich auf eine etwas spätere Stunde festsetzte, damit kein Abgeordneter präkludirt werde. Ein solcher bei offenen Thüren und nicht abgesperrten Galerien sich ereignender Vorgang konnte unmöglich geheim bleiben, was auch niemand verlangte. Die Polizei und das unter dem Belagerungszustand thätige Militärkommando hatten also vollkommen Zeit, die Versammlung gar nicht zu stande kommen zu lassen oder doch in den ersten Stadien aufzulösen und den Saal militärisch zu besetzen. Nichts von dem geschah.

Die Sitzung wurde eröffnet, der Antrag gestellt und die Diskussion nahm ihren Verlauf. Im Laufe derselben wurde auf namentliche Abstimmung angetragen, die vollkommen geeignet war, die Sache zum Fallen zu bringen. Niemand störte uns. Erst nachdem die Verhandlung mehrere Stunden gedauert hatte und sich ihrem Ende näherte, trat ein Stabsoffizier in den Saal, hinter ihm ein Unteroffizier mit ein paar Soldaten. Der Offizier, wie ich nachher erfuhr, der damalige Major Herwarth von Bittenfeld, später Gouverneur von Magdeburg, nicht zu verwechseln mit dem kommandirenden General gleichen Namens, ging um die Versammlung herum, trat an mich heran und erklärte, daß er den Befehl habe, die Versammlung aufzulösen, mich aber ersuche, unliebsame militärische Maßregeln dadurch zu verhüten, daß ich die Versammlung schlösse. Auf dieses nicht einmal laut, sondern nur direkt zu mir ausgesprochene Verlangen konnte ich unmöglich eingehen, ohne für feige gehalten zu werden. Ich antwortete also dem Major, daß ich nur Organ der Versammlung sei und seinen Wunsch nicht erfüllen könnte; er möge thun, was seines Amtes sei. Das war doch deutlich.

In der That hielt ich den militärischen Schluß der Versammlung in jenem Augenblick für das Beste. Die mir sehr wahrscheinliche Verwerfung des Antrags auf bedingte Steuerverweigerung hätte jedenfalls sehr verschiedenen Auslegungen unterlegen und wäre später den gemäßigten Abgeordneten sehr verdacht worden, die Annahme des Antrags war aber noch viel bedenklicher und folgenschwerer.

Inzwischen machte Major von Herwarth noch einen Versuch, mich zum Schluß der Versammlung zu bestimmen. Ich blieb dabei, ich thäte, was meines Amtes sei, er möge thun, was seines Amtes sei — und glaubte, er werde nun vortreten, die Versammlung laut auflösen und jedem, der den Saal nicht verlasse, die sofortige Verhaftung androhen. Keineswegs, Major von Herwarth verließ den Saal stillschweigend, um, wie sich nachher zeigte, von dem an der Straße aufgestellten Bataillon noch mehr Mannschaften nach dem Saal zu holen, was offenbar ganz unnütz war.

Während dieses Vorganges war selbstverständlich große Aufregung im

Saal entstanden. Man rief vielstimmig: „Abstimmen, schnell abstimmen, bevor das Militär wiederkommt.“ Der Antrag auf namentliche Abstimmung wurde zurückgezogen und die Diskussion geschlossen. Sämtliche Abgeordnete waren schon von ihren Stühlen aufgestanden, so daß das Resultat der Abstimmung durch Aufstehen und Sitzenbleiben sich unter allgemeinem Zuruf von selbst ergab und von mir proklamirt werden mußte. Gleichzeitig trat Major von Herwarth, gefolgt von Soldaten, wieder in den Saal, fand aber nichts mehr zu thun; die Abgeordneten verließen den Saal. Ich kann mich nicht erinnern, daß einzelne Mitglieder bei der Abstimmung sitzen geblieben wären, möglich ist es aber, daß ich dieselben nicht bemerkt habe. Die Aufregung und der Tumult waren zu groß. Dagegen weiß ich, daß mehrere Abgeordnete aus dem Zentrum, so der damalige Stadtrat Duncker und Schuldirektor Dielitz, am Abend über den gefaßten Beschluß sehr außer sich waren und mir Vorwürfe machten, daß ich denselben nicht verhindert habe.

Dies war der Hergang bei dem sogenannten Steuerverweigerungsbeschluß, den ich seit jenem Zeitpunkt für einen politischen Fehler gehalten habe, obgleich ich auch heute noch der Meinung bin, daß eine Repräsentativversammlung, der das Recht zusteht, Steuern zu bewilligen, notwendig auch das Recht haben muß, unter gewissen Umständen Steuern nicht zu bewilligen. Hat doch das preußische Herrenhaus in der Konfliktszeit 1863—65 mehreremale das ganze Budget verworfen, folglich die Steuerbewilligung nicht ausgesprochen, freilich in der thatsächlich richtigen Voraussetzung, daß die Steuern doch erhoben werden würden. Es kommt aber darauf an, wie die Umstände beschaffen sein müssen, wenn dieselben die extreme Maßregel der Steuerverweigerung rechtfertigen sollen. Die sittliche Entrüstung, mit welcher die Reaktion $1^1/_2$ Jahrzehnt hindurch von der Steuerverweigerung und den Steuerverweigerern sprach, hatte wohl ihre besonderen Gründe. Daß die Regierung keinen Abgeordneten wegen Teilnahme an jenem Beschluß gerichtlich angeklagt hat, beweist am besten, daß sie denselben an sich nicht für strafbar hielt. Der sogenannte Steuerverweigerungsprozeß bezog sich lediglich auf Handlungen einzelner Abgeordneten außerhalb der Nationalversammlung.

Nicht verschweigen will ich, daß zwischen dieser richtigen Darstellung des Herganges und einer Anführung in meiner 1851 bei Eugen Fabricius in Magdeburg erschienenen Schrift: „Erfahrungen aus den letzten drei Jahren“ ein Widerspruch zu herrschen scheint. Ich sage dort auf Seite 128:

„Der politische Fehler, den die Versammlung beging, war, daß sie den Beschluß (der Steuerverweigerung) am 15. und nicht am 9. November faßte. Eine Stunde, nachdem das Ministerium Brandenburg den Saal verlassen hatte, mußte die Steuerverweigerung ausgesprochen werden oder nie u. s. w.“

Das klingt nicht nur so, als ob ich es bedauert hätte, daß der Beschluß nicht am 9. November gefaßt worden ist; ich beabsichtigte diesen Eindruck her-

vorzurufen, aber erst 2 Jahre später, während welcher die Reaktion im Innern wütete und zugleich Preußen dem Auslande, namentlich Oesterreich und Rußland gegenüber, erniedrigte. Die Zustände waren in dieser Zeit so heillos geworden, daß man in einer auf Wirkung berechneten Parteischrift wohl der Reaktion zurufen konnte, man beklage das gemäßigte Verhalten der Nationalversammlung und würde im wiederkehrenden Falle anders handeln.

In Wahrheit war ich im November 1848 gegen jede Steuerverweigerung, wie schon aus dem Umstande deutlich hervorgeht, daß ich die Ansetzung der Sitzung zuerst verweigerte und dann die Abhaltung derselben so viel als thunlich verzögerte, was ich gewiß nicht gethan haben würde, wenn ich den Beschluß hätte herbeiführen wollen.

Erwähnen will ich noch, daß ich bei der Weigerung, noch eine Sitzung anzusetzen, einer Anzahl Abgeordneter den Vorschlag machte, als letzten Versuch, die Regierung von extremen, reaktionären Schritten abzuhalten, statt der bedingten Steuerverweigerung die von der Kommission entworfene, zum Teil im Plenum schon beratene Verfassung ohne Diskussion en bloc anzunehmen und der Regierung zur Erklärung vorzulegen. Auf diese Weise wäre man im Rahmen der Vereinbarung geblieben. Daß die Regierung eine solche Verfassung nicht annehmen würde, war zweifellos, aber sie konnte eine zweite Versammlung zur Beratung der Differenzpunkte berufen, statt eine Verfassung zu oktroyiren und diese einer Revision zu unterwerfen. Da die oktroyirte Verfassung vom 5. Dezember 1848 in der That größtenteils wörtlich mit dem Entwurfe der Nationalversammlung übereinstimmte, wenn auch unter mehrfachen wesentlichen Abänderungen, so konnte man nicht sagen, daß der von mir vorgeschlagene Weg unpraktisch sei; jedenfalls hätte man die Regierung in Verlegenheit gesetzt und die Oktroyirung unnütz und willkürlich erscheinen lassen. Ich überzeugte mich aber sofort, daß eine en bloc-Annahme des Entwurfs nicht zu erreichen sei. Derselbe ging manchen Abgeordneten in einzelnen Punkten viel zu weit und manchen von der Linken noch nicht weit genug. Ich ließ daher das Projekt fallen.

Gespräch mit Heinrich von Gagern.

Gegen Ende November 1848 war Heinrich von Gagern, der Präsident des deutschen Parlaments in Frankfurt a. M., nach Berlin gekommen und unterhandelte mit dem Könige wegen der deutschen Kaiserkrone. Eines Abends, als ich von Brandenburg zurückkehrte, wo ich aber der Sitzung der dorthin verlegten Versammlung nicht beigewohnt hatte, fand ich in meiner Wohnung ein Billet von Gagern, worin derselbe mich ersuchte, bei meiner Rückkehr von Brandenburg an demselben Abend, es möge so spät sein, wie es wolle, ihn im Hôtel de Rome zu besuchen. Ich begab mich etwa um 10 Uhr abends

dorthin und hatte mit Gagern ein sehr langes Gespräch, von dem ich bisher nur weniges mitgeteilt habe, weil ich Gagern in seiner damaligen Stellung in Frankfurt nicht öffentlich bloßstellen wollte. Diese Rücksicht fällt jetzt fort.

Gagern verlangte von mir, daß ich den Streit zwischen der preußischen Nationalversammlung und der Krone unter allen Umständen ausgleichen solle. Die Sache lief darauf hinaus, daß ich die Versammlung bestimmen möge, sich einfach zu unterwerfen und alles dem Könige anheim zu stellen, der sicher auf eine Versöhnung eingehen werde. Ich sagte Gagern, es schiene mir, daß er die Situation falsch auffaßte. Dieselbe sei von langer Hand, namentlich nach dem Waffenstillstand von Malmö, mit Umsicht und Geschicklichkeit von der Reaktionspartei vorbereitet. Die Reaktion habe gesiegt, die Versammlung sei unterlegen. Weder die Regierung noch die Hof- und Reaktionspartei wünschten eine Ausgleichung mit der Nationalversammlung, im Gegenteil, man habe den Bruch ganz absichtlich herbeigeführt. In wenigen Tagen werde ohne jeden Zweifel eine Verfassung oktroyirt werden. Man würde mich und die Versammlung einfach auslachen, wenn wir einen Ausgleich vorschlagen wollten. Das gezieme uns, den Besiegten, auch gar nicht. Wir müßten uns fügen; wenn ich allein vorgehen wollte, wie Gagern verlange, würde die Versammlung mir gewiß nicht folgen. Ich habe mich erboten, nach Brandenburg zu gehen, das Präsidium niederzulegen und die Wiederwahl abzulehnen, um meine Person nicht als Hindernis einer Verständigung erscheinen zu lassen. Nur in dieser Art könne ich die Hand bieten, obgleich damit gewiß kein Erfolg zu erreichen sei. Wollte ich jetzt nach oben vermitteln, so würde ich unfehlbar dort zurückgewiesen werden. Gagern drang dennoch lebhaft in mich, Verbindungen nach oben anzuknüpfen. Als ich dies entschieden ablehnte, äußerte er, mir stehe eine große Zukunft offen, wenn ich seinen Ratschlägen folge; ich müsse auch an meine eigene Zukunft denken und mich nicht unmöglich machen! Darauf erwiderte ich, ich habe eine andere Ansicht von Pflichterfüllung, noch dazu in solchen historischen Momenten. Hier müsse jede Rücksicht auf meine Person schwinden. Was würde man von einem Offizier denken, der im Feuer bei der Ausführung eines ihm erteilten Auftrags seine Person zu konserviren suche. Ich stände gerade wie der Soldat auf der Schanze.

Von da ab wurde das Gespräch gereizt. Ich wies darauf hin, daß die Frankfurter Versammlung vielleicht auf beide Teile in Preußen mäßigenden Einfluß hätte üben können, jetzt sei es zu spät, sie habe auch selbst schon den Boden unter den Füßen verloren Wir waren aufgestanden und Gagern erwiderte mit einem vornehmen Lächeln, den Kopf erhoben: „Nun, überlassen Sie das meinem Urteil.“ — „Ja wohl,“ antwortete ich, die Thür in der Hand, „aber eins erlauben Sie mir, Ihnen zu sagen, woran Sie jetzt gewiß nicht glauben werden, was aber ganz sicher eintreffen wird: In diesem Augenblick sprengt man die preußische Nationalversammlung, in weniger als einem halben

Jahre ist die Frankfurter an der Reihe!" Damit verbeugte ich mich und verließ das Zimmer.

In das überschwengliche Lob, das man von so vielen Seiten Gagern im Sommer 1848 spendete, habe ich lange vor jenem Gespräch nicht einstimmen können. Sein Präsidialtalent kann nicht bestritten werden, aber sein kühner Griff nach dem österreichischen Reichsverweser hatte mich stutzig gemacht und an seiner staatsmännischen Begabung zweifeln lassen. Später wurde dann bekannt, daß Friedrich Wilhelm IV. bei den Verhandlungen mit Gagern die Wahl zum deutschen Kaiser durch die Frankfurter Versammlung zurückgewiesen hatte, und daß Gagern dies negative Resultat seiner Bemühungen in Frankfurt sorgfältig geheim hielt. Ein dortiger Abgeordneter, Prediger Jürgens, ein Parteigenosse Gagerns, erzählt in einer kleinen Schrift (Zur Geschichte des deutschen Verfassungswerks, von Carl Jürgens. Braunschweig bei Vieweg & Sohn, 1850), der König habe bei der Verhandlung mit Gagern eine entschieden ablehnende Antwort erteilt; dennoch sei Gagern bei dem Plane, die Wahl des Königs durchzusetzen, verblieben. Die Ablehnung des Königs habe Gagern nur einem kleinen Kreise mitgeteilt. Auf die Einwendungen Jürgens' habe er die Antwort gegeben: „Der König muß, er mag wollen oder nicht!"

Gagerns Benehmen bei Auflösung des Frankfurter Parlaments ist bekannt. Von da an verschwand er von der politischen Bühne und tauchte nach Jahren nur noch einmal in einer Versammlung deutscher Abgeordneter in Eisenach wieder auf, um eine recht klägliche Rolle zu spielen.

Verhandlungen mit den Kommissarien des Frankfurter Parlaments.

Gegen Ende November trafen die Mitglieder des Frankfurter Parlaments Simson und Hergenhahn in Berlin ein, besuchten mich und teilten mir mit, daß sie vom Parlament und der Reichsregierung beauftragt seien, den Streit zwischen der Krone Preußens und der Berliner Nationalversammlung zu schlichten. Sie ersuchten mich, eine Sitzung der letzteren anzusetzen. Ich schilderte den Herren die Lage und äußerte starke Zweifel darüber, ob sie im stande sein würden, ihren Auftrag auszuführen. Zugleich erklärte ich, daß ich eine Plenarsitzung nicht zusammenberufen könne, nachdem die Versammlung schon so oft durch militärische Gewalt gesprengt worden sei. Dagegen machte ich den Vorschlag, daß ich von allen Fraktionen, die bei uns gebliebenen Mitglieder der Rechten eingeschlossen, zwei bis drei Mitglieder, die sogenannten Führer, zum nächsten Abend nach meiner Privatwohnung einladen würde. Mit dieser kleinen Versammlung, die schwerlich durch Polizei oder Militär gestört werden würde, könnten dann die Herren Kommissarien verhandeln und sich überzeugen, ob

meine Auffassung der Situation nur eine individuelle sei oder von den anderen Abgeordneten geteilt werde.

Hierauf gingen Simson und Hergenhahn ein. Es fanden sich zwölf bis fünfzehn Abgeordnete bei mir ein, darunter auch Waldeck und Jacobi. Ich bat Simson und Hergenhahn, ihren Auftrag auseinander zu setzen. Der erstere that dies in einer ziemlich langen und rhetorisch sehr guten Rede. Daran knüpfte sich eine Diskussion, in welcher von seiten mehrerer Abgeordneten dieselben Bedenken ausgesprochen wurden, die ich bereits gegen die Kommissarien geäußert hatte. Man wies darauf hin, daß wir völlig machtlos seien und in keiner Weise die Initiative zu einem Vergleich ergreifen könnten, auf den die zur Reaktionspartei gehörige Regierung jetzt, nachdem sie vollständig gesiegt habe, sicher nicht eingehen werde. Dieselbe werde sich uns gegenüber in gar keine Verhandlung einlassen, auch sei es der Versammlung unter dem Belagerungszustande unmöglich gemacht, Vorschläge der Herren Kommissarien im Plenum zu beraten.

Simson blieb dabei, daß die Beilegung des Streites versucht werden müsse. Als hierauf ein Abgeordneter die Frage aufwarf, was dann geschehen werde, wenn die Regierung sich auf keinen Vergleichsvorschlag einlasse? — antwortete Simson mit gehobener Stimme: „Dann werden wir mit gleicher Unparteilichkeit gegen die Versammlung wie gegen die Krone entscheiden!"

„Und was werden die 50000 Mann Truppen, die in und um Berlin stehen, zu Ihrer Entscheidung sagen?" bemerkte ein Abgeordneter. — Weit entfernt, Simsons Auftreten einer harten Kritik zu unterwerfen oder gar den tüchtigen und patriotischen Mann mit Gagern in Parallele stellen zu wollen, erzähle ich diesen Hergang, um darzuthun, auf welchem Standpunkt damals noch, trotz der Erfahrungen in Wien, das Frankfurter Parlament und die meisten seiner Mitglieder standen, welches Ansehen und welche Macht sie noch zu besitzen glaubten. Diese Beobachtung machte ich keineswegs erst bei Simson und Hergenhahn, der übrigens beinahe gar nicht sprach, sondern bei fast allen Frankfurter Abgeordneten, die in den vorherigen Monaten gelegentlich nach Berlin kamen. Es waren Männer der verschiedensten Parteien, darunter auch solche aus dem praktischen Leben. Sprach man mit denselben, so schien es, sie kämen aus Australien oder von den Südseeinseln, so wenig kannten sie die Zustände in Preußen und den Wechsel der Stimmung in der Bevölkerung seit dem Mai. Die meisten Frankfurter Abgeordneten glaubten noch immer an die große Macht des deutschen Parlaments, das nur zu beschließen und zu befehlen brauche, um überall Gehorsam zu finden. Vielleicht hätte das Parlament eine solche Macht bald nach seinem Zusammentritt erwerben können; wirklich besessen hat es dieselbe niemals, namentlich Preußen gegenüber nicht, wo nicht nur die Regierung, sondern auch die Mehrheit der Abgeordneten bis

in die Linke hinein niemals daran gedacht haben, sich dem Frankfurter Parlament blind zu unterwerfen; vollends war in der Novemberkrisis auf seiten der wieder mächtig und stark gewordenen Regierung davon gar keine Rede. Wie dieselbe die Frankfurter Kommissarien behandelte, geht daraus hervor, daß nach einer Mitteilung aus guter Quelle der sonst gar nicht verschlossene Graf Brandenburg dem Präsidenten Simson, der ihn an demselben Tage besuchte, als die octroyirte Verfassung am Abend im Staatsanzeiger erschien — davon gar keine Mitteilung gemacht haben soll. Man erzählte, daß Simson bei der Rückkehr vom Grafen Brandenburg nach dem Hotel sehr erstaunt gewesen ist, als ihm der Oberkellner den Staatsanzeiger überreichte, in dem die Verfassung publizirt wurde.

Oktroyirung der Verfassung am 5. Dezember 1848.

Am Tage vor dem Erscheinen der Verfassung*) wurde ich am frühen Morgen geweckt mit der Meldung, daß ein Mann da sei, der mich sprechen wolle. Es war ein Schriftsetzer, der mir mitteilte, daß er und eine größere Anzahl Setzer seit zwei Tagen und Nächten in der Deckerschen Druckerei konsignirt seien, wo sie die neue Verfassung setzten, die am folgenden Tage abends im Staatsanzeiger erscheinen werde. Niemand dürfe das Lokal verlassen, und er habe nur infolge der Nachricht, daß seine Frau entbunden sei, spät am Abend Urlaub, aber auch den Befehl erhalten, am andern Morgen vor Tagesanbruch wieder in der Druckerei zu erscheinen. Deshalb habe er mich wecken lassen. Der Mann hatte etwas so Zuverlässiges, daß ich an der Wahrheit seiner Mitteilung nicht zweifelte. Ueber den Inhalt der Verfassung wußte er wenig anzugeben. Ich teilte diese Nachricht mehreren Abgeordneten mit und sagte denselben, sie möchten sich doch am nächsten Abend in dem Restaurant Caspari Unter den Linden einfinden, wo wir den Staatsanzeiger erwarten wollten. Es erschien dort eine ganze Anzahl Abgeordneter. Man mischte sich absichtlich in dem gewöhnlichen Lokal unter die anderen Gäste, um kein Aufsehen zu erregen. Ich saß neben Waldeck. Wir ergingen uns in Vermutungen über den Inhalt der Verfassung und waren beide der Meinung, daß jedenfalls auch ein Wahlgesetz oktroyirt werden würde. Dabei brachte ich zur Sprache, ob die liberale Partei wählen solle, wenn das neue Wahlgesetz große Beschränkungen des Wahlrechts, zum Beispiel einen hohen Zensus,

*) Die Verlegung der Nationalversammlung nach Brandenburg hatte bekanntlich nicht den von der Krone gewünschten Erfolg, und deshalb wurde die Versammlung mittelst königlicher Verordnung vom 5. Dezember 1848 aufgelöst. Die oktroyirte Verfassungsurkunde vom 5. Dezember 1848 findet sich abgedruckt in der Preuß. Gesetzsammlung 1848 S. 375. Die dazu gehörigen Wahlgesetze vom 6. April 1848 finden sich abgedruckt in der Gesetzsammlung 1848 S. 395 und 399.

einführe. Waldeck äußerte ohne Besinnen, es verstände sich von selbst, daß wir uns an den Neuwahlen zu beteiligen hätten, soweit dies das neue Wahlgesetz gestatte. Wir würden doch den Kampfplatz, den man uns übrig lasse, nicht freiwillig aufgeben und der Reaktion das Feld räumen. Ich war ganz derselben Meinung, ebenso die Abgeordneten, die sich in unserer Nähe befanden. Niemand sprach von Wahlenthaltung. Endlich langte der Staatsanzeiger an. Zu unserem Erstaunen war am Wahlgesetz für die zweite Kammer nichts geändert, das allgemeine gleiche, aber indirekte Wahlrecht beibehalten. Das hätte die Reaktion wirklich nicht nötig gehabt. Niemand hatte darauf gerechnet. Ebenso waren wir einigermaßen überrascht, daß der Verfassung großenteils der Entwurf der Nationalversammlung und ihrer Kommission zu Grunde lag. Sehr viele Artikel waren wörtlich übernommen und die Abweichungen und Hinterthüren, die man angebracht hatte, teilweise so versteckt, daß man manche derselben beim ersten Vorlesen überhörte. Bei genauerer Einsicht trat natürlich die Wichtigkeit der Abänderungen stark hervor, indessen war man doch froh, daß die Reaktion so viel übrig gelassen hatte. Augenscheinlich wagte man damals noch nicht, weiter zu gehen. Auch die Zusammensetzung der ersten Kammer befriedigte insofern, als man keinen Versuch gemacht hatte, ein aristokratisches Oberhaus zu bilden und aus dem preußischen Junkertum englische Peers zu schnitzen. Freilich war die sofortige Revision der oktroyirten Verfassung durch die Kammern vorbehalten, aber das beibehaltene Wahlgesetz gewährte Sicherheit dagegen, daß die Revision nicht in ganz reaktionärem Sinne erfolgen könne. Eine verhältnismäßig ruhige Entwicklung stand in Aussicht, war wenigstens möglich, wenn keine neuen Oktroyirungen geschahen.

Resultat des Jahres 1848.

Stellt man jetzt (1877) nach neunundzwanzig Jahren die Frage: Was ist durch die Kämpfe des Jahres 1848 in Preußen erreicht worden, sind dieselben nützlich oder schädlich gewesen? — und bemüht man sich, diese Frage möglichst objektiv, aber doch vom liberalen Standpunkt zu beantworten, so läßt sich gar nicht verkennen, daß trotz der vielen und großen Fehler, die auf allen Seiten damals gemacht worden sind, jene Vorgänge des Jahres 1848 die Grundlagen unserer politischen Entwicklung und unserer heutigen politischen Zustände bilden, die kein liberaler Mann und kaum ein Konservativer, der nicht reaktionär ist, mit denen vor 1847 vertauschen möchte. Ja, die Reaktion selbst dürfte nicht geneigt sein, zu jener Zeit absoluter, bureaukratischer Willkür zurückzukehren. Gewiß wäre es besser gewesen, wenn die Regierung schon lange vor 1848 die Hand zu den unbedingt notwendigen organischen Umformungen des Staates geboten hätte; aber daran war bei der Persönlichkeit Friedrich Wilhelms IV. gar nicht zu denken. Ohne jenen, allerdings revolutionären

Anstoß würde Preußen hinter Sachsen und Bayern zurückgeblieben und immer unfähiger geworden sein, die Führung in Deutschland zu übernehmen. Oesterreich hätte trotz oder vielleicht infolge seiner inneren Kämpfe die Oberhand in Deutschland bekommen und, seiner unverkennbaren Tendenz gemäß, Preußen immer mehr herunter zu bringen gestrebt, während es offenbar ganz außer stande und auch nicht willens war, aus Deutschland etwas anderes zu machen als einen unselbständigen Appendix von Oesterreich. Wir alle waren im Jahre 1848 politische Dilettanten, um nicht zu sagen: politische Kinder. Wir klebten am Rotteck-Dahlmannschen konstitutionellen Schematismus und glaubten, mit Verfassungsparagraphen lasse sich alles Wünschenswerte erreichen. Wir haben erst durch bittere Erfahrungen lernen müssen, daß es auf thatsächliche Umgestaltungen im Staat ankommt und insbesondere auf Organisationen, die eine ruhige, konsequente Fortbildung, möglichst ohne Sprünge und Experimente zu ermöglichen, geeignet sind.



Das Jahr 1849.

Streit mit dem nachherigen Kabinetsrat Niebuhr.

Mitte Dezember 1848 kehrte ich nach Magdeburg zurück. Die reaktionären Zeitungen bewarfen mich mit Schmutz, so viel sie konnten; sie dichteten mir allerlei Scheußlichkeiten an, sogar Kassendefekte, während ich niemals eine andere Kasse verwaltet hatte als meine eigene.

Mir und meinen Freunden schien es nicht zweckmäßig, anonymen Zeitungsartikeln gegenüber mich auf Erwiderungen oder gar auf Injurienprozesse einzulassen. Es erschien aber in den Magdeburger Blättern ein an mich adressirtes, von dem damaligen Regierungsassessor, nachherigen Geheimen Kabinetsrat Niebuhr unterzeichnetes Inserat des Inhalts: „Ist es wahr, daß Sie sich gegen den Ministerpräsidenten Grafen Brandenburg erboten haben, die Nationalversammlung nach Brandenburg zu führen, wenn man Sie zum Mitgliede des Ministeriums machen wolle?"

Darauf konnte ich nicht schweigen; niemals hatte ich gegen den Grafen Brandenburg oder eine Zwischenperson irgend etwas Derartiges geäußert, auch nichts, was in solchem Sinne hätte gedeutet werden können. Die Sache war zwar schlecht erfunden, weil ein solches Anerbieten unerhört thöricht und offenbar erfolglos gewesen sein würde; wer mich irgendwie kannte, mußte wissen, daß ich zu einem solchen Schritte absolut unfähig sei; aber die Wahlen zur zweiten Kammer waren ausgeschrieben, und es kam darauf an, mich bei der Masse der liberalen Wähler zu diskreditiren und dadurch meine Wahl zu verhindern. Auch das Unglaublichste findet in der Masse Gläubige. Ich antwortete daher in der Magdeburger Zeitung, daß die Behauptung absolut unwahr sei und ich denjenigen, der Herrn Niebuhr die Mitteilung gemacht habe, für einen Lügner und Verleumder erklären müsse.

Einige Tage darauf erschien ein zweites Inserat, wieder an mich persönlich gerichtet und von Herrn Niebuhr unterschrieben, im wesentlichen des Inhalts: nach genauer Erkundigung müsse er die Angabe als wahr aufrecht erhalten und den Vorwurf der Lüge und Verleumdung zurückweisen.

Die öffentliche Beleidigung gegen mich lag klar auf der Hand. Mit einer gewöhnlichen Klage und einem monatelangen Prozeß war augenscheinlich der Zweck der Beleidigung, das heißt die Wirkung auf die Wahl, nicht zu vereiteln. Mein Entschluß, Niebuhr zu fordern, stand sofort fest. Man kann darüber verschieden urteilen. Wir leben auch heut noch in dieser, wie in vielen anderen Beziehungen, in Uebergangszuständen. Man hat in einem solchen Falle die Wahl, entweder für einen Thoren oder für einen Feigling gehalten zu werden. Ich zog die erste Alternative vor und bat den Kommandeur der Bürgerwehr, Dr. Meitzendorf, Niebuhr auf Pistolen zu fordern und mir zu sekundiren. Meitzendorf, ein ehrenwerter, unabhängiger Mann, ging auf meine Bitte ein, machte aber die Bedingung, daß ich zuvörderst, selbstverständlich ohne auf ein Duell hinzudeuten, an Niebuhr schreiben und ihn auffordern solle, in einer persönlichen Zusammenkunft unter Zeugen mir seine Quelle zu nennen, wogegen ich mich zu erbieten habe, ihm alle Vorgänge zwischen dem Grafen Brandenburg und mir speziell mitzuteilen. Dabei ging Meitzendorf von der Ansicht aus, daß Niebuhr getäuscht worden sei und der auf ein Wahlmanöver berechnete Plan gar nicht von ihm herrühre. Dieselbe Ansicht hatte auch der mir befreundete damalige Regierungsrat von Bodelschwingh, dem ich auf seine Frage versicherte, die ganze Geschichte sei reine Erfindung. Ich schrieb in der angedeuteten Art an Niebuhr, der sich zu der Zusammenkunft bereit erklärte, Tag und Stunde und den Ort: das Sessionszimmer der Regierung — bezeichnete. Auf dem Wege dorthin verabredete ich mit Meitzendorf, daß ich, wenn Niebuhr keine ganz genügende Erklärung abgäbe, das Zimmer allein verlassen würde und Meitzendorf Niebuhr dann fordern solle. Der letztere erschien in Begleitung des Regierungsrats von Röder, eines frommen, ehrenwerten Mannes.

Die Sache bekam also eine Art offiziellen Anstrichs. Als ich nun Niebuhr ersuchte, seine Quelle zu nennen, sprach er den Wunsch aus, daß ich zuerst ihm meine Gespräche mit dem Ministerpräsidenten mitteilen möge. Ich that dies ganz offen und bemerkte, daß in der allernächsten Zeit eine Broschüre von mir, „Skizzen aus Preußens neuester Geschichte“, erscheinen werde, welche meine Gespräche mit dem Grafen Brandenburg enthielte; nur solche Aeußerungen seien ausgelassen, die in den öffentlichen Blättern zu einer spöttischen Beurteilung des alten, würdigen, aber nicht sehr begabten Mannes führen könnten und doch nichts Wesentliches enthielten. Ich fügte hinzu, daß der Minister Eichmann dem Hauptgespräche beigewohnt habe. Eine mündliche Anfrage bei diesem, noch besser bei dem Grafen Brandenburg selbst würde die Wahrheit oder Unwahrheit an den Tag bringen. Hierauf bat ich Niebuhr um Angabe seiner Quelle. Mit einiger Verlegenheit antwortete er: „Der Assessor N.“ Ich mußte unwillkürlich über diese Mitteilung lächeln und sagte zu Niebuhr, wenn dies seine alleinige Quelle sei, ein Mann, gegen den ein Dutzend Verleumdungs-

prozesse schwebten, der schon mehreremale verurteilt sei, so könne ich mich kaum über diesen einzelnen Fall wundern. Niebuhr erwiderte, daß er nach meinen sehr vollständigen Mitteilungen, an deren Wahrheit er nicht zweifle, jetzt selbst annehmen müsse, er sei getäuscht worden, er hielte die ihm gemachte Angabe für unwahr. Er fragte mich, ob ich damit zufriedengestellt sei. Ich antwortete bejahend, jedoch setzte ich hinzu, da sein Angriff gegen mich in den Zeitungen gestanden habe, so müsse seine Rücknahme desselben in denselben Blättern veröffentlicht werden. Nach kurzem Besinnen und ein paar Worten Rücksprache mit Herrn von Röder war Niebuhr auch dazu bereit, fragte aber, ob ich die Redaktion vor der Veröffentlichung sehen wolle, was ich mit dem Zusatze verneinte, daß es genüge, wenn er sich mit Herrn von Röder über den Inhalt verständige. Der Widerruf in der Zeitung war in der That präzise und vollkommen genügend. Ich kann nicht anders sagen, als daß Niebuhr, nachdem ihn N. hineingeritten hatte, sich in ganz ehrenwerter Weise wieder herauszog.

Es folgte noch ein kleines Nachspiel. Ich erhielt kurze Zeit später einen Brief von Niebuhr, worin er mir schrieb, in der Stadt zirkulire das Gerücht, daß ich ihm seine Erklärung durch die Androhung eines Pistolenduells abgepreßt habe; ich müsse am besten wissen, ob daran etwas Wahres, sonst könne er nur beklagen, daß die Sache nicht mit den Waffen erledigt worden sei. Darauf antwortete ich, es sei mir niemals eingefallen, ihm mit einem Duell zu drohen, drohen sei überhaupt nicht meine Art. Darüber werde er aber nicht zweifelhaft sein, daß die Sache durch ein Duell hätte beendet werden müssen, wenn dieselbe nicht durch offenes, gegenseitiges Aussprechen in völlig ehrenhafter Weise erledigt worden wäre.

Benehmen der Polen.

Erwähnen will ich noch des Benehmens der polnischen Mitglieder der Nationalversammlung aus der Provinz Posen. Dieselben hielten zwar ihre besonderen Zusammenkünfte, hatten sich aber der Fraktion der Linken angeschlossen und wurden zu den Demokraten gezählt, mit denen sie stimmten. Es befanden sich sehr liebenswürdige Männer darunter, auch einige reiche Grafen und ein nachheriger Kammerherr, die sich als Demokraten sehr eigentümlich ausnahmen. Als ich eines Abends den Grafen N. N. besuchte, trat ein Mann in polnischem Rock ein, der ihm eine Menge Briefe in verschiedenen Sprachen zur Unterschrift vorlegte. N. N. erteilte ihm in ziemlich barschem Tone, wie die Polen ihre Diener anzureden pflegen, einige Weisungen. Der Mann stand in ehrerbietiger Stellung und fragte augenscheinlich, ob der Herr Graf noch etwas zu befehlen habe, und auf ein kurzes „Nein“ verbeugte sich der Mann sehr tief und machte die Geberde des panom do nug (Küssen des

Rockzipfels). Ich weiß nicht, ob ich das Wort richtig schreibe, es bedeutet das fußfällige Küssen des Gewandes. Auf meine Frage, wer der Mann sei, antwortete N. N.: „Mein Sekretär.“ Ich erfuhr auch, daß derselbe studirt habe und in mehreren Sprachen korrespondire. Ich lachte laut auf und sagte: „Ihr Polen seid doch eine eigentümliche Sorte von Demokraten. So behandelt man bei uns nicht seinen Bedienten, geschweige einen studirten, gebildeten Mann.“ Darauf schien er etwas verlegen und meinte, bei den Polen sei das so Gebrauch. Dabei war er wirklich ein humaner Mann. Mir fiel bei diesem Vorgange das unzweifelhaft begründete Gerücht ein, daß dieser Graf Chef der damaligen Liga polska war, welche die Wiederherstellung des alten Königreichs Polen anzustreben begann.

Bei Ausbruch der Krisis im November 1848 hatte der sehr reiche polnische Graf X. mehrfach geäußert, wenn es an Geld fehle, so möchten wir uns an ihn wenden. In der That trat sehr bald Geldmangel ein, da die Regierung nach dem 9. November keine Zahlungen weiter leistete und eine große Anzahl Abgeordneter keine Mittel besaß. Man meldete mir, daß man sich an X. gewendet, derselbe aber nichts hergegeben habe.

Um den mittellosen Abgeordneten wenigstens die Rückreise möglich zu machen, legte ich einige tausend Thaler, etwa ein Drittel meines eigenen kleinen Vermögens, in die Hände von Kirchmann, der damit sehr sparsam umgegangen ist und nur wenige hundert Thaler an solche Abgeordnete verausgabt hat, die sich anders nicht helfen konnten.

Im Laufe des Jahres 1849 kam Graf X. mit seinem Bruder nach Magdeburg und brachte mit mir und meinen politischen Freunden einen Abend zu. Er erzählte, daß sein Bruder die Kavallerie der Aufständischen bei Miloslaw 1848 kommandirt habe. Beide Brüder schienen noch ganz auf dem Standpunkt der Opposition zu stehen. Es befremdete mich daher sehr, als ich später die Ernennung desselben Grafen X. zu einer Würdenstellung am königlichen Hofe in der Zeitung las. Ich habe ihn im Jahre 1863 bei einem Hofball im Schloß wiedergesehen, wo ich um Auskunft über den Ausgang bat, die er mir höflich erteilte, ohne unsere Bekanntschaft zu erneuern.

Nach Schluß der Nationalversammlung im Dezember 1848 luden die polnischen Abgeordneten Schulze-Delitzsch, mich und noch ein paar Deutsche zu einem Diner ein. Kaum war die Suppe gegessen, als die Polen das Gespräch auf ihre politischen Ansprüche brachten. Wie gewöhnlich gingen sie dabei auf die Glanzzeit Polens nach der Schlacht von Tannenberg unter Jagiello II. zurück und betrachteten alles Land, das sie damals erobert und besessen hatten, als ihnen von Rechts wegen noch jetzt gehörig. Ich vermied es, mich an dem Gespräch zu beteiligen. Dazu aufgefordert, bemerkte ich, daß wir mit der Gegenwart genug zu thun hätten, ermüdet und ermattet seien. Ich wünsche mich hier in guter Gesellschaft zu erfrischen und nicht über politische Ansprüche

zu streiten, über die wir doch nicht einig werden würden; meine persönlichen Ansichten würden den Herren gewiß nicht gefallen. Es half mir aber nichts. Einer der Führer zwang mich zur Aussprache, indem er sagte: „Wir wollen aber wissen, wie Sie über Polen denken."

Ich mußte also mit der Sprache heraus und erklärte kurz, die Teilungen Polens billige niemand, sie wären aber jetzt historische Thatsachen. Eins stände fest: wenn der liebe Herrgott vom Himmel herniederstiege und Polen in jenen Grenzen des Mittelalters rekonstruirte, in zehn Jahren sei Polen abermals geteilt. Die Polen äußerten laut ihren Unwillen, und man rief: „Unruh, wenn Sie nicht wären unser Präsident, wir würfen Sie zum Fenster hinaus!" — „Würden Sie dadurch an der Sache etwas ändern?" war meine Antwort. Es kam zu keiner ersichtlichen Erzürnung, das Essen und Trinken wurde fortgesetzt.

Im voraus will ich hier gleich anführen, daß die Polen in der zweiten Kammer 1849 sich keiner Fraktion anschlossen, aber doch mit der Linken oder vielmehr der aus allen liberalen Abgeordneten bestehenden Opposition eine gewisse Verbindung unterhielten. Sehr bald ließen sie sich auf Unterhandlungen mit dem Ministerium ein und waren ohne Zweifel zu einem Separatfrieden geneigt, wenn wesentliche ihrer spezifisch-polnischen Forderungen hätten erfüllt werden können. Zu solchem Zweck wurde wohl die bekannte Demarkationslinie erfunden, die aber auch nicht zum Ziel führte und nicht führen konnte, weil die Polen ihre Stimmen, an denen dem Ministerium gelegen war, gewiß nur zu einem Preise verkaufen wollten, den keine preußische Regierung zahlen konnte. Die Polen kamen durch diese Verbindungen nach den entgegengesetzten Seiten hin bei vielen Abstimmungen in der Kammer offenbar in Verlegenheit. Sie wollten nicht gegen das Ministerium stimmen, um die Separatverhandlungen nicht abzubrechen, aber auch nicht gegen die Opposition, deren sie beim Scheitern des Separatvertrags dringend bedurften. Sie halfen sich oft dadurch, daß sie sich geschlossen der Abstimmung enthielten. Dadurch wurden sie unsichere Kunden für beide Seiten und isolirten sich vollständig.

Stimmenthaltung.

Es ist überhaupt ein ganz schlechtes Auskunftsmittel, in schwierigen politischen Situationen sich der Abstimmung zu enthalten. Dazu sind die Abgeordneten gewiß nicht gewählt; sie sollen den Mut der Meinung haben und Farbe bekennen. Das ist unzweifelhaft ihre Pflicht. Nur in sehr wenig Fällen ist eine solche Stimmenthaltung zulässig oder gar unvermeidlich, letzteres im Falle es sich um Dinge handelt, bei denen der Abgeordnete persönlich interessirt ist, ersteres, wenn ein Abgeordneter nicht gegen seine Fraktion stimmen will und mit ihr nicht stimmen kann.

So viel ich mich erinnere, habe ich mich noch niemals der Abstimmung enthalten.*) Bei den französischen repräsentativen Versammlungen wird die Stimmenthaltung bekanntlich im großen betrieben und tritt häufig ganz unerwartet ein. Dadurch wird die Vorherberechnung der Majorität ganz schwankend und unsicher und der Intrigue Thor und Thür geöffnet. Eine feste, sichere Majorität ist aber im geordneten parlamentarischen Leben die Basis der Regierung. Hüten wir uns, dem Beispiel der Franzosen zu folgen.

Vorgänge in der zweiten Kammer. Bismarck.

Die Wahl zur zweiten Kammer im Januar 1849 **) wurde in Magdeburg dadurch in eine direkte verwandelt, daß man sich in den einzelnen Urwahlbezirken alle Wahlreden und Programme der Wahlmännerkandidaten verbat und an jeden derselben die Frage richtete, ob er beide bisherigen Abgeordneten wieder wählen wolle? Wer sich nur für einen von beiden erklärte oder nicht für unbedingt zulässig galt, wurde zurückgewiesen. Durch dies Verfahren stand das Stimmenverhältnis am Abend der Wahlmännerwahl positiv fest. Die Reaktion bestritt dies, aber bei der Wiederwahl der beiden Abgeordneten differirte die sehr starke Majorität nur um eine Stimme gegen die Vorausberechnung.

Anders fiel das Totalresultat im ganzen Lande aus. Die Regierung hatte durch ihre Organe auf die Wahlen zu wirken gesucht, aber damals noch vielfach mit einer gewissen Schüchternheit. Auch die hervorragenden Reaktionäre waren thätig gewesen. Von Drohungen mit Arbeitsentziehung und Schädigung im Erwerbe hörte man noch wenig. Aber das Land bedurfte der Ruhe und der Wiederbelebung des Verkehrs, und hauptsächlich dieser Faktor hatte es zu stande gebracht, daß sich bei den ersten Abstimmungen im Abgeordnetenhause eine Majorität von etwa 17 Stimmen für das Ministerium herausstellte, während man von liberaler, noch mehr von radikaler Seite auf $^2/_3$ bis $^3/_4$ oppositioneller Wahlen gerechnet hatte. Es war Thorheit, auf die halbe Bevölkerung, welche ministeriell gewählt hatte, zu schimpfen, von Abtrünnigkeit, Charakterlosigkeit und noch schlimmeren Dingen zu reden. Es gibt eben Zeiten, in denen die materiellen, unmittelbaren Interessen vorherrschen und nicht nur

*) Bei dem Antrage auf Abschaffung der Adelsprädikate in Preußen (Verhandlungen im Schauspielhause 1848) hat sich von Unruh, als persönlich beteiligt, der Abstimmung enthalten.

**) von Unruh ergriff in der zweiten Kammer, welche vom 27. Februar bis 27. April 1849 in Berlin tagte und schließlich mit Auflösung endigte, wiederholt das Wort. Zu vergl. die stenographischen Berichte S. 3, 4, 8, 9. 19, 108, 138, 166, 169, 312, 329, 375, 388. Seine Reden und Anträge betrafen die Geschäftsordnung der Kammer, die Haltung der preußischen Nationalversammluug in der Nacht vom 11. zum 12. November 1848, die Vorlage von Gesetzentwürfen, betreffend die Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialordnung und den Entwurf der Adreßkommission.

die ideellen Ziele und die Liebe zur bürgerlichen Freiheit beherrschen, sondern auch größere Nachteile einer nicht freisinnigen Regierung in den Hintergrund drängen. Indessen wehe dem Staatsmanne, der solche Zustände für dauernde hält. Sie sind immer nur die Folge der jüngsten Vergangenheit. Ist das gestörte Gleichgewicht wieder hergestellt, der Verkehr und Erwerb wieder im Gange, so kommen auch die geistigen und freiheitlichen Interessen wieder zur Wirkung, soweit dieselben nach dem Kulturgrade des Volks empfunden werden. Uebrigens befand sich unter der knappen, ministeriellen Majorität der Abgeordneten ein sehr großer Teil, der viel lieber mit einem konservativen, aber nicht reaktionären Ministerium gegangen wäre als mit dem Ministerium Brandenburg-Manteuffel. Einzelne Abstimmungen ließen deutlich ein Abbröckeln der Majorität erkennen. Hierauf stützte sich eine Antwort, die ich einem Mitgliede der Rechten, dem früheren Minister Grafen Arnim-Boitzenburg, gab, der gegen mich äußerte, mit dieser Kammer sei nicht zu regieren, sie enthalte keine Majorität. Ich sagte ihm nämlich, er sei im Irrtum, in der Kammer sei eine Zweidritteil-Majorität vorhanden, nur nicht für dies Ministerium. Um diese starke Majorität hervortreten zu lassen, bedürfe es nicht einmal wirklich liberaler Minister, sondern nur fähiger konservativer, aber nicht reaktionärer Männer, die man nicht notwendig aus der Kammer zu nehmen brauche, etwa von der Farbe Gagern. Allerdings müsse er, der Graf Arnim und seine früheren Gesinnungsgenossen, dann ebenso zur Opposition gehören wie die äußerste Linke. Was zwischen beiden läge, würde die große Majorität bilden. Georg von Vincke trat mir bei.

Die Abstimmungen unter dem damaligen Ministerium gestalteten sich in der Thal in solcher Art, daß es so nicht bleiben konnte. Bei den wichtigsten Fragen betrug die Majorität oft nur eine Stimme, bald für, bald gegen. So hoben die Beschlüsse über das Gesetz, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend, sich gegenseitig immer wieder auf. Ein Geistlicher, Schneeweis aus Neisse, stimmte regelmäßig einmal für und einmal gegen die Regierung und gab mehrfach mit seiner Stimme den Ausschlag. Wir fragten ihn öfter vorher, wie er stimmen würde, und wußten dann, wohin die Majorität fiel, die er repräsentirte. Der Kladderadatsch publizirte einen Gesetzentwurf, bei welchem der folgende Paragraph immer den vorhergehenden annullirte. Die Verhandlungen wurden lächerlich.

Das Ministerium wurde durch solche, überhaupt durch oppositionelle Beschlüsse der zweiten Kammer offenbar in keine Verlegenheit gebracht, weil es mit Sicherheit darauf rechnen konnte, daß die erste Kammer dergleichen Beschlüssen nicht beitreten würde, aber dies genügte dem Ministerium Manteuffel nicht, es wollte die Verfassung nach der reaktionären Seite hin revidirt wissen, und dazu war weder die zweite noch die erste Kammer zu gebrauchen. Deshalb mußten beide fort. Dies zu erkennen, war nicht schwer. Der damalige



Landrat, nachherige Oberpräsident von Kleist-Retzow*) befand sich mit mir in einer Abteilung und widersprach meiner Behauptung, daß wir nicht lange beisammen bleiben, sondern bald aufgelöst werden würden; später trat er mir bei, weil es an einer Majorität fehle. Ich erwiderte, sie sei wohl durch einen Ministerwechsel herbeizuführen, aber keine solche Majorität, welche die Verfassung in seinem Sinne revidire.

Zu derselben Abteilung gehörte auch der Abgeordnete von Bismarck-Schönhausen. Derselbe machte auf mich einen sehr günstigen Eindruck, so entgegengesetzt auch unser politischer Standpunkt war. Sein frisches Wesen, seine treffenden, originellen Bemerkungen und seine Mitteilsamkeit zogen mich an. Es sprach sich sehr gut mit ihm, auch wich er von der gewöhnlichen Schablone der Reaktionäre bedeutend ab. So unter anderem leugnete er gar nicht, daß er ein Junker sei, sondern äußerte gerade heraus zu mir: „Ich bin ein Junker und will auch Vorteile davon haben." Ich glaubte ihn richtig zu verstehen, daß er nicht sowohl pekuniäre Vorteile als solche der Stellung und des Einflusses meine. Deshalb antwortete ich ihm: „Dann ist mit Ihnen zu reden und zu verhandeln. Mit den Herren von der Rechten, welche immer das Staatswohl im Munde führen und die ganz Uneigennützigen spielen, ist kaum zu sprechen."

In den Abteilungen saßen, wie im Hause, die Abgeordneten nach Fraktionen geordnet. Bismarck aber nahm seinen Platz in der Abteilung in der Regel bei der Opposition, mir gerade gegenüber. Wir waren inzwischen bekannt genug geworden, um ihn zu fragen, was uns die Ehre verschaffe, ihn auf unserem Flügel zu sehen. Daß er nicht horchen wolle, verstände sich von selbst; einmal gäb' es nichts zum Horchen und dann liege das auch sicher nicht in seiner Absicht. Bismarck erwiderte lachend: „O, das ist ganz einfach! Drüben bei meinen Freunden ist es sehr langweilig; hier amüsire ich mich besser." **)

Auch in der Restauration sprach Bismarck oft mit Abgeordneten von der Opposition, speziell von der äußersten Linken.***) Von einem solchen wurde ihm eine ähnliche Frage vorgelegt wie von mir in der Abteilung, wie es komme, daß er so viel mit der Linken verkehre? Bismarck antwortete sofort: „Warum soll ich mit ihnen nicht reden, sie gehen mir doch nicht aus dem Wege und fürchten nicht, durch ihre Unterhaltungen mit mir ihren politischen

---

*) Vergl. Wiermann, Der deutsche Reichstag, seine Parteien und Größen, Bd. II. S. 188—214.

**) Nach L. D. G. Temme, Erinnerungen S. 490, sagte Bismarck, auf das Ende des Tisches, das er verlassen hatte, deutend: „Diese sind mir doch gar zu dumm."

***) Ein Gespräch Bismarcks mit dem zur Linken zählenden Abgeordneten L. Bucher findet sich abgedruckt in meinem Werke: Ein Achtundvierziger, L. Buchers Leben und Werke, Berlin.

Ruf zu schädigen. Da gibt es aber Leute von der ministeriellen Seite, die gehen mir aus dem Wege, weil sie besorgen, in den Ruf der Reaktion zu kommen." Dabei fixirte Bismarck stark den nahe bei ihm stehenden Präsidenten des Oberlandesgerichts in Ratibor (Wenzel), der in dem Ruf stand, daß er das Justizministerium anstrebe.

Eines Tages äußerte Bismarck im Laufe des Gesprächs zu mir, wenn es einmal mit den Waffen zum Klappen käme, so glaube er, daß wir beide auf derselben Seite fechten würden. Ich entgegnete: „Es kommt darauf an, wofür gefochten wird. Da kann es allerdings sein, daß wir auf derselben Seite stehen." Wie Bismarck häufig das Gespräch mit einem pikanten Einfalle endigte, so sagte er auch hier zu mir: „Nun, wissen Sie was, wenn Ihre Partei siegt, so nehmen Sie mich in Schutz, und kommt meine Partei oben, so werde ich Ihnen denselben Dienst leisten. Schlagen Sie ein." — „Sehr gern," antwortete ich, und wir lachten beide. Acht Jahre später hatte ich Veranlassung, Bismarck an diese scherzhafte Abrede zu erinnern und seine Vermittlung in Anspruch zu nehmen. Er hielt präzise Wort, obgleich es sich ursprünglich nur um einen Scherz handelte.

Ich wußte, daß Bismarck der Kreuzzeitung nahe stand, und fragte ihn, weshalb er es dulde, daß dieses Blatt von boshaften Verleumdungen und Lügen strotze, sogar anständige Frauen nicht schone? Bismarck antwortete mir, das sei auch ihm zuwider, aber man sage ihm, daß es in einem solchen Kampf nicht anders ginge. Meine Hinweisung darauf, daß solche Waffen denjenigen besudeln, der sie führe, blieb ohne Wirkung. Ich hätte schon damals aus dem Vorgange schließen können, was sich später evident herausstellte: daß Bismarck in der Wahl der Mittel zu einem bestimmten Zweck nicht sehr ängstlich sei.

Der Belagerungszustand.

Ein Hauptstreitpunkt zwischen der Regierung und der im Januar 1849 gewählten zweiten Kammer war der Belagerungszustand, der im November 1848 verhängt*) und seitdem nicht aufgehoben worden war. Die Wahlen in Berlin hatten unter dem Kriegsgesetz stattgefunden. Die Kammer verlangte die Aufhebung desselben, aber die Regierung weigerte sich, obgleich weder im November noch später irgendwo bewaffneter oder auch nur gewaltsamer Widerstand stattgefunden hatte; ja, das Ministerium erklärte die Kammer für inkompetent, weil die Verhängung und Beibehaltung des Belagerungs-

*) Die Verhängung des Belagerungszustandes über Berlin erfolgte mittelst Erlasses des K. Staatsministeriums vom 12. November 1848. Gleichzeitig wurden durch eine Proklamation des Generals von Wrangel gewisse Grundrechte, die durch das Gesetz vom 6. April 1848 feierlich zugesichert waren, aufgehoben.

zustandes eine Verwaltungsmaßregel sei! Der Belagerungszustand in seiner modernen Form und Wirkung ist eine französische Erfindung. Dem Minister Manteuffel ist es zuzuschreiben, daß dieselbe auf deutschen Boden verpflanzt wurde.*) Niemand bestreitet, daß bewaffneter Widerstand gegen die Regierung oder gewaltsamer Kampf eines Teils der Bevölkerung gegen den andern durch die bewaffnete Macht niedergeworfen werden muß, wenn geordnete Zustände im Staate herrschen sollen; aber den Belagerungszustand zu proklamiren, wo keine gewaltsame Auflehnung vorhanden ist**) und Monate hindurch beizubehalten bei vollkommener Ruhe mit den nach französischem Muster daran geknüpften Folgen, d. h. mit Suspendirung der Preßfreiheit und des Vereins- und Versammlungsrechts und mit Aufrechterhaltung des militärischen Kriegsgerichts, ist meines Erachtens ein Hohn auf die gesetzliche bürgerliche Freiheit. Nach der oktroyirten Verfassung hatte die Regierung das Recht, unter Verantwortlichkeit des gesamten Staatsministeriums Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, dieselben mußten aber den Kammern bei ihrem nächsten Zusammentritt zur Genehmigung vorgelegt und bei Verweigerung derselben sofort wieder aufgehoben werden.

Zu dieser Art von Verordnungen gehören unbestreitbar nicht nur solche, die neue Bestimmungen einführen, sondern auch diejenigen, welche bestehende Gesetze außer Kraft setzen. Die Regierung war also nach der von ihr selbst oktroyirten Verfassung unzweifelhaft verpflichtet, die Zustimmung der Kammern zu der ferneren Suspension der oben erwähnten Gesetze und Beibehaltung der Kriegsgerichte einzuholen. Das geschah aber nicht, weil das Ministerium sehr gut wußte, daß die Genehmigung versagt werden würde und es ihm viel mehr auf jene Gesetzsuspension ankam, als auf die Beibehaltung der Kriegsgerichte für gewisse Fälle gewaltsamen Widerstandes, der gar nicht in Aussicht stand. Das Ministerium Brandenburg-Manteuffel begann also nach der Auffassung der liberalen Majorität der Kammer seine verfassungsmäßige Thätigkeit mit einer Verletzung der von ihm selbst gegebenen Verfassung.

Ich bin ein entschiedener Gegner der von gelehrter liberaler Seite öfter vorgeschlagenen Nachahmung englischer, historisch entstandener Institutionen, die auf unsere Zustände in der Regel nicht passen; aber lernen können wir viel aus der Verfassungs- und Rechtsgeschichte jenes ältesten konstitutionellen Staats, dessen Institutionen auf historischem Grunde erwachsen sind und dem wirklichen

*) Die allgemeinen Bestimmungen über den Belagerungszustand sind enthalten in der Verordnung vom 10. Mai 1849, Ges.-Samml. 1849 S. 16. Deklaration der S. 15 dieser Verordnung (Verordn. vom 4. Juli 1849), Ges.-Samml. 1849 S. 250. Anderweite Bestimmungen, Gesetz vom 4. Juni 1851, Ges.-Samml. 1851 S. 451.

**) Aber an Zündstoff fehlte es fürwahr dazumal nicht! Die Bürgerwehr Berlins hatte aufgelöst werden müssen; die Volksvertretung, staatlich verlegt, tagte noch immer in Berlin und zeigte von Tag zu Tag eine radikalere Stimmung.

Bedürfnis und den dortigen Zuständen entsprechen. Man mag über die Engländer urteilen, wie man will, eins wird sich nicht bestreiten lassen: sie sind ein durch und durch praktisches Volk. Die dortige Regierung hat im Laufe von Jahrhunderten gewaltige Aufstände zu bekämpfen gehabt und nimmt auch in unserer Zeit keinen Anstand, gewaltsamen Widerstand gegen die Obrigkeit durch die bewaffnete Macht niederzuschlagen. Die Vorfälle in Edinburg, Glasgow und in Irland sind bekannt. An Energie hat es der englischen Regierung niemals gemangelt. Aber der militärische Eingriff darf nur unter ganz bestimmt vorgeschriebenen Formen erfolgen und nach gewaltsamer Unterdrückung bleiben die gewöhnlichen Gerichte zur Untersuchung und Aburteilung kompetent. Kriegsgerichte gibt es für solche Fälle nicht. Erscheint die zeitweise Suspension gewisser Gesetze, wie der Habeas corpus-Akte in Irland, notwendig, so kann dieselbe nur vom Parlament beschlossen werden und darf niemals einseitig durch die Regierung erfolgen. In Frankreich dagegen hat die republikanische Regierung den Belagerungszustand mit allen seinen Anhängseln auch nach Besiegung der Kommune in Paris in der Hälfte aller Departements eine Reihe von Jahren aufrecht erhalten, obgleich nirgends revolutionäre Zustände herrschten. Es regiert sich eben bequemer mit dem Belagerungszustande als ohne denselben. Von Frankreich kann jede Regierung lernen, wie sie es nicht machen soll, wenn sie dauerhafte innere Zustände schaffen will. Dennoch hat sich das Ministerium Manteuffel, bis es endlich durch den Prinzregenten 1858 beseitigt wurde, die Vorbilder zu seinen Gesetzen gerade von Frankreich geholt, so z. B. zu der Verordnung über das öffentliche und mündliche Gerichtsverfahren mit Staatsanwaltschaften vom 3. Januar 1849 und dem Gesetze über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850.

Ablehnung der deutschen Kaiserkrone.

Während der Session der Kammern traf in Berlin die Deputation des Frankfurter Parlaments ein, um dem Könige die deutsche Kaiserkrone anzubieten. Der feierliche Empfang der Deputation in mehreren Städten auf der Reise nach Berlin machte einen wehmütigen Eindruck. Man war in der zweiten Kammer überzeugt, daß der König die Krone nicht annehmen würde, dennoch hielt sich die Kammer für verpflichtet, einen Beschluß zu fassen, der dem König zur Annahme der Wahl riet. Wie erwartet, lehnte derselbe ab. Die vom Grafen Brandenburg in der Kammer verlesene Botschaft schloß mit dem Ausruf: „Niemals, niemals, niemals!" worauf Kladderadatsch den bekannten Vers machte:

„Murre, Volk, wenn's Herz auch bricht,
Niemals, niemals, niemals nicht!"

Man erzählte damals, der König habe Humboldt, der sich bekanntlich von aller Politik fern hielt, gefragt, wozu er ihm riete. Humboldt soll gesagt haben: „Eurer Majestät Großonkel (Friedrich II.) würde sich keinen Augenblick besonnen haben.“ Die Antwort des Königs lautete, wie man sagte: „Wenn ich mein Großonkel wäre, so würde ich mich auch nicht besinnen; ich bin es aber nicht!“ Ist diese Anekdote wahr, so macht sie dem König alle Ehre. Bei allem Geist und aller Begabung war der König wirklich nicht geeignet, ein solches Werk in die Hand zu nehmen und durchzuführen. Die in Frankfurt entworfene Verfassung, welche „die besten Männer Deutschlands“, wie sie sich selber nannten, ausgeklügelt hatten, stand mit einem Fuß in Berlin, mit dem andern in Wien. Man war naiv genug gewesen, zu glauben, daß Preußen und Oesterreich, wenn auch dieses nur mit seinen deutschen Ländern, innerhalb eines einigen deutschen Staats neben einander Platz hätten und sich nicht gegenseitig lahm legen würden. Der handgreifliche Gegensatz zwischen dem damaligen Oesterreich und Preußen, der ein dauerndes Zusammenwirken in einem wirklichen deutschen Staatswesen unmöglich machte, wurde auch später noch von den sogenannten Großdeutschen verkannt, auch von solchen Süddeutschen, die es ehrlich mit Deutschland meinten. Dazu kam, daß die Abgeordneten aus Oesterreich unter Schmerlings Führung verschiedene Tropfen Wermut in die Verfassung geträufelt hatten, als sie sahen, daß die Wahl zum deutschen Kaiser auf den König von Preußen fallen würde. Nur ein Monarch von festem, konsequentem Willen mit einem Premierminister wie Bismarck hätte es unternehmen können, auf Grund einer solchen Verfassung Deutschland in Wirklichkeit zu einigen. Ein solcher Mann würde es nicht unterlassen haben, die damalige Schwäche Oesterreichs, das mit den Ungarn ohne russische Hilfe nicht fertig werden konnte, gründlich auszunutzen. Aber Friedrich Wilhelm IV. regierte, und Bismarck war damals entschiedener Freund Oesterreichs und nicht Minister.

Revision der Verfassung. Auflösung der Kammern.

In der Kommission zur Revision der preußischen Verfassung waren Georg von Vincke und ich die Referenten. Wir kamen überein, daß wir über zwischen uns streitige Punkte nicht unnütz diskutiren, sondern nur diese Punkte konstatiren wollten. Die Arbeit ging daher rasch von statten, war aber vergeblich. Das Ministerium und die ganze reaktionäre Partei erkannte, daß eine Revision in ihrem Sinne mit dieser Kammer nicht durchzuführen sei, noch viel weniger dachte man daran, ein Ministerium zu berufen, das auf Majorität rechnen konnte. Ein solches hätte ja nur wirkliche Verbesserungen, und nicht die beabsichtigten Verschlechterungen durchführen können. So kam es denn zur Auflösung, nachdem die zweite Kammer mit einer Ma-

jorität von 45 Stimmen die Ungesetzlichkeit der Beibehaltung des Belagerungszustandes ausgesprochen und mit 24 Stimmen Majorität die Aufhebung verlangt hatte.*) Am Tage der Auflösung entwickelte sich noch eine blutige Frucht des Belagerungszustandes. Auf die Nachricht, daß die Kammern aufgelöst worden seien, sammelten sich auf dem Dönhoffplatze vor der zweiten Kammer und den benachbarten Häusern eine größere Anzahl Menschen ohne Waffen und ohne irgendwie die Absicht an den Tag zu legen, eine revolutionäre Bewegung hervorzurufen. Ich bin selbst mehrfach durch die Menge gegangen und habe nirgend Drohungen aussprechen hören, sondern nur Berliner Witze. Ein solcher Auflauf hatte sich bei Eröffnung der Kammer auch vor dem königlichen Schloß gebildet, ohne daß ein anderes Einschreiten der Polizei nötig gewesen wäre, als die Freihaltung des Weges zum Schloßportal. Es fiel daher am Auflösungstage keinem Abgeordneten ein, daß es auf dem Dönhoffsplatz zum Blutvergießen kommen könne.

Das Versammlungslokal der liberalen Seite der Kammer befand sich im zweiten Hause von dem Sitzungslokal — Leipzigerstraße 77, erste Etage — den jetzigen Reichshallen. Hier fand sich am Nachmittag des Auflösungstages eine Anzahl Abgeordneter ein und besprach bei offenen Fenstern gruppenweise die Situation und nahm Abschied. Ich entfernte mich bald und bemerkte auf dem Dönhoffsplatze nichts Auffallendes. Es standen auf demselben noch eine Menge Menschen, auch an der Häuserfront, das Trottoir war aber frei und gestattete die Kommunikation. Bald nachher marschirte eine Compagnie Infanterie gegenüber dem genannten Hause an der andern Seite der Straße auf und machte Front, nicht nach dem großen Platz, auf dem die meisten Menschen waren, sondern nach der Straße, wo nur an der Häuserfront eine Anzahl Neugieriger stand. Einige Zeit darauf lud die Infanterie die Gewehre und gab eine Salve gegen das Haus Nr. 77. Es stürzten mehrere Menschen tödlich getroffen. Von den Abgeordneten, die oben an den offenen Fenstern standen, wurde niemand verletzt, obgleich, wie man mir am Abend sagte, einzelne Kugeln oben durch die Fenster flogen. Ich fragte mehrere Abgeordnete, ob sich auf der Straße ein Tumult entwickelt habe, ob das Militär angegriffen worden sei? Diese Fragen wurden sämtlich verneint. Es hatte dem Vernehmen nach auch niemand eine Warnung verlesen oder trommeln gehört. Einzelne sprachen die Vermutung aus, es sei offenbar auf die Abgeordneten an den Fenstern abgesehen gewesen, und fügten hinzu, die Leute unten an der Straßenfront hätten sich ganz ruhig verhalten und wären ohne Zweifel nur Neugierige gewesen.

Wie schon erwähnt, war ich bei dem Vorfall nicht gegenwärtig und gebe ich hier nur wieder, was mir von Abgeordneten und anderen mitgeteilt worden

*) Es geschah dies in der Sitzung vom 26. April 1849.

ist, an deren Glaubwürdigkeit zu zweifeln ich keinen Grund habe. Man sagte mir auch, daß an der Gertraudenbrücke Schüsse gefallen und ein Mensch getötet worden sei. Auf wessen Befehl oder aus welcher speziellen Veranlassung der kommandirende Offizier auf dem Dönhoffsplatz habe feuern lassen auf kaum dreißig Schritt Entfernung, warum er nicht mit gefälltem Bajonett vorgegangen ist, wenn er die Straße leer machen wollte, darüber konnte ich nichts erfahren. Ich habe auch später nicht gehört, daß eine Untersuchung über dies Niederschießen passiver Zuschauer eingeleitet worden ist; indessen will ich die Möglichkeit nicht bestreiten, daß in einem der Regierungsblätter eine Bekanntmachung über den Vorfall damals erschienen sein kann.*)

---

*) Nach der „Kreuzzeitung" hat sich der Vorgang doch wesentlich anders zugetragen. Dieselbe schreibt in der Nummer 99 vom 29. April 1849 im „Berliner Zuschauer": Am gestrigen Morgen wurde Ministerrat in Bellevue gehalten und dort über die Auflösung der zweiten Kammer beraten. Nachdem die Auflösung erfolgt war, eilten die meisten Deputirten der Linken nach der Konversationshalle. Vor dem Sitzungssaal auf dem Dönhoffsplatz und in den Hausräumen der Konversationshalle hatte sich bereits eine große Menge demokratischer Bummler und Neugieriger eingefunden. Die Herren Waldeck, Temme und Jacobi hielten an diese Masse auf der Treppe der Konversationshalle Anreden. Dann beschäftigte man sich damit, etwaige Schritte zu beraten.

Während des ganzen Nachmittags trieb sich eine Menge Neugieriger auf dem Platz umher. Gegen Abend vermehrte sich der Zusammenlauf, und die in der Konversationshalle versammelten Demokraten riefen aus den Fenstern der Menge aufreizende Reden zu, wie „es lebe die Republik!" u. s. w.

Nachdem bereits mehreren Konstablern bei Verhaftung von Unruhstiftern Widerstand geleistet worden, wurde ein über den Platz gehender Stabsoffizier auf so nichtswürdige Weise beleidigt und angegriffen, daß er den Degen ziehen mußte. Infolge dieser Exzesse rückten zwei Compagnien vom Kaiser Franz-Regiment aus der Kaserne in der Kommandantenstraße herbei und suchten die angesammelten Haufen auf gütlichem Wege zu zerstreuen. Dies gelang jedoch nicht, vielmehr wurde das Militär auf alle Weise verhöhnt, ja, ein junger Bursche trieb die Frechheit so weit, an einen der Offiziere heranzutreten und ihm die geballte Faust vor das Gesicht zu halten unter höhnenden Reden. Es wurde nun mehrmals getrommelt und eine Sektion vorgeschickt. Das erstemal zog sich die Menge, unter die, wie Augenzeugen bekunden, mehrfach Geld verteilt worden, eilig zurück, als sie aber sah, daß nicht gefeuert wurde, drang sie wieder vor und warf mit Steinen nach dem Militär. Es wurde nun wiederum eine Sektion vorgesandt, zum Feuern fertig gemacht und mehrfache Trommelsignale gegeben. Als Antwort darauf erfolgte ein Schuß aus einem Hause in der Nähe des Kammerlokals auf das Militär, und die Sektion gab nunmehr Feuer. Es waren ungefähr 18—20 Schüsse, die fielen, von denen eine Anzahl der Ruhestörer getroffen wurde. Nach den bis jetzt eingegangenen Nachrichten sind im ganzen am Abend vier Personen teils gleich, teils später tot geblieben, 14 mehr oder weniger verwundet.

Es wurde nunmehr der Platz von dem Militär gesäubert, an dem Eingang der Leipzigerstraße Chaine gebildet, die Konversationshalle, wohin zwei Leichen geschleppt worden waren, besetzt und die dort versammelte Demokratie entfernt. Herr Berends, der Vertreter von Berlin, welcher mit der gewöhnlichen unverschämten Ignorirung der gesetzlichen Macht sich durch das Militär in die Konversationshalle drängen wollte und dabei einen Unteroffizier

Oktroyirung eines Wahlgesetzes.

Die Regierung schritt demnächst zu einer zweiten Oktroyirung, und zwar des bekannten Dreiklassenwahlgesetzes.*) Die entschieden liberale Partei war sehr entrüstet darüber, und überall gab sich der Entschluß kund, an der Wahl nicht teilzunehmen. Ein Streit darüber war zunächst unnütz, weil sich sehr bald herausstellte, daß eine freie Wahl nicht zugelassen wurde.

Die noch im Januar 1850**) hervorgetretene Verschämtheit oder Aengstlichkeit der Regierungsorgane und einflußreicher Reaktionäre war bei den jetzigen Neuwahlen verschwunden. Jedenfalls lauteten auch die von oben ergangenen Instruktionen anders als im Januar. Ueberall wurde mit Arbeits- und Konzessionsentziehung denen gedroht, welche gegen die konservativen (reaktionären) Kandidaten stimmen würden. Die Wahlbeeinflussung trat offen und rücksichtslos auf. Viele als ganz zuverlässig bekannte Wähler in Magdeburg sagten mir, wenn sie sich und ihren Erwerb nicht aufs Spiel setzen wollten, so könnten sie nicht für liberale Männer stimmen, sondern höchstens sich der Wahl enthalten. So weit ging die Reaktion damals aber noch nicht, daß sie die Zustimmung für ihre Kandidaten erpreßte; man begnügte sich damit, die Gegner still zu machen. In Berlin sprengte die Polizei fast jede liberale Wahlvorversammlung bald unter diesem, bald unter jenem Vorwande. Beschwerden fruchteten nichts und die Gerichte waren nicht kompetent, sobald die vorgesetzte Behörde ihre Zustimmung zur Verfolgung eines Beamten wegen Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse verweigerte, was fast ohne Ausnahme geschah.

Wahlenthaltung.

So machte sich die Wahlenthaltung der entschieden liberalen Partei von selbst. Sie räumte den Gegnern und den Blaßliberalen das Feld. Da-

---

gröblich beleidigte, wurde von diesem auf eine höchst solenne Art mit dem Gewehr durchgebläut, so daß der Unverletzliche diese Lektion gewiß so bald nicht vergessen wird.

Die Bummler und Führer, welche offenbar jene Exzesse angestiftet, suchten nun an anderen Orten der Stadt ein günstigeres Feld. Auf dem Spittelmarkt, wo der Skandal erneuert worden, wurde derselbe gleichfalls sehr energisch unterdrückt. Die Versuche, an dem Petriplatz, in der Roßstraße, am Molkenmarkt, an den Ecken der Markgrafen-, Charlotten- und Leipzigerstraße Barrikaden zu bauen, die von Lehrjungen und Bummlern ausgingen, wurden vom Militär gar nicht beachtet und die lächerlichen Barrikaden vom Publikum selbst auseinander geworfen. Ueberhaupt herrschte außer der durch die Neugierde hervorgerufenen Lebendigkeit in allen Teilen der Stadt vollkommene Ruhe und die Bürgerschaft nahm in keiner Weise an den Exzessen teil, zeigte vielmehr überall die größte Mißbilligung derselben.

Die wenigen Militärpatrouillen beschränkten sich daher auch auf jenen Stadtteil.

*) Gemeint ist die Verordnung vom 30. Mai 1849 betreffend die Aufhebung des Gesetzes vom 6. Dezember 1848 für die Wahlen zur zweiten Kammer und anderweitige Bestimmungen hierüber. Gesetzsammlung 1849, S. 205 ff.

**) Scil. bei den Wahlen zur sogenannten Revisionskammer.

gegen ließ sich nichts machen. Bald aber wurde in freisinnigen Blättern das Nichtwählen zum Prinzip erhoben. Das Rechtsgefühl des Volkes, hieß es, dürfe sich dem oktroyirten Wahlgesetz nicht unterwerfen. Als ob man sich der oktroyirten Verfassung im Januar nicht unterworfen hätte!

Es lohnte sich nicht, innerhalb der dreijährigen Wahlperiode für die Beteiligung an der nächsten Wahl zu agitiren. Die Stimmung unter den Liberalen wurde immer matter, die Reaktion immer rücksichtsloser. Als endlich nach drei Jahren die Neuwahl herannahte, sprach und korrespondirte ich mit mehreren alten Parteiführern und stellte denselben vor, daß es ein arger politischer Fehler sein würde, sich abermals der Wahl zu enthalten und von dem freigelassenen Teil des Kampfplatzes keinen Gebrauch zu machen. Wolle man darauf warten, daß das Klassenwahlgesetz ohne Zuthun der liberalen Partei zurückgezogen und das alte Wahlgesetz wieder hergestellt werde, so werde man diesen Zeitpunkt wohl gar nicht erleben und der Reaktion freies Spiel lassen. Ebenso thöricht sei es, auf eine neue Revolution zu spekuliren, die wie die Gewitter entstehe, aber nicht gemacht werden könne, am wenigsten von der liberalen Partei, die doch wissen müsse, daß der Ausgang einer Revolution etwas ganz Unberechenbares sei. Ich wies auf den Einfluß des lebendigen Wortes von der Rednertribüne hin, dem einzigen Platz, von dem die Wahrheit noch gesagt werden dürfe und auf den man doch nicht freiwillig verzichten könne; ich erinnerte an die Wirkung des ersten vereinigten Landtags und hob hervor, daß ein paar Dutzend wirklich liberaler Abgeordneten zwar gute Gesetze nicht zu stande bringen, aber schlechte oft verhüten oder verbessern könnten. Alles vergebens. Auch Waldeck,*) den ich an seine oben angeführte Aeußerung beim Erscheinen der oktroyirten Verfassung erinnerte, stand jetzt auf dem Standpunkte der Wahlenthaltung. Ich konnte nichts ausrichten.

Zu erwähnen ist noch, daß im April 1849 in Cöthen eine Versammlung liberaler Abgeordneten der aufgelösten zweiten Kammer stattfand, weil in Preußen eine solche Zusammenkunft gewiß nicht geduldet worden wäre. Das Resultat der Beratung war gleich Null. Rodbertus und einige Mitglieder der Linken erwarteten mit Bestimmtheit einen revolutionären Umschwung und wiesen auf den Aufstand in Baden hin. Dieser Anschauung trat ich entgegen und be-

---

*) Waldeck, der verstorbene Führer und Abgott der Fortschrittsdemokraten, wurde von Bismarck während des deutsch-französischen Krieges einmal wie folgt charakterisirt: „Aehnliche Anlagen wie Favre, immer konsequent, prinzipientreu, fertig mit seiner Ansicht und seinem Entschlusse von vorn herein; dazu stattliche Gestalt, weißer, ehrwürdiger Bart, Phrase im Brustton der Ueberzeugung, auch in Kleinigkeiten — das imponirte. Er hielt mit einer Stimme, die von tiefster Ueberzeugungstreue und Zuversichtlichkeit bebte, eine Rede darüber, daß der Löffel hier im Glase stecke (Bismarck war eben beim Thee), und proklamirte, daß jeder ein Schuft sei, der das nicht glauben wolle, und alle glaubten's ihm und priesen in allen Tonarten seine energische Gesinnung."

hauptete, daß die Reaktion noch lange nicht ihren Höhepunkt erreicht habe und noch eine ganze Reihe von Jahren fortdauern würde. Gerade der Verlauf des Badener Aufstandes zeige deutlich, daß die Bevölkerung Deutschlands, speziell Preußens, nicht im mindesten zum gewaltsamen Widerstande neige. Wäre die Stimmung eine revolutionäre, so würde sich die Erhebung in Baden wie ein Lauffeuer über ganz Süd- und Westdeutschland verbreitet haben. Statt dessen stagnire sie innerhalb eines kleinen Staates. Ein sehr radikaler Abgeordneter, Landrat Reuter, der soeben aus Baden und der Pfalz zurückgekehrt war, trat mir bei und versicherte, es bedürfe gar keiner Niederschlagung mit Waffengewalt; eine bloße Cernirung würde genügen, um den Aufstand in sich selbst ersticken zu machen.

Die Versammlung beschloß Nichtbeteiligung bei der Wahl nach dem Dreiklassensystem.



Periode von 1849 bis 1859.

Versuch einer Anklage gegen mich.

Nach Magdeburg zurückgekehrt, beschäftigte ich mich ausschließlich mit der Beendigung der Magdeburg-Wittenberger Eisenbahn und dem Fortbau der großen Elbbrücke. Ich wurde dabei in keiner Weise von der Regierung behindert, indessen bekam ich doch zuverlässige Nachricht, daß der Versuch gemacht worden war, mich wegen meiner politischen Thätigkeit anzuklagen. Eines Tages besuchte mich nämlich ein Bauer nebst seiner Frau aus der reichen Magdeburger Börde, der sehr verwundert war, daß ich ihn nicht wieder erkannte. Er gab sich dann als ein Mitglied einer Deputation zu erkennen, die aus seinem Kreise im November 1848 nach Berlin an die Nationalversammlung und das Ministerium geschickt und von mir empfangen worden war. Der Mann fügte hinzu, der eigentliche Zweck seines Besuchs sei der, mir mitzuteilen, daß er von dem Untersuchungsrichter (oder Staatsanwalt) über meine Aeußerungen gegen die Deputation vernommen worden sei. Der Richter habe ihn sehr genau ausgefragt und er unbedenklich ausgesagt, was ich mit der Deputation gesprochen. Darauf habe der Richter gefragt, ob ich nicht noch anderes geäußert, der Deputation keine Ratschläge erteilt und dieselbe zu besonderen Schritten aufgefordert habe. Als der Bauer dies verneinte, meinte der Richter, ich werde wohl noch über andere wichtige Dinge geredet haben, worauf der Bauer geantwortet haben wollte: „Wenn Sie das besser wissen als ich, dann brauchen Sie mich ja nicht zu fragen." Endlich erzählte der Bauer auch noch, er habe auf die Frage des Richters, ob er Reise- und Versäumniskosten in Anspruch nehme, geantwortet: „Wer bezahlt dieselben?" Als nun der Richter erklärte: „Der Herr von Unruh, wenn er verurteilt wird," meinte der Bauer: „Nun, dann bitte ich um das Geld, denn verurteilt wird der Herr von Unruh bestimmt nicht."

Auch von anderer Seite hörte ich, daß Mitglieder verschiedener Novemberdeputationen in derselben Richtung vernommen worden seien.

Daß meine Antworten an die sehr große Zahl von Deputationen, die damals nach Berlin kamen, keine Handhabe zu einer Anklage gewährten, hatte

einen sehr einfachen Grund. Wie schon erwähnt, wollte ich bewaffneten Widerstand *vermeiden*, aber nicht hervorrufen, ebensowenig zur Verweigerung der Steuern auffordern, die zu beschließen damals ganz und gar nicht meine Absicht gewesen war. Meine Antworten an die Sprecher der Deputationen bestanden daher ziemlich stereotyp in dem Dank für die Zustimmung der Deputation zu dem Verhalten der Nationalversammlung, in der Aufmunterung, sich offen gegen das Ministerium und gegen den König selbst in demselben Sinne auszusprechen, und in dem Erwähnen der Hoffnung, daß der König vielleicht durch übereinstimmende Erklärungen des Landes veranlaßt werden könne, ein anderes, nicht reaktionäres Ministerium zu berufen. Allerdings wurde ich auch öfter von einzelnen Deputationsmitgliedern angegangen, bestimmte Maßregeln vorzuschlagen. Auch hierbei gab ich stets dieselbe Antwort: Die Nationalversammlung sei kein Konvent, ebensowenig gabe es einen Wohlfahrtsausschuß. Es sei durchaus nicht meine Sache, Anordnungen zu treffen. Die Deputationen müßten selbst wissen, was zu thun sei; sie möchten sich wo anders Rat holen, nicht beim Präsidenten der Nationalversammlung.

Eines Tages erschienen mehrere Landwehrmänner mit ihren Einberufungsordres und fragten mich, ob sie sich gar nicht stellen oder sich zwar stellen und die Waffen empfangen, dann aber thun sollten, was sie wollten? — Ich antwortete wie oben, bemerkte aber doch ganz ausdrücklich, ich müßte sie ernstlich warnen, mit den Waffen in der Hand zu meutern. Es lag auf der Hand, daß das Ministerium den Boden unter sich verloren hätte, wenn die gesamte Landwehr sich nicht stellte, aber meine Sache war es nicht, als Präsident der Nationalversammlung revolutionäre Maßregeln vorzuschlagen oder dazu zu raten.

Daß meine Antworten und mein Verhalten von den Mitgliedern der Nationalversammlung durchaus gebilligt werde, mußte ich aus dem Umstande schließen, daß stets eine Anzahl Abgeordneter aus den verschiedenen Fraktionen zugegen war, sowohl im ursprünglichen Versammlungslokal als in meiner Wohnung, wenn ich Deputationen empfing, und daß kein einziger meine Antworten tadelte oder ein anderes Auftreten von mir verlangte.

Bei dem sogenannten Steuerverweigerungsprozeß gehörte ich nicht zu den Angeklagten, überhaupt ist gegen mich niemals eine gerichtliche oder Disziplinaruntersuchung eingeleitet worden.

Da die eigentliche liberale Partei sich nicht an den Wahlen zur zweiten preußischen Kammer nach dem oktroyirten Wahlgesetz beteiligte, so konnte von einer Wahlbeteiligung für das Erfurter Parlament noch viel weniger die Rede sein. Ich und meine politischen Freunde hielten das Dreikönigsbündnis samt der ganzen Unionspolitik und dem Erfurter Parlament von Hause aus für ein totgeborenes Kind. Um dies zu erkennen, dazu gehörte keine politische Prophetengabe.

Prozesse wegen Majestätsbeleidigung.

Auffallend war schon 1849 die Einleitung einer Menge von Prozessen wegen Majestätsbeleidigung, die in Preußen nach dem Gesetz vom Februar 1849 vor die Geschworenen gehörten. Manche Anklagen waren, um nicht zu sagen frivol, doch so mangelhaft begründet, daß die Freisprechung fast mit Sicherheit vorhergesehen werden konnte. Dennoch leiteten die Gerichte die Untersuchung ein. Es erfolgten auch in der That viele Freisprechungen, obgleich die Verwaltungsbehörde nach dem angeführten Gesetz und darüber hinaus eine tendenziöse Auswahl unter den zu Geschworenen geeigneten Personen traf. Aus der liberalen Partei wurde selten jemand zum Geschworenen ernannt, er mochte noch so unbescholten und ehrenhaft sein. Ich bin weder in Magdeburg 1849 bis 1855 noch in Berlin bis 1857 zum Geschworenen designirt worden. Dies geschah vielmehr erst 1858 unter der neuen Aera.

Durch die vielen mit Freisprechung endenden erwähnten Prozesse wurde die Majestät herabgezogen und ihrem Ansehen wesentlich geschadet.

Man erklärte sich das Verfahren der Regierung und speziell des Justizministers Simons, von dem die Staatsanwälte abhingen, durch die Absicht, die politischen Verbrechen den Geschworenengerichten wieder zu entziehen und den König durch skandalöse Freisprechungen hierzu zu bewegen. Dieser Zweck wurde bekanntlich auch erreicht. Aber was für ein Zustand ist es, wenn auf solche Art die Gerichte, von denen die Einleitung der Untersuchungen abhing, für einseitige Parteizwecke ausgebeutet werden konnten. Die eigentlichen Gerichtskollegien hätten sich dazu vielleicht nicht hergegeben, aber die Bildung der einzelnen Gerichtsabteilungen und Kommissionen, zu der auch die als Anklagekammer fungirende gehörte, hing von dem Präsidenten oder Direktor des Gerichts, also von dem Justizminister ab, und was in solchen Beziehungen der damalige Minister Simons geleistet hat, ist allen preußischen Juristen jener Zeit bekannt.

Das meiste Aufsehen machten damals die Prozesse gegen Waldeck, Jacobi und Ziegler.

Prozeß Waldeck.

Wer Waldeck*) auch nur oberflächlich kannte, oder ihn nur etwas beobachtet hatte, mußte wissen, daß er sich gewiß nicht auf eine straffällige Konspiration eingelassen hatte. Die Denunziation gegen ihn war überaus mangelhaft begründet und die näheren Angaben erschienen so höchst unwahrscheinlich,**)

*) Vergl. oben S. 133.

**) Die Anklage stützte sich vornehmlich auf einen Brief des in die Schweiz geflohenen Abgeordneten D'Ester an einen jüdischen Handlungsdiener, Ohm, worin Waldeck als Eingeweihter in gewisse hochverräterische Pläne bezeichnet war. Dieser Brief stellte sich nachträglich als eine Fälschung heraus.

daß niemand die Einleitung der Untersuchung und die Verhaftung Waldecks begreifen konnte, es sei denn, daß man an tendenziöse Verfolgung eines Mitglieds des obersten Gerichtshofs glauben wollte. Selbst ein bekanntes, hervorragendes Mitglied der Reaktion, von Meusebach, soll damals geäußert haben, die Sache sei ganz unglaublich und die Verfolgung eine Ungeschicklichkeit. Der damalige höchst ehrenwerte Oberstaatsanwalt Sethe gab in seinem Schlußplaidoyer Waldeck eine Ehrenerklärung, indem er die Denunziation gegen ihn als ein Bubenstück, ersonnen zum Verderben eines Ehrenmannes, bezeichnete.*) Aber Sethe selbst verließ den Justizdienst, woraus man wohl nicht mit Unrecht schloß, daß es einem solchen tüchtigen Charakter und Juristen der alten preußischen Schule unter dem Minister Simons nicht behagte. Zu jener Zeit, als Waldeck verhaftet wurde, mußte ich mir sagen, daß auch meine Verhaftung möglich sei.**)

Prozeß Jacoby.

Der Prozeß gegen Johann Jacoby wegen seiner Teilnahme am Rumpfparlament in Stuttgart war dadurch charakteristisch, daß die Anklage auf Hochverrat lautete,***) während die Abgeordneten aus Württemberg und mehreren anderen deutschen Staaten, die genau dasselbe wie Jacoby gethan hatten, gar nicht verfolgt worden sind. Es waren doch merkwürdige Zustände, wenn dieselben Handlungen, die in mehreren Staaten als gar nicht strafbar erachtet wurden, in Preußen für Hochverrat galten. Man hat auch niemals gehört, daß der Minister Simons oder das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten Schritte gethan hätten, um ein gleichmäßiges Verfahren in dieser offenbar gemeinsamen Angelegenheit herbeizuführen.

Es gereicht Jacoby zur Ehre, daß er, steckbrieflich verfolgt, aus der Schweiz quer durch ganz Deutschland bis Königsberg i. Pr. reiste und sich dort stellte. Er hatte sich mehrere Tage in Berlin aufgehalten, und doch war es der Polizei nicht gelungen, auf dieser weiten Reise seiner habhaft zu werden. Bekanntlich wurde Jacoby von den Geschworenen freigesprochen. Selbst Juristen meinten damals, das Urteil würde vielleicht ganz anders gelautet haben, wenn ein Gerichtshof ohne Geschworene es auszusprechen gehabt hätte.

Prozeß Ziegler.

Eines der dunkelsten Blätter in der preußischen Rechtsgeschichte ist der Prozeß gegen Ziegler. Ueber denselben ist von dem Rechtsanwalt Weichsel ein besonderes Buch geschrieben worden, dessen Inhalt ich hier nicht wiederholen

*) Waldecks Freisprechung erfolgte am 3. Dezember 1849.

**) Vgl. oben S. 133.

***) Und zwar auf Hochverrat wider den deutschen Bund und den preußischen Staat.

will; aber ich kann doch nicht umhin, einige Hauptzüge, welche mein Rechtsgefühl empörten, zu erwähnen und mich kurz über Ziegler zu äußern.

Ziegler, den ich beim Bau der Potsdam-Magdeburger Eisenbahn 1844 kennen lernte, war Oberbürgermeister in Brandenburg a. H. und galt für einen straffen Polizeimann, der zur Willkür neigte. Er hatte bei scharfem Verstande aristokratische Manieren und Redensarten angenommen, verkehrte hauptsächlich mit Offizieren und dem Adel der Umgegend und stieß die Bürgerschaft oft vor den Kopf. Von den Stadtverordneten hielt er, auch später, sehr wenig. Bei seinen vorgesetzten Behörden war er sehr angesehen und mehreren königlichen Prinzen wohlbekannt. Er soll den Damen, namentlich den Frauen, sehr gefährlich gewesen sein. Ich hatte im Verwaltungsrat der oben genannten Bahn mit ihm einen ernstlichen Streit über seine ganz irrtümliche, mich verletzende Behauptung, daß sich, entgegen meinen Angaben, Kies zur Bettung des Geleises ganz nahe der Bahn vorfinde. Mir war Ziegler nicht sympathisch, obgleich ich anerkannte, daß er geistreich und witzig sei.

Gegen Ende Oktober 1848, als die politische Krisis schon herannahte, wurde Ziegler in die Nationalversammlung gewählt, wie man versicherte, durch den Einfluß des Adels, der keinen von seinen eigenen Leuten durchsetzen konnte und Ziegler für den nächst Geeigneten hielt. Ich war daher sehr erstaunt, daß derselbe sich der entschiedenen Linken anschloß. Mir schien es damals, daß seinem Entschluß, ähnlich wie bei Rodbertus, ein politischer Rechenfehler zu Grunde liege, indem Ziegler glaubte, daß in der augenscheinlich nahe bevorstehenden Krisis die Linke siegen werde. Ohne jene Voraussetzung war es schwer, den grellen Widerspruch zu erklären, der zwischen Zieglers früherem aristokratisch-absolutistischem Auftreten und seinem Anschluß an die äußerste Linke lag, der ihm den Haß seiner früheren Freunde und Gönner und die heftigste Verfolgung zuzog. Ein Mann wie Ziegler mußte auch wissen, daß er im Anschluß an die Reaktion eine große politische Rolle spielen und leicht zu den höchsten Stellen gelangen konnte. Im absolutistischen Sinne war er zum Polizeipräsidenten von Berlin, ja zum Minister des Innern vollkommen geeignet.

Die Anklage gegen ihn beim Kreisgericht in Brandenburg lautete auf Hochverrat, Verbreitung des Steuerverweigerungsbeschlusses und Aufreizung zur Ausführung desselben. In dem Steuerverweigerungsprozeß zu Berlin*) hatten die angeklagten, in der Rheinprovinz wohnenden Abgeordneten den Einwand der Inkompetenz des Berliner Gerichts erhoben und darauf angetragen, vor die Gerichtshöfe ihrer Heimat gestellt zu werden. Dieser Einwand wurde wegen Kompliziertheit der Handlungen der Abgeordneten aus verschiedenen Provinzen

*) Vergl. die Schrift: Der Prozeß gegen die zweiundvierzig steuerverweigernden Abgeordneten der preußischen Nationalversammlung von K. Dorn.

Bedürfnis und den dortigen Zuständen entsprechen. Man mag über die Engländer urteilen, wie man will, eins wird sich nicht bestreiten lassen: sie sind ein durch und durch praktisches Volk. Die dortige Regierung hat im Laufe von Jahrhunderten gewaltige Aufstände zu bekämpfen gehabt und nimmt auch in unserer Zeit keinen Anstand, gewaltsamen Widerstand gegen die Obrigkeit durch die bewaffnete Macht niederzuschlagen. Die Vorfälle in Edinburg, Glasgow und in Irland sind bekannt. An Energie hat es der englischen Regierung niemals gemangelt. Aber der militärische Eingriff darf nur unter ganz bestimmt vorgeschriebenen Formen erfolgen und nach gewaltsamer Unterdrückung bleiben die gewöhnlichen Gerichte zur Untersuchung und Aburteilung kompetent. Kriegsgerichte gibt es für solche Fälle nicht. Erscheint die zeitweise Suspension gewisser Gesetze, wie der Habeas corpus-Akte in Irland, notwendig, so kann dieselbe nur vom Parlament beschlossen werden und darf niemals einseitig durch die Regierung erfolgen. In Frankreich dagegen hat die republikanische Regierung den Belagerungszustand mit allen seinen Anhängseln auch nach Besiegung der Kommune in Paris in der Hälfte aller Departements eine Reihe von Jahren aufrecht erhalten, obgleich nirgends revolutionäre Zustände herrschten. Es regiert sich eben bequemer mit dem Belagerungszustande als ohne denselben. Von Frankreich kann jede Regierung lernen, wie sie es nicht machen soll, wenn sie dauerhafte innere Zustände schaffen will. Dennoch hat sich das Ministerium Manteuffel, bis es endlich durch den Prinzregenten 1858 beseitigt wurde, die Vorbilder zu seinen Gesetzen gerade von Frankreich geholt, so z. B. zu der Verordnung über das öffentliche und mündliche Gerichtsverfahren mit Staatsanwaltschaften vom 3. Januar 1849 und dem Gesetze über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850.

Ablehnung der deutschen Kaiserkrone.

Während der Session der Kammern traf in Berlin die Deputation des Frankfurter Parlaments ein, um dem Könige die deutsche Kaiserkrone anzubieten. Der feierliche Empfang der Deputation in mehreren Städten auf der Reise nach Berlin machte einen wehmütigen Eindruck. Man war in der zweiten Kammer überzeugt, daß der König die Krone nicht annehmen würde, dennoch hielt sich die Kammer für verpflichtet, einen Beschluß zu fassen, der dem König zur Annahme der Wahl riet. Wie erwartet, lehnte derselbe ab. Die vom Grafen Brandenburg in der Kammer verlesene Botschaft schloß mit dem Ausruf: „Niemals, niemals, niemals!" worauf Kladderadatsch den bekannten Vers machte:

„Murre, Volk, wenn's Herz auch bricht,
Niemals, niemals, niemals nicht!"

Man erzählte damals, der König habe Humboldt, der sich bekanntlich von aller Politik fern hielt, gefragt, wozu er ihm riete. Humboldt soll gesagt haben: „Eurer Majestät Großonkel (Friedrich II.) würde sich keinen Augenblick besonnen haben.“ Die Antwort des Königs lautete, wie man sagte: „Wenn ich mein Großonkel wäre, so würde ich mich auch nicht besinnen; ich bin es aber nicht!“ Ist diese Anekdote wahr, so macht sie dem König alle Ehre. Bei allem Geist und aller Begabung war der König wirklich nicht geeignet, ein solches Werk in die Hand zu nehmen und durchzuführen. Die in Frankfurt entworfene Verfassung, welche „die besten Männer Deutschlands“, wie sie sich selber nannten, ausgeklügelt hatten, stand mit einem Fuß in Berlin, mit dem andern in Wien. Man war naiv genug gewesen, zu glauben, daß Preußen und Oesterreich, wenn auch dieses nur mit seinen deutschen Ländern, innerhalb eines einigen deutschen Staats neben einander Platz hätten und sich nicht gegenseitig lahm legen würden. Der handgreifliche Gegensatz zwischen dem damaligen Oesterreich und Preußen, der ein dauerndes Zusammenwirken in einem wirklichen deutschen Staatswesen unmöglich machte, wurde auch später noch von den sogenannten Großdeutschen verkannt, auch von solchen Süddeutschen, die es ehrlich mit Deutschland meinten. Dazu kam, daß die Abgeordneten aus Oesterreich unter Schmerlings Führung verschiedene Tropfen Wermut in die Verfassung geträufelt hatten, als sie sahen, daß die Wahl zum deutschen Kaiser auf den König von Preußen fallen würde. Nur ein Monarch von festem, konsequentem Willen mit einem Premierminister wie Bismarck hätte es unternehmen können, auf Grund einer solchen Verfassung Deutschland in Wirklichkeit zu einigen. Ein solcher Mann würde es nicht unterlassen haben, die damalige Schwäche Oesterreichs, das mit den Ungarn ohne russische Hilfe nicht fertig werden konnte, gründlich auszunutzen. Aber Friedrich Wilhelm IV. regierte, und Bismarck war damals entschiedener Freund Oesterreichs und nicht Minister.

Revision der Verfassung. Auflösung der Kammern.

In der Kommission zur Revision der preußischen Verfassung waren Georg von Vincke und ich die Referenten. Wir kamen überein, daß wir über zwischen uns streitige Punkte nicht unnütz diskutiren, sondern nur diese Punkte konstatiren wollten. Die Arbeit ging daher rasch von statten, war aber vergeblich. Das Ministerium und die ganze reaktionäre Partei erkannte, daß eine Revision in ihrem Sinne mit dieser Kammer nicht durchzuführen sei, noch viel weniger dachte man daran, ein Ministerium zu berufen, das auf Majorität rechnen konnte. Ein solches hätte ja nur wirkliche Verbesserungen, und nicht die beabsichtigten Verschlechterungen durchführen können. So kam es denn zur Auflösung, nachdem die zweite Kammer mit einer Ma-

seine Freunde, daß hauptsächlich die Reaktion und ihr Gefolge aus der untersten Schicht der Bevölkerung anwesend sei. Man ließ es auch gar nicht zu Verhandlungen kommen, vielmehr brach sofort ein Tumult gegen Schneider aus. Leute mit Knütteln drangen auf ihn ein. Die wenigen anwesenden Freunde Schneiders hatten die Geistesgegenwart, die Lichter im Lokal zum größten Teil auszulöschen und so seine Flucht zu ermöglichen. Er war aber doch schon so zerschlagen, daß er längere Zeit darniederlag.

Sorgfältig eingezogene Erkundigungen ergaben, daß der Ueberfall vorher verabredet und mit allem Vorbedacht ausgeführt worden war. Einzelne versicherten, es sei auf einen Totschlag abgesehen gewesen. Der Zustand Schneiders zeigte allerdings, daß er, wenn nicht tot, so doch völlig zu Schanden geschlagen worden wäre, wenn es ihm nicht gelungen wäre, in der Dunkelheit zu entfliehen. Die Freunde Schneiders und er selbst machten dem Staatsanwalt ausführliche Anzeige; es erfolgte aber keine Untersuchung. Nun wurden noch mehr Zeugen privatim schriftlich vernommen und die Untersuchung durch alle Instanzen von neuem beantragt, aber ganz vergeblich. Ich habe wenigstens nicht gehört, daß der Denunziation irgend eine Folge gegeben worden ist.

Staatsanwälte, welche nicht blinde Werkzeuge der Reaktion sein wollten, sondern diese unbequemen Untersuchungen selbständig einleiteten, wurden durch Einrangiren in die Gerichte von ihrer Stelle entfernt oder gar zur Disposition gestellt; dagegen wurden Staatsanwälte, die ganz im Sinne der damaligen Regierung handelten, vorzugsweise befördert. Juristen, welche rasch vorwärts kommen wollten, suchten darum Staatsanwalt zu werden. Mitglieder der Gerichte klagten über Willkür des Ministers beim Aufrücken in höhere Stellen und in höheres Gehalt. Wir waren durch die Reaktion in den französischen Zustand hineingeraten, wo die Frage: ob verfolgen oder nicht verfolgen, nicht von den Gerichten, sondern lediglich von der Verwaltungsbehörde nach politischen Zwecken und Parteirücksichten entschieden wird. Es liegt auf der flachen Hand, wie sehr das Rechtsgefühl aller Klassen leiden muß, wenn Handlungen, die jedermann für straflos hält, gerichtlich verfolgt werden, aber entschieden strafbare Vergehen und Verbrechen nicht zur Anklage kommen, je nachdem die Thäter der gerade regierenden Partei oder der Opposition angehören.

Polizeiliche Allmacht und Willkür.

In der eigentlichen Verwaltung sah es noch schlimmer aus. Die Polizei wurde nach und nach allmächtig. Sie hielt Haussuchungen und verhaftete Leute ohne richterlichen Befehl, auch in nicht dringenden Fällen, ohne Ergreifung auf frischer That. Mißliebige Versammlungen wurden regelmäßig aufgelöst, Beschwerden blieben fruchtlos. Ausweisungen, namentlich in Berlin, erfolgten rücksichtslos und ohne irgend ein gesetzliches Fundament. In Berlin

berief man sich auf eine nicht publizirte Kabinetsordre Friedrich Wilhelms III., nach welcher entlassene Reservisten, die sich beschäftigungslos lange Zeit umhertrieben, nach ihrer Heimat geschickt werden konnten! In anderen großen Städten fehlte auch dieser Vorwand. Die nicht ganz regierungsfreundliche Presse wurde polizeilich gemaßregelt. So äußerte der Polizeipräsident von Berlin, Hinckeldey, gegen den Redakteur eines großen Berliner Blattes, er würde dasselbe, wenn es seinen Ton und seine Tendenz nicht ändere, täglich in Beschlag nehmen. Werde dann auch die Anklage zurückgewiesen und so das Blatt nach mehreren Tagen wieder freigegeben, so werde es seine Abonnenten verlieren und sei ruinirt. Ueber die Entgegnung, daß ein solches Verfahren ungesetzlich sein würde, lachte Hinckeldey. Ein Gespräch mit ihm, das ich später anführen werde, bewies, daß es in der That sein Grundsatz war, für sich die Gesetze nicht verbindlich zu betrachten. Von dieser Schranke befreit, ist es freilich recht leicht, in hoher Stellung Energie zu entwickeln und auch manches Gute mit Gewalt zu stande zu bringen. Uebrigens scheint es, daß die politischen Verfolgungen und die polizeiliche Willkür im Westen Preußens, namentlich in der Rheinprovinz, viel geringer gewesen sind als im Zentrum und in den Ostprovinzen. Die Verwaltung war seit einem Menschenalter daran gewöhnt, die neuen Provinzen rücksichtsvoller zu behandeln als die alten. Wer sich über die unerhörtesten Uebergriffe der Polizei in jener Zeit unterrichten will, lese die oben*) angedeuteten Broschüren über die Vorfälle in Königsberg und Elbing.

Unter den Verwaltungsbeamten wurde tüchtig aufgeräumt, man entließ liberale Landräte, entfernte Regierungs- und Oberpräsidenten und duldete in den sogenannten Regierungskollegien keinen Widerspruch, mochte derselbe auch noch so begründet sein.

Revision der Verfassung.

Die aus dem Dreiklassen-Wahlgesetz ohne Mitwirkung der liberalen Partei hervorgegangene zweite Kammer ordnete sich der Regierung unbedingt unter und gab bei der Revision der oktroyirten Verfassung ein wichtiges Recht nach dem andern auf. Es ist mir aus der Geschichte anderer Länder und Preußens vor 1848 kein Fall bekannt, in welchem eine repräsentative beschließende Vertretung so bereit gewesen wäre, die ihr zustehenden Rechte selbst zu zertreten. Sowohl die alten Stände in Brandenburg und Ostpreußen, als der erste vereinigte Landtag haben die Rechte, die sie besaßen, aufs äußerste verteidigt und darnach gestrebt, neue Rechte zu erwerben. Trotz ihres Entgegenkommens gegen die Regierung verlor die Kammer allen Einfluß auf das Ministerium

*) Vgl. S. 141.

und jede Sympathie im Lande mit Ausschluß der eigentlichen Reaktionäre und der Gothaer, jener schwächlichen liberalisirenden Mittelpartei, welche häufig über die Mehrheit in der zweiten Kammer verfügte. Außer dieser konnte sich wohl niemand auf Besserung der inneren Zustände durch diese Kammer noch Hoffnung machen. Es ging immer tiefer in den Sumpf des abgelebten Absolutismus hinein, dem man eine konstitutionelle Schürze vorgehängt hatte. Es ging noch weit über den französischen Scheinkonstitutionalismus hinaus, dieser für jede Monarchie gefährlichsten Regierungsform.

Auswärtige Politik.

So waren unsere inneren Zustände neun Jahre hindurch beschaffen. Wie stand es nun mit der auswärtigen Politik und der Stellung Preußens zum Auslande? Lag etwa in einem kräftigen Auftreten nach außen hin und in einer Erhöhung des Einflusses und Ansehens Preußens nach außen eine Entschädigung für die inneren Leiden? Gerade das Umgekehrte fand statt. Die Periode, während welcher die Staatsmacht Oesterreichs nicht hinreichte, den Aufstand in Ungarn niederzuschlagen, und Frankreichs Aktion nach außen durch seine inneren Wirren gelähmt war, hatte man unbenützt vorübergehen lassen, um Preußen die Stellung in Deutschland zu verschaffen, die ihm gebührte. Die kostbarste Zeit war mit dem romantischen Unionsprojekt vertrödelt worden, dessen Unausführbarkeit jedem Unbefangenen einleuchten mußte. Nachdem der Aufstand in Ungarn durch russische Hilfe erstickt worden war, streckte Oesterreich seine Hand sofort wieder nach Deutschland aus, berief den alten Bundestag von neuem, zog Truppen in Vorarlberg zusammen, dirigirte dieselben im Verein mit Bayern gegen Hessen, das Preußen in Schutz genommen und besetzt hatte, und verlangte die Entwaffnung der schleswig-holsteinischen Armee und die Wiedereinsetzung der „legitimen" (!) dänischen Regierung. Rußland trat in der Zusammenkunft in Warschau ganz entschieden auf die Seite Oesterreichs. Kaiser Nikolaus verlangte peremptorisch die Unterwerfung Preußens. Wenn jemals, so lag hier der Kriegsfall vor. Preußen machte in der That seine Armee mobil, aber es war völlig isolirt. Auch auf England, das wegen der schleswig-holsteinischen Frage mit Preußen in Differenz sich befand, konnte man nicht rechnen. Die Lage war offenbar eine ebenso gefahrvolle wie 1756, nur war jetzt kein Friedrich II. vorhanden. Man wagte es nicht, Oesterreich bewaffneten Widerstand zu leisten. Es ist bekannt, daß der Graf Brandenburg auf seinem Sterbebett in seinen Phantasien von der schmachvollen Behandlung Preußens in Warschau sprach.

So ging denn der Minister Manteuffel nach Olmütz, willigte in die exekutivische Besetzung Hessens durch bayerische Truppen und in die Entwaffnung der schleswig-holsteinischen Armee durch österreichische und preußische

Truppen, die bis dahin Waffengefährten der Schleswig-Holsteiner gegen Dänemark gewesen waren. Preußen beschickte den Bundestag und verzichtete auf die noch kurz vorher in Anspruch genommene Parität mit Oesterreich.

Preußen erlitt eine totale Niederlage und eine Demütigung, die zwar nicht materiell, aber moralisch mindestens ebenso groß war wie die von 1806/7. Damals war Preußen durch die Waffen eines großen Feldherrn besiegt, 1850 hatten Drohungen hingereicht, Preußen unter Oesterreich und Rußland zu beugen. Der Staat Friedrichs des Großen, das Preußen, das den Krieg gegen Napoleon siegreich geführt, hatte seine schwer errungene Großmachtstellung eingebüßt und wurde vom Auslande verhöhnt. Wer in den Nachbarstaaten oder in Süddeutschland reiste, verschwieg so weit als thunlich, daß er Preuße sei. Das ist keine Uebertreibung, sondern Wahrheit!

Wie der Prinz von Preußen, unser späterer Kaiser Wilhelm I., die Sache auffaßte, ergab sich daraus, daß derselbe seine sämtlichen Aemter und Kommandos niederlegte. Gerade dieser Schritt verschaffte, gewiß unbeabsichtigt, dem Thronerben wieder festen Boden in der ganzen Bevölkerung, die sich bewußt wurde, daß sie in ihm einen Hohenzollern alten Schlages besaß. Es klingt fast unglaublich und wurde doch aus sehr guten Quellen versichert, daß der Prinz auf seiner Reise durch Westfalen nach dem Rhein, jedenfalls auf Veranlassung der Regierung, heimlich überwacht und dem damaligen Minister des Innern, Westphalen, über das Benehmen und die Aeußerungen des Prinzen Bericht erstattet worden sei. Namentlich beschuldigte man dessen den Regierungspräsidenten Peters in Minden, früher Polizeipräsident in Königsberg. Dieser und der inzwischen Oberpräsident der Rheinprovinz gewordene Herr von Kleist-Retzow waren, außer den Ministern, die einzigen Personen, die bei dem Regierungsantritt König Wilhelms sofort entlassen wurden.

Wie sehr man dem Könige Friedrich Wilhelm IV. trotz aller Begabung die eigentliche Bedeutung der damaligen Vorgänge zu verhüllen gewußt hatte, geht aus einer Mitteilung hervor, welche mir der Generaldirektor der königlichen Gärten, Lenné, machte. Derselbe war ein treuer Anhänger des Königs, seines Wohlthäters, aber ergriffen durch die Herabdrückung Preußens. Lenné erzählte mir, der König habe bei der Rückkehr Manteuffels von Olmütz geäußert: „Der Mann (Manteuffel) hat doch Glück, er hat den Frieden wirklich zu stande gebracht," — aber welchen Frieden!

Noch erbitterter wurde die Stimmung durch die offene Aufdeckung der eigentlichen Ziele der am Ruder befindlichen Reaktion in Bezug auf die auswärtige Politik und durch das Benehmen der sogenannten Gothaer und sonstigen Blaßliberalen in der zweiten Kammer während der Politik von Olmütz. Es erschienen in jener Zeit vier kleine Schriften: „Die Dresdener Konferenzen" und „Vier Wochen auswärtige Politik", beide offenbar von dem Gothaer verfaßt; ferner: „Von Warschau bis Olmütz", ein

preußisches ministerielles Geschichtsblatt und eine offenbar ministerielle **Denkschrift vom 11. Februar.** Der Grundgedanke in den beiden letztgenannten Broschüren ist die Tendenz: **Die vollständige Eintracht zwischen Preußen und Oesterreich zum Zweck der Niederhaltung der Revolution.** Die vollständige Eintracht mit Oesterreich hieß unter den obwaltenden Umständen nichts anderes als die unbedingte Unterwerfung Preußens unter Oesterreich. Oesterreich hatte Preußen gegenüber nicht um eines Haares Breite nachgegeben. Es handelte sich also nicht um eine erlittene Niederlage, sondern die Unterordnung und Abhängigkeit Preußens von Oesterreich wurde zum Prinzip erhoben. Herr von Radowitz, kurze Zeit auswärtiger Minister, räumte Oesterreich den Eintritt mit allen seinen außerdeutschen Staaten in den deutschen Bund ein und entsagte der Volksvertretung am Bundestage. Die Kreuzzeitung und andere ministerielle Journale bestätigten die erwähnte Tendenz der Regierung.

Die Gothaer erkannten in ihren beiden Schriften die groben Fehler der preußischen auswärtigen Politik, richteten ihre Angriffe aber nicht gegen die Regierung und deren System, sondern nur gegen die Person des Herrn von Manteuffel, als ob dieser überhaupt der selbstbewußte Träger eines Systems hätte sein können. Sie verteidigten noch immer die Unionspolitik und scheuten nicht die Teilung Deutschlands durch die Mainlinie. In der Kammer hielt Georg von Vincke entrüstete Reden und ritt den Schimmel von Bronnzell zu Tode, bekanntlich der einzige Verwundete bei dem Zusammenstoß der preußischen und österreichischen Vorposten in Hessen. Es geschah aber kein wirksamer Schritt gegen die verderbliche preußische Politik, nichts, was die Stellung des Ministeriums Manteuffel*) hätte erschüttern und zum Wechsel desselben hätte führen können. Das wäre ja ein Eingriff in die Verwaltung und die Prärogative der Krone gewesen! — Das Ministerium behielt völlig freie Hand nach innen und außen und behandelte demgemäß die Kammer. An eine Wiedererhebung Preußens oder gar an eine Emanzipation von dem dominirenden Einflusse Oesterreichs, das doch offenbar auf einen noch günstigeren Moment wartete, um Preußen vollends zu ruiniren, war nicht zu denken. Zu dem allem kam die heillose Konfusion in den Köpfen derer, die sich für Liberale

---

*) Ich glaube, daß die Zeitgenossen, welche von der Manteuffelschen Wirksamkeit nur das Oberflächliche kennen gelernt haben, nicht befähigt sind, über diesen Staatsmann ein richtiges Urteil abzugeben. Ein solches Urteil wird nicht eher möglich sein, als bis die Archive des auswärtigen Amtes über diese Zeitperiode erschlossen sind. Inzwischen will ich nur so viel bemerken, daß ein Zeitgenosse, und zwar kein geringerer als der spätere Kaiser Wilhelm I., von den Verdiensten, welche sich der Minister Manteuffel um Preußens Wiederaufrichtung erworben, auf das tiefste durchdrungen war, und daß es bei ihm keine Phrase war, wenn er von der Dankbarkeit sprach, die sein Haus diesem Staatsmanne schulde. (Anmerkung des Herausgebers.)

hielten und sich doch dem Ministerium völlig unterordneten. Selbst bei entschieden liberalen Personen fand man die wunderlichsten Ansichten über das Wesen des konstitutionellen Staates und die Rechte der Volksvertretung.

Meine Schrift: „Erfahrungen aus den letzten drei Jahren".

In dieser Situation, erbittert in meinen altpreußischen Gefühlen durch die Zustände und die Stellung des Vaterlands, verfaßte ich die schon oben*) erwähnte Schrift: „Erfahrungen aus den letzten drei Jahren"(1848—1851.)**) Indem ich dieselbe jetzt nach 26 Jahren wieder lese, finde ich, daß ich zwar meiner politischen Richtung treu geblieben, aber in meinen Auseinandersetzungen und Urteilen radikaler aufgetreten bin, als es bei ruhiger Ueberlegung und nach der langen Reihe späterer Erfahrungen meinen Grundanschauungen entspricht. Es kann nicht davon die Rede sein, hier nochmals „Erfahrungen aus jenen letzten drei Jahren" zu schreiben, und darin zu widerlegen, was ich jetzt als Irrtum oder doktrinäre Anschauung erkenne. Bedürfnis ist es mir aber, hier einige für die Zukunft wichtige Punkte kurz zu berichtigen, soweit dieselben von allgemeinem Interesse sind.

Dazu gehört vorzugsweise das, was ich in jener Schrift über das allgemeine gleiche Wahlrecht gesagt habe. Ursprünglich hatte ich große Bedenken gegen dasselbe, die ich auch in Privatgesprächen häufig an den Tag legte. Der Ausfall der Wahlen für das Frankfurter Parlament, die Berliner Nationalversammlung, die zweite Kammer und die konstituirende Versammlung in Frankreich schien jene Zweifel zu widerlegen. Alle vier Volksvertretungen waren so ausgefallen, daß eine vernünftig-liberale und konsequente Regierung sehr wohl damit hätte auskommen können. Die konservativen Interessen hatten eine starke, der Radikalismus nur eine schwache Vertretung gefunden. Es schien, als ob ein gesunder Instinkt die Wähler der untern Schichte leitete. Die Straßenunruhen in Berlin waren nicht die Folge des allgemeinen Wahlrechts, sondern der in Preußen bis dahin nie erlebten Schwäche der Regierung, welche eine Stadt wie Berlin vom April bis November sich selbst überließ, ohne wirksame Polizei und mit tendenziös gehandhabter Kriminaljustiz. Die Wahl der zweiten Kammer im Jahr 1849 nach dem Dreiklassenwahlgesetz hatte eine Majorität ergeben, die teils direkt der Reaktion, teils den Gothaern angehörte, welche letztere dem Ministerium Manteuffel keinen Widerstand leisteten. Ich hielt es für wahrscheinlich, daß ein Zensus statt der Drei-Klassen ziemlich dasselbe Resultat haben würde. Eine Besserung ließ sich nur vom allgemeinen gleichen Wahlrecht erwarten, welches ich daher mit guten, aber doktrinären

*) Vergl. oben S. 119.

**) „Ein Beitrag zur Kritik der politischen Mittelparteien" 2. Auflage. Magdeburg. Verlag von Eugen Fabricius. 1851.

Gründen in meiner Schrift lebhaft verteidigte. Die späteren Erfahrungen haben meine damaligen Anschauungen schon jetzt teilweise widerlegt und werden es höchst wahrscheinlich noch viel gründlicher thun. Meine damalige Behauptung auf Seite 45, daß es den auf niederer Stufe der Bildung stehenden Wählern niemals einfällt, einen Mann aus ihrer Mitte zu wählen, sobald sie einen höher Gebildeten oder Befähigten finden, der es gut mit ihnen meint, ist falsch, wie die Wahl einer ganzen Anzahl von Sozialdemokraten zum deutschen Reichstage beweist. Ebenso unrichtig ist, was ich auf Seite 45 sage: „In der Regel ist das Mißtrauen oder Vertrauen der großen Menge wohl begründet, und eine kurze Zeit politischen Lebens reicht hin, die Wahl richtig zu leiten." Bei den ersten Wahlen nach allgemeinem gleichem Wahlrecht ist die Masse der Ungebildeten oder ungenügend Gebildeten noch gar nicht organisirt und folgt darum in der Regel besser gebildeten Führern, auch beliebten Gutsbesitzern, Beamten oder Fabrikherren. Wenn nun auch in Zukunft stets ein Teil der unteren Wählerschaft abhängig bleiben wird, so sehen wir doch deutlich an der schnell zunehmenden Zahl sozialdemokratischer Stimmen, daß sich — zunächst in den Städten — die untere Schicht mehr und mehr absondert, daß das Mißtrauen nicht nur gegen bis dahin sehr populär gewesene Volksfreunde, sondern gegen alle Personen der gebildeten und besonders der wohlhabenden Klasse stetig zunimmt. Es ist ja auch sehr natürlich und menschlich, daß die systematische Spekulation der demagogischen Führer auf den Eigennutz und die Begierde nach fremdem Gut, auf bequemes Leben ohne Anstrengung, ja auf Herrschaft über die Wohlhabenden und Gebildeten und die stetige Hinweisung auf die angebliche Ausbeutung der arbeitenden Klasse durch das Kapital bei Ungebildeten und Halbgebildeten von steigendem Erfolg ist. Unsere Volksbildung befindet sich gerade in dem Stadium, daß die untere Schicht lesen und schreiben, also den Inhalt der agitatorischen Schriften in sich aufzunehmen, aber noch lange nicht selbständig denken und urteilen gelernt hat, folglich sehr empfänglich für Verführung geworden ist, namentlich dann, wenn scheinbare Erfolge eintreten, wie die Wahl von Sozialdemokraten zum Reichstag. Die untere Wählerschicht mit Hinzurechnung des platten Landes ist aber die bei weitem zahlreichste. Die Klasse der mit der Hand Arbeitenden und aller derjenigen, die aus der Hand in den Mund leben, überwiegt die Zahl der Wohlhabenden und Gebildeten so entschieden, daß sich die ärmere Klasse nur der Macht bewußt zu werden braucht, die ihr das allgemeine gleiche Wahlrecht gibt, um bei den Wahlen in Stadt und Land zu siegen und die Gebildeten und besser Situirten auszuschließen. Daher läßt sich mit Bestimmtheit vorhersehen, daß mit der Zeit das allgemeine gleiche Wahlrecht zu einer Majorität der unteren Wählerschichten und ihrer Leiter im Reichstage führen wird, wenn es nicht gelingt, in wirksamer Weise Abhilfe zu schaffen. Zu dem Zweck wird auf Beförderung der Volksbildung und auf

Bekämpfung der Sozialdemokratie durch Vereine und Belehrung hingewiesen. Man übersieht dabei aber, daß im günstigsten Falle noch Menschenalter vergehen müssen, bis die zahlreichste Wählerklasse die Sophismen in den verführerischen Vorträgen und Schriften zu durchschauen lernt, wenn sie überhaupt jemals dahin gelangt!

Geistige Fortbildung kann bei der arbeitenden Klasse, deren Unterricht und geistige Beschäftigung mit dem vierzehnten Jahre aufhört, nur äußerst langsame Fortschritte machen. Gibt es doch unter der gebildeten Klasse, sogar unter den Gelehrten, einzelne Personen, welche zwar nicht den entsittlichenden Lehren der Sozialdemokraten beipflichten, aber doch ganz unerfüllbare Forderungen zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse aufstellen und in ein förmliches, auf Staatshilfe und andere Verteilung des Privateigentums gegründetes System bringen. Abhilfe durch Belehrung ist deshalb so wenig wirksam, weil der Hinweis auf Fleiß und Sparsamkeit eine bittere Medizin ist, welcher die süße Lockspeise des Versprechens bequemen Lebens ohne Arbeit oder mit wenig Arbeit, der Staatshilfe und der Aneignung fremden Eigentums gegenübersteht. Ein Hauptmittel der Agitation ist die alle drei Jahre*) wiederkehrende Wahl zum deutschen Reichstage. So lange sich die Stimmenzahl, welche auf Sozialdemokraten fällt, vermehrt, wenn auch die Zahl der Gewählten nur langsam steigt, wird die Hoffnung genährt, daß die Sozialdemokraten mit der Zeit die Majorität erlangen und daß dann die Pforten zum irdischen Paradiese geöffnet sein werden. Die Agitation hätte ohne die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts zum Reichstage ihre jetzige Höhe schwerlich erreichen können.

Ich war im Irrtum, als ich auf Seite 44 meiner Schrift von 1851 behauptete, „daß es auf dem Wege der Verhandlung oder Oktroyirung gewiß nie wieder zum allgemeinen Wahlrecht kommen werde“. So wichtig nun die Förderung der Volksbildung, die allmäliche Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse und die Belehrung in Vereinen und durch Schriften auch ist, so wird doch mutmaßlich die Krisis viel früher eintreten, als jene Mittel zur Wirkung gelangt sein können. Höchst wahrscheinlich werden entweder die materiellen Nachteile der sozialdemokratischen Bewegung für die arbeitende Klasse selbst und die stets von neuem getäuschte Hoffnung der Arbeiter der wirksamen Agitation ein Ende machen, oder die Sozialisten werden, wie ein Teil ihrer Führer auf dem im Jahre 1877 abgehaltenen Kongreß in Gent offen erklärt hat, auf eine Revolution hinarbeiten und es zu einzelnen Revolten bringen, die der bewaffneten Macht unterliegen müssen, so lange diese nicht durch zahlreiche sozialdemokratische Elemente demoralisirt ist. Geschähe dies rechtzeitige Unterliegen der sozialen Revolutionspartei nicht, so wäre der Bürger-

*) Die Legislaturperiode des Reichstags dauert jetzt fünf Jahre. Vergl. das Gesetz, betreffend die Abänderung des Art. 24 der Reichsverfassung vom 19. März 1888, Reichsgesetzblatt S. 110.

krieg schlimmster Art unvermeidlich und der Kulturstaat stände auf dem Spiele. Noch immer aber halte ich diese Gefahr nicht für dringend. Die Sozialdemokraten können den Aufschwung der Industrie lähmen, das Verhältnis zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern immer mehr verbittern und auf sittlichem Gebiet allerlei Schaden anrichten; aber ehe es ihnen gelingen würde, den alten Kulturstaat auf den Kopf zu stellen, müßte noch sehr viel Wasser ins Meer laufen.

Die sozialdemokratische Bewegung allein kann keineswegs zur Basis des Urteils über das allgemeine gleiche Wahlrecht genommen werden. Dazu bedarf es eines höheren und allgemeineren Standpunkts. Es handelt sich darum, welche gesellschaftlichen Elemente das allgemeine, konsequent durchgeführte Wahlrecht zur Herrschaft im Staate bringen und welche Folgen dies haben wird. Um zu einem allgemein giltigen Resultat zu gelangen, braucht man sich nicht auf theoretisches Raisonnement allein zu stützen. Es liegt eine der großartigsten Erfahrungen vor in den Vereinigten Staaten von Amerika. Dort ist nach und nach das allgemeine gleiche Wahlrecht im Bundes- und in den Einzelstaaten zur Anwendung gekommen. Und welche Resultate hat es gegeben?

Wer sich darüber unterrichten will, der lese unter vielen anderen Schriften den zweiten Band des Werkes von Friedrich Kapp: „Aus und über Amerika.“ Kapp ist einer der klarsten und redlichsten Menschen, reich an wissenschaftlicher und praktischer Bildung; er hat eine lange Reihe von Jahren in Amerika gelebt, ist Bürger der Vereinigten Staaten, Advokat und sogar Beamter derselben gewesen. Er hat, wie er mir selbst sagte, bei Abfassung seines Buches gar nicht die Absicht gehabt, eine Philippika gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht zu schreiben; er erzählt selbst erlebte Thatsachen einfach und wahr. Dennoch ist Kapps Buch das Stärkste, was gegen das allgemeine Wahlrecht geschrieben werden kann. Das Ergebnis in kurzer Aufzählung ist: ein demoralisirtes, bestechliches Repräsentantenhaus, dessen Mitglieder von dem Präsidenten der Republik für seine Wahl und die Unterstützung seiner Regierung reich entschädigt sein wollen; ähnliche Verhältnisse in den gesetzgebenden Körperschaften der Einzelstaaten; Einführung des allgemeinen Wahlrechts in großen Stadtgemeinden, direkte Wahl der Kommunalbeamten und der Richter auf Zeit, meistens auf vier Jahre, das heißt auf die Dauer der Präsidentschaft; infolge dessen ein vollständig korrumpirtes Beamtencorps, das in den vier Jahren so viel zusammenstiehlt, als es irgend kann; von den Wählern und der Partei abhängige Richter; maßlose Verschwendung und großartigste Unterschlagung öffentlicher Gelder in Staat und Kommune. (Tammany-Ring!)

Die Ausdehnung des allgemeinen Wahlrechts auf die Kommunen ist kein abnormer Auswuchs, sondern die natürliche Konsequenz dieses ursprünglich nur für die Legislative zugestandenen Rechts. Daraus erklärt sich auch, daß ein Mann wie Virchow, der stets die letzten Konsequenzen rücksichtslos zu ziehen

sucht, bei der Revision der Städteordnung das allgemeine gleiche Wahlrecht eingeführt wissen will.

Wie ist nun aus solchen heillosen Zuständen in Amerika herauszukommen? Der jetzige Präsident Hayes*) schien den besten Willen zu haben und hat die bündigsten Versprechungen gemacht, der Korruption der Staatsbeamten abzuhelfen; aber er wagt es nicht einmal beim Zollwesen, energisch gegen die bestechlichen und betrügerischen Zollbeamten vorzugehen und ihre unnütz große Zahl zu beschränken. Sehr natürlich, er würde damit die korrumpirte Majorität im Repräsentantenhause verletzen, deren Unterstützung er in anderen Fragen nicht entbehren kann.

Soll es in den Vereinigten Staaten von Amerika besser werden, so müßten vor allem tüchtige Richter auf Lebenszeit angestellt und unabhängig von den Parteien gemacht werden; es müßte die willkürliche Absetzbarkeit der Staatsbeamten aufgehoben und das Recht zur Wahl der Kommunalbeamten den Gemeinderäten zurückgegeben werden, wie es die Stadt New-York bis zum Jahre 1842 besaß. Aber diese tief einschneidenden Reorganisationen können doch nur sowohl im Bundes- wie im Einzelstaat im Wege der Gesetzgebung durchgeführt werden, und die aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangenen legislativen Versammlungen werden sich wohl hüten, die Hauptquelle ihres Einflusses, ihrer Macht und ihres persönlichen Vorteils verstopfen zu helfen. Es bleibt nicht bloß beim alten, es wird von Jahr zu Jahr schlechter. Auf dem Rathause in New-York wird öffentlich mit Wahlzetteln gehandelt, die Wahlen, selbst die des Präsidenten, werden so gut wie öffentlich gefälscht, die Stimmen absichtlich falsch gezählt und dann im Wege des Kompromisses doch anerkannt. Dabei ist von Gesetzesvorschlägen zur Beseitigung solcher Mißbräuche gar nicht die Rede. In vier Jahren spielt die ganze Wahlkomödie von neuem. Die anständigen Leute ziehen sich von der politischen und kommunalen Thätigkeit zurück und überlassen das Feld den mißachteten Politikern, die ein Gewerbe daraus machen. Die öffentlichen Zustände müssen immer unerträglicher werden. Selbst der letzte Ausweg, die Selbsthilfe durch die Revolution, ist verschlossen, weil bei dem Mangel einer wirklichen Armee die zahlreichsten unteren Schichten, die Soldaten des allgemeinen Stimmrechts, die Majorität, also auch die Macht haben, die Gegner niederzuschlagen.

Bis vor nicht sehr langer Zeit bin ich der Meinung gewesen, daß der anglo-germanischen Rasse im Gegensatz zu der romanischen die Einsicht und Kraft innewohne, die größten Schäden wieder zu heilen und zu geordneten Zuständen zu gelangen; aber die Kappschen Mitteilungen und die Erfahrungen der letzten Jahre haben mich belehrt, und Kapp ist selbst der Meinung, daß das allgemeine Wahlrecht, namentlich in seiner Ausdehnung auf die Gemeinde,

---

*) Dieser Teil der Unruhschen Erinnerungen ist im Jahre 1877 geschrieben.

ein unheilbarer Krebsschaden ist und daß die Republik daran zu Grunde gehen kann. Das allgemeine Wahlrecht ist der Nagel zum Sarge der Republik. Dennoch bin ich nicht der Meinung, daß nun sofort in Deutschland das allgemeine Wahlrecht zum Reichstage abgeschafft werden müsse. Abgesehen davon, daß zur Zeit im Reichstage noch keine Majorität dafür zu erlangen sein würde, glaube ich, daß so tief einschneidende organische Umgestaltungen erst dann vorgenommen werden dürfen, wenn sich die Nachteile und Gefahren fast handgreiflich herausgestellt haben und keinen Aufschub mehr dulden.*) Die Notwendigkeit der Abhilfe muß erst der großen Majorität der

---

*) Nach einem Artikel der „Hamburger Nachrichten", betitelt „Fürst Bismarck und das Wahlrecht" (Nr. 217 v. 14. 9. 94) ist dieser Zeitpunkt noch nicht eingetreten. In dem gedachten Artikel heißt es: „Ein Berliner Blatt wirft dem Fürsten Bismarck wiederholt vor, daß er die Mängel des jetzigen Reichswahlgesetzes verschuldet habe. Wenn man die Opportunität der Einführung desselben kritisirt, so sollte man sich doch vor allen Dingen die Lage vergegenwärtigen, in der wir uns zu jener Zeit befanden. Die damalige Situation war so, daß wir kein Hilfsmittel, welches die Umstände bieten konnten, von Hause aus abschneiden und vernachlässigen durften. Es wäre leichtfertig gewesen, unsere Aufgabe auch nur theoretisch zu erschweren, weil man nicht wissen konnte, ob theoretische Fragen nicht bei dem unsicheren Verlaufe des Krieges von praktischem Gewicht werden konnten. Die Annahme des Frankfurter Wahlgesetzes im Jahre 1866 war aber ein Kampfmittel rebus sic stantibus; der Verzicht auf einen Teil und auf einen so wesentlichen des Frankfurter Programms, welches damals noch die Unterlage für die deutsche Nationalbewegung bildete, konnte als neue Verdächtigung der nationalen Gesinnungen Preußens ausgebeutet werden. Und wenn der Krieg nicht so günstig verlief, wie es der Fall war, so lag in der Entfesselung nationaler Begeisterung des deutschen Volkes ein gegebenes Stadium der weiteren Entwicklung. Noch gegenüber den französischen Zumutungen und Kriegsdrohungen in den Jahren 1866/67 war eins der Argumente von Gewicht, die Graf Bismarck dem französischen Botschafter im Interesse des Friedens entgegenhielt, in die Worte gefaßt: Qu'une guerre nationale entre les deux nations pourrait facilement dégénérer en guerre à coups de révolution. Es war von Wichtigkeit, auch in Frankreich den Glauben nicht zu beeinträchtigen, daß ein deutsches Kriegsprogramm ein rein nationales sein würde. Selbst bei den Entschließungen der süddeutschen Regierungen, bei denen das entscheidende Gewicht durch die natioale Gesinnung des Königs Ludwig von Bayern gegeben wurde, konnte die Frage nationaler Erhebungen nicht ohne Beachtung bleiben, gerade so wie die Symptome ungarischer nationaler Bewegungen während des Krieges von 1866 nicht ohne Bedeutung für das Wiener Kabinet bleiben konnten.

„In der damaligen Situation schien es bedenklich, von den deutschen nationalen Forderungen, so wie sie sich im Frankfurter Parlament gestaltet hatten, weiter als notwendig abzugehen und namentlich die Beteiligung der deutschen Nation an ihren Wahlen in dem Moment, wo eine entscheidende Erklärung notwendig war, irgendwie zu verkürzen oder herunter zu handeln. Außerdem war damals die Annahme berechtigt, daß die monarchische Gesinnung und dynastische Anhänglichkeit in den breitesten Schichten der Bevölkerung weniger angekränkelt war als in denjenigen, welche in den Parlamenten von Frankfurt bis zu dem preußischen Konflikte das Wort geführt hatten. Bei Annahme des Frankfurter Programms von 1849 war der Gedanke maßgebend, daß vor allem zunächst die deutsche Einigkeit und ihre europäische Anerkennung sicher zu stellen sei und daß die Steine, die für den hastigen Bau des Reiches vorhanden waren, auf ihre Haltbarkeit einstweilen so genau nicht zu prüfen wären, indem

Gebildeten zum Bewußtsein gekommen sein und das Bedürfnis der Verbesserung allgemeiner empfunden werden. In jenem Zeitpunkt wird dann auch, wenigstens bei den Gegnern des allgemeinen Wahlrechts, feststehen, was an dessen Stelle zu treten hat. Man soll nicht zerstören, ohne gleichzeitig neu zu bauen. Es geht mit dem allgemeinen Wahlrecht ähnlich wie mit dem Schutzzoll. Beide sind recht leicht einzuführen, aber sehr schwer abzuschaffen.

Zur Zeit ist das Klassenwahlsystem fast so unbeliebt als die Einführung eines Zensus. Was ich 1851 in meiner oben erwähnten Schrift gegen das Dreiklassenwahlgesetz anführe, ist größtenteils vom theoretischen Standpunkt aus richtig. Eine noch stärkere Verurteilung hat dieses Wahlsystem aus dem Munde des Reichskanzlers Fürsten Bismarck öffentlich erfahren. Von Einführung der Dreiklassenwahl, wo dieselbe noch nicht besteht, kann daher nicht die Rede sein. Aber eine andere Frage ist es, ob das jetzt für die Wahl zum preußischen Abgeordnetenhause und für städtische Wahlen seit achtundzwanzig Jahren in Kraft befindliche Dreiklassenwahlgesetz sofort abgeschafft und wodurch es ersetzt werden soll.

Die Erfahrung in diesem langen Zeitraume hat meine Vermutung auf Seite 51 meiner Schrift vollkommen bestätigt, daß unter gewissen Umständen, namentlich bei genügend erstarkter öffentlicher Meinung, alle möglichen Wahlgesetze dieselbe Majorität ergeben. Der aus dem allerkonservativsten Wahlgesetz hervorgegangene erste vereinigte Landtag war in den Hauptpunkten oppositionell. Die nach Klassen gewählte zweite Kammer von 1849 repräsentirte die erschlaffte Stimmung des ruhebedürftigen Landes. Mit dem Beginn der neuen Aera im Jahre 1858 schuf dasselbe Wahlgesetz ein sehr loyales Abgeordnetenhaus, das aber schon entschieden den Willen zeigte, die Zustände zu verbessern und die Rechte des Landes zu verteidigen. Als diese durch das Ministerium Bismarck angetastet schienen, schickten die in Klassen geteilten Wähler, trotz dreimaliger Auflösung und unter dem stärksten Druck der Regierungsorgane auf die Wahlen,

---

die deutsche Nation intelligent und selbstbewußt genug ist, um sich, sobald sie vom Ausland ungestört sich organisiren kann, nach ihrem Ermessen einzurichten. Es war die Ansicht maßgebend, welche sich in dem oft citirten Vergleiche aussprach: „Setzen wir Deutschland nur in den Sattel, reiten wird es schon können!" Es bestand die Ueberzeugung, daß ein Volk wie das deutsche wenn es zu der Erkenntnis gelangt, daß bei der ersten Gründung des Deutschen Reiches ihm nicht passende Einrichtungen mit übernommen seien, klug und besonnen genug sein werde, sie nach eigenem Ermessen zu verbessern.

„Sollte die Ueberzeugung, daß das heutige Wahlrecht schädlich sei, in der Mehrheit des deutschen Volkes vorhanden sein, so wird sich ein Weg dazu, dieser Ueberzeugung zu ihrem Recht zu verhelfen, finden lassen. Bisher ist eine amtlich erkennbare Anregung in dieser Richtung von keiner Seite erfolgt. Selbst die Heimlichkeit der Stimmabgabe, die ihrer Natur nach wie alle Heimlichkeiten in der Politik das germanische Selbstgefühl zuerst zum Widerspruch reizen kann, ist bisher niemals amtlich angefochten worden. So lange dies nicht geschieht und sogar regierungsseitig nicht geschieht, läßt sich auch die Behauptung, daß Deutschland sein Wahlrecht als verbesserungsbedürftig erkenne, nicht begründen."

immer von neuem eine sehr starke oppositionelle Majorität in das Abgeordnetenhaus. Im Jahre 1866 lieferte das unveränderte Klassenwahlgesetz eine Majorität, welche gern die Hand zur Ausgleichung des dreijährigen Konflikts bot und die vom ersten norddeutschen Reichstage beschlossene Reichsverfassung genehmigte. Wenn es der Minorität gelungen wäre, die Reichsverfassung zu verwerfen, so unterliegt es keinem Zweifel, daß ein nach demselben Wahlgesetz neu gewähltes Haus auf die Seite der Regierung getreten wäre und die Reichsverfassung mit großer Majorität angenommen hätte, wie es dem Willen des ganzen Landes entsprach. Auch in den späteren Stadien und bis jetzt kann man unmöglich verkennen, daß das preußische Abgeordnetenhaus die Bevölkerung wirklich und fast vollständig in allen ihren berechtigten Schattirungen repräsentirte und nur die Sozialdemokraten gänzlich ausschloß, was außer diesen selbst wohl niemand bedauern wird.

So irrationell das Dreiklassensystem auch ist, so hat es in diesen historischen Vorgängen in schwer bewegten Zeiten doch relativ gute Resultate ergeben. Soll man nun das mit dem Reichstag gewagte Experiment des allgemeinen Wahlrechts auch auf das Abgeordnetenhaus ausdehnen? Das wäre völlig unverantwortlich und widerspräche dem obersten Grundsatz, mit dem Staate nicht ohne die unbestreitbarste Notwendigkeit zu experimentiren, am wenigsten einem theoretischen Satze zu liebe, nach welchem den Menschen alle politischen Rechte, einschließlich der Verfügung über die Staatsgelder und der Fähigkeit gute Gesetze zu machen, angeboren werden. Selbst wenn dermaleinst eine Abänderung des Reichswahlgesetzes vorgenommen werden sollte, wird man wohlthun, den Erfolg abzuwarten, bevor man das Wahlgesetz für das Abgeordnetenhaus umgestaltet. Die Dreiklassenwahl umgekehrt auf den Reichstag zu übertragen, wäre ein ebenso ungünstiges Experiment, als die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für das Abgeordnetenhaus. Wenn mit dem einen oder dem andern Wahlgesetz unvermeidlich einmal eine Abänderung vorgenommen werden müßte, so könnte dieselbe kaum auf etwas anderes hinauslaufen als auf die Einführung eines Zensus, gegen den ich mich in meiner Schrift 1851 gerade so stark ausgesprochen habe wie gegen die Klassenwahl. Indessen sage ich auf Seite 50 ausdrücklich: „So stark auch die Gründe gegen den Zensus sein mögen, es wird der gewählte Deputirte doch in jedem Falle der Repräsentant seiner Wähler, der Ausdruck ihrer Majorität sein, beim Zensus ist ein Teil der Staatsbürger *gar nicht*, der andere aber *wirklich vertreten*. Der Zensus gibt *allen Wählern gleiches Recht* und der Gewählte ist der Bevollmächtigte dieser Personen." Daraus ergibt sich, daß der Zensus das rechte Mittel ist, eine untere kulturfeindliche Schicht auszuschließen, welche nach dem allgemeinen Wahlrecht zur Majorität und dadurch zur Herrschaft über die anderen Gesellschaftsklassen zu gelangen droht. Es ist völlig undenkbar, daß ein großer Staat mit monarchischer Spitze zusammen mit einem

legislativen Körper bestehen kann, dessen Mehrheit von Anschauungen und Grundsätzen wie die unserer Sozialdemokraten beherrscht wird. Fürst Bismarck hat es mit gutem Grunde während der Konfliktsperiode im preußischen Abgeordnetenhause ausgesprochen, daß das ganze konstitutionell-monarchische System auf einer Reihe von Kompromissen beruhe und daß, wo diese in wesentlichen Punkten nicht zu stande kommen, die Machtfrage eintritt. Zwischen Forderungen wie die der Sozialdemokraten und dem monarchischen Prinzip ist jede gütliche Uebereinkunft absolut unmöglich. Das wissen und sagen die Sozialdemokraten selbst. Sie führen Krieg gegen den monarchischen Kulturstaat mit gesetzlich erlaubten Mitteln, so lange sie nur diese haben, aber sobald sie hinreichende Macht zu besitzen glauben, mit Anwendung rohester Gewalt. Hat dieser Krieg ein gewisses Stadium erreicht, so erscheint der Zensus als eine milde Waffe im Vergleich mit Kartätschen und Shrapnels.

Von einem Ersatz des allgemeinen gleichen Wahlrechts durch Einführung einer Interessenvertretung kann gar nicht die Rede sein. Außer den Gründen, die ich in meiner Schrift a priori dagegen anführe, hat sich auch die Erfahrung, speziell beim österreichischen Reichsrat, entschieden dagegen ausgesprochen. Muß einmal das allgemeine Wahlrecht aufgegeben werden, so bleibt nichts übrig als der Zensus, der erfahrungsmäßig bei der berühmten preußischen Städteordnung von 1808 und auch bei der revidirten von 1831 trotz seiner unnötigen Höhe gute Resultate ergeben hat. Uebrigens braucht ein Zensus sich nicht ausschließlich auf die direkten Steuern zu stützen. Es kann das Einkommen zu Grunde gelegt werden, das bei der Veranlagung der Einkommensteuer ohnehin ermittelt werden muß und nicht nur für die Einkommen über 3000 Mark, sondern auch für die untere Schicht abgeschätzt wird.

Der Berichtigung bedürfen ferner mehrere Aeußerungen, die ich in meiner Schrift 1851 über das Königtum mache. Ich behaupte dort (Seite 26), daß aus der Person eines absolut gewesenen Monarchen nun und nimmer ein wirklich konstitutioneller König werden kann, und (Seite 36), daß es für den konstitutionellen Thron Deutschlands an jener Anhänglichkeit des Volkes fehle, welche ich (Seite 35) ganz richtig als die unentbehrlichste aller Grundlagen der konstitutionellen Monarchie erkläre; damit sei die Möglichkeit für immer geschwunden, die preußische Monarchie mit dem konstitutionellen Throne Deutschlands zu verschmelzen. Es mag sein, daß Kaiser Wilhelm I. als König von Preußen längere Zeit nach seinem Regierungsantritt den Landtag als eine nur beratende Behörde angesehen hat und sich nicht völlig klar bewußt gewesen ist, daß ganz positive königliche Rechte seit 1848 abgetreten sind und die früher absolute Monarchie durch die Verfassung beschränkt worden ist. Dadurch würden sich auch manche Vorgänge in der Konfliktszeit erklären. Aber die große Gewissenhaftigkeit des Kaisers und seine Stellung als deutscher Kaiser an der Spitze des von ihm begründeten Deutschen Reichs haben ihn ohne

Frage zu einem konstitutionellen Monarchen gemacht, wenn auch nicht im englischen, so doch gewiß im kontinentalen Sinne. Gleichzeitig haben ihm seine welthistorischen Thaten und die Art und Weise des Gebrauchs der neu erworbenen Macht die Anhänglichkeit und Dankbarkeit aller besseren Elemente Deutschlands in hohem Maße erworben. Die Geschichte hat mich glücklicherweise glänzend widerlegt; sie hat aber zugleich einen andern Ausspruch meiner Schrift (Seite 35) bestätigt, welcher dahin geht, daß bei einem monarchisch gesinnten Volk die Anhänglichkeit an die königliche Würde neben dem Mißtrauen, ja der Abneigung gegen die Person des Herrschers fortbestehen kann. Es ließen sich dafür recht schlagende Beispiele aus den letzten zwanzig Jahren anführen.

Die Aeußerung in meiner Schrift (Seite 56), daß das Volk pedantischen Gelehrtenkram verspotte, dagegen gründliches Wissen verlange und achte, erklärt sich aus dem Vertrauen zu dem gesunden Sinne der Volksmasse, das ich zu jener Zeit noch besaß, das aber durch die Erfahrungen des letzten Vierteljahrhunderts sehr bedeutend abgeschwächt worden ist. Die unteren Volksschichten gleichen der Kinderwelt, die scharf beobachtet, aber falsche Schlüsse daraus zieht und leichter zum Bösen zu verleiten, als zum Guten hinzuführen ist.

Auf einem Irrtum und dem Mangel an Erfahrung beruht es ferner, wenn ich in meiner Schrift (Seite 57) behaupte, daß das Veto der Krone ein so gut als ganz unbrauchbares Korrektiv sei. Dem von einer freigewählten Volksvertretung wiederholt ausgesprochenen, begründeten Verlangen gegenüber kann das immer von neuem angewendete Veto gefährliche Folgen haben; aber zur rechten Zeit richtig angewendet, ist es ein wertvolles Mittel, unheilvolle Beschlüsse unschädlich zu machen und die Wähler zur Besinnung zu bringen. Ich halte den Mangel des Veto in der Reichsverfassung für einen politischen Fehler, welcher nur dadurch gemildert wird, daß der Bundesrat, dem die Zustimmung oder Ablehnung bei jedem Beschlusse des Reichstags zusteht, an der Regierungsgewalt direkt teilnimmt. Es lassen sich aber Fälle denken, in denen die partikularistische Strömung zeitweise den Bundesrat und den Reichstag beherrscht und das Veto des Kaisers dann schmerzlich vermißt werden würde.

Der Zweifel, den ich auf Seite 105 und 112 darüber ausspreche, ob ein wirklicher Bundesstaat mit einer großen Anzahl souveräner Fürsten möglich sei, ist durch die Vorgänge von 1866 bis 1877 beseitigt worden; aber für die Beantwortung der Frage, ob ein solcher Bundesstaat auch für eine lange Dauer haltbar und zur Ueberwindung großer Krisen geeignet sei, ist die Erfahrung von 11 Jahren doch eine sehr kurze. Der fernere Verlauf kann offenbar zwei ganz entgegengesetzte Richtungen einschlagen; nämlich entweder zur Auflösung oder zur Annäherung an den Einheitsstaat führen durch Vernichtung der ohnehin schon durch die jetzige Reichsverfassung und die erlassenen Reichsgesetze geschwächten Souveränität der Einzelstaaten. Bis jetzt hat sich die

Reichsgewalt unter äußerst vorsichtiger und rücksichtsvoller Leitung nach und nach verstärkt und nach außen das volle Ansehen und Gewicht einer einheitlichen Großmacht gewonnen. Die ganze Zukunft Deutschlands wird davon abhängen, ob der bisherige Weg konsequent, aber ohne Uebereilung verfolgt wird und die Einzelfürsten immer mehr zu der Einsicht gelangen, daß ihre Zukunft nur unter dem Schutz einer starken Reichsgewalt gesichert ist und jede Lostrennung nichts anderes sein würde als ein Vabanque-Spielen um die eigene Existenz.

Bestätigen kann ich nur die Behauptung auf Seite 105 der Schrift, daß jede (haltbare) Staatsform (und Staatsbildung) nur das Produkt eines historischen Prozesses sein kann. Man sieht der Reichsverfassung diese Entstehungsweise deutlich an. Sie ist nichts weniger als die Folge einer Anordnung von oben herunter, einer Oktroyirung, sondern ein aus dem dringenden Bedürfnis und dem Willen des deutschen Volks hervorgegangener, noch in der Ausbildung befindlicher Organismus. Gerade diese Eigenschaft hat der Reichsverfassung die schroffste Verurteilung der Radikalen zugezogen, die sich von ihrer fertigen Verfassungsschablone nicht losmachen können.

Vieles von dem, was ich an verschiedenen Stellen meiner Schrift über das stehende Heer, über Volksbewaffnung, Bürgerwehr und Miliz, über Isolirung der Offiziere von allen anderen Berufsständen, Ehrengerichte sage, war teils eine Folge tiefer Verstimmung und Erbitterung über die Niederlage Preußens in Olmütz und Warschau, teils aus dem Mangel an genügender Kenntnis militärischer Einrichtungen und Ziele hervorgegangen. Ich wollte in jener Parteischrift der Reaktion Trotz bieten. Eine Wiedergabe und eine Widerlegung einzelner Aeußerungen in meiner Schrift halte ich hier nicht für angemessen; indessen will ich doch einzelnes hervorheben, aus dem sich zugleich mein jetziger Standpunkt ergibt.

Ich habe schon in dem früher Gesagten*) mich gegen eine Miliz oder Nationalgarde neben dem stehenden Heer ganz entschieden ausgesprochen. Den Ersatz des letzteren durch ein Milizsystem erklärte ich schon in meiner Schrift von 1851 auf Seite 72 für absolut unthunlich und nenne es auf Seite 125 ein unglückliches Experiment mit wenig Aussicht auf Erfolg, wenn man einer großen regulären Armee im eigenen Lande durch eine Miliz widerstehen will, statt dieselbe nur zur Verstärkung und zur Reserve eines Volksheeres zu benutzen. Auf Seite 73 spreche ich von der freien Wahl der Führer bei der provisorischen Errichtung der Bürgerwehr in Berlin im März 1848. Wie ich über diesen Punkt bei definitiven Organisationen schon damals dachte, ergibt sich aus einer Stelle der Denkwürdigkeiten des Generals von Brandt**) (stückweise publizirt in der deutschen Rundschau von 1877, Heft 12). Dort

*) Vergl. oben S. 86.
**) Vergl. oben S. 99. 105.

erzählt der General, daß er in einer Kommission der Nationalversammlung 1848 das Recht der Krone zur Ernennung der Offiziere bei der Landwehr bis zur Erschöpfung verteidigt habe, während die große Mehrzahl der Kommissionsmitglieder für die Wahl der Offiziere durch die Leute stimmte. Der General setzt dann hinzu: „Der Kampf war sehr hitzig, aber ich siegte zuletzt und muß es rühmend anerkennen, daß mir Herr von Unruh dabei redlich beigestanden hat.“

Zu jener Zeit war ich der Meinung, daß die jüngeren Offiziere völlig ungenügend beschäftigt seien. Später habe ich mich überzeugt, daß dies ein Irrtum ist und daß vielleicht in keiner Armee auch der junge Offizier so in Anspruch genommen wird als in der preußischen. Der damalige Mangel an Sympathie für die Armee in der liberalen Partei erklärt sich einmal daraus, daß in jener nicht nur das Junkertum, sondern die Reaktion stark vertreten war, und dann aus dem Umstande, daß Preußen seit 1815 etwa die Hälfte seiner gesamten Staatseinnahmen einschließlich der Steuern für das Heer ausgegeben und doch eine stagnirende, unselbständige Politik am Schlepptau von Oesterreich und Rußland befolgt hatte. Schon mit dem Regierungsantritt des jetzigen Königs besserte sich die Stimmung, und seit dem Kriege im Jahre 1866 trat ein vollständiger Umschwung ein.

Endlich will ich noch ganz kurz anführen, daß in meiner Schrift noch eine Behauptung enthalten ist, die sich glücklicherweise als ein Irrtum herausgestellt hat; ich hielt damals die Aufreibung des monarchischen Prinzips und die Zersetzung der Mittelparteien für das unvermeidliche Resultat des geschichtlichen Prozesses, den wir in jener Zeit durchmachten. Der monarchische Sinn des Volks hat sich aber viel stärker erwiesen, als ich annahm, und die spätere Erfahrung hat mich überzeugt, daß die Mittelparteien wohl in sehr aufgeregter Zeit von den anderen für eine kurze Periode überflutet, aber niemals vernichtet werden können und daß sie gerade das sicherste Fundament für jede vernünftige Regierung sind. Wo sich der Inhaber der Macht auf eine der extremen Parteien stützen will, wird der Umschwung in nicht allzu langer Zeit mit Notwendigkeit eintreten.

An meine Schrift knüpft sich noch die Erinnerung an die damaligen Zustände in unserem Gerichtswesen, die lebhaft an Frankreich erinnern. Ich gab mein Manuskript einem mir befreundeten Juristen, dem Justizrat Harte, der zu den Konservativen, höchstens zu den Gothaern gehörte, und bat ihn um seine Meinung, ob ich mit Grund wegen des Inhalts meiner Schrift angeklagt und verurteilt werden könne. Harte riet mir, das Raisonnement über die willkürliche Verwandlung der Festungshaft, zu der Kinkel verurteilt war, in Zuchthausstrafe, fortzulassen, und meinte, sonst enthielte die Schrift nichts Unerlaubtes. Dieselbe wurde in Berlin in Beschlag genommen, aber nach einer Rückfrage in Magdeburg bald wieder freigegeben. Etwa zwei Jahre

später, als die Wogen der Reaktion immer höher gingen, sagte mir Harte: „Seien Sie froh, daß Ihre Schrift nicht jetzt erscheint, jetzt würden Sie ohne Zweifel angeklagt und — sicher auch verurteilt." Wir waren also so weit gekommen, daß die Anklage und Verurteilung eines solchen Schriftstücks nicht von einer objektiven Beurteilung des Inhalts, sondern von der politischen Tendenz der Regierung und der Fügsamkeit der tendenziös zusammengestellten Strafabteilungen abhing.

Zusammenkunft in Hamburg.

Meine Broschüre gab auch Veranlassung zur Teilnahme an einer Versammlung in Hamburg, die leicht auch für mich sehr unangenehme Folgen hätte haben können. Eines Tages besuchte mich nämlich in Magdeburg der mir ganz unbekannte Dr. Ladendorf*) und sagte mir, daß meine Schrift ihn bewogen habe, mir mitzuteilen, daß in Hamburg eine Versammlung entschieden liberaler Männer stattfinden würde, welche über unsere Zustände und die Mittel, denselben abzuhelfen, beraten wollten. Dabei erwähnte er, daß die früheren Minister Rodbertus und Habicht (Dessau) anwesend sein würden. Ich antwortete ihm, daß meine Geschäfte mich ohnehin öfter nach Hamburg führten und ich kein Bedenken trüge, an einer solchen Besprechung teilzunehmen, jedoch unter der Voraussetzung, daß man keine Heimlichkeiten treiben oder konspiriren wolle.

Bald darauf, bei einer geschäftlichen Anwesenheit in Berlin, wollte ich Herrn Ladendorf meinen Gegenbesuch machen, fand ihn nicht zu Hause und hörte von seinen Wirtsleuten, daß er mich zu sprechen wünsche, sich aber jetzt bei dem Dr. Falkenthal in Moabit befände; es würde ihm jedenfalls sehr angenehm sein, wenn ich ihn dort aufsuchte. Dies that ich, weil ich am andern Morgen wieder abreisen mußte. Auf mein Klingeln an der Wohnung des Dr. Falkenthal öffnete eine alte Frau und antwortete, offenbar etwas verlegen, auf meine Frage, ob Dr. Ladendorf hier sei und ich ihn sprechen könne, sie wisse es nicht genau, vielleicht sei er da, sie wisse auch nicht, ob sie mich einlassen könne. Ich wollte fortgehen, aber die Frau bat mich, etwas zu warten. Darauf ließ sie mich ein. Ich fand dort außer dem Dr. Ladendorf und Dr. Falkenthal noch einen jungen Kaufmann und, wenn ich mich recht erinnere, noch eine vierte Person. Wir sprachen zuerst von der Hamburger Zusammenkunft, dann aber that Falkenthal mir auffallende Aeußerungen. Er sprach

---

*) Dr. August Ladendorf büßte später wegen hochverräterischer Unternehmungen eine mehrjährige Zuchthausstrafe ab. Vergl. die Schrift: Sechs Jahre Gefangenschaft unter den Folgen des Staatsstreichs und der Kampf ums Recht in der neuen Aera. Ein Beitrag zur geschichtlichen Charakteristik der Reaktion und deren Handlungen. Von Dr. August Ladendorf. Leipzig, Verlag von Otto Wiegand, 1862.

davon, daß man doch nicht billigen und die Reaktion beliebig weiter wirtschaften lassen könne.

Auf die Bedenken, die ich gegen jeden Aufstandsversuch aussprach, wurde lebhaft erwidert, es komme auf die Organisation und die Mittel an. Falkenthal sprach sogar von Handgranaten. Dadurch wurde es augenscheinlich, daß eine Konspiration im Plane liege. Bis dahin hatte ich mich ziemlich reservirt verhalten; nunmehr erklärte ich aber rund heraus, daß sich Revolutionen nicht bestellen und anfertigen ließen, daß die Bevölkerung nichts weniger als revolutionär gestimmt sei, und daß ich das Hervorrufen eines Putsches, welcher der Reaktion sehr willkommen sein würde, nicht allein für verbrecherisch, sondern auch für höchst thöricht hielte und sie ernstlich davor warnen müsse, sich und andere Leute ins Verderben zu stürzen; ich hoffte, sie hätten bis jetzt nur diskutirt, aber nicht die Absicht, etwas ins Werk zu setzen.

Die Herren waren augenscheinlich betroffen, und ich entfernte mich. Bei näherer Ueberlegung hielt ich es nicht für richtig, die Versammlung in Hamburg zu vermeiden, vielmehr entschloß ich mich erst recht, dorthin zu reisen und — wenn nötig — Unheil zu verhüten. In der That erschienen Rodbertus, Habicht, ein damals radikaler Advokat aus Hamburg, Ladendorf und noch einige andere Personen. Wir versammelten uns in einer Restauration. Als Ladendorf wünschte, daß wir zuvörderst ein geschlossenes Lokal aufsuchen sollten, wo wir nicht behorcht werden könnten, trat ich ihm mit der Erklärung entgegen, daß wir nichts zu verhandeln hätten, was nicht jedermann hören könne, auf Heimlichkeiten ließe ich mich nicht ein. Rodbertus sowie der sehr ängstliche Habicht und andere traten mir bei. Wir blieben bei offenen Thüren in einem Zimmer, durch das Kellner und zuweilen auch andere Personen zirkulirten, besprachen die politische Lage und waren mit Ausnahme von Ladendorf der Meinung, daß sich gegen die Reaktion zur Zeit durchaus nichts thun lasse, als in der Presse so viel zu wirken als thunlich. Wir „beschlossen“ fast einstimmig, daß nichts zu beschließen sei. Ladendorf brachte Geldsammlungen in Antrag für politisch Verfolgte und andere politische Zwecke und verlangte, daß das gesammelte Geld an ein in Berlin zu bildendes Komite gesendet werden solle. Ich erwiderte, daß jede größere Stadt, wie auch Magdeburg, große Mühe habe, so viel Geld zusammenzubringen, als zur Linderung der äußersten Not, nicht nur politischer Flüchtlinge, sondern der durch die Reaktion aus Amt und Einkommen entfernten Beamten und Lehrer im nächsten Umkreise notwendig sei; wir würden keinen Pfennig nach Berlin schicken. Dabei blieb es.

Als später der bekannte Prozeß gegen Ladendorf, Falkenthal und den mir schon damals bekannten mecklenburgischen Advokaten Moriz Wiggers eingeleitet wurde, hörte ich zu meinem großen Bedauern, daß Wiggers nach meiner Abreise von Hamburg dorthin gekommen sei und mit mehreren Teilnehmern

der stattgehabten Versammlung, namentlich mit Ladendorf, verkehrt habe. Ich beklagte es aufs äußerste, daß ich keine Gelegenheit gehabt hätte, Wiggers, von dem ich gar nicht wußte, daß er mit Ladendorf bekannt sei, vor diesem zu warnen. Solche Warnungen hatte ich aber in Magdeburg mit Erfolg verbreitet. Dr. Ladendorf stellte sich dort ein, besuchte die sogenannten Führer der liberalen Partei, schimpfte auf mich und suchte Verbindungen anzuknüpfen. Ihm wurde erwidert, man sei mit mir ganz einverstanden und einig.

Ein Gespräch mit dem General-Polizeidirektor von Hinckeldey.

Ich hatte seit etwa zwei Jahren an diese Hamburger Geschichte gar nicht mehr gedacht, als ich einen Brief von dem damaligen Redakteur der Nationalzeitung, Dr. Zabel (nicht durch die Post), erhielt, worin dieser mir mitteilte, die Versammlung in Hamburg sei zur Kenntnis der Polizei gekommen und der Polizeipräsident und Generalpolizeidirektor von Hinckeldey beabsichtige, sämtliche Teilnehmer verhaften zu lassen und möglichst lange in Haft zu behalten, damit sie doch längere Zeit unschädlich gemacht würden, selbst für den Fall, daß die Voruntersuchung nicht zur gerichtlichen Anklage führe. Zabel, ein sehr braver und ehrenwerter Mann, deutete in seinem Schreiben an, ob ich mich etwa der Haft durch Flucht ins Ausland entziehen wolle, was mir nicht entfernt in den Sinn kam. Auch von Herrn Habicht kam mir vertraulich ein Brief zu, in welchem er in etwas mysteriöser Weise dieselbe Nachricht gab wie Zabel und mir Rat erteilte, was ich im Falle der Vernehmung aussagen solle. Ich antwortete, daß ich — wenn man mich vernehme — einfach bei der vollen Wahrheit stehen bleiben würde. Es sei durchaus nichts Strafbares vorgefallen.

Bald darauf bekam ich dringende Veranlassung, mich persönlich bei Herrn von Hinckeldey zu beschweren. Ich war nämlich von verschiedenen Seiten darauf aufmerksam gemacht worden, daß ich auf Reisen und wahrscheinlich auch in Magdeburg polizeilich überwacht werde. In Köln teilte mir der Wirt des Hotels mit, daß ein Polizeibeamter in Zivilkleidern förmlich Wache hielte und sich bei den Leuten des Hotels erkundige, wer mich besuche und wohin ich ginge. In Schwerin in Mecklenburg, wohin ich auf Ersuchen des dortigen Magistrats gereist war, um ein Gutachten über die dortige Gasanstalt abzugeben, sagte mir der Polizeisenator, der Magistrat sei von der Magdeburger Polizei schon vor meiner Ankunft benachrichtigt worden, daß ich dort erscheinen werde, und gleichzeitig ersucht worden, darauf zu vigiliren, was ich dort treibe und mit wem ich zusammen käme. Der Senator meinte, er wolle gar nicht antworten; ich bat ihn aber, dies ja nicht zu unterlassen, sondern zu erwidern, ich sei auf Requisition des Magistrats dort anwesend und sei den ganzen Tag mit Magistratsmitgliedern zusammen. Natürlich empörte es mich, daß ich,

obgleich niemals in Untersuchung gewesen, gerade wie ein gefährlicher Vagabund behandelt wurde.

Nicht lange nachher traf ich zufällig mit dem schon bei Gelegenheit des Streits mit Herrn von Niebuhr*) erwähnten Herrn von Bodelschwingh, dem nachherigen Oberpräsidenten in Kassel, in einem Hotel zusammen. Wir waren, als er noch in Magdeburg wohnte, gut bekannt mit einander geworden. Der höchst ehrenwerte und liebenswürdige Mann freute sich, daß ich die Verhältnisse jetzt ruhiger auffaßte, worauf ich äußerte, es bliebe wohl nichts übrig, als still zu halten, obgleich noch immer von seiten der Regierung Schritte gegen mich geschähen, die mir das Blut in den Kopf trieben; man versuche nicht allein, mich aus meinen geschäftlichen Stellungen in der Privatindustrie zu vertreiben und mich brotlos zu machen, sondern man überwache mich polizeilich wie einen Spitzbuben.

Der äußerst konservative hohe Regierungsbeamte war entrüstet, namentlich über diese geheime polizeiliche Aufsicht und meinte, ich dürfe mir so etwas nicht gefallen lassen. Ich wies darauf hin, daß mir jedes Mittel zur Abwehr fehle. Beschwerden bei der oberen Instanz könnten nichts helfen, weil die Anordnung solcher Maßregel jedenfalls von oben ausginge, ich würde mich nur verletzenden Bescheiden aussetzen; gerichtliche Klagen wären bei dem gänzlichen Mangel eines Klagerechts gegen polizeiliche und Verwaltungsmaßnahmen unzulässig.

Bodelschwingh blieb dabei, ich müsse mich wehren. Da fiel mir ein, daß ich den Versuch machen könne, mich persönlich mündlich bei Hinckeldey zu beschweren, der kürzlich zum Generalpolizeidirektor ernannt worden war; wobei ich wenigstens die Chance hätte, eventuell Grobheit mit Grobheit zu erwidern. Bodelschwingh bestärkte mich eifrig in diesem Vorsatz.

So ging ich denn zu Hinckeldey und wurde sehr artig aufgenommen. Er nötigte mich auf das Sofa und fragte nach meinem Begehren. Ich trug ihm die Thatsachen der polizeilichen Ueberwachung vor, worauf er versicherte, daß dieselbe nicht von ihm ausgehe, er wisse gar nichts davon, halte auch die Maßregel für eine ganz unmotivirte und unnütze; er sei genau davon unterrichtet, daß ich entschiedener Gegner jeder Konspiration sei. Als ich ihn dann bat, dem Skandal ein Ende zu machen, erwiderte er: „Sie sind ja lange genug Staatsbeamter gewesen, um zu wissen, daß man nach oben keine Schritte thun solle, wenn man vorher wisse, daß man nicht durchdringe;" ich möchte ihm beim nächsten Fall auf frischer That Anzeige machen; er werde dann in Form von Anfragen der Sache ein Ende zu machen suchen. So geschah es auch. Es stand nicht in der Macht des Generalpolizeidirektors, mich sofort direkt in Schutz zu nehmen. Es ist mir später klar geworden, daß die Maßregel weder von dem damaligen Polizeidirektor in Magdeburg, von Gerhard,

*) Vergl. S. 118—120.

noch von dem Minister des Innern, sondern höchst wahrscheinlich von dem fanatisch reaktionären damaligen Oberpräsidenten N. ausgegangen war.

Die freundliche und anständige Aufnahme von Hinckeldey veranlaßte mich, von den oben erwähnten Hindernissen zu sprechen, die man meinem Erwerbe und dadurch der Sorge für meine Familie in den Weg legte. Hinckeldey erwiderte, er hielte auch diese Schritte gegen mich für verkehrte, wie ich schon daraus entnehmen könne, daß er meinem häufigen Aufenthalte in Berlin niemals entgegen getreten sei. Auf meine Bemerkung, daß es dazu auch an jeder gesetzlichen Berechtigung fehle, äußerte er mit einem ironischen Lächeln: „Wie kann man jetzt und bei solchen Dingen vom Gesetz sprechen." Als ich ihm dann erzählte, daß man in Oesterreich, wo ich mich oft in Geschäften aufhielte, mir niemals Schwierigkeiten gemacht habe, weder in Wien noch in Krakau und Lemberg, rief Hinckeldey aus: „Wie können Sie Oesterreich mit Preußen vergleichen! Wenn Sie in Oesterreich gelebt hätten, so wären Sie längst zu Pulver und Blei begnadigt oder säßen auf der Festung." — „Sehr möglich" — erwiderte ich — „aber ohne Frage wären solche harten und barbarischen Maßregeln wirksam und brächen jeden Widerstand; dagegen erbitterten die preußischen Nadelstiche und reizten zur Opposition."

Ich wollte eben aufstehen, als Hinckeldey äußerte: „Herr von Unruh, Sie führen ein ehrenwertes, arbeitsames Leben, setzen Sie dasselbe ruhig fort, durch mich werden Sie niemals gestört werden; aber wie ist es möglich, daß ein Mann wie Sie einem geheimen demokratischen Kongreß beiwohnt? — Ich bin genau davon unterrichtet." Im ersten Augenblick wußte ich nicht, was Hinckeldey eigentlich meinte, dann fiel mir die Versammlung in Hamburg ein. Ich fragte Hinckeldey, wo denn jener demokratische Kongreß stattgefunden habe? Und als Hinckeldey Hamburg nannte, sagte ich ihm in halb scherzhaftem Ton, ich habe wohl schon lange gewußt, daß unsere Polizei, namentlich die geheime, oft recht ungeschickt sei, aber ich hätte sie doch nicht für so schlecht unterrichtet gehalten. Wenn es ihn interessire, so wolle ich ihm den Hergang sehr gern speziell mitteilen. Es hätten sich in Hamburg vor zwei Jahren etwa acht Personen, darunter zwei frühere Minister, zusammengefunden, in einem öffentlichen Lokal, bei offenen Thüren und zirkulirendem Publikum, in Gegenwart der Kellner die politische Lage besprochen und endlich den Beschluß gefaßt, daß nichts zu thun und nichts zu beschließen sei. Wenn die Polizei diesen Vorgang einen geheimen „demokratischen Kongreß" nenne, so dokumentire sie ihre Unwissenheit. Ich sei von den Schritten und angeblichen Absichten der Polizei besser unterrichtet. Und nun las ich Hinckeldey den Brief von Zabel, den ich zufällig noch in meinem Taschenbuch hatte, natürlich mit Weglassung des Namens, vor mit dem Bemerken, es fiele mir gar nicht ein, flüchtig zu werden; es sei in Hamburg nicht das mindeste Ungesetzliche vorgekommen, und ich sähe

immer von neuem eine sehr starke oppositionelle Majorität in das Abgeordnetenhaus. Im Jahre 1866 lieferte das unveränderte Klassenwahlgesetz eine Majorität, welche gern die Hand zur Ausgleichung des dreijährigen Konflikts bot und die vom ersten norddeutschen Reichstage beschlossene Reichsverfassung genehmigte. Wenn es der Minorität gelungen wäre, die Reichsverfassung zu verwerfen, so unterliegt es keinem Zweifel, daß ein nach demselben Wahlgesetz neu gewähltes Haus auf die Seite der Regierung getreten wäre und die Reichsverfassung mit großer Majorität angenommen hätte, wie es dem Willen des ganzen Landes entsprach. Auch in den späteren Stadien und bis jetzt kann man unmöglich verkennen, daß das preußische Abgeordnetenhaus die Bevölkerung wirklich und fast vollständig in allen ihren berechtigten Schattirungen repräsentirte und nur die Sozialdemokraten gänzlich ausschloß, was außer diesen selbst wohl niemand bedauern wird.

So irrationell das Dreiklassensystem auch ist, so hat es in diesen historischen Vorgängen in schwer bewegten Zeiten doch relativ gute Resultate ergeben. Soll man nun das mit dem Reichstag gewagte Experiment des allgemeinen Wahlrechts auch auf das Abgeordnetenhaus ausdehnen? Das wäre völlig unverantwortlich und widerspräche dem obersten Grundsatz, mit dem Staate nicht ohne die unbestreitbarste Notwendigkeit zu experimentiren, am wenigsten einem theoretischen Satze zu liebe, nach welchem den Menschen alle politischen Rechte, einschließlich der Verfügung über die Staatsgelder und der Fähigkeit gute Gesetze zu machen, angeboren werden. Selbst wenn dermaleinst eine Abänderung des Reichswahlgesetzes vorgenommen werden sollte, wird man wohlthun, den Erfolg abzuwarten, bevor man das Wahlgesetz für das Abgeordnetenhaus umgestaltet. Die Dreiklassenwahl umgekehrt auf den Reichstag zu übertragen, wäre ein ebenso ungünstiges Experiment, als die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für das Abgeordnetenhaus. Wenn mit dem einen oder dem andern Wahlgesetz unvermeidlich einmal eine Abänderung vorgenommen werden müßte, so könnte dieselbe kaum auf etwas anderes hinauslaufen als auf die Einführung eines Zensus, gegen den ich mich in meiner Schrift 1851 gerade so stark ausgesprochen habe wie gegen die Klassenwahl. Indessen sage ich auf Seite 50 ausdrücklich: „So stark auch die Gründe gegen den Zensus sein mögen, es wird der gewählte Deputirte doch in jedem Falle der Repräsentant seiner Wähler, der Ausdruck ihrer Majorität sein, beim Zensus ist ein Teil der Staatsbürger *gar nicht*, der andere aber *wirklich vertreten*. Der Zensus gibt *allen Wählern gleiches Recht* und der Gewählte ist der Bevollmächtigte dieser Personen.“ Daraus ergibt sich, daß der Zensus das rechte Mittel ist, eine untere kulturfeindliche Schicht auszuschließen, welche nach dem allgemeinen Wahlrecht zur Majorität und dadurch zur Herrschaft über die anderen Gesellschaftsklassen zu gelangen droht. Es ist völlig undenkbar, daß ein großer Staat mit monarchischer Spitze zusammen mit einem

legislativen Körper bestehen kann, dessen Mehrheit von Anschauungen und Grundsätzen wie die unserer Sozialdemokraten beherrscht wird. Fürst Bismarck hat es mit gutem Grunde während der Konfliktsperiode im preußischen Abgeordnetenhause ausgesprochen, daß das ganze konstitutionell-monarchische System auf einer Reihe von Kompromissen beruhe und daß, wo diese in wesentlichen Punkten nicht zu stande kommen, die Machtfrage eintritt. Zwischen Forderungen wie die der Sozialdemokraten und dem monarchischen Prinzip ist jede gütliche Uebereinkunft absolut unmöglich. Das wissen und sagen die Sozialdemokraten selbst. Sie führen Krieg gegen den monarchischen Kulturstaat mit gesetzlich erlaubten Mitteln, so lange sie nur diese haben, aber sobald sie hinreichende Macht zu besitzen glauben, mit Anwendung rohester Gewalt. Hat dieser Krieg ein gewisses Stadium erreicht, so erscheint der Zensus als eine milde Waffe im Vergleich mit Kartätschen und Shrapnels.

Von einem Ersatz des allgemeinen gleichen Wahlrechts durch Einführung einer Interessenvertretung kann gar nicht die Rede sein. Außer den Gründen, die ich in meiner Schrift a priori dagegen anführe, hat sich auch die Erfahrung, speziell beim österreichischen Reichsrat, entschieden dagegen ausgesprochen. Muß einmal das allgemeine Wahlrecht aufgegeben werden, so bleibt nichts übrig als der Zensus, der erfahrungsmäßig bei der berühmten preußischen Städteordnung von 1808 und auch bei der revidirten von 1831 trotz seiner unnötigen Höhe gute Resultate ergeben hat. Uebrigens braucht ein Zensus sich nicht ausschließlich auf die direkten Steuern zu stützen. Es kann das Einkommen zu Grunde gelegt werden, das bei der Veranlagung der Einkommensteuer ohnehin ermittelt werden muß und nicht nur für die Einkommen über 3000 Mark, sondern auch für die untere Schicht abgeschätzt wird.

Der Berichtigung bedürfen ferner mehrere Aeußerungen, die ich in meiner Schrift 1851 über das Königtum mache. Ich behaupte dort (Seite 26), daß aus der Person eines absolut gewesenen Monarchen nun und nimmer ein wirklich konstitutioneller König werden kann, und (Seite 36), daß es für den konstitutionellen Thron Deutschlands an jener Anhänglichkeit des Volkes fehle, welche ich (Seite 35) ganz richtig als die unentbehrlichste aller Grundlagen der konstitutionellen Monarchie erkläre; damit sei die Möglichkeit für immer geschwunden, die preußische Monarchie mit dem konstitutionellen Throne Deutschlands zu verschmelzen. Es mag sein, daß Kaiser Wilhelm I. als König von Preußen längere Zeit nach seinem Regierungsantritt den Landtag als eine nur beratende Behörde angesehen hat und sich nicht völlig klar bewußt gewesen ist, daß ganz positive königliche Rechte seit 1848 abgetreten sind und die früher absolute Monarchie durch die Verfassung beschränkt worden ist. Dadurch würden sich auch manche Vorgänge in der Konfliktszeit erklären. Aber die große Gewissenhaftigkeit des Kaisers und seine Stellung als deutscher Kaiser an der Spitze des von ihm begründeten Deutschen Reichs haben ihn ohne

immer von neuem eine sehr starke oppositionelle Majorität in das Abgeordnetenhaus. Im Jahre 1866 lieferte das unveränderte Klassenwahlgesetz eine Majorität, welche gern die Hand zur Ausgleichung des dreijährigen Konflikts bot und die vom ersten norddeutschen Reichstage beschlossene Reichsverfassung genehmigte. Wenn es der Minorität gelungen wäre, die Reichsverfassung zu verwerfen, so unterliegt es keinem Zweifel, daß ein nach demselben Wahlgesetz neu gewähltes Haus auf die Seite der Regierung getreten wäre und die Reichsverfassung mit großer Majorität angenommen hätte, wie es dem Willen des ganzen Landes entsprach. Auch in den späteren Stadien und bis jetzt kann man unmöglich verkennen, daß das preußische Abgeordnetenhaus die Bevölkerung wirklich und fast vollständig in allen ihren berechtigten Schattirungen repräsentirte und nur die Sozialdemokraten gänzlich ausschloß, was außer diesen selbst wohl niemand bedauern wird.

So irrationell das Dreiklassensystem auch ist, so hat es in diesen historischen Vorgängen in schwer bewegten Zeiten doch relativ gute Resultate ergeben. Soll man nun das mit dem Reichstag gewagte Experiment des allgemeinen Wahlrechts auch auf das Abgeordnetenhaus ausdehnen? Das wäre völlig unverantwortlich und widerspräche dem obersten Grundsatz, mit dem Staate nicht ohne die unbestreitbarste Notwendigkeit zu experimentiren, am wenigsten einem theoretischen Satze zu liebe, nach welchem den Menschen alle politischen Rechte, einschließlich der Verfügung über die Staatsgelder und der Fähigkeit gute Gesetze zu machen, angeboren werden. Selbst wenn dermaleinst eine Abänderung des Reichswahlgesetzes vorgenommen werden sollte, wird man wohlthun, den Erfolg abzuwarten, bevor man das Wahlgesetz für das Abgeordnetenhaus umgestaltet. Die Dreiklassenwahl umgekehrt auf den Reichstag zu übertragen, wäre ein ebenso ungünstiges Experiment, als die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für das Abgeordnetenhaus. Wenn mit dem einen oder dem andern Wahlgesetz unvermeidlich einmal eine Abänderung vorgenommen werden müßte, so könnte dieselbe kaum auf etwas anderes hinauslaufen als auf die Einführung eines Zensus, gegen den ich mich in meiner Schrift 1851 gerade so stark ausgesprochen habe wie gegen die Klassenwahl. Indessen sage ich auf Seite 50 ausdrücklich: „So stark auch die Gründe gegen den Zensus sein mögen, es wird der gewählte Deputirte doch in jedem Falle der Repräsentant seiner Wähler, der Ausdruck ihrer Majorität sein, beim Zensus ist ein Teil der Staatsbürger *gar nicht*, der andere aber *wirklich vertreten*. Der Zensus gibt *allen Wählern gleiches Recht* und der Gewählte ist der Bevollmächtigte dieser Personen." Daraus ergibt sich, daß der Zensus das rechte Mittel ist, eine untere kulturfeindliche Schicht auszuschließen, welche nach dem allgemeinen Wahlrecht zur Majorität und dadurch zur Herrschaft über die anderen Gesellschaftsklassen zu gelangen droht. Es ist völlig undenkbar, daß ein großer Staat mit monarchischer Spitze zusammen mit einem

legislativen Körper bestehen kann, dessen Mehrheit von Anschauungen und Grundsätzen wie die unserer Sozialdemokraten beherrscht wird. Fürst Bismarck hat es mit gutem Grunde während der Konfliktsperiode im preußischen Abgeordnetenhause ausgesprochen, daß das ganze konstitutionell-monarchische System auf einer Reihe von Kompromissen beruhe und daß, wo diese in wesentlichen Punkten nicht zu stande kommen, die Machtfrage eintritt. Zwischen Forderungen wie die der Sozialdemokraten und dem monarchischen Prinzip ist jede gütliche Uebereinkunft absolut unmöglich. Das wissen und sagen die Sozialdemokraten selbst. Sie führen Krieg gegen den monarchischen Kulturstaat mit gesetzlich erlaubten Mitteln, so lange sie nur diese haben, aber sobald sie hinreichende Macht zu besitzen glauben, mit Anwendung rohester Gewalt. Hat dieser Krieg ein gewisses Stadium erreicht, so erscheint der Zensus als eine milde Waffe im Vergleich mit Kartätschen und Shrapnels.

Von einem Ersatz des allgemeinen gleichen Wahlrechts durch Einführung einer Interessenvertretung kann gar nicht die Rede sein. Außer den Gründen, die ich in meiner Schrift a priori dagegen anführe, hat sich auch die Erfahrung, speziell beim österreichischen Reichsrat, entschieden dagegen ausgesprochen. Muß einmal das allgemeine Wahlrecht aufgegeben werden, so bleibt nichts übrig als der Zensus, der erfahrungsmäßig bei der berühmten preußischen Städteordnung von 1808 und auch bei der revidirten von 1831 trotz seiner unnötigen Höhe gute Resultate ergeben hat. Uebrigens braucht ein Zensus sich nicht ausschließlich auf die direkten Steuern zu stützen. Es kann das Einkommen zu Grunde gelegt werden, das bei der Veranlagung der Einkommensteuer ohnehin ermittelt werden muß und nicht nur für die Einkommen über 3000 Mark, sondern auch für die untere Schicht abgeschätzt wird.

Der Berichtigung bedürfen ferner mehrere Aeußerungen, die ich in meiner Schrift 1851 über das Königtum mache. Ich behaupte dort (Seite 26), daß aus der Person eines absolut gewesenen Monarchen nun und nimmer ein wirklich konstitutioneller König werden kann, und (Seite 36), daß es für den konstitutionellen Thron Deutschlands an jener Anhänglichkeit des Volkes fehle, welche ich (Seite 35) ganz richtig als die unentbehrlichste aller Grundlagen der konstitutionellen Monarchie erkläre; damit sei die Möglichkeit für immer geschwunden, die preußische Monarchie mit dem konstitutionellen Throne Deutschlands zu verschmelzen. Es mag sein, daß Kaiser Wilhelm I. als König von Preußen längere Zeit nach seinem Regierungsantritt den Landtag als eine nur beratende Behörde angesehen hat und sich nicht völlig klar bewußt gewesen ist, daß ganz positive königliche Rechte seit 1848 abgetreten sind und die früher absolute Monarchie durch die Verfassung beschränkt worden ist. Dadurch würden sich auch manche Vorgänge in der Konfliktszeit erklären. Aber die große Gewissenhaftigkeit des Kaisers und seine Stellung als deutscher Kaiser an der Spitze des von ihm begründeten Deutschen Reichs haben ihn ohne

immer von neuem eine sehr starke oppositionelle Majorität in das Abgeordnetenhaus. Im Jahre 1866 lieferte das unveränderte Klassenwahlgesetz eine Majorität, welche gern die Hand zur Ausgleichung des dreijährigen Konflikts bot und die vom ersten norddeutschen Reichstage beschlossene Reichsverfassung genehmigte. Wenn es der Minorität gelungen wäre, die Reichsverfassung zu verwerfen, so unterliegt es keinem Zweifel, daß ein nach demselben Wahlgesetz neu gewähltes Haus auf die Seite der Regierung getreten wäre und die Reichsverfassung mit großer Majorität angenommen hätte, wie es dem Willen des ganzen Landes entsprach. Auch in den späteren Stadien und bis jetzt kann man unmöglich verkennen, daß das preußische Abgeordnetenhaus die Bevölkerung wirklich und fast vollständig in allen ihren berechtigten Schattirungen repräsentirte und nur die Sozialdemokraten gänzlich ausschloß, was außer diesen selbst wohl niemand bedauern wird.

So irrationell das Dreiklassensystem auch ist, so hat es in diesen historischen Vorgängen in schwer bewegten Zeiten doch relativ gute Resultate ergeben. Soll man nun das mit dem Reichstag gewagte Experiment des allgemeinen Wahlrechts auch auf das Abgeordnetenhaus ausdehnen? Das wäre völlig unverantwortlich und widerspräche dem obersten Grundsatz, mit dem Staate nicht ohne die unbestreitbarste Notwendigkeit zu experimentiren, am wenigsten einem theoretischen Satze zu liebe, nach welchem den Menschen alle politischen Rechte, einschließlich der Verfügung über die Staatsgelder und der Fähigkeit gute Gesetze zu machen, angeboren werden. Selbst wenn dermaleinst eine Abänderung des Reichswahlgesetzes vorgenommen werden sollte, wird man wohlthun, den Erfolg abzuwarten, bevor man das Wahlgesetz für das Abgeordnetenhaus umgestaltet. Die Dreiklassenwahl umgekehrt auf den Reichstag zu übertragen, wäre ein ebenso ungünstiges Experiment, als die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für das Abgeordnetenhaus. Wenn mit dem einen oder dem andern Wahlgesetz unvermeidlich einmal eine Abänderung vorgenommen werden müßte, so könnte dieselbe kaum auf etwas anderes hinauslaufen als auf die Einführung eines Zensus, gegen den ich mich in meiner Schrift 1851 gerade so stark ausgesprochen habe wie gegen die Klassenwahl. Indessen sage ich auf Seite 50 ausdrücklich: „So stark auch die Gründe gegen den Zensus sein mögen, es wird der gewählte Deputirte doch in jedem Falle der Repräsentant seiner Wähler, der Ausdruck ihrer Majorität sein, beim Zensus ist ein Teil der Staatsbürger *gar nicht*, der andere aber *wirklich vertreten*. Der Zensus gibt *allen Wählern gleiches Recht* und der Gewählte ist der Bevollmächtigte dieser Personen.“ Daraus ergibt sich, daß der Zensus das rechte Mittel ist, eine untere kulturfeindliche Schicht auszuschließen, welche nach dem allgemeinen Wahlrecht zur Majorität und dadurch zur Herrschaft über die anderen Gesellschaftsklassen zu gelangen droht. Es ist völlig undenkbar, daß ein großer Staat mit monarchischer Spitze zusammen mit einem

legislativen Körper bestehen kann, dessen Mehrheit von Anschauungen und Grundsätzen wie die unserer Sozialdemokraten beherrscht wird. Fürst Bismarck hat es mit gutem Grunde während der Konfliktsperiode im preußischen Abgeordnetenhause ausgesprochen, daß das ganze konstitutionell-monarchische System auf einer Reihe von Kompromissen beruhe und daß, wo diese in wesentlichen Punkten nicht zu stande kommen, die Machtfrage eintritt. Zwischen Forderungen wie die der Sozialdemokraten und dem monarchischen Prinzip ist jede gütliche Uebereinkunft absolut unmöglich. Das wissen und sagen die Sozialdemokraten selbst. Sie führen Krieg gegen den monarchischen Kulturstaat mit gesetzlich erlaubten Mitteln, so lange sie nur diese haben, aber sobald sie hinreichende Macht zu besitzen glauben, mit Anwendung rohester Gewalt. Hat dieser Krieg ein gewisses Stadium erreicht, so erscheint der Zensus als eine milde Waffe im Vergleich mit Kartätschen und Shrapnels.

Von einem Ersatz des allgemeinen gleichen Wahlrechts durch Einführung einer Interessenvertretung kann gar nicht die Rede sein. Außer den Gründen, die ich in meiner Schrift a priori dagegen anführe, hat sich auch die Erfahrung, speziell beim österreichischen Reichsrat, entschieden dagegen ausgesprochen. Muß einmal das allgemeine Wahlrecht aufgegeben werden, so bleibt nichts übrig als der Zensus, der erfahrungsmäßig bei der berühmten preußischen Städteordnung von 1808 und auch bei der revidirten von 1831 trotz seiner unnötigen Höhe gute Resultate ergeben hat. Uebrigens braucht ein Zensus sich nicht ausschließlich auf die direkten Steuern zu stützen. Es kann das Einkommen zu Grunde gelegt werden, das bei der Veranlagung der Einkommensteuer ohnehin ermittelt werden muß und nicht nur für die Einkommen über 3000 Mark, sondern auch für die untere Schicht abgeschätzt wird.

Der Berichtigung bedürfen ferner mehrere Aeußerungen, die ich in meiner Schrift 1851 über das Königtum mache. Ich behaupte dort (Seite 26), daß aus der Person eines absolut gewesenen Monarchen nun und nimmer ein wirklich konstitutioneller König werden kann, und (Seite 36), daß es für den konstitutionellen Thron Deutschlands an jener Anhänglichkeit des Volkes fehle, welche ich (Seite 35) ganz richtig als die unentbehrlichste aller Grundlagen der konstitutionellen Monarchie erkläre; damit sei die Möglichkeit für immer geschwunden, die preußische Monarchie mit dem konstitutionellen Throne Deutschlands zu verschmelzen. Es mag sein, daß Kaiser Wilhelm I. als König von Preußen längere Zeit nach seinem Regierungsantritt den Landtag als eine nur beratende Behörde angesehen hat und sich nicht völlig klar bewußt gewesen ist, daß ganz positive königliche Rechte seit 1848 abgetreten sind und die früher absolute Monarchie durch die Verfassung beschränkt worden ist. Dadurch würden sich auch manche Vorgänge in der Konfliktszeit erklären. Aber die große Gewissenhaftigkeit des Kaisers und seine Stellung als deutscher Kaiser an der Spitze des von ihm begründeten Deutschen Reichs haben ihn ohne

Maßregeln der Regierung gegen meine Stellung bei der Magdeburg-Wittenberger Eisenbahn. Meine Verabschiedung.

Erwähnt habe ich bereits, daß man mir nach meiner Rückkehr von Berlin bei der Fortsetzung des Baues der Eisenbahn und der Elbbrücke bei Wittenberge anfänglich keine Hindernisse in den Weg legte. Der Betrieb auf der Bahn wurde von Magdeburg bis an das linke Elbufer eröffnet und der Transport über die Elbe mit Dampfschiffen bewirkt. Zu jener Zeit hatte der Handelsminister von der Heydt jede Privateisenbahn angewiesen, einen dem Minister gegenüber verantwortlichen Betriebsdirigenten zu ernennen, weil die aus mehreren Personen bestehenden Eisenbahndirektionen keine genügende Sicherheit für die Ausführung der ministeriellen Anordnungen gewährten. Diese Anordnung konnte man an sich nicht gerade unzweckmäßig nennen, aber dem Handelsminister fehlte dazu die gesetzliche Befugnis, ebenso zur Einführung der Eisenbahnkommissariate, welchen an Stelle der Provinzialregierungen die Aufsicht über die Eisenbahnen mit Strafbefugnis gegen die Direktionen und deren Beamte durch den Minister übertragen wurden. Solche Delegationen von Rechten des Staatsoberhauptes waren selbst im absoluten Staate stets nur im Wege der Gesetzgebung erfolgt und in der Gesetzsammlung publizirt worden. Dies wäre hier um so notwendiger gewesen, als jedenfalls zugleich die Stellung der verantwortlichen Betriebsdirigenten zu ihren Direktionen hätte geordnet werden müssen. Wie der Minister die Sache anfaßte, konnten alle Anordnungen der Direktion durch ihre eigenen Beamten durchkreuzt werden, und sie wurden es oft in der That. Die Lahmlegung der Direktionen schien aber gerade die Absicht des Ministers zu sein, der selbst und allein herrschen wollte. Der damalige Eisenbahnkommissarius gestand mir unter vier Augen zu, daß der Minister seine Befugnis unzweifelhaft überschritte, aber alle Remonstrationen dagegen blieben fruchtlos. Der Minister drohte bei erhobenem Widerspruch gegen seine Anordnungen jedem Direktionsmitgliede 100 Thaler Strafe an und zog dieselbe auch ein, obgleich die tüchtigsten Juristen der Meinung waren, daß diese Art von Strafen dem Minister gar nicht zustände. Es gab aber damals kein Mittel, die Sache zur gerichtlichen Entscheidung zu bringen, auch wagten die Eisenbahndirektionen in der Regel nicht, sich beschwerend an das Staatsministerium oder gar an den König zu wenden, weil der Handelsminister es ganz in der Hand hatte, bei Festsetzung der Tarife und Fahrpläne und in sehr vielen anderen Fällen den einzelnen Eisenbahnen zu schaden oder zu nützen.

Dies waren die ersten Beispiele von dem ganz willkürlichen Schalten und Walten des Ministers von der Heydt. Wie kann man verlangen, daß die Bevölkerung Achtung vor dem Gesetz hat, wenn ein Minister sich an dasselbe nicht bindet.

Der Befehl, einen verantwortlichen Betriebsdirigenten zu ernennen, dem auch die gesamte Bahnpolizei übertragen werden mußte, erging selbstverständlich auch an die Direktion der Magdeburg-Wittenberger Eisenbahngesellschaft. Dieselbe befand sich trotz der äußersten Ersparnis beim Bau finanziell in schlechten Verhältnissen. Um nun Kosten zu sparen und Kollisionen mit dem neuen Beamten zu vermeiden, übernahm ich unentgeltlich die Funktion des Betriebsdirigenten und war so vorsitzender Direktor, Oberingenieur und Betriebsdirigent in einer Person.

Der Handelsminister nahm in jenem ersten Stadium noch nicht die formelle Bestätigung des Betriebsdirigenten in Anspruch, sondern verlangte nur, daß ihm die Person genannt werden solle, damit er deren Qualifikation prüfen könne. Diese konnte mir unmöglich bestritten werden, und so erklärte sich der Minister einverstanden. Obgleich ich hiernach die Bahnpolizei ausübte, wurde mir die Erteilung einer damals eingeführten Paßkarte von dem Polizeidirektor von Gerhardt unter vielen Entschuldigungen, offenbar auf höheren Befehl, verweigert. Herr von Gerhardt meinte, ich bedürfe ja nach dem damaligen Paßgesetz eigentlich gar keiner Paßkarte; einen wirklichen Paß wolle er mir gern ausstellen, auch genüge im Inlande jede andere Legitimation durch Brief, Anstellungspatent u. s. w. Darauf antwortete ich dem wirklich wohlwollenden Manne, er wisse wohl nicht, daß die Vorzeigung eines Passes auf einem der Berliner Bahnhöfe sofort Verdacht errege, weil daraus hervorgehe, daß die Paßkarte verweigert worden sei; indessen würde ich schon durchkommen.

Dieser Vorfall und andere Anzeichen bestätigten meine Vermutung, daß die Regierung mich in meiner Stellung bei der Eisenbahn nur so lange dulden werde, bis der Bau der großen Elbbrücke, an deren Vollendung der Regierung viel lag, beendigt sei. Daß es derselben an jeder gesetzlichen Berechtigung zu meiner Entfernung fehle, änderte nichts an der Sache; denn Herr von der Heydt hatte bereits in mehreren Fällen die Entlassung von Privat-Eisenbahnbeamten, die er nicht für politisch zuverlässig hielt, ohne weiteres verfügt und auf die Weigerung der Eisenbahndirektion mit Androhung der berüchtigten 100 Thaler Strafe für jedes Direktionsmitglied geantwortet. In Westfalen war sogar der Landrat beauftragt worden, einen solchen Beamten eines Privatunternehmens nötigenfalls mit Gewalt durch einen Gendarmen zu entfernen.

Mein Freund, der Justizrat Harte, der auch Mitglied der Direktion war und dem ich meine Vermutung mitteilte, hielt dieselbe für entschieden unrichtig und tadelte, als Gothaer, mich wegen meines unbegründeten Mißtrauens gegen die Regierung. Nicht allzu lange darauf lief meine dreijährige Wahlperiode als Direktor ab. Der Verwaltungsrat wählte mich wieder, und ich nahm die Wahl an, jedoch mit dem Bemerken, daß ich schwerlich noch lange in dieser Stellung werde bleiben können, indessen nach dem Statut jederzeit berechtigt sei, nach dreimonatlicher Kündigung auszutreten. Als ich dann eines Tages

nicht ein, weshalb ich nicht an einer solchen ganz unschuldigen Unterhaltung hätte teilnehmen sollen.

Hinckeldey hörte sehr aufmerksam zu und dankte mir dann für meine unbefangenen, offenen Mitteilungen, die er für unzweifelhaft richtig halte.

Damit war das Gespräch zu Ende. Einige Tage darauf sagte mir ein intimer Freund, der Geheime Regierungsrat Rothe, Chef der Bauabteilung im Polizeipräsidium, vertraulich, die Hamburger Versammlung sei in der Sitzung zum Vortrage gekommen, wobei Hinckeldey erklärt habe, er sei jetzt über den Hergang genau unterrichtet und es liege keine Veranlassung vor, die Sache weiter zu verfolgen. Wir lachten beide herzlich darüber, daß ich die authentische Quelle für den Generalpolizeidirektor gewesen war. Mein Urteil über den Mann lautet kurz dahin: Er war ein sehr fähiger und energischer Beamter, voller Ehrgeiz, der darnach strebte, Minister des Innern zu werden. Es fehlte ihm jedoch an der nötigen Achtung vor dem Gesetz, wie auch sein Benehmen im Waldeckschen Prozeß deutlich zeigte. Er hat als Polizeipräsident in Berlin manches Gute und Zweckmäßige durchgesetzt, zum Teil gegen das Gesetz. Dem Hofe gegenüber verstand er es, sich unentbehrlich zu machen und den Glauben zu erregen, daß — wie Bismarck sich einmal gegen mich ausdrückte — hinter jeder Straßenecke eine Revolution laure und er allein im stande sei, dieselbe zu vereiteln. Zu diesem Zweck hinderte er jahrelang den Verkehr durch Absperrung der Bahnhöfe gegen alle Reisenden, die nicht mit Paßkarten versehen waren, obgleich er bestimmt wußte, daß wirklich verdächtige Menschen den Zug auf der letzten Station vor Berlin verließen und zu Fuß oder zu Wagen ungehindert das Thor passirten. Noch schlimmer war es, daß er, jahrelang von der Konspiration Ladendorfs, Falkenthals und Konsorten durch seinen anscheinend mitverschworenen Agenten genau unterrichtet, durch diesen die Aufstandspläne fördern ließ und erst in dem Augenblick einschritt, als er in seiner Stellung schwankte. Mein Freund Rothe, ein entschiedener Anhänger Hinckeldeys, gestand mir zu, daß es diesem gar nicht darauf ankomme, mit welchen Mitteln er sich dem Ziel seines Ehrgeizes nähern konnte. Beamte wie Hinckeldey in so hohen, wichtigen Stellungen sind nicht ohne Gefahr für die ruhige, gedeihliche Entwicklung des Staats. Sie schläfern den Philister durch ihre Fürsorge ein, gewöhnen das Publikum an willkürliche polizeiliche Eingriffe und Bevormundung auf allen Gebieten und schwächen in der bedenklichsten Weise den für jedes geordnete Staatswesen so wichtigen Sinn für Gesetzlichkeit und die Achtung vor dem Gesetz. Wo soll diese herkommen, wenn die Bürger nicht mehr zu fragen haben: Was bestimmt das Gesetz, sondern was erlaubt oder verbietet der Polizeipräsident? — Ganz charakteristisch für jene Zeit ist es, daß nicht das Bürger-, sondern das Junkertum sich gegen Hinckeldey aufbäumte, daß sich der Generalpolizeidirektor noch dazu wegen dienstlicher Angelegenheiten auf ein Duell einließ, und daß dieses nicht

inhibirt wurde, obgleich Friedrich Wilhelm IV. davon unterrichtet gewesen sein soll.*)

Abwehr von Angriffen.

Zuweilen brach der Humor durch alle Reaktion durch. Die „Neue Preußische Zeitung" brachte öfter Notizen über mich, so unter anderen wiederholt die Nachricht, daß ich beabsichtige, nach Amerika auszuwandern. Infolge dessen wurde ich gefragt, ob denn irgend etwas Wahres daran sei. Ich antwortete, ich sei allerdings zur Auswanderung entschlossen, aber nur in Gemeinschaft mit Herrn von Gerlach, dem bekannten reaktionären Appellationsgerichtspräsidenten. Der Redakteur der freisinnigen „Magdeburger Zeitung" nahm mit meiner Zustimmung meine Aeußerung in den Text seines Blattes auf, und die ganze Stadt lachte über den Witz. Zugleich sprach ich in Gegenwart von Personen, die für Zuträger galten, die Absicht aus, Herrn von Gerlach ebenso oft in die „Magdeburger Zeitung" zu bringen, als die „Neue Preußische" meiner erwähnen würde. Einer der letzteren hat Herrn von Gerlach mutmaßlich einen Wink gegeben, denn sehr lange Zeit hindurch kam mein Name in diesem Blatte nicht mehr vor.

Eine scherzhafte Wendung nahm auch ein anderer Vorfall. Ein Handwerker aus der Sudenburg bei Magdeburg teilte mir vertraulich mit, daß er durch einen mit ihm verwandten Polizeibeamten erfahren habe, es solle bei mir eine Haussuchung stattfinden. Ich dankte dem Manne, indessen gab ich weiter nichts auf die Nachricht, obgleich damals die Haussuchungen bei anständigen Leuten an der Tagesordnung waren. Am nächsten Tage fragte mich aber mein Freund, der Justizrat Harte, ob sich etwa Papiere, Briefschaften ꝛc. in meinem Besitz befänden, die mich oder andere kompromittiren könnten, wenn die Polizeibehörde Kenntnis davon erlange.

Ich antwortete, daß ich nur einige Briefe ganz unschuldigen Inhalts von Lothar Bucher aus London und von Kirchmann besäße. „Nun," — sagte Harte — „vernichten Sie auch diese." — „Haben Sie etwa auch Nachricht, daß bei mir Haussuchung stattfinden soll?" fragte ich, und Harte antwortete: „Ich kann Ihnen weiter nichts sagen, als vernichten Sie Briefe von Flüchtlingen und dergleichen." Hierauf äußerte ich: „Nun, dann will ich doch dafür sorgen, daß keine Haussuchung bei mir vorgenommen wird." Auf die Frage Hartes: „Wie wollen Sie das machen?" antwortete ich: „Das werden Sie später hören." Ich ging nun sofort zum Polizeidirektor von Gerhardt, mit dem ich wegen der Wittenberger Bahn öfter zu thun hatte und der mich stets sehr

*) Zu vergleichen über dieses Duell die Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopold von Gerlachs, Bd. II. S. 402.

„glänzende Carrière“ bevor. Herrn von Maaßen, einen wohlwollenden, aber ängstlichen Mann, kannte ich zu gut, um nicht sofort zu vermuten, daß er in höherem Auftrage und nicht aus eigenem Antriebe mit mir verhandle. Um darüber ins klare zu kommen, wies ich die Idee des Herrn von Maaßen nicht sofort zurück, sondern erwiderte nur, wenn der Minister von der Heydt mich im Staatsdienst verwenden wollte, so würde er mich nicht mit polnischem Abschied aus demselben entfernt haben. Die Regierung würde mich sicherlich zurückweisen. „Ganz gewiß nicht,“ meinte Herr von Maaßen eifrig, „man wird Sie sehr gerne wieder nehmen.“ — „Nun,“ äußerte ich, „wenn man mich wieder anstellt, so wird man mich nach Gumbinnen, Marienwerder oder Oppeln schicken.“ — „Keinesweges,“ fiel Herr von Maaßen ein, „man wird Sie vielleicht zunächst als technisches Mitglied bei einem Eisenbahnkommissariat verwenden. Dann wissen Sie ja, daß der Bau einer großen Brücke über den Rhein bei Köln in naher Aussicht steht. Dazu sind Sie nach Ihren Erfahrungen bei der Wittenberger Brücke offenbar sehr geeignet.“

Nun wußte ich genug. Das kam nicht aus dem Kopfe des Herrn von Maaßen. Am liebsten hätte ich diesen gebeten, seinem Minister zu sagen, ich diene unter einem Manne nicht, der wie Herr von der Heydt gegen mich gehandelt. Indessen wußte ich, daß der letztere es immer in der Hand haben würde, jedem neuen Unternehmen in einem andern Geschäftszweige zu schaden, wenn ich mich daran beteiligte. Um dazu meinerseits nichts beizutragen, erklärte ich gegen Herrn von Maaßen, ich hätte niemals den Ehrgeiz besessen, Carrière zu machen, und schon 1844 in Potsdam mich dahin ausgesprochen, ich werde niemals als Geheimer Oberbaurat nach Berlin gehen und Geheimratsjöhren erziehen. Was der Staat mir an Gehalt bieten könne, verdiente ich mir in der Privatindustrie doppelt oder dreifach in der anständigsten Weise und könne, wenn ich Glück habe, in redlicher Art mein kleines Vermögen vermehren. Dazu komme, daß ich seit einer Reihe von Jahren große Selbständigkeit gewohnt sei, die im Staatsdienst fehlen würde. Ich danke daher verbindlichst für den freundlichen Rat, könne aber darauf nicht eingehen. Beim Nachhausegehen aus der Generalversammlung forderte Herr von Maaßen mich wiederholt auf, mir die Sache doch ja recht reiflich zu überlegen und einen andern Entschluß zu fassen. Als ich darauf erwiderte, ich würde die Angelegenheit gewiß noch gründlich in Ueberlegung nehmen und ihm brieflich Nachricht geben, wenn ich zu einer andern Meinung kommen sollte, sagte Herr von Maaßen, das könne nichts helfen, er müsse meinen definitiven Entschluß noch vor seiner heutigen Abreise erfahren. Jetzt war es ganz klar, daß Herr von Maaßen am andern Tage Bericht zu erstatten hatte. Ich antwortete daher, dann möge er meine heutige Erklärung als eine ganz definitive ansehen.

Mein Uebertritt zum Gasfach. Neue ministerielle Verfolgungen.

Da ich schon lange vorhergesehen, daß meines Bleibens bei Eisenbahnen nicht sei und mein Vermögen nicht hinreichte, ein selbständiges Privatgeschäft anzufangen, so hatte ich die Anlage und den Betrieb von Gasanstalten ins Auge gefaßt und mich über diesen rentablen Geschäftszweig möglichst unterrichtet. Es war mir klar geworden, daß aus einem tüchtigen Ingenieur binnen kurzer Zeit ein Gastechniker werden kann, aus einem Gasempiriker aber niemals ein guter Baumeister.

Es war schon vor 1848 die Rede davon gewesen, in Magdeburg Gasbeleuchtung einzuführen. Mir gelang es, für diesen Zweck eine Privatgesellschaft zusammen zu bringen, welche keiner staatlichen Genehmigung bedurfte, wenn keine Aktien au porteur, sondern nur auf den Namen des Teilnehmers lautende Anteile ausgegeben wurden. Die Stadt Magdeburg beteiligte sich mit einem Dritteil des ganzen Anlagekapitals und behielt sich das Recht vor, nach fünfundzwanzig Jahren die sämtlichen Geschäftsanteile für den Nominalwert zu erwerben. Die Organisation war eine sehr einfache. In dem von mir entworfenen Statut war bestimmt, daß die Gasanstalt von einem technischen und einem kaufmännischen Dirigenten ohne Gehalt, lediglich gegen Tantièmen vom Reinertrage geleitet werden solle. Die Vereinigung beider Stellen in einer Hand war zulässig. Die Oberaufsicht führte ein Kuratorium, das teils von den Anteilsbesitzern gewählt, teils von dem Magistrat ernannt wurde. Ich führte den Bau ohne jede Entschädigung aus und glaubte mir auf solche Weise ein Asyl mit guter, vielleicht beim Gedeihen des Geschäfts reichlicher Einnahme zu gründen. Herr von der Heydt durchkreuzte auch diesen Plan.

Der Bau begann im März 1851 und schritt schnell vorwärts. Es meldete sich eine große Zahl Gaskonsumenten. Die Eröffnung stand im nächsten Winter bevor. Alle Welt faßte Vertrauen zu dem Unternehmen. Die Teilnehmer, die Kuratoren an der Spitze, wünschten mit ihren Anteilen Handel treiben zu können und beschlossen, bei dem Minister die Erteilung von Korporationsrechten und die Verwandlung der Anteile in Aktien, auf den Inhaber lautend, in Antrag zu bringen. Vergeblich machte ich die Herren darauf aufmerksam, daß Herr von der Heydt jedenfalls lästige Bedingungen stellen werde, deren Ablehnung zu Zerwürfnissen mit der Regierung führen müsse. Man meinte, wenn der Minister so verführe, könne man den Antrag ja einfach zurückziehen. In der That erklärte sich der Handelsminister bereit, Korporationsrechte und Umwandlungen der Anteile in Aktien beim Könige zu beantragen, verlangte aber vorher eine Anzahl Statutabänderungen, von denen die meisten unerheblich waren, die eine aber Bestätigung des technischen Dirigenten durch die Regierung verlangte. Offenbar war diese Maßregel gegen micht gerichtet.

Der mir befreundete Oberbürgermeister Hasselbach, Vorsitzender des Gas-

kuratoriums, dem ich die erste Nachricht von dem Bescheide des Ministers brachte, wollte anfangs daran nicht glauben und meinte dann, auf eine solche Bedingung würde weder das Kuratorium noch die Gasgesellschaft eingehen, sondern dagegen remonstriren. Ich machte Hasselbach darauf aufmerksam, daß die Remonstration ganz gewiß erfolglos sein werde, und setzte hinzu, die allein richtige Antwort sei die Zurückziehung des Antrags auf Korporationsrechte; wenn ich mein persönliches Interesse wahrnehmen wollte, so müßte ich den Bau der Gasanstalt sofort und so lange einstellen, bis das Kuratorium mir eine Entschädigung von 20—30000 Thaler zusichere und durch eine Kaution von gleicher Höhe bei einer ausländischen Bank für den Fall sicher stelle, daß die Regierung mich aus meiner Stellung treibe; ich würde dies aber nicht thun, weil dadurch die Eröffnung der Gasanstalt $^1/_2$ bis 1 Jahr verzögert werden würde, ich aber das Werk gut und rechtzeitig fertig stellen wollte. Es fehlte damals sehr an Gastechnikern, die zugleich erprobte Baumeister waren.

An dem Nachmittag desselben Tages kamen bereits zwei Mitglieder des Kuratoriums, die Herren Max und Kricheldorf nach der Baustelle voller Sorge, daß ich den Bau einstellen könnte. Sie gaben mir die feste Versicherung, daß sich das Kuratorium unter keinen Umständen auf die Statutveränderung einlassen, vielmehr mich jedenfalls in meiner kontraktlichen Stellung halten werde.

So wurde denn bei dem Minister remonstrirt und abermals remonstrirt, aber der Antrag auf Erteilung von Korporationsrechten nicht zurückgezogen. Inzwischen war die Gasanstalt eröffnet und eine sehr große Zahl von Privatflammen eingerichtet worden. Es stand eine gute Rente, also auch Tantième in sicherer Aussicht. Da teilte mir ein Mitglied der Regierung beim zufälligen Begegnen auf der Straße mit, ich würde das ohne Zustimmung der Gesellschaft im Sinne des Handelsministers abgeänderte und vom Könige genehmigte Gesellschaftsstatut im nächsten Amtsblatt lesen. Der Regierungsrat fand das Verfahren kaum glaublich und meinte, wenn die Gesellschaft der Statutveränderung nicht zustimme, was sie jedenfalls nicht thun würde, so müsse die Unterschrift des Königs öffentlich widerrufen werden.

Ich antwortete, der Minister von der Heydt sei allerdings kein guter Jurist, aber er sei viele Jahre in Elberfeld gewandter Bankier gewesen und wisse, daß die Besitzer der Geschäftsanteile großen Wert auf die Umschreibung in Aktien und den mutmaßlich hohen Kurs derselben legten, während ich jetzt, nachdem die Gasanstalt sich in gutem Gange befinde, allenfalls entbehrt werden könne. Ich würde mir gar nicht die vergebliche Mühe geben, in der Generalversammlung die Genehmigung des oktroyirten Statuts zu hintertreiben.

Hasselbach, zu dem ich sofort ging, glaubte wieder, daß die Nachricht falsch sei und ein Mißverständnis obwalte; der Minister könne unmöglich ein von dem Gesellschaftsvorstande zurückgewiesenes Statut dem König zur Genehmigung vorlegen, man würde sich jetzt auch nicht darauf einlassen. Meine Antwort

lautete, die Nachricht stamme aus unbedingt zuverlässiger, offizieller Quelle. Der Minister, sagte Hasselbach, könne so etwas nicht thun. — Er thue es aber doch; ich erwarte keineswegs die Ablehnung des neuen Statuts, erwiderte ich.

Nachdem das Reskript eingegangen, erklärten in der Sitzung des Kuratoriums dieselben zwei Mitglieder, die mir früher so feste Zusicherung gegeben hatten, man könne sich doch nicht mit der Regierung in Opposition setzen, das Interesse der Gesellschaft erfordere, auf das neue Statut einzugehen und so weiter. Ich erwiderte, ich hätte von den Herren gar nichts anderes erwartet, die Aussicht auf höheren Kurs der Aktien stände ihnen höher als alle Zusicherungen. Auf meine Bestätigung als technischer Dirigent sei nach Aeußerungen des Oberpräsidenten von Witzleben in keiner Weise zu rechnen; ich könne daher nicht bei der Gasanstalt auf die Dauer bleiben, aber ich bedürfe doch einiger Zeit, um mir abermals ein anderes Unterkommen zu suchen. Nun habe der Minister von der Heydt doch übersehen, daß auch in dem neuen Statut außer dem technischen noch ein kaufmännischer Dirigent vorgesehen sei, dessen Bestätigung der Minister sich nicht vorbehalten habe. Die beiden Stellen wären bisher in meiner Hand vereinigt gewesen; ich brauche daher nur meine technischen Funktionen niederzulegen und könne noch einige Zeit kaufmännischer Dirigent bleiben. Darauf ging das Kuratorium bereitwillig ein, und ich schlug zum technischen Dirigenten den sehr tüchtigen Hauptmann in der Artillerie Wernaer vor.

Es blieb zweifelhaft, ob der Minister von der Heydt mich nicht mit Polizeigewalt ganz aus der Gasanstalt entfernen würde, wie er es in Westfalen in einem ähnlichen Falle gethan hatte. Ich bin auch jetzt noch der Meinung, daß Herr von der Heydt in dieser Art gegen mich vorgegangen sein würde, wenn nicht ganz unerwartet und ohne mein Wissen zwei höhere Militärs als Fürsprecher intervenirt hätten. Der Minister kam nach Magdeburg und wurde freundlich aufgenommen. Die Kaufmannschaft arrangirte die übliche Vergnügungsfahrt per Dampfschiff nach dem Herrnkrug und die festliche Bewirtung daselbst. Bei dieser Gelegenheit sprach sich der Minister dahin aus, daß er durch das, was er in Magdeburg sehe und höre, angenehm überrascht sei. Man habe diese Stadt als ein Nest roter Demokraten verschrieen, und er finde verständige, ruhige, loyale Leute. Darauf bemerkte der damalige Ingenieur vom Platz, Oberstlieutenant von Winterfeld, ein hochkonservativer Mann, ihm sei es ebenso ergangen, er habe geglaubt, lauter Demagogen in Magdeburg zu finden, statt dessen erkenne er fast überall gesetzlichen Sinn; nirgends kämen weniger Uebertretungen des Rayongesetzes vor, aber er wolle dem Herrn Minister nicht verschweigen, daß solche Verfolgungen, wie die gegen mich gerichteten, selbst bei den konservativsten Leuten große Mißstimmung erregten.

Der Minister sprach seine Verwunderung darüber aus, daß gerade die Herren Militärs meine Entfernung von der zu einer Festung gehörigen Gas-

anstalt nicht zu billigen schienen. Es liege doch im militärischen Interesse, daß diese sich in ganz sicheren Händen befände.

Nun mischte sich der ebenfalls anwesende General von Schlegel, damals Kommandant von Magdeburg, in das Gespräch und äußerte, er habe gehört, daß das Ressort des Herrn Handelsministers viel umfangreicher sei als das irgend eines der anderen Ministerien. Der Herr Minister möge sich doch nicht auch die Sorge für die Sicherheit der Festungen aufbürden. Dies sei Sache der Militärs; er, der General, habe durchaus nichts dagegen, daß die Gasanstalt in meinen Händen bliebe. Einmal sei er überzeugt, daß ich in unruhiger oder kriegerischer Zeit nichts Bedenkliches mit der Gasanstalt unternehmen würde, und dann würde dieselbe als fester Punkt im dritten Rayon in solchen Fällen jedenfalls militärisch besetzt sein.

Endlich trat auch noch der Provinzialsteuerdirektor von Jordan, wenn auch in vorsichtiger Weise, dem Ausspruch der Offiziere bei, daß meine Verfolgung böses Blut in der Bürgerschaft mache. Der Oberstlieutenant von Winterfeld besuchte mich am andern Tage und teilte mir den Vorfall so mit, wie ich ihn soeben dargestellt habe. Diesem militärischen Einschreiten verdankte ich es jedenfalls, daß der Minister mich als kaufmännischen Dirigenten der Gasanstalt stillschweigend duldete. Ich habe bereits erwähnt, daß die hohen Militärs in der schlimmsten Zeit der Reaktion gegen mich sich stets wohlwollend benahmen. Sie gestatteten bei der Durchführung der Wittenberger Eisenbahn und später der Gasrohre durch die Festung nicht die kleinste Abweichung von den gesetzlichen Vorschriften, aber sie legten mir niemals unnütze Schwierigkeiten in den Weg und instruirten die Unterbeamten demgemäß. Bei der Ausführung der Befestigungen an der Eisenbahn wurden mir Lob und Vertrauen zu teil. Die Zivilbeamten, namentlich die Regierungsräte, hatten, so lange Herr von Bonin Oberpräsident in Magdeburg war, sich kollegialisch gegen mich benommen, unter seinem Nachfolger, dem Oberpräsidenten von Witzleben, wagte kaum noch ein höherer Beamter mit mir öffentlich zu sprechen, man drückte mir nur heimlich die Hand. Herr von Witzleben stellte damals den Geheimen Oberbaurat Hagen darüber förmlich zur Rede, daß dieser mich bei seiner Durchreise durch Magdeburg besucht hatte. Hagen wies die Aeußerungen des Oberpräsidenten entschieden zurück. Demselben Oberpräsidenten gegenüber äußerte der Oberbürgermeister Hasselbach, man solle sich doch keine Mühe geben, mich brotlos zu machen, meine Qualifikation als Techniker verhindere das Aushungern. Bezeichnend für jene Zeit ist es auch, daß der Justizrat und Stadtverordnete Harte, als ich ihm den ganz konservativen damaligen Oberregierungsrat Hasselbach in Minden, den ich von Gumbinnen her genau kannte, zum Oberbürgermeister für Magdeburg vorschlug, sofort eifrig darauf einging, mich aber dringend bat, gegen keinen andern Menschen meines Vorschlags zu erwähnen, weil an die Bestätigung nicht zu denken sei, wenn die Regierung, namentlich der

Oberpräsident von Witzleben, erführe, daß ich Hasselbach empfohlen habe. Harte hatte, wie sich zeigte, vollkommen recht.

Stiftung der Deutschen Kontinental-Gasgesellschaft in Dessau.

Es wollte mir längere Zeit nicht glücken, ein neues Unternehmen zu finden, weil keine inländische Bahn es wagen konnte, mich zu engagiren. Endlich tauchte bei dem Bankdirektor Nuland in Dessau die Idee auf, nach dem Muster der englischen Imperial Continental Gas Company eine deutsche Gasgesellschaft zu gründen, welche Gasbeleuchtung in einer ganzen Anzahl von Städten des In- und Auslandes einführe und für eigene Rechnung betreibe. Gern erklärte ich mich bereit, an die Spitze eines solchen Unternehmens zu treten. Es wurde die Bildung eines Komites beabsichtigt und zu dem Ende eine Zusammenkunft in Cöthen verabredet, an welcher auch mehrere Magdeburger, namentlich die Herren Max, Kricheldorf und C. W. Aue, teilnehmen wollten. Diesen hatte ich ausdrücklich gesagt, daß ich mich an dem Unternehmen nur dann beteiligen könne, wenn dasselbe seinen Sitz nicht in Preußen habe, wo, wie ich fürchtete, der Minister von der Heydt seine Verfolgungen gegen mich fortsetzen werde. Plötzlich wurde die Zusammenkunft in Cöthen abbestellt, und ich erfuhr, daß die oben genannten drei Magdeburger Herren, ohne mit mir Rücksprache zu nehmen, nach Berlin gereist seien, um mit dem Minister von der Heydt wegen Konzessionirung der neuen Gesellschaft mündlich zu verhandeln. Der Minister hatte die Herren freundlich aufgenommen, die Sache sehr zeitgemäß gefunden und sich bereit erklärt, die Konzession zu erwirken; man solle nur das Gesellschaftsstatut einreichen. Von mir war absichtlich nicht gesprochen worden. Gleich darauf besuchten mich die drei Herren und muteten mir ganz ernstlich zu, auf der Gasanstalt in Magdeburg als überflüssiger kaufmännischer Dirigent zu bleiben, von dort aus anonym das neue Unternehmen zu leiten, also auch alle Arbeiten, einschließlich der Bauentwürfe zu machen, aber nicht in den Gesellschaftsvorstand einzutreten, überhaupt ganz hinter den Coulissen zu bleiben, weil sonst der Handelsminister seine Gunst dem Unternehmen entziehen und Hindernisse in den Weg legen werde. Darauf erwiderte ich den Herren, es handle sich bei der Frage, wo die Gesellschaft ihren Sitz haben solle, nicht allein um meine mögliche weitere Verfolgung, sondern auch darum, daß Herr von der Heydt, der überall herrschen und befehlen wolle, lästige, nicht zu acceptirende Bestimmungen in das Statut hineinbringen werde. So habe er bereits die ursprünglich nur persönlich gegen mich gerichtete Maßregel der Bestätigung des technischen Dirigenten unerklärlicherweise, soweit er gekonnt, generalisirt. Mit diesen und ähnlichen Vorbehalten könne das Unternehmen weder im Inlande noch viel weniger im Auslande Geschäfte machen und prosperiren. Dazu gehöre freie Bewegung. Was meine

Person betreffe, so fiele es mir gar nicht ein, heimlich für das neue Unternehmen zu arbeiten, was noch dazu ganz unthunlich sei; ich wollte mich nicht abermals als Zitrone ausquetschen und dann wieder fortwerfen lassen; wer meinen ehrlichen Namen nicht gebrauchen könne, der solle mich ungeschoren lassen.

Herr Nuland hatte mir inzwischen sagen lassen, ich möge nur nach Dessau kommen, wir würden dort die Sache in wenigen Tagen ohne die Magdeburger zu stande bringen. Nun stellte ich den genannten drei Herren eine Frist von drei Tagen, innerhalb welcher sie sich erklären möchten, ob sie den Sitz der Gesellschaft nach Dessau legen wollten; nur in diesem Falle könnten wir zusammen arbeiten. Nach Ablauf dieser Zeit fuhr ich nach Dessau, nahm Rücksprache mit Nuland und stellte mich dem dortigen Minister von Plötz vor, der mich sehr freundlich aufnahm und dem ich sagte, ich könne nur dann nach Dessau kommen und an die Spitze des Unternehmens treten, wenn ich bestimmte Garantien erhielte, daß man mich in meinen Geschäften dort nicht hindern werde wie in Preußen, namentlich daß ich keine Ausweisung zu befürchten habe, wozu ja die dessauische Regierung gegen mich als Ausländer befugt sei; es könnten ja Einflüsterungen oder Aeußerungen von Berlin dazu Veranlassung geben. Herr von Plötz fragte, welcher Art die von mir verlangte Garantie sein solle. Ich antwortete, in einer Zusicherung Seiner Hoheit des Herzogs. Es genüge, wenn dieselbe mündlich erteilt werde. Schon am andern Tage teilte mir der Minister mit, der Herzog habe ihn beauftragt, mir zu sagen, ich möge ruhig meinen Wohnsitz nach Dessau verlegen, man würde mich in keiner Weise stören oder hindern, noch viel weniger ausweisen. Auf Einflüsterungen von Berlin gebe er nichts.

Indem ich dem Minister von Plötz bestens dankte, bemerkte ich, ich sei besonders darüber erfreut, daß er mir keine Bedingungen politischen Inhalts gestellt habe, auf die ich nicht eingegangen sein würde. Dagegen könne ich ihm jetzt freiwillig erklären, daß ich mich in Dessau als Gast betrachten und daselbst mit Politik und Agitationen nicht befassen werde.

So bin ich denn auch, während ich in Dessau wohnte, vom Herzoge, vom damaligen Erbprinzen, jetzigen Herzoge, und von den dessauischen Behörden auf das anständigste und liebenswürdigste behandelt worden. Man fertigte mir sofort eine Paßkarte und fürs Ausland einen Ministerialpaß aus. Ich schloß Kontrakte über Gasbeleuchtung mit fünf preußischen Städten und mit Lemberg und Krakau ab, demnächst auch mit Warschau. Meine Gesellschaft beteiligte sich bei der österreichischen Gasaktiengesellschaft in Wien. Weder die russische noch die österreichische Regierung legten mir Hindernisse in den Weg, im Gegenteil protegirte der damalige Generalgouverneur von Polen, Fürst Gortschakoff, meine Thätigkeit in Warschau, obgleich meine politische Vergangenheit in Preußen ihm wohlbekannt war.

Unter solchen Umständen gedieh die Dessauer Kontinental-Gasgesellschaft vortrefflich; die Aktien stiegen, ich baute in einem Jahre sieben Gasanstalten, wovon die westlichste München-Gladbach in der Rheinprovinz und die östlichste Lemberg war. Es bestätigte sich vollkommen, was ich den Herren in Magdeburg vorher gesagt hatte: daß ich ein halbes Dutzend Gasanstalten fertig machen würde, bevor sie ihr Statut mit sehr lästigen, einschränkenden Bedingungen genehmigt erhielten. Das Unternehmen der Magdeburger unter der Firma: „Allgemeine Deutsche Gasgesellschaft" kränkelte sehr lange Zeit, die Aktien konnten sich kaum auf pari halten und gaben $4^1/_2$ bis 6 Prozent Dividende, während die Dessauer Aktien 13 bis 14 Prozent abwarfen und einen Kurs von 160 bis 170 Prozent, sogar darüber behalten haben.

Engagementsverhandlungen in Wien.

Im Jahre 1856 wurde ich aufgefordert, die Leitung des Baues eines ganzen Komplexes von Bahnen in Ungarn, zusammen 150 deutsche Meilen, von Wien aus zu übernehmen. Man stellte mir ein hohes Gehalt und eine große Bauprämie in Aussicht. Ich war mit meiner Stellung in Dessau wohl zufrieden, obgleich sie auch ihre Schattenseiten hatte. Vor allem war es die Person des Bankpräsidenten Nuland, die mir wohl das Geschäft hätte verleiden können. Ich war ihm Dank schuldig für seine Mitwirkung bei der Stiftung der Gasgesellschaft. Nuland besaß auch eine große Gutmütigkeit, aber abgesehen davon, daß er selbst wenig arbeitete, benutzte er doch seine Stellung als Vorsitzender des Gasdirektoriums zu allerlei sehr unangenehmen und bedenklichen Operationen bei der Kasse der Gasgesellschaft. Die von ihm gestiftete Dessauer Kreditgesellschaft und die Bank in Jassy, beide mit wenig Vorsicht geleitet, veranlaßten ihn zu sehr gewagten, großen Börsenspekulationen, die auf den Kurs und nicht auf die Rente und das Gedeihen jener Unternehmungen gerichtet waren. Nuland verstand es, sich ein großes Ansehen nach außen zu geben, obgleich sich bei näherer Bekanntschaft zu meiner Verwunderung herausstellte, daß er namentlich in Finanzangelegenheiten wenig Kenntnisse besaß. Es ließ sich mit ziemlicher Gewißheit vorhersehen, daß die Aktienjobberei ein schlechtes Ende nehmen und mutmaßlich auch die Landesbank mit in den Strudel hineingezogen werden würde. Die dessauische Regierung that leider nichts, dem Unwesen zu steuern, im Gegenteil wurden Gelder des Herzogs bei den Aktienunternehmungen beteiligt. Der Regierungskommissarius, der die Operationen der Bank kontrolliren sollte, nahm selbst Kredit bei derselben und spekulirte in Aktien. Die Sache konnte kein gutes Ende nehmen.

Meine Aufgabe war unter solchen Umständen eine sehr schwierige. Die gesamte Arbeit bei der Kontinental-Gasgesellschaft lag mir ganz allein ob, einschließlich des finanziellen Teils, den ich gar nicht aus der Hand geben durfte,

sollte das Unternehmen nicht scheitern. Dabei leitete ich gleichzeitig den Bau von sieben Gasanstalten und mußte mehr als die Hälfte meiner Zeit auf Reisen verwenden. Es kam häufig vor, daß ich in derselben Woche vier bis fünf Nächte unterwegs war. Es war sehr zweifelhaft, ob ich im stande sein würde, zu verhüten, daß die Gasgesellschaft durch die oben erwähnten Accept- und Kreditgeschäfte ruinirt werde. Dazu kam, daß mich das Eisenbahnwesen, aus welchem mich der Minister von der Heydt hinausgedrängt hatte, mehr interessirte, als die Gaskocherei. In Bezug auf die Anhänglichkeit an mein spezielles Vaterland Preußen war es gleichgiltig, ob ich mich im dessauischen oder österreichischen Auslande befand. Ich reiste daher nach Wien und trat in Unterhandlungen mit dem dortigen Komite für die ungarischen Bahnen. Zu diesem gehörten die großen Bankiers Eskeles und Wodianer, die Grafen Georg Apponyi und Edmund Zichy ꝛc., die mich sehr freundlich aufnahmen. Die Hauptrolle spielte der Generaldirektor der französisch-österreichischen Staatsbahngesellschaft, Maniel. Ueber meine Engagementsbedingungen wurden wir sehr schnell einig. Dieselben waren von der Art, daß ich neben einem auskömmlichen Gehalt die Aussicht hatte, mir durch die kontraktlich bewilligte Bauprämie innerhalb acht bis zehn Jahren ein Vermögen von 150000 Gulden zu erwerben. Ich richtete nun an das Komite zwei Fragen:

1) Ob und wie die Ausführung sämtlicher 150 Meilen sichergestellt sei, und
2) ob die österreichische Regierung, der meine politische Thätigkeit in Preußen jedenfalls bekannt sein mußte, mich in Oesterreich dulden und mir nicht ähnliche Schwierigkeiten machen würde wie die preußische Regierung?

Dabei bemerkte ich, daß ich meine Stellung in Dessau unmöglich aufgeben könne, so lange nicht auf die beiden Fragen ganz genügende Antwort erteilt sei.

Die Herren vom Komite legten mir nun das Aktienkapitalconto im Hauptbuch vor, aus dem hervorging, daß dreißig Prozent des Aktienkapitals eingezahlt waren. Damit schien der erste Punkt erledigt. Sodann wurde mir versichert, daß bei den Ministern genaue Erkundigungen über meine Aufnahme in Oesterreich eingezogen worden seien und derselben durchaus nichts im Wege stehe. In der That hegte ich auch kein Mißtrauen; es wurde der Kontrakt mit mir schriftlich abgeschlossen, und ich kehrte nach Dessau zurück, um mein Ausscheiden aus der Gasgesellschaft herbeizuführen und einen Nachfolger für mich zu ermitteln. Der Direktor der Gasanstalt in Stettin, Kornhardt, erklärte sich dazu bereit.

Nicht lange darauf erhielt ich ein Schreiben des Eisenbahnkomites aus Wien, worin mir dasselbe ganz naiv anzeigte, daß die kaiserliche Regierung mein Engagement inhibirt habe, mir daher der Bau der ungarischen Bahnen

nicht übertragen werden könne. Ich hatte schon in Gasgeschäften die Erfahrung gemacht, daß schriftliche Verhandlungen in Oesterreich selten oder nie zum Ziele führten, und daß dasselbe immer nur mündlich und persönlich unter Anwendung einer mehr als deutlichen Sprache zu erreichen sei. Da ich nun ohnehin in Gasangelegenheiten nach Krakau reisen mußte, so nahm ich den Rückweg über Wien. Die einzelnen Herren vom Komite empfingen mich sehr kühl und zuckten mit den Achseln. Auf meine Frage, ob die Herren denn ganz vergessen hätten, daß mit mir ein schriftlicher Kontrakt abgeschlossen worden sei, antwortete man, das Einschreiten der Regierung konstatire höhere Gewalt, für die die Eisenbahngesellschaft nicht aufzukommen brauche.

Jetzt sah ich ein, daß ich zum zweitenmal den Fehler gemacht hatte, mir nicht durch eine Kaution von mindestens 30000 Gulden für solche Fälle Sicherheit zu verschaffen. Unter allen Komitemitgliedern war der Graf Georg Apponyi der einzige, mit dem ich die Sache ausführlich besprechen konnte. Derselbe bedauerte den Widerspruch der Regierung sehr und riet mir, mich persönlich an die Minister Bach und Bruck und an den Chef der Polizei (Polizeiminister) Feldmarschall-Lieutenant von Kempten zu wenden. Wenn die Regierung ihren Einspruch zurücknähme, so würde die Eisenbahngesellschaft den mit mir abgeschlossenen Vertrag jedenfalls erfüllen. Obgleich ich gar keine Hoffnung hegte, die Angelegenheit in Ordnung zu bringen, so war es mir doch interessant, österreichische Minister kennen zu lernen. Minister Bach, eine kleine, schielende Persönlichkeit, empfing mich höflich kühl, erklärte aber doch, daß er gegen meine technische Thätigkeit in Oesterreich nichts einzuwenden habe. Minister Bruck kam ganz mit der Sprache heraus und sagte mir, er habe sich über mein Engagement gefreut. Der Widerspruch ginge von dem General von Kempten aus, der in solchen Dingen allmächtig sei; er hege die Ueberzeugung, daß der General seine Meinung ändern würde, wenn es mir gelänge, bei ihm vorgelassen zu werden und ich mich dann ebenso offen ausspräche wie gegen ihn (den Minister Bruck). Als ich darauf fragte, ob es denn so schwer sei, bei einem österreichischen Minister Eintritt zu erlangen, in Preußen sei das ganz leicht, antwortete Herr von Bruck: „Ja, in Oesterreich ist so manches anders."

Mündliche und schriftliche Meldungen beim General von Kempten waren vergebens; auf Briefe erhielt ich keine Antwort, nur sein Adlatus, Generalmajor von Hartmann, nahm mich an und unterhielt sich längere Zeit mit mir. Ich teilte ihm die Aeußerungen des Ministers Bruck mit, worauf er bemerkte, er sei ganz derselben Ansicht, zweifle aber, daß mich der General von Kempten sprechen werde. Wenn derselbe sich dazu entschließe, würde ich Nachricht erhalten; diese blieb aber aus.

Hierauf erstattete ich verabredetermaßen dem Grafen Georg Apponyi Bericht über das Resultat meiner Ministervisiten. Graf Apponyi hatte inzwischen

erfahren, daß dem General von Kempten eine Broschüre von mir (nämlich „Die Erfahrungen aus den letzten drei Jahren")*) in die Hand gespielt worden sei und daß in dieser Schrift, die Appony nicht habe auftreiben können, eine Stelle vorkommen solle, an welcher ich sage, der König von Preußen habe es 1849 in seiner Gewalt gehabt, durch Annahme der deutschen Kaiserkrone und Widerspruch gegen die russische Invasion in Ungarn, gestützt auf die deutsch-preußische Armee Oesterreich den Fuß auf den Nacken zu setzen. Graf Apponyi setzte hinzu, diese Stelle der Schrift, die General von Kempten dem Kaiser vorgelegt habe, sei mir sehr übel genommen worden. „Wissen Sie auch, warum?" — setzte Apponyi hinzu — „weil Sie die Wahrheit geschrieben haben." Hierbei erfuhr ich denn auch, daß Graf Apponyi, früher judex curiae in Ungarn, mit dem Kaiser Franz Josef über meine Angelegenheit gesprochen habe, aber vergeblich. Apponyi erklärte sich auch bereit, im Falle der zu meinem Nachfolger in Dessau designirte Direktor Kornhardt eine Entschädigung für seinen Rücktritt verlange, die Zahlung derselben bei der Eisenbahngesellschaft auszuwirken. In der That zahlte die Gesellschaft später einige tausend Gulden, mit denen sich Kornhardt begnügte. Das höchst ehrenwerte Benehmen Apponyis stand im grellen Widerspruch zu dem der anderen Komitemitglieder.

Von anderer Seite wurde mir mitgeteilt, daß deutsche, in Oesterreich beschäftigte Baumeister zu großen Eisenbahnunternehmern triumphirend geäußert haben sollten, unter meiner Leitung würden keine fetten, großen Generalbauentreprisen nach Einheitssätzen vorkommen, bei welchen aller Nutzen den Unternehmern und aller Schaden der Eisenbahngesellschaft zufiele; in Preußen habe ich nur kleine Entreprisen zu festen Summen zugelassen und viel in eigener Regie gebaut. Um mein Engagement zu hintertreiben, habe hierauf ein sehr großer Eisenbahnbauunternehmer, dem meine Broschüre bekannt sei, dieselbe dem General von Kempten zugestellt. Ob diese Erzählung ganz der Wahrheit entspricht, kann ich nicht wissen, aber es wurde mir dadurch klar, daß meine Stellung in Oesterreich eine sehr schwierige gewesen sein würde. Später erkannte ich deutlich, daß die Zurückweisung meines Engagements im Kaiserstaat für mich ein großes Glück war. Gas- und andere Geschäfte veranlaßten mich zu öfteren Reisen nach Wien, und dort erfuhr ich aus den besten Quellen Vorfälle bei der ungarischen Eisenbahngesellschaft, die mir es ganz unmöglich gemacht haben würden, bei derselben zu bleiben. Die dreißig Prozent Einzahlung auf die Aktien, die das Komite mir aus den Büchern nachgewiesen hatte, standen zum allergrößten Teil nur auf dem Papier. Es hatten nämlich ungarische Magnaten und andere sehr große Aktienbeträge in der Hoffnung auf steigenden Kurs gezeichnet und statt barer Einzahlung von dreißig Prozent Anweisungen auf den Crédit mobilier in Paris gegeben, der sich damit unter der Bedingung einverstanden

*) Vgl. oben S. 147 ff.

erklärt hatte, daß die Barzahlung von ihm erst verlangt werden dürfe, wenn die Aktienzeichner die Beträge eingezahlt haben würden. Auf diese Weise war also, mit Ausnahme der Einlagen einer Anzahl kleiner Leute, nichts oder sehr wenig eingezahlt. In den Büchern der Eisenbahngesellschaft bildete die angebliche Forderung an den Crédit mobilier den Gegensatz zu der als eingegangen gebuchten Einzahlung von dreißig Prozent. Dies hatte das Komite mir nicht gesagt. Als nun die Regierung verlangte, daß die Gesellschaft mit dem Bau vorgehen sollte, fehlte das dazu erforderliche Geld. Es ist demnächst auch nur ein kleiner Teil der projektirten ungarischen Bahnen von dieser Gesellschaft ausgeführt worden. Die mir für 150 Meilen kontraktlich zugesicherte Bauprämie wäre also in der Luft schweben geblieben.

Zur Ausführung einer Eisenbahnstrecke, auf welcher ein großer Tunnel vorkam, hatte man einen mit solchen Bauten bekannten preußischen Baumeister engagirt, der das Terrain genau studirte und fand, daß der sehr kostspielige Tunnel ganz entbehrlich sei, wenn man die Linie verlege, was noch dazu ohne erhebliche Verlängerung derselben geschehen konnte. Voller Freude machte er seinen Vorgesetzten davon Anzeige und glaubte der Anerkennung und des Lobes sicher zu sein. Statt dessen wurde er nach Wien berufen und ihm von dem Generaldirektor Maniel ein strenger Verweis erteilt, daß er sich unterstanden habe, eine Abänderung der Linie vorzuschlagen. Der Baumeister bemerkte, in Preußen hielten sich die Techniker verpflichtet, auf mögliche Verbesserungen und Ersparungen aufmerksam zu machen, aber Herr Maniel behandelte ihn so verletzend, daß er endlich äußerte, er scheine sich für österreichische Verhältnisse nicht zu eignen und würde gern abgehen, aber er sei mittellos und habe Familie, worauf Maniel ihm sagte, auch er halte die Aufhebung des Engagements für das Beste; wenn er darein willige, würde man ihm als Entschädigung ein Jahresgehalt auszahlen. So geschah es.

Dieser auffallende Hergang erklärte sich einmal dadurch, daß die Linie mit dem teuren Tunnel das Hauptgut eines der zum Komite, sogar zum Verwaltungsrat gehörigen Magnaten unmittelbar berührte, die andere vorgeschlagene Linie aber entfernt davon blieb; ferner auch daraus, daß der französische Generaldirektor Maniel, früher Professor an der polytechnischen Schule in Paris, den Bau und Betrieb der Eisenbahnen in Oesterreich ganz nach französischer Schablone organisirte. Nach dieser ist es, wie ich aus späterer eigener Erfahrung bestätigen kann, allen unteren Beamten strenge verboten, Vorschläge zu Abänderungen zu machen. Die Bau- und Betriebsleute haben lediglich, ohne zu mucksen, die Befehle der Vorgesetzten auszuführen; sie besitzen so gut als gar keine Selbständigkeit und freie Bewegung und sind blind gehorchende Werkzeuge. Ein Beispiel wird das erläutern. Auf der Strecke Wien-Raab blieb ein Eisenbahnzug im Schnee stecken. Der Betriebsingenieur, dem es an Schneeschaufeln fehlte, kaufte in Raab hundert solcher Werkzeuge sehr wohlfeil für

25 oder 30 Gulden und machte den Zug flott. Statt des Lobes erhielt er einen Verweis dafür, daß er ohne höhere Genehmigung 25 oder 30 Gulden verausgabt habe, während er instruktionsmäßig nur über 10 Gulden verfügen dürfe. Es wurde ihm gedroht, daß im wiederkehrenden Falle der Mehrbetrag ihm vom Gehalt abgezogen werden würde; zugleich wurde er aber angewiesen, noch hundert Schaufeln anzuschaffen. Mir selbst ist bekannt und von dem in Frankreich berühmten Ingenieur „en chef“ Lechatelier in Paris selbst gesagt, daß es den Ingenieuren, welche man nach Lokomotiv- und Wagenfabriken zur Ueberwachung der bestellten Arbeiten sende, streng verboten sei, Vorschläge zur Aenderung der vorgeschriebenen Konstruktionen zu machen, sogar wenn es Verbesserungen seien.

Dieser höchst auffallende Gebrauch scheint dem französischen Nationalcharakter zu widersprechen. Die Franzosen haben mit ihren Ideen die halbe Welt umgestaltet, sind dabei vor keiner Konsequenz zurückgescheut, haben keine Autorität anerkannt und treiben dennoch das Prinzip der unbedingten Autorität in vielen Fällen auf die äußerste Spitze. Der Widerspruch ist aber nur ein scheinbarer. Der Franzose, dem es gelungen ist, irgendwo an die oberste Stelle zu gelangen, duldet freiwillig keine Auflehnung und tritt, wenn er kann, mit Füßen, was sich nicht fügen will. Nur die obersten Spitzen in Kunst, Wissenschaft und Politik erkennen keine fremde Autorität an und bewegen sich frei. Wenn irgend möglich, wird der Gehorsam nach unten erzwungen, sogar mit Anwendung der Guillotine, der Füsilirungen und Ersäufungen. Die Helden der Freiheit und der Menschenrechte sind zugleich die größten Tyrannen.

Aus diesem französischen Charakterzug erklären sich eine Menge wichtiger Vorgänge auf allen Gebieten in Frankreich, auch auf dem der Kriegsgeschichte. Derselbe Charakterzug spielt auch eine Rolle dabei, daß Frankreich unter den verschiedensten Staatsformen immer derselbe zentralisirte Polizeistaat bleibt, dessen Spitze, sie mag König, Kaiser oder Präsident heißen, im wesentlichen absolutistisch mit einigen konstitutionellen Formen so lange regiert, bis andere ernstlich nach der obersten Gewalt streben, und sobald sie dieselbe erreicht haben, ganz dieselben gewaltsamen Mittel anwenden wie ihre Vorgänger. Jene leichte Anerkennung der Autorität von seiten der unteren Schichten führt mit Notwendigkeit zum Gelingen jedes mit einigem Geschick unternommenen Staatsstreichs und hindert die Ausbildung des Rechtsstaates. Außerdem macht die Gewöhnung an die Polizeischablone die Franzosen unfähig zum wirksamen Kolonisiren, erleichtert ihnen aber die vorläufige Organisation eroberter Länder. Herr Maniel war auch in der soeben besprochenen Beziehung durch und durch Franzose — bei ihm gesellte sich zu dem Selbstbewußtsein seiner Landsleute noch das des Professors. Er strich Arbeiten seiner Mitdirektoren von der Staatsbahngesellschaft einfach durch und schrieb darauf: à refaire, als ob die anderen Direktoren Schulbuben wären. Es wurde mir ganz unzweifelhaft, daß ich, wenn mich

nicht der General von Kempten vor der Uebersiedelung nach Wien bewahrt hätte, sehr bald meinen Kontrakt zerrissen und den Herren vor die Füße geworfen haben würde. Mag nun der liebe Herrgott nach dem Sprichwort der Vormund der Dummen oder der Weisen sein, für mich war diese Vormundschaft ein großes Glück. Später habe ich in zwei anderen Geschäftsbranchen in Oesterreich ganz ähnliche Erfahrungen gemacht. Dieselben laufen darauf hinaus, daß der österreichische Geschäftsmann sehr häufig unter der Maske der Treuherzigkeit und Biederkeit eine große Schlauheit verbirgt und sich lästiger Versprechungen, sogar kontraktlicher Verpflichtungen unter allerlei nichtigen Vorwänden zu entziehen sucht. Durch Korrespondenz sind entstandene Differenzen fast niemals zu erledigen, sondern nur mündlich und durch Grobheit. Der alte Arndt sagt in seinem letzten Buch: „Wanderungen und Wandlungen mit dem Freiherrn von Stein" sehr bezeichnend: „Die Oesterreicher verhüllen sich in ihre Treuherzigkeit."

Als Tourist hatten mir Oesterreich und die Oesterreicher 1854 sehr gut gefallen, in Geschäften dagegen fand ich sehr bald, daß meine Freunde in Breslau recht hatten, die mich vor den schlauen und unzuverlässigen Oesterreichern warnten. Bis dahin glaubte ich, daß die österreichische Politik, wenn nicht ausschließlich, so doch hauptsächlich von der aristokratischen, reaktionären Metternichschen Schule herrühre; aber ich überzeugte mich bald, daß dies System auch im Bürgertum viele Stützen finde. Bei Verhandlungen eines Verwaltungsrats, denen ich beiwohnte und dessen Mitglieder meistens wohlhabende Wiener Bürger und Industrielle waren, schien es mir so, als ob hinter jedem einzelnen ein kleiner Metternich stände, der ihm soufflire. Es ist kaum nötig, zu erwähnen, daß ich auch höchst ehrenwerte, biedere und in Geschäften zuverlässige Männer in Oesterreich kennen gelernt habe, aber im großen Durchschnitt arbeitet es sich schlecht mit dortigen Geschäftsleuten. Ganz dieselben Erfahrungen haben viele meiner Bekannten aus Nord- und Süddeutschland gemacht. Dem Altbayern und Schwaben gegenüber habe ich immer das Gefühl gehabt, daß wir zu einem Stamm gehören, wogegen mir die Deutsch-Oesterreicher mit wenigen Ausnahmen stets wie wirkliche Ausländer vorkamen. Es scheint fast so, als ob der Jahrhunderte hindurch wirksam gewesene despotisch-klerikale Druck und die starke Durchsetzung mit slavischen Elementen auf den Volkscharakter einen nachteiligen Einfluß ausgeübt hat. Freilich habe ich nur mit Bewohnern Wiens und einiger großen Städte zu thun gehabt und die Bevölkerung in den Provinzen, namentlich die ländliche, sehr wenig kennen gelernt, aber das Schlußresultat meiner langjährigen Erfahrungen geht doch dahin, daß ich viel lieber mit Russen als mit Oesterreichern Geschäftsabschlüsse gemacht habe. Ich habe in Wien öfter mit österreichischen Liberalen, auch mit Mitgliedern der Linken des Reichsrats gesprochen und keine Sympathien für die Einigung des übrigen Deutschlands gefunden. Sie fürchteten die Hegemonie

Preußens in Deutschland, der sie die deutsche Zersplitterung unter österreichischem Einfluß vorzogen, sie waren fast ohne Ausnahme bessere Oesterreicher als Deutsche, was man ihnen allerdings kaum verdenken kann.

Schwierige Lage in Dessau.

In Dessau mehrten sich die Anzeichen der herannahenden Krisis. Die Masse der Arbeiten und die vielen Reisen machten die Heranziehung noch eines Direktionsmitgliedes notwendig, das, wie ich, seine ganze Zeit dem Geschäft widmete und in meiner Abwesenheit bedenkliche Anordnungen verhütete, worunter ich den Schutz der Gasgesellschaft gegen Hineinziehung in die bereits prekäre Lage der anderen Dessauer Institute verstand, ohne diesen Punkt offen auszusprechen. Die Wahl war sehr schwierig, weil der Mann technische und kaufmännische Kenntnisse, wenigstens technisches und kaufmännisches Verständnis besitzen und doppelte Buchhalterei gründlich kennen, überhaupt ein tüchtiger Geschäftsmann sein mußte. Wegen der Gasanstalten in Warschau, Krakau und Lemberg war auch Kenntnis der französischen und wegen des Verkehrs mit England auch der englischen Sprache höchst wünschenswert, endlich die Fähigkeit zur Verhandlung mit hochgestellten Personen und vor allem die nötige Energie unentbehrlich.

Diese Eigenschaften glaubte ich bei dem damaligen Bürgermeister in Mülheim a. Ruhr, jetzigen Geheimen Kommerzienrat Oechelhäuser, vereinigt zu finden, und ich habe mich darin nicht getäuscht. Ich schlug ihn im Direktorium vor; dasselbe erklärte sich, da ein ebenso geeigneter Mann in Dessau nicht vorhanden war, mit meinem Vorschlage einstimmig einverstanden, ermächtigte mich, mit Oechelhäuser in Verhandlung zu treten, und war bereit, dessen Wahl in der Generalversammlung dringend zu befürworten. Oechelhäuser ging auf meinen Vorschlag ein. In der Generalversammlung widersprach niemand, und der Vorsitzende schloß, nachdem die Stimmzettel abgegeben waren, ganz geschäftswidrig die Versammlung, bevor die Stimmen zusammengestellt waren. Zu meinem Erstaunen flüsterte mir ein bei dem Skrutinium beschäftigter Beamter zu, daß unser Buchhalter Progaski fast ebenso viel Stimmen erhalten habe wie Oechelhäuser und nur noch wenige Wahlzettel zu verzeichnen seien. Progaski war als Gesellschaftsbeamter statutengemäß gar nicht wählbar, aber eine neue Wahl hätte nicht mehr stattfinden können, weil der Vorsitzende die Generalversammlung geschlossen hatte. Ich wäre Oechelhäuser gegenüber in eine üble Lage geraten. Sofort stellte ich den Vorsitzenden, von dem die Manipulation unzweifelhaft ausging, in Gegenwart vieler noch anwesenden Aktionäre und des ganzen Direktoriums zur Rede und erklärte ihm, daß er gegen das Interesse der Gesellschaft handle und daß ich, wenn Oechelhäuser heute nicht gewählt werde,

meine Stelle sofort niederlegen werde und er dann zusehen möge, was aus dem ganzen Unternehmen werde.

Beim Schluß des Skrutiniums stellte sich heraus, daß Oechelhäuser mit einer ganz kleinen Majorität doch gewählt war. Man sagte, der Vorsitzende habe im letzten Augenblick vor der Abgabe der Stimmzettel eine Anzahl Stimmen zurückgezogen, weil von dritten die Befürchtung gegen ihn ausgesprochen worden war, ich würde zurücktreten. Der Vorgang war nicht geeignet, mich in Dessau zu fesseln. Oechelhäuser trat ein. Unter seiner Leitung ist das Unternehmen seit einundzwanzig Jahren glänzend gediehen und hat alle Krisen, ohne zu schwanken, überstanden.

Mein Engagement in Berlin, abermalige ministerielle Verfolgungen.

In demselben Jahre (1856) war in Berlin eine Aktiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnbedarf (Lokomotiven und Wagen) gebildet und konzessionirt worden. Zwei Mitglieder des Komites, Geheimer Regierungsrat Rothe und Leihamtsdirektor Buck, besuchten mich in Dessau und forderten mich auf, als Generaldirektor an die Spitze der Gesellschaft zu treten; sie überließen mir, meine Bedingungen zu stellen, und sicherten mir die Annahme derselben im voraus zu. Ich lehnte das Anerbieten mit der Erklärung ab, daß ich mich nicht wieder in die preußischen Nesseln setzen und mich nicht abermals ähnlichen Chikanen exponiren wolle wie in Magdeburg. So lange das Ministerium Manteuffel bestehe und von der Heydt Minister sei, könne von Rückverlegung meines Wohnsitzes nach Preußen nicht die Rede sein. Alles Zureden der oben Genannten half nichts. Als der Antrag von Berlin aus erneuert wurde, lehnte ich abermals ab, obgleich es mich sehr nach Preußen zog.

Die Dessauer Gasgesellschaft hatte Korporationsrechte in Dessau, aber nicht in Preußen. Die zu den Gasanstalten in Preußen erforderlichen Grundstücke konnten daher nur auf den Namen eines Direktionsmitgliedes erworben und eingetragen und die Gesellschaft mußte durch einen Revers desselben als Schuldner der Gesellschaft sichergestellt werden. Daraus konnten bei Todesfällen leicht große Weiterungen entstehen. Nun gab es in Preußen eine Bestimmung, nach welcher auf Antrag des Ministers durch den König auch Gesellschaften, welche ihren Sitz im Auslande hatten, die Erwerbung von bestimmten Grundstücken in Preußen gestattet werden konnte. Es kam also darauf an, den Minister von der Heydt zu bewegen, der Dessauer Gesellschaft die königliche Genehmigung zum Kauf von bestimmten Grundstücken in Potsdam, Frankfurt a. O. und noch mehreren preußischen Städten zu den dort erbauten Gasanstalten auszuwirken. Deshalb entschloß ich mich, zum Minister von der Heydt zu gehen und mit ihm über die Sache zu sprechen, bevor schriftliche Anträge

gestellt wurden. Sehr begierig war ich, wie von der Heydt mich aufnehmen würde. Er empfing mich höflich, fast entgegenkommend und war sogleich bereit, die nötigen Anträge beim Kabinet zu stellen. Dabei äußerte er, er habe bedauert, daß ich es abgelehnt habe, wieder in den preußischen Staatsdienst einzutreten. Gern hätte ich ihm eine pikante Antwort gegeben und auf die Magdeburger Vorfälle hingewiesen. Da die Dessauer Gesellschaft aber die Hilfe des Ministers gebrauchte, so antwortete ich nur, ich habe ja dem Geheimerat von Maaßen, der mit mir darüber verhandelte, ganz offen mitgeteilt, was mich vom Wiedereintritt in den Staatsdienst abhalte. Der Minister entgegnete: „Ich meine nicht Ihre Verhandlung mit Herrn von Maaßen, ich hatte vielmehr später Herrn von N. N. beauftragt, Sie zu fragen, ob Sie nicht eintreten wollten; dieser hat mir dann berichtet, daß Sie ihm erklärt hätten, Sie würden bei der Wiederkehr einer Situation wie 1848 ganz dasselbe thun wie damals." Ich fiel aus den Wolken. Herr von N. N. hatte niemals ein Wort mit mir gesprochen, noch irgend jemand in seinem Namen. Dies teilte ich dem Minister mit und setzte hinzu, er möge mich beurteilen, wie er wolle, nur mir nicht eine solche thörichte Antwort zutrauen, wie Herr von N. N. von mir empfangen haben wollte. Wenn ich jemals wieder in einen solchen Fall kommen sollte wie 1848, was ich übrigens für höchst unwahrscheinlich halte, so würde ich ganz gewiß nicht dasselbe thun wie damals, sondern sehr viel mehr oder — sehr viel weniger. Jetzt war an Herrn von der Heydt die Reihe, zu erstaunen. Er könne sich doch nicht denken, meinte er, daß der Berichterstatter ihn belogen habe; er wolle sogleich die Akten kommen lassen. Ich bat ihn, dies nicht zu thun, ich könne einen Eid darauf ablegen, daß Herr von N. N. niemals mit mir gesprochen oder verhandelt habe, ebenso wenig ein anderer in seinem Auftrage, ich also auch jene alberne Erklärung gar nicht abgegeben haben könne. Möge der Herr Minister, wenn er es für nötig halte, den betreffenden Herrn zur Rede stellen, mich aber, wenn irgend möglich, aus dem Spiele lassen. In den Staatsdienst wieder einzutreten, sei mir unmöglich. Der Minister griff diese letzten Worte auf und sagte, wenn ich in der Privatindustrie bleiben wolle, so wisse er nicht, weshalb ich es abgelehnt habe, an die Spitze der soeben gebildeten Gesellschaft für Eisenbahnbedarf in Berlin zu treten; er halte dieses Unternehmen für sehr nützlich, ja notwendig und würde es sehr gern sehen, wenn dasselbe unter meine Leitung käme. — Nachgerade war ich gegen alles Erstaunen abgehärtet und erwiderte dem Minister, es sei mir allerdings zweimal der Antrag gemacht worden, Generaldirektor bei der neuen Gesellschaft zu werden, ich hätte aber abgelehnt, weil ich in Magdeburg die bittere Erfahrung gemacht habe, daß die Regierung mich an der Spitze solcher Unternehmungen nicht dulde; ich wolle mich nicht wieder solchen Maßregeln aussetzen, wie die in Magdeburg gegen mich angewendeten waren, sondern unbehelligt sein.

„Wenn Sie in dieser Stellung nach Berlin kommen wollen," entgegnete

der Minister, „so wird Ihnen niemand Hindernisse in den Weg legen, Sie werden hier sehr willkommen sein, natürlich würden Sie sich wohl in politischer Beziehung ruhig verhalten.“ Darauf antwortete ich, es müsse mir überlassen bleiben, wie ich mich in meinem eigenen Interesse und in dem eines von mir geleiteten Unternehmens benehmen wolle. Die Situation sei für mich ganz klar, aber von vornherein als Bedingung meines Eintritts auf meine politischen Rechte in meinem Vaterlande verzichten, könne und werde ich nicht; übrigens habe man sich bisher, so viel ich wisse, nicht mit Passivität eines früheren Opponenten begnügt, sondern dessen aktives Auftreten im Sinne der Regierung verlangt.

Herr von der Heydt beruhigte sich hierbei noch nicht, sondern bemerkte, von mir würde die aktive Unterstützung der Regierung nicht verlangt oder erwartet; es komme nur darauf an, daß ich thatsächlich (also ohne vorheriges Versprechen) politisch nicht agitire.

Damit war das Gespräch beendigt, das ich meinem Freunde, Geheimerat Rothe, mitteilte. Dieser lebhafte Mann war gleich Feuer und Flamme und meinte, nun würde ich die Stelle als Generaldirektor annehmen, und als ich Bedenken äußerte, mich auf Aeußerungen des Herrn von der Heydt allein zu verlassen, machte Rothe den Vorschlag, daß er mit dem damaligen Polizeipräsidenten von Zedlitz sprechen wolle. Schon am andern Tage brachte mir Rothe die Nachricht, Herr von Zedlitz habe das Gesellschaftsstatut nachgesehen und dann erklärt, es sei gegen meinen Eintritt in die mir offerirte Stelle durchaus nichts einzuwenden, eine Bestätigung des Generaldirektors habe die Regierung nicht vorbehalten, auch meiner Uebersiedelung nach Berlin stände nichts im Wege. Rothe war ermächtigt, mir dies mitzuteilen.

Diese Zusage des Herrn von Zedlitz war für mich ausschlaggebend. Ich schloß daraus, daß die Reaktion nachzulassen beginne. Ich übernahm daher die Stelle in Berlin, blieb aber unbesoldetes Mitglied des Direktoriums der Dessauer Gasgesellschaft, dem mit Ausnahme der verwaltenden Mitglieder nach dem Gesellschaftsstatut die Funktionen eines Verwaltungsrats obliegen.

Im Verwaltungsrat der Berliner Gesellschaft brachte ich sofort zur Sprache, daß man doch nicht blind darauf los mit dem Bau einer großen Lokomotiv- und Wagenfabrik vorgehen und sich ohne jede nähere Prüfung in die jedenfalls sehr schwere Konkurrenz mit Borsig und Pflug, dem Eisenbahnwagenfabrikanten, einlassen könne; ich habe bei anderer Gelegenheit die Borsigschen Bücher eingesehen und wisse, daß seine Fabrik mit einem Kapital von vier bis fünf Millionen Thaler arbeite. Von Pflug vermute ich, daß er circa eine Million Thaler im Geschäft habe, beide Fabriken seien im In- und Auslande sehr gut renommirt und hätten vorzügliche, eingearbeitete Werkmeister. So viel sei klar, daß mit einem Aktienkapital von nur zwei Millionen Thaler und ganz neuen Leuten gegen die fünf bis sechs Millionen der beiden vorhandenen Fabriken

nicht aufzukommen sei. Die Gesellschaft müsse sich nach meiner Meinung zunächst jedenfalls auf den Eisenbahnwagenbau beschränken, Werkmeister ausbilden und dann später sehen, ob zum Lokomotiv- und Brückenbau unter gleichzeitiger Vermehrung des Aktienkapitals übergegangen werden könne; aber auch beim Wagenbau sei es von entscheidender Wichtigkeit, wenn irgend möglich zuvörderst zu ermitteln, ob der Gewinn am Stück und die Nachfrage eine lohnende Konkurrenz in Aussicht stelle. Ich habe schon 1844 bei Pflug Wagen bestellt und glaube ihn dahin bringen zu können, daß er mir Einsicht in seine Bücher gestatte, um sich bei nur kleinem Nutzen die drohende Konkurrenz ferne zu halten.

Solche überzeugenden Gründe mußte der Verwaltungsrat anerkennen. Pflug sträubte sich einige Zeit, entschloß sich aber doch, mir die Bücher und Abschlüsse der letzten fünf Jahre unter der Bedingung vorzulegen, daß ich dem Verwaltungsrat nichts mitteile, wozu er nicht vorher seine Zustimmung gegeben habe.

Nachdem ich eine ganze Woche hindurch die Bücher und Abschlüsse durchgearbeitet hatte, ergab sich ein mich selbst überraschendes Resultat. Der Gewinn betrug durchschnittlich am Stück nur $5^1/_2$ Prozent, bei Güterwagen 4—$4^1/_2$, bei Personenwagen 5—$6^1/_2$ Prozent. Das arbeitende Kapital belief sich auf noch nicht 900000 Thaler, und da Pflug in einem Jahre das Kapital in der Regel nur einmal umgesetzt hatte, so war der jährliche Reingewinn nicht viel höher als der Gewinn am Stück. Wenn dennoch das Pflugsche Vermögen sich schnell vermehrt hatte, so lag dies darin, daß Pflug allen Gewinn nach Abzug des höchst mäßigen Betrages zu seinem und seiner Familie Unterhalt im Geschäft ließ, so daß jeder Thaler vom Tage seines Eingehens sofort Zins auf Zins zum Zinsfuß des Gesamtnutzens seiner Fabrik mitarbeitete und erspartes Kapital bildete.

Schon aus diesem Grunde hat eine industrielle Anlage in der Hand eines Besitzers oder einzelner Compagnons volkswirtschaftlich einen sehr viel höheren Wert als ein Aktienunternehmen, das den Gewinn alljährlich verteilen muß. Dazu kommt noch, daß industrielle Privatetablissements, wie das Borsigsche und das Pflugsche, in der Regel mit einer kleinen Anlage beginnen, ihre Leute ausbilden und sich erst allmälich, nach Maßgabe der steigenden Nachfrage, aus dem erzielten Nutzen vergrößern. Dieser Vorteil entgeht der Aktiengesellschaft entweder ganz oder kann nur teilweise durch starke Abschreibungen und niedrige Inventuren, also durch Zurückhaltung eines Teils des Gewinnes erreicht werden.

Das bedenklichste Ergebnis der Durchsicht der Pflugschen Bücher lag darin, daß die inländischen Bestellungen zu voller Beschäftigung der Wagenfabrik nicht hinreichten und Pflug bei nur einmaligem Umsatze seines kleinen Anlagekapitals pro Jahr Aufträge in Oesterreich und Rußland mit Erfolg gesucht hatte, um

seine Fabrikation nicht einzuschränken. Nun konnte ich es mir erklären, daß konkurrirende Wagenfabriken teils wieder eingegangen waren, teils kränkelten.

Das waren schlechte Aussichten für die neue Eisenbahnbedarfsgesellschaft. Nach genauer Auseinandersetzung der Sachlage erklärte ich im Verwaltungsrat, die Gesellschaft habe nur die Wahl, die Pflugsche Fabrik zu kaufen, wenn dieselbe preiswürdig zu haben sei, oder — sich aufzulösen. Der Verwaltungsrat trat mir bei, und die Erwerbung der Pflugschen Wagenbauanstalt kam zu einem Preise zu stande, den ein Teil der Börse hoch nannte, der aber in der That ein sehr mäßiger war, wie die Resultate der folgenden sechzehn Jahre schlagend ergeben haben. Von Gründergewinn war nicht die Rede. Pflug verkaufte, weil er sein erspartes Kapital zu Gunsten seiner zahlreichen Familie realisiren wollte und mit Recht die Konkurrenz einer Aktiengesellschaft mit zwei Millionen Thaler Kapital fürchtete.

Kaum war der Ankauf der Pflugschen Fabrik bekannt geworden, als sofort verlautete, daß der Minister von der Heydt höchst ungehalten sei. Man sagte mir, derselbe habe die Bildung der Eisenbahnbedarfsgesellschaft nur deshalb begünstigt, weil er eine Konkurrenz gegen Borsig und Pflug hervorrufen und die Preise der Lokomotiven und Wagen drücken wollte. Ich hielt diese Nachricht für nicht glaubwürdig.

Aus den Akten der Gesellschaft wußte ich, daß der Minister die Bewilligung eines höheren Kapitals als zwei Millionen Thaler ausdrücklich abgelehnt hatte. Wollte er wirksame Konkurrenz hervorrufen, so mußte er zu einem viel höheren Kapital raten, denn ihm, der viele Jahre Kaufmann, Bankier und, wenn ich nicht irre, auch Fabrikant gewesen war, konnte nicht unbekannt bleiben, daß in den Borsigschen und Pflugschen Fabriken fünf bis sechs Millionen Thaler arbeiteten. Ebenso mußten ihm die Gründe, welche ich im Verwaltungsrat gegen jene Konkurrenz vorgetragen hatte, von selbst bekannt sein. Man sagte mir: „Ja, der Minister will als Verwalter von Staatseisenbahnen wohlfeilere Wagen und Lokomotiven haben," worauf ich erwiderte, es gebe ja im Zollverein noch eine große Anzahl von Wagen- und Lokomotivfabriken, und wenn dem Minister diese Konkurrenz noch nicht genüge, so könne er ja eine Herabsetzung des Eingangszolles auf Lokomotiven herbeiführen, der die übrigen Zollvereinsstaaten schwerlich widersprechen würden, da sie selbst englische Lokomotiven einführten.

So wenig staatsmännische Einsicht traute ich Herrn von der Heydt nicht zu, daß er Millionen Privatkapital, also Nationalvermögen, aufs Spiel setzen würde, um an den Lokomotiven und Wagen der Staatsbahnen einige Prozent zu ersparen. Er hätte mich ja auch rufen lassen und von mir über den Ankauf der Pflugschen Fabrik Auskunft fordern können.

Meine Zweifel wurden bald beseitigt. Eines Tags ging bei dem Verwaltungsrat der Eisenbahnbedarfsgesellschaft ein Reskript des Ministers von der Heydt ein, worin er meine *sofortige Entlassung als Generaldirektor*

mit dem Bemerken befahl, daß der Polizeipräsident beauftragt sei, über die Ausführung dieser Anordnung zu wachen und dieselbe nötigenfalls zu erzwingen. Es war nicht eine Spur gesetzlicher Berechtigung zu einer solchen Maßregel vorhanden. Der Minister und der Polizeipräsident hatten mich förmlich dazu verleitet, die zweimal abgelehnte Stellung als Generaldirektor anzunehmen. Mein Freund Rothe zog Erkundigungen bei Herrn von Zedlitz ein, wonach man im Ministerium darüber zweifelhaft gewesen war, ob man mich aus Berlin ausweisen oder meine Entlassung bei der Aktiengesellschaft verfügen solle. Letzteres hatte man für milder gehalten! Ungesetzlich war das eine wie das andere. Ich kann diese Art des Einschreitens gegen mich nicht anders als unerhört bezeichnen. Gegen meinen Rat remonstrirte der Verwaltungsrat beim Minister und verlangte von mir, daß ich im Falle eines abschlägigen Bescheides Mitglied des Verwaltungsrats bleiben und der Gesellschaft so weit nützlich sein solle, als die Regierung mich nicht daran hindere. Das Gesellschaftsstatut gestattete, einzelne Mitglieder des Verwaltungsrats zu bestimmten Geschäften zu delegiren und dafür zu bezahlen. Mir wurden 5000 Thaler jährlich angeboten. Außerdem sollte ich teil an der Tantième des Verwaltungsrats haben.

Intervention Bismarcks.

Gerade in jener Zeit las ich in der Zeitung, daß unser Bundestagsgesandter von Bismarck in Berlin angekommen sei. Ich besuchte ihn und leitete das Gespräch damit ein, daß ich ihm sagte, in demselben Zimmer habe ich mit Herrn von Prokesch, der damals diese Räume bewohnte, eine pikante Verhandlung gehabt, deren Inhalt ich kurz mitteilte. Herr von Prokesch war bekanntlich Bundespräsidialgesandter in Frankfurt a. M. gewesen, als Bismarck dort preußischer Gesandter wurde. Dieser bemerkte, Herr von Prokesch sei einer der unwahrsten Menschen, die ihm jemals vorgekommen, gab einige frappante Belege dafür*) und fügte hinzu, es sei unmöglich, mit Oesterreich gemeinsame

*) Prokesch — so erzählte Bismarck einmal — war gar nicht mein Mann. Der hatte aus dem Orient die ärgsten Intriguen mitgebracht. Die Wahrheit war ihm ganz gleichgiltig. Ich entsinne mich, einmal in einer großen Gesellschaft wurde von irgend einer österreichischen Behauptung gesprochen, die nicht mit der Wahrheit stimmte. Da sagte er, daß ich's hören sollte, mit erhobener Stimme: „Wenn das nicht wahr wäre, da hätte ich ja im Namen der kaiserlich königlichen Regierung (er betonte das Wort stark) gelogen!" Dabei sah er mich an; ich sah ihn wieder an und sagte gelassen: „Allerdings, Excellenz." Er war offenbar erschrocken, und als er sich umblickte und lauter niedergeschlagenen Augen begegnete und einem tiefen Schweigen, das mir recht gab, wendete er sich still ab und ging ins Speisezimmer, wo gedeckt war. Nach Tisch hatte er sich erholt. Da kam er auf mich zu — mit einem gefüllten Glase — sonst hätte ich gedacht, er wolle mich fordern — und sagte: „Na, lassen Sie uns Frieden machen." — „Warum denn nicht?" sagte ich. „Aber das Protokoll muß doch geändert werden!" — „Sie sind unverbesserlich," erwiderte er lächelnd, und damit war's gut. Das Protokoll wurde geändert und damit anerkannt, daß es die Unwahrheit enthalten hatte.

Politik zu treiben, weil die damalige österreichische Regierung darauf ausginge, Preußen zu schädigen und bei günstiger Gelegenheit zu Grunde zu richten. Ich äußerte meine Freude darüber, daß Bismarck von seiner Zuneigung zu Oesterreich bekehrt worden sei, und fragte nun, ob er sich wohl noch des scherzhaften Gesprächs zwischen uns im Jahre 1849 erinnere, wobei er mir seinen Beistand für den Fall zugesichert habe, daß seine Partei siege? Bismarck lachte, bejahte meine Frage und erkundigte sich darnach, was mich jetzt dazu veranlasse, ihn daran zu erinnern. Nun erzählte ich ihm, in welcher Art die Regierung mich verfolge und mich am redlichen Erwerbe meines Unterhaltes hindere. Bismarck tadelte heftig dies Verfahren und setzte hinzu, es sei ein Unglück, daß Hinckeldey dem Könige weis gemacht habe, hinter jeder Littfaßsäule (welche zu öffentlichen Anschlägen dient) lauere eine Revolution. Es thue dringend Not, endlich an Versöhnung zu denken; er werde thun, was in seinen Kräften stehe, um die neueste Verfolgung gegen mich zu beseitigen.

In der That fuhr Bismarck meinethalben zu Ministern und anderen Personen der entscheidenden Kreise und schrieb mir dann, bei den Ministern sei nichts auszurichten, die Sache müsse im Kabinet geordnet werden, was er für möglich halte. Bismarck riet mir, den Geheimen Kabinetsrat Niebuhr zu besuchen, wenn ich es auch vielleicht ungern thue. Offenbar hatte Bismarck mit ihm über mich gesprochen.

Da Niebuhr den Streit mit mir in Magdeburg schließlich in anständiger Weise beendigt hatte, so entschloß ich mich, zu ihm zu gehen. Ohne zu petitioniren, teilte ich ihm mündlich mit, um was es sich handle, worauf er mir sagte, der Verwaltungsrat meiner Gesellschaft solle direkt beim Könige einkommen und um Aufhebung des gegen mich gerichteten Ministerialreskripts bitten. Dies geschah.

Inzwischen hatte ich erfahren, daß der König, dem man zugetragen hatte, daß ich den Bau der Gasanstalt in Potsdam von Dessau aus leitete, geäußert hatte: „Ach, mein Gegenkönig von 1848! Nun, ich habe nichts dagegen, daß er Potsdam erleuchte.“ — Die Eingabe des Verwaltungsrats wurde dem Minister des Innern von Westphalen zum Bericht zugefertigt. Auch diesen besuchte ich persönlich, wurde höflich aufgenommen, aber bedeutet, der Minister könne nicht dulden, daß in Berlin mehr als tausend Arbeiter unter meinem Kommando ständen. Vergeblich wies ich darauf hin, daß der Minister von der Heydt mich nach Berlin gezogen und der Polizeipräsident nichts dagegen einzuwenden hatte. Herr von Westphalen soll an den König berichtet haben, daß er für die Ruhe Berlins nicht einstehen könne, wenn man mich zuließe. Der Verwaltungsrat wurde abschläglich beschieden. So blieb mir nichts übrig, als auf das schon erwähnte Anerbieten einzugehen, lediglich als Mitglied des Verwaltungsrats bei der Gesellschaft thätig zu sein, bis ein Ministerwechsel stattfinde. Pflug wurde zum Generaldirektor erwählt, und obgleich derselbe

viele sehr gute Eigenschaften als Fabrikant besaß, so fehlte ihm weder die Anmaßung des Autodidakten noch die Rücksichtslosigkeit des Handwerkers, der sich von unten herauf zum Millionär gearbeitet hatte, was ihm ja zur Ehre gereichte. Mir wurde meine Stellung dadurch um so mehr erschwert und verbittert, als Pflug wußte, daß ich nicht an seine Stelle treten durfte.

Der Minister von der Heydt.

Ich habe vorstehend die Verfolgungen sehr ausführlich mitgeteilt, welche der Minister von der Heydt gegen mich unternahm, weil ich glaube, daß durch diese Details der Mann und die Zeit am besten charakterisirt werden. Zur Vervollständigung des Bildes will ich hier gleich noch einen Hergang aus späterer Zeit anführen.

Im Herbst 1862, nachdem Bismarck Ministerpräsident geworden war, forderten meine politischen Freunde mich dringend auf, ein Mandat zum Abgeordnetenhause anzunehmen, und wiesen darauf hin, daß ich jetzt die politische Thätigkeit wieder aufnehmen oder auf dieselbe für immer verzichten müsse. Ich entschloß mich nach reiflicher Ueberlegung zum Wiedereintritt in das Abgeordnetenhaus und teilte dies meinem Verwaltungsrat mit. Derselbe wollte widersprechen, weil er fürchtete, daß von der Heydt der Wagenfabrik schaden würde, namentlich in Beziehung auf Bestellung für Staatsbahnen. Darauf wandte ich ein, daß dem Verwaltungsrat ein wirksamer Widerspruch nicht zustände, erklärte aber, daß ich bereit sei, aus dem Verwaltungsrat auszutreten, wenn man glaube oder es sich zeige, daß die Annahme eines Mandats zum Abgeordnetenhause der Fabrik nachteilig sei. Nachdem der Verwaltungsrat meine angebotene Entlassung abgelehnt hatte, bemerkte ich noch, es sei keineswegs ausgemacht, daß meine Eigenschaft als Abgeordneter unserem Fabrikunternehmen nachteilig sein werde; der Minister von der Heydt wisse sehr gut, daß ich seine Eisenbahnpolitik und die Mittel, die er anwende, genau kenne und daß ich ihm große Verlegenheit im Abgeordnetenhause auch beim Etat des Handelsministeriums bereiten und sein gesetzwidriges Benehmen gegen mich öffentlich zur Sprache bringen könne. Daß ich letzteres nicht thun und meine persönlichen Angelegenheiten nicht mit der Politik vermischen werde, könne der Minister nach seinen Anschauungen und Gewohnheiten nicht annehmen; es sei daher sehr möglich, daß Herr von der Heydt mich und die Fabrik schonen werde. Kaum war ich in das Abgeordnetenhaus eingetreten (Januar 1863) und hatte dem Handelsminister noch keinen Besuch gemacht und keine Karte bei ihm abgegeben, so wurde ich wiederholt zum Diner eingeladen und auffallend freundlich behandelt. Ich hatte den Mann also richtig taxirt. Wir blieben auf gutem Fuß, und ich leistete dem Handelsministerium in der Budgetkommission manchen guten Dienst, wo ich dies nach meiner Ueberzeugung konnte, also auch mußte.

Herr von der Heydt hat sich als Minister in vielen Kreisen, besonders in kaufmännischen und gewerblichen, Anerkennung erworben. Seine Arbeitskraft und Energie, auch seine Sachkenntnis in manchen Fächern trat klar hervor und stach vorteilhaft ab von so manchem seiner Kollegen. Er besaß auch einen scharfen Verstand. Diesen Lichtseiten standen aber tiefe Schatten gegenüber, vor allem die Neigung zur Willkür und der Mangel fester Grundsätze. Liberal auf dem ersten vereinigten Landtag, gehörte er später zu den Spitzen der Reaktion. Bei der Zollvereinskonferenz im Anfang der fünfziger Jahre vertrat er den Schutzzoll, und die Erhöhung desselben auf Baumwollenwaren scheiterte nur an der einen Stimme von Braunschweig. Später schloß er die Handels- und Zollverträge mit England und Frankreich in freihändlerischer Richtung ab. Seine exekutivische Beschlagnahme der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn wurde in zwei Instanzen von den Gerichten für ungesetzlich und die Beschlüsse der von ihm berufenen Generalversammlung für nichtig erklärt. Von der Heydt verbot der einen Eisenbahngesellschaft, was er der andern befahl.

Wie mir in St. Petersburg der General von Delwig, Stellvertreter des Ministers für Land- und Wasserkommunikationen, erzählte, riet von der Heydt dem russischen Minister Scheffin dringend davon ab, ein Eisenbahngesetz zu erlassen, weil ein solches immer der Regierung Beschränkungen auferlege, die Grenzen mögen noch so weit gesteckt sein. In Preußen existire zwar ein Eisenbahngesetz aus dem Jahre 1838, dasselbe passe aber auf die neuen Verhältnisse gar nicht, daher habe er, wie er meinte, ganz freie Hand. Von der Heydt hätte sehr leicht ein gutes Eisenbahngesetz und gute Tarifbestimmungen für Preußen mit der Landratskammer, wie man das damalige Abgeordnetenhaus nannte, zu stande bringen können. Daß er es nicht that, hat wesentlich zu dem späteren Wirrwarr beigetragen.

Als Handels- und später als Finanzminister handelte von der Heydt weniger nach staatsmännischen Grundsätzen als nach den Anschauungen des Kaufmanns und Bankiers. Er hat so manches Gute und Zweckmäßige thatsächlich zu stande gebracht, aber seine Handlungsweise mußte notwendig demoralisirend wirken. Zum Sturz des Ministeriums der neuen Aera trug er mutmaßlich wesentlich bei. Seine Förderung des Verkehrs, namentlich die Befreiung des Bergwerkbetriebes, hat ihm ein bleibendes, gutes Andenken in industriellen Kreisen gesichert, aber er hätte unzweifelhaft dieselben Resultate auf streng gesetzlichem Wege erreichen können.

Die neue Aera.

Bildung des neuen Ministeriums.

Nachdem unser jetziger Kaiser wegen der fortschreitenden Krankheit des Königs Friedrich Wilhelm IV. die Regentschaft definitiv übernommen hatte, und das Ministerium Manteuffel notgedrungen zurücktrat, war man allgemein gespannt auf die Bildung des neuen Ministeriums, mit welcher der Fürst von Hohenzollern beauftragt worden war. Gerade zu dieser Zeit besuchte ich eines Morgens meinen Freund, den mehrgenannten Geheimen Regierungsrat Rothe, der im Begriffe stand, dem Grafen Pückler einen Besuch zu machen, welcher als Regierungspräsident in Oppeln der Vorgesetzte Rothes gewesen und nach Berlin zum Eintritt in das neue Ministerium berufen worden war Rothe forderte mich auf, ihn zu begleiten und im Wagen auf ihn zu warten, um vielleicht etwas Neues über die Bildung des Ministeriums zu erfahren. Er kehrte vom Grafen Pückler mit der Nachricht wieder, daß am Abend vorher über die Vervollständigung des Ministeriums verhandelt worden sei, als ein Handbillet des Prinzregenten eintraf, worin derselbe dem Fürsten von Hohenzollern mitteilte, daß die Minister von der Heydt und Simons im Amte bleiben würden. Darauf hatte Pückler unter anderem geäußert: „Dann können wir also nicht eintreten.“ Schließlich hatte man sich aber doch nach einer schwungvollen patriotischen Anrede des Fürsten von Hohenzollern mit der Beibehaltung der beiden Minister aus der schlimmsten Reaktionszeit einverstanden erklärt. Ich sagte Rothe, daß ich diesen Schritt für einen schwerwiegenden, entscheidenden halte; mit von der Heydt, der bei aller Begabung der Mann der Willkür sei, und dem Justizminister Simons, Schwager von der Heydts, der die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Richterstandes untergraben habe, sei ein einheitliches liberales Ministerium unmöglich, am wenigsten ein solches, welches einen wirksamen Einfluß auf den Prinzregenten nach einer bestimmten Richtung ausüben und ruhig, aber konsequent die konstitutionelle Entwicklung des Staats anstreben solle. Das neue Ministerium werde laviren und schwanken, selbst beeinflußt werden, aber nicht führen. Man müsse auf eine Täuschung der gehegten Erwartungen gefaßt sein.

In der That befand sich unter den Mitgliedern des neuen Ministeriums niemand, der zur wirklichen Leitung des Staats und zu der höchst notwendigen Ausgleichung und Versöhnung nach achtjähriger heftiger Reaktion geeignet gewesen wäre. Rudolf von Auerswald, der älteste der drei Brüder, den ich seit Anfang der zwanziger Jahre kannte, als er als Rittmeister a. D. auf seinem Gute Klinskallen bei Heiligenbeil in Ostpreußen lebte, besaß viel Liebenswürdigkeit und Wohlwollen, aber weder Arbeitskraft noch Initiative, um als nachheriger Ministerpräsident die Leitung der Staatsangelegenheiten mit Erfolg in die Hand zu nehmen. Graf Schwerin war ein vortrefflicher Charakter und Biedermann, hatte aber durchaus nicht die Fähigkeit, den noch ganz absolutistisch bureaukratisch organisirten Staat zum konstitutionellen umzuformen und aus der reaktionären in eine gemäßigte, aber konsequent liberale Aera überzuführen. Er würde sonst gewiß nicht mit von der Heydt und Simons in ein Ministerium eingetreten sein. Dasselbe gilt von dem damaligen Finanzminister von Patow. Der Fähigste unter den Ministern war unzweifelhaft von der Heydt, aber als Geschäftsmann, nicht als Staatsmann, und als ehemaliges Mitglied des Reaktionsministeriums Manteuffel am wenigsten geeignet, die klar vorliegende, aber schwierige Aufgabe durchzuführen. Es kam auch darauf an, dem Staat, der sich Oesterreich und Rußland untergeordnet hatte, wieder Ansehen und Einfluß nach außen zu verschaffen. Von Herrn von Schleinitz, dem auswärtigen Minister, war dies auch nicht zu erwarten.

Die Wahlen zum Abgeordnetenhause.

Die wahlberechtigte Bevölkerung brachte der neuen Regierung großes Vertrauen und große Hoffnung entgegen. Man atmete wieder auf, als der Hochdruck der Reaktion nachließ. Die liberale Partei entschloß sich endlich, sich an den Wahlen zu beteiligen. Die Sehnsucht nach Verständigung mit der Regierung und gemeinschaftlichem Wirken war so groß, daß bei der Neuwahl des preußischen Abgeordnetenhauses im Jahre 1858 die Wahl der alten liberalen und radikalen Führer von 1848 absichtlich vermieden wurde. Teils lehnten dieselben die Annahme eines Mandats ab, teils wurde ihnen kein solches von den Wählern angeboten, die Kollisionen mit der neuen Regierung verhüten wollten.

Das Resultat der Wahl war denn auch vollkommen geeignet, die Regierung zu befriedigen. Georg von Vincke, gewiß kein Durchgänger, wurde der Führer der neuen Linken und, wie mir die neuen Abgeordneten von Forckenbeck und Freiherr von Hoverbeck mitteilten, nicht nur der Führer, sondern der Tyrann der Fraktion, die es sich zur Hauptaufgabe machte, die Regierung zu unterstützen. Es läßt sich unmöglich verkennen, daß mit diesem Abgeordnetenhause ein energisches Ministerium mit klaren Grundsätzen und Zielen zu großen

Resultaten hätte gelangen können, um so mehr, als die reaktionäre Partei auch im Herrenhause sich für überwunden hielt und sehr vorsichtig auftrat, wie aus der damaligen Haltung der „Neuen Preußischen Zeitung" deutlich hervorging. Der Prinzregent war mit der Partei, die Olmütz herbeigeführt und ihn unter eine Art polizeilicher Aufsicht gestellt hatte, längere Zeit zerfallen. Die Verhältnisse lagen also beim Beginn der neuen Aera so günstig wie möglich für ein konstitutionell gesinntes Ministerium, wenn es die Fähigkeit und den Willen gehabt hätte, die Zeit auszunützen. Aber es fehlte eben an dem Manne, der die Führung nach einem bestimmten Ziel zu übernehmen und einen bestimmten Plan zu verfolgen geeignet war. Georg von Vincke hätte gewiß wohlgethan, statt die Regierung bloß zu unterstützen, dieselbe etwas vorwärts zu schieben. Ob dies mit Erfolg möglich gewesen wäre, muß freilich bezweifelt werden.

Stiftung des Nationalvereins. Ministerpräsident Rudolf von Auerswald.

In das Abgeordnetenhaus war ich aus den oben angeführten Gründen nicht eingetreten, hatte aber im Jahre 1859 Gelegenheit, persönlich die Schwäche und Unsicherheit des Ministeriums kennen zu lernen.

Bei Ausbruch des französisch-österreichischen Krieges in Italien zeigte sich auch in der liberalen Partei Deutschlands eine sehr bedauerliche Spaltung. Die Süddeutschen verlangten ziemlich allgemein, daß ganz Deutschland, Preußen eingeschlossen, Oesterreich gegen Napoleon beistehen solle. Man fürchtete eine Wiederkehr der Periode von 1805 und 1806, wo Napoleon I. zuerst Oesterreich und dann Preußen gründlich geschlagen hatte. Auch im Norden von Deutschland und in Preußen selbst teilten manche Liberale diese Ansicht. Ich neigte auch dazu, habe mich aber bald von der Irrtümlichkeit derselben überzeugt.

Diese Zerrissenheit der öffentlichen Meinung, die erbitterte gegenseitige Bekämpfung der liberalen Zeitungen und die klar hervortretende Ohnmacht und Bedeutungslosigkeit Deutschlands riefen den Gedanken hervor, einen ganz Deutschland umfassenden Verein, den nachherigen Nationalverein, zu stiften, durch diesen die bestehende Spaltung zu heben und gemeinschaftliche Ziele für die deutschen Liberalen ganz im Interesse Preußens aufzustellen. Bennigsen und Schulze-Delitzsch forderten mich auf, an der Stiftung des Vereins teilzunehmen, dessen Tendenz dahin ging, die diplomatische und militärische Führung Deutschlands auf Preußen zu übertragen.

Da die Parole ausgegeben war, dem Ministerium keine Verlegenheiten zu bereiten, und mir auch daran lag, zu erfahren, wie sich die preußische Regierung zu dem neuen Verein stellen würde, so schrieb ich an den inzwischen Ministerpräsident gewordenen Rudolf von Auerswald und bat ihn um eine

Unterredung, die mir auch sofort brieflich zugesagt wurde. Als ich eintrat, sagte mir Auerswald, bevor wir über den beabsichtigten Verein sprächen, könne er mir eine ganz neue, wichtige Nachricht mitteilen: zwischen Napoleon und Oesterreich sei ein Waffenstillstand abgeschlossen worden. Zugleich fragte er mich, ob ich glaube, daß der Friede darauf folgen werde. — „Ganz unzweifelhaft!" antwortete ich. „Oesterreich zieht es augenscheinlich vor, einen schlechten Frieden abzuschließen, statt die Führung der deutschen Truppen auf Preußen zu übertragen, und Napoleon steht jetzt vor dem berühmten Festungsviereck und wird in der Flanke von Deutschland bedroht; er will die Früchte seiner beiden Siege bei Magenta und Solferino nicht aufs Spiel setzen." — Der Ministerpräsident schien anderer Meinung zu sein.

Hierauf setzte ich die Veranlassung und die Zwecke des neuen preußenfreundlichen Vereins auseinander und bat um Auskunft, ob die Regierung damit einverstanden sei und den Verein fördern werde? Herr von Auerswald gab ausweichende Antwort; er verkenne nicht die gute Absicht, es seien aber doch viele Rücksichten zu nehmen; er wolle die Sache überlegen und mir Nachricht geben.

Bei dieser Gelegenheit kam der Ministerpräsident auf die innere politische Lage zu sprechen, beklagte sich, daß man zu ungeduldig sei; es ließe sich nicht alles auf einmal erreichen, man müsse die Hindernisse nach und nach überwinden und Geduld haben. Mit Rücksicht auf unsere alte Bekanntschaft durfte ich mir erlauben, auf die alte Regel hinzudeuten, daß man das Eisen schmieden solle, wenn es warm ist; mir scheine es schon sehr abgekühlt zu sein und ich fürchtete, daß es bald ganz kalt sein werde. Die Schwierigkeiten für eine liberale Regierung würden sich nicht vermindern, sondern vermehren.

Einige Tage darauf besuchte mich der Geheime Regierungsrat Duncker,*) früher Professor, und sagte mir, daß er im Auftrage des Ministerpräsidenten mir in Bezug auf den beabsichtigten Verein einige Mitteilungen zu machen habe. Dieselben seien in einem Schriftstück enthalten, das er mir übergab und von dem ich Abschrift nehmen durfte. Ich lasse hier das Dokument wortgetreu folgen. Dasselbe lautet:

Offiziöse Denkschrift über den Nationalverein.

Vertrauliche Besprechung.

I. Macht und Freiheit Deutschlands sind das Lebensinteresse der preußischen Monarchie.

Es ist durchaus irrig, anzunehmen, die preußische Regierung erweise dem deutschen Volke besondere Gunst, die es demselben ebensowohl entziehen könnte,

*) Max Duncker, der Bruder des fortschrittlichen Abgeordneten Verlagsbuchhändlers Franz Gustav Duncker.

eine Art von Gnade, wenn sie für die deutsche Einheit ihre ganze Kraft einsetzt. Die deutsche Politik Preußens ist für diesen Staat eine innerlich notwendige. Ihr untreu werden, ist ebenso undeutsch, wie es unpreußisch ist. Nur eine solche Regierung Preußens, welche über die eigenen Lebensinteressen im unklaren ist oder ihnen wissentlich zuwiderhandelt, kann sich der Aufgabe, Deutschland frei und mächtig zu machen, entziehen. Es handelt sich also nicht um den guten Willen von Vaterlandsfreunden in Preußen, sondern um das, was jeder preußische Staatsmann als die Existenzfrage seines Staates zu betrachten hat.

II. Der Bundestag mit seinen siebenzehn respektive sechsundsechzig Stimmen erhält Deutschland in Ohnmacht, er gefährdet das Dasein des Vaterlandes.

Diese Erkenntnis war allgemein; am stärksten hat die bayerische Note vom 12. Mai 1848 den Bundestag verurteilt. Aber neu ist die Empfindung des Bedürfnisses einer andern Ordnung der Dinge. Sie ist das Resultat der letzten Krisis: Der Bundestag ist eine Gefahr für Deutschland. Wenn ein Bundesstaat nicht um seiner selbst willen, sondern im Interesse des Vaterlandes sich dem Bundestage energisch widersetzen muß, so richtet sich eine solche Opposition nicht gegen jenen Staat, sondern gegen den Rechtszustand, welcher ihn in die Alternative versetzt, entweder ungehorsam zu sein oder Deutschland geduldig ruiniren zu lassen. Herr von Beust sagt freilich: „fiat Bundesrecht, pereat Deutschland.“

III. Der Bundestag mit seiner Heimlichkeit, mit seinen unverantwortlichen Gesandten, für deren Instruktionen niemand verantwortlich sein will, erhält die Rechte der deutschen Nation in der Schwebe, er bedroht die deutsche Freiheit, das heißt die konstitutionellen Verfassungen.

Kurhessen, Hannover! Der Artikel 13 in Preußen bis 1847, in Oesterreich bis ad calendas graecas, in Homburg — kein Wort weiter davon!

IV. Dem Unwesen des Bundestags muß ein Ende gemacht werden. Preußen muß ihm ein Ende machen. Nicht auf revolutionärem Wege; das Recht soll überall von Preußen gewahrt werden, im Innern Preußens und außerhalb.

Nur rechtliche Männer dürfen auf Preußen zählen, aber sie dürfen es getrost.

Wenn der Bundestag Deutschlands Ohnmacht verewigt, sein Dasein gefährdet, wenn er die Rechte der Nation in Frage stellt, die Freiheit bedroht, wenn ferner Macht und Freiheit Deutschlands ein preußisches oder sogar das

preußische Interesse sind, so folgt daraus das: Preußens Politik unter dem Regenten wird zu allen Zeiten weder kontrarevolutionär noch revolutionär sein. So lange der Bundestag besteht, wird Preußen am Bundestage die verfassungsmäßige Freiheit schonen und dem Bunde einen möglichst liberalen Charakter vindiziren. So lange der Bundestag besteht, wird Preußen trotz Bundestag die Machtstellung Deutschlands nach allen Seiten hin zu behaupten suchen. Wer dies von Preußen erwartet, der geht nicht fehl. Aber es ist in Zukunft mehr von Preußen zu fordern, nämlich, daß es das Bestehende nicht nur redlich handhabt, sondern reformirt.

V. Preußen ist noch nicht stark genug, ohne Gewaltanwendung den Bundestag außer Kraft zu setzen; die fehlende Stärke kann nur die Nation ergänzen. Je rascher sie über Mittel und Zweck einig wird, desto früher erfüllt sich die Zeit für Preußens Initiative.

Preußen ist darum noch nicht stark genug, eine durchgreifende Bundesreform ins Werk zu setzen, weil Preußens Vorteil zu sehr mit dem zusammenfällt, was dem Vaterlande notthut. Was Preußen für Deutschland unternimmt, das ist für Preußen selbst so nützlich, daß jedes Unternehmen eigennützig erscheint. Nichts ist verderblicher in vaterländischen Dingen als Egoismus oder auch nur der Schein der Selbstsucht. — Die Nation allein ist im stande, Preußen über jeden Verdacht zu erheben. Wenn sie wirklich einmütig im Norden und im Süden das von Preußen fordert, was die Erklärung, d. d. Hannover, den 19. Juli gefordert hat, dann kann Preußen ernstlich wollen, was Deutschland frommt, obschon es auch Preußen wohlthut.

VI. Eine deutsche Volksvertretung neben dem Bundestag ist eine contradictio in adjecto, ein Widerspruch in sich.

Eine solche wäre entweder eine Scheingröße oder der Hebel einer Revolution. Sie hätte kaum die Macht, die deutsche Freiheit zu behüten, aber bei aller Freiheit würde sie niemals dem Vaterlande Macht schaffen können; sie müßte seiner Ohnmacht noch das nationale Siegel aufdrücken. Darum wird jedes Parlament neben dem Bundestage dahin innerlich gedrängt, den Bundestag zu beseitigen. Aber diese Abschaffung des Bundestages beseitigt nicht zugleich die Uebelstände, deren bloßer Ausdruck der Bundestag ist, und die immer wieder auf ihn zurückführen. Ja, wenn die Uebelstände, welche zu Grunde liegen, nicht gehoben sind, so ist der Bundestag, wie unzureichend und verderblich er sein mag, das geringste Uebel. Die Bundesreform der Dresdener Konferenzen ließ eine Rückkehr zum Bundestag, den

bereits alle Welt für abgethan gehalten hatte, als eine wahre Wohlthat erscheinen.

Wie denkt man sich überhaupt das Parlament in dem unveränderten deutschen Bunde? Als eine bleibende Einrichtung der Bundesverfassung? Nun, dann bedeutet es die Mitwirkung der Nation an der geringfügigen Kompetenz des Bundestags. Oder aber als eine Versammlung, welche (wie 1848 die Nationalversammlung) nicht einen Bestandteil der vorhandenen Verfassung bildet, sondern dazu berufen ist, eine künftig gelten sollende Konstitution zu erdenken? Die Stellung einer konstituirenden Versammlung ist zwischen Himmel und Erde; sie gehört nicht dem Staatsrecht der Gegenwart und das Staatsrecht der Zukunft gehört ihr nicht an. Oder sie ist die Formel für die Revolution.

VII. Das repräsentative Element darf nach dem heutigen Bildungsstande der Nationen keiner Verfassung fehlen, auch nicht der deutschen. Eine Bundesreform ist nicht denkbar ohne Parlament, aber nicht ist das Parlament der Schöpfer der Reform, sondern die Reform wird die Schaffung des Parlaments zu ihrem Hauptbestandteile haben.

Preußische Reformpläne können vollends die Vertretung des deutschen Volkes nicht vergessen. Aber die Staatskraft Preußens, getragen von der öffentlichen Meinung des deutschen Volkes, hat diese Pläne zu verwirklichen. Und das Parlament darf nicht das Bild eines uneinigen Volkes bieten, welches sich erst darauf besinnt, wie es einig werden soll; sondern das Parlament hat das fertige Werk zu krönen, das ohne Zustimmung der Nation keinen Bestand hat, und das Parlament muß (ohne Zustimmung der Nation) dann der Ausdruck der wirklichen Einheit, nicht der wünschenswerten sein — eine Vertretung des verfassungsmäßig einigen Volksganzen.

VIII. Die Bundesreform ist ein großes politisches Werk. Es muß planmäßig betrieben werden. Nicht Deliberationen führen zum Ziel. Eine Reihenfolge von politischen Akten, welche den einen Grundgedanken konsequent verfolgen, muß eine Bedingung nach der andern erfüllen, bis das „stattliche Haus“ trotz Wetter und Sturm gebaut sein wird.

Das ist Preußens deutsche Aufgabe und Arbeit. Sie wird in Berlin keinen Augenblick außer acht gelassen, sie wird nicht mehr ruhen und rasten. Aber es wird kein Schritt geschehen, der auf bloße Popularität berechnet ist; es wird Schritten von anderer Seite her nur dann Unterstützung zu teil werden, wenn sie praktisch sind. Dann aber gewiß, von welcher Seite her sie kommen mögen! — Es wird nicht sprungweise vorgeschritten, sondern Stein auf Stein gefügt. Das ist mühsam, das erfordert Geduld; aber es ist ein solides Unter-

nehmen. — Wenn äußere Ereignisse drängen, werden die Schritte verdoppelt werden. Aber in keiner andern Richtung als in derjenigen, welche auf ein volles Verständnis und auf die Billigung der Nation zu rechnen hat. Denn die öffentliche Meinung Deutschlands ist einer der wichtigsten Faktoren der Bundesreform; aus ureigenem Geist der Nation soll endlich, wie der Aufruf von Kalisch verheißen hat, die Wiedergeburt des Vaterlandes hervorgehen.

IX. Die Grundbedingung des Gelingens der Bundesreform ist die durch die realen Verhältnisse vorgezeichnete Bemühung, den Dualismus zwischen Preußen und Oesterreich, der eigentlich ein Dualismus zwischen Deutschland und Oesterreich ist, auszugleichen!

Dies wird keinem Parlament möglich sein. Aber die Nation hat keine dringendere Pflicht, als in realpolitischer Erwägung der Dinge, wie sie einmal sind, sich volle Klarheit zu verschaffen über das, was Oesterreichs Staatseinheit fordert und wie sich dazu das Einheitsstreben Deutschlands verhält. Von einem Ausschluß Oesterreichs aus dem Bundesverhältnis ist keine Rede; vielmehr von einer solchen Gestaltung dieses Verhältnisses, das übrigens mit dem in Wien herrschenden System nichts gemein hat, von einer solchen Versöhnung des für Oesterreich und Deutschland Notwendigen, wodurch Oesterreichs europäische Machtstellung in ihrem Wert für Deutschland und die Welt ungeschwächt erhalten bleibt, ohne jedoch Deutschland zu immerwährender Nullität aus Rücksicht auf Oesterreich zu verurteilen. Denn die Großmacht deutscher Nation ist für Oesterreich ebenso notwendig, wie umgekehrt für diese und für die Freiheit Europas die österreichische Monarchie.

X. Auf Preußen ist für die Bundesreform zu rechnen, nicht aus Vertrauen, sondern weil Preußen um seiner selbst willen sie bedarf. Jeder Schritt Preußens steht im Zusammenhange damit. Die Nation möge dies nicht verkennen.

Je einmütiger die öffentliche Meinung ist, je klarer ihre Forderungen sind, desto mehr ist Preußen im stande, vorwärts zu gehen. Je träger die Nation, desto bedachtsamer Preußen!"

Das Schriftstück ist charakteristisch für die Zeit der neuen Aera und für den Verfasser und Auftraggeber. Ich glaube nicht, daß darüber im damaligen Ministerium beraten worden ist, vielmehr scheint mir der Geheime Regierungsrat Duncker von dem Ministerpräsidenten von Auerswald mit der Abfassung beauftragt gewesen zu sein, die ganz den Anschauungen der Altliberalen

entspricht, damals Gothaer, nach einer Versammlung in Gotha, genannt. Abgesehen von der doktrinären Darstellung ist gegen viele in der Schrift ausgesprochene Grundsätze vom liberalen Standpunkt nichts zu erinnern, aber dieselben erscheinen als fromme Wünsche, über welche in schönen Worten gesprochen wird, nicht als wirkliche Vorsätze und Entschlüsse, auf deren Durchführung die Regierung ernsthaft lossteuere; wenigstens sind nirgends die Mittel angedeutet, durch welche das Ziel erreicht werden soll. Die Nummer IX enthält sogar Aussprüche, die das Gelingen eines bestimmten Reformplanes für Deutschland ganz und gar in Frage stellten. Der Dualismus zwischen Preußen und Oesterreich in Deutschland soll ausgeglichen, aber nicht beseitigt werden, und von einem Ausschluß Oesterreichs aus dem Bundesverhältnis soll nicht die Rede sein und Oesterreichs Machtstellung (also auch in Deutschland) ungeschwächt erhalten bleiben. Der großdeutsche Standpunkt wird, wie in der Paulskirche zu Frankfurt a. M., festgehalten und übersehen, daß hierin gerade das Haupthindernis einer wirklichen, erfolgreichen Einigung Deutschlands lag, weil Oesterreich ebenso wenig innerhalb Deutschlands Preußen sich freiwillig unterwerfen wollte, als Preußen sich die Suprematie Oesterreichs dauernd gefallen lassen konnte. In dem Schriftstück weht dieselbe Luft wie in den Reden der Gothaer in der Paulskirche: „Wasche mir den Pelz, aber mache ihn ja nicht naß." Man sah noch nicht ein, wodurch der Frankfurter Verfassungsentwurf hauptsächlich gescheitert war und scheitern mußte.

Ganz anders ging Bismarck in einem weiter unten mitgeteilten Gespräch direkt auf das Ziel mit ganz bestimmten Mitteln los.

Wirkung des Nationalvereins.

Hier will ich nur zuerst noch anführen, daß die Schrift nichts enthielt, was mich hätte abhalten können, an der Gründung des Nationalvereins teilzunehmen. Die erste Versammlung fand in Eisenach statt. Es beteiligten sich auch Süddeutsche, aber zwischen ihnen und den Norddeutschen, namentlich den Preußen, herrschte zuerst nichts weniger als Vertraulichkeit und offenes Aussprechen über Zwecke und Mittel. Die Verhandlungen hatten einen diplomatischen Charakter und erst bei Tisch und bei einem Glase Wein schmolz die Eisrinde. Ein Süddeutscher äußerte in scherzhaftem Ton, er habe die Preußen bisher für sehr anmaßend gehalten, sähe aber jetzt, daß sich ganz vernünftige Menschen darunter befänden, die es gut mit Deutschland, nicht nur mit Preußen meinten.

Auch bei einer späteren Versammlung in Frankfurt a. M. herrschte anfangs Kälte und Vorsicht, indessen nach und nach näherte sich der Süden und Norden. Man sprach offen über die traurigen deutschen Verhältnisse und betonte die Zusammengehörigkeit Deutschlands. Eine Differenz trat aber häufig

hervor: die Sympathie des Südens für Oesterreich und der entschiedene Widerwillen, die deutschen Länder Oesterreichs von einer Reorganisation Deutschlands, wenn auch nur zunächst, auszuschließen. Vergeblich richtete ich an Süddeutsche die Frage, wie sie sich denn ein einiges Deutschland mit Einschluß Oesterreichs und Preußens eigentlich dächten? Preußen, welches fast die Hälfte Deutschlands bilde, könne man doch unmöglich ausschließen und ebenso wenig ihm zumuten, sich Oesterreich zu unterwerfen. Wolle sich dieses wirklich dazu verstehen, Preußen als gleichberechtigt anzuerkennen, was es schwerlich thun werde, so sei eben ein einiges Deutschland nicht vorhanden, sondern es herrsche der Dualismus nach wie vor, der jeden Aufschwung unmöglich mache. Niemals habe ich darauf eine befriedigende Antwort erhalten. Es ist ja auch bekannt, daß viele süddeutsche Liberale sich dem Nationalverein nicht anschlossen, weil sie eine Verpreußung Deutschlands fürchteten oder gar eine Aufsaugung der anderen deutschen Staaten durch Preußen.

So viel wurde mir bald klar, daß auf eine erfolgreiche Einwirkung des Nationalvereins auf die deutschen Regierungen, wenigstens auf die preußische, nicht zu rechnen sei. Stellte sich doch der preußische Minister des Innern, Graf Schwerin, trotz des oben mitgeteilten Duncker-Auerswaldschen Schriftstücks keineswegs freundlich zum Verein, so daß derselbe es nicht wagte, in Berlin Domizil zu nehmen, vielmehr dasselbe in Coburg suchte und fand. Das Programm des Vereins wurde immer weiter und unbestimmter. Dennoch hat derselbe nach meiner Ueberzeugung einen großen, segensreichen Erfolg dadurch gehabt, daß er hervorragende patriotisch deutsch gesinnte Liberale aus allen Teilen Deutschlands zusammenführte, daß diese sich gegenseitig verstehen und achten lernten und in die Lage kamen, auf die öffentliche Meinung einzuwirken und die Zusammengehörigkeit aller deutschen Länder zum Bewußtsein zu bringen. Ohne diese Verbindung würden die Folgen des Krieges von 1866 nicht so schnell überwunden worden und 1870 das feste Zusammenstehen des Südens mit dem Norden nicht so sicher und zweifellos erfolgt sein, wie es nachher der Fall war. Jene Verbindung war auch nach der Besiegung Frankreichs für den Anschluß der süddeutschen Staaten an den norddeutschen Bund entschieden wirksam.

Gespräch mit Bismarck.

Jenes oben*) erwähnte Gespräch mit Bismarck fand bald nach Ausbruch des französisch-österreichischen Krieges 1859 statt. Bismarck war von Frankfurt a. M. nach Petersburg als Gesandter versetzt worden, kam aber in jener Zeit auf einige Tage nach Berlin. Ich suchte ihn im Hôtel royal auf und ließ mich anmelden. Der Jäger brachte mir die Antwort, der Gesandte läge

*) Vgl. S. 194.

Die neue Aera.

Bildung des neuen Ministeriums.

Nachdem unser jetziger Kaiser wegen der fortschreitenden Krankheit des Königs Friedrich Wilhelm IV. die Regentschaft definitiv übernommen hatte, und das Ministerium Manteuffel notgedrungen zurücktrat, war man allgemein gespannt auf die Bildung des neuen Ministeriums, mit welcher der Fürst von Hohenzollern beauftragt worden war. Gerade zu dieser Zeit besuchte ich eines Morgens meinen Freund, den mehrgenannten Geheimen Regierungsrat Rothe, der im Begriffe stand, dem Grafen Pückler einen Besuch zu machen, welcher als Regierungspräsident in Oppeln der Vorgesetzte Rothes gewesen und nach Berlin zum Eintritt in das neue Ministerium berufen worden war Rothe forderte mich auf, ihn zu begleiten und im Wagen auf ihn zu warten, um vielleicht etwas Neues über die Bildung des Ministeriums zu erfahren. Er kehrte vom Grafen Pückler mit der Nachricht wieder, daß am Abend vorher über die Vervollständigung des Ministeriums verhandelt worden sei, als ein Handbillet des Prinzregenten eintraf, worin derselbe dem Fürsten von Hohenzollern mitteilte, daß die Minister von der Heydt und Simons im Amte bleiben würden. Darauf hatte Pückler unter anderem geäußert: „Dann können wir also nicht eintreten." Schließlich hatte man sich aber doch nach einer schwungvollen patriotischen Anrede des Fürsten von Hohenzollern mit der Beibehaltung der beiden Minister aus der schlimmsten Reaktionszeit einverstanden erklärt. Ich sagte Rothe, daß ich diesen Schritt für einen schwerwiegenden, entscheidenden halte; mit von der Heydt, der bei aller Begabung der Mann der Willkür sei, und dem Justizminister Simons, Schwager von der Heydts, der die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Richterstandes untergraben habe, sei ein einheitliches liberales Ministerium unmöglich, am wenigsten ein solches, welches einen wirksamen Einfluß auf den Prinzregenten nach einer bestimmten Richtung ausüben und ruhig, aber konsequent die konstitutionelle Entwicklung des Staats anstreben solle. Das neue Ministerium werde laviren und schwanken, selbst beeinflußt werden, aber nicht führen. Man müsse auf eine Täuschung der gehegten Erwartungen gefaßt sein.

In der That befand sich unter den Mitgliedern des neuen Ministeriums niemand, der zur wirklichen Leitung des Staats und zu der höchst notwendigen Ausgleichung und Versöhnung nach achtjähriger heftiger Reaktion geeignet gewesen wäre. Rudolf von Auerswald, der älteste der drei Brüder, den ich seit Anfang der zwanziger Jahre kannte, als er als Rittmeister a. D. auf seinem Gute Klinskallen bei Heiligenbeil in Ostpreußen lebte, besaß viel Liebenswürdigkeit und Wohlwollen, aber weder Arbeitskraft noch Initiative, um als nachheriger Ministerpräsident die Leitung der Staatsangelegenheiten mit Erfolg in die Hand zu nehmen. Graf Schwerin war ein vortrefflicher Charakter und Biedermann, hatte aber durchaus nicht die Fähigkeit, den noch ganz absolutistisch bureaukratisch organisirten Staat zum konstitutionellen umzuformen und aus der reaktionären in eine gemäßigte, aber konsequent liberale Aera überzuführen. Er würde sonst gewiß nicht mit von der Heydt und Simons in ein Ministerium eingetreten sein. Dasselbe gilt von dem damaligen Finanzminister von Patow. Der Fähigste unter den Ministern war unzweifelhaft von der Heydt, aber als Geschäftsmann, nicht als Staatsmann, und als ehemaliges Mitglied des Reaktionsministeriums Manteuffel am wenigsten geeignet, die klar vorliegende, aber schwierige Aufgabe durchzuführen. Es kam auch darauf an, dem Staat, der sich Oesterreich und Rußland untergeordnet hatte, wieder Ansehen und Einfluß nach außen zu verschaffen. Von Herrn von Schleinitz, dem auswärtigen Minister, war dies auch nicht zu erwarten.

Die Wahlen zum Abgeordnetenhause.

Die wahlberechtigte Bevölkerung brachte der neuen Regierung großes Vertrauen und große Hoffnung entgegen. Man atmete wieder auf, als der Hochdruck der Reaktion nachließ. Die liberale Partei entschloß sich endlich, sich an den Wahlen zu beteiligen. Die Sehnsucht nach Verständigung mit der Regierung und gemeinschaftlichem Wirken war so groß, daß bei der Neuwahl des preußischen Abgeordnetenhauses im Jahre 1858 die Wahl der alten liberalen und radikalen Führer von 1848 absichtlich vermieden wurde. Teils lehnten dieselben die Annahme eines Mandats ab, teils wurde ihnen kein solches von den Wählern angeboten, die Kollisionen mit der neuen Regierung verhüten wollten.

Das Resultat der Wahl war denn auch vollkommen geeignet, die Regierung zu befriedigen. Georg von Vincke, gewiß kein Durchgänger, wurde der Führer der neuen Linken und, wie mir die neuen Abgeordneten von Forckenbeck und Freiherr von Hoverbeck mitteilten, nicht nur der Führer, sondern der Tyrann der Fraktion, die es sich zur Hauptaufgabe machte, die Regierung zu unterstützen. Es läßt sich unmöglich verkennen, daß mit diesem Abgeordnetenhause ein energisches Ministerium mit klaren Grundsätzen und Zielen zu großen

Die neue Aera.

Bildung des neuen Ministeriums.

Nachdem unser jetziger Kaiser wegen der fortschreitenden Krankheit des Königs Friedrich Wilhelm IV. die Regentschaft definitiv übernommen hatte, und das Ministerium Manteuffel notgedrungen zurücktrat, war man allgemein gespannt auf die Bildung des neuen Ministeriums, mit welcher der Fürst von Hohenzollern beauftragt worden war. Gerade zu dieser Zeit besuchte ich eines Morgens meinen Freund, den mehrgenannten Geheimen Regierungsrat Rothe, der im Begriffe stand, dem Grafen Pückler einen Besuch zu machen, welcher als Regierungspräsident in Oppeln der Vorgesetzte Rothes gewesen und nach Berlin zum Eintritt in das neue Ministerium berufen worden war Rothe forderte mich auf, ihn zu begleiten und im Wagen auf ihn zu warten, um vielleicht etwas Neues über die Bildung des Ministeriums zu erfahren. Er kehrte vom Grafen Pückler mit der Nachricht wieder, daß am Abend vorher über die Vervollständigung des Ministeriums verhandelt worden sei, als ein Handbillet des Prinzregenten eintraf, worin derselbe dem Fürsten von Hohenzollern mitteilte, daß die Minister von der Heydt und Simons im Amte bleiben würden. Darauf hatte Pückler unter anderem geäußert: „Dann können wir also nicht eintreten." Schließlich hatte man sich aber doch nach einer schwungvollen patriotischen Anrede des Fürsten von Hohenzollern mit der Beibehaltung der beiden Minister aus der schlimmsten Reaktionszeit einverstanden erklärt. Ich sagte Rothe, daß ich diesen Schritt für einen schwerwiegenden, entscheidenden halte; mit von der Heydt, der bei aller Begabung der Mann der Willkür sei, und dem Justizminister Simons, Schwager von der Heydts, der die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Richterstandes untergraben habe, sei ein einheitliches liberales Ministerium unmöglich, am wenigsten ein solches, welches einen wirksamen Einfluß auf den Prinzregenten nach einer bestimmten Richtung ausüben und ruhig, aber konsequent die konstitutionelle Entwicklung des Staats anstreben solle. Das neue Ministerium werde laviren und schwanken, selbst beeinflußt werden, aber nicht führen. Man müsse auf eine Täuschung der gehegten Erwartungen gefaßt sein.

In der That befand sich unter den Mitgliedern des neuen Ministeriums niemand, der zur wirklichen Leitung des Staats und zu der höchst notwendigen Ausgleichung und Versöhnung nach achtjähriger heftiger Reaktion geeignet gewesen wäre. Rudolf von Auerswald, der älteste der drei Brüder, den ich seit Anfang der zwanziger Jahre kannte, als er als Rittmeister a. D. auf seinem Gute Klinskallen bei Heiligenbeil in Ostpreußen lebte, besaß viel Liebenswürdigkeit und Wohlwollen, aber weder Arbeitskraft noch Initiative, um als nachheriger Ministerpräsident die Leitung der Staatsangelegenheiten mit Erfolg in die Hand zu nehmen. Graf Schwerin war ein vortrefflicher Charakter und Biedermann, hatte aber durchaus nicht die Fähigkeit, den noch ganz absolutistisch bureaukratisch organisirten Staat zum konstitutionellen umzuformen und aus der reaktionären in eine gemäßigte, aber konsequent liberale Aera überzuführen. Er würde sonst gewiß nicht mit von der Heydt und Simons in ein Ministerium eingetreten sein. Dasselbe gilt von dem damaligen Finanzminister von Patow. Der Fähigste unter den Ministern war unzweifelhaft von der Heydt, aber als Geschäftsmann, nicht als Staatsmann, und als ehemaliges Mitglied des Reaktionsministeriums Manteuffel am wenigsten geeignet, die klar vorliegende, aber schwierige Aufgabe durchzuführen. Es kam auch darauf an, dem Staat, der sich Oesterreich und Rußland untergeordnet hatte, wieder Ansehen und Einfluß nach außen zu verschaffen. Von Herrn von Schleinitz, dem auswärtigen Minister, war dies auch nicht zu erwarten.

Die Wahlen zum Abgeordnetenhause.

Die wahlberechtigte Bevölkerung brachte der neuen Regierung großes Vertrauen und große Hoffnung entgegen. Man atmete wieder auf, als der Hochdruck der Reaktion nachließ. Die liberale Partei entschloß sich endlich, sich an den Wahlen zu beteiligen. Die Sehnsucht nach Verständigung mit der Regierung und gemeinschaftlichem Wirken war so groß, daß bei der Neuwahl des preußischen Abgeordnetenhauses im Jahre 1858 die Wahl der alten liberalen und radikalen Führer von 1848 absichtlich vermieden wurde. Teils lehnten dieselben die Annahme eines Mandats ab, teils wurde ihnen kein solches von den Wählern angeboten, die Kollisionen mit der neuen Regierung verhüten wollten.

Das Resultat der Wahl war denn auch vollkommen geeignet, die Regierung zu befriedigen. Georg von Vincke, gewiß kein Durchgänger, wurde der Führer der neuen Linken und, wie mir die neuen Abgeordneten von Forckenbeck und Freiherr von Hoverbeck mitteilten, nicht nur der Führer, sondern der Tyrann der Fraktion, die es sich zur Hauptaufgabe machte, die Regierung zu unterstützen. Es läßt sich unmöglich verkennen, daß mit diesem Abgeordnetenhause ein energisches Ministerium mit klaren Grundsätzen und Zielen zu großen

Resultaten hätte gelangen können, um so mehr, als die reaktionäre Partei auch im Herrenhause sich für überwunden hielt und sehr vorsichtig auftrat, wie aus der damaligen Haltung der „Neuen Preußischen Zeitung" deutlich hervorging. Der Prinzregent war mit der Partei, die Olmütz herbeigeführt und ihn unter eine Art polizeilicher Aufsicht gestellt hatte, längere Zeit zerfallen. Die Verhältnisse lagen also beim Beginn der neuen Aera so günstig wie möglich für ein konstitutionell gesinntes Ministerium, wenn es die Fähigkeit und den Willen gehabt hätte, die Zeit auszunützen. Aber es fehlte eben an dem Manne, der die Führung nach einem bestimmten Ziel zu übernehmen und einen bestimmten Plan zu verfolgen geeignet war. Georg von Vincke hätte gewiß wohlgethan, statt die Regierung bloß zu unterstützen, dieselbe etwas vorwärts zu schieben. Ob dies mit Erfolg möglich gewesen wäre, muß freilich bezweifelt werden.

Stiftung des Nationalvereins. Ministerpräsident Rudolf von Auerswald.

In das Abgeordnetenhaus war ich aus den oben angeführten Gründen nicht eingetreten, hatte aber im Jahre 1859 Gelegenheit, persönlich die Schwäche und Unsicherheit des Ministeriums kennen zu lernen.

Bei Ausbruch des französisch-österreichischen Krieges in Italien zeigte sich auch in der liberalen Partei Deutschlands eine sehr bedauerliche Spaltung. Die Süddeutschen verlangten ziemlich allgemein, daß ganz Deutschland, Preußen eingeschlossen, Oesterreich gegen Napoleon beistehen solle. Man fürchtete eine Wiederkehr der Periode von 1805 und 1806, wo Napoleon I. zuerst Oesterreich und dann Preußen gründlich geschlagen hatte. Auch im Norden von Deutschland und in Preußen selbst teilten manche Liberale diese Ansicht. Ich neigte auch dazu, habe mich aber bald von der Irrtümlichkeit derselben überzeugt.

Diese Zerrissenheit der öffentlichen Meinung, die erbitterte gegenseitige Bekämpfung der liberalen Zeitungen und die klar hervortretende Ohnmacht und Bedeutungslosigkeit Deutschlands riefen den Gedanken hervor, einen ganz Deutschland umfassenden Verein, den nachherigen Nationalverein, zu stiften, durch diesen die bestehende Spaltung zu heben und gemeinschaftliche Ziele für die deutschen Liberalen ganz im Interesse Preußens aufzustellen. Bennigsen und Schulze-Delitzsch forderten mich auf, an der Stiftung des Vereins teilzunehmen, dessen Tendenz dahin ging, die diplomatische und militärische Führung Deutschlands auf Preußen zu übertragen.

Da die Parole ausgegeben war, dem Ministerium keine Verlegenheiten zu bereiten, und mir auch daran lag, zu erfahren, wie sich die preußische Regierung zu dem neuen Verein stellen würde, so schrieb ich an den inzwischen Ministerpräsident gewordenen Rudolf von Auerswald und bat ihn um eine

Unterredung, die mir auch sofort brieflich zugesagt wurde. Als ich eintrat, sagte mir Auerswald, bevor wir über den beabsichtigten Verein sprächen, könne er mir eine ganz neue, wichtige Nachricht mitteilen: zwischen Napoleon und Oesterreich sei ein Waffenstillstand abgeschlossen worden. Zugleich fragte er mich, ob ich glaube, daß der Friede darauf folgen werde. — „Ganz unzweifelhaft!" antwortete ich. „Oesterreich zieht es augenscheinlich vor, einen schlechten Frieden abzuschließen, statt die Führung der deutschen Truppen auf Preußen zu übertragen, und Napoleon steht jetzt vor dem berühmten Festungsviereck und wird in der Flanke von Deutschland bedroht; er will die Früchte seiner beiden Siege bei Magenta und Solferino nicht aufs Spiel setzen." — Der Ministerpräsident schien anderer Meinung zu sein.

Hierauf setzte ich die Veranlassung und die Zwecke des neuen preußenfreundlichen Vereins auseinander und bat um Auskunft, ob die Regierung damit einverstanden sei und den Verein fördern werde? Herr von Auerswald gab ausweichende Antwort; er verkenne nicht die gute Absicht, es seien aber doch viele Rücksichten zu nehmen; er wolle die Sache überlegen und mir Nachricht geben.

Bei dieser Gelegenheit kam der Ministerpräsident auf die innere politische Lage zu sprechen, beklagte sich, daß man zu ungeduldig sei; es ließe sich nicht alles auf einmal erreichen, man müsse die Hindernisse nach und nach überwinden und Geduld haben. Mit Rücksicht auf unsere alte Bekanntschaft durfte ich mir erlauben, auf die alte Regel hinzudeuten, daß man das Eisen schmieden solle, wenn es warm ist; mir scheine es schon sehr abgekühlt zu sein und ich fürchtete, daß es bald ganz kalt sein werde. Die Schwierigkeiten für eine liberale Regierung würden sich nicht vermindern, sondern vermehren.

Einige Tage darauf besuchte mich der Geheime Regierungsrat Duncker,*) früher Professor, und sagte mir, daß er im Auftrage des Ministerpräsidenten mir in Bezug auf den beabsichtigten Verein einige Mitteilungen zu machen habe. Dieselben seien in einem Schriftstück enthalten, das er mir übergab und von dem ich Abschrift nehmen durfte. Ich lasse hier das Dokument wortgetreu folgen. Dasselbe lautet:

Offiziöse Denkschrift über den Nationalverein.

Vertrauliche Besprechung.

I. Macht und Freiheit Deutschlands sind das Lebensinteresse der preußischen Monarchie.

Es ist durchaus irrig, anzunehmen, die preußische Regierung erweise dem deutschen Volke besondere Gunst, die es demselben ebensowohl entziehen könnte,

*) Max Duncker, der Bruder des fortschrittlichen Abgeordneten Verlagsbuchhändlers Franz Gustav Duncker.

Die neue Aera.

Bildung des neuen Ministeriums.

Nachdem unser jetziger Kaiser wegen der fortschreitenden Krankheit des Königs Friedrich Wilhelm IV. die Regentschaft definitiv übernommen hatte, und das Ministerium Manteuffel notgedrungen zurücktrat, war man allgemein gespannt auf die Bildung des neuen Ministeriums, mit welcher der Fürst von Hohenzollern beauftragt worden war. Gerade zu dieser Zeit besuchte ich eines Morgens meinen Freund, den mehrgenannten Geheimen Regierungsrat Rothe, der im Begriffe stand, dem Grafen Pückler einen Besuch zu machen, welcher als Regierungspräsident in Oppeln der Vorgesetzte Rothes gewesen und nach Berlin zum Eintritt in das neue Ministerium berufen worden war Rothe forderte mich auf, ihn zu begleiten und im Wagen auf ihn zu warten, um vielleicht etwas Neues über die Bildung des Ministeriums zu erfahren. Er kehrte vom Grafen Pückler mit der Nachricht wieder, daß am Abend vorher über die Vervollständigung des Ministeriums verhandelt worden sei, als ein Handbillet des Prinzregenten eintraf, worin derselbe dem Fürsten von Hohenzollern mitteilte, daß die Minister von der Heydt und Simons im Amte bleiben würden. Darauf hatte Pückler unter anderem geäußert: „Dann können wir also nicht eintreten." Schließlich hatte man sich aber doch nach einer schwungvollen patriotischen Anrede des Fürsten von Hohenzollern mit der Beibehaltung der beiden Minister aus der schlimmsten Reaktionszeit einverstanden erklärt. Ich sagte Rothe, daß ich diesen Schritt für einen schwerwiegenden, entscheidenden halte; mit von der Heydt, der bei aller Begabung der Mann der Willkür sei, und dem Justizminister Simons, Schwager von der Heydts, der die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Richterstandes untergraben habe, sei ein einheitliches liberales Ministerium unmöglich, am wenigsten ein solches, welches einen wirksamen Einfluß auf den Prinzregenten nach einer bestimmten Richtung ausüben und ruhig, aber konsequent die konstitutionelle Entwicklung des Staats anstreben solle. Das neue Ministerium werde laviren und schwanken, selbst beeinflußt werden, aber nicht führen. Man müsse auf eine Täuschung der gehegten Erwartungen gefaßt sein.

In der That befand sich unter den Mitgliedern des neuen Ministeriums niemand, der zur wirklichen Leitung des Staats und zu der höchst notwendigen Ausgleichung und Versöhnung nach achtjähriger heftiger Reaktion geeignet gewesen wäre. Rudolf von Auerswald, der älteste der drei Brüder, den ich seit Anfang der zwanziger Jahre kannte, als er als Rittmeister a. D. auf seinem Gute Klinskallen bei Heiligenbeil in Ostpreußen lebte, besaß viel Liebenswürdigkeit und Wohlwollen, aber weder Arbeitskraft noch Initiative, um als nachheriger Ministerpräsident die Leitung der Staatsangelegenheiten mit Erfolg in die Hand zu nehmen. Graf Schwerin war ein vortrefflicher Charakter und Biedermann, hatte aber durchaus nicht die Fähigkeit, den noch ganz absolutistisch bureaukratisch organisirten Staat zum konstitutionellen umzuformen und aus der reaktionären in eine gemäßigte, aber konsequent liberale Aera überzuführen. Er würde sonst gewiß nicht mit von der Heydt und Simons in ein Ministerium eingetreten sein. Dasselbe gilt von dem damaligen Finanzminister von Patow. Der Fähigste unter den Ministern war unzweifelhaft von der Heydt, aber als Geschäftsmann, nicht als Staatsmann, und als ehemaliges Mitglied des Reaktionsministeriums Manteuffel am wenigsten geeignet, die klar vorliegende, aber schwierige Aufgabe durchzuführen. Es kam auch darauf an, dem Staat, der sich Oesterreich und Rußland untergeordnet hatte, wieder Ansehen und Einfluß nach außen zu verschaffen. Von Herrn von Schleinitz, dem auswärtigen Minister, war dies auch nicht zu erwarten.

Die Wahlen zum Abgeordnetenhause.

Die wahlberechtigte Bevölkerung brachte der neuen Regierung großes Vertrauen und große Hoffnung entgegen. Man atmete wieder auf, als der Hochdruck der Reaktion nachließ. Die liberale Partei entschloß sich endlich, sich an den Wahlen zu beteiligen. Die Sehnsucht nach Verständigung mit der Regierung und gemeinschaftlichem Wirken war so groß, daß bei der Neuwahl des preußischen Abgeordnetenhauses im Jahre 1858 die Wahl der alten liberalen und radikalen Führer von 1848 absichtlich vermieden wurde. Teils lehnten dieselben die Annahme eines Mandats ab, teils wurde ihnen kein solches von den Wählern angeboten, die Kollisionen mit der neuen Regierung verhüten wollten.

Das Resultat der Wahl war denn auch vollkommen geeignet, die Regierung zu befriedigen. Georg von Vincke, gewiß kein Durchgänger, wurde der Führer der neuen Linken und, wie mir die neuen Abgeordneten von Forckenbeck und Freiherr von Hoverbeck mitteilten, nicht nur der Führer, sondern der Tyrann der Fraktion, die es sich zur Hauptaufgabe machte, die Regierung zu unterstützen. Es läßt sich unmöglich verkennen, daß mit diesem Abgeordnetenhause ein energisches Ministerium mit klaren Grundsätzen und Zielen zu großen

die Militärreorganisation im wesentlichen genehmigt werden, wenn auch mit dem Vorbehalt einer starken Reduktion nach Erreichung des Zwecks oder einer bestimmten Anzahl von Jahren. Blieb dagegen Preußen bei seiner alten, stagnirenden äußeren Politik am Schlepptau Oesterreichs und Rußlands trotz der Verdoppelung der Armee, so waren die außerordentlichen Kosten nichts als eine schwere Mehrbelastung der Steuerzahler, welche sich gar nicht verantworten ließ. Bismarck selbst hat in seiner Antwort auf das im Frankfurter Fürstentage entworfene Projekt einer umgestalteten deutschen Bundesverfassung darauf hingewiesen, daß Preußen, der einzige Verteidiger Deutschlands, ohnehin durch seine hohen Ausgaben für seine Armee, die doch deutsche Interessen zu verteidigen habe, übermäßig belastet sei.

Es ist möglich, ja sehr wahrscheinlich, daß Bismarck auf eine Frage über seine auswärtige Politik eine ausweichende Antwort gegeben haben würde, aber vielleicht hätte er doch Andeutungen gemacht, die einer gegenseitigen Annäherung günstig gewesen wären.

Später, nach 1866, hat Bismarck in meiner Gegenwart erzählt, daß schon vor seiner Versetzung als Gesandter nach Paris davon die Rede gewesen sei, ihn zum Ministerpräsidenten zu ernennen. Er habe hierauf seine antiösterreichische Politik dem Könige auseinandergesetzt, der aber darauf nicht eingegangen sei. Bismarck habe sich darauf geweigert, Ministerpräsident zu werden und sei nach Paris gegangen. Im Herbst 1862 habe man ihn telegraphisch nach Berlin berufen zur Uebernahme der Stellung als Ministerpräsident, ohne irgend eine Bedingung daran zu knüpfen. Er habe also angenommen, daß der König stillschweigend seine auswärtige Politik billige.

In Coburg fand ich große Aufregung über die Ernennung Bismarcks, den man lediglich als den Repräsentanten der Reaktion ansah. Ich sagte nun meinen alten preußischen und neuen deutschen Freunden, sie wären ganz im Irrtum, wenn sie Bismarck einfach als Reaktionär oder gar als Werkzeug der Reaktion ansähen. Gewiß gehöre er nicht zu den Liberalen, aber in seinem Kopfe steckten ganz andere Ideen und Pläne als bei Manteuffel und Kollegen. Im vertrauten Kreise teilte ich die Gespräche mit Bismarck im Jahre 1859*) und jetzt mit. Ich wies darauf hin, daß Bismarck eine sehr originelle und begabte Natur von großer Energie sei, daß sich aber durchaus noch nicht erraten ließe, welchen Weg er als Leiter des Staates gehen werde. Einigen Anhalt werde die Ernennung der anderen Minister geben. Einige meiner politischen Freunde neigten dazu hin, daß die Gelder zur Militärreorganisation

gelegenheiten seines Landes wird in Deutschland einen starken Eindruck hervorrufen. Wenn er die Kunst, sich zu mäßigen, erwirbt, wird er eine bedeutungsvolle Rolle spielen. Uebrigens genügt die innere Lage Preußens wohl für den Augenblick seinem Thatendurst." (Thouvenel le secret de l'Empereur, Paris 1889.)

*) Vergl. oben S. 207 ff.

wenigstens auf Zeit bewilligt werden müßten, wenn Aussicht vorhanden sei, daß Bismarcks Politik sich wirklich auf Einigung Deutschlands richte; sie gestanden aber zu, daß darüber Sicherheit nicht zu erlangen sein werde und daß es sehr fraglich sei, ob Bismarck selbst, wenn er seine Politik von 1859 weiter verfolgen wolle, dazu im stande sein werde gegenüber dem Könige, dem Hofe und der starken österreichischen Partei an demselben. Man müsse abwarten, wie sich Bismarck benehmen werde.

Nach der Annexion Hannovers hat mich Miquél daran erinnert, daß ich gegen ihn und andere in Coburg Bismarcks bedeutende Eigenschaften hervorgehoben und ihn richtig geschildert habe.

Mein Eintritt in das Abgeordnetenhaus.

In eben jene Zeit des Herbstes 1862 fiel die Aufforderung meiner näheren Freunde, mich in das Abgeordnetenhaus wählen zu lassen. Ich stimmte endlich zu und trat im Januar 1863 ein.*) Ich fand die Stimmung der Majorität keineswegs einer Verständigung mit der Regierung abgeneigt, aber doch entschlossen, den Forderungen derselben nicht in ihrem ganzen Umfange nachzugeben, sondern nur begrenzte Zugeständnisse zu machen. Das Auftreten der Regierung und ihr Festhalten an der Militärreorganisation in ihrem ganzen Umfange ließ es zu keinerlei Vergleichsverhandlungen kommen, denen auch die eigentliche Linke äußerst abgeneigt war. Die neu ernannten Minister gehörten zur streng konservativen Partei, zum Teil zur Reaktion. Ihnen gegenüber vereinigten sich alle oppositionellen Elemente in der schon unter dem frühern Ministerium entstandenen Fortschrittspartei, die daher aus den Radikalen, den entschieden Liberalen und den Gemäßigten bestand und sogar Abgeordnete enthielt, die unter einem normalen Ministerium und ohne den Konflikt zur gemäßigten Rechten gehört haben würden. Auch demokratisch-ultramontane Gesinnungen ließen sich bei einzelnen erkennen.

---

*) v. Unruh war Mitglied des Abgeordnetenhauses bis 1873. Er ist als Redner im Plenum verhältnismäßig nicht sehr hervorgetreten. Seine Reden sind zu finden in den stenographischen Berichten von: **1863**: Bd. I. 55—60, S. 129, 130, 255—258, 265, 286, 355, 391, 392, Bd. II. S. 1143, 1144—1149, 1263, 1265—1269, 1293, 1298, 1300; **1864**: Bd. I. S. 499, 507, 511, Bd. II. 577, 888; **1865**: Bd. I. 675, Bd. II. 841, 849, 863, 897, 907, 911, 1034, 1038, Bd. III. 1542, 1925, 1957, 2217; **1866**: Vor dem Kriege S. 49, 138. Nach dem Kriege Bd. I. 18, 21, 59, 435, Bd. II. 555, 631, 709, 724, 726, 832. 868, 892, 1035, 1067, 1089, 1090, 1097, 1117, Bd. III. 1802, 1959; **1867**: 62 f., 78; **1868**: Bd. I. 84, 242, 374, 380, 398, 442, 515, Bd. II. 648. 898, 924, 1030, 1274, Bd. III. 1487, 1491, 1860, 1897, 1903, 2022: **1868/69**: Bd. I. 320, 640, 930, Bd. II. 1087, 1440, 1636, 1655, 1864; **1869/70**: Bd. I. 373, 377, Bd. II. 1046, 1048, 1064, 1073, 1087, 1089, Bd. III. 1444, 1523, 1843; **1870/71**: **166**, 515, 738.

Bismarcks Auftreten im Abgeordnetenhause.

Am auffallendsten war mir die Art und Weise des Auftretens Bismarcks im Hause. Er zeigte damals nicht die geringste Neigung zum Entgegenkommen, zu einer Verständigung, sondern trat augenscheinlich herausfordernd, oft geradezu verletzend auf.*) So nahm die Debatte einen immer schärferen Ton von beiden Seiten an. Der erste Präsident Grabow suchte dem zu steuern und ermahnte auch die Minister, den parlamentarischen Gebrauch nicht zu verletzen, aber der Ministerpräsident erwiderte, an der Barrière des Ministertisches endige die Gewalt des Präsidenten, dem nicht zustände, die Minister auf die Ordnung des Hauses hinzuweisen, worauf Grabow erklärte, wenn er die Minister nicht von persönlichen Angriffen gegen Abgeordnete abhalten könne, so sei er auch außer stande, die Minister gegen ein ähnliches Verfahren von seiten der Abgeordneten zu schützen. So wurde die Debatte immer gereizter, immer persönlicher. Es erfolgten bekanntlich mehrere Auflösungen des Abgeordnetenhauses, zum Teil infolge heftiger Auftritte innerhalb desselben; aber unerachtet die Regierung und die reaktionäre Partei bei den Wahlen alles aufbot, was in ihren Kräften stand, um eine andere Majorität zu erlangen, so fiel diese doch immer wieder der Opposition zu. Der Kampf dauerte fort, der Militäretat wurde im Abgeordnetenhause auf seinen früheren Betrag reduzirt, in einzelnen Positionen sogar erhöht, keineswegs erniedrigt, aber der Kostenaufwand zu der neuen Militärorganisation nicht bewilligt und infolge dessen das ganze Budget im Herrenhause verworfen unter Zustimmung der Regierung, welche auf Grund königlicher Verordnung fortfuhr, die Ausgaben ohne genehmigten Staatshaushaltsetat zu bestreiten, auch die stark erhöhten für das Militär. In den übrigen Ressorts hielt sich die Regierung im wesentlichen an die genehmigten Positionen des Etats.

Politische Verfolgungen; der Nationalfonds.

Zu jener Zeit traten wieder politische Verfolgungen in einem Umfange und einer Intensität ein, welche jene zur Manteuffelschen Zeit nicht hinter sich

*) Ein Artikel in den Grenzboten „Unruh über Bismarck“ schreibt hiezu: Bismarck soll oft geradezu verletzend aufgetreten sein. Das ist nicht in Abrede zu stellen. Aber wenn seine Aeußerungen verletzender Natur waren, so waren sie dies nicht ein Zehntel so sehr als das Auftreten der Redner im Hause gegen ihn und die anderen Mitglieder der Regierung. Jene Herren waren weit massiver und malitiöser als der Ministerpräsident, schimpften geradezu, drohten und sprachen von einem Ministerium von Seiltänzern, von Kainszeichen der Reaktion und in ähnlichen wenig schmeichelhaften Ausdrücken. Bismarck aber war nicht der Mann, sich dergleichen bieten und gefallen zu lassen, es lag nicht in seiner Natur, wenn man ihn auf die rechte Backe schlug, dem Beleidiger auch die linke hinzuhalten, sondern er wehrte sich und vergalt mit gleicher Münze. Dazu kam seine Geringschätzung vor der Doktrin der Volkssouveränität, die ihm mit Recht ein Greuel war, und die Beobachtung, daß die Oppo-

ließen: Landräte und Staatsanwälte, die den reaktionären Anforderungen der Regierung nicht unbedingt entsprachen, wurden zur Disposition gestellt, auch andere Beamte wurden gemaßregelt, die liberale Presse aufs äußerste verfolgt und, wo es ging, unterdrückt. Es erschien, während der Landtag nicht beisammen war, eine königliche Verordnung, welche das französische Verwarnungssystem der Presse gegenüber einführte,*) wie man sich ja immer in Zeiten der Reaktion an französische Beispiele gehalten hat. Die Verordnung wurde zwar wieder aufgehoben, als das Abgeordnetenhaus dieselbe nachträglich nicht genehmigte, aber die Verfolgungen dauerten fort. Eine Menge Familien geriet in Not. Wer nicht ganz unabhängig dastand und nicht zur Regierungspartei gehörte, konnte es kaum wagen, ein Mandat zum Abgeordnetenhause anzunehmen.

Dieser Zustand gab Veranlassung zum Zusammentritt eines Komites in Berlin, welches zu freiwilligen Beiträgen zu einem Nationalfonds aufforderte, aus dem politisch Verfolgte entschädigt werden sollten. Der Erfolg war ein sehr guter. Es kamen fast 100 000 Thaler zusammen, mit denen vieler Not abgeholfen worden ist. Die Verwalter des Fonds, zu denen ich auch die Ehre hatte zu gehören, waren vorsichtig und gewissenhaft und verlangten stets strengen Nachweis darüber, daß wirklich politische Verfolgung vorliege und nicht eigenes Verschulden durch Verletzung bestehender Gesetze. Namentlich wurde es stets abgelehnt, Prozeßkosten und Strafen bei Preßprozessen zu ersetzen, die durch Verletzungen der Gesetze von seiten der Presse hervorgerufen worden waren. Es mußten stets die Erkenntnisse vorgelegt werden. Allerdings kamen dabei gerichtliche Verurteilungen zu Tage, welche die Verwalter des Fonds, namentlich die Juristen, in das höchste Erstaunen versetzten. Jene Erfahrungen sind es, welche mein Vertrauen zum preußischen Richterstande in Zeiten großer politischer Aufregung und starken Drucks von oben sehr erschüttert haben.

Der letzte Rest des Nationalfonds, zu dem auch aus Süddeutschland erhebliche Beiträge eingegangen waren, ist erst 1876 an Personen verteilt

sition dieser Volkssouveränität eine geradezu byzantinische Verehrung entgegenbrachte — eine Beobachtung, die ihn noch mehr empörte als die giftige Polemik der Gegner und ihn noch spöttischer, ironischer und spitziger reden hieß.

*) In dem Immediatberichte, worin das preußische Staatsministerium die Maßregel einführte, heißt es u. a.: „Je mehr die Staatsregierung sich genötigt sah, den unberechtigten und übertriebenen Erwartungen und Forderungen der Parteien Widerstand zu leisten, desto leidenschaftlicher und rückhaltloser mißbrauchte ein Teil der Presse die derselben gewährte Freiheit zur heftigsten und selbst gehässigsten Opposition gegen die Regierung und zur Untergrabung aller Grundlagen eines geordneten Staatswesens, sowie der Religion und der Sittlichkeit . . . Es existirt eine Anzahl gerade in den unteren Schichten der Bevölkerung vielgelesener Blätter, die täglich die verkehrtesten Auffassungen und Darstellungen verbreiten und augenfällig einen vergiftenden Einfluß auf die öffentliche Stimmung und auf die Sittlichkeit des Volkes üben."

Bismarcks Auftreten im Abgeordnetenhause.

Am auffallendsten war mir die Art und Weise des Auftretens Bismarcks im Hause. Er zeigte damals nicht die geringste Neigung zum Entgegenkommen, zu einer Verständigung, sondern trat augenscheinlich herausfordernd, oft geradezu verletzend auf.*) So nahm die Debatte einen immer schärferen Ton von beiden Seiten an. Der erste Präsident Grabow suchte dem zu steuern und ermahnte auch die Minister, den parlamentarischen Gebrauch nicht zu verletzen, aber der Ministerpräsident erwiderte, an der Barrière des Ministertisches endige die Gewalt des Präsidenten, dem nicht zustände, die Minister auf die Ordnung des Hauses hinzuweisen, worauf Grabow erklärte, wenn er die Minister nicht von persönlichen Angriffen gegen Abgeordnete abhalten könne, so sei er auch außer stande, die Minister gegen ein ähnliches Verfahren von seiten der Abgeordneten zu schützen. So wurde die Debatte immer gereizter, immer persönlicher. Es erfolgten bekanntlich mehrere Auflösungen des Abgeordnetenhauses, zum Teil infolge heftiger Auftritte innerhalb desselben; aber unerachtet die Regierung und die reaktionäre Partei bei den Wahlen alles aufbot, was in ihren Kräften stand, um eine andere Majorität zu erlangen, so fiel diese doch immer wieder der Opposition zu. Der Kampf dauerte fort, der Militäretat wurde im Abgeordnetenhause auf seinen früheren Betrag reduzirt, in einzelnen Positionen sogar erhöht, keineswegs erniedrigt, aber der Kostenaufwand zu der neuen Militärorganisation nicht bewilligt und infolge dessen das ganze Budget im Herrenhause verworfen unter Zustimmung der Regierung, welche auf Grund königlicher Verordnung fortfuhr, die Ausgaben ohne genehmigten Staatshaushaltsetat zu bestreiten, auch die stark erhöhten für das Militär. In den übrigen Ressorts hielt sich die Regierung im wesentlichen an die genehmigten Positionen des Etats.

Politische Verfolgungen; der Nationalfonds.

Zu jener Zeit traten wieder politische Verfolgungen in einem Umfange und einer Intensität ein, welche jene zur Manteuffelschen Zeit nicht hinter sich

*) Ein Artikel in den Grenzboten „Unruh über Bismarck" schreibt hiezu: Bismarck soll oft geradezu verletzend aufgetreten sein. Das ist nicht in Abrede zu stellen. Aber wenn seine Aeußerungen verletzender Natur waren, so waren sie dies nicht ein Zehntel so sehr als das Auftreten der Redner im Hause gegen ihn und die anderen Mitglieder der Regierung. Jene Herren waren weit massiver und malitiöser als der Ministerpräsident, schimpften geradezu, drohten und sprachen von einem Ministerium von Seiltänzern, von Kainszeichen der Reaktion und in ähnlichen wenig schmeichelhaften Ausdrücken. Bismarck aber war nicht der Mann, sich dergleichen bieten und gefallen zu lassen, es lag nicht in seiner Natur, wenn man ihn auf die rechte Backe schlug, dem Beleidiger auch die linke hinzuhalten, sondern er wehrte sich und vergalt mit gleicher Münze. Dazu kam seine Geringschätzung vor der Doktrin der Volkssouveränität, die ihm mit Recht ein Greuel war, und die Beobachtung, daß die Oppo-

ließen: Landräte und Staatsanwälte, die den reaktionären Anforderungen der Regierung nicht unbedingt entsprachen, wurden zur Disposition gestellt, auch andere Beamte wurden gemaßregelt, die liberale Presse aufs äußerste verfolgt und, wo es ging, unterdrückt. Es erschien, während der Landtag nicht beisammen war, eine königliche Verordnung, welche das französische Verwarnungssystem der Presse gegenüber einführte,*) wie man sich ja immer in Zeiten der Reaktion an französische Beispiele gehalten hat. Die Verordnung wurde zwar wieder aufgehoben, als das Abgeordnetenhaus dieselbe nachträglich nicht genehmigte, aber die Verfolgungen dauerten fort. Eine Menge Familien geriet in Not. Wer nicht ganz unabhängig dastand und nicht zur Regierungspartei gehörte, konnte es kaum wagen, ein Mandat zum Abgeordnetenhause anzunehmen.

Dieser Zustand gab Veranlassung zum Zusammentritt eines Komites in Berlin, welches zu freiwilligen Beiträgen zu einem Nationalfonds aufforderte, aus dem politisch Verfolgte entschädigt werden sollten. Der Erfolg war ein sehr guter. Es kamen fast 100 000 Thaler zusammen, mit denen vieler Not abgeholfen worden ist. Die Verwalter des Fonds, zu denen ich auch die Ehre hatte zu gehören, waren vorsichtig und gewissenhaft und verlangten stets strengen Nachweis darüber, daß wirklich politische Verfolgung vorliege und nicht eigenes Verschulden durch Verletzung bestehender Gesetze. Namentlich wurde es stets abgelehnt, Prozeßkosten und Strafen bei Preßprozessen zu ersetzen, die durch Verletzungen der Gesetze von seiten der Presse hervorgerufen worden waren. Es mußten stets die Erkenntnisse vorgelegt werden. Allerdings kamen dabei gerichtliche Verurteilungen zu Tage, welche die Verwalter des Fonds, namentlich die Juristen, in das höchste Erstaunen versetzten. Jene Erfahrungen sind es, welche mein Vertrauen zum preußischen Richterstande in Zeiten großer politischer Aufregung und starken Drucks von oben sehr erschüttert haben.

Der letzte Rest des Nationalfonds, zu dem auch aus Süddeutschland erhebliche Beiträge eingegangen waren, ist erst 1876 an Personen verteilt

sition dieser Volkssouveränität eine geradezu byzantinische Verehrung entgegenbrachte — eine Beobachtung, die ihn noch mehr empörte als die giftige Polemik der Gegner und ihn noch spöttischer, ironischer und spitziger reden hieß.

*) In dem Immediatberichte, worin das preußische Staatsministerium die Maßregel einführte, heißt es u. a.: „Je mehr die Staatsregierung sich genötigt sah, den unberechtigten und übertriebenen Erwartungen und Forderungen der Parteien Widerstand zu leisten, desto leidenschaftlicher und rückhaltloser mißbrauchte ein Teil der Presse die derselben gewährte Freiheit zur heftigsten und selbst gehässigsten Opposition gegen die Regierung und zur Untergrabung aller Grundlagen eines geordneten Staatswesens, sowie der Religion und der Sittlichkeit . . . Es existirt eine Anzahl gerade in den unteren Schichten der Bevölkerung vielgelesener Blätter, die täglich die verkehrtesten Auffassungen und Darstellungen verbreiten und augenfällig einen vergiftenden Einfluß auf die öffentliche Stimmung und auf die Sittlichkeit des Volkes üben."

worden, denen es nicht gelungen war, sich eine neue Lebensstellung zu verschaffen.

Intriguen der Hofpartei gegen Bismarck.

Die geschilderten Vorgänge nötigten meine näheren politischen Freunde und mich zu der Annahme, daß Bismarck seine Pläne in der äußeren Politik aufgegeben habe und einfach Minister der Reaktion sei. Ich erinnere an die Stellvertretungskosten, die den Beamten auferlegt wurden, welche Abgeordnete waren, und an die Angriffe auf die Redefreiheit im Abgeordnetenhause, wie die Verfolgung Twestens wegen einer Rede im Hause. Dennoch war mir Bismarcks provokatorisches Auftreten im Abgeordnetenhause nicht recht erklärlich. Was konnte ihm daran liegen, die Opposition zu reizen und dadurch auch die Wähler gegen sich und die Regierung aufzuregen? Welchen Zwecken diente ein solches Benehmen, wenn er nicht die Verfassung nebst Wahlgesetz ganz aufheben und eine neue oktroyiren wollte? Es schien schon damals ganz unwahrscheinlich, daß der König zu solchem extremen Schritt seine Zustimmung geben werde. Ich hatte Twesten und andere politische Freunde darauf aufmerksam gemacht, wie Bismarck, der ja alles, was er thut, wohl überlegt, offenbar ganz absichtlich fast in jeder Rede die Opposition herausforderte und mit seiner gewohnten Schlagfertigkeit und seinem oft boshaften Witz aufstachelte. Er steigerte den Streit über die Militärvorlage zu einem Verfassungskonflikt. Wir hatten wohl gehört, daß eine starke Partei bei Hofe Gegnerin Bismarcks sei, aber einen Zusammenhang zwischen dieser Gegnerschaft und Bismarcks Benehmen im Abgeordnetenhause konnten wir nicht entdecken.

Endlich machte mir der damalige Oberbürgermeister in Berlin, Seydel, eine Mitteilung, von der er sagte, daß dieselbe aus dem Militärkabinet stamme, dessen Chef der General von Manteuffel war. Darnach sollte dieser oder ein ihm nahestehender Mann sich dahin ausgesprochen haben, Bismarck sei vortrefflich geeignet, das Abgeordnetenhaus nieder zu treten; sobald ihm dies gelungen und die Militärreorganisation gesichert sei, müsse Bismarck beseitigt werden, weil er sonst jedenfalls Krieg mit Oesterreich führen und die verstärkte Armee hauptsächlich hierzu benützen werde. Der Zerfall mit Oesterreich und ein glücklicher Krieg gegen dasselbe würde die konservative Partei wieder vom Staatsruder entfernen. Um dasselbe in der Hand zu behalten, müsse Preußen mit Oesterreich auf gutem Fuße stehen und zu dem Ende sogar Konzessionen machen, wenn es nötig sei (also wie in Olmütz).

Die Nachricht hatte sehr viel innere Wahrscheinlichkeit. Ihre Richtigkeit vorausgesetzt ließ sich das provokatorische Auftreten Bismarcks im Abgeordnetenhause vollkommen erklären.*) Was Seydel mir mitgeteilt hatte, mußte ebenso

*) Der Verfasser des Grenzboten-Artikels „Unruh über Bismarck“ will diesen Schluß nicht zugeben: „Und ebensowenig ist Bismarck durch das Bedürfnis nach Macht, durch Gefallen

gut und besser Bismarck bekannt sein. General v. Manteuffel war als das Haupt der hochkonservativen, sogenannten österreichischen Partei am preußischen Hofe*) bekannt und in Wien sehr angesehen. Seine antiösterreichischen Pläne hatte Bismarck schon vor seinem Eintritt als Ministerpräsident vielfach ausgesprochen, ja sogar, wie schon angeführt, dem Könige vorgetragen. Wenn Bismarck einen Vergleich mit dem Abgeordnetenhause über die Militärreorganisation zu stande brachte und Frieden mit der Volksvertretung schloß, so hatte er nach der Ansicht der Manteuffelschen Partei seine Dienste geleistet und konnte gehen. Ganz anders war seine Stellung, wenn er trotz des heftigsten Krieges mit dem Abgeordnetenhause die Militärreorganisation durchführte. So lange der Kampf mit der Volksvertretung währte, blieb er unentbehrlich, je heftiger der Kampf war, desto mehr.

Diese Auffassung hat Bismarck wenigstens teilweise nach 1866 selbst bestätigt und zwar in einem Gespräche mit Forckenbeck und mir. Die norddeutsche Verfassung und andere Dinge gaben damals Veranlassung zu persönlichen Verhandlungen, und Bismarck war bei solchen Gelegenheiten oft sehr mitteilend. So erzählte er interessante Vorgänge aus der Zeit seines Eintritts als Ministerpräsident. Er habe, sagte er, bei seiner Ankunft von Paris den König sehr aufgeregt und gleichzeitig deprimirt gefunden, sogar voll Besorgnis vor revolutionären Ereignissen mit tragischem Ausgange. Der König habe von Abdikation gesprochen, die Urkunde sei sogar schon entworfen gewesen. Bismarck habe darauf gegen den König geäußert, er würde es für ein ruhmvolles Ende halten, wenn er seinen Kopf für Seine Majestät auf den Block legen müsse, aber es sei nach seiner Auffassung gar kein Grund zu solchen Befürchtungen vorhanden, es denke niemand an Revolution, und wenn der König Befürchtungen wegen des Abgeordnetenhauses hege, so würde er

am Regieren, durch die Absicht, sich in seiner Ministerstellung zu befestigen, bewogen worden, der Opposition im Abgeordnetenhause tapfer und schneidig entgegenzutreten Es war vielmehr der Royalist in ihm, der in seinem Wesen immer eine so hervorragende Stelle eingenommen hat, wenn er seinen Posten festhielt. Das Pflichtgefühl gegen seinen König leitete ihn dabei, der unter den damals obwaltenden Umständen keinen andern Minister fand. Bismarck soll ihm damals gesagt oder geschrieben haben: „Das soll man nicht sagen, daß Eure Majestät keinen Diener finden, so lange noch ein altmärkischer Edelmann lebt.“ Sonst war es damals wahrhaftig kein Vergnügen, Minister zu sein. Das Gewerbe eines Gesandten in Paris, ja selbst in Frankfurt, wo man bei gutem Gehalt wenig Arbeit, wenig Verantwortlichkeit und wenig Aerger hatte, wo man nicht angefeindet und bitter geschmäht wurde, war sehr viel angenehmer. Das herausfordernde Auftreten und die sarkastischen Reden Bismarcks gegenüber dem Abgeordnetenhause hatten nicht die Verlängerung und Steigerung des Konflikts zum Zweck. Sie waren Ausübung des jus talionis.“

*) Nach dem Verfasser des Artikels „Unruh über Bismarck“ in den Grenzboten vom 1. Dez. 1881 war nicht Manteuffel, sondern der Minister von Schleinitz, der auch später noch viel mit den Oesterreichern verkehrte, ja dessen Salon ihr Stelldichein war, das Haupt der österreichischen Politik, die auf den Sturz Bismarcks hinarbeitete.

(Bismarck) ihm zeigen, wie man mit solchen Leuten umgehen müsse!

Bei diesem Gespräch*) standen Bismarck, Forckenbeck und ich ganz nahe

*) Die Richtigkeit der v. Unruhschen Angaben ist nicht lange Zeit nach dem Rücktritt des Fürsten Bismarck durch folgende offenbar auf Friedrichsruh zurückzuführende Geschichtserzählung bestätigt worden: Wer das Verhältnis des Königs und Kaisers Wilhelm I. zum Fürsten Bismarck verstehen will, muß auf den Zeitpunkt zurückgehen, in welchem der Ministerpräsident sein Amt antrat. Bismarck kam damals in Wahrheit als ein Retter in der Not. Dies erhellt am deutlichsten aus der ersten Audienz, welche der vom Kriegsminister von Roon aus Frankreich herbeigerufene Staatsmann bei seinem Monarchen hatte und über welche uns schon vor längerer Zeit von diplomatischer Seite eine durchaus vertrauenswerte Schilderung gegeben worden ist. Die Audienz fand im Park von Babelsberg statt. Der König war sehr niedergeschlagen. Das erste Schriftstück, welches er Herrn v. Bismarck einhändigte, war — seine Abdankungsurkunde. Bismarck sah sie betroffen an und bemerkte, dahin dürfe es in Preußen nicht kommen. Der König erwiderte: „Ich habe alles versucht und sehe nirgends einen Ausweg. Gegen meine Ueberzeugung kann ich nicht regieren. Meine Minister sind gegen mich, mein Sohn hat sich auf ihre Seite gestellt. Auch Sie sind ja bereits bei ihm gewesen. Komme ich mit Ihnen zu keiner Verständigung, so lasse ich dies hier in den ‚Staats-Anzeiger‘ setzen, und dann mag mein Sohn zusehen, wie er fertig wird. Die Preisgebung der Armeeorganisation ist gegen meine Ueberzeugung, und gegen diese zu handeln, würde mir als eine Pflichtwidrigkeit erscheinen.“ Bismarck entgegnete, er sei bei dem Kronprinzen nur gewesen, weil Seine königliche Hoheit ihn sofort nach der Ankunft in Berlin zu Sich befohlen habe. Auf Befragen des Kronprinzen über seine Absichten habe er erwidert, er müsse zuvor die Wünsche Seiner Majestät kennen lernen. Vor allen Dingen aber bitte er den König, die Abdankungsurkunde und alle auf Abdankung bezüglichen Gedanken aufzugeben. Der König wog das Blatt in der Hand und fragte: Wollen Sie es versuchen, ohne Majorität zu regieren? „Ja.“ Ohne Budget? „Ja.“ Ohne die Armeereorganisation preiszugeben? „Ja.“ Dann sehen Sie hier mein Programm. — Der König wies Herrn v. Bismarck ein sechs oder mehr Quartseiten umfassendes, mit seiner kleinen Handschrift eng beschriebenes Schriftstück. Bismarck fing an zu lesen. Obenan stand die Frage der Kreisordnung, bei welcher über die Vertretung der Rittergüter und der Städte auf den Kreistagen ein harter Kampf entbrannt war. Bismarck sagte zum Könige: „Eure Majestät, es handelt sich jetzt doch nicht um die Frage, ob auf den Kreistagen der Städter oder der Junker das Uebergewicht haben soll, sondern, ob in Preußen die Krone oder die Majorität des Abgeordnetenhauses regieren soll. Ist diese Frage entschieden, so ordnen sich die anderen von selbst. Wenn Eure Majestät mir das Vertrauen schenken, so bin ich bereit, die Geschäfte zu übernehmen, aber ohne Programm. In einer so schwierigen Lage ist ein geschriebenes Programm für Eure Majestät wie für mich bindend und kann unter Umständen erschwerend wirken. Zunächst gilt es doch, die Hauptfrage zu entscheiden.“ Nach einigem Nachdenken willigte der König ein. Man befand sich auf einer Brücke über eine kleine Schlucht im Park, der Monarch begann das Programm zu zerreißen und die Stücke fallen zu lassen. Bismarck nahm sie wieder auf, indem er sagte: „Wollen Eure Majestät das Papier nicht lieber dem Kamin anvertrauen? Hier könnte es doch aufgefunden werden, und ein jeder kennt hier Eurer Majestät Handschrift.“ Der König steckte das Programm darauf in die Brusttasche seines Interimsrockes, besprach mit Bismarck die behufs der Ernennung zu erledigenden Formalitäten und wandte sich dann zum Gehen. War seine Haltung vor der Unterredung die eines tiefgebeugten Mannes gewesen, so schritt er jetzt aufrecht, fest und straff von dannen. — Kreisen, in welchen diese Thatsachen bekannt waren, ist damit auch der

bei einander. Als Bismarck die oben gesperrt angeführte Aeußerung that, die ein helles Licht auf die Konfliktszeit warf, stieß ich Forckenbeck an und lächelte. Er that dasselbe und Bismarck, der dies bemerkte, lachte mit. —

Es ist bezeichnend, daß damals versichert wurde, der König habe Bismarck seinen Seelenarzt genannt.

*

Der Herausgeber bittet, hier die von Unruhschen Erinnerungen durch eine kurze Einschaltung unterbrechen zu dürfen.

Wie bereits in der Einleitung erwähnt, hat Herr von Unruh im Herbst 1881 mehrfachen Aufforderungen, schon zu seinen Lebzeiten einzelne Abschnitte aus seinen Erinnerungen zu veröffentlichen, deshalb widerstrebend nachgegeben, weil es ihm schien, daß manche Mitteilungen für die damals noch lebende Generation von größerem Interesse sind als für die heranwachsende.*) „Vielleicht" — so setzte er hinzu — „wird sich dabei auch ergeben, ob die spätere Herausgabe der gesammten Erinnerungen der Mühe wert ist." Die teilweise Veröffentlichung erfolgte im Oktoberheft des VI. Jahrgangs der „Deutschen Revue über das gesamte nationale Leben der Gegenwart".

Noch vor dem Erscheinen des Revueheftes hatte bereits die „Tribüne", das Organ der Sezessionisten, anscheinend auf Grund der ihr vorliegenden Aushängebogen Auszüge aus dem Memoirenwerke abgedruckt, welche bald den ganzen Apparat der offiziösen-offiziellen Presse in Bewegung gesetzt und wochenlang unendlich viel Staub aufgewirbelt haben. Da bei dieser Gelegenheit über den Wert der von Unruhschen Erinnerungen eine Zeit lang sehr absprechende Urteile zu Tage traten, so ist ein Eingehen auf die damalige Preßpolemik nicht zu umgehen.

In der Nummer 453 vom 29. September 1881 schrieb die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" an leitender Stelle:

„In der oppositionellen Presse ist in letzter Zeit ein noch nicht veröffent-

---

Schlüssel für die Festigkeit des Bandes, welches den großen König und Kaiser an seinen großen Minister knüpfte, gegeben. An der Innigkeit dieses Verhältnisses wird keine „Enthüllung" etwas zu ändern vermögen, selbst wenn im Laufe der fast sechsundzwanzigjährigen gemeinsamen Thätigkeit des Königs und Bismarcks einzelne Meinungsverschiedenheiten selbstverständlich nicht ausgeblieben sein werden.

*) Die im ersten Augenblick von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" (7. Oktober 1881 Nr. 466) und der „Post" (1. Oktober 1881 Nr. 268) ausgesprochene Vermutung, Unruh habe bei der Veröffentlichung das Bestreben geleitet, den oppositionellen Liberalen bei den kommenden Reichstagswahlen gegen Bismarck zu Hilfe zu kommen, ist völlig aus der Luft gegriffen. Die Veröffentlichung in der Form und dem Zusammenhange, wie sie erfolgte, geschah vielmehr mißverständlich und ohne, zum Teil sogar gegen seinen Willen; er war selbst auf das Empfindlichste davon berührt, daß ein unglückliches Zusammentreffen von Umständen (Erkrankung, Reisen 2c.) es ihm unmöglich gemacht hatte, selbst die letzte Hand an die Veröffentlichung zu legen.

lichter Aufsatz eines liberalen Abgeordneten, welcher angeblich in der „Deutschen Revue" erscheinen und frühere Phasen aus dem politischen Leben des Reichskanzlers illustriren soll, in der Form von Reklame bereits im voraus besprochen und angepriesen worden. — Wenn ein solcher Aufsatz wirklich erscheinen sollte, so werden wir ja Gelegenheit haben, uns darüber auszusprechen. Einstweilen können wir uns nur an die „Auszüge" halten, welche uns in Nr. 435 der „Tribüne" vorliegen.

Die darin gegebene Beurteilung des Fürsten Bismarck bei Gelegenheit seiner Uebernahme des Ministeriums 1862 entspricht ganz dem trivialen Standpunkt des gewöhnlichen Fraktionsphilisters, der für jede Haltung und für jede That eine Erklärung aus dem ihm allein zugänglichen beschränkten Standpunkte der Fraktionsberechnungen braucht, und dem die parlamentarischen Parteikonstellationen als das höchste sittliche Ziel vorschweben, welches überhaupt in der Politik zu erstreben ist. — Der Gedanke, daß ein brandenburgischer Edelmann seinem Könige, der der drohenden Revolution gegenüber seiner Dienste bedarf, ohne viel zu fragen und zu rechnen, beispringt, ist natürlich für Politiker vom Schlage des Herrn Bamberger oder sonstiger Gelehrten der „Tribüne" nicht verständlich.

Wir wollen die Genauigkeit der Erinnerungen des Herrn von Unruh nicht weiter in Zweifel ziehen, aber die Folgerungen, welche für die Motive des damaligen Ministerpräsidenten daraus gezogen werden, tragen den Stempel einer niedrigen Denkungsweise an sich, gegen dessen Anwendung wir Herrn von Bismarck im Interesse der Geschichte und der Wahrheit in Schutz nehmen. Der Gedanke, als habe dieser sich bemüht, den Kampf mit dem Abgeordnetenhause hinauszuziehen und heftiger zu gestalten, im Interesse irgend einer persönlichen oder Parteiberechnung, wird von der Geschichte des Jahres 1866 auf das schlagendste widerlegt: sobald der Staatszweck erreicht war, hat niemand entschiedener wie der jetzige Reichskanzler die Versöhnung mit dem Abgeordnetenhause gesucht, unter schweren Kämpfen und gegen heftigen Widerstand die Indemnitätsforderung durchgesetzt und die Verständigung mit der ehrlicheren und patriotischen Majorität seiner Gegner erfolgreich herbeigeführt.

Daß der Ministerpräsident in der Konfliktszeit die fortschrittliche Majorität des Abgeordnetenhauses nicht durch Liebenswürdigkeit zu kaptiviren suchte, ist zweifellos; aber sicherlich geschah es nicht in der Berechnung, den Konflikt mit dem Landtag hinauszuziehen; wenn von Berechnung bei der Tonart des Ministerpräsidenten die Rede war, so konnte es höchstens die sein, der byzantinischen Kriecherei vor der Majorität ein Ende zu machen, welche die Signatur des Kabinets der damaligen neuen Aera bildete und vor der Oeffentlichkeit nicht eine Macht anzuerkennen, deren Bedeutung gerade nur in der Einbildung und im Nimbus beruhte. Der Versuch, die Gegner durch Liebenswürdigkeit zu

gewinnen, ist damals vom Minister des Innern, Grafen Eulenburg, recht oft gemacht worden, aber ganz erfolglos.

Wir glauben indessen bei der Tonart des damaligen Ministerpräsidenten überhaupt an keine Berechnung, sondern nehmen an, daß er gesprochen hat, wie ihm ums Herz war. Wenn man die beleidigenden Provokationen der Redner der Opposition von damals, und wenn man die liberalen Zeitungen nachliest, welche den Ministerpräsidenten teils mit dem Schicksal Straffords, teils buchstäblich mit Wollekrempeln im Zuchthause bedrohten, im günstigsten Falle mindestens sein Privatvermögen für den Ersatz unberechtigter Staatsausgaben in Anspruch nahmen, wenn man sich die ganze Gehässigkeit und beleidigende Sprache der damaligen Opposition in Presse und Parlament vergegenwärtigt, so liegt es sehr nahe, daß es dem angegriffenen Minister fast wie ein Gefühl der Feigheit hätte erscheinen müssen, wenn er dergleichen Drohungen gegenüber mit schüchterner Höflichkeit hätte antworten wollen; es ist gar nicht erforderlich, zur Erklärung dieser Erscheinung bei einem ehrliebenden Charakter noch das Motiv unterschieben zu wollen, dem Könige zu zeigen, „wie man mit solchen Leuten umgehen müsse". — Seine Majestät der König wird das wohl ohnehin gewußt haben; das Bedürfnis, es dem Volke zu zeigen, kann der dem Herrn von Bismarck zugeschriebenen Redensart schon eher zu Grunde gelegen haben. Daß Herr von Bismarck den Konflikt gebrauchte und benützte, um sich in seiner Stellung zu erhalten und zu befestigen,*) ist eine dreiste Lüge,**) die mit den Thatsachen im Widerspruch steht: er bedurfte durchaus keiner künstlichen Mittel, um sich zu erhalten und zu befestigen, und die ganze Stellung eines damaligen Ministerpräsidenten im Dienste eines bejahrten Monarchen, ohne Stütze im Parlament und in der Presse, eventuell bedroht von dem fanatischen Hasse seiner Gegner, wenn sie siegreich wurden, hatte nicht so viel Anziehendes, daß irgend ein anderer Politiker sie damals ambirt hätte, um auf dem allein dahin führenden Wege dem nationalen Ziele näher zu kommen."

*) Auch die „Post" Nr. 268 vom 1. Oktober 1881 bestritt mit Lebhaftigkeit diese Unterstellung.

**) Unterm 2. Oktober richtete Herr von Unruh an die „Nationalzeitung" folgendes Schreiben: „Dessau, 2 Oktober. Der Artikel in Nr. 460 Ihres geschätzten Blattes über die Auszüge aus den ‚Erinnerungen aus meinem Leben' veranlaßt mich, Ihnen ergebenst mitzuteilen, daß ich Auftrag gegeben habe, gegen den Redakteur der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" wegen der in Nr. 453 derselben am 29. September gegen mich enthaltenen Injurien gerichtliche Klage anzustellen. Eine Erwiderung auf die Aeußerungen der genannten Zeitung in öffentlichen Blättern ist für mich unthunlich, weil ich die Grenzen einer anständigen Polemik nicht ebenfalls weit überschreiten will. Indem ich um die gefällige Veröffentlichung des Vorstehenden bitte, zeichne ich mit Hochachtung v. Unruh." Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" (4. Oktober 1881, Nr. 460) antwortete hierauf, die oberste Instanz in diesem Falle sei die Geschichte, auf deren Urteil sie getrost bauen könne.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat sehr unrecht gethan, so voreilig, so blind und in so unparlamentarischer Weise über ein Werk abzuurteilen, von dem sie kaum eine Seite kannte, und diese nur in einer verstümmelten, vom Verfasser mißbilligten Fassung.*)

Von Unruh war weit entfernt, die Bismarckſche Politik in den Staub ziehen zu wollen; im Gegenteil, er ist ein beredter Zeuge ihrer Größe geworden, und sein Urteil wiegt einmal in der Geschichte um so mehr, weil man weiß, daß Unruh ursprünglich auf einem entgegengesetzten politischen Standpunkte stand, und daß er erst allmälich, nachdem er in die verschlungenen Gänge der Bismarckschen Politik eingeweiht worden war, dieselbe rückhaltslos anerkannt, ja in vielen Punkten geradezu bewundert hat. Um zu dieser Einsicht zu gelangen, muß man allerdings die Unruhschen Erinnerungen ihrem vollen Umfange nach kennen. Aber selbst die Bruchstücke, die einige Tage nach dem Erscheinen des obigen Artikels der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ durch die „Deutsche Revue“ bekannt wurden,**) genügten, um die Ansicht der offiziösen Presse gründlich umzugestalten.

Bereits am 7. Oktober 1881 Nr. 466 mußte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ zugestehen, „die Unruhschen Enthüllungen liefern den unwiderleglichen Beweis, daß die Erfolge der deutschen Politik in den letzten Jahrzehnten der klaren Erkenntnis zu danken sind, mit welcher Fürst Bismarck seine Ziele ins Auge faßte, und der eisernen Energie, mit der er dieselben verfolgte. Schon in den fünfziger Jahren, erzählt Herr von Unruh, hat Fürst Bismarck sich mit großer Entschiedenheit zu dem Programm bekannt, durch dessen Ausführung die Einigung Deutschlands erreicht worden ist.“

Noch deutlicher äußerte sich wenige Tage später die hochoffiziöse „Provinzial-Korrespondenz“: „Wie die Freunde und Verehrer des Fürsten Bismarck über die von Unruhschen Erinnerungen, abgesehen von der Frage, inwieweit

*) Ich stelle hier die beiden Texte gegenüber, wie sie in der „Tribüne“ und in der „Deutschen Revue“ lauteten:

„Deutsche Revue“.

Wenn Bismarck einen Vergleich mit dem Abgeordnetenhause über die Militärreorganisation zu stande brachte und Frieden mit der Volksvertretung schloß, so hatte er nach der Ansicht der Manteuffelschen Partei seine Dienste geleistet und konnte gehen. Ganz anders war seine Stellung, wenn er trotz des heftigsten Krieges mit dem Abgeordnetenhause die Militärreorganisation durchführte.

„Tribüne“.

Nur also — und das mußte Bismarck bekannt sein — so lange der Kampf mit der Volksvertretung währte, blieb Bismarck der einflußreichen Manteuffelschen hochkonservativen Partei am Hofe unentbehrlich; mit einem Friedensschlusse hatte er seine Dienste gethan und konnte gehen. Deshalb galt es, die Militärreorganisation durchzuführen, ohne den Kampf mit dem Abgeordnetenhause zu beenden, diesen vielmehr immer weiter hinauszuziehen und immer heftiger zu gestalten.

**) Der erste Artikel war, wie gesagt, geschrieben unter dem Eindrucke der von der „Tribüne“ verstümmelt wiedergegebenen Aushängebogen.

der öffentliche Gebrauch von Privatgesprächen überhaupt erlaubt ist, ungehalten sein können, ist ganz unerfindlich; sie müßten dem Mann für seine Enthüllung vielmehr gerade im Interesse Bismarcks höchst dankbar sein und die Fortschrittspartei müßte bitten: ‚Gott bewahre mich vor meinen Freunden!‘"

Nur in einem Punkte glaubte die offiziöse Presse Unruh etwas am Zeug flicken zu können, noch immer mit der Absicht, den historischen Wert seiner Erinnerungen zu verkleinern. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", die auch jetzt wieder den Reigen eröffnete,*) schrieb:

„Schon aus dem in der „Gegenwart" veröffentlichten, gegen E. von Hartmann gerichteten Essay des Herrn von Unruh,**) ergibt sich, wie wir früher einmal nachgewiesen haben, daß das Verhalten der liberalen Parteien in den sechziger Jahren sich nicht mit der Behauptung decken läßt, damals seien die nationalen Ziele der Bismarckschen Politik nicht bekannt gewesen. — Zu dem gleichen Ergebnis gelangt man beim Durchlesen der neuesten Unruhschen Publikation. Herr von Unruh kannte bereits in den fünfziger Jahren das Programm der äußeren Politik des Fürsten Bismarck. Aus bester Quelle hörte er in den sechziger Jahren, daß in diesem Programm keine Aenderung eingetreten sei. Das erzählt Herr von Unruh ganz naiv; noch naiver fügt er dann aber hinzu, er habe sich doch zu der Annahme genötigt gesehen, „daß Bismarck seine Pläne in der äußeren Politik aufgegeben habe und einfach Minister der Reaktion sei".

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" urteilte hier strenger als ihr früherer spiritus rector. Im April 1876 würdigte Bismarck den Widerstand, den er 1862—1866 im Parlament gefunden, mit den Worten: „Ich glaube, daß ich Objektivität genug besitze, um mich in den Ideengang des Abgeordnetenhauses in der Zeit des Verfassungskonflikts vollständig einleben zu können. Ich habe die volle Achtung vor der Entschlossenheit, mit der die damaligen preußischen Volksvertreter das, was sie für recht hielten, vertreten haben. Daraus mache ich niemand einen Vorwurf. Sie konnten nicht wissen, und ich konnte auch ihnen nicht sagen, worauf meiner Ansicht nach schließlich die Politik hinausgehen würde, und sie hätten auch das Recht gehabt, falls ich es ihnen sagen konnte, mir immer noch zu antworten: Uns steht das Verfassungsrecht des Landes höher als seine auswärtige Politik. Ich habe alle Feindschaften von damals vergessen und dafür die volle Versöhnung substituirt."

Daß Freund und Feind über Bismarcks Pläne von 1866 zeitweilig zweifelhaft werden konnten, geht noch schärfer aus einer Unterredung hervor,

*) Vergl. den Artikel vom 7. Oktober 1881 Nr. 466. In demselben Sinne ertönte es in der „Provinzialkorrespondenz" und in den „Grenzboten".

**) Vergl. den Artikel v. Unruhs „Die politischen Parteien im Lichte der Philosophie des Unbewußten" in der „Gegenwart" Bd. XX (1881) Nr. 38 und 39.

die Bismarck am 8. Juli 1866 mit dem ungarischen Emigrirten Grafen Seherr Toß in Pardubitz hatte. Bismarck sagte hier zu Seherr Toß: „Sie haben mich auch für einen Junker, für einen Reaktionär gehalten. Der Schein trügt. Um meinen Zweck zu erreichen, mußte ich diese Rolle spielen. Beim König werde ich von allen Seiten als ein verkappter Demokrat verdächtigt. Ich konnte sein volles Vertrauen nur gewinnen, indem ich zeigte, daß ich auch vor der Kammer nicht zurückschreckte, um die Armeereorganisation durchzuführen, ohne welche der Krieg unmöglich und selbst die Sicherheit des Staates gefährdet war. Dieser Kampf kostete mich aber meine Nerven, meine Lebenskraft!“

Endlich will ich noch erwähnen, daß Bismarck noch am 21. November 1864 zu dem sächsischen Gesandten in Berlin, Graf Hohenthal, bemerkt hat, er werde der Alliirte Oesterreichs bleiben, so lange dort der Geist Rechbergs herrsche, käme aber die Richtung Schmerling auf, so werde er der Gegner Oesterreichs werden, und dann werde es sich nicht mehr um eine passive Haltung, sondern um ein aktives Vorgehen handeln. (v. Friesen, Bd. II, S. 109.)

Nach alledem werden die gegen Herrn von Unruh erhobenen Vorwürfe nach allen Richtungen als völlig unbegründet bezeichnet werden müssen, und wir können im folgenden den Faden seiner Erinnerungen wieder aufnehmen.

Verhandlungen in der Budgetkommission.

Noch während der Konfliktszeit gab ich Veranlassung zu einem schlagenden Beweise, daß die Regierung sich auf keinen Vergleich einlassen wollte. Nach jeder neuen Auflösung des Abgeordnetenhauses war die Stimmung selbstverständlich gereizter und schärfer geworden, aber es waren doch nur wenige Abgeordnete in der Opposition, wie Waldeck, Johann Jacoby und so weiter, welche nicht die endliche Lösung des Konflikts dringend gewünscht hätten. Die Neuwahlen fielen zwar oppositionell aus, aber die Volksvertretung war dennoch augenscheinlich nicht stark genug, das Ministerium zu stürzen und die Rückkehr zur regelmäßigen Etatswirtschaft zu erzwingen.

Mir lag persönlich viel daran, entweder zu einer Ausgleichung zu gelangen oder zu konstatiren, daß die Regierung wirklich jeden Vergleich ablehne und blinde Unterwerfung verlange. Ich benützte daher die abermalige Verhandlung über den Militäretat in der Budgetkommission, um mich über die Reorganisation der Armee klar auszusprechen und dem Kriegsminister von Roon direkt die Frage vorzulegen, ob die Regierung zu einem Vergleich bereit sei. Einzelne Abgeordnete, wie Waldeck und Uhden, hatten stets sehr heftig die Verschmelzung der Landwehr ersten Aufgebots mit der Linie getadelt und die unveränderte Beibehaltung der Landwehr in ihrer bisherigen Stellung verlangt. Man sprach von der Landwehr, als habe sie allein die Siege in den Freiheitskriegen er-

fochten, als sei sie ein noli me tangere. Ich begann daher meine Auseinandersetzung damit, daß ich die Bedeutung der Landwehr und ihre Verdienste bereitwillig anerkannte, auch darauf hinwies, daß Preußen nur durch das Landwehrsystem seit 1815 seine Stellung als Großmacht, zu der die materielle Grundlage eigentlich nicht ausreiche, habe aufrecht erhalten können, ohne sich finanziell zu Grunde zu richten. Zugleich führte ich aber an, daß nach der Kriegsgeschichte und der Aussage alter, tüchtiger Offiziere die Landwehr doch in den Kriegen 1813—15 die Anlehnung an die Linie oft sehr nötig gehabt und erst nach einiger Zeit gleiche Brauchbarkeit mit der Linie erreicht habe, namentlich die Kavallerie. Dazu komme, daß vor Entstehung der Eisenbahnen die wochen- und monatelangen Märsche bis auf den Kriegsschauplatz zur Einübung und Disziplinirung benützt werden konnten. Jetzt durchfahre ein soeben zusammengetretenes Bataillon große Entfernungen mittelst der Eisenbahn und komme wenige Tage nach dem Zusammentritt vor den Feind. Es lasse sich auch nicht leugnen, daß Linie und Landwehr einen gewissen, nicht wünschenswerten Dualismus in der Armee bilden, und daß die Linie die Landwehr und ihre Offiziere nicht als ganz gleichwertig anerkenne. Ein Uebelstand sei es auch, daß seit der Zusammensetzung der Infanteriebrigaden aus Linien- und Landwehrregimentern bei einer partiellen Mobilmachung Landwehrleute ihren Familien und ihrem gewöhnlichen Wirkungskreise entrissen werden müßten, während ein großer Teil der Linie unthätig verbleibe. Man könne zwar wieder zur alten Formation von reinen Linien- und Landwehrbrigaden zurückkehren, aber dadurch träte dann der Dualismus noch stärker hervor. Ferner befinde man sich ganz im Irrtum, wenn man behaupte, daß die Landwehroffiziere nur bei der Landwehr und nicht bei der Linie im Kriege dienen wollten. Im Gegenteil sei ich fest überzeugt, wenn man bei einer Mobilmachung zwölf Landwehroffizieren die Wahl lasse, bei der Linie oder Landwehr einzutreten, zehn bis elf davon die erstere vorziehen würden, um in einen festen, eingeübten Verband zu kommen.

Im Kriege gegen Dänemark habe nach glaubwürdigen Berichten die Verstärkung der Linienbataillone durch Landwehrmänner und -Offiziere sehr gute Erfolge gehabt und wirkliche Kameradschaft herbeigeführt. Sodann führte ich an, daß so manche ursprünglich vortreffliche Institutionen, die lange Zeit gute Dienste geleistet, sich doch überlebten und wesentlicher Abänderungen bedürften. Dieser Zeitpunkt scheine bei der Landwehr eingetreten zu sein. Es komme aber darauf an, einmal die Landwehr nicht ganz aufzuheben und lediglich das stehende Heer zu verstärken, hauptsächlich aber die Kräfte des Staats nicht im Frieden zu überspannen und zu erschöpfen. Es frage sich, ob man nicht dasselbe System, das bis dahin bei den Spezialwaffen der Artillerie und der Pioniere herrsche, auch auf die Infanterie und die Kavallerie anwenden könne. Die Artillerie bilde im Falle einer Mobilmachung aus

einer Batterie zwei und in gewissen Fällen sogar drei Batterien, ähnlich die Pioniere.

Bedürfe für den Fall eines Krieges die Armee einer großen einheitlichen Verstärkung, so ließe sich eine solche vielleicht ohne übermäßige Aufwendung während des Friedens durch Vermehrung der Cadres erreichen bei Herabsetzung des Präsenzstandes oder der Zahl der Compagnien. Die dadurch entstehende bedeutende Vermehrung der Stabsoffizierstellen unter annähernder Beibehaltung der jetzigen Zahl der Subalternoffiziere würde dem Avancement sehr förderlich sein, also vom ganzen Offiziercorps günstig aufgenommen werden.

Endlich erklärte ich, daß ich mir keineswegs ein sicheres Urteil in militärischen Dingen zutraue, da ich nicht Soldat sei; mir komme es nur darauf an, Gesichtspunkte aufzustellen, aus denen sich ergäbe, daß sich auf die eine oder andere Weise die für nötig erachtete Vermehrung der Kriegsstärke erreichen lasse, ohne allzu große Ueberbürdung des Staates im Frieden, und auf diesem Wege eine Verständigung mit der Regierung anzubahnen. Ein Vergleich könne aber offenbar nur dann zu stande kommen, wenn die Regierung die Hand dazu biete.. Zur Beilegung eines tiefgehenden Streites könne allerdings der eine Teil auf drei Viertel des Weges oder noch weiter entgegenkommen, so daß der andere Teil nur ein Viertel zu konzediren habe. Verlange dieser dagegen vollständige Nachgiebigkeit von der andern Seite und verweigere jedes Entgegenkommen, so handle es sich nicht mehr um einen ehrenhaften Vergleich, sondern um Unterwerfung. Dazu werde sich das Abgeordnetenhaus gewiß nicht hergeben. Dagegen sei es mir ganz unzweifelhaft, daß für einen verständigen Vergleich eine recht erhebliche Majorität im Hause vorhanden sei. Ich richte daher an den Herrn Kriegsminister die Frage, ob die Regierung zu einer Verständigung die Hand bieten wolle oder nicht.

Der General von Roon hatte aufmerksam zugehört und äußerte dann, er sei angenehm überrascht, von einem Mitgliede der Opposition eine so unbefangene Beurteilung der Landwehr und ihres Verhältnisses zur Linie zu hören. Dann sprach der Kriegsminister sich über die von mir angedeuteten Gesichtspunkte vom militärisch-technischen Standpunkte aus, gab aber keine Antwort auf meine an ihn gerichtete Frage.

Ich meldete mich sofort wieder zum Wort und erwiderte dem Kriegsminister, ich sei ihm sehr dankbar für die freundliche Aufnahme meiner Aeußerungen, aber ich vermisse jede Antwort auf meine Frage, ob die Regierung die Hand zur Verständigung bieten wolle? Darauf komme es an.

Hierauf antwortete General von Roon, in meinen Erklärungen lägen zwar eine Anzahl Anknüpfungspunkte, aber die Regierung könne durchaus nicht wissen, ob ich mich in Betreff der Majorität nicht irre und ob eine solche für

einen annehmbaren Vergleich wirklich im Hause vorhanden sei; deshalb könne er auf meine Vorschläge und Fragen nicht näher eingehen.

Obgleich der General von Roon öfters geäußert hatte, er sei Soldat und kein Redner, so hatte sich doch schon lange herausgestellt, daß er, abgesehen von seinen militärischen Eigenschaften, ein Mann mit sehr klarem Verstande und entschiedener Rednergabe sei, der sein Ziel fest im Auge habe und seine Ansichten mit scharfer Dialektik verteidige. Seine Antwort auf meine Frage mußte daher als eine ablehnende angesehen werden. Die Regierung wollte keinen Vergleich, sondern ihren Willen voll und ganz durchsetzen. Es ließ sich auch nicht daran zweifeln, daß der Kriegsminister mit dem Ministerpräsidenten vollständig einig war.*)

Die geschilderten Vorgänge werfen ein helles Licht auf die ganze Konfliktsperiode und zeigen, daß die Abgeordneten, welche nach 1866 aus den annektirten Ländern in das Abgeordnetenhaus eintraten, sich im großen Irrtum befanden, indem sie meinten, das Abgeordnetenhaus habe bis 1866 den Konflikt absichtlich aufrecht erhalten, sei jeder Verständigung abhold gewesen und die liberale Majorität neige noch immer dazu, einen neuen Streit mit der Regierung hervor zu suchen. Allerdings hatte sich bei meinen versöhnlichen Aeußerungen in der Budgetkommission Waldecks Gesicht vor Zorn dunkelrot gefärbt, ebenso waren auch Johann Jacoby und der Freiherr von Hoverbeck mit meinem Auftreten nicht einverstanden und machten mir Vorwürfe, die ich entschieden zurückwies. Aber die Zahl der Unversöhnlichen war doch nur klein, selbst in der Budgetkommission sprach sich auf den meisten Gesichtern Zustimmung zu meinen Erklärungen aus. Es ergibt sich auch aus einem weiter unten mitgeteilten Gespräch mit Bismarck im Juni 1866, daß ihm die versöhnliche Stimmung des Abgeordnetenhauses vollkommen bekannt war.

Die Fortschrittspartei in der Konfliktszeit.

Zum Unerquicklichsten jener trüben Zeit gehörten die Debatten in der großen oppositionellen Partei, deren Zusammensetzung aus den verschiedensten Elementen nach und nach dahin führte, daß die Fraktion sich über nichts Positives verständigen konnte und nur in der reinen Negation einig auftrat. Die Ziele und der Standpunkt der Mitglieder waren zu verschieden. Recht ungünstig wirkte Waldeck durch sein radikales, oft schroffes Auftreten. Er befolgte dabei oft eine recht schlaue Taktik. So war er entschiedener Gegner bindender Fraktionsbeschlüsse geworden, während er in der Nationalversammlung

*) Da Unruhs Proposition dem Kriegsminister überraschend kam, so erfolgte die Ablehnung derselben durch Roon jedenfalls ohne Zustimmung Bismarcks. Wenn aber Roon Unruhs Vermittlungsvorschlag für technisch unannehmbar hielt, so wird man allerdings annehmen dürfen, daß Bismarck ihm zu liebe nicht einen Konflikt mit dem Fachminister heraufbeschwören wollte.

1848 als Führer der äußersten Linken die allerstrengste Parteidisziplin aufrecht erhalten hatte. Damals stand die große Majorität der Fraktion auf seiner Seite, jetzt befand er sich in der Minorität und wußte, daß bindende Parteibeschlüsse ihn und eine Anzahl seiner Anhänger sehr bald zum Austritt aus der Fraktion nötigen würden. Vergeblich habe ich zweimal den Antrag gestellt, solche bindenden Beschlüsse einzuführen, Waldeck hintertrieb stets die Annahme mit Erfolg. Ich hatte allerdings dabei die Absicht, eine äußerste Linke auszusondern und dadurch das Gros der Partei homogen zu machen.

Recht grell trat es hervor, wie ungeeignet das Eingreifen der Partei in die Politik war, als die Regierung im Laufe des dänischen Krieges eine Anleihe forderte.*) Man wollte eine solche einem Ministerium nicht bewilligen, das ununterbrochen ohne genehmigten Staatshaushalt, also verfassungswidrig, wirtschaftete. Vergeblich machte ich in der Fraktion geltend, daß die Majorität des Abgeordnetenhauses sich notwendig über die Politik der Regierung in der schleswig-holsteinschen Frage aussprechen und ein Vorgehen nach einem bestimmten Ziele verlangen müsse. Es komme darauf an, ob das Abgeordnetenhaus die Ansprüche des Herzogs von Augustenburg auf beide Herzogtümer anerkannt wissen wollte, oder ob es die Einziehung der eroberten Herzogtümer verlange, oder was sonst. Welche Absicht aber auch die Majorität habe, so müsse sie ihren Willen klar aussprechen. Die Regierung habe bei Beginn des Krieges und bei der partiellen Mobilmachung sich gar nicht um das Abgeordnetenhaus bekümmert. Jetzt trete sie an dasselbe mit der Forderung einer Anleihe heran. Wenn jetzt das Haus sich nicht positiv über die einzuschlagende Politik ausspreche, so leiste es Verzicht auf seine Mitwirkung. Die Koalition verschiedener Parteielemente in der Opposition habe ursprünglich den Zweck gehabt, Bismarck und sein Ministerium zu stürzen. Dies sei nicht gelungen. Jetzt komme es darauf an, wenigstens in so wichtigen Fragen wie die vorliegende den Willen der Majorität geltend zu machen. Es wurde hin und her gestritten, aber es kam kein anderer Beschluß zu stande, als die Anleihe abzulehnen.

Am andern Tage**) erschien der Ministerpräsident im Hause, hörte einige Reden gegen die Bewilligung der Anleihe an und erklärte dann, es sei nach der Verfassung sehr zweifelhaft, ob dem Abgeordnetenhause irgend ein Einfluß auf die auswärtige Politik zustehe. Wenn aber die Regierung mit dem Antrage auf Bewilligung einer Anleihe an das Haus herantrete, ihm also Gelegenheit gebe, seine Meinung geltend zu machen, und die Majorität habe

---

*) Man vergl. den dem Landtag am 8. Dezember 1863 unterbreiteten Gesetzentwurf, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf der Militär- und der Marine-Verwaltung. Drucksache Nr. 43, Haus der Abgeordneten, 8. Legislatur-Periode, I. Session 1863—1864.

**) Man vergleiche die Reden Bismarcks in den Sitzungen des Abgeordnetenhauses vom 21. und 22. Januar 1864.

darauf keine andere Antwort als ein trocknes „Nein“, so abdizire sie selbst auf diesem Felde.

Man steckte die Köpfe zusammen, es wurde sogar ein Versuch gemacht, während der Sitzung eine Resolution zu stande zu bringen, aber vergeblich. Es blieb bei dem einfachen Nein. Ueber das zu bezeichnende Ziel herrschte zu große Verschiedenheit der Ansichten.

Bismarcks Politik gegenüber Schleswig-Holstein.

Von Bismarck war es bekannt, daß er entschiedener Gegner der Etablirung eines neuen Kleinstaates im Norden Deutschlands sei. Ich teilte diese Ansicht vollkommen, aber es ließ sich um so weniger erkennen, auf welchem Wege Bismarck zur Annektion der Herzogtümer gelangen wolle, als Oesterreich an dem Kriege gegen Dänemark teilgenommen, also mitzusprechen hatte und ganz bestimmt eine Vereinigung der Herzogtümer mit Preußen freiwillig nicht zulassen werde.

Ueber diese, offenbar mit Zustimmung Bismarcks oder gar auf seine Veranlassung geschehene Beteiligung Oesterreichs an dem dänischen Kriege wurde er eines Tages im Abgeordnetenhause heftig angegriffen. Man wies darauf hin, daß Oesterreich, dessen Truppen seit dem dreißigjährigen Kriege den Norden Deutschlands nicht mehr betreten hatten, jetzt seit 1851 durch Preußen zweimal Gelegenheit gegeben worden sei, im Norden zu interveniren, und deutete an, daß dies schlecht mit jener Politik Bismarcks stimme, der gegen den österreichischen Gesandten geäußert haben sollte, Oesterreich gehöre gar nicht zu Deutschland, sein Schwerpunkt liege im Osten, namentlich in Ungarn. Bismarck verteidigte sich nicht mit der sonstigen eigentümlichen Schärfe, sogar etwas matt, aber indem er sich nach dem Schluß seiner Rede niedersetzte, sagte er halblaut: „Das kommt ja doch auf dasselbe hinaus.“

Diese sehr bezeichnende Aeußerung hörten die nahe dem Ministertische sitzenden Abgeordneten, zu denen auch ich gehörte, aber nicht die Stenographen. Die Worte fehlen daher im stenographischen Bericht. Es konnte damit nichts anderes gemeint sein, als daß die Gemeinschaft mit Oesterreich in diesem Kriege dessen Bekämpfung in Deutschland nicht ausschließe, im Gegenteil zu einem erwünschten Zerwürfnis mit Oesterreich führe. Klar auf der Hand lag es, daß zunächst das gemeinschaftliche Vorgehen von Oesterreich und Preußen die Einmischung anderer Staaten verhinderte.

Der spätere Vertrag von Gastein*) war gewiß das Werk Bismarcks, jedoch nur eine Konzession, die er notgedrungen machte in der sicheren Voraussetzung, daß es trotz des Vertrags zum Bruch mit Oesterreich kommen werde.

---

*) Bismarck selbst nannte die am 14. August 1865 abgeschlossene Konvention von Gastein nur eine „Verklebung der Risse im Bau“.

In der schleswig-holsteinischen Sache wendete Bismarck zum erstenmal eine Taktik an, die augenscheinlich sehr gefährlich, aber ihm bisher geglückt ist und darin besteht, daß er dem Gegner Anerbietungen macht, die für diesen augenscheinlich sehr vorteilhaft sind, von denen aber Bismarck voraussetzt, daß sie dennoch nicht angenommen werden, aber seinen guten Willen in helles Licht setzen und ihm die Erreichung seines Zieles erleichtern.

Es war bekannt, daß der König dem Herzog Friedrich wohl wollte. Auf der Londoner Konferenz war erklärt worden, daß der Herzog keineswegs der alleinberechtigte Erbe, aber der erstberechtigte sei. Jetzt stellte Bismarck dem Herzog die sogenannten Februarbedingungen, in welchen für Preußen im wesentlichen dieselben Konzessionen verlangt wurden, welche der Frankfurter Verfassungsentwurf den kleineren Staaten gegenüber der Zentralgewalt auferlegte; nur in Bezug auf die Benutzung der Häfen wurde etwas mehr verlangt.*)

Als ich diese Bedingungen, unter denen das Erbrecht des Herzogs anerkannt werden sollte, in der Zeitung las, bekam ich einen förmlichen Schreck, weil ich bestimmt annahm, der Herzog werde ohne Besinnen sofort pure acceptiren. Es konnte nichts Vorteilhafteres für ihn geben. Aber Bismarck hatte richtiger gerechnet. Der Herzog lavirte nach wie vor zwischen Oesterreich und Preußen und gab eine ausweichende Antwort, die Bismarck später im Abgeordnetenhause verlas. Nun konnte selbst beim Könige kein Zweifel mehr darüber obwalten, daß der Herzog, wenn er zur Regierung käme, keineswegs ein zuverlässiger Bundesgenosse Preußens sein, sondern fortfahren werde, sich auf Oesterreich zu stützen, für Preußen also neue Schwierigkeiten zu bereiten.

Etwas später traf ich in Kiel zufällig den damaligen Kabinetsrat des Herzogs von Coburg, Tempeltey, der, wie es schien, den Herzog bei dem Prinzen Friedrich vertrat. Ich sprach meine Verwunderung über das Verhalten des letzteren aus und meinte: Der Prinz hätte sich gleich nach dem Tode des Königs von Dänemark in die Arme Preußens werfen und bei Ausbruch des Krieges in die preußische Armee eintreten müssen, statt zwischen Preußen und Oesterreich hin und her zu schwanken, aus den für ihn gesammelten Geldern Uniformen und Waffen anzuschaffen und dieselben dann verstecken zu lassen. Die Geheimeräte Franke und Sammer schienen ihn doch nicht gut beraten zu haben. Tempeltey trat mir bei, versicherte aber, daß Aeußerungen, die er in dieser Richtung gethan, sehr scharf zurückgewiesen worden sind.

So viel steht fest, daß wir die Erwerbung der Herzogtümer allein Bismarck verdanken.

*) Die Bedingungen, betreffend die Bildung eines selbständigen Staates Schleswig-Holstein, sind enthalten in der Depesche Bismarcks an den Gesandten in Wien, abgedruckt im Staats-Archiv Bd. VIII, S. 389, Nr. 184.

Verhalten Lothar Buchers.*)

Als zu Anfang der sechziger Jahre die schleswig-holsteinsche Frage das preußische Abgeordnetenhaus beschäftigte, hatte der Ausschuß des Nationalvereins auf Betreiben mehrerer Mitglieder aus Schleswig-Holstein beschlossen, eine sehr gründliche Schrift über die Rechte der Herzogtümer und deren Verhältnis zu Dänemark ins Englische übersetzen und in England an die Mitglieder des Parlaments verteilen zu lassen, um die dort häufig, auch vom Premierminister Palmerston, aufgestellten falschen Behauptungen zu widerlegen. Ich erklärte mich dagegen, weil ich mir nicht denken konnte, daß Palmerston und andere hervorragende Mitglieder des englischen Parlaments wirklich mangelhaft unterrichtet seien. Palmerston spräche zwar von den dänischen Provinzen Schleswig und Holstein, aber dies könne nur gegen besseres Wissen geschehen; denn es sei ihm das wirkliche staatsrechtliche Verhältnis jedenfalls vollkommen bekannt. Sogar das unter Palmerstons Leitung zu stande gekommene, berüchtigte Londoner Protokoll vom 2. August 1852 gestatte die Einverleibung der Herzogtümer in Dänemark doch nur unter der Bedingung, daß die Ständeversammlungen in den Herzogtümern zustimmten. Das war aber nicht geschehen. Es walte bei den englischen Ministern und den Führern im Parlament gewiß nicht Unwissenheit und Irrtum ob, sondern man verleugne und verdrehe die Wahrheit zum Zwecke der Bekämpfung der preußisch-deutschen Politik. Daran werde die Broschüre nichts ändern. Man könne die Kosten sparen. Es wurde aber beschlossen, die Schrift in gutem Englisch zu verbreiten, und ich übernahm es, für die Uebersetzung in Berlin zu sorgen. Ich wendete mich deshalb an den jetzigen Geheimen Legationsrat Bucher, den ich aus der preußischen zweiten Kammer von 1849 gut kannte. Er war in dem sogenannten Steuerverweigerungsprozeß der einzige, der zu mehrjährigem Gefängnis verurteilt wurde und auf den Rat seiner Freunde nach England ging. Dort hatte er als Korrespondent der Nationalzeitung gelebt und war dann auf Grund der erlassenen Amnestie nach Berlin zurückgekehrt.

Bucher übernahm die Uebersetzung, schrieb mir aber am andern Tage:

„Es thut mir leid, daß ich meine gestrige Zusage in etwas einschränken muß. Ich glaubte, es handle sich um ein historisches Exposé, und finde jetzt, daß der dritte Abschnitt Zukunftspolitik macht und zwar so sehr gegen meine Ueberzeugung und ich darf sagen gegen mein Wissen, daß ich mich nicht dazu verstehen kann, ihn zu übersetzen ... Sind Sie damit einverstanden, Nr. III. einem andern zu geben?“

Wenn Bucher mit der Tendenz dieses Abschnitts, die Losreißung der Herzogtümer von Deutschland und ihre Vereinigung mit Dänemark zu verhüten,

*) Zu vergl. mein Werk: „Ein Achtundvierziger. Lothar Buchers Leben und Werke.“ Drei Bände, erschienen in Karl Heymanns Verlag, Berlin.

nicht einverstanden war, so konnte es ihm nicht verdacht werden, daß er zur Verbreitung dieses Teils der Schrift nicht mitwirken wollte. Freilich stand mit dieser Anschauung nicht im Einklange, daß Bucher auf das Anerbieten des Ministerpräsidenten von Bismarck, ihn im auswärtigen Amt zu beschäftigen, einging; denn dieser hatte sich ganz offen und entschieden gegen die Ansprüche Dänemarks erklärt und selbst mit den Waffen dahin gewirkt, die Herzogtümer für Deutschland, speziell für Preußen zu erhalten. Ebenso stand die bekannte Erklärung, die Bucher mit den Herren von Berg und Rodbertus im großdeutschen, also österreichischen Sinne öffentlich abgegeben hatte, mit der antiösterreichischen Politik Bismarcks in auffallendem Widerspruch.

Dennoch kann Bucher kein Vorwurf über seinen Anschluß an Bismarck gemacht werden; vorausgesetzt, daß er seine Ueberzeugung über den erwähnten und andere Punkte wirklich geändert hatte und die Richtigkeit der Bismarckschen Politik anerkannte.

Ich habe keine Veranlassung, über Buchers Charakter, Thun und Treiben ein Urteil abzugeben, nur möchte ich einen Vorwurf kurz widerlegen, den Bucher nach der Versicherung Zieglers der liberalen Partei gemacht haben soll und der in einer ihm zugeschriebenen Aeußerung besteht, die Partei habe ihn im Stich gelassen. Bei der ersten Londoner Ausstellung habe ich Bucher aufgesucht, mich nach seinen Verhältnissen erkundigt und ihn gebeten, mir offen zu sagen, ob er pekuniären Beistandes bedürfe, den nicht ich allein, sondern auch unsere politischen Freunde gern leisten würden. Bucher lehnte dies Anerbieten ab und versicherte, daß das Honorar, welches ihm die Eigentümer der Nationalzeitung für seine Korrespondenzen (200 Pfd. Sterl. Fixum) und für die Feuilletonarbeit zahle, zu seiner Existenz hinreiche. Damals waren Buchers Korrespondenzen vortrefflich und seine Anschauungen über vaterländische Verhältnisse durchaus klare und richtige, was bei politischen Flüchtlingen sehr selten der Fall ist. Als ich dann Bucher bei der ersten Pariser Ausstellung wiedersah, war eine auffallende Veränderung mit ihm vorgegangen. Ich fand ihn einsilbig, sehr zurückhaltend und mißtrauisch. Er hatte inzwischen die Bekanntschaft von Urquard in London gemacht, und der damalige Chefredakteur der Nationalzeitung, Zabel, sagte mir bei meiner Rückkehr nach Berlin, daß die Bucherschen Korrespondenzen immer mehr eine Färbung annähmen, die mit der Tendenz der Nationalzeitung in starkem Widerspruch ständen und großenteils nicht aufgenommen werden könnten. Der Eigentümer der Zeitung, Wolff, beschäftigte Bucher nach seiner Rückkehr nach Berlin bei seinem Telegraphenbureau. Die mit der Sorge für Flüchtlinge und politisch Verfolgte sehr belastete liberale Partei hatte also keine Veranlassung, Bucher zu Hilfe zu kommen, was derselbe auch niemals verlangt hat. Wenn aber Bucher vielleicht fühlte, daß seine Beschäftigung bei dem Telegraphenbureau nur ein Notbehelf war, so ist es ihm gewiß nicht zu verdenken, daß er lieber von dem Wohlwollen Bismarcks

als von dem eines Zeitungseigentümers leben wollte, noch dazu, da ihm dort die Aussicht auf eine dauernde, ehrenvolle Stellung geboten wurde. Selbst wenn seine Ansichten nicht vollständig mit denen Bismarcks harmonirten, so durfte er sich sagen, daß dies wohl auch bei anderen Beamten des auswärtigen Amts ebenso der Fall sei. Unverständlich ist mir nur eins: weshalb Bucher sich von den meisten seiner alten Bekannten ganz zurückzog und beim zufälligen Zusammentreffen dieselben wie Fremde behandelte.

Eingeständnis eines begangenen Fehlers in der Führung des Präsidiums des Abgeordnetenhauses.

Endlich will ich hier noch ein Bekenntnis über einen von mir begangenen Fehler ablegen. Ich war im Abgeordnetenhause erster Vizepräsident und glaubte als solcher mich dem Verfahren des Präsidenten Grabow anschließen zu müssen, um so mehr, als dieser nicht dazu zu bringen war, mir den Vorsitz bei bestimmten Teilen der Tagesordnung zu übertragen, auf die ich mich hätte vorbereiten können. Ich wurde mitten in der Diskussion gerufen, um Grabow abzulösen. Dies geschah auch während einer Rede des Abgeordneten Professor Gneist, bei deren Schluß er in ziemlich direkter Weise dem Kriegsminister von Roon den Bruch des Eides auf die Verfassung vorwarf.*) Ich glaube, daß ich, wenn ich erster Präsident gewesen wäre, den Abgeordneten Gneist sofort zur Ordnung gerufen haben würde, aber nachdem Grabow, wie schon erwähnt, erklärt hatte, er könne die Minister nicht vor persönlichen Angriffen schützen, weil Bismarck den Ministertisch von der Gewalt des Präsidenten ausgeschlossen hatte, unterließ ich den Ordnungsruf und wies auf mehrfache Beschlüsse des Hauses hin, wonach die Ausgabe der Gelder ohne genehmigten Etat für eine Verletzung der beschworenen Verfassung erklärt wurde.**)

Es war entschieden falsch, daß ich den Ordnungsruf unterließ. Das Haus mochte beschlossen haben, was es wollte, so stand einem einzelnen Abgeordneten nicht zu, einem Minister persönlich den Eidbruch vorzuhalten.

*) Der Vorfall ereignete sich in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 5. Mai 1865. Der Abgeordnete Gneist hatte der Regierung, als deren Vertreter Roon anwesend war, vorgeworfen, ihre Maßregeln trügen das „Kainszeichen“ des Eidbruchs an der Stirn, und richtete diesen Vorwurf sogar persönlich gegen Roon. Man vergl. über diesen Zwischenfall die Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Feldmarschalls Grafen von Roon, II. Bd., S. 239 f.

**) Vergl. den stenographischen Bericht über die 16. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 5. Mai 1865, S. 1344. Der Kriegsminister Roon erklärte daraufhin, die Aeußerungen des Abgeordneten Gneist trügen den Stempel der „Ueberhebung und der Unverschämtheit“. Im weiteren Verlaufe nahmen beide Redner das Beleidigende ihrer Aeußerung zurück.

1866.

Ausbruch des Krieges gegen Oesterreich.

Der Landtag wurde im zeitigen Frühjahr 1866 geschlossen und später aufgelöst. Gleichzeitig verbreitete sich das Gerücht, daß ein Krieg gegen Oesterreich in naher Aussicht stehe. Ich wurde damals aufgefordert, vor meinen Wählern in Magdeburg Rechenschaft abzulegen. Bei dieser Gelegenheit erklärte ich mich gegen die Provokation eines Krieges mit Oesterreich und fand entschiedene Zustimmung. Nicht im mindesten war ich darüber zweifelhaft, daß ein Krieg mit Oesterreich ganz unvermeidlich sei, um dessen an Herrschaft grenzenden Einfluß in Deutschland zu brechen und Preußens Großmachtstellung und Unabhängigkeit zu sichern, aber ich hielt den Zeitpunkt für einen sehr ungeeigneten und gefährlichen, weil der nun schon im vierten Jahre dauernde Konflikt noch in voller Schärfe bestand und die wiederholten Wahlen den tiefgehenden Zwiespalt zwischen Regierung und Bevölkerung bewiesen, während ich die vollkommenste Uebereinstimmung beider zur Entwicklung der größten Energie, Ausdauer und Opferbereitschaft für unumgänglich nötig erachtete bei einem so gefahrvollen Kriege, bei welchem eine Einmischung anderer Großmächte, namentlich Frankreichs, durchaus nicht ausgeschlossen war. Es handelte sich offenbar in einem solchen Kriege um die Existenz.

Inzwischen nahmen die Verhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich und am Bundestage in Frankfurt einen immer bedrohlicheren Charakter an, es kam zur Mobilmachung der Armee und zur Zusammenziehung von Truppen. Oesterreich stellte beim Bundestage seinen Antrag auf Kriegsbereitschaft der sämtlichen deutschen Staaten, augenscheinlich gegen Preußen. Der Krieg stand unmittelbar bevor. Man hörte zwar, daß der König sich noch gegen den Krieg sträube und daß die Königin, die Königinwitwe und die Kronprinzessin nebst einer starken Partei am Hofe gegen Bismarcks Politik ankämpften, dessen Aeußerungen diese Sachlage bestätigten; aber die Spannung zwischen Oesterreich und Preußen war bereits so stark geworden, daß an eine Wendung zum Frieden nicht mehr gedacht werden konnte. Nach den österreichischen Zeitungen und sonstigen Nachrichten aus Wien war Oesterreich offenbar zum Kriege entschlossen.

Die Mission des Herrn von Gablenz.

Diese Lage wurde durch eine Erzählung bestätigt, die ich bald darauf Bismarck mitteilte, und der er nicht widersprach. Darnach hatte sich ein preußischer Gutsbesitzer von Gablenz, Bruder des österreichischen Feldmarschallieutenants von Gablenz, Zutritt zum Könige zu verschaffen gewußt und sich erboten, durch seinen Bruder eine Ausgleichung anzubahnen.*)

Herr von Gablenz war eine eigentümliche Persönlichkeit, eine Zeit lang Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses und bei verschiedenen industriellen Unternehmungen beteiligt. Er schillerte in verschiedenen politischen Farben und schien nirgends festen Anhang zu haben; dennoch soll er mit Erlaubnis des Königs in Wien mündlich Erkundigungen über die Stimmung in den verschiedenen Kreisen Oesterreichs und die Bereitwilligkeit zu einer Verständigung mit Preußen eingezogen haben. Die österreichische Antwort lautete ablehnend.

Stimmung in Preußen.

Die Stimmung in Berlin und wohl in ganz Preußen war nichts weniger als kriegerisch, voller Besorgnis. Die Reserven und die Landwehr stellten sich, mit wenigen Ausnahmen, ohne Exzesse, aber halb widerwillig, von Enthusias-

---

*) Von Gablenz verhandelte im Mai 1866 mehrfach persönlich mit Bismarck über einen Entwurf, betreffend die Beilegung des preußisch-österreichischen Konflikts. Näheres hierüber und mehrfache Depeschen und Briefe Bismarcks über diesen Vermittlungsvorschlag siehe in v. Sybel, die Begründung des Deutschen Reichs durch Wilhelm I., Bd. IV, S. 375, 377, 379, 388, die „Post“ Nr. 43, 44, 47, 50 und 52 vom Jahre 1884. Ueber diese Mission sagte Bismarck am 18. Febr. 1869 zu Herrn v. Friesen (Erinnerungen Bd. II. S. 159), er habe, mit Rücksicht auf damals vorliegende besondere Verhältnisse, zu jener Zeit dringend gewünscht, entweder den Krieg ganz zu vermeiden oder, wenn dies nicht möglich gewesen wäre, den Beweis in die Hand zu bekommen, daß dies eben unmöglich sei. Er habe daher etwa zwei bis drei Wochen vor Ausbruch des Kriegs Herrn von Gablenz, von dem er gewußt, daß er, als Bruder des bekannten österreichischen Generals, viele und einflußreiche Verbindungen in Wien habe, dorthin mit folgenden Vorschlägen geschickt: Auflösung des deutschen Bundes, Bildung zweier Bünde, eines norddeutschen mit Preußen, eines süddeutschen mit Oesterreich an der Spitze; enges Bündnis zwischen beiden mit vollständiger, gegenseitiger Garantie des Länderbesitzes. Dabei habe er auch noch besonders darauf aufmerksam machen lassen, daß in diesem Augenblicke, wo beide Teile bis an die Zähne bewaffnet seien, es leicht möglich sein würde, einen solchen Plan mit gemeinschaftlichen Kräften ganz Europa gegenüber durchzuführen. Herr von Gablenz habe auch diese Vorschläge nach Wien überbracht und dort vorgelegt. Sie seien auch nicht sofort zurückgewiesen, sondern ausführlich besprochen worden. Von den österreichischen Ministern hätten sich einige dafür, die meisten aber dagegen erklärt; Graf Mensdorf aber, dessen Stimme doch gerade in dieser Angelegenheit von dem größten Gewichte gewesen wäre, habe gar keine bestimmte Meinung ausgesprochen, vielmehr wiederholt erklärt, er halte sich in dieser Frage ganz neutral und werde alles thun und auszuführen versuchen, was ihm der Kaiser befehle. Unter diesen Umständen seien die gemachten Vermittlungsvorschläge schließlich abgelehnt worden.

mus keine Spur. Die Proklamation, welche die Regierung veröffentlichte,*) ließ die Leute kalt. Man hatte eine Aussöhnung erwartet, ein Versprechen der Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen. Davon enthielt das Dokument kein Wort. Wenn das Abgeordnetenhaus nicht aufgelöst worden wäre, so hätte dasselbe sofort einberufen und um Bewilligung des nötigen Geldes angegangen werden müssen. Es ist eine reaktionäre Lüge, daß die Führer der Opposition erklärt haben sollten: „Diesem Ministerium kein Geld, auch wenn der Feind vor den Thoren steht." In einer Privatversammlung von Abgeordneten wurde allerdings von ein paar Mitgliedern der äußersten Linken ein solcher Antrag gestellt, aber von Twesten, Hennig, mir und der sehr großen Mehrzahl mit der Hinweisung auf die Möglichkeit eines Krieges ganz entschieden abgelehnt. Wenn einzelne in der „Volkszeitung" einen ähnlichen Ausspruch veröffentlicht haben, so geschah es auf ihre persönliche Verantwortlichkeit. Mit Twesten und vielen anderen war ich völlig darin einig, daß der Krieg zwar unter sehr bedenklichen Umständen begonnen werde, daß wir alle aber den Sieg dringend wünschen müßten und daß ein Unterliegen gegen Oesterreich ein sehr großes nationales Unglück sei von unabsehbaren Folgen. Twesten äußerte zu mir, auch er wünsche dringend, daß unsere Armee siege, aber darauf müßten wir gefaßt sein, daß der Soldat bei Rückkehr der siegreichen Armee Leute von unserer politischen Stellung auf der Straße vom Bürgersteige herunterstoßen werde. Glücklicherweise hat Twesten sich hierin geirrt.

Die damals herrschende Stimmung wurde auch durch einen Vorfall in der Berliner Stadtverordnetenversammlung charakterisirt, deren Mitglied ich war. Gerade an dem Tage, an welchem in Frankfurt über den Antrag Oesterreichs abgestimmt werden mußte (14. Juni), fand eine Sitzung der Stadtverordneten statt. Während derselben traf die Depesche von Frankfurt ein, wonach der Antrag Oesterreichs auf Mobilmachung der deutschen Bundestruppen mit starker Majorität angenommen worden war. Man wußte, daß Bismarck eine Note an sämtliche Bundesstaaten erlassen hatte, worin gesagt war, daß der Antrag Oesterreichs weit über die Bundesverfassung und deren Bestimmungen über eine Exekution gegen einen Bundesstaat hinausgehe und lediglich Krieg gegen Preußen bezwecke. Dieses werde daher jedes zustimmende Votum eines Bundesstaates als eine Kriegserklärung ansehen. Obwohl dieser Verlauf mit ziemlicher Sicherheit sich vorhersehen ließ, so machte doch die positive Gewißheit, daß sich Preußen jetzt nicht nur mit Oesterreich, sondern mit den meisten deutschen Staaten im Kriege befinde, einen gewaltigen Eindruck. Man hatte schon den Krieg gegen Oesterreich als einen Bruderkrieg bezeichnet; darauf antwortete ich stets, die Deutschen in Oesterreich machten etwa 1/5 seiner

*) Gemeint ist der Aufruf „An mein Volk", abgedruckt im „Preußischen Staatsanzeiger" vom 20. Juni 1866.

Bevölkerung aus, die anderen ⁴/₅ beständen aus Tschechen, Magyaren, Polen, Slovenen, Kroaten, Rumänen, Ruthenen, Italienern ꝛc. Ebenso sei die Armee zusammengesetzt. Man könne also von Bruderkrieg nicht sprechen. Aber als einen solchen mußte man den Krieg gegen die deutschen Bundesstaaten allerdings anerkennen. Ich hielt es in dem Sitzungssaal nicht aus und ging mit zahlreichen Kollegen in das Vorzimmer. Dort machte ein Stadtverordneter die Aeußerung, er hoffe, wir würden ordentliche Schläge bekommen. Sofort erhob sich ein Sturm des Unwillens. Ich hörte den Ruf: „Hinaus mit ihm!" und es hätte wirklich dazu kommen können, wenn der Stadtverordnete seine Worte nicht geschickt deklarirt hätte. Man billigte das Vorgehen Bismarcks in jenem Zeitpunkte nicht, aber von einer Niederlage wollte man doch nichts wissen.

Unterredung mit Bismarck am 20. Juni 1866 über die Haltung der liberalen Partei während des Krieges. Verlangen nach Rückkehr zu einem verfassungsmäßigen Zustande. Bismarck und die deutsche Frage. Der Twestensche Entwurf zu einer Thronrede für den Landtag.

Einige Tage später habe ich ein langes Gespräch mit Bismarck gehabt, von solcher Bedeutung, daß ich mir am folgenden Tage ausführliche schriftliche Notizen machte, denen ich hier folge.

Am 19. Juni 1866 vormittags besuchte mich der Geheime Kommerzienrat Gerson Bleichröder und teilte mir mit, daß der Ministerpräsident mich zu sprechen wünsche. Seit dem Herbste 1863 hatte ich keine persönliche Unterredung mit Bismarck gehabt. Bleichröder führte zuerst den Inhalt mehrerer Gespräche mit Bismarck an. Er wollte auf die unbedingte Notwendigkeit versöhnender Schritte von seiten der Regierung in Bezug auf den inneren Konflikt hingewiesen und besonders hervorgehoben haben, daß die Beschaffung der Geldmittel zur Kriegführung ohne das Abgeordnetenhaus durch Zwangsanleihen oder Schatzscheine mit Zwangskurs jedenfalls die Einstellung der Barzahlungen der Bank, daher auch die Entwertung der Papiervaluta, des Silberagios und mit diesem den Ruin der preußischen Industrie, vielleicht auf ein Menschenalter zur Folge haben werde. Ich bemerke dabei, daß Bleichröder in Berlin Rotschild vertritt und Bismarck oft sprach.

Ich fragte zunächst Bleichröder, ob etwa die Aufforderung Bismarcks, mich zu sprechen, eigentlich von ihm ausgehe und Bismarck nur eingewilligt habe, in welchem Falle ich Bedenken trüge, darauf einzugehen, weil mein Erscheinen bei Bismarck dann ganz unnütz sei. Wie ich mich zu erinnern glaube, setzte ich hinzu, Bleichröder sei wohl ein Mann des Friedens, dazu sei es aber zu spät. Derselbe erwiderte, daß er allerdings zu Rücksprachen mit bekannten Mitgliedern

der liberalen Partei dringend geraten und darunter auch mich genannt habe, indessen komme die Aufforderung an mich direkt von Bismarck, wie aus einem eigenhändigen Billet desselben an ihn hervorgehe. Dies Billet legte er mir vor. Dasselbe lautete ungefähr so:

Wann kommt Herr von Unruh zu mir? Haben Sie noch nicht mit ihm gesprochen, so ist es besser morgen, da ich heut dringende Vorträge habe. Geben Sie mir sofort mit einem Wort Nachricht

Bismarck.

Hierauf erklärte ich mich sofort bereit und bemerkte, daß ich mich und jeden für verpflichtet halte, einer solchen Aufforderung in einem Augenblick wie dem jetzigen, zu folgen; ich werde, wenn mir Bismarck dazu Gelegenheit gebe, meine Ansichten über die Lage offen aussprechen, ohne Rücksicht darauf, ob mir dies von der einen oder andern Seite verdacht werde. Ich wurde benachrichtigt, daß der Ministerpräsident mich am andern Abend um $9^1/_2$ Uhr erwarte. Ich hatte keine Ahnung davon, was Bismarck von mir wolle. Sicher keinen Rat, höchstens Auskunft, aber worüber?

Bei meinem Erscheinen wurde ich sofort gemeldet und in den Saal vor dem Kabinet Bismarcks geführt. Im Eintreten warf ich einen Blick links über die Schulter und bemerkte Bucher auf einem Stuhle nahe der Thür sitzend. Da er bei anderen Gelegenheiten von mir keine Notiz genommen hatte, so that ich auch, als ob ich ihn nicht bemerkte, und trat quer durch den Saal nach dem Fenster. Bucher stand auf, ging auf und ab und näherte sich mir so weit, daß er mich erkennen mußte, redete mich aber nicht an.

Es fand ein lebhafter Verkehr mit dem Kabinet Bismarcks statt. Boten, hohe Beamte, auch der Kriegsminister von Roon, kamen und gingen. Nach einiger Zeit trat Bismarck ein, entschuldigte sich, daß er mich so lange warten lasse, ich sähe ja, wie er belagert sei. Darauf versicherte ich, daß ich vollkommen Zeit habe zu warten. Bucher machte mit einer Depesche in der Hand eine Meldung, daß, wie ich verstand, ein deutscher Prinz aus einem Kleinstaat gefangen genommen worden sei. Bismarck antwortete kurz und in ziemlich barschem Ton: „Nun, telegraphiren Sie, daß man ihn anständig behandeln solle“ — und trat wieder in sein Kabinet. Später kam er wieder in den Saal und sagte mir, ich möge nicht ungeduldig werden, worauf ich versicherte, daß ich so lange warten könne, wie er wolle, oder auch am andern Tage kommen. Dies könne nichts nutzen, meinte er, morgen sei es gerade so wie heute bei ihm. Hier oben käme er nicht dazu, mit mir zu sprechen, aber er werde sich losmachen und mit mir in den Garten gehen.

Dies geschah. Wir promenirten in der hellen Sommernacht. Nach einigen einleitenden Worten wurde es mir klar, weshalb Bismarck mich habe sprechen

wollen. Er äußerte, es sei gut, daß wir ganz offen mit einander redeten; es komme jetzt darauf an, ob die Liberalen ihre Interessen höher stellen wollten als den Staat, ob sie diesen lieber untergehen lassen wollten, als ihre Forderungen vertagen?

Das Festhalten an denselben ließe sich allenfalls erklären, wenn wir einen Thronfolger hätten, von dem strenges absolutes Regiment zu erwarten sei. Der Kronprinz aber sei ein höchst gutmütiger, milder Mann, unter dessen Regierung sehr leicht und bei dem Alter des Königs auch bald wieder gewonnen werden könne, was man jetzt verloren habe.

Aus diesen Worten ging deutlich hervor, daß Bismarck wissen wollte, wie die liberale Partei sich während des Krieges benehmen würde, namentlich wenn wir zunächst eine Niederlage erlitten.

Ich antwortete, er stelle die Frage nicht richtig. Vor einigen Monaten, als Preußen noch die Wahl zwischen Krieg und Frieden gehabt habe, hätte man allenfalls so fragen können, wie er eben gethan. Jetzt dagegen sei der Krieg bereits ausgebrochen, bei welchem es sich offenbar um die Existenz des Staates handle. Die speziellen Parteiinteressen könnten jetzt nicht an die Spitze gestellt werden. Es komme in diesem Augenblick nicht darauf an, ob Bismarck recht habe oder die liberale Partei, ja nicht einmal darauf, wie der Krieg entstanden, ob derselbe sich habe vermeiden oder verschieben lassen. Der Krieg sei da, und es handle sich jetzt darum, die Mittel zu finden, die ganze Kraft des Staates zusammenzufassen, im Unglücksfall jeden Nerv anzuspannen und, wenn nötig, die letzten silbernen Löffel aus dem Schrank des Privatmanns ohne Exekution herauszubekommen, Begeisterung hervorzurufen. Wir müßten siegen, wenn wir nicht untergehen wollten.

Bismarck erwiderte, diese Anschauungen möchten wohl die meinigen sein, aber schwerlich die der ganzen liberalen Partei.

Darauf versicherte ich, daß alle meine Parteigenossen gerade so dächten wie ich; ich habe viele gesprochen, und keiner weiche davon ab. Auf dem äußersten linken Flügel möchten wohl einzelne andere Ansichten haben, aber nur wenige, höchstens ein paar unklare Köpfe könnten glauben, es würde auf eine Niederlage eine Regenerationsperiode folgen, wie 1807 bis 1813. Damals sei Preußen von den Ideen der französischen Revolution geschlagen und das alte, morsch gewordene Gebäude zusammengestürzt. Jetzt dagegen handle es sich um eine Niederlage gegen das reaktionäre Oesterreich, dessen Geschichte und Tendenzen jeder kenne. Aeußerste Reaktion in Preußen würde die Folge einer Niederlage sein.

Augenscheinlich war Bismarck sehr befriedigt von meinen Aeußerungen und ich brauchte nun keinen Anstand zu nehmen, offen von den nach meiner Ansicht begangenen Fehlern und den Mitteln zu sprechen, die Bevölkerung zur regen Teilnahme und Anstrengung aller Kräfte zu bringen.

Bismarck stimmte meiner Meinung über die Folgen einer Niederlage gegen Oesterreich bei und fügte eine scharfe Bezeichnung dessen Politik, wie undeutsch und tyrannisch, hinzu. Der Ausdruck ist mir entfallen, lautete aber jedenfalls ähnlich.

Nun hob ich hervor, daß man das oben bezeichnete Ziel nur durch die Rückkehr auf den Boden der Verfassung und Anerkennung des Budgetrechts des Landtags erreichen könne. Es gebe kein anderes Mittel. Auf diesem Wege werde man auch auf Deutschland wirken.

Diesen letzten Punkt griff Bismarck auf und sagte, die deutsche Nation habe jetzt die Wahl, ob es ihr ernst mit der deutschen Einheit sei oder ob sie in der Kleinstaaterei untergehen wolle. Ich hätte ihm (Bismarck) vor einigen Jahren eine Aeußerung von Metz-Darmstadt mitgeteilt: „Lieber den preußischen Stock als die Kleinstaaterei." Seinen (Bismarcks) Ausspruch in der Budgetkommission im Herbst 1862 von Blut und Eisen habe man mißverstanden oder entstellt. Er habe sich offen dahin ausgesprochen, daß es auf friedlichem Wege doch nicht gehe, nicht ohne Blutvergießen; die 500000 Bajonette müßten den Ausschlag geben.

Darauf erwiderte ich, eine solche Aeußerung von Metz sei mir unbekannt; ich könne dieselbe ihm also nicht mitgeteilt haben; wohl aber habe ich im Jahre 1859 zu ihm gesagt: Deutschland würde sich um den Preis der Einheit sogar eine vorübergehende Militärdespotie gefallen lassen. Darunter hatte ich eine nicht legitime gemeint, etwa nach einer revolutionären Periode, aber keineswegs die eines legitimen Monarchen.

Bismarck blieb bei seiner Behauptung in Betreff des Ausspruchs von Metz stehen. Ich ließ diesen Punkt fallen und lenkte auf die notwendigen Schritte der Regierung zurück, indem ich sagte, daß ich gleich nach der öffentlich angeschlagenen Proklamation mehrfach und an verschiedenen Orten mich unter das lesende Publikum gestellt und dasselbe beobachtet habe. Vor allem sei die absolute Gleichgiltigkeit zum Erschrecken gewesen. Keine Spur von Teilnahme. Die meisten seien still geblieben, aber einzelne Aeußerungen habe ich wiederholt gehört: „noch nichts" oder „wieder nichts darin." So sei die Stimmung, dumpf, drückend. Das sei die Wahrheit, wie auch offizielle Berichte lauten möchten. Bismarck widersprach nicht. Ich fuhr fort, ich habe Twesten aufgesucht und von ihm erfahren, daß Bismarck ihn vor zehn oder zwölf Tagen gesprochen, daß Twesten, wie ich, auf die unbedingte Notwendigkeit der Rückkehr zur Verfassung hingewiesen und auf Bismarcks Verlangen einen dahin gehenden Passus für die bei Wiedereinberufung des Landtags zu haltende Thronrede entworfen habe.*) Bei der jetzigen vorgeschrittenen Lage und nach inzwischen

*) Dieser Twestensche Entwurf findet sich weiter unten am Schlusse dieses Gespräches abgedruckt. Hierüber und über die Unterredung Bismarcks und Twestens s. Lipke: „Bismarck und Twesten", in der „Deutschen Revue" 4. Jahrg., 4. Heft, S. 12.

erfolgter Auflösung des Abgeordnetenhauses hätte die veröffentlichte Proklamation diesen Passus enthalten müssen, der gezündet haben würde.

Bismarck machte hier eine Bemerkung, die er mehrfach im Laufe des Gesprächs wiederholte: man glaube, er könne alles. Er sei doch nur ein Mann. Ihm ständen Schwierigkeiten entgegen, von denen viele keine Vorstellung hätten. Er bekomme den König nicht zu allem. So sei der Twestensche Entwurf im Ministerium beraten und — angenommen worden, dann dem Könige vorgelegt, der denselben gelesen und erklärt habe: Da stände ja dasselbe darin wie in der Verfassung. Dann könnte man ihm nach dem Kriege einen Teil seiner Regimenter wieder fortnehmen. Das thue er nicht.

Hierauf bemerkte ich, der König sei im Irrtum. Die Majorität des jetzt aufgelösten Abgeordnetenhauses würde die Auflösung der Regimenter nicht verlangt, sondern sich mit Abkürzung der Dienstzeit und einem im Frieden verminderten Präsensstand begnügt haben, wenn das Verfassungsrecht aufrecht erhalten und eine entsprechende Politik eingeschlagen worden wäre. Statt dessen habe die Regierung nicht ein Haar, nicht so viel wie das Schwarze unterm Nagel nachgegeben und so eine Ausgleichung unmöglich gemacht.

Ganz unverhohlen teilte Bismarck mir mit, daß das Ministerium sich mit der Kontingentirung (Festsetzung der Stärke der Armee im Frieden) und zweieinhalbjähriger Dienstzeit (bei der Infanterie) einverstanden erklärt und dies dem Könige in einer Staatsministerialsitzung vorgeschlagen habe. Derselbe sei nicht darauf eingegangen, und als das Ministerium die Sache nicht fallen ließ, habe der König sich ärgerlich entfernt und die Minister sitzen lassen. Aenderungen in der Stärke der Armee oder der Dienstzeit ließen sich jetzt nicht durchführen. Im übrigen habe das Ministerium die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses, wenn dieselben als einseitig gefaßte auch keinen juristischen Wert hätten, beachtet. Man habe keine neuen Beamten angestellt, die Leute liefen heute noch als interimistische umher.

Nachdem ich die Bemerkung dazwischen geschoben, so einfach läge die Sache doch nicht, die ganze Verfassung sei durchlöchert, erwähnte Bismarck, daß Twesten nicht bei jenem, von ihm redigirten Passus der Thronrede stehen geblieben, sondern schriftlich verlangt habe, daß demnächst das Steuerbewilligungsrecht, mindestens in Betreff der direkten Steuern, zugestanden werde. Das sei etwas Neues, stände nicht in der Verfassung.

Dies gestand ich zu, bemerkte aber, daß das Ausgabebewilligungsrecht sich kaum anders feststellen und wirksam machen lasse, als durch das Steuerbewilligungsrecht. Ich wies ferner darauf hin, daß die wirkliche Rückkehr zur Verfassung nicht allein auf die preußische Bevölkerung belebend und kräftigend wirken, sondern auch auf das übrige Deutschland einen sehr günstigen Eindruck machen und Oesterreich entmutigen würde. Dies bestritt Bismarck nicht, machte

aber die pikante Aeußerung, daß auch der Twestensche Entwurf später allerlei Deutungen zulasse. Dann kehrte er zur deutschen Frage zurück und sagte, er verfolge seit sechzehn Jahren dasselbe Ziel. Er sei stolz darauf, daß es ihm gelungen, einen König von Preußen zur Unterschrift eines solchen Aktes gebracht zu haben, wie die Berufung eines deutschen Parlaments als Grundlage einer Bundesreform. Bismarck meinte hier offenbar die Antwort auf die Reformvorschläge, die bei dem Fürstentage in Frankfurt a. M. unter österreichischer Führung gemacht worden waren.

Ich erwiderte, daß Bismarck sich von jenem Schritt wohl eine größere Wirkung versprochen und geglaubt habe, derselbe werde wirken wie eine Lunte, die man an ein Pulverfaß lege. Dies sei nicht der Fall gewesen, weil selbst für den einfachen Verstand der Einwand nahe liege, daß, wer den Konflikt in Preußen nicht lösen könne oder wolle, schwerlich die deutsche Einheit zu stande bringen werde.

Bismarck meinte, mit Reden und Abstimmungen ließe sich eine Politik wie die seine nicht durchführen; die 500000 Bajonette müßten doch den Ausschlag geben. Was habe Baden mit seinem Liberalismus erreicht? Der Krieg mit Oesterreich sei ganz unvermeidlich gewesen und würde schon vor zwei Jahren ausgebrochen sein, wenn die Episode mit Schleswig-Holstein nicht dazwischen gekommen wäre.

Ich gestand sofort zu, daß selbst ein liberales Ministerium, welches sich die Einigung Deutschlands zum Ziel setze, den Krieg mit Oesterreich nicht hätte vermeiden können. So lange Oesterreich noch existire, werde es ohne Krieg weder die Machtvergrößerung Preußens noch die Einigung Deutschlands zulassen. Der Krieg gegen Ungarn, Ruthenen, Slovaken rc. sei kein Bruderkrieg. Aber einen solchen Krieg dürfe man doch nur unternehmen mit Wind und Wellen, Bismarck arbeite jetzt gegen Wind und Wellen. Ich erinnerte ihn an jene Aeußerung, die er zu mir im Hôtel royal 1859 gethan: Preußen sei völlig isolirt, der einzige Alliirte, wenn es ihn richtig zu behandeln wisse, sei das deutsche Volk.*) Dieser Alliirte fehle ihm jetzt; wir wären in einer Situation ähnlich der vor dem siebenjährigen Kriege, aber bei aller Ehrerbietung vor dem Könige — „ohne Friedrich den Großen" fiel mir Bismarck in das Wort. „Ja wohl, und doch muß es durchgemacht werden." Er habe ein hervorragendes Mitglied der liberalen Partei gefragt, ob dieselbe ein liberales Ministerium bilden könne? . . .

Halte man ihn bei der jetzigen Lage nicht für entbehrlich, so wäre er bereit gewesen, im Auswärtigen Ministerium als Legationsrat oder im Kabinet zu wirken und alle Arbeiten für das Auswärtige zu machen.

Ich nahm keinen Anstand, Bismarck zu erklären, daß ich ihn in diesem

*) Vgl. über diesen Ausspruch oben S. 209.

Augenblick allerdings für ganz unentbehrlich hielte. Die Reaktion habe 1849 bis 1858 und 1862 bis jetzt mit Erfolg dafür gesorgt, daß in den hohen Beamtenkreisen kein liberaler Mann mehr zu finden sei, der die jetzt unentbehrliche Energie und Ausdauer und zugleich das allgemeine Vertrauen besitze.

Bismarck erwiderte, er könne nicht wirkliches Mitglied eines liberalen Ministeriums sein, könne nicht am Ministertische seine früheren Aussprüche verleugnen, nicht entgegengesetzt stimmen.

Auf meine Bemerkung, daß die Aufnahme einzelner liberaler Minister in das jetzige Ministerium gar nichts nützen könne, weil dieselben sofort als Renegaten angesehen werden und jeden Einfluß verlieren würden, antwortete Bismarck: „Ganz richtig, dasselbe hat mir Roggenbach gesagt, er verlöre sofort seine Partei, und ohne dieselbe sei er unnütz."

Ich deutete nun auf Beseitigung einzelner, besonders anstößiger Minister hin, wie des Justizministers Grafen zur Lippe und auch des Grafen Eulenburg, der ein liebenswürdiger Mann sei, aber zum Minister des Innern sich doch wohl nicht eigne und für einen Reaktionär gelte.

Bismarck bezeichnete hierauf den Grafen zur Lippe als ein Mitglied, gegen dessen Entfernung er durchaus nichts habe.*) Er schien sogar ganz einverstanden damit zu sein, meinte aber, mit Eulenburg wäre es schwieriger, der stände sehr gut beim Könige und würde schwer zu beseitigen sein.**) An dem Abgange des Finanzministers von Bodelschwingh***) habe er ein ganzes Jahr zu thun gehabt und würde es vielleicht doch nicht durchgesetzt haben, wenn ihm nicht der Gesundheitszustand Bodelschwinghs zu Hilfe gekommen wäre.

Nun wies ich darauf hin, daß die Regierung bis jetzt nicht nur jeden Schritt zur Versöhnung mit dem Lande unterlassen, sondern demselben gerade in dieser Zeit noch einige Faustschläge ins Gesicht gegeben habe, unter anderem durch die Verwendung des Polizeirats Stieber†) und die Wiederanstellung des Ministers von der Heydt.††)

---

*) Graf zur Lippe, neben Mühler das am meisten angegriffene Mitglied des Konfliktsministeriums. Die Beseitigung des höchst unpopulären Ministers erfolgte am 5. Dezember 1867.

**) Friedrich Albrecht Graf zu Eulenburg erhielt erst am 30. März 1878 die von ihm erbetene Entlassung.

***) Derselbe hatte kurz vorher seine Entlassung erhalten, da er 1866 die Verantwortung für die Beschaffung der Geldmittel für den Krieg nicht hatte übernehmen wollen.

†) Stieber war von 1850—1860 Chef der Berliner Sicherheitspolizei, von 1860—1861 schweren Verfolgungen ausgesetzt, die zu seiner Amtssuspension und Verhaftung führten. Am 6. Mai 1866 nach dem Blindschen Attentat erhielt Stieber den Auftrag, den polizeilichen Schutz des Lebens des Königs und Bismarcks beim Ausbruch des Krieges zu übernehmen; am 23. Juni 1866 wurde Stieber zum Feldpolizeidirektor ernannt. Das Nähere findet man in den Denkwürdigkeiten des Geh. Regierungsrates Dr. Stieber, aus seinen hinterlassenen Papieren bearbeitet von Dr. L. Auerbach, Berlin 1884.

††) August Freiherr von der Heydt, erst Handelsminister, später Finanzminister von

Die Antwort Bismarcks lautete, unsere Polizei sei unglaublich schlecht, fast unbrauchbar, Stieber der einzig brauchbare Polizeimann. Er solle nur im Felde verwendet werden. „Wenn Sie Minister wären," setzte Bismarck hinzu, „so würden Sie auch Stieber nehmen."

Ich bestritt dies und sagte, Stiebers Ruf sei in allen Schichten der Bevölkerung ein zu bedenklicher und die Verwendung solcher Werkzeuge schade jeder Regierung. Das frühere Urteil Bismarcks über von der Heydt sei mir bekannt, sein Wiedereintritt hieße trotz aller Befähigung des Mannes verfassungswidrige, willkürliche Regierung und verletze allgemein.

„Aber der Mann schafft Geld, und das brauchen wir," wendete Bismarck ein. Darauf entgegnete ich, von der Heydt schaffe vielleicht Geld, aber mutmaßlich in gefährlicher Weise. Uebrigens zweifle ich nicht, daß von der Heydt, sobald Bismarcks Stellung später irgendwie bedroht sei, ebenso gut gegen ihn intriguiren werde, wie er dies zur Zeit der neuen Aera gegen seine damaligen Kollegen gethan habe. Bismarck stutzte ein wenig und meinte dann, das sei wohl möglich.

Ich fügte noch hinzu, daß Bismarck vom Landtage Geld zur Führung des begonnenen Krieges in ganz loyaler, verfassungsmäßiger Form hätte bekommen können. Ich hielte daher die Auflösung des Abgeordnetenhauses für einen politischen Fehler. Mit dem bisherigen Abgeordnetenhause würde man in der jetzigen gefährlichen Lage gut zu stande gekommen sein.

Bismarck bestritt dies nicht ausdrücklich, meinte aber, man hätte mit demselben Hause, mit welchem die Regierung so feindlich gestanden, nicht füglich verhandeln können.

Meinen Einwurf, Bismarck wisse ja, daß im wesentlichen dieselben Personen wieder gewählt werden würden, suchte er dadurch zu beseitigen, daß er sagte: „Wenn auch, es ist doch ein neues Mandat gegeben."

Als zweiten Faustschlag in das Gesicht des Volkes bezeichnete ich die Erklärung der Regierung, daß die bisherigen Regierungsgrundsätze auch ferner aufrecht erhalten werden sollten.

„Wo hat das gestanden, wer hat das gesagt?" fragte Bismarck lebhaft. Ich nannte ihm die „Provinzialkorrespondenz",*) die offiziösen Zeitungen und die Wahlaufrufe in den Kreisblättern.

1848—1862, übernahm am 5. Juni 1866 von neuem das Finanzministerium und verstand es, die Geldmittel für den Feldzug ohne Anleihe zu beschaffen. Sein Rücktritt erfolgte am 26. Oktober 1869.

*) Die Wendung findet sich in einem Leitartikel der „Provinzialkorrespondenz" vom 16. Mai 1866, Nr. 20. Wörtlich heißt es daselbst: „Sie (die Regierung) hat, obwohl sie an den seitherigen Regierungsgrundsätzen aus gewissenhafter Ueberzeugung festhält, der Bewegung der öffentlichen Meinung auf allen Gebieten freiesten Spielraum gewährt" rc.

Bismarck antwortete etwas erregt: „Ich weiß nichts davon. Wer kann auf solche gedruckte Sachen etwas geben. Ich kann nicht alles selbst lesen und zensiren; Eulenburg auch nicht. Hätte ich es gelesen, so würde ich es gestrichen haben."

Ich konnte nichts thun, als ihm sagen, das Publikum könne gar nicht anders als solche Erklärung in solchen Blättern für richtig halten.

Endlich bezeichnete ich als einen Punkt, der sogar sehr konservative, aber selbständige Personen befremde, daß man auf dem Palais des Königs noch die Fahne wehen sähe, obgleich Seine Majestät sich doch den Oberbefehl über die Armee vorbehalten habe und diese sich dem Feinde nähere.

Hierbei wurde Bismarck wieder erregt und platzte mit der Aeußerung heraus, er habe den König wiederholt gefragt, wann er abzureisen befehle? Zuletzt noch vorgestern. Darauf habe der König ärgerlich geantwortet, er werde selbst bestimmen, wann er abreisen wolle! Bismarck setzte hinzu, er könne doch die durchaus nötigen Dispositionen nicht in einem Augenblick treffen; aber da könne ich sehen, daß er selbst solche Dinge zuweilen nicht durchsetzen könne. Der König sei ein fast siebenzigjähriger Mann. Die Königin spreche dazwischen.

Hier schaltete ich ein, man wisse wohl im Publikum, daß Bismarck einen sehr schweren Stand habe. So erzähle man sich, daß hinter dem Rücken Bismarcks mit des Königs Zustimmung der Versuch zur Anbahnung einer Aussöhnung mit Oesterreich gemacht worden, aber mißglückt sei. Ebenso sei bekannt, daß Bismarck unmittelbar nach dem Bundestagsbeschluß vom 14. Juni auf Grund einer schon vorher an die deutschen Staaten erlassenen Note habe in Hannover einrücken wollen, um die Zusammenziehung der hannoverschen Truppen zu verhindern, daß aber der König darauf bestanden habe, zuvor eine Sommation zu erlassen,*) durch die zwei wichtige Tage verloren gegangen seien. Schnelles Handeln thue jetzt not. Frauen hätten nicht mehr mitzureden.

„Sie thun es aber doch," antwortete Bismarck und desavouirte die eben erwähnten Thatsachen mit keinem Wort.

Im Laufe des Gesprächs kam Bismarck auf den Twestenschen Entwurf zu einem Passus in der Thronrede zurück und äußerte wiederholt, es sei wünschenswert, eine andere Formel zu finden, in welcher das dem Könige Bedenkliche vermieden werde. Ich antwortete, das werde schwerlich gelingen, ohne den Zweck zu verfehlen. Zu einer näheren Ausführung des Gedankens kam es nicht.

Bismarck sprach wieder von dem großen Ziel seines sechzehnjährigen Strebens, während ich wiederholt darauf hinwies, daß der erste Schritt zur

*) Dieselbe erging am 15. Juni 1866 („Staatsanzeiger" vom 17. Juni 1866).

Versöhnung keinen Aufschub gestatte, daß derselbe besser vor vier Wochen als heute hätte geschehen sollen und heute besser als in acht Tagen; ich setzte jedoch noch hinzu, ich und meine politischen Freunde wüßten sehr gut, daß der Sieg, den wir unserer Armee dringend wünschten, vor oder ohne Wiederherstellung der Verfassung uns in eine sehr schlimme Lage bringen würde, aber die Niederwerfung Preußens durch Oesterreich sei ein viel größeres Unglück für Preußen und für ganz Deutschland. Das sähen auch viele Deutsche außerhalb Preußens ein. Bismarck acceptirte diese Anschauung und meinte, daß der König nach dem Siege sich wohl bereitwilliger würde finden lassen; eine demnächstige Ausgleichung des Konflikts sei notwendig. Ich erklärte, ich zweifle nicht, daß Bismarck jetzt die Absicht hege; nicht so sicher sei ich, ob dies auch nach dem Siege der Fall sein werde; sehr zweifelhaft scheine es mir aber, ob Bismarck eine solche Absicht dann noch werde durchsetzen können? — Bismarck erwiderte, daß er alsdann nicht Minister bleiben würde, und deutete an, daß es mir freistehe, in solchem Falle von seiner jetzigen Aeußerung Gebrauch zu machen.

Wir näherten uns dem Ausgange des Gartens und ich benützte die wenigen noch übrigen Momente, um Bismarck zu sagen, er mache eine starke Probe auf den preußischen Patriotismus, aber ich hoffe, dieselbe werde bestanden werden. Ich sei überzeugt, die Armee werde sich sehr gut schlagen, aber auf meine Frage, ob derselbe Geist in der Armee sei, der es Blücher gestattet habe, 1813 in Schlesien wiederholt vor und zurück zu gehen, dem Feind stets auf den Fersen zu sitzen und 1815, achtundvierzig Stunden nach der verlorenen Schlacht bei Ligny, bei Belle Alliance den Ausschlag zu geben, habe ein höherer Offizier vor wenig Tagen die Achseln gezuckt und geantwortet, das wisse er nicht. Dazu gehöre, bemerkte ich, ein begeistertes Volk hinter der Armee.

Bismarck rühmte hierauf die Bereitwilligkeit, mit der sich die Landwehr und Linie gestellt habe; ich aber richtete die Frage an ihn, ob er denn einen größeren militärischen Unfall, ja eine Niederlage für unmöglich halte, und was dann geschehen solle, wenn man jetzt nichts thue.

Bismarck erwiderte, eine solche Unmöglichkeit könne niemand behaupten; aber, setzte er hinzu, wissen Sie, was dann geschieht? — dann dankt der König ab.

Damit war das Gespräch beendigt. Am andern Tage bestätigte mir jemand, der Bismarck damals oft sprach, den Vorfall mit Gablenz und setzte hinzu, daß selbst in der Umgebung des Königs sich die Ansicht verbreitet habe, es müßten versöhnende Schritte in Bezug auf den nicht beseitigten inneren Konflikt geschehen. Zu den Personen, welche diese Ansicht aufstellten, gehöre unter anderen der General von Roeder, bisher Gesandter in Kassel, und der frühere Bundestagsgesandte von Savigny. Der König sollte versöhnende Schritte nicht abgelehnt, aber geäußert haben, jetzt sei dazu keine Zeit. Ob diese Erzählungen richtig, kann ich nicht wissen.

Zur Vervollständigung der oben mitgeteilten Unterredung mit Bismarck lasse ich hier den dabei erwähnten Entwurf Twestens zu einem Passus in der Thronrede nach einer Aufzeichnung von Twestens eigener Hand, die ich von ihm selbst erhalten, folgen:

Entwurf zu einem Passus der Thronrede. Bismarck zugestellt am 3. Juni 1866 (Twesten).

In dem Augenblick, da die Verteidigung des Vaterlandes Meinem Volke große Anstrengungen und Opfer auferlegt, ist es Mein dringender Wunsch, die Zweifel über das Grundgesetz des Staates gehoben und die bisher widerstreitenden Auffassungen um der gemeinsamen Aufgaben willen versöhnt zu sehen.

Damit der in der Verfassungsurkunde vorgesehene Zustand der regelmäßigen Verwaltung wieder hergestellt werde, wird Meine Regierung unverzüglich den Staatshaushaltsetat für das laufende Jahr zur gesetzlichen Feststellung vorlegen. Während des Krieges können Verhandlungen über die Organisation des Heeres im Frieden und über die regelmäßige Verpflichtung zum Kriegsdienste nicht stattfinden; auch ist ein spezieller, den gewöhnlichen Verhältnissen entsprechender Voranschlag und eine Trennung der ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben für die Armee nicht möglich. Es ist daher statt des Etats des Kriegsministeriums eine den Erfordernissen dieses Jahres entsprechende Pauschsumme für den Unterhalt der Armee und die Kriegführung in den Staatshaushaltsetat aufgenommen. Soweit es zur Deckung der Staatsausgaben außerordentlicher Mittel bedarf, wird Ihnen über die Beschaffung derselben ein besonderer Gesetzentwurf zugleich mit dem Budget vorgelegt werden.

Um die zwischen Meiner Regierung und einem Teil der Landesvertretung entstandenen Zerwürfnisse zum Abschluß zu bringen, und um Meinem Volke ein neues Pfand Meines Vertrauens zu geben, erkläre ich, daß die Verwaltung des Staates in Zukunft nicht ohne ein durch die drei Faktoren der Gesetzgebung festgestelltes Etatsgesetz geführt und hinfort keine Ausgaben geleistet werden sollen, welche von einem der Häuser des Landtags verweigert worden sind; und Ich will, daß diese Meine Zusicherung als eine die Staatsregierung für alle Zeiten bindende Auslegung der bisher streitig gewesenen Verfassungsbestimmung gelten soll.

*

Ich habe das Gespräch mit Bismarck hier so vollständig als möglich erzählt, weil ich glaube, daß es zur Charakterisirung der damaligen Situation und vor allem Bismarcks selbst sehr geeignet ist. In meinen schriftlichen Notizen findet sich die Bemerkung, ich könne bei der Eile der Unterredung und dem schnellen Sprechen Bismarcks nicht für die Richtigkeit der Reihenfolge einstehen. Hier setze ich noch hinzu, daß ich auch den Wortlaut der Bismarckschen und meiner Aeußerungen nicht verbürgen kann, aber wohl den Sinn.

Erwähnen will ich noch, daß der Totaleindruck des Gesprächs auf mich keineswegs ein günstiger war. Bismarck hatte die liberale Partei mit ihren Forderungen, also mit der Rückkehr und Sicherstellung verfassungsmäßiger Zustände, auf die Regierungszeit des Kronprinzen vertröstet und deutlich ausgesprochen, daß bis dahin an eine Verminderung der Militärlast auch im Frieden nicht zu denken sei. Die von Bismarck mitgeteilte Bemerkung des Königs in Bezug auf den beabsichtigten Passus zur Thronrede: „Da stehe ja dasselbe darin wie in der Verfassung; man könne ihm nach dem Kriege einen Teil seiner Regimenter wieder fortnehmen, das thue er nicht," ließ keinen Zweifel übrig und bestätigte andere bekannte, zum Teil öffentlich gemachte Aeußerungen des Königs, aus denen hervorging, daß derselbe die Krone für ganz unbeschränkt hielt und den Landtag eigentlich nur als eine beratende Körperschaft, deren Rat er befolgen könne oder auch nicht. Das schwache Ministerium der neuen Aera hatte nicht gewagt, dem Könige klar zu machen, daß durch die beschworene Verfassung wesentliche Rechte der bis dahin absoluten Krone geschmälert worden sind und deren Ausübung von der Zustimmung des Landtags abhänge. Bismarck hatte aus anderen Gründen offenbar keine Neigung gehabt, dem Könige die verfassungsmäßigen Rechte des Landtags auseinander zu setzen, die er ja selbst in der Konfliktszeit durchbrach.

Daß der König einem ehrerbietigen Hinweis auf bestehendes Recht zugänglich war, ergab sich aus einem Vorfalle, den man zur Zeit der neuen Aera erzählte. Es handelte sich um die Zulassung jüdischer Gutsbesitzer zu den Kreistagen. Herr von Flottwell, der damals kurze Zeit Minister des Innern war, beantragte beim Vortrage die Zulassung der jüdischen Gutsbesitzer. Der König weigerte sich anfangs und erwähnte, daß nach der Meinung von Kronjuristen und anderer hohen Beamten die Juden gesetzlich zur Zulassung nicht berechtigt seien. In der That arbeitete die Reaktion stark dagegen. Der Minister Flottwell erklärte die Gründe der Gegner für sophistische, legte dem König den betreffenden Artikel der Verfassung vor und bat ihn, denselben zu lesen. Das that der König und stimmte dann dem Minister zu.

Bis nach dem Kriege von 1866 waren die vortrefflichen persönlichen Eigenschaften des Königs im Publikum und selbst in höheren Beamtenkreisen sehr wenig bekannt. Gerade in den letzteren zirkulirten schon vor 1848 über die Befähigung des damaligen Prinzen von Preußen, die Schärfe und Klarheit seines Urteils in Staatsangelegenheiten nichts weniger als günstige Nachrichten. Anfangs der vierziger Jahre hatte der damalige Regierungsrat von Witzleben in Potsdam, spätere Oberpräsident in Magdeburg, den Auftrag gehabt, den Prinzen von Preußen auf die Vorträge im damaligen Staatsrat, dessen Präsident der Prinz war, vorzubereiten. Wie mir 1843/44 meine damaligen Kollegen bei der Regierung in Potsdam mitteilten, hatten die Erzählungen des Herrn von Witzleben über jene Spezialvorträge recht ungünstig gelautet. Ich

glaube jetzt, daß die Schuld an Herrn von Witzleben und nicht am Prinzen gelegen hat.

Die Gewissenhaftigkeit, die strenge Pflichttreue und das gesunde Urteil des Königs sind leider erst nach 1866 allgemein bekannt geworden.

Unter solchen Umständen war es natürlich, daß ich selbst für den Fall des Sieges sehr wenig Hoffnung auf eine gedeihliche Entwicklung unserer inneren Zustände und ein erfolgreiches Zusammenwirken mit einer verfassungstreuen Regierung hatte.

Die Mobilmachung 1866.

Die Mobilmachung der Armee war mit großer Präzision vor sich gegangen. Es fehlte an nichts. Der Abstand zwischen der Mobilisirung 1850/51 und der jetzigen fiel jedermann in die Augen. Damals waren für das II. Aufgebot der Landwehr keine passenden Kleidungsstücke, nicht einmal Stiefel vorhanden; die eingezogenen, größtenteils verheirateten Leute des II. Aufgebots trieben sich wochenlang in ihren Zivilkleidern auf der Straße umher. Jedem Exerzieren ohne Uniform entzogen sich die Mannschaften dadurch, daß sie in Holzpantoffeln erschienen. Wesentlich besser ging es schon bei der Mobilmachung im Jahre 1859, aber doch lange nicht so schnell und sicher wie 1866. Forckenbeck erzählte später, daß man auch in der Provinz Preußen gesagt habe, die Regierung habe das Geld ohne Genehmigung des Abgeordnetenhauses ausgegeben, aber gut verwandt. Man fing an, Mut zu fassen. Wesentlich gehoben wurde die Stimmung im Publikum durch die Artikel der österreichischen Zeitungen, auch der offiziösen, worin gesagt wurde, Preußen sei ein Störenfried in Deutschland, seine Macht müsse für immer gebrochen und es ihm unmöglich gemacht werden, sich gegen die Präsidialmacht Oesterreich aufzulehnen. Die Berliner Zeitungen teilten Auszüge aus diesen Artikeln mit, die jedem Preußen klar machten, daß es sich um die Existenz des Staats handle, um den Verlust dessen, was Preußen seit dem Großen Kurfürsten gewonnen hatte. Der Prinz Friedrich Karl hat später nach dem Einrücken in Böhmen solche Aussprüche der österreichischen Zeitungen auf kleine Blättchen metallographiren und unter die Truppen verteilen lassen. Ein Neffe von mir, der bei der Armee in Böhmen stand, schickte mir ein solches Blättchen und bemerkte, daß dasselbe auch auf die Mannschaft vortrefflich gewirkt habe. Allerdings ist das nur bei einer Armee möglich, die lesen kann.

Stimmung beim Publikum und bei dem Offiziercorps.

In der Umgegend Berlins lesen auch die Landleute Zeitungen. Der alte Schafmeister auf dem Gut Dahlewitz im Teltower Kreise, das mir damals gehörte, äußerte, als er solche Auszüge aus österreichischen Zeitungen gelesen hatte: „Nanu! wozu wäre denn der olle Fritze dagewesen? Das wollen wir

doch 'mal sehen!" — In Berlin bildete sich der Verein für die Armee im Felde, richtete aus reichlich fließenden Beiträgen die Kaserne des zweiten Garde-Ulanenregiments zum Lazaret ein und machte später erhebliche Sendungen an Lebensmitteln, Cigarren und so weiter an die Armee.

Den Geist, der in den Offiziercorps herrschte, lernte ich dadurch kennen, daß ein Teil des Gardecorps nicht mit der Eisenbahn befördert wurde, sondern marschirte. Ich bekam in Dahlewitz täglich starke Einquartierung, zuerst Offiziere und Mannschaften vom ersten Garde-Dragonerregiment nebst dem damaligen Brigadekommandeur General von Rheinbaben. Die Herren kannten meine politische Stellung. Es herrschte anfangs ein höflicher, aber kühler Ton. Als ich aber bei Tisch äußerte, nicht nur ich, sondern alle meine politischen Freunde wünschten dringend unserer Armee den Sieg; wir dürften nicht eher Frieden schließen, bis wir gesiegt hätten, belebte sich die Unterhaltung, man sprach sich offen aus. Die Offiziere erklärten, daß dieser Krieg ein sehr ernster sei und daß namentlich die Kavallerie einen sehr schweren Stand haben werde. Die Oesterreicher hätten gutes Material, die Mannschaften dienten acht Jahre; indessen wir würden unsere Schuldigkeit thun und hoffentlich mit Erfolg. Ganz augenscheinlich trat der Entschluß äußerster Kraftanstrengung hervor, aber keine Spur von Prahlerei und Hochmut oder Ueberhebung, wie 1806 der Fall gewesen sein soll. Der Rittmeister Graf zu Dohna erwähnte, daß er zwei großen Manövern österreichischer Truppen beigewohnt und natürlich hauptsächlich die Kavallerie beobachtet habe. Dieselbe reite nach der Edelsheimschen Methode, das heißt nur lose geschlossen, Bügel an Bügel; sie komme daher leicht in Unordnung und schwärmte bei der Attake. Hierin liege wohl ein Vorteil für uns. In der That haben gerade die ersten Gardedragoner bei Königgrätz Gelegenheit gehabt, jenen Vorteil auszubeuten.

Derselbe Geist herrschte bei allen nachfolgenden Truppen: fester Entschluß, aber kein Hochmut. Dadurch stieg auch mein Mut und meine Hoffnung, mich quälte nur die Besorgnis, daß sich bei Besiegung der Oesterreicher Frankreich einmischen könne und daß dann unsere Kraft nicht ausreichen würde. Ich sprach darüber mit dem General von Rheinbaben, der die Gefahr anerkannte. Von Rußland fürchtete ich weniger, ich kannte die schlechte Stimmung desselben gegen Oesterreich seit 1859. Mit welcher Schärfe und Sicherheit Bismarck das Verhalten Frankreichs beurteilt hatte, wurde erst nach dem Waffenstillstande von Nikolsburg ersichtlich.

Vorfälle in Nassau und Hannover.

Wie einzelne deutsche Staaten die Situation damals auffaßten, ergab sich aus folgenden Vorfällen. Der damalige Hofmarschall des Prinzen Karl, von Meierinck, hatte die Landgräfin von Hessen-Barchfeld nach Wiesbaden begleitet und erzählte in meinem Beisein, daß er unmittelbar nach dem Bundestags-

beschluß vom 14. Juni die Prinzeß gebeten habe, sofort nach Berlin zurückzureisen, weil der Krieg so gut wie ausgebrochen sei. Die Prinzeß lehnte zwar die Abreise für denselben Tag ab, erklärte sich aber für den folgenden Morgen bereit. Bald darauf wurde Herr von Meierinck zum Herzog von Nassau gerufen, der ihn fragte, weshalb er die Abreise der Prinzeß verlange. Meierinck antwortete: „Weil Hoheit sich durch Zustimmung zu dem Bundestagsbeschluß im Kriege mit Preußen befinden, um so mehr, als das nassauische Truppenkontingent den Befehl erhalten hat, nach Frankfurt a. M. abzumarschiren." Der Herzog war sehr erstaunt und versicherte, daß er gar nicht daran denke, in Krieg mit Preußen zu geraten.

Offenbar glaubte man, die Sache werde so verlaufen wie zur Olmützer Zeit: dem energischen Vorgehen Oesterreichs werde Preußen nachgeben. Damit stimmt auch das Verhalten des damaligen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in Hannover, Grafen Platen, überein. Nach einer Mitteilung von Bennigsen hatte der preußische Gesandte, Prinz Ysenburg, in Hannover die Sommation überreicht, in welcher Preußen sich erbot, dem König von Hannover seinen Besitzstand zu garantiren, wenn Hannover sich auf die preußische Seite stelle. Zugleich wurde eine definitive Erklärung bis zum folgenden Nachmittag sechs Uhr verlangt. Ganz kurz vor dieser Zeit trat Graf Platen bei dem Prinzen Ysenburg ein und erklärte, noch ehe er sich gesetzt, der König von Hannover lehne die Vorschläge Preußens ab. Als hierauf der Gesandte erwiderte, der Minister könne nicht zweifelhaft sein, daß er (der Prinz) für diesen Fall den Auftrag habe, Hannover den Krieg zu erklären, war Graf Platen dergestalt überrascht, daß der Prinz ein plötzliches Unwohlsein befürchtete und schleunig einen Stuhl herbeiholte. Man kannte Bismarck und seine Politik nicht, obgleich er wahrlich kein Geheimnis aus derselben gemacht hatte.

Ausbruch und Verlauf des Krieges.

Während der Aufmarsch fast beendigt war und der Kronprinz, dessen Hauptquartier sich in Neisse befand, täglich den Angriff der Oesterreicher erwartete, wie ich aus seinem eigenen Munde weiß, erzählten Reisende, welche direkt aus Böhmen kamen, daß die Oesterreicher mit ihrer Mobilmachung augenscheinlich noch nicht fertig seien; man sehe auf allen Landstraßen und Eisenbahnen noch immer Transporte von Reservisten und Kriegsmaterial. Diese Angaben haben sich später als richtig herausgestellt.

Inzwischen erfolgte der Einmarsch unserer Armee in Sachsen und Böhmen, man konnte täglich einem Zusammenstoß entgegensehen und erwartete in Berlin wie überall mit der größten Spannung Nachrichten. Bei unserer Militärverfassung gibt es im Falle eines Kriegs nur wenige Familien, die nicht nahe Angehörige bei der Armee haben. Ein Sohn und ein Neffe von mir standen in Böhmen und ein Schwiegersohn bei der Mainarmee.

Die erste Nachricht, die mir zu Ohren kam, sich aber nicht weit verbreitete, war eine sehr ungünstige. Dieselbe stammte, wie mein Gewährsmann versicherte, aus dem Bureau des großen Generalstabes und lautete: ein preußisches Corps sei in Böhmen total geschlagen und bis tief nach Schlesien zurückgeworfen. Wie sich nachher ergab, war das Gefecht bei Trautenau und das erste Armeecorps unter dem General von Bonin gemeint.

Am folgenden Tage trafen die offiziellen Depeschen über den Sieg bei Nachod und der Garden über das Corps von Gablenz ein. Es folgten dann fast täglich sehr günstige Nachrichten über siegreiche Gefechte. Die Depeschen waren stets sehr nüchtern, ja bescheiden abgefaßt und trugen den Stempel der Wahrheit an der Stirn, stimmten auch gut zusammen, wenn man die Punkte auf der Karte aufsuchte. Die Wiener Zeitungen sprachen nur von österreichichen Siegen und preußischen Niederlagen. Man wunderte sich nicht gerade über diese Taktik des Feindes, aber einen widerlichen Eindruck machten die Frankfurter Zeitungen, die nicht nur die augenscheinlich falschen österreichischen Nachrichten verbreiteten, sondern eigene, neue, für Preußen höchst ungünstige hinzufügten, sich überhaupt als erbitterte Preußenfeinde benahmen. Später haben zwar Frankfurter Bürger gesagt, sie könnten nicht für die Presse einstehen und nicht für das Verhalten derselben verantwortlich gemacht werden; aber während des Krieges hat sich nicht eine Stimme zur Widerlegung erhoben, die Einwohner haben angebliche österreichische Siege mit Flaggen und so weiter gefeiert, und Norddeutsche, welche den österreichischen Siegesnachrichten widersprachen, sollen übel behandelt und sogar amtlich behelligt worden sein. Damit will ich aber nicht alle späteren Maßregeln des Generals von Manteuffel und das Benehmen des Ministers v. d. Heydt in Betreff der Frankfurter Kriegskontribution rechtfertigen.

In Berlin trafen bald Verwundete, darunter auch Oesterreicher ein, die gerade so gut und mit derselben Sorgfalt gepflegt wurden wie die Preußen. Dies kann ich als Vorstandsmitglied des Vereins für die Armee im Felde bezeugen. Wir hatten Mühe, die österreichischen Wiederhergestellten wieder los zu werden, denen die reine Wäsche und gute Verpflegung in der Ulanenkaserne sehr gut gefiel. Man kann nicht sagen, daß es den verwundeten und kranken Preußen in Süddeutschland überall ebenso gut ergangen ist.

Eines Tages sprach ich in dem Verein für die Armee im Felde den Vorsitzenden des Vorstands, Generallieutenant von Brandt, und den General a. D. Stavenhagen. Die Karte vom Kriegsschauplatz lag auf dem Tisch und ich äußerte, es sähe beinah' so aus, als ob Benedeck eine Schlacht auf dem rechten Ufer der Elbe, etwa nördlich von Pardubitz annehmen wolle. Beide Generale, die lange Zeit im Generalstabe gewesen waren, erklärten es für höchst unwahrscheinlich, ja fast undenkbar, daß der österreichische Feldherr sich mit der Elbe im Rücken schlagen würde.

Am 4. Juli wollte ich des Morgens früh von Berlin nach Dahlewitz fahren. Unter den Linden sah ich eine Menge Menschen um einen Baum stehen, an dem ein Blatt Papier angeschlagen war. Ich stieg ab und hörte, es sei eine Depesche des Königs an die Königin über einen großen Sieg. Die Depesche sei auf der Rampe des Königlichen Palais verlesen worden und einige Bürger hätten um die Erlaubnis gebeten, sofort im Vestibül des Palais Abschriften nehmen zu dürfen, um dieselben sofort anzuschlagen, was schneller gehe als der Druck. Dies war gestattet worden. Die Depesche verkündete einen großen Sieg bei Königgrätz, sie erwähnte, daß alle acht Corps im Gefecht gewesen, gab aber die Zahl der eroberten Geschütze sehr bescheiden und viel zu niedrig an.

Schnell verbreitete sich die Nachricht, und es herrschte große Freude, aber zugleich begann die Sorge um die Angehörigen. Nach den nachfolgenden Depeschen war die 7. Division, bei der mein Neffe stand, stark im Gefecht gewesen. Bevor ich Nachrichten erhielt, wurde bekannt, daß ein ehemaliger Einjährig-Freiwilliger, der, wie mein Sohn, beim 6. Kürassierregiment stand, durch einen Granatenschuß getötet worden sei. Nach fünf bis sechs Tagen trafen Briefe von den Meinigen ein. Mein Neffe war leicht verwundet worden, mein Sohn hatte einige Mann und Pferde von seinem Zuge verloren, war aber gesund. Die Feldpost leistete Außerordentliches. Im Jahre 1814 traf die Nachricht, daß mein Vater bei Chateau-Thierry durch den Leib gestochen sei, erst sechs Wochen später ein, jetzt genügten sechs Tage.

Die Größe des Sieges wurde erst nach und nach erkennbar. Unsere Truppen hatten sich vortrefflich und mit zäher Ausdauer geschlagen. Kundige Offiziere behaupten auch heute noch, daß der Erfolg noch viel größer gewesen sein und Benedek kein Geschütz über die Elbe gerettet haben würde, wenn man auf dem linken Flügel das 5. Armeecorps, das nicht ins Gefecht gekommen war, und auf dem rechten Flügel die Division Etzel und die große disponible Kavalleriemasse sofort zur Verfolgung verwendet hätte. Einigermaßen bestätigt findet man diese Ansicht, wenn man die Beschreibung der Schlacht bei Königgrätz in dem Werk unseres großen Generalstabs aufmerksam liest. Aus dem Befehl an den Kronprinzen, Benedek in der Richtung auf Olmütz zu folgen und zu verhüten, daß er einen Vorstoß nach Schlesien mache, scheint in der That hervorzugehen, daß man am Abend des Schlachttages den Zustand der österreichischen Truppen zu günstig beurteilte. Benedek ist auch nach der Aussage österreichischer Offiziere nur mit völlig aufgelösten Truppen über die Elbe gekommen. Das Stoßen war ihm ganz vergangen.

Auch ohne die völlige Zermalmung Benedeks, die jedenfalls noch viel Blut gekostet haben würde, war doch der Erfolg ein außerordentlich großer. Unsere Truppen durcheilten Böhmen und Mähren und standen bald im Herzogtum Oesterreich, den Stephansturm im Gesicht.

Sehr günstigen Eindruck machte es allgemein, daß der König bis in das Granatfeuer geritten war und daß man die Garde nicht wie 1813/14 geschont, sondern gleich den anderen Truppen mit großem Erfolg verwendet hatte. Dadurch verschwand die Animosität, die bis dahin nicht nur in Zivil-, sondern auch in vielen militärischen Kreisen gegen die Garde geherrscht hatte.

Die Friedenspräliminarien in Nikolsburg.

Im Publikum nahm man an, daß der Vormarsch auf Wien in naher Aussicht stehe. Man stellte Mutmaßungen auf über die Punkte, an denen der Uebergang über die Donau stattfinden werde. Es befremdete daher die Nachricht, daß im Schlosse Nikolsburg, dem Hauptquartier des Königs, über einen Waffenstillstand und die Friedenspräliminarien verhandelt werde. Bei einigem Nachdenken und unbefangener Auffassung der ganzen Lage konnte man die in Aussicht stehende Beendigung des Krieges in diesem Stadium nur billigen, sogar dringend wünschen.

Trotz der verlorenen Schlacht bei Königgrätz disponirte Oesterreich doch über eine Armee von mindestens 150000 Mann an der Donau. Dazu kam die im Anmarsch befindliche Südarmee, welche dadurch verfügbar wurde, daß die Italiener nach einer verlorenen Schlacht sich weit zurückgezogen hatten und völlig inaktiv blieben, was militärisch nicht zu erklären, vielmehr mutmaßlich dem Einfluß Frankreichs zuzuschreiben war. Frankreich hatte beim Ausbruch des Krieges bestimmt auf eine große Niederlage Preußens gerechnet, um dann die Rolle des Vermittlers oder Schiedsrichters gegen starke Entschädigung zu spielen, vielleicht das linke Rheinufer zu gewinnen.

In den französischen Zeitungen aller Farben zeigte sich die größte Aufregung. Es bedurfte keines Seherblicks, um zu erkennen, daß die Lage Napoleons III. gegenüber der französischen Bevölkerung eine sehr peinliche geworden war, ja daß ihm kaum etwas anderes übrig blieb, wollte er seine Stellung nicht gefährden, als militärische Intervention, im Falle Preußen seinen Sieg über eine gewisse Grenze ausbeutete.

Man wußte zwar, daß Frankreich bei seiner Expedition nach Mexiko große Verluste an Menschen und Kriegsmaterial erlitten hatte und nicht gerüstet war, aber Preußen hatte auf dem linken Rheinufer nur wenige Bataillone Landwehr und in der ganzen Rheinprovinz nur sehr wenige Truppen. Die Mainarmee stand den noch lange nicht unschädlich gemachten bayerischen Truppen gegenüber. Unsere Armee in Böhmen hatte nicht nur in Gefechten und Schlachten, sondern auch durch das überaus schnelle Vorgehen, dem die Verpflegung nicht folgen konnte, erheblich gelitten. Der Feldzug war, wie mir meine Angehörigen schrieben, ein sehr anstrengender gewesen, die Cholera war unter den Truppen ausgebrochen. Es lag auf der Hand, daß den Oesterreichern gegenüber mindestens 250000 Mann stehen bleiben mußten und gegen Frank-

reich nur eine verhältnismäßig schwache Armee verwendet werden konnte. Wir hätten nach drei Seiten, gegen Oesterreich, Deutschland und Frankreich, zugleich Front machen müssen.

Offenbar kam es darauf an, ob wir, ohne uns einer solchen Gefahr auszusetzen, den Hauptzweck des Krieges: die Entfernung Oesterreichs aus dem übrigen Deutschland, erreichen konnten? Wie der Friedensschluß ergeben hat, war dies möglich. Auf große Eroberungen in Oesterreich hatte es Bismarck sicher nicht abgesehen, noch viel weniger auf eine Zertrümmerung Oesterreichs.

Den Abschluß des Waffenstillstandes und der Friedenspräliminarien zu Nikolsburg und den definitiven Frieden in Prag habe ich stets als ein Musterstück weiser Mäßigung angesehen; ebenso halte ich es für ein großes Verdienst Bismarcks, daß er zwar Hannover, Hessen, Nassau und Schleswig-Holstein annektirte, aber die anderen deutschen Staaten schonte und keine Landabtretungen an Preußen verlangte. Oesterreich hatte Sachsen in den Frieden eingeschlossen, aber Bayern, Württemberg, Baden und Rheinhessen ihrem Schicksal überlassen, das lediglich von Preußen abhing, welches jeden Widerstand erdrücken konnte. Nur durch diese weise Politik Bismarcks ist der Hergang und die Entwicklung im Jahre 1870, also die Einheit Deutschlands, möglich geworden.

Das Verdienst Bismarcks ist um so größer, als nach glaubhaften Mitteilungen, die, wie mir versichert wurde, von der Adjutantur des Hauptquartiers in Nikolsburg herrührten, Bismarcks Politik beim Könige zunächst auf starken Widerspruch gestoßen ist. Ich erzähle hier nach, was ich damals gehört habe und was nicht im Wortlaute, aber in den wichtigsten Thatsachen von Bismarck später bestätigt worden ist. Nach diesen Erzählungen hat Bismarck dem Könige im Schlosse Nikolsburg die von ihm entworfenen Friedenspräliminarien in Gegenwart des Kronprinzen vorgetragen. Der König, der sich zu dem Kriege gegen Oesterreich nur sehr schwer entschlossen hatte, aber mit Leib und Seele Soldat ist und als solcher den Sieg durch die Besetzung Wiens zu krönen wünschte, ging zunächst auf die Vorschläge Bismarcks nicht ein*) und bestand

*) König Wilhelm gedachte nach dem Siege von 1866 Sachsen zu annektiren, wogegen Fürst Bismarck, aus Rücksichten auf die allgemeine politische Lage, dringend davon abriet. In Bestätigung der obigen Darstellung erfuhr man bald nach dem Tode des Kaisers Friedrich durch Professor Delbrück, daß es der Kronprinz war, welcher hierbei vermittelte und schließlich zu Gunsten der Bismarckschen Ansicht den Ausschlag gab. „Sie wissen,“ erzählte er Delbrück, „daß mir die Bismärckerei in der Konfliktszeit sehr zuwider war; nun aber, da das Heil des Vaterlandes auf dem Spiele stand, ging ich zu Bismarck und versicherte ihm, daß ihm meine Unterstützung nicht fehlen sollte. Als ich in Nikolsburg den steilen Schloßberg hinaufging, begegnete mir auf der halben Höhe der General von Moltke, der mir sagte: ‚Sie finden oben alles in der schlimmsten Bagarre, der König und Bismarck sehen sich nicht. Der Kaiser von Oesterreich hat durch die Vermittlung des Kaisers Napoleon Frieden angeboten, aber die Integrität Sachsens als Bedingung gestellt. Das will der König nicht zugeben.‘ Als ich hinaufkam, fand ich es wirklich so, der König und Bismarck hatten sich eingeschlossen und

auf dem weiteren Vormarsch. Es soll zu sehr lebhaften Erörterungen gekommen sein, und man sagt, daß Bismarck, ohne abzuwarten, daß der König ihn zum Abtreten veranlaßte, das Kabinet sehr aufgeregt verlassen und sich auf sein Zimmer zurückgezogen habe. Dort soll ihn der Kronprinz aufgesucht und aufgefordert haben, wieder zum Könige zu kommen. Bismarck hat dies anfangs abgelehnt und geantwortet, er wolle nur sein Blut beruhigen und dann sein Entlassungsgesuch schreiben. Erst als der Kronprinz versicherte, daß der König jetzt zum Nachgeben bereit sei, folgte Bismarck dem Kronprinzen, und der pflichtgetreue König genehmigte die Präliminarien.

Bestätigt wird der höchst charakteristische Vorgang in der Hauptsache durch eine Mitteilung, die Bismarck bei dem parlamentarischen Diner am 25. Januar 1873 in seinem Hause Miquel und mir machte. Er saß zwischen uns. Darnach hat der König auf den Rand des Entwurfs zu den Friedenspräliminarien ungefähr folgendes geschrieben: „Ich habe diese wenig ehrenvollen, den erfochtenen Siegen nicht entsprechenden Bedingungen nicht genehmigen wollen. Nachdem ich dieselben aber meinem Sohn und Thronfolger vorgelegt und dieser sich auf die Seite meines Ministerpräsidenten gestellt hat, bleibt mir nichts übrig, als meine Genehmigung zu erteilen.“ Bismarck bemerkte noch, daß er dies wichtige historische Dokument sorgfältig in den Akten des Auswärtigen Amts aufbewahren lasse.*)

keiner wollte zum andern. Ich machte nun den Vermittler. Es wurde ein Kriegsrat berufen und die Sachen verhandelt. Da wandte sich der König — das einzigemal, wo er das gethan hat — an mich und sagte: ‚Sprich Du im Namen der Zukunft.‘“

*) In dem Bericht des deutschen Generalstabs S. 715 f. heißt es: „Es war eine ernste und wichtige Entscheidung, welche damit an Seine Majestät den König herantrat, ähnlich der über den Beginn des Krieges. Sollte dieser fortgesetzt werden in der Hoffnung auf noch größere Resultate? . . . Ein großes Ziel war erreicht, sollte man, um ein größeres zu gewinnen, neue Opfer und äußerste Anstrengungen dem preußischen Volke auferlegen, das Errungene nochmals in Frage stellen? Eine weise Politik bemißt ihre Ziele nicht nach dem Begehrenswerten, sondern nach dem Notwendigen. Deutschlands nationale Entwicklung unter Preußens Führung war durch den dargebotenen Frieden gesichert, weitergehende Projekte der Eroberung, wie man sie Preußen zuzuschreiben gern geneigt ist, lagen nicht in dem Willen seiner Regierung. Monarch und Volk durften sich sagen, daß sie der Pflicht Genüge gethan, welche ein hoher Beruf dem Staate wie dem einzelnen auferlegt; sie mußten anerkennen, daß ein weiteres zwingendes Bedürfnis für die Sicherheit und die Entfaltung des nationalen Lebens Preußens und Deutschlands nicht vorlag. Was Preußen jetzt zu gewinnen im Begriff stand an territorialem und an Machtzuwachs, das durfte es hoffen, bald und vollständig zu einem gemeinsamen Organismus mit dem bisherigen Bestande des Staates verwachsen zu sehen. Die von Oesterreich dargebotenen Bedingungen schlossen ferner die Möglichkeit künftiger Wiederherstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses zu dem früheren Bundesgenossen nicht aus. Weder der Ehre noch der Macht Oesterreichs war eine Wunde geschlagen, welche eine unheilbare Feindschaft zwischen beiden Staaten notwendig im Gefolge hatte. Wenn man mehr forderte, wenn eine glückliche Fortsetzung des Krieges mehr zu erzwingen erlaubte, so mußte ein Stachel zurückbleiben, den keine Zeit ent-

Wahl und Zusammentritt des Abgeordnetenhauses nach 1866. Präsidentenwahl.*)

Die Wahlen zum Abgeordnetenhause hatten unter dem Eindruck der großen Siege stattgefunden und eine liberale, aber in ihrer Mehrheit nicht oppositionelle Majorität ergeben. Der Tag der Eröffnung des Landtags war festgesetzt, aber der König und Bismarck noch nicht wieder in Berlin eingetroffen. Man erzählte, daß zwischen Bismarck und dem Ministerium eine wichtige Differenz über einen Passus der Thronrede obwalte, näheres wurde aber nicht bekannt. In großer Spannung betraten die Abgeordneten den weißen Saal im Schloß. Der König, der erst am Tage vorher in Berlin angekommen war, eröffnete selbst den Landtag.**) Bismarck war auch zugegen. Die Thronrede lautete im ganzen entgegenkommend und enthielt den überaus wichtigen Satz: „Die Ausgaben entbehren der gesetzlichen Grundlage; Meine Regierung ist angewiesen, Indemnität nachzusuchen."

Nach dem Schluß der Thronrede sagte ich zu einem neben mir stehenden Abgeordneten: Wenn die siegende Regierung uns die Hand zur Versöhnung bietet, so wären wir Thoren, nicht einzuschlagen. Dies war auch die allgemeine Stimmung unter den Abgeordneten, nur unter der äußersten Linken schien eine andere Ansicht zu herrschen. Nachdem die Prüfung der Mehrzahl der Wahlen unter einem Alterspräsidenten stattgefunden hatte, kam es zur Konstituirung des Hauses. Ich erklärte in der Fraktion, daß ich die Wahl zum Vizepräsidenten nicht annehmen würde, weil ich in der ganz veränderten Situation neue Leute für notwendig hielte. Zugleich schlug ich Forckenbeck zum ersten Vizepräsidenten vor, womit sich die Fraktion einverstanden erklärte. Forckenbeck ließ sich nach einigem Zögern bereit finden, die Wahl anzunehmen. Es traf inzwischen die Nachricht ein, daß auch Grabow die Wahl zum ersten Präsidenten definitiv abgelehnt habe, um so mehr, als sich das Gerücht verbreitete, daß der König die Wiederwahl Grabows für einen feindlichen Schritt betrachte.

Jetzt handelte es sich um die schwierige Wahl eines andern ersten Präsidenten, der die sichere Aussicht auf die Majorität haben mußte. Ich schlug wiederum Forckenbeck vor, den ich für sehr geeignet hielt, mit Recht, wie die

fernt hätte. Den Bruch zwischen Preußen und Oesterreich zu verewigen, konnte nicht im Interesse Deutschlands und Preußens liegen... Die Entscheidung Seiner Majestät fiel für den Frieden aus. Der Entschluß des Königs wurde freudig begrüßt von einer Armee und einem Volke, welche mitten im Lauf eines glücklichen und ruhmreichen Krieges nicht verlernt hatten, die Segnungen des Friedens zu schätzen." Zu vergleichen ist noch der von Sybel Bd. V, S. 294 f. mitgeteilte Immediatbericht Bismarcks, d. d. Brünn, 24. Juli 1866.

*) Der obige Abschnitt beleuchtet scharf die Verdienste des Herrn von Unruh um die Schaffung der nationalliberalen Partei als einer loyal-patriotischen Stütze der Bismarckschen Politik.

**) Die Eröffnung des Landtags erfolgte am 5. August 1866.

Erfahrung bewiesen hat. Forckenbeck hatte zuerst Bedenken, erklärte sich dann aber bereit, die Wahl anzunehmen, die auch erfolgte. Gleich sein erstes Debut war vortrefflich. Grabow hatte stets nach seiner Wahl eine politische Rede gehalten, welche zuweilen einzelne Parteien im Hause verletzte. Forckenbeck, nachdem er gewählt war, sprach nur einige ganz kurze Worte des Dankes aus*) und ging dann sofort zur Tagesordnung über. Dies taktvolle Benehmen brachte ihm ein allgemeines Bravo ein.

Die Bildung der nationalliberalen Partei.**)

Es stand außer Zweifel, daß auf die Thronrede eine Adresse an die Krone erlassen werden mußte. Zu dem Zwecke sollte eine Adreßkommission gewählt werden. Die Wahl erfolgte damals in Wirklichkeit durch die einzelnen Abteilungen, nicht, wie später, durch Kompromiß der Parteien. In der Abteilung, zu der ich gehörte, war ich für die Adreßkommission designirt. Die Wahl hatte noch nicht stattgefunden, als über die Adresse in der Partei verhandelt wurde. Waldeck legte einen Entwurf zur Adresse vor, der mein Staunen erregte durch den hochfahrenden, fast verletzenden Ton, der darin herrschte, und den Mangel jedes Entgegenkommens auf die versöhnliche Thronrede. Leider habe ich keine Abschrift davon genommen. Es lag doch auf der Hand, daß das Abgeordnetenhaus gegenüber der siegenden Regierung und der Stimmung im Lande sich in einer recht bescheidenen Situation befand. Dennoch saß der Adreßentwurf auf dem hohen Konfliktspferde, als ob das Abgeordnetenhaus es in der Hand gehabt hätte, die Regierung zum unbedingten Nachgeben in allen Punkten zu zwingen.

Ich opponirte heftig, es kam aber zu keinem klaren, formellen Beschluß. Waldeck sah seinen Entwurf als von der Fraktion genehmigt an. Es wurde noch über andere Gegenstände verhandelt. Der größere Teil der Mitglieder hatte sich bereits entfernt. Da stellte Freiherr von Hoverbeck den Antrag, daß diejenigen Mitglieder der Partei, welche in die Adreßkommission gewählt würden, sich verpflichten sollten, nicht allein den Waldeckschen Entwurf aufrecht zu erhalten, sondern jedes dazu gestellte Amendement zu bekämpfen. Ich widersprach lebhaft, erklärte die Waldecksche Adresse für unannehmbar und wies darauf hin, daß man bis jetzt alle Anträge auf Einführung bindender Fraktionsbeschlüsse stets abgelehnt habe und jetzt in einem entscheidenden Augenblick einen solchen Zwang ausüben wolle. Johann Jacoby trat Herrn von Hoverbeck bei und Waldeck billigte dessen Antrag. Mir wurde nur schüchtern sekundirt. Ich erklärte, daß ich mir einen solchen Zwang in dieser wichtigen Angelegenheit nicht

*) Vergl. die stenographischen Berichte über die Sitzung vom 10. August 1866, S. 38.

**) Ueber die Gründung der nationalliberalen Partei vergl. auch den Artikel von Unruhs in der „Gegenwart" 1881, Bd. XX, S. 178.

gefallen ließe, und verließ das Lokal. Am andern Tage zeigte ich dem Parteivorstande schriftlich meinen Austritt aus der Fraktion an. Schulze-Delitzsch und andere drangen in mich, nicht auszutreten; ich blieb aber dabei und sprach meine Meinung von der Notwendigkeit einer Trennung der Fraktion offen aus. Twesten, der der Fraktionssitzung nicht beigewohnt hatte, war mit meinem Austritt ganz einverstanden und meinte, das fehle gerade noch, daß man sich von Waldeck, Jacoby und Hoverbeck tyrannisiren lassen solle.

In der Abteilung bat ich, mich nicht in die Adreßkommission zu wählen, unterließ es auch, andere zum Austritt aus der Fraktion aufzufordern. Mir folgten aber Twesten und eine Anzahl solcher Abgeordneten, die den Konflikt beendet wissen und im Interesse Preußens und Deutschlands die Regierung unterstützen wollten, soweit die Aufrechterhaltung liberaler Grundsätze es gestatte. Etwas später trat auch Lasker zu uns, was ich ihm sehr hoch aufnahm, weil er in Berlin gewählt war und sich sagen mußte, daß durch seinen Austritt aus der Fortschrittspartei seine Wiederwahl in Berlin sehr gefährdet sei, wo, wie in vielen großen Städten, die Wähler in ihrer Mehrzahl zum Radikalismus hinneigen. Lasker folgte seiner Ueberzeugung trotz dieser Gefahr.

So entstand die nationalliberale Partei, der sich später die meisten Abgeordneten aus den annektirten Ländern anschlossen.

So hoch ich es Bismarck anrechne, daß er sein am 20. Juni gegebenes Versprechen*) hielt und in der Thronrede die Hand zur Versöhnung und zur Beseitigung des Konflikts bot, so war doch nicht zu verkennen, daß er, wollte er sein Ziel: die Einigung Deutschlands, erreichen, zu verfassungsmäßigen Zuständen zurückkehren mußte und der Unterstützung einer starken liberalen Partei bedurfte, die ihm auch von der nationalliberalen Partei prinzipiell zu teil geworden ist.

Zur Charakteristik Waldecks und Jacobys will ich hier noch anführen, daß in der Kommission ein versöhnlicher Entwurf zur Adresse durch Forckenbecks Vermittlung zu stande kam und im Hause mit großer Majorität angenommen wurde. Waldeck hatte seinen Adreßentwurf selbst aufgegeben, Jacoby stimmte gegen die Adresse und äußerte in meiner Gegenwart, er würde auch gegen den Waldeckschen Entwurf im Plenum gestimmt haben, weil er überhaupt keine Adresse wolle.

Die Dotationen.

Ein von der Regierung vorgelegter Gesetzentwurf wegen Bewilligung eines erheblichen Betrags zu Dotationen für die Generale wurde zur Vorberatung in eine Kommission verwiesen. Der Minister des Innern, Graf Eulenburg, erkundigte sich im Vorzimmer bei mir über die Stimmung im Hause in Betreff

*) Vergl. oben S. 250. Auslassungen der „Provinzialkorrespondenz“ über die im Jahre 1866 von der Regierung beantragte Indemnität. „Post“ 1882, Nr. 60, vom 2. März 1882.

der Dotationen. Ich sagte ihm, daß nach meiner Meinung die Bewilligung keinem Zweifel unterliege, nur würde verlangt werden, daß in dem Gesetzentwurf die Personen genannt würden, welche Dotationen erhalten sollten. Darauf bemerkte der Minister, dazu würde der König seine Zustimmung nicht geben. Ich erwiderte, jenes Verlangen beruhe nicht auf einer Anmaßung von seiten der Abgeordneten, sondern auf dem Umstande, daß 1815 die Verleihung von Dotationen ebenfalls in Form eines Gesetzes unter Nennung der Namen der Generale stattgefunden habe. Die Enkel derselben könnten heute noch auf diese Namen in der Gesetzsammlung hinweisen. Die Dotationen seien eine Nationalbelohnung, eine öffentliche Anerkennung der geleisteten Dienste, keine gewöhnlichen Gratifikationen, zu denen das Haus schwerlich einen Fonds bewilligen würde. Man wolle unseren Generalen dieselbe Ehre wie 1815 erweisen Ich führte noch an, daß Offiziere, mit denen ich darüber gesprochen, diesen Standpunkt vollkommen billigten, und daß ich an der Genehmigung des Königs nicht zweifelte, wenn ihm die Sache richtig vorgetragen werde. Wenn Seine Majestät die Zustimmung verweigere, so treffe die Schuld den vortragenden Minister, das heißt Graf Eulenburg selbst, da der Ministerpräsident von Bismarck verreist sei.

Graf Eulenburg erklärte sich bereit, persönlich beim Könige die Genehmigung zu erbitten, fragte aber, ob das Abgeordnetenhaus etwa auch bei der Verteilung des Fonds mitsprechen wolle. Ich antwortete, daß ich durchaus keinen Auftrag vom Hause oder auch nur von der Fraktion habe, Erklärungen abzugeben. Ich hätte nur mit einzelnen Abgeordneten gesprochen und dem Herrn Minister nur meine persönlichen Ansichten über die Stimmung im Hause mitgeteilt; ich glaube nicht, daß die Majorität eine Mitwirkung bei der Verteilung des Fonds in Anspruch nehme, diese vielmehr gern Seiner Majestät allein überlassen würde. Dagegen könne ich nicht umhin, meine Vermutung auszusprechen, daß das Gesetz nur dann glatt durch das Haus gehen werde, wenn unter den zu nennenden Namen ein General nicht aufgenommen werde und ein anderer nicht fehle. (Ich meinte die Generale von Manteuffel und Vogel von Falkenstein.) Graf Eulenburg verstand mich vollkommen und meinte, der eine Name sei wohl schon beseitigt, aber die Aufnahme des andern würde große Schwierigkeiten haben.

Zur Erläuterung führe ich an, daß gegen den General von Manteuffel fast im ganzen Hause große Mißstimmung herrschte, weil man ihn als den Repräsentanten der Reaktion und als den Gegner der Bismarckschen Politik zu kennen glaubte und wohl auch meinte, daß er den General Vogel von Falkenstein von dem Kommando der Mainarmee verdrängt habe. Der Feldzug des letzteren hatte nach den Zeitungsberichten einen sehr günstigen Eindruck gemacht; man konnte nicht begreifen, was seine Abberufung veranlaßt hatte, und war davon schmerzlich berührt worden.

Ich habe mich später vielfach, aber lange Zeit vergeblich erkundigt, was man dem General zur Last legte. Selbst sein Generalstabschef, der nachherige General von Krantz, den ich zufällig sprach, konnte oder wollte mir keine Auskunft geben, rühmte aber sehr warm den General von Manteuffel als kommandirenden General. Erst vor einigen Jahren sagte mir ein unterrichteter Offizier, dem General Vogel von Falkenstein sei bei Beginn des Feldzugs vom Könige durch den General von Moltke die Instruktion erteilt worden, vor allem die bayerischen Truppen aufzusuchen, dieselben zu schlagen und so weit als möglich zu verfolgen, sich aber um die bei Frankfurt a. M. sich sammelnden Reichstruppen gar nicht zu bekümmern, weil dieselben sich, sobald die Bayern gründlich geschlagen worden seien, von selbst zerstreuen würden, um so mehr, als das badensche Kontingent jedenfalls nur mit Widerwillen an dem Feldzuge gegen Preußen teilnahm. Statt dessen habe der General nach dem Vorstoße gegen die Bayern bei Kissingen dieselben nicht verfolgt, sondern sich westlich über Aschaffenburg gegen die Reichstruppen gewendet. Die Richtigkeit der Instruktion leuchtet auch dem Nichtsoldaten ein. Die Stellung Preußens beim Abschluß der Friedenspräliminarien in Nikolsburg und gegenüber Frankreich wäre offenbar eine noch glänzendere gewesen, wenn Vogel von Falkenstein sich durch Aufreibung der bayerischen Truppen und demnächstige Zerstreuung der Reichsarmee zum Herrn von ganz Süddeutschland gemacht hätte. So viel steht fest, daß man sich in Bayern über die bei Kissingen unterlassene Verfolgung sehr gewundert und gefreut hatte.

Uebrigens will ich in keiner Weise mir ein Urteil über die Verdienste oder Fehler der beiden genannten Generale anmaßen. Ich will hier nicht Geschichte schreiben, am wenigsten kritische, sondern nur Vorgänge erzählen, die ich selbst erlebt, namentlich solche, bei denen ich persönlich mitgewirkt habe, und Details mitteilen, die sonst schwerlich aufgezeichnet, aber geeignet sind, Licht über den inneren Zusammenhang zu verbreiten. Dahin gehört auch folgendes:

In der Dotationskommission*) las ein Mitglied der Rechten einen an ihn gerichteten Brief Bismarcks vor, worin derselbe den Wunsch aussprach, daß seine Freunde ihn nicht zu einer Dotation vorschlagen möchten. Hierauf ergriff der Abgeordnete Jung das Wort und erklärte, der Brief Bismarcks sei lediglich an seine bisherigen politischen Freunde gerichtet, binde also in keiner Weise die anderen Parteien. Er beantrage daher die Aufnahme Bismarcks in die Dotationsliste. Dem wurde nicht widersprochen, sondern zugestimmt.**) Jung

---

*) Vergl. zum Folgenden den Bericht der XVIII. Kommission über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Verleihung der Dotationen in Anerkennung hervorragender, im letzten Kriege erworbener Verdienste. Drucksachen des Abgeordnetenhauses, IX. Legislaturperiode, I. Session 1866—67, Nr. 100.

**) Diese Details waren bisher nicht bekannt. Der in der vorigen Note erwähnte Kommissionsbericht enthielt darüber nichts. Die entscheidenden Kommissionssitzungen waren geheim.

war 1848 radikal, gehörte aber seit seinem Eintritt in das Abgeordnetenhaus nicht mehr der äußersten Linken an, sondern nur der großen liberalen Partei. So weit ging also die Anerkennung der Bismarckschen Politik, daß Bismarck von dieser Seite zu einer Nationalbelohnung vorgeschlagen wurde, die er auch erhielt.*)

Graf Eulenburg hatte, wie es scheint, ohne Schwierigkeit die Zustimmung des Königs zur Nennung der Namen in dem Dotationsgesetz erlangt, das mit großer Majorität im Hause angenommen wurde. Der General Vogel von Falkenstein war in die Liste aufgenommen worden.

Stimmung im Abgeordnetenhause.

Die Stimmung war eine sehr gehobene. Der österreichische Alpdruck auf Deutschland hatte aufgehört. Eine neue Organisation desselben stand in naher Aussicht. Der Konflikt im Innern erreichte durch die Bewilligung der Indemnität sein Ende, wenn auch die dagegen stimmende Minderheit ziemlich zahlreich war. Zwischen den konservativen und liberalen Abgeordneten stellte sich ein freundliches Verhältnis her. Man sprach und verkehrte miteinander ohne Gereiztheit. Auf beiden Seiten wurde wohl bekannt, daß in den meisten Fällen das Ziel: das Glück und die Größe des Vaterlandes, ein gemeinschaftliches sei, und Differenzen hauptsächlich nur in Betreff der Mittel und Wege obwalteten. Ausgeschlossen von jeder Annäherung blieb die wirkliche Reaktion, das Strebertum und der krasse Radikalismus. Bei dem ersten Hoffest sprach der König mit vielen Abgeordneten in der freundlichsten Weise. Forckenbeck,

*) Aber erst nach einer häßlichen Demonstration seiner schroffen politischen Gegner. Nach dem Gang der Beratungen durfte man die Hoffnung hegen, daß der Vorschlag der Kammer einmütig vom Hause angenommen werden würde. Da aber geschah das Unerhörte, das Unglaubliche: die Abgeordneten von Hoverbeck, Virchow und einige Genossen von der Fortschrittspartei stellten das Amendement: Die Minister Graf Bismarck und von Roon aus der Zahl derer, welchen eine Nationalbelohnung zu teil werden sollte, zu streichen. Hoverbeck führte zur Begründung aus, Dotationen dürften nur Heerführern für glänzende Kriegsthaten verliehen werden, niemals aber Ministern im Amte ... Den jetzigen Ministern aber wolle er vollends keine Belohnungen bewilligen, weil sie dieselben nicht verdienen. Ihnen sei Indemnität, das heißt Straflosigkeit für „ihre früheren Sünden“, bewilligt worden (welche Bewilligung aber dieselben Fortschrittsleute ihrerseits verweigert hatten!); nun noch eine Nationalbelohnung hinzuzufügen, das sei zu viel und so weiter. Die Mehrheit des Hauses hielt es indessen nicht für schicklich, auf diese Ansichten auch nur zu antworten; sie erkannte es vielmehr für angemessen, dem einmütigen Dankgefühle des Landes gerade auch für die beiden zu Nationalhelden gewordenen Minister ohne weitere Debatte Ausdruck zu geben. Nach Verwerfung des Hoverbeckschen Antrages wurde ihnen und den genannten Generalen der öffentliche Dank des Volkes durch Annahme des Kommissionsantrages (219 gegen 80 Stimmen) in feierlicher Weise ausgesprochen. Die abweichenden Stimmen gehörten zur Hälfte der Fortschrittspartei, zur andern Hälfte den Katholiken und Polen an. Roon, Denkwürdigkeiten Bd. II, S. 325.

der als erster Präsident des Hauses öfter mit dem Könige in Berührung gekommen war, äußerte, daß derselbe bisher sehr unterschätzt worden sei. Der König besitze unwidersprechlich klaren Verstand, gesundes Urteil und offenbar sehr guten Willen. Er lasse sich ehrerbietigen Widerspruch gefallen, höre ruhig zu und begründe dann seine abweichende Meinung in ganz geschickter Weise.

Bismarck lud mehrfach Abgeordnete, auch solche, die zur bisherigen Opposition gehört hatten, zum Diner ein, war sehr mitteilend und ein sehr liebenswürdiger Wirt. Seine Politik und seine große Begabung fanden allgemeine Anerkennung; er war in der That, wie er 1863 selbst vorhergesagt hatte, zum populärsten Manne im Staat geworden. Auch sein Auftreten im Abgeordnetenhause befriedigte fast allgemein. Es zeigte sich immer mehr, daß die Hoffnung auf ein gedeihliches Zusammenwirken der Mehrheit des Hauses mit der Regierung wohl begründet sei. Die Entschädigungen für die depossedirten deutschen Fürsten*) wurden bewilligt.**) Während der Debatte***) sagte ich privatim dem Ministerpräsidenten, ich würde gegen die Entschädigung für den König von Hannover stimmen. Bismarck fragte: warum? Ich antwortete, weil an ein definitives Abkommen nicht zu denken, sondern zu fürchten sei, das Geld würde zur Agitation gegen Preußen verwendet werden.†)

Benehmen der Offiziere nach dem Siege.

Sehr erfreulich war das Benehmen der zurückgekehrten Offiziere aller Grade. Der Sieg hatte keinen Uebermut hervorgerufen, im Gegenteil bemerkte man nichts mehr von dem vor dem Kriege namentlich bei jungen Offizieren wohl vorgekommenen arroganten Auftreten. Es schien fast so, als ob das Bewußtsein wirklicher großer Leistungen alle unbegründeten Ansprüche beseitigt habe. Allerdings waren die zurückkehrenden Truppen, man darf sagen mit Begeisterung und Jubel empfangen worden. Man wußte jetzt, daß wir wirkliche Generale besäßen, die große Truppenmassen zu führen verstünden, und daß diese letzteren die Anordnungen der Feldherren mit großer Tapferkeit und Ausdauer ausführten.

Die Stadt Berlin gab der Armee ein Fest in der großen Turnhalle, wobei der König, die königlichen Prinzen und Offiziere aller Grade nebst einer größeren Anzahl von Unteroffizieren und Mannschaften erschienen. An jeder

*) Zu vergl. der Gesetzentwurf, betreffend die Bestreitung der dem König Georg und dem Herzog Adolf von Nassau gewährten Ausgleichungssumme, Haus der Abgeordneten, I. Session der X. Legislaturperiode. Drucksache Nr. 45.

**) Gesetz vom 28. Februar 1868. Preußische Gesetzsammlung 1868, S. 165.

***) Vergl. die stenographischen Verhandlungen über die 40. Sitzung, S. 1288—1315.

†) Vergl. die Verordnung, betreffend die spätere Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg, vom 2. März 1868, Gesetzsammmlung S. 166.

Tafel präsidirte ein Mitglied des Magistrats oder der Stadtverordneten. Zu den letzteren gehörte auch ich. An meinem Tische saßen nur Unteroffiziere und Gemeine, die sich sämtlich musterhaft und gar nicht etwa verlegen benahmen. Es herrschte ein vortrefflicher Ton. Nachdem der König und die Prinzen das Lokal verlassen hatten, placirten sich zum Kaffee Offiziere aller Grade, Magistratsmitglieder und Stadtverordnete an einer langen Tafel und plauderten wie alte Bekannte. Offiziere erzählten interessante Details aus einzelnen Gefechten und beantworteten die Fragen der Zivilisten bereitwilligst.

Der Norddeutsche Bund und der Reichstag.

Vorläufiger Ausschluß der süddeutschen Staaten.

Als es bekannt wurde, daß der neue Deutsche Bund sich vorläufig auf die norddeutschen Staaten beschränken, Bayern, Württemberg und Baden dagegen noch außerhalb des Bundes bleiben sollten, gab es wohl viele Stimmen, welche diese Spaltung sehr beklagten. Die in die Minderheit geratene Opposition im Abgeordnetenhause hat später, namentlich durch den Mund Virchows, hieraus dem Ministerpräsidenten Bismarck einen schweren Vorwurf gemacht. In der That ließ sich nicht verkennen, daß Preußen es nach Abschluß der Friedenspräliminarien in Nikolsburg völlig in seiner Hand hatte, den süddeutschen Staaten die Friedensbedingungen vorzuschreiben und den Anschluß an den Deutschen Bund zu erzwingen; aber ein solcher auf militärische Ueberlegenheit gestützter Zwang würde gewiß nicht zu einem haltbaren Bundesstaat, höchstens zu einem unfreiwilligen, losen Staatenbund geführt haben, der bei der ersten Erschütterung dem Zerfallen ausgesetzt gewesen wäre. Es blieben im Norden Deutschlands schon genug widerstrebende, partikularistisch gesinnte Elemente übrig. Die von Preußen annektirten Länder mußten erst assimilirt werden. Die gewaltsame sofortige Einigung Deutschlands hätte ein erfolgreiches Zusammenwirken der Bundesregierung mit der Volksvertretung sehr erschwert. Das richtige Verhalten des norddeutschen Bundesstaats mußte den freiwilligen Eintritt der Süddeutschen erst vorbereiten. Man muß daher abermals die weise Mäßigung Bismarcks um so mehr anerkennen, als er nicht unterließ, die Zolleinigung in wirksamster Weise durch das Zollparlament und den Beistand der süddeutschen Staaten im Falle eines Krieges durch den erst später bekannt gewordenen Abschluß der Schutz- und Trutzbündnisse, soweit es damals möglich, sicher zu stellen. Die Geschichte der folgenden Jahre hat bestätigt, daß die Bismarcksche Politik 1866 eine ungemein kluge, weitschauende und erfolgreiche gewesen ist.

Die Organisation des Norddeutschen Bundes und das allgemeine Wahlrecht.

Alles kam jetzt auf die Organisation des Norddeutschen Bundes an. Ungemein überraschte die Nachricht, daß Bismarck den Reichstag aus all-

gemeinem gleichem Wahlrecht mit geheimer Abstimmung*) hervorgehen lassen wolle. Er hatte zwar in seiner Antwort auf die Vorschläge des Frankfurter Fürstentags auf eine solche Volksvertretung hingewiesen, aber man hielt dies damals für einen auf Oesterreich berechneten Schreckschuß.

Im zweiten vereinigten Landtag im April 1848 war Bismarck gegen das allgemeine, gleiche, aber nur indirekte Wahlrecht scharf aufgetreten und hatte geäußert, „Pfund Menschenfleisch und Menschenknochen" gewährten keinen Maßstab für das Wahlrecht. Georg von Vincke hatte eingeworfen: „Seelen."

Bei Bismarcks scharfem Verstande und seiner Beobachtungsgabe läßt sich nicht daran zweifeln, daß er die große Gefahr, die im allgemeinen gleichen Wahlrecht liegt, sicher nicht übersah. Wenn er dasselbe dennoch einführte, so fragt es sich, was ihn dazu bewog?

Niemand hatte diesen radikalen Schritt erwartet. Wenn es auch auf dem äußersten linken Flügel viele Anhänger des ganz unbeschränkten Wahlrechts gab, so war dasselbe doch nicht ernstlich und dringend für den Reichstag gefordert worden. Es hatte unter der liberalen Partei sehr viele Anhänger verloren, namentlich in der nationalliberalen Partei. Dazu gehörte auch ich nebst Twesten, Hennig und vielen anderen, die nicht in der nächsten, aber in der ferneren Zukunft recht bedenkliche Folgen befürchteten, wenn die Entscheidung bei den Wahlen in die Hände der Masse der Besitzlosen und Ungebildeten gelegt werde. Dazu kam, daß die direkte Wahl das Korrektiv beseitigte, welches bei der indirekten Wahl in der Einwirkung auf die Wahlmännerversammlungen liegt.

So viel steht fest, Bismarck war in keiner Weise gezwungen, sich zu einem ganz radikalen Wahlgesetz zu entschließen. Er that dies aus eigenem Antriebe, nach meiner Meinung, nicht weil er selbst radikal oder auch nur liberal geworden war, wovon gar nicht die Rede sein kann, sondern weil er sich eine sehr große Wirkung in Bezug auf seine politischen Ziele versprach. Er wußte, daß er durch das unbeschränkte Wahlrecht nicht nur die Radikalen in ganz Deutschland, sondern auch die Liberalen, die weder scharf nachdachten, noch beobachteten, auf seine Seite zog. Nun ist es aber, nach meiner Ansicht, eine

*) Vergl. oben S. 147. Bereits in einer Depesche an den preußischen Gesandten in München vom 24. März 1866 hatte sich Bismarck gegen das System der Kammerdelegationen ausgesprochen: Eine solche Versammlung würde der Nation gegenüber nicht die erforderliche Autorität haben. Denn sicher sei es nicht die allgemeine Meinung, daß die Sonderlandtage — er nehme auch den preußischen nicht aus — die gesamte staatsmännische Befähigung der deutschen Nation in sich schlössen. „Direkte Wahlen aber und allgemeines Stimmrecht," fuhr die Depesche fort, „halte ich für größere Bürgschaften einer konservativen Haltung als irgend ein künstliches, auf Erzielung gemachter Majoritäten berechnetes Wahlgesetz. Nach unserer Erfahrung sind die Massen ehrlicher bei der Erhaltung staatlicher Ordnung interessirt als die Führer derjenigen Klassen, welche man durch die Einführung irgend eines Zensus in der aktiven Wahlberechtigung privilegiren möchte."

Eigentümlichkeit Bismarcks, daß er ein ganz gefährliches Mittel ergreift, wenn er dadurch sein nächstes Ziel zu erreichen hofft. Er fühlt in sich die Stärke, die Gefahr, die er heraufbeschwört, zu beherrschen. Ob dies auch seinem Nachfolger gelingen wird, scheint seinen Entschluß nicht zu alteriren. Es ist gar nicht zu bestreiten, daß die Proklamation des allgemeinen, gleichen Wahlrechts zunächst den großen Zwecken Bismarcks entschieden förderlich war. Es fragt sich nur, was in Zukunft daraus werden soll?

Wie ich über das allgemeine Wahlrecht jetzt denke, habe ich bereits gesagt.*) Hier will ich nur noch hinzufügen, daß das allgemeine, gleiche Wahlrecht gerade wie der Schutzzoll recht leicht eingeführt, aber sehr schwer und nicht ohne die heftigsten Kämpfe wieder zu beseitigen ist. Die Gefahr ist mäßig, so lange die zahlreichste unterste Schicht der Bevölkerung sich noch nicht der Macht bewußt ist, welche die Wahlberechtigung ihr verleiht, und sich von Mitgliedern der gebildeten, besitzenden Klassen noch leiten läßt. Erwacht aber jenes Bewußtsein, wie jetzt bei den Sozialdemokraten, und breitet sich auch unter der ländlichen Bevölkerung aus, so muß notwendig mit der Zeit die unterste Schicht bei den Wahlen die Oberhand bekommen, und es fragt sich dann nur, ob sie ihre eigenen Mitglieder in das Parlament bringt oder sich durch spekulative, gewerbsmäßige Politiker, wie in Nordamerika, vertreten läßt. Beides wäre gleich verderblich.

Das Studium der nordamerikanischen Zustände, namentlich seit Beendigung des Sezessionskrieges, zeigt schlagend, wohin das allgemeine gleiche Wahlrecht mit Notwendigkeit führt; vor allem zur Anwendung auch in der Kommune, zur periodischen Wahl aller Beamten, sogar der Richter, und auf diesem Wege zur unausrottbaren Korruption. Die nordamerikanischen Zustände, deren Grundlage das unbeschränkte Wahlrecht ist, und die notwendig Schrecken und Ekel erregen, führen zu der Vermutung, daß Nordamerika an den Folgen des allgemeinen gleichen Wahlrechts zu Grunde gehen muß. Selbst auf revolutionärem Wege wäre Abhilfe nicht zu erwarten, weil die unterste Schicht sich in der großen Mehrzahl befindet und der amerikanischen Regierung eine genügend starke Armee nicht zur Verfügung steht.

Nun denke man sich, daß dereinst in Deutschland ein radikales Parlament gewählt würde, mit dem die Reichsregierung in Konflikt gerät; ferner daß eine oder mehrere Auflösungen dasselbe Resultat ergeben. Was dann? —

Bismarck hat im Abgeordnetenhause einmal zur Zeit des Konflikts den sehr richtigen Ausspruch gethan, daß jeder monarchisch-konstitutionelle Staat auf einer Reihe von Kompromissen beruhe und daß, wenn diese nicht zu stande kommen, es sich nur noch um Machtfragen handle. Zwischen einem radikalen Parlament und einer konservativen oder auch einer liberalen Regierung kann

*) Vergl. oben S. 151.

von Verständigung nicht die Rede sein. Machtfragen können dann offenbar nur durch die Armee entschieden werden — also durch den Bürgerkrieg!

Deutschland ist zur republikanischen Staatsform noch viel weniger geeignet als Frankreich, das dieselbe schwerlich auf die Dauer aufrecht erhalten wird. Ein radikales Parlament würde aber jedenfalls dahin streben, die monarchische Staatsform durch jene zu ersetzen.

Diese Blicke in die Zukunft mögen zu schwarz sein, aber schwerlich wird sich leugnen lassen, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht zu ganz heillosen Folgen führen kann, sobald kein Bismarck an der Spitze steht und das Staatsruder sich vielleicht einmal in schwachen Händen befindet.

Bei der Frage des allgemeinen gleichen Wahlrechts soll man sich nicht auf kleine Staatswesen, wie Schweizer Kantone, berufen, in denen Wohlhabenheit und verhältnismäßig hohe Bildung herrscht und kein zahlreiches Proletariat vorhanden ist. Auch Frankreich gewährt noch keinen genügenden Anhalt, weil dort die Wahlresultate mit wenigen Ausnahmen durch das bekannte System Napoleons III. mehr oder minder gefälscht sind. Erst nach längerer Zeit kann es sich zeigen, ob ein Großstaat auf dem Kontinent mit ganz unbeschränktem, wirklich freiem Wahlrecht auf die Dauer bestehen kann.

Als Bismarck das allgemeine gleiche Wahlrecht in Deutschland einführte, tauchte die Vermutung auf, daß er als Gesandter in Paris gesehen habe, mit welchem Erfolge die Regierung auf die Wahlen einwirken könne, und daß ein ähnliches Verfahren in seiner Absicht liege;*) aber das Irrtümliche dieser Vermutung ergab sich sehr bald aus dem Wahlgesetz und dem Wahlreglement, die

---

*) Die wirkliche Intention Bismarcks erfahren wir wohl aus einer Depesche desselben an den Grafen Bernstorff in London vom 19. April 1866, worin es heißt: „Ich darf es wohl als eine auf langer Erfahrung begründete Ueberzeugung aussprechen, daß das künstliche System indirekter und Klassenwahlen ein viel gefährlicheres ist, indem es die Berührung der höchsten Gewalt mit den gesunden Elementen, welche den Kern und die Masse des Volkes bilden, verhindert. In einem Lande mit monarchischen Traditionen und loyaler Gesinnung wird das allgemeine Stimmrecht, indem es die Einflüsse der liberalen Bourgeoisieklassen beseitigt, auch zu monarchischen Wahlen führen, ebenso wie in Ländern, wo die Massen revolutionär fühlen, zu anarchischen. In Preußen aber sind neun Zehntel des Volkes dem Könige treu, und nur durch den künstlichen Mechanismus der Wahl um den Ausdruck ihrer Meinung gebracht. Die Träger der Revolution sind die Wahlmännerkollegien, welche der Arbeit der Umsturzpartei ein über das Land verbreitetes und leicht zu handhabendes Netz gewähren — wie es 1789 die Pariser électeurs gezeigt haben. Ich stehe nicht an, indirekte Wahlen für eines der wesentlichsten Hilfsmittel der Revolution zu erklären, und ich glaube in diesen Dingen praktisch einige Erfahrungen gesammelt zu haben." Als Graf Bernstorff am 26. April von dem Schrecken Lord Clarendons über das allgemeine Stimmrecht berichtete, machte Bismarck dazu folgende Randnote: In England sind eben nur die höheren Klassen dem Königtum und der Verfassung anhänglich, welche *ihre* Privilegien, *ihre* Herrschaft über das Land darstellen. Die Massen sind roh, unwissend, und ihre Anhänglichkeit an die Krone ist nicht von der Art wie in Preußen.

bei einiger Aufmerksamkeit selbst bei einer geringen Anzahl Wähler jede Fälschung ausschließen. Mir wurde auch sehr bald eine Aeußerung Bismarcks bekannt, aus welcher schlagend hervorging, daß er die französischen Mittel nicht anwenden wollte. Ein Baron Konstantin von Ungern-Sternberg, der in Rußland für Staatsrechnung Eisenbahnen baute und Bismarck von der Universität her kannte, hatte gegen diesen darauf hingedeutet, daß sich mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht nach dem Beispiel in Frankreich allerlei erreichen lasse. Bismarck hatte, wie mir Ungern-Sternberg mitteilte, geantwortet: Davon könne in Deutschland keine Rede sein, das ließen sich die Deutschen nicht gefallen. Freilich gibt es außer eigentlichen Wahlfälschungen noch andere bedenkliche Wahlbeeinflussungen durch die Regierungsorgane und die offiziöse Presse, aber, so lange es nicht gelingt, eine unbedingt fügsame Mehrheit in das Parlament zu bringen, hat es dieses vollkommen in der Hand, solche Wahlen zu kassiren und dadurch unschädlich zu machen.

Es kann nun noch gefragt werden, weshalb solche liberale Abgeordnete die Gegner des unbeschränkten Wahlrechts waren, nicht sogleich auf die Gefahren desselben aufmerksam gemacht und Abhilfe verlangt haben?*) Die Antwort ist sehr einfach: wenn die Regierung selbst ein solches populäres Recht einräumt, so kann von keinem einzelnen Abgeordneten verlangt werden, daß er dagegen auftritt, sich in den Ruf der Reaktion und Volksfeindlichkeit bringen und mit den eigenen Wählern sich verfeinden soll, um so mehr, als nicht die geringste Aussicht vorhanden war, damit durchzudringen. Auch in späteren Perioden würde ein Antrag auf Einschränkung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts im Reichstage keine Majorität gefunden haben, vielmehr auf das heftigste bekämpft worden sein. Es darf auch nicht verschwiegen werden, daß 1867 die Besorgnisse vor den Folgen des allgemeinen, unbeschränkten Wahlrechts nur bei wenigen einzelnen Abgeordneten herrschten. Zunächst fürchtete man nur, daß der Einfluß der Regierung bei allgemeinem, gleichem Wahlrecht größer sein würde, als nach irgend einem andern Wahlgesetz. Dazu kommt, daß die allergrößte Meinungsverschiedenheit darüber herrscht, was an die Stelle des unbeschränkten Wahlrechts gesetzt werden könnte. Das Klassenwahlgesetz, wonach das preußische Abgeordnetenhaus gewählt wird, hat unleugbar große Mängel und ist von Bismarck selbst in schärfster Weise kritisirt worden. Man darf aber nicht zweierlei übersehen. Einmal, daß es noch keinem Sozialdemokraten gelungen ist, in das Abgeordnetenhaus einzudringen; dann, daß noch niemals mit Ernst und Nachdruck von liberaler Seite in Antrag gebracht worden wäre, auch für das Abgeordnetenhaus das allgemeine, gleiche Wahlrecht einzuführen.

*) Die verbündeten Regierungen scheinen keine Bedenken gehabt zu haben — mit Ausnahme von Mecklenburg-Schwerin. Die von dort zur Sprache gebrachten Bedenken suchte Bismarck zu zerstreuen in der Note vom 21. Juni 1866, abgedruckt im Staatsarchiv Nr. 2416 S. 354.

Ueberhaupt walten mit Recht die größten Bedenken gegen alles Experimentiren auf diesem Felde ob. Man kann und darf den großen Unterschied nicht übersehen zwischen Gewährung eines politischen Rechts und Einschränkung desselben. Nur die beiden politischen Pole: Reaktion und Revolution, lassen sich auf solche gefährlichen Experimente und radikalen Umgestaltungen ein; die besonnenen Politiker verlangen ruhige organische Entwicklung.

Erst die Erfahrungen, welche bei der Entstehung und Bildung der ultramontanen und der sozialdemokratischen Partei gemacht worden sind, haben den Gedanken an eine Einschränkung des allgemeinen Wahlrechts bei einzelnen angeregt. Kommt es später einmal dazu, so kann zunächst wohl nur von einem höheren Alter des Wählers, etwa dreißig Jahre, und von einem festen längeren Wohnsitz, vielleicht ein Jahr, die Rede sein. Glaubt man dann weiter gehen zu müssen, so wird schwerlich etwas anderes übrig bleiben, als die Einführung eines Zensus, der sich nicht auf die Steuersumme oder das Einkommen ausschließlich zu stützen braucht, sondern auch eigenen Hausstand, Grundbesitz und Bildungsstand zum Kriterium des Wahlrechts machen kann und nur das eigentliche Proletariat ausschließen darf.*)

Die Verfassung des Norddeutschen Bundes.

Der verfassungsmäßige Reichstag wurde gewählt und demselben der Entwurf zur Verfassung des Norddeutschen Bundes vorgelegt, die Bismarck als sein eigenstes Werk bezeichnete.**) Es fiel zunächst auf, daß dieser Entwurf von der

*) Als im Jahre 1883 im Abgeordnetenhause die geheime Abstimmung für die preußischen Wahlen zum Abgeordnetenhause beantragt wurde, konstatirte die „Kölnische Zeitung" verschiedenen Zeitungsnachrichten gegenüber, welche behaupteten, daß Herrn von Puttkamers Eintreten für öffentliche Stimmabgabe bei den allgemeinen Wahlen nicht im Einklange mit den Ansichten des Fürsten Bismarck sei, daß im Gegenteil Fürst Bismarck sich gegen den Minister des Innern speziell anerkennend ausgesprochen habe, obgleich er heute nicht nur das preußische Wahlgesetz aufs schärfste verurteile, sondern auch die geheime Stimmabgabe im Reiche selbst eingeführt habe. Hierbei bemerkte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" unter Anerkennung der Richtigkeit des übrigen Teiles der Mitteilung der „Kölnischen Zeitung", daß das Votum des Reichskanzlers neben der Empfehlung einer nachdrücklichen Bekämpfung der geheimen Abstimmung auch eine Erklärung zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts bei Landtags- und Gemeindewahlen unter Beibehaltung der Oeffentlichkeit enthalten habe, woraus man ersehen könne, daß der Reichskanzler die Oeffentlichkeit der Abstimmung mit der Beibehaltung des allgemeinen Wahlrechts nicht nur verträglich hält, sondern zu weiterer Ausdehnung des letzteren geneigt ist, und daß er nicht das allgemeine Stimmrecht, sondern nur die Heimlichkeit in der Ausübung desselben bekämpft. Man vergl. über die Stellung Bismarcks zum geheimen Wahlrecht auch noch die „Vossische Zeitung" Nr. 599 und 608 vom 22. und 29. Dezember 1883, und einen augenscheinlich inspirirten Artikel der „Hamburger Nachrichten" vom 14. September 1894 Nr. 217.

**) Von Unruh war Mitglied des konstituirenden Reichstags. Vergl. die Reden des Abgeordneten von Unruh im konstituirenden Reichstag. Stenographische Berichte S. 37, 319, 409 und 913.

bekannten konstitutionellen Schablone sehr bedeutend abwich. Es fehlten darin die Initiative und das allgemeine Veto der Krone, ebenso die sogenannten Grundrechte, dagegen aber auch die Bestimmung aus der preußischen Verfassung, wonach die laufenden Steuern forterhoben werden, das heißt auch ohne Zustimmung der Volksvertretung. Der Militäretat sollte ein für allemal fest bewilligt werden, also ohne Zustimmung des Bundesrats und des Bundespräsidiums nicht abgeändert werden dürfen, folglich von dem Ausgabenbewilligungsrecht des Reichs dieser größte und wichtigste Posten des Etats ausgeschlossen werden. Ein Bundesministerium fehlte ebenfalls. Eine ganz eigentümliche Schöpfung war und ist der Bundesrat, der weder als ein Oberhaus noch als ein Senat im französisch-nordamerikanischen Sinne angesehen werden kann.

Ohne mich hier auf eine eingehende Kritik des Verfassungsentwurfs einzulassen, will ich nur kurz diejenigen Punkte berühren, die durch mündliche gelegentliche Mitteilungen Bismarcks und sonstige Privatgespräche Erläuterungen erfuhren, welche aus den öffentlichen Verhandlungen teils gar nicht, teils nur unvollständig zu ersehen sind.

Zunächst muß ich der Zusammensetzung des Reichstags erwähnen. Die im Abgeordnetenhause entstandene nationalliberale Partei ging in den Reichstag über mit etwa zwölf bis fünfzehn Mitgliedern jenes Hauses, denen sich jedoch aus den von Preußen annektirten Ländern und aus den anderen zum Nordbunde gehörigen Staaten eine sehr große Anzahl Abgeordneter anschloß. Auch die Fortschrittspartei pflanzte sich nach Ausscheidung der Nationalliberalen in den Reichstag fort. Zur Rechten gehörte viel hoher Adel und eine ganze Anzahl Generale und hohe Beamte. Das eigentliche kleine preußische Junkertum war nur schwach vertreten; auch Altliberale fehlten nicht. Die Majorität war freisinnig, aber weder sehr stark, noch ganz zuverlässig. Ultramontane und Sozialdemokraten gab es nur einzelne, zu einer Parteibildung hatten sie es noch nicht gebracht.

Unter den Liberalen herrschte die Meinung, daß der Verfassungsentwurf so, wie er vorgelegt war, nicht annehmbar sei; aber die Fortschrittspartei und die nationalliberale wichen darin stark von einander ab, daß die erstere den Verfassungsentwurf total umgestalten oder verwerfen, die letztere dagegen gewisse notwendige Verbesserungen durchsetzen, jedoch den Bund, wenn nur irgend möglich, zu stande bringen und lebensfähig machen wollte. Namentlich gab es unter den Nationalliberalen eine große Anzahl, die unter allen Umständen ein Scheitern der verfassungsmäßigen Einigung Norddeutschlands zu verhüten entschlossen waren. Sie fürchteten daher alle weitgehenden Verbesserungsanträge und hatten sogar die Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses im Verdacht, daß sie es auf einen neuen Konflikt mit Bismarck ankommen lassen könnten. Darin irrten sie sehr, aber die liberalen Preußen hatten Bismarck

und seine Politik genügend kennen gelernt, um zu wissen, daß ihm sehr viel an dem Zustandekommen einer brauchbaren Bundesverfassung liege und daß er in vielen wesentlichen Punkten nachgeben würde, wenn die Majorität daran festhalte und in ihren Forderungen nicht allzu weit gehe.

Dadurch war der Operationsplan für die Nationalliberalen gegeben auf Grund der neu eingeführten Geschäftsordnung, die sehr zweckmäßig drei Lesungen vorschrieb. Es kam augenscheinlich darauf an, in der zweiten Lesung so viel wünschenswerte Verbesserungen der Verfassung durchzusetzen als möglich; dann zwischen der zweiten und dritten Lesung mit Bismarck persönlich über die einzelnen Punkte zu verhandeln und, wenn irgend thunlich, eine Einigung für die dritte Lesung herbeizuführen, wobei ein Nachgeben in unerreichbaren Dingen von seiten der Nationalen nicht ausgeschlossen war. Vor allen Dingen kam es darauf an, den eisernen Militäretat zu beseitigen und das Budgetrecht des Reichstags festzuhalten. Die Institution des Bundesrats wurde von mir und der Mehrheit für eine zweckmäßige gehalten, weil dadurch eine Mitwirkung der Einzelstaaten herbeigeführt und ein Oberhaus vermieden wurde. Das preußische Herrenhaus hatte man zur Genüge kennen gelernt. Die ersten Kammern in einzelnen Staaten und der französische Senat lockten in keiner Weise zur Nachahmung und englische Peers lassen sich nicht aus dem Holze schnitzen, das in Deutschland wächst. Ein englisches Oberhaus kann nur historisch entstehen und läßt sich nicht durch einen einzelnen willkürlichen Akt der Gesetzgebung schaffen, am wenigsten der notwendige Zusammenhang zwischen den Mitgliedern des Oberhauses und dem Bürgertum.

Auf die Einführung der sogenannten Grundrechte in die norddeutsche Verfassung legten die Nationalliberalen kein sehr großes Gewicht. Man hatte in Preußen erfahren, wie wenig solche promissorischen allgemeinen Bestimmungen in der Verfassung helfen, wenn es an Spezialgesetzen zur wirklichen Einführung fehlt. Man hoffte, daß es gelingen werde, im Reichstage durch solche wirksame Gesetze über Vereins- und Versammlungsrecht, Presse, persönliche Freiheit 2c. die in der Verfassung fehlenden Grundrechte zu ersetzen.

Für wichtiger galt der Mangel eines verantwortlichen Bundesministeriums. Man verlangte auch Diäten und Reisekosten für die Mitglieder des Reichstages.

In der That wurden bei der zweiten Lesung eine ganze Reihe wesentlicher Verbesserungen des Verfassungsentwurfs durchgesetzt, die ich hier einzeln nicht anführe, weil ich keine Geschichte des konstituirenden Reichstags schreiben will. Eine Anzahl anderer Verbesserungsanträge drang nicht durch, weil die schon vorhin bezeichneten Abgeordneten zu ängstlich waren und in jedem Fall etwas zu stande bringen wollten. Bismarck hat später in öffentlicher Sitzung erklärt, daß er noch mehr zugestanden haben würde, aber in keinem Fall Diäten.

Nach Beendigung der zweiten Lesung wurden drei Mitglieder der großen nationalliberalen Fraktion, von Forckenbeck, von Bennigsen und ich, von derselben beauftragt, mit Bismarck über die streitigen Punkte zu verhandeln. Wir besprachen dieselben zunächst unter uns. Bennigsen hoffte die Bewilligung der Diäten durchzusetzen. Ich war damals noch selbst für Diäten, sagte aber zu Bennigsen, ich glaube nicht, daß Bismarck hierin nachgeben werde, vielleicht sei er gar nicht in der Lage, es zu können. Es scheine mir, daß er ganz bestimmte Verpflichtungen gegen das Herrenhaus*) eingegangen sei, dem er bei der späteren notwendigen Genehmigung der norddeutschen Verfassung durch die Einzelstaaten zumute, das allgemeine, gleiche Wahlrecht hinunter zu schlucken, aber unter der Zusicherung der Diätenlosigkeit, die man mit Recht als ein Korrektiv des ganz unbegrenzten Wahlrechts und von seiten der Linken als eine Einschränkung der Wahlfreiheit ansah und noch ansieht.

Als Bennigsen bei der Verhandlung mit Bismarck die Diäten zur Sprache brachte, lehnte dieser sofort ganz bestimmt das Eingehen darauf ab. Bennigsen deutete an, daß Bismarck vielleicht durch einen höhern Willen gebunden sei, worauf dieser erwiderte, daß wenn der König ihm beföhle, die Diäten zuzugestehen, er keine Stunde länger Minister bleiben würde. Später kam Bennigsen noch einmal auf dieselbe Frage zurück und Bismarck, der sonst sehr höflich und freundlich sich benahm, sagte nun etwas gereizt, er verstände nicht, wie nach seinen positiven Erklärungen Bennigsen noch einmal davon sprechen könne.

Auch mit dem Bundesministerium kamen wir nicht durch. Der Verfassungsentwurf spricht nur vom Bundeskanzler und erwähnt eines Bundesministerium gar nicht. Die Mehrheit des Reichstags verlangte verantwortliche Bundesminister oder Verwaltungschefs. Bismarck erklärte positiv, hierauf nicht eingehen zu können, und sprach sich schon damals, wie auch später ganz entschieden gegen die preußische Organisation aus, die ihm als Ministerpräsidenten keinen genügenden Einfluß gewähre. Seinen Forderungen und Anordnungen stelle jeder preußische Minister seine persönliche Verantwortlichkeit entgegen. Sogar die Räte in den einzelnen Ministerien zögen sich hinter den Gehorsam zurück, den sie ihrem Minister schulden. Dem Ministerpräsidenten bleibe eigentlich nur die formale Leitung der Geschäfte. „Wollen Sie," fragte Bismarck, „dieselbe Konfusion (er brauchte einen noch stärkeren Ausdruck) auch im neuen Bunde einführen?"

Auf die Hindeutung, daß solchen Uebelständen durch die Wahl geeigneter Minister abgeholfen und die allerdings notwendige Uebereinstimmung des ganzen Ministeriums in allen Hauptsachen herbeigeführt werden könne, erwiderte

---

*) Diese Hypothese wird von dem Verfasser des „Grenzboten"-Artikels „Unruh über Bismarck" als nicht zutreffend bezeichnet.

Bismarck, er könne in Preußen keinen Minister los werden, den er nicht brauchbar finde, und keinen Minister, den er für genügend halte, erlangen. Ihm seien die Hände gebunden. Darauf könne er sich im Bunde nicht einlassen. Der Forderung, daß dem Reichstage verantwortliche Verwaltungschefs gegenüber stehen müssen, setzte Bismarck entgegen, daß er sich für verantwortlich halte und der Reichstag sich damit begnügen müsse.

Aehnlich hat sich Bismarck oft privatim und öffentlich ausgesprochen und eine überaus scharfe Kritik über die preußische Ministerialverfassung und die anderer Staaten geübt. Es genügt noch heute die leiseste Hindeutung auf die Notwendigkeit eines Bundesministeriums, um ihn zum heftigsten Widerspruch zu reizen. So klagte er einmal gegen mich, daß er unter der Last der Geschäfte erliege, kaum alle Sachen lesen könne. Ich erwiderte, daß er sich wohl selbst zu sehr überlade, zu viel selbst arbeite; die alten Bureaukraten verständen es vortrefflich, andere für sich arbeiten zu lassen. Es zeige sich, daß auch hier das Prinzip Platz greifen müsse: Teilung der Arbeit.

„Ich weiß, was Sie meinen, aber ich danke dafür," lautete die Antwort. In anderen Punkten gab Bismarck nach und acceptirte die in der zweiten Lesung angenommenen Verbesserungen. Es schien auch, daß er den immerwährenden Militäretat nicht festhalten wolle und Neigung habe, auf die vermittelnden Vorschläge Forckenbecks einzugehen. Dieser, sowie Bennigsen und ich erklärten auf das bestimmteste, daß wir auf den eisernen Militäretat unter keinen Umständen eingehen könnten, so dringend wir wünschten, eine brauchbare Verfassung zu stande zu bringen. Es lag klar auf der Hand, daß ein in der Verfassung ein für allemal festgesetzter Militäretat nur im Wege der Verfassungsveränderung und zwar nur durch Uebereinstimmung aller drei Faktoren der Gesetzgebung abgeändert werden könne, weil die Verfassung in Militär- und Marineangelegenheiten dem Bundespräsidium zur Aufrechterhaltung der bestehenden Einrichtungen ein Veto gegen übereinstimmende Beschlüsse des Bundestags und Reichstags beilegt.

Bismarck hat damals die Streichung des eisernen Militäretats nicht definitiv acceptirt, aber auch nicht auf Annahme bestanden.

In Betreff der dem Bundespräsidium fehlenden Initiative in der Gesetzgebung und des auf Militär und Marine beschränkten Vetos war schon früher von Bismarck angedeutet worden, daß Preußen, solle der Bund zu stande kommen, nur dieselben Rechte beanspruchen dürfe wie die anderen deutschen Staaten. Es sei durchaus unthunlich, jedem einzelnen derselben die Initiative und das Veto einzuräumen, also auch nicht Preußen in der Person des Bundespräsidenten. Im Bundesrat seien sämtliche zum Bunde gehörigen Staaten vertreten und nur ihrer Gesamtheit ständen jene Rechte zu. Der Reichstag hat daher auch keine Veranlassung genommen, in dieser Beziehung Abänderungen zu beantragen, welche den Verabredungen zwischen den einzelnen Staaten zu

Gunsten Preußens widersprächen und vielleicht die ganze Basis des Uebereinkommens erschütterten.

Als Resultat der Verhandlungen mit Bismarck stellte sich heraus, daß die Bundesverfassung nur zu stande zu bringen war, wenn in der dritten Lesung die Diäten und die Bundesministerien aufgegeben würden. Bei der Debatte in der nationalliberalen Fraktion ergab sich, daß die große Mehrzahl, namentlich die nicht preußischen Abgeordneten und die aus den neuen preußischen Provinzen jene Opfer zu bringen bereit und entschlossen war, die Hand zur Verständigung zu bieten und den Bund ins Leben zu rufen. Durchgesetzt wurde der Beschluß, unter allen Umständen gegen den eisernen Militäretat zu stimmen und die periodische Bewilligung aufrecht zu erhalten.

Bei der dritten Lesung zeigte sich, daß Bismarck den eisernen Militäretat noch nicht aufgegeben habe. Man erzählte, ob mit Grund, ließ sich nicht feststellen, daß Georg von Vincke Bismarck versichert habe, die Majorität würde darauf eingehen, wenn nur daran festgehalten werde. General von Moltke stellte, jedenfalls im Einverständnis mit Bismarck, ein Amendement, durch welches der in der zweiten Lesung gefallene eiserne Militäretat wieder hergestellt werden sollte. Glücklicherweise ließ sich die Majorität nicht irre machen und verwarf den Antrag Moltke. Derselbe wurde aber bei mehreren folgenden Artikeln erneuert, wenn ich mich nicht irre sechs- oder siebenmal, jedesmal verworfen. Es fiel mir auf, daß der tüchtige und geschäftsgewandte Präsident Simson ein soeben verworfenes Amendement immer von neuem zuließ. Die Geschäftsordnung enthält darüber keine ausdrückliche Bestimmung, aber ich glaube nicht, daß der Speaker im englischen Unterhause einen soeben verworfenen Abänderungsantrag bei demselben Gesetz wieder zuläßt und zur Abstimmung bringt.

Nachdem die Wiederherstellung des eisernen Militäretats nicht gelungen war, stimmten sogar der Prinz Friedrich Karl und mehrere Generale für die hauptsächlich durch die Forckenbeckschen Vermittlungsvorschläge modifizirten Beschlüsse der zweiten Lesung.

So kam denn die Verfassung des Norddeutschen Bundes wirklich zu stande. Die erheblichen Mängel derselben lagen auf der Hand, aber die Majorität des Reichstags hatte nur die Wahl zwischen dieser mangelhaften, aber doch wirksamen Verfassung oder gar keiner. Bismarck drohte wiederholt, daß er sich mit Militärkonventionen und Einzelnbündnissen begnügen werde, wenn eine Verständigung mit dem Reichstage nicht zu erreichen sei.

So viel sich auch mit Recht gegen die Verfassung sagen ließ, so bildete sie doch unbestreitbar die Basis einer wirklichen Einigung zunächst der norddeutschen Staaten und demnächst von ganz Deutschland. Die Verfassung war und ist verbesserungsbedürftig, aber auch -fähig, um so mehr, als selbst zu tief eingreifenden Verfassungsänderungen im Reichstage die einfache Majorität genügt.

So ist denn auch später die bedeutende Erweiterung der Kompetenz des Reichstags in Bezug auf die Gesetzgebung erfolgt.

Einen Hauptmangel der Verfassung bezeichnete bei der Beratung der Abgeordnete Loewe-Calbe treffend, indem er sagte, die Verfassung sei dem Reichskanzler von Bismarck auf den Leib zugeschnitten. In der That kann die jetzige Reichsverfassung nur unter einem so energischen, einflußreichen Mann, wie Bismarck, mit Erfolg funktioniren. Denkt man sich an seine Stelle einen ganz gescheiten und geschulten hohen Beamten, aber mit weniger Energie und ohne die Gabe, den Bundesrat zu beherrschen, so müssen notwendig höchst bedenkliche Verwicklungen entstehen, die leicht zu Erschütterungen des Bundes führen können.

Unwillkürlich drängt sich hier die Frage auf, ob der Reichskanzler diese schwache Seite seiner Schöpfungen übersieht, was doch bei seinem scharfen Verstande und weiten Blick kaum anzunehmen ist, oder ob er troß jener Bedenken so organisirt, wie es ihm persönlich am besten paßt, auf die Gefahr hin, daß es seinem Nachfolger schwer oder unmöglich sein werde, in seine Fußstapfen zu treten, die geschaffenen Reichsinstitutionen zu befestigen und die jetzt noch lose Einigung Deutschlands zu einer haltbaren, unerschütterlichen zu machen? — Mir will es bis jetzt nicht gelingen, in der inneren Politik Bismarcks das Streben zu entdecken, für die Zukunft und die Dauer zu sorgen. Er geht mit der größten Energie auf seine Ziele los und wendet selbst gefährliche Mittel zur Erreichung derselben an, jedenfalls in dem Bewußtsein, daß es ihm gelingen werde, der Gefahren Herr zu bleiben. Aber was einer so dominirenden, gewaltigen Persönlichkeit gelingt, kann von seinen Nachfolgern nicht mit Sicherheit erwartet werden. Schon im Jahre 1867 mußte jedem Einsichtigen klar werden, daß unter Bismarck von einer parlamentarischen Regierung nicht die Rede sein könne. Eine solche bedingt unter gewissen Umständen Ministerwechsel und regierungsfähige Parteien. Nun steht aber dem Reichstage kein Ministerium, sondern nur der Reichskanzler gegenüber, den fast alle Parteien, sofern sie nicht Feinde der deutschen Einheit sind, für ganz unentbehrlich halten. Regierungsfähige Parteien können gar nicht entstehen, wenn ihnen keine Gelegenheit gegeben wird, an der Regierung teilzunehmen. Dieser Umstand hat indessen den guten Willen der Nationalliberalen nicht beeinträchtigt, den Reichskanzler nach Möglichkeit und so viel zu unterstützen, als es ohne Verletzung der obersten liberalen Prinzipien geschehen konnte. Eine eigentliche Regierungspartei konnten die Nationalliberalen allerdings nicht bilden, weil dazu eine völlige Uebereinstimmung der Hauptgrundsätze auf beiden Seiten gehört haben würde, die augenscheinlich nicht vorhanden war. Eine Partei aber, die gar keine eigenen Grundsätze, sondern nur die Tendenz hat, der Regierung die Majorität zu sichern, gewährt in kritischer und gefährlicher Zeit keine zuverlässige Stütze.

Bei der Hauptabstimmung über die ganze Verfassung stimmte die Fortschrittspartei geschlossen dagegen.

Drohender Konflikt mit Frankreich 1867.

Während der konstituirende Reichstag 1867 noch versammelt war, dröhte ein Konflikt mit Frankreich wegen Luxemburg, über dessen Abtretung dasselbe sich mit dem Könige von Holland bereits geeinigt hatte. Bismarck sah die Sache sehr ernst an und äußerte in meiner Gegenwart, daß der Krieg unvermeidlich sei, wenn Frankreich von der Erwerbung Luxemburgs nicht abstehe. Er teilte in dieser Privatunterhaltung mir und einigen anderen Abgeordneten mit, daß der französische Botschafter Benedetti gegen ihn die zuversichtliche Erwartung ausgesprochen, Preußen werde einer solchen Entschädigung Frankreichs nicht widersprechen. Darauf habe er geantwortet, wenn sein Herr und König ihm befehle, einzuwilligen, so werde er gehorchen; Bismarck setzte aber mit einem Gesichtsausdruck, den ich fast diabolisch nennen möchte, hinzu, der König habe ihm schon das feste Versprechen gegeben, in keine Abtretung an Frankreich zu willigen. Was das sogenannte Besatzungsrecht der Festung Luxemburg betreffe, so stände ein solches weder Preußen noch dem Norddeutschen Bunde zu, sondern sei nur dem alten deutschen Bunde zugestanden worden, der nicht mehr existire und in dessen Namen und Auftrage jenes Besatzungsrecht durch Preußen ausgeübt worden sei. Indessen beati possidentes. Preußen habe zur Zeit die Festung noch besetzt und würde dieselbe nicht räumen, so lange Frankreich die Erwerbung Luxemburgs nicht aufgebe. Uebrigens werde die an sich starke Festung von nicht befestigten Höhen beherrscht und sei deshalb schwer haltbar. Schon früher hatte Bismarck ebenfalls in meiner Gegenwart Gespräche mit Benedetti aus der Zeit von Nikolsburg bis zuletzt mitgeteilt, aus denen hervorging, daß Bismarck den französischen Botschafter gründlich irregeführt hatte. Gewiß ist von Bismarck niemals ein Entschädigungsanspruch Frankreichs für die Erwerbungen Preußens und Bildung des Norddeutschen Bundes anerkannt worden, aber es scheint doch, daß er solche Ansprüche auch nicht ganz definitiv zurückgewiesen hat, so lange der Friede zu Prag noch nicht abgeschlossen war und Preußen die Hände nicht ganz frei hatte. Bismarck hat sich wohl damals darauf beschränkt, die einzelnen Vorschläge Benedettis zu bekämpfen und abzulehnen. Dieser muß in einem Falle sehr dringend geworden sein, denn Bismarck erzählte in meinem Beisein, daß Benedetti nach einer Abweisung seiner Vorschläge erklärt habe, „das sei der Krieg", worauf Bismarck sehr bestimmt geantwortet hat: „Nun gut, dann werden wir den Krieg haben." Hierauf sei Bendetti höflicher und zurückhaltender geworden.*)

*) Der Zwischenfall mit Luxemburg ist von Oskar Meding in seinen „Memoiren zur Zeitgeschichte" Bd. III, S. 206 in folgender Weise dargestellt worden: Am Geburtstage

Die Schutz- und Trutzbündnisse mit den süddeutschen Staaten.

In derselben Zeit, in welcher ein Konflikt mit Frankreich drohte, setzte sich Bismarck während einer Reichstagssitzung auf die Bank vor mir zu einem befreundeten Abgeordneten, wendete sich dann zu mir um und sagte: Sie

---

Bismarcks, dem 1. April 1867, erschien der französische Botschafter Graf Benedetti bei ihm, um ihn zum Geburtstage zu beglückwünschen und eine Depesche ihm einzuhändigen. Graf Bismarck mochte den verhängnisvollen Inhalt ahnen, denn als Benedetti dieselbe aus der Tasche ziehen wollte, hielt ihn Graf Bismarck zurück und sagte ihm, daß er in diesem Augenblick zu einer politischen Unterredung außer stande sei, da er im Begriff stehe, sich nach dem Reichstage zu begeben, wo er bereits erwartet werde; er forderte den Botschafter auf, ihn zu begleiten, um ihr Gespräch auf dem Wege fortzusetzen. Es führte zu jener Zeit noch ein Weg aus dem Garten des Auswärtigen Ministeriums hinter dem damals Radziwillschen Palais her nach der Leipzigerstraße; dieser endete gerade dem Sitzungsgebäude des Norddeutschen Reichstages gegenüber. Obwohl Benedetti bat, zunächst wenigstens seine Depesche mitteilen zu dürfen, führte Graf Bismarck ihn mit sich auf diesem Wege fort und sagte zu ihm, zwischen den Gärten fortschreitend: „Ich gehe soeben in den Reichstag, in welchem eine Interpellation über die in den Zeitungen bereits lebhaft erörterte Frage eines möglichen Verkaufs des Großherzogtums Luxemburg gestellt werden wird." — „Ich weiß es," erwiderte Benedetti, „und gerade deshalb möchte die vorherige Mitteilung meiner Depesche wünschenswert sein." — „Ich will Ihnen," erwiderte Graf Bismarck, indem er das hingereichte Papier abermals zurückwies, — „auch die Antwort sagen, welche ich auf die Interpellation geben werde. Ich werde die Erklärung mitteilen, welche der Graf Perponcher im Haag auf die Anfrage des Königs der Niederlande abgegeben hat, und hinzufügen, daß der Regierung über die Lage der Sache nichts weiter bekannt sei, daß ich also nicht in der Lage wäre, mich über die Absichten und Entschlüsse der preußischen Regierung und ihrer deutschen Bundesgenossen öffentlich auszusprechen, aber die Ueberzeugung hege, daß keine fremde Macht die zweifellosen Rechte deutscher Staaten und deutscher Bevölkerungen beeinträchtigen werde, und daß die Regierung hoffe, alle deutschen Rechte auf dem Wege friedlicher Verhandlung zu wahren. Dies werde ich auf die Interpellation antworten, weil es in der That die Wahrheit ist, und diese Erklärung wird alle möglichen Fälle freundlicher Verhandlung und Verständigung offen halten; eine solche Antwort aber könnte ich nicht geben, wenn mir bekannt wäre, daß ein Vertrag über den Verkauf des Großherzogtums in der That abgeschlossen sei. Wenn ich auf offiziellem, diplomatischem Wege über einen solchen Verkauf benachrichtigt wäre, dann müßte ich dem Reichstage sagen: Ja, es hat ein solcher Verkauf stattgefunden, und dann müßte und würde ich zugleich hinzufügen, daß Preußen — und ohne Zweifel auch seine deutschen Verbündeten — niemals die Ausführung dieses Vertrages und die Abtretung deutschen Gebietes dulden werden. Sie begreifen, daß nach einer solchen Erklärung ein ernster Konflikt zwischen Frankreich und uns entstehen müßte und nach der bei Ihnen herrschenden Empfindlichkeit kaum anders als mit einem Bruch enden könnte, den ich nicht minder beklagen würde, als ich das bei Ihnen voraussetze!" — „In der That," sagte Benedetti verwirrt, „es ist so, nach einer solchen Erklärung wäre der Krieg unvermeidlich." Beide waren während dieser Auseinandersetzung an dem Ausgang des Gartenweges nach der Leipzigerstraße hin angelangt. „Nun," sagte Graf Bismarck, während Benedetti erschüttert und unschlüssig vor ihm stand, „unser Weg ist beendet, wir müssen uns trennen, und ich frage Sie jetzt: Haben Sie mir eine Depesche zu übergeben — ja oder nein?" Benedetti sann noch einen Augenblick nach. „Nein!" antwortete er dann, steckte seine Depesche ein, verabschiedete sich schnell und eilte durch die Leipzigerstraße davon, während Graf Bismarck sich in den Reichstag begab.

werden morgen im „Staatsanzeiger“ etwas sehr Wichtiges lesen. Als ich ihn fragte, ob er nichts Näheres andeuten könne, da es morgen doch bekannt werde, erwiderte Bismarck: „Ja wohl, es sind Schutz- und Trutzbündnisse mit Bayern, Württemberg und Baden abgeschlossen worden.“ *) Natürlich war ich sehr erfreut und antwortete: Bravo!

Auch über das Zustandekommen jener Bündnisse machte Bismarck in seiner Behausung in meiner Gegenwart interessante Mitteilungen. Er erzählte, daß nach dem Abschluß der Friedenspräliminarien in Nikolsburg, in welche die süddeutschen Staaten nicht eingeschlossen waren, der bayerische Ministerpräsident von der Pfordten nach Berlin gekommen sei, um über den Frieden zu verhandeln. Zunächst habe Bismarck sehr weitgehende Forderungen gemacht, von hoher Kriegskontribution und erheblichen Landabtretungen gesprochen, auch auf Ansbach-Bayreuth hingedeutet, das ehemals zu Preußen gehört habe. Nachdem Herr von der Pfordten sehr niedergeschlagen und, wie Bismarck sich ausdrückte, hinreichend mürbe gewesen sei, hat dieser geäußert: „Sie können den Frieden sehr wohlfeil haben, ohne Landabtretungen, eine ganz kleine Grenzregulirung ausgenommen, und mit einer sehr mäßigen Kontribution.“ Als Herr von der Pfordten ganz überrascht und erstaunt Bismarck gefragt hatte, welche Gegenleistung er sonst noch verlange, antwortete dieser: „Nichts als den sofortigen Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses.“ Hierauf hat von der Pfordten Bismarck umarmt und geweint. Bismarck drückte sich noch drastischer aus.

Der Abschluß solcher Bündnisse mit Württemberg und Baden scheint, nachdem Bayern beigetreten war, keine Schwierigkeiten gemacht zu haben. Merkwürdig ist nur, daß die Sache bis zum Eintritt der Verwicklung mit Frankreich wegen Luxemburg geheim geblieben war und jedermann überraschte. Augenscheinlich hatte Bismarck sehr geschickt operirt. Die Schutz- und Trutzbündnisse waren die erste wichtige Frucht seines weisen Maßhaltens gegenüber den süddeutschen Staaten.

Die Generale, welche Mitglieder des Reichstags waren, v. Moltke, Vogel von Falkenstein, von Steinmetz, von der Golz, schienen darüber verschiedener Ansicht zu sein, ob der sofortige Ausbruch eines doch unvermeidlichen Kriegs mit Frankreich vorteilhafter für Deutschland sei oder ein Aufschub von einigen

---

*) Die süddeutschen Militärverträge waren insbesondere Herrn von Beust ein Dorn im Auge. Er nannte sie in seinem Aerger ein Meisterstück deloyaler Handlungsweise. Der Fall ist in der Geschichte nicht selten, daß Verträge nicht gehalten werden, aber daß ein Vertrag anticipando verletzt wird, das war eine Neuerung, die dem Genie des Fürsten Bismarck vorbehalten blieb. Verträge mit den süddeutschen Staaten zeichnen, welche diese in ein dauerndes Abhängigkeitsverhältnis zu Preußen brachten, und wenige Tage darauf einen Vertrag mit Oesterreich unterzeichnen, welcher für den Verein dieser Staaten eine unabhängige internationale Existenz stipulirt, das war wohl das Aeußerste, was an Machiavellismus geleistet werden konnte. Bd. II, S. 117 von Beusts Denkwürdigkeiten.

Jahren. Einzelne der hohen Militärs machten geltend, daß Frankreich sich von seiner mexikanischen Expedition noch nicht erholt habe und zur Zeit schlecht gerüstet sei; andere meinten, daß das Retablissement unserer Armee und die durch Annexion von Hannover, Hessen und Nassau bedingte Umformung erst begonnen habe und zu seiner Durchführung noch eine erhebliche Zeit erfordere. Zeit gewinnen sei für uns ebenso und vielleicht noch wichtiger als für Frankreich. Ich hielt die letzte Ansicht für die richtige und glaube, daß dieselbe durch den Krieg von 1870 bestätigt worden ist. Bekanntlich gab Frankreich die Erwerbung von Luxemburg auf, und Preußen verzichtete auf das Besatzungsrecht von Luxemburg.

Französische Ansichten.

Die Weltausstellung in Paris gab mir Gelegenheit zu erfahren, wie die Franzosen über ihr Verhältnis zu Deutschland und über einen Krieg mit demselben dachten. Die große Fabrik, an deren Spitze ich stand, hatte Eisenbahnwagen in Paris ausgestellt. In Rußland hatte ich mit französischen Fabrikanten konkurrirt. Daher kam ich vielfach in Paris mit französischen Industriellen in Berührung. Ich brachte absichtlich das Gespräch auf Politik. Die Franzosen beteuerten ihre Friedensliebe und versicherten, daß sie an Eroberungen gar nicht dächten. Darauf äußerte ich, daß Deutschland Frankreich niemals angreifen und sich in seine innere Entwicklung nicht einmischen werde. Davon habe es Beweise gegeben. Frankreich habe 1848 die Bourbons entfernt, sich zuerst zur Republik, dann zum Kaisertum umgestaltet, endlich Nizza und Savoyen annektirt. Preußen und Deutschland habe das alles ohne Widerspruch geschehen lassen und werde auch ferner bei inneren Umgestaltungen Frankreichs ruhiger Zuschauer bleiben. Das erkannten die Franzosen bereitwillig an. Als ich aber hinzusetzte, Deutschland erwarte nun auch von Frankreich, in seiner innern Entwicklung nicht gestört zu werden, fragte man, wie ich das meine? Auf meine Erklärung, daß Deutschland sich notwendig zur Einheit gestalten müsse, wenn auch nicht zum Einheits-, so doch zum wirklichen Bundesstaat, riefen die Franzosen: „Das werden wir niemals zugeben!“ Damit hatte also die Friedensliebe, selbst der Industriellen, ein Ende. Friede mit Deutschland, wenn es gespalten und schwach bleibt, Krieg, wenn es sich einigt und stark wird.

Wie selbst bei der untern Schicht der Bevölkerung der Krieg im Auge behalten wurde, zeigte mir die Antwort eines Droschkenkutschers, zu dem ich bei einer Spazierfahrt äußerte, es sei doch sehr gut, daß kein Krieg wegen Luxemburg ausgebrochen sei; die Ausstellung würde dadurch gestört und den Parisern ein großer Verdienst entgangen sein. Der Mann antwortete: „Ja wohl, mein Herr, Sie haben recht, aber vielleicht werden wir den Krieg etwas später haben.“

Verhandlungen im preußischen Abgeordnetenhause über die Reichsverfassung.

Die mit dem Reichstage vereinbarte Verfassung des Norddeutschen Bundes mußte wegen der Abtretung wesentlicher Rechte an das Reich und Uebernahme erheblicher Verpflichtungen den Volksvertretungen in den einzelnen zum Bunde gehörigen Staaten zur Genehmigung vorgelegt werden. Im preußischen Abgeordnetenhause wurde namentlich von seiten des Restes der Fortschrittspartei sehr heftig gegen die norddeutsche Verfassung gekämpft und deren Verwerfung verlangt. Die Diskussion nahm einen erbitterten Charakter an und richtete sich namentlich gegen die nationalliberale Partei, durch deren Hilfe allerdings die Verfassung im Reichstage zu stande gekommen war. Am Schluß einer Sitzung traf ich beim Nachhausegehen mit Waldeck zusammen, der sehr aufgeregt war und bittere Aeußerungen über die ehemaligen Mitglieder der Fortschrittspartei machte, die aus derselben ausgeschieden waren und jetzt den Stamm der Nationalliberalen bildeten. Ich erwiderte ganz ruhig, Waldeck möge doch bedenken, daß ohne das Dutzend ehemaliger Mitglieder der Fortschrittspartei, die jetzt im Reichstage zu den Nationalliberalen gehörten, die sehr große Zahl wichtiger Verbesserungen der norddeutschen Verfassung nicht durchgesetzt worden wäre. „Desto besser,“ fiel Waldeck ein, „dann hätten wir im Abgeordnetenhause sicher die ganze Verfassung verworfen.“ Hierauf fragte ich Waldeck, ob er wohl mit dem Bleistift in der Hand das Verzeichnis der Mitglieder des Abgeordnetenhauses durchgegangen sei und diejenigen notirt habe, die sicher gegen die norddeutsche Verfassung gestimmt haben würden, wenn dieselbe gar nicht verbessert worden und sogar mit dem immerwährenden Militäretat belastet geblieben wäre? Ich habe mich dieser Mühe unterzogen und alle Mitglieder, deren Votum mir zweifelhaft erschienen sei, als Gegner betrachtet. Dennoch habe sich keine Majorität für die Verwerfung ergeben. Die Verfassung würde mit Haut und Haar angenommen worden sein. Der Drang in der ganzen Bevölkerung, mit der deutschen Einigung den Anfang zu machen, sei so groß, daß die Abgeordneten nur die Wahl gehabt hätten zwischen der Annahme des unverbesserten Entwurfs oder der Durchsetzung der Verbesserungen, die man wesentlich den Nationalliberalen verdanke.

Waldeck bestritt die Richtigkeit meiner Berechnung und demonstrirte wiederholt die Notwendigkeit der Verwerfung. Es machte auch auf ihn keinen Eindruck, als ich ihm sagte, es sei mir keinen Augenblick zweifelhaft, daß selbst im Falle der Verwerfung, jedenfalls nur mit wenigen Stimmen, es nur einer Auflösung des Abgeordnetenhauses bedurft hätte, um die Genehmigung der norddeutschen Verfassung unzweifelhaft durchzusetzen. Bei einer Neuwahl würden von denjenigen, die für die Verwerfung gestimmt hätten, nur einzelne in radikalen Wahlkreisen wiedergewählt worden sein. Es war dies meine feste

Ueberzeugung und ist es auch heute noch. Die Stimmung der Bevölkerung hatte auch volle Berechtigung. Der Anlauf zur Einigung Deutschlands durfte nicht abermals ein verfehlter sein. Es mußte der Kern gebildet werden, an den sich das übrige Deutschland ansetzen konnte.

Das Gespräch mit Waldeck bewies mir, daß er ein bedeutender, eiserner Charakter, aber kein Politiker war. Sein Auftreten bei dieser Gelegenheit bestätigte, daß er für Deutschland wenig Sinn hatte, wohl aber für Preußen. Er billigte jede Annexion. Obgleich er ein gläubiger Katholik war, so bin ich doch nicht klar darüber, ob er sich der später entstandenen ultramontanen Fraktion mit ihren staatsfeindlichen Tendenzen angeschlossen haben würde; aber ich glaube, daß er bei der Redaktion der Bestimmung in der preußischen Verfassung, wonach die Kirche ihre Angelegenheiten selbst ordnet und verwaltet, sich wohl bewußt gewesen ist, die straff organisirte katholische Kirche werde hiervon den ausgiebigsten Gebrauch machen, während die protestantische Kirche dazu nicht im stande war.

Die Verfassung des Norddeutschen Bundes wurde im preußischen Abgeordnetenhause und in den übrigen deutschen Staaten genehmigt und trat in Kraft.



Die Reichsgesetzgebung 1867—1870.

Da ich hier Erinnerungen aus meinem Leben, aber keine Geschichte des Norddeutschen Bundes niederschreibe, so übergehe ich die zum Teil tief einschneidenden Gesetze, welche in der Periode 1866—1870 mit Zustimmung des Reichstags erlassen wurden. Sollte der Norddeutsche Bund trotz der vereinbarten Verfassung nicht thatsächlich ein bloßer Staatenbund bleiben, sondern sich zum wirklichen Bundesstaat gestalten, so waren auf den verschiedensten Gebieten gemeinschaftliche, durchgreifende Gesetze durchaus notwendig. Dieselben gingen mit wenigen Ausnahmen aus der Initiative der Bundesregierung und des Bundesrats hervor, die von dem Reichstage, insbesondere von der nationalliberalen Partei kräftig unterstützt wurden. Es herrschte der ernste Wille, die Interessen des Reichs kräftig zu fördern und ein gutes Einvernehmen mit der Reichsregierung aufrecht zu erhalten. Ansprüche, Mitglieder der Partei in einflußreiche Stellungen zu bringen, wurden nicht erhoben.

Gerade wie im Einzelstaate eine langjährige Stagnation oder gar Reaktion in der Gesetzgebung und Verwaltung bei einem endlichen Wechsel des Systems mit Notwendigkeit zu einer Anhäufung neuer Gesetze führt, um das Versäumte nachzuholen und die Hindernisse der Entwicklung zu beseitigen, die besser successive und organisch erfolgt wäre, so war auch in dem seit Jahrhunderten zersplitterten Deutschland ein schnelles Vorgehen in der gemeinschaftlichen Gesetzgebung augenscheinlich geboten. Der Norddeutsche Bund sollte offenbar den Kern bilden, an den sich die noch ausgeschlossenen Staaten anschließen konnten. Der Schein der Uebereilung ließ sich nicht vermeiden. Man mußte sich sagen, daß es besser sei, Mängeln, die sich bei den neuen Gesetzen etwa herausstellen sollten, später durch Nachträge abzuhelfen, als durch deutsche Gründlichkeit die feste Vereinigung des Bundesstaats zu verzögern. Die Verfassung konnte doch nur den Rahmen bilden, dessen Ausfüllung durch Reichsgesetze zu bewirken war. Nicht leugnen will ich, daß ich gegen manche Bestimmungen der neuen Gesetze allerlei Bedenken hatte, so gegen die radikale, plötzliche Aufhebung der Wuchergesetze und die Freigebung der Bildung von Aktiengesellschaften mit auf den Inhaber lautenden Papieren; aber die angeführten höheren Gesichtspunkte gestatteten nicht, im Detail Opposition zu machen.

Einen sehr glücklichen Griff machte Bismarck durch die Wahl des Direktors im Handelsministerium Delbrück zum Präsidenten des Reichskanzleramts, der zugleich im Bundesrat in der Regel den Vorsitz zu führen hatte. Bei aller Tüchtigkeit der höheren preußischen Beamten gab es doch keinen, der sich so wie Delbrück durch seine gründlichen Kenntnisse und Erfahrungen, seinen praktischen Sinn, seine außerordentliche Arbeitskraft zur Durchführung der großen Aufgaben geeignet hätte, wie Delbrück, der sich auch bald das Vertrauen der großen Majorität des Reichstags erwarb.

Ein sehr glücklicher Gedanke war auch die Einberufung eines Zollparlaments für ganz Deutschland. Es ist gleichgiltig, ob die Idee von Bismarck oder von Delbrück ausgegangen ist.*) So groß auch die Wirkung des Zollvereins nicht nur auf volkswirtschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiet, als Vorstufe einer Einigung Deutschlands, gewesen war, so hatte es doch bis dahin in der Hand jedes einzelnen Staats gelegen, innerhalb der jedesmaligen zwölfjährigen Dauerperiode der Zollverträge jeden Fortschritt zu hindern. Erst beim Ablauf einer solchen Periode hatte durch die eiserne Konsequenz Preußens die Ratifikation der Zollverträge mit Frankreich, England und Oesterreich durchgesetzt werden können, nicht ohne die Gefahr, den Zollverein zu sprengen. Erst das Zollparlament machte eine wirkliche Zollpolitik Deutschlands möglich, welches dadurch den anderen Staaten ebenbürtig gegenübertrat.

Die Abgeordneten-Soiréen bei Bismarck.

Daß auch Bismarck in jener Zeit beabsichtigte, mit der Majorität des Reichstags, also namentlich auch mit der nationalliberalen Partei Hand in Hand zu gehen, zeigte nicht nur sein ganzes Benehmen im Reichstage, sondern auch folgender Vorfall.

Es war von nationalliberalen Mitgliedern ein Antrag in den Reichstag eingebracht worden, den auch Konservative unterschrieben hatten, mit dem Bismarck, wie sich nachher zeigte, nicht einverstanden war. Er beklagte sich nach einem Diner bei Delbrück gegen nationalliberale Abgeordnete heftig darüber, daß solche Dinge nicht vorher mit ihm besprochen würden. Es wurde ihm geantwortet, daß es dazu an passender Gelegenheit fehle und auch peinlich für den einzelnen Abgeordneten sei, ohne Auftrag der Partei mit dem Reichskanzler zu verhandeln; man wisse auch nicht, ob man vorgelassen werde. Bismarck erwiderte, daß ein fremder Gesandter, der ihn sprechen wolle, zuvor schriftlich sich anmelden müsse und dann die Zeit der Zusammenkunft bestimmt werde. Dagegen seien sein Portier und seine Dienerschaft angewiesen, einen Abgeordneten, der ihn sprechen

*) Wer die Korrespondenz Bismarcks kennt, der weiß, daß dieser Gedanke der seine war. Schon in einem Briefe Bismarcks, d. d. Stolpmünde, 15. September 1861, ist der Gedanke lancirt. Vergl. mein Werk: „Fürst Bismarck als Volkswirt“, Bd. I, S. 22, Note *).

wolle, sofort anzumelden. Er habe die Absicht gehabt, zu bestimmten Abenden die Abgeordneten einzuladen, außerdem nur Mitglieder des Bundesrats und Minister; aber seine Frau habe befürchtet, daß die Liberalen sich nicht einfinden würden. Ihm wurde erwidert, daß zu dieser Besorgnis kein Grund vorhanden sei, und daß die liberalen Abgeordneten gewiß sehr gerne seiner Einladung Folge leisten würden. Hätten doch noch vor Beendigung des Konflikts im Jahre 1866 Twesten und ich sich auf sein Verlangen bei ihm eingefunden. Darauf erklärte Bismarck, daß er unter diesen Umständen gerne solche Zusammenkünfte veranstalten werde, in denen parlamentarische Angelegenheiten besprochen werden könnten.*)

So entstanden die bekannten Sonnabends-Soiréen. Man darf also mit Recht sagen, daß Bismarck die Berührung mit den Nationalliberalen suchte und fand. In der That ging er bereitwillig auf jedes Gespräch über Reichstagsangelegenheiten ein, regte selbst dazu an und sprach seine Meinung offen aus. Freilich schien er anzunehmen, daß nach solchen Auseinandersetzungen nun auch sein Wille im Reichstage durchdringen und ihm von den Nationalliberalen keine Opposition gemacht werden würde. Zu einer solchen Annahme lag keine Berechtigung vor. Man nahm in der nationalliberalen Fraktion die größten Rücksichten auf die Anschauungen Bismarcks, erkannte seine großen Verdienste bereitwillig an und suchte jeden Konflikt zu vermeiden, namentlich waren es die Abgeordneten aus den annektirten Provinzen und aus den nichtpreußischen Staaten, die eine sehr große Scheu vor jeder Differenz mit Bismarck hatten. Sein Einfluß war im Reichstage ein sehr großer. Mit unbedingtem Vertrauen folgte man ihm in der äußeren Politik, aber die Nationalliberalen bildeten doch keine eigentliche Regierungspartei, die nur unter einer parlamentarischen Regierung bestehen kann.

Daher kommt es, daß nach alten Erfahrungen liberale Parteien sich einer einheitlichen Führung viel schwerer unterwerfen als die Konservativen. Eine solche Parteidisziplin, wie später die Ultramontanen und die Sozialdemokraten durchgeführt haben, ist bei einer freisinnigen Partei, die zum allergrößten Teil aus selbständigen Männern besteht, nicht zu erreichen. Uebrigens muß anerkannt werden, daß Bismarck im Reichstage keineswegs ganz ungefügig war, namentlich im Detail und minder wichtigen Dingen. Er nahm unbestreitbar Rücksicht auf die Anschauungen der Majorität und entwickelte auch in den parlamentarischen Verhandlungen eine außerordentliche Geschicklichkeit. Sehr im Irrtum befanden sich aber diejenigen, welche glaubten, daß Bismarck seine ursprüngliche Farbe gewechselt habe und liberal geworden sei. Ich fand diese Ansicht sogar bei konservativen Abgeordneten, denen ich aber versicherte, daß Bismarck in

*) Die Gespräche, welche der Kanzler auf den parlamentarischen Soiréen geführt hat, findet man gesammelt in meinem Werke: „Fürst Bismarck und die Parlamentarier", Bd. I, 2. Aufl., Breslau 1894.

seinem Innern so konservativ sei wie früher. Die liberalen Gesetze und sonstigen Maßregeln dürfe man durchaus nicht als die Folge eines Gesinnungswechsels ansehen, vielmehr habe ihn nach meiner Meinung seine Klugheit und seine Fähigkeit scharfer Beobachtung und wirklicher Erfahrung zu der Erkenntnis geführt, daß er seine großen Ziele, namentlich die Einigung Deutschlands und die Größe Preußens, nicht auf rein konservativem oder gar reaktionärem, sondern nur auf liberalem Wege erreichen könne. Allerdings sei es eine große Eigenschaft Bismarcks, daß er es vermöge, seine persönlichen Neigungen großen Zwecken unterzuordnen. Hätte er diese auf nicht liberalem Wege sicher erreichen können, so würde ihm dies jedenfalls lieber gewesen sein. Preußens einziger Alliirter ist das deutsche Volk, wenn man es zu behandeln versteht, hatte Bismarck schon im Jahre 1859 zu mir gesagt, und er wußte sehr gut, daß dieser Verbündete nur für eine liberale Regierung zu haben ist. Bismarck bedurfte seiner aber damals noch sehr dringend, um bei geeigneter Gelegenheit die süddeutschen Staaten in den Bund hineinzuziehen, um ihres Beistandes bei einem Kriege mit Frankreich sicher zu sein.



Das Kriegsjahr 1870/71.

Vor Ausbruch des Krieges.

Nach Schluß der Reichstagssession im Frühjahr 1870 begab ich mich aufs Land zu meinem jüngeren Sohn zu einer Brunnenkur. Ich las Zeitungen nur flüchtig. Mein Sohn war damals noch Landwehroffizier, und ich sagte ihm, er müsse darauf gefaßt sein, noch einen Krieg mitzumachen, und zwar gegen Frankreich, das wir nicht angreifen würden, das aber ganz gewiß die innere Entwicklung Deutschlands nicht ruhig ansehen werde. Ueber den Zeitpunkt lasse sich kaum etwas mutmaßen; der Losbruch könne vielleicht noch ein paar Jahre auf sich warten lassen, aber ebenso gut sehr bald erfolgen.

Anfang Juli holte ich meine Familie aus Bad Elmen bei Magdeburg ab.

Mein Schwiegersohn und andere Offiziere fragten mich, ob ich wohl glaube, daß aus der Wahl des Prinzen von Hohenzollern zum König von Spanien sich ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich entwickeln könne. Ich antwortete, ich hielte die Zusage des Prinzen für einen sehr großen Fehler. Derselbe könne doch nicht glauben, daß wir uns auf einen spanischen Erbfolgekrieg einlassen würden; der Prinz müsse und werde seine Zusage zurückziehen, damit fiele diese Veranlassung zu einem Kriege fort, der freilich später doch eintreten werde. Die Offiziere waren einverstanden. Der Prinz trat wirklich zurück. Als ich aber nach meiner Rückkehr in Berlin die Rede las, die der französische auswärtige Minister, Herzog von Gramont, im Corps législatif am 6. Juli gehalten hatte, war es mir ganz unzweifelhaft, daß wir unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges ständen. Ich schrieb sofort meinem Sohn und meinen beiden Schwiegersöhnen, sie möchten ihre Dispositionen treffen, der Krieg wäre da.

Das Publikum, selbst viele Offiziere faßten die Lage noch nicht so ernst auf. Der Prinz von Hohenzollern hatte in der That die Zustimmung zu seiner Wahl zum König von Spanien zurückgenommen. Im Klub von Berlin, Millionärsklub genannt, sprachen Geldmänner die Meinung aus, wir hätten durch dies Nachgeben Frankreich gegenüber eine Schlappe erlitten. Ich warf

die Bemerkung dazwischen, wir hätten wegen dieser den Interessen Deutschlands ganz fernen Angelegenheit uns nicht auf einen Krieg einlassen können; wenn die Herren von der Börse aber den Krieg gegen Frankreich vorzögen, so möchten sie sich über die angebliche Schlappe beruhigen, der Krieg stände unmittelbar bevor.

Sehr bald nahmen die Nachrichten aus Ems, wo sich der König befand und der französische Botschafter Benedetti sich hinbegeben hatte, einen sehr bedrohlichen Charakter an. Bismarck kehrte von Varzin, General von Moltke von seinem Gut bei Schweidnitz nach Berlin zurück. Es traf die berühmte Depesche von Ems über die letzte Antwort ein, welche der König dem Botschafter Benedetti auf das Verlangen gegeben hatte, der König solle ein bindendes Versprechen in Betreff der Königswahl in Spanien geben. Die Depesche schloß ungefähr mit den Worten: Der König ließ Benedetti durch den Adjutanten vom Dienst sagen, er habe mit ihm nichts mehr zu sprechen. Diese Depesche und das würdige Benehmen des Königs zündeten in ganz Deutschland. Ueberall hörte man enthusiastische Zustimmung, obgleich der Krieg nunmehr gewiß war. Die Stimmung war eine ganz andere als vor dem Kriege von 1866. Jedermann fühlte die Größe des Moments und war zu jedem Opfer bereit.

Aus sehr guten Quellen wurde erzählt, in der oben erwähnten Depesche habe der angeführte Schlußsatz nicht so schroff gelautet, vielmehr diese Fassung erst durch Bismarck vor der Publikation erhalten. Die Wahrheit wird sich erst ermitteln lassen, wenn die Archive aus jener Zeit zugänglich sein werden. So viel steht aber fest, daß gerade diese Fassung des Schlußsatzes ungemein geschickt und auf Hervorrufung großer Begeisterung richtig berechnet war. Bismarck besitzt in der That die Gabe, durch solche kurze, scharf pointirte Aussprüche eine sehr große Wirkung hervorzurufen.

Die Erzählung von der Abänderung des Telegramms gewinnt dadurch an Wahrscheinlichkeit, daß in Paris und von Benedetti selbst die Abweisung des letzteren zuerst nicht gerade als eine Beleidigung empfunden worden ist, und daß erst das Bekanntwerden des nach Berlin gerichteten Telegramms in Paris diesen Eindruck machte. Man erfuhr später, daß die ablehnende Antwort des Königs auf das Verlangen Benedettis einer nochmaligen Audienz diesem durch den Flügeladjutanten Prinzen Radzywil in sehr höflicher Form überbracht worden ist.

Für richtig halte ich die damals umlaufende Nachricht, daß Bismarck nach seiner Rückkehr nach Berlin den sofortigen Abbruch der Verhandlungen zwischen dem König und Benedetti dringend verlangt und in diesem Sinne an den König depeschirt und berichtet hat. Bismarck hat seinen schon in Petersburg gethanen Ausspruch oft wiederholt: Wir würden Frankreich niemals angreifen; wenn dies aber uns angriffe, so müßten wir uns wehren, und wenn wir dies nicht könnten, so seien wir nicht wert, eine Nation zu heißen. Nun aber konnte

niemand, der die Vorgänge in Paris im Auge behalten hatte, am wenigsten Bismarck, daran zweifeln, daß nach der Rede des Herzogs Gramont im Corps législatif am 6. Juli Frankreich entschlossen war, Preußen und den Norddeutschen Bund anzugreifen, daß also der Zeitpunkt des Wehrens eingetreten sei. Weiteres Ausweichen hätte den Uebermut Frankreichs nur steigern können. Der Abbruch der Verhandlungen in Ems war also geboten. Man sagt sogar, daß Bismarck erklärt habe, er würde seine Entlassung nehmen, wenn der König Benedetti noch einmal empfinge.

Gerade in jener Periode ging der Minister des Innern, Graf Eulenburg, zu einer Ausstellung nach Kassel und von da nach Ems, wie man sagte, auf Veranlassung Bismarcks. Nach sehr guten Quellen hat Eulenburg dem König von einem nochmaligen Empfange Benedettis abgeraten und ist diesem dann möglichst ausgewichen. Es ist Benedetti aber doch gelungen, Eulenburg auf der Promenade zu sprechen und ihn dringend zu ersuchen, ihm als Botschafter eine nochmalige Audienz beim Könige auszuwirken. Darauf soll Eulenburg geantwortet haben, der König könne ihm durchaus nichts anderes sagen, als was er ihm schon gesagt habe. Benedetti ließ sich aber nicht abweisen, sondern soll bemerkt haben, es komme darauf nicht an; er habe von Paris den bestimmten Befehl, noch einmal mit dem Könige zu sprechen; jedenfalls müsse er sich persönlich verabschieden. Eulenburg konnte unter diesen Umständen nicht umhin, dem Könige Vortrag zu halten, dem es peinlich zu sein schien, den Botschafter nochmals abzuweisen. Darauf soll Eulenburg zum Könige geäußert haben, Majestät beabsichtigte ja wohl, am andern Tage nach Koblenz zur Königin zu fahren. Da könne man vielleicht Benedetti zum Abschiednehmen nach dem Bahnhofsalon einladen. Hierauf ist der König eingegangen, auch auf die Bemerkung Eulenburgs, der König, der mit dem gewöhnlichen Zuge fuhr, würde doch nicht so pünktlich wie sonst auf dem Bahnhof eintreffen. Benedetti fand sich im reservirten Salon auf dem Bahnhof ein, der Eisenbahnzug war angekommen, die Abfahrtzeit eingetreten, aber noch fehlte der König. Endlich traf derselbe ein, stieg eilig aus, passirte schnell den Salon, begrüßte flüchtig Benedetti, nahm mit zwei Worten Abschied im Vorbeigehen und fuhr mit der Eisenbahn ab.

Hiernach wäre es falsch, was damals in den Zeitungen berichtet wurde, Benedetti habe sich in den Bahnhofsalon gewissermaßen eingedrängt, ohne Einladung, um den König noch einmal zu sprechen. Wenn ich auch den Hergang nicht verbürgen kann, so schien es mir doch von Interesse, zur Aufklärung der Vorgänge in Ems Material beizutragen.

Endlich will ich noch eines Gerüchtes erwähnen, welches später zirkulirte, das ich aber für unbegründet halte. Darnach soll Bismarck selbst auf die Wahl des Prinzen von Hohenzollern zum Könige von Spanien eingewirkt und sich dazu eines preußischen Stabsoffiziers bedient haben, der damals Spanien

bereiste und mit den bestimmenden Persönlichkeiten in Berührung kam. Der Zweck sollte gewesen sein, den Krieg mit Frankreich indirekt zu provoziren, weil der Zeitpunkt dazu geeigneter schien als ein späterer und bei glücklichem Verlaufe zum Anschluß der süddeutschen Staaten an den Norddeutschen Bund führen mußte. Es ist nicht wahrscheinlich, daß Bismarck die Zurückziehung der Zustimmung des Prinzen von Hohenzollern zu seiner Wahl in Spanien nicht vorhergesehen habe, wie ich und viele andere es thaten. Viel wahrscheinlicher ist es, daß Bismarck selbst den Widerruf der Zustimmung mit veranlaßt habe. Unmöglich war es aber, vorher zu wissen, daß trotz dessen Frankreich die Wahl in Spanien zum Vorwand eines Krieges mit Preußen nehmen werde. Ich weiß aus dem Munde des Generals von Moltke, daß ihm die Depesche, welche ihn von seinem Gute bei Schweidnitz nach Berlin rief, ganz unerwartet gekommen ist.

Der König wurde bei seiner Rückkehr von Ems am 15. Juli von der ganzen Bevölkerung mit wirklichem Enthusiasmus empfangen und an demselben Tage die Mobilmachung der ganzen Armee angeordnet. Aus der Fabrik für Eisenbahnbedarf in Berlin, an deren Spitze ich stand, wurden von den 2000 daselbst beschäftigten Arbeitern zunächst über 600 Mann zur Armee eingezogen, davon mehr als die Hälfte verheiratet. Es erfolgte nicht eine einzige Reklamation. Später vermehrte sich die Zahl der Eingezogenen um mehr als 100 Mann.

Der norddeutsche Reichstag wurde zusammenberufen. Die vortreffliche Thronrede enthielt die bezeichnende Stelle: Deutschland in seiner Zersplitterung weiß nicht, wie stark es ist.

In Frankreich hatte die kriegerische Rede des Herzogs von Gramont am 6. Juli fast allgemeine Zustimmung hervorgerufen, im Corps législatif, in der Presse und im Publikum. Man schrie auf den Straßen: à Berlin! Wenn Thiers damals vom Kriege abriet, so hatte er sicher nicht die Absicht, der Entwicklung Deutschlands kein Hindernis zu bereiten, sondern er war über den Zustand der französischen Armee und ihre mangelhafte Vorbereitung zum Kriege besser unterrichtet als Napoleon und sein Kriegsminister.

Gegenüber der Aufregung in Paris war die Stimmung in Berlin und wohl auch in ganz Deutschland ernst, aber gehoben. Die formelle Kriegserklärung von seiten Frankreichs war noch nicht ergangen. Gegen Ende einer Sitzung des Reichstages in Berlin wurde Bismarck herausgerufen. Ich sah, daß er dem Präsidenten Simson einen Wink gab, die Sitzung noch nicht zu schließen. Als er mit einem Papier in der Hand wieder eintrat, hatte sein Gesicht einen eigentümlichen Ausdruck. Er nahm das Wort und teilte mit, daß ihm soeben die französische Kriegserklärung übergeben worden sei, die er verlas. Der Reichstag antwortete mit einem donnernden, lang anhaltenden Hurra! in welches die Tribünen einstimmten. Besser konnte sich die Stimmung

und der Entschluß, den Krieg mit aller Kraft zu führen, nicht dokumentiren. In Paris war die Erklärung des Herzogs von Gramont im Corps législatif, daß die Kriegserklärung abgegangen sei, mit tiefem Schweigen aufgenommen worden.

Der Ausbruch des Krieges.

Die Mobilmachung der Armee im Norddeutschen Bunde ging mit außerordentlicher Präzision ganz planmäßig von statten. Ein russischer, sehr unterrichteter General von Seume, den ich in Petersburg kennen gelernt hatte und der mich in Berlin besuchte, sagte mir, wenn er nicht wüßte, daß die ganze preußische Armee mobil gemacht werde und wir vor einem großen Kriege ständen, so würde er in Berlin auf den Straßen nichts davon gewahr werden. Man sehe wohl einzelne Trupps Reservisten marschiren und hin und wieder Wagenkolonnen fahren, aber es herrsche eine solche Ruhe, als ob es sich um ein Corpsmanöver handle. Betrunkene Soldaten habe er gar nicht bemerkt.

Die allgemeine Hoffnung nicht nur auf Abwehr des übermütigen Feindes, sondern auf Besiegung desselben stützte sich auf die Erfahrung des Jahres 1866, welche dargethan hatte, daß wir Generale besäßen, die Corps und Armeen zu führen verständen. Ich war indessen doch der Meinung, daß die Franzosen zwar so wenig wie wir bis 1866 wissen konnten, ob sich unter ihren Generalen wirkliche Heerführer befänden, daß aber von ihren Armee-, Corps- und Divisionsführern angenommen werden mußte, sie würden nicht so große, auffallende Fehler machen wie die österreichischen Generale 1866. Daß Napoleon III. von dem militärischen Genie seines Oheims Napoleon I. so gut wie nichts besaß, hatte der Krieg von 1859 gegen Oesterreich bewiesen. Die Siege von Magenta und Solferino waren augenscheinlich die Folge der großen Fehler der österreichischen Generale; namentlich hätte sich der Sieg bei Magenta durch bessere Dispositionen und Führung von seiten der Oesterreicher sehr leicht in eine große Niederlage der Franzosen verwandeln können.

Der Verlauf des deutsch-französischen Krieges 1870/71 hat gezeigt, daß die französischen Generale die österreichischen im Begehen großer, folgenreicher Fehler noch sehr bedeutend übertrafen. Die Oesterreicher besaßen beim Friedenschluß 1866 noch eine recht respektable Armee, während die ganze französische Armee mit Ausnahme des Corps Vinoy 1870/71 gefangen wurde und der Krieg nur mit neu formirten Truppen von höchst mangelhafter Organisation und Ausbildung fortgesetzt werden konnte.

Unleugbar ist auf den Beginn und glücklichen Verlauf des Krieges die schnelle und vollständige Mobilmachung der deutschen Armee und ihr exakter Transport nach der französischen Grenze von großem Einfluß gewesen. Die Mobilmachungsordre erging am 15. Juli, und in den ersten Tagen des August stand unsere Armee vollzählig mit kompletter Ausrüstung zum Angriff bereit

an der Grenze. Die französischen Truppen waren noch mit Einziehung von Mannschaften und Herbeischaffung von Ausrüstungsmaterial beschäftigt und befanden sich in Sammelstellungen. Der eigentliche Aufmarsch hat, wie man sagt, am 10. August erfolgen sollen. Nur dadurch ist es erklärlich, daß die Franzosen bei Weißenburg am 4. August augenscheinlich überrascht wurden, und daß Mac Mahon bei Wörth am 6. August ohne Unterstützung blieb.

Bei der Natur der Franzosen, mehr noch als bei anderen Nationen, war es von äußerster Wichtigkeit, daß der Krieg für sie mit Niederlagen und nicht mit Siegen begann. Auch bei Spichern wurden die Franzosen geschlagen. Die Vorgänge bei diesem unter sehr ungünstigen Umständen gewagten Angriff sind noch nicht aufgeklärt, auch nicht durch das Werk des großen Generalstabs, aus welchem nur hervorgeht, daß dieser Angriff von der Oberleitung der Armee nicht beabsichtigt war. Ich bin in der Lage, durch Mitteilung von Gesprächen mit hohen Militärs vielleicht Veranlassung zu späteren Aufklärungen geben zu können.

Notizen über den Hergang bei Spichern.

Während der Mobilmachung traf ich mit Herrn v. N., einem hochstehenden Generalstabsoffizier, in einer kleinen Gesellschaft zusammen. Es war bekannt geworden, daß der General von Steinmetz die erste, aus drei Corps bestehende Armee befehligen sollte. Ich äußerte nun gegen Herrn v. N., daß ich gewiß die großen Verdienste des Generals von Steinmetz im Kriege von 1866 vollkommen anerkenne und überzeugt sei, er würde die Niederlage von Trautenau nicht erlitten haben, wenn er dort kommandirt hätte;*) aber zweifelhaft sei es mir, ob General von Steinmetz sich wirklich dazu eigne, eine größere Armee zu führen. Mir stände darüber als Laien kein Urteil zu, indessen sei der Eindruck, den der General von Steinmetz im Reichstage sowohl im Privatgespräch als im Plenum und in der Rayonkommission auf mich gemacht habe, doch wesentlich verschieden von dem der anderen Generale, die Mitglieder des Reichstags waren. Diese seien mir als klare, durchgebildete Köpfe mit sehr scharfem Urteil erschienen, General von Steinmetz dagegen zwar als ein Mann von eisernem Charakter und starkem Willen, aber ohne sicheres, objektives Urteil, vielmehr einseitig, eigensinnig und schroff, ein kreuzbraver Draufgänger. Nun hielte ich die Aufgabe des Kommandeurs einer größeren Armee, die sich doch einem noch größeren Ganzen einordnen solle, für ungemein schwierig und eines weiten Blickes bedürftig, sehr viel schwerer als die Führung eines Armeecorps, welches der General vor Augen und direkt in der Hand habe.

---

*) v. Unruh meinte, daß Steinmetz bei Trautenau richtiger und erfolgreicher operirt haben würde als General von Bonin.

Bei Steinmetz sei mir ein Ausspruch Napoleons I. eingefallen, den ich in irgend welchen Memoiren gelesen habe. Es war das Kommando einer größeren Armee vakant geworden und der dem Kaiser am nächsten stehende General, ich glaube Berthier, schlug einen General vor, der an der Spitze eines kleinen Corps sehr gute Erfolge gehabt habe. Napoleon soll geantwortet haben: „Mein lieber Berthier, wenn der General N. N. 10 000 Mann kommandirt, so wird er siegen, sofern irgend die Möglichkeit dazu vorhanden, befehligt er 20 000 Mann, so wird die Sache zweifelhaft, und soll er 30 000 Mann führen, so wird er geschlagen."

Herr v. N. lachte anhaltend, so daß ich ihn bat, mich nicht auszulachen; ich verstände ja nichts davon. Er erwiderte, es fiele ihm nicht ein, mich auszulachen, und deutete an, daß er meine Ansicht für richtig hielte.

Vom Kriegsschauplatze korrespondirte Herr v. N. fleißig und soll unter anderem geschrieben haben, daß man den alten Steinmetz in seinem Hauptquartier festgebunden, daß heißt ihm den Befehl erteilt habe, dasselbe nicht ohne Ermächtigung des Armee-Oberkommandos zu verlassen, damit er nicht übereilt vorginge. Dies scheint dadurch bestätigt zu werden, daß der General von Steinmetz erst längere Zeit nach Beginn der Schlacht bei Spichern auf dem Schlachtfelde eintraf, während er sonst bei solchen Gelegenheiten an der Spitze zu sein pflegte. In militärischen Kreisen wurde damals erzählt, Steinmetz habe von seinem Hauptquartier aus am 6. morgens dem General von Kameke durch einen Offizier mündlich den Befehl zugeschickt, mit seiner Division das Corps des Generals Frossard in seiner überaus vorteilhaften Stellung auf den Höhen von Spichern anzugreifen. Diesen Befehl habe der General von Kameke für ein Mißverständnis gehalten und schriftliche Ordre verlangt, die ihm dann im Laufe des Vormittags auch zugegangen ist. Deshalb habe der Angriff erst gegen Mittag begonnen.

Auffallend, auch für den Laien, war es, daß nach den übereinstimmenden Berichten die zur Unterstützung von Neunkirchen und so weiter herbeieilenden Truppen dies ohne vorherige Disposition und zum Teil ohne Vorwissen ihres Corpskommandos thaten, und daß der schwer und mit vielem Blut errungene Sieg über den stärkeren Gegner nur dieser Unterstützung, auf die doch mit Sicherheit nicht gerechnet werden konnte, und der außerordentlichen Tapferkeit der preußischen Truppen zu verdanken ist. Hätten die beiden französischen Divisionen von der Bazaineschen Armee, die 1 bis 1¼ Meilen hinter Frossard standen, diesem in derselben Weise beigestanden, so lag die Gefahr nahe, daß wir geschlagen und in die Saar gedrängt wurden.

Es wurde schon damals vermutet, und hat sich später evident herausgestellt, daß General Frossard nach der Schlacht von Wörth die Stellung von Spichern ohne Schlacht geräumt haben würde.

Nachdem ich mir im Jahre 1871 das Schlachtfeld genau angesehen,

benützte ich eine gute Gelegenheit, mich über den Vorgang von 1870 gegen den General von Moltke zu äußern und abzuwarten, ob er darauf eingehen würde.

Das Rayongesetz war 1872 glücklich zu stande gekommen, hauptsächlich dadurch, daß der General von Kameke als Kriegsminister den Sitzungen der Kommission persönlich beiwohnte und der General von Moltke als Reichstagsabgeordneter die Vermittlung der militärischen Interessen mit denen der Grundbesitzer in den Festungen wesentlich förderte. Die Kommission feierte diesen Erfolg durch ein Diner, bei welchem ich mich als Vorsitzender der Kommission zwischen die beiden Generale von Moltke und Kameke setzte. Hier erzählte ich nun dem ersteren, daß ich das Schlachtfeld bei Spichern genau besichtigt habe, und setzte hinzu, wer die steilen Höhen, die erstürmt wurden, selbst betreten habe, und wer, wie ich selbst, in so vielen Kommissionssitzungen neben dem General von Kameke gesessen und sein scharfes Urteil kennen zu lernen die Ehre gehabt habe, der wisse, daß dieser General mit einer Division gewiß nicht aus eigenem Antriebe das starke Corps von Frossard in so vorteilhafter Stellung angegriffen habe. Er müsse Befehl dazu von General von Steinmetz erhalten haben.

General von Moltke ging sogleich darauf ein und sagte, gewiß sei dem General von Kameke gar nicht eingefallen, aus eigenem Entschluß einen viel stärkeren Gegner in solcher Stellung anzugreifen. Dann äußerte sich der sonst so schweigsame Moltke in erregter, bitterer Weise über den General von Steinmetz und wies auf dessen Verhalten im ersten (konstituirenden) Reichstage hin. Seine Reden hätten einen peinlichen Eindruck gemacht; man habe niemals gewußt, wohin er eigentlich wolle; vielleicht habe er es selbst nicht gewußt.

Bei demselben Gespräch bemerkte General von Moltke, die Franzosen hätten eigentlich keine brauchbare Kriegsgeschichte. In ihren Werken wichen sie häufig von der Wahrheit ab, trügen die thatsächlichen Vorgänge in ihrem Interesse entstellt vor, bald beschönigend, bald übertreibend.

Als nun später das Heft des Generalstabswerks erschien, welches die Schlacht von Spichern beschreibt, war ich verwundert, darin zu finden, daß darnach die ganze schwere Verantwortlichkeit für den Angriff bei Spichern auf dem General von Kameke lasten blieb und den General von Steinmetz kein Vorwurf traf. Nach den angeführten Aeußerungen des Generals von Moltke war ich überzeugt, daß General von Kameke den überaus gewagten Angriff nur auf ausdrücklichen höheren Befehl unternommen habe. Ich konnte mir es nicht versagen, den General von Moltke im Foyer des Reichstags an seinen Ausspruch über den Wert der französischen Kriegsgeschichte vorsichtig zu erinnern und hinzuzusetzen, daß nach dem Heft des Generalstabs die Verantwortung für den Angriff bei Spichern allein auf den General von Kameke

fiele, während ich und andere dringende Veranlassung zu der Annahme gehabt hätten, daß General von Steinmetz den Angriff befohlen habe. Moltke zuckte die Achseln und sagte: „Es hat ihm nichts bewiesen werden können.“

Später habe ich in einem allerdings sehr flüchtigen Gespräch mit dem General von Kameke eine ähnliche Aeußerung gemacht wie gegen Moltke. Kameke antwortete, allerdings habe er selbst den Angriff unternommen auf eigene Verantwortlichkeit.

Da die Schlacht bei Spichern trotz sehr ungünstiger Verhältnisse gewonnen wurde und dies Resultat jedenfalls auf die Franzosen einen starken Eindruck gemacht hat, so verliert die Frage, wer das Wagnis unternommen hat, an Interesse; aber es wurde mir bei dieser Gelegenheit so recht klar, wie außerordentlich schwierig es für den Historiker sein muß, die Thatsachen festzustellen, wenn, wie hier, kurz nach dem Ereignis so klassische Zeugen wie die Generale von Moltke und Kameke und das Werk des Generalstabs nicht mit einander übereinstimmen. Allerdings gibt dies Werk absichtlich keine Kritik, aber dieselbe ergibt sich aus der Darstellung der thatsächlichen Vorgänge. So sind in der Darstellung des Gefechts bei Trautenau in dem Generalstabswerk über den Krieg von 1866 die Fehler des Generals von Bonin zwischen den Zeilen deutlich zu erkennen. Ebenso ergibt sich aus dem Bericht über die Schlacht bei Gravelotte am 18. August 1870, daß der General von Steinmetz vom Armeeoberkommando den Befehl erhalten hatte, nicht ohne Ermächtigung durch die Schlucht bei Gravelotte durchzugehen; daß er also gegen diesen Befehl gehandelt hat, als er mit zwei Corps die Schlucht passirte und mit diesem schwierigen Defilé im Rücken die Franzosen auf ihrer stärksten Front angriff. Mir hat der General von Gneisenau, damals Brigadekommandeur, später Kommandant von Magdeburg, erzählt, daß er in Entfernung von wenigen Schritten einem sehr heftigen Wortwechsel zwischen den Generalen von Steinmetz und von Göben beigewohnt habe, wobei der letztere darauf hingewiesen habe, daß das Armee-Oberkommando das Passiren des Defilés ausdrücklich verboten habe, und daß dies Vorgehen die schlimmsten Folgen haben könne, während Steinmetz erklärte, er sei der Vorgesetzte des Generals von Göben und dieser habe zu gehorchen. General von Gneisenau setzte hinzu, die beiden Herren hätten bei diesem Wortwechsel so heftig gestikulirt, daß er fast gefürchtet habe, es könne zu bedenklichen Reibereien kommen. Es ist bekannt, daß der Angriff mißglückte, und daß schlimme Folgen nur durch das Herankommen des zweiten Armeecorps verhütet worden sind.

Die Sanitätszüge.

Es wird nicht ohne Interesse sein, hier eine Mitteilung über die Einrichtung von sogenannten Sanitätszügen, das heißt fahrenden Lazareten zu machen.

Im Jahre 1867 trat im preußischen Kriegsministerium eine Kommission zusammen, welche auf Grund der im Kriege von 1866 gemachten Erfahrungen Vorschläge zur Verbesserung des Militärsanitätswesens machen sollte. Zu dieser Kommission gehörte auch der berühmte Chirurg und Professor in Kiel Doktor Esmarch, der die Einrichtung von Sanitätszügen nach dem Muster der im amerikanischen Sezessionskriege zur Anwendung gekommenen für den Kriegsfall vorschlug. Diese Züge unterscheiden sich von allen anderen Transportmitteln Verwundeter dadurch, daß die Beförderung, namentlich Schwerverwundeter, auf Eisenbahnen nicht in Güter-, sondern in Personenwagen erfolgt, welche an beiden Enden Zugänge und kleine Perrons haben, so daß jeder einzelne Wagen auch während der Fahrt zugänglich ist. Zu jedem solchen Zuge gehören noch zwei bis drei ebenfalls an den Enden mit Ausgängen versehene Wagen, in denen sich ein Raum für die Aerzte und Gehilfen, eine Apotheke mit kleinem Kochherd, eine Abteilung für Verbandzeug, ferner eine Kochküche und Vorratsräume für Lebensmittel und Getränke befinden. Die Verwundeten und Kranken liegen auf Tragbahren, die an beiden Langseiten jedes Wagens in zwei Reihen über einander in Gummi- oder Federringen dergestalt aufgehängt sind, daß die Bahre weder an die Längswand des Wagens, noch an die Tragesäulen anschlagen kann. Dies wird dadurch erreicht, daß man den Aufhängevorrichtungen eine schräge Stellung gibt. Auf den Tragbahren befinden sich Matratzen, Kopfkissen und Decken. In der Mitte des Wagens bleibt ein Mittelgang frei.

Auf diese Weise wird einmal erreicht, daß die Lagerstätten der Verwundeten von den Erschütterungen isolirt werden, welche die Eisenbahnwagen bei der Fahrt erleiden, und dann, daß die Aerzte und Krankenwärter auch während der Fahrt zu jedem einzelnen Verwundeten gelangen, die Verbände untersuchen und erneuern, Medizin und Lebensmittel verabreichen, überhaupt die Patienten wie in einem Lazaret behandeln und verpflegen können. Ein solcher Sanitätszug bildet also ein fahrendes, komplett ausgerüstetes Lazaret und gewährt die Möglichkeit, daß Schwerverwundete und Kranke auf sehr große Entfernungen mit möglichster Vermeidung von Gefahr transportirt und die Lazarete nahe dem Kriegsschauplatz entlastet werden können. Die große Gefahr der Ueberfüllung der Lazarete, die zu den bekannten Lazaretkrankheiten, Blutvergiftung, Typhus und so weiter führt, wird also beseitigt, wenn eine genügende Zahl solcher Züge vorhanden ist.

Die außerordentliche Größe des Kriegsschauplatzes in Nordamerika, die dünne Bevölkerung und die geringe Zahl größerer, mit geeigneten Hilfsmitteln versehener Städte hatte die praktischen Nordamerikaner zu einem so wirksamen Hilfsmittel veranlaßt, das sich auch vollkommen bewährte.

Im Kriege von 1866 war der Transport der Verwundeten aus Böhmen Mähren und Oesterreich zum allergrößten Teil in Güterwagen erfolgt, deren

jeder auf hundert, in neuerer Zeit auf zweihundert Zentner Tragfähigkeit auf zwei Achsen berechnet ist. In einem solchen Wagen haben nur sechs Verwundete Platz. Gestopfte Stroh- oder Heumatratzen, Kopfkissen, Decken sind nicht vorhanden. Zuweilen fehlt es selbst an genügendem Stroh. Wenn nun auch eine dünnere Schicht losen Strohs auf dem Fußboden des Wagens ausgebreitet wird, so verschiebt sich dasselbe durch das starke Rütteln des Güterwagens sehr bald, und der Verwundete liegt unmittelbar auf dem harten hölzernen Fußboden des Wagens. Da nun sechs Verwundete nur neun bis zehn Zentner wiegen, die Güterwagen aber auf hundert bis zweihundert Zentner Tragfähigkeit berechnet sind, so haben diese starken Federn bei der geringen Belastung fast gar kein Spiel. Die Erschütterungen beim Fahren sind deshalb so stark, als ob gar keine Federn vorhanden wären. Zu Sanitätszügen werden nur Personenwagen mit längeren und weicheren Federn angewendet. Die elastische Aufhängung der Tragbahren beseitigt jede merkliche Erschütterung während der Fahrt. Zur Lagerstätte werden deshalb Tragbahren und keine besonderen Gestelle angewendet, weil die Verwundeten in den Ambulanzen oder direkt auf solchen Tragbahren an den Eisenbahnzug herankommen und es darauf ankommt, den Verwundeten vielleicht mit Knochenfrakturen und nur vorläufigem Verbande in den Eisenbahnwagen zu schaffen, ohne seine Lagerung zu ändern. Dies geschieht, indem der Verwundete mit der Tragbahre, auf welcher er ankommt, in den Eisenbahnwagen gehoben und die Bahre dort elastisch aufgehängt wird. Der Transport schwer Verwundeter in Güterwagen hat außer der Tortur starker Erschütterungen auf dem harten Fußboden auch noch den großen Uebelstand, daß die Verwundeten während der Fahrt nicht zugänglich sind, ihnen also nur auf den Stationen mit langem Aufenthalt Hilfe und Verpflegung zu teil werden kann und auch dann nur mangelhaft, weil das Bedienungspersonal und die Zahl der begleitenden Aerzte nicht hinreichen, um innerhalb eines halb- oder einstündigen Aufenthalts auf einer Station die Verbände in allen Güterwagen nachzusehen, nötigenfalls zu erneuern, und Medizin, Essen und Trinken zu verabfolgen. Verschieben sich während der stundenlangen Fahrt Verbände, treten Blutungen oder Ohnmachten ein, peinigt brennender Durst die Verwundeten, so bleiben dieselben völlig hilflos. Dazu kommt noch die sehr geringe Ventilation der Güterwagen, welche dazu zwingt, eine Seitenthür zu öffnen, wodurch aber starker, schädlicher Zug entsteht. Es ist unthunlich, in jedem einzelnen Güterwagen einen Krankenwärter oder gar einen Arzt oder Heilgehilfen zu placiren, denen es auch an dem nötigen Verbandzeuge und sonstigen Vorräten fehlen würde.

Während des Krieges im Jahre 1866 war ich Mitglied des Vorstandes des Berliner Vereins für die Armee im Felde. Ich habe die Verwundeten ankommen und aus Güterwagen ausladen sehen und mit denselben gesprochen. Die Verwundeten befanden sich oft in einem recht schlimmen Zustande und

schilderten ergreifend die Martern, die sie auf dem langen Transport ausgestanden hatten. Jedenfalls ist bei vielen die Genesung dadurch verzögert oder ganz verhindert worden.

Trotz dieser unbestreitbaren Sachlage drang Professor Doktor Esmarch in der Kommission des Kriegsministeriums mit seinem Vorschlage, Sanitätszüge nach amerikanischem Muster einzuführen, nicht durch. Man hielt den Vorschlag für unpraktisch und teuer, meinte, es würde an geeigneten Wagen und an Begleitpersonal fehlen.

Professor Doktor Esmarch, der mich zufällig kennen gelernt hatte und wußte, daß ich an der Spitze einer großen Eisenbahnwagenfabrik stand, besuchte mich, legte mir die sehr guten amerikanischen Bücher mit genauen Zeichnungen von den Einrichtungen der Sanitätszüge vor, beklagte sich über die Abweisung seines Vorschlags im Kriegsministerium und fragte mich, ob ich einen Weg wüßte, die Sache in Gang zu bringen.

Zuerst machte ich Doktor Esmarch darauf aufmerksam, daß die Eisenbahnwagen dritter Klasse, die er im Auge hatte, sich für Sanitätszüge nicht eignen, weil dieselben mit keinen Ausgängen und Perrons an den beiden Enden und keinem Mittelgange der Länge nach versehen seien und die Herstellung solcher Einrichtung und Beseitigung der inneren Scheidewände und Sitze kostspielig und zeitraubend sei. Dagegen würden seit einiger Zeit die Personenwagen vierter Klasse, namentlich für Staatsbahnen, so gebaut, daß dieselben nur sehr geringer Abänderungen bedürften, um sofort als Sanitätswagen zu dienen. Dazu sei nur nötig, statt einfacher zweiflügelige Thüren an beiden Enden zu machen, die Tragesäulen im Innern so zu stellen, daß sie zur Aufhängung der Tragbahren paßten, und die inneren Abteilungswände nicht fest einzusetzen, sondern in eiserne Haken einzuhängen. Die Mehrkosten dieser Einrichtungen betrügen nur etwa dreißig Thaler pro Wagen. Für sehr gute, verstellbare Ventilation dieser Wagen sei ohnehin gesorgt.

Ferner sprach ich die Vermutung aus, daß der Handelsminister Graf Itzenplitz und der Ministerialdirektor Weishaupt gern die Hand dazu bieten würden, einen praktischen Versuch mit solchen Wagen zu machen und zur Einführung einer so überaus wichtigen Verbesserung im Militär-Sanitätswesen beizutragen. Dazu sei gerade Gelegenheit vorhanden, das Ministerium stehe im Begriff, sechzig Wagen vierter Klasse für die hannoverschen Staatsbahnen bauen zu lassen. Jetzt komme es darauf an, durch einen praktischen Versuch der Militärbehörde gegenüber den Beweis zu führen, daß Sanitätswagen ihrem Zwecke vollkommen entsprächen und die Wagen vierter Klasse dazu ganz geeignet seien. Die Amerikaner hätten dazu achträderige Personenwagen angewendet, die aber aus guten Gründen auf den preußischen und den meisten deutschen Bahnen nur noch ausnahmsweise zur Anwendung kämen. Ich schlug dann dem Professor Doktor Esmarch vor, dem Herrn Handelsminister und Ministerial-

direktor Weishaupt seine Vorschläge mündlich vorzutragen, riet aber, vorläufig zu verschweigen, daß die Kommission im Kriegsministerium sich gegen Sanitätszüge ausgesprochen habe.

Doktor Esmarch ging sofort auf meinen Vorschlag ein. Nach einigen Tagen brachte er voller Freude mir die Nachricht, daß die beiden obengenannten hohen Staatsbeamten gern bereit seien, die Sache zu fördern, und ihn beauftragt hätten, einen schriftlichen Antrag einzureichen. Da Doktor Esmarch mit den technischen Details nicht genügend bekannt war, so veranlaßte er mich, die Eingabe zu entwerfen, die er unterschrieb.

Kurze Zeit darauf erhielt die Wagenfabrik, an deren Spitze ich stand, vom Ministerium den Auftrag, dreißig Wagen vierter Klasse mit den zu Sanitätszügen nötigen Einrichtungen zu bauen, zugleich auch die Zeichnungen und Modelle einer Wagenfabrik in Hannover mitzuteilen, die dreißig eben solche Wagen liefern sollte.

Zu dem praktischen Versuch waren mindestens zwölf Krankentragen neuesten Models nötig. Nachdem einige Wagen fertig waren, wandte ich mich im Abgeordnetenhause persönlich an den Kriegsminister General von Roon und bat ihn, mir zwölf solcher Tragen leihweise verabfolgen zu lassen. Der General fragte: wozu? worauf ich ihm sagte, daß eine Probe mit Sanitätswagen gemacht werden solle. Der Kriegsminister erklärte sich bereit, die Tragen herzugeben, und wies mich an den Geheimen Kriegsrat Krienitz, setzte aber hinzu, er müsse mir mitteilen, daß die Kommission im Kriegsministerium sich gegen Sanitätszüge ausgesprochen habe. Ich erwiderte, mir sei dies zwar bekannt geworden, aber völlig unbegreiflich. Hierauf schilderte ich die oben angeführten Nachteile des Transports von Schwerverwundeten auf Güterwagen, die Leiden derselben bei solcher Beförderungsart, den Zustand, in dem sie sich bei der Ankunft befänden, wovon ich mich persönlich überzeugt habe. Dann wies ich auf die großen Vorteile von wirklichen Sanitätszügen hin, welche sich in Amerika vollkommen bewährt haben, und sprach die Zuversicht aus, daß die Militärbehörde eine andere Ansicht gewinnen werde, wenn wirkliche Versuche gemacht würden.

General von Roon hörte sehr aufmerksam zu und äußerte dann, von diesen Dingen habe man ihm bisher nichts gesagt; ich möge mich nicht an den Geheimen Kriegsrat Krienitz, sondern an den General von Stosch wenden, damals Chef des allgemeinen Kriegsdepartements, diesem die Sache ebenso vortragen und ihm sagen, daß er, der Kriegsminister, die Angelegenheit zu fördern wünsche. Er stellte dann noch die sehr richtige Frage, ob und wie eine genügende Zahl von Wagen ohne allzu große Kosten im Kriegsfall zu schaffen sein würde? Darauf antwortete ich, daß allein die preußischen Staatsbahnen in wenigen Jahren eine große Zahl von Personenwagen vierter Klasse neuer Konstruktion besitzen würden, aus denen eine beträchtliche Anzahl Sanitätszüge zusammengestellt

werden könnte. Wünschenswert sei es allerdings, daß auch die Privatbahnen die neuen Personenwagen vierter Klasse nach demselben Modell bauen ließen. Mit demselben, freilich zweifelhaften Recht, mit dem den Privatbahnen die Verpflichtung auferlegt worden sei, ihre Güterwagen nach solchen Dimensionen und mit solchen Einrichtungen zu versehen, daß Truppen und Pferde darin transportirt werden könnten, könne auch angeordnet werden, daß Wagen vierter Klasse nach dem für Sanitätszüge geeigneten Modell gebaut werden müßten. Trüge man mit Recht Bedenken gegen eine solche Maßregel, so würden gewiß die meisten Privatbahnen bereit sein, das neue Modell zu Wagen vierter Klasse anzuwenden, wenn der Staat die geringen Mehrkosten von etwa dreißig Thalern pro Wagen erstatte.

General von Stosch wies zwar zunächst auch darauf hin, daß die Kommission sich gegen Sanitätszüge ausgesprochen habe. Nachdem ich ihm aber denselben Vortrag gehalten wie dem Kriegsminister und den Auftrag desselben ausgerichtet hatte, war General von Stosch gern bereit, die Angelegenheit zu fördern und der Probefahrt mit Sanitätswagen persönlich beizuwohnen. Es wurden dazu Mannschaften kommandirt, welche den Dienst der Krankenträger kannten, und andere, welche als Verwundete behandelt wurden. Die nötige Ausrüstung mit Matratzen und so weiter hatte die Wagenfabrik beschafft, und die Direktion der Berlin-Stettiner Bahn beförderte den Zug unentgeltlich von Berlin bis Neustadt-Eberswalde und zurück. Zugegen waren der General von Stosch nebst noch einem Offizier, der Generalarzt Loeffler, noch ein anderer Militärarzt und ein Intendanturbeamter. Das Resultat stellte sich als ein überaus günstiges heraus. Die Krankentragen befanden sich zunächst auf dem Erdboden. Die Pseudoverwundeten legten sich darauf, als wären sie soeben mit einer Ambulanz angekommen, und die Krankenträger hoben nun die Tragen mit den Verwundeten in den Santitätswagen und hingen die ersteren in die Haken ein.

Die Erschütterungen während der Fahrt, sowohl beim langsamen als beim schnellen Fahren, waren so unmerklich, daß der Generalarzt Loeffler erklärte, er würde kein Bedenken tragen, während der Fahrt eine Amputation auszuführen, wenn auf der Station kein genügender Aufenthalt stattfinde. Unbedingt könnten Verbände angelegt oder gewechselt, überhaupt alle Hilfsleistungen wie in einem Lazaret geleistet werden. Die Ventilation wirkte vortrefflich und konnte vermehrt oder vermindert werden.

Doktor Loeffler äußerte ausdrücklich, daß der Aufenthalt in so gut gelüfteten Wagen für die Verwundeten und Kranken, namentlich für Typhusleidende, entschieden besser sei als in sehr vielen Lazareten, namentlich denjenigen in der Nähe der Schlachtfelder in mangelhaften Lokalitäten.

In solchen Sanitätswagen mit der nötigen Ausrüstung und Begleitung könnten schwer Verwundete und Kranke unbedenklich vom Rhein bis Königsberg

in Preußen befördert und jede stets schädliche Anhäufung in festen Lazareten vermieden werden.

Dem Zuge war, um einen Versuch mit dem früheren System zu ermöglichen, auch ein Güterwagen angehängt, in welchem man aus Stangen und Stricken eine schwebende Rüstung an die Wagendecke angehängt hatte. Die starken Erschütterungen des Güterwagens wurden dadurch allerdings etwas gemäßigt, aber durchaus nicht so vollkommen wie in den Sanitätswagen. Die hier untergebrachten Verwundeten waren nur am Fußende zugänglich, die Ventilation blieb sehr mangelhaft und war mit starkem Zugwind verbunden und der Hauptübelstand bestand darin, daß die Verwundeten in den einzelnen Güterwagen während der Fahrt ohne jede Hilfe und Pflege sich selbst überlassen werden mußten.

Auf der Fahrt wurde die Beschaffung einer genügenden Zahl von Sanitätswagen, die Einrichtung und Ausrüstung der Wagen für die Aerzte, die Apotheke, Küche und Vorräte besprochen. Sämtliche Teilnehmer an der Probefahrt waren sehr befriedigt, und ich zweifelte nun nicht, daß die Einstellung von Sanitätszügen für den Kriegsfall vorbereitet und gesichert werden würde. Es erging zwar keine Aufforderung an die Privatbahnen, ihre Wagen vierter Klasse so zu konstruiren, daß dieselben als Sanitätswagen benützt werden könnten; aber ich erfuhr aus sicherster Quelle, daß der Handelsminister Befehl gegeben hatte, sämtliche neuen Wagen vierter Klasse für Staatsbahnen nach dem erprobten Modell zu bauen.

Als nun der Krieg gegen Frankreich plötzlich und unerwartet ausbrach und die Schlachten bei Weißenburg, Wörth und Spichern geschlagen waren, trafen sehr bald wieder Transporte mit zum Teil schwer Verwundeten in Güterwagen in Berlin ein, und man hörte nichts von Sanitätszügen. Erkundigungen im Handelsministerium ergaben aus sicherster Quelle, daß das Ministerium mehr als zweihundert solcher zu Sanitätszügen geeigneten Wagen vierter Klasse bei Berlin und Hannover zusammengezogen und dem Kriegsministerium zur Verfügung gestellt, dieses aber erklärt habe, *keinen Gebrauch davon machen zu können.* Der Kriegsminister von Roon und der General von Stosch waren mit dem Könige nach dem Kriegsschauplatze abgereist.

Inzwischen war der Berliner Verein für die Armee im Felde wieder zusammengetreten, in dessen Vorstande sich unter anderen Professor Doktor Virchow und ich befanden. Der Verein richtete die Kaserne des zweiten Garde-Ulanen-Regiments, wie 1866, wieder zum Lazaret ein und erbaute ein Drittel des großen Barackenlazarets auf dem Tempelhofer Felde für eigene Rechnung. Verhandlungen des Vorstandes mit der Medizinalabteilung im Kriegsministerium ergaben, daß dasselbe weder auf Staatskosten Sanitätszüge einrichten, noch für Ausstattung solcher Züge durch den Verein bei-

tragen wollte. Der Vorstand des letzteren beschloß daher, unerachtet seiner beschränkten Mittel einen Sanitätszug komplett auszurüsten und nach dem Kriegsschauplatze abzusenden. Die dazu nötigen Wagen gaben der Handelsminister und die Berlin-Stettiner Eisenbahngesellschaft bereitwillig unentgeltlich her.

Während der Zug sich seiner Vollendung näherte, traf ein württembergischer Sanitätszug mit Verwundeten in Berlin ein. Nach seiner Entladung verblieb derselbe kurze Zeit auf dem Berlin-Anhalter Bahnhofe, wo dem Publikum, unter dem sich viele Personen der mittleren und oberen Klassen befanden, die Besichtigung gestattet wurde. Der Handelsminister Graf Itzenplitz war auch zugegen und hörte von allen Seiten die Aeußerungen des Unwillens darüber, daß Preußen keine solchen Züge eingerichtet habe und die Verwundeten in Güterwagen transportire. Der Minister fragte mich, ob unser Sanitätszug bald fertig sei, und veranlaßte mich, nachdem ich die Frage bejaht hatte, den Zeitungen eine Mitteilung über diese Angelegenheit zu machen. Dies geschah, und zwar mit Rücksicht auf den Zeitpunkt unter absichtlicher Schonung der Militär-Sanitätsbehörde.

Als dann der Medizinalabteilung Anzeige gemacht wurde, daß der Sanitätszug ausgerüstet und zum Abgange nach dem Kriegsschauplatze bereit sei, erklärte dieselbe, daß weitere Evakuationen aus den Lazareten bei Metz und so weiter nicht mehr erforderlich seien, der Zug daher nicht angewendet werden könne. Die von Professor Virchow geführten mündlichen Verhandlungen blieben erfolglos, obgleich wir durch Korrespondenzen mit den Aerzten in den Lazareten bei Metz und aus den Berichten der Personen, welche Sendungen des Vereins mit Verbandzeug, Liebesgaben und so weiter nach der dortigen Gegend gebracht hatten, genau wußten, daß die Entfernung von schwer Verwundeten und Kranken aus den Lazareten in Frankreich sehr wünschenswert, ja notwendig sei, aber in Güterwagen nicht erfolgen könne.

Ein Mitglied des Vereinsvorstandes nahm die Gelegenheit wahr, um der Königin, die das Barackenlazaret sehr häufig besuchte, die Angelegenheit vorzutragen. Die Königin befahl dem sie begleitenden Kammerherrn, die Sache zu notiren und bei der Rückkehr in das Palais sofort zur Sprache zu bringen. Schon am andern Tage erhielt Professor Doktor Virchow ein Billet von dem ersten Mitgliede der Medizinalabteilung, Geheimen Kriegsrat Mann, worin dieser mitteilte, daß nach neueren Nachrichten doch noch einige Evakuationen der Lazarete bei Metz wünschenswert seien, der Sanitätszug daher abgehen könne. Es wurde nun sofort das Begleitpersonal vervollständigt und bei der Linienkommission im Handelsministerium die Ausfertigung der nötigen Papiere beantragt. Der Vorsitzende dieser Kommission teilte aber mit, daß die Medizinalabteilung im Kriegsministerium es ablehne, die nötige Requisition zur Beförderung des Sanitätszuges als Militärzug zu erlassen. Der

Verein, der mehrere tausend Thaler für Ausrüstung des Zuges verausgabt und das Begleitpersonal zu bezahlen hatte, sollte also auch noch die Kosten des Transports tragen. Außerdem würde der Zug, da alle Militärzüge ihm vorgingen, Wochen gebraucht haben, um in die Gegend von Metz zu gelangen. Erst die Andeutung, daß der Verein sich abermals an die Königin wenden werde, veranlaßte die Medizinalabteilung, den Zug als Militärzug anzuerkennen.

Professor Doktor Virchow übernahm persönlich die Führung des Zuges, der von dem Sanitätspersonal bei Metz mit Freuden empfangen und nicht allein mit Verwundeten und Kranken bis auf den letzten Platz beladen, sondern noch durch Personenwagen zweiter Klasse für leichter verwundete Offiziere verstärkt wurde. Die Verwundeten und Kranken kamen in sehr befriedigendem Zustande in Berlin an und versicherten, daß sie sich auf dem Zuge viel besser befunden hätten als in den Notlazareten bei Metz. Dort hatte man dringend gebeten, den Zug abermals dorthin zu senden. Derselbe machte dann auch noch drei oder vier Reisen, stets mit demselben Erfolge. Das Begleitpersonal, bestehend aus Aerzten, Heilgehilfen, Krankenwärtern, grauen Schwestern und Diakonissinnen, wurde dabei so stark in Anspruch genommen, daß einzelnen die Kräfte in der dritten Nacht versagten, ein Beweis dafür, wie notwendig die Pflege während der Fahrt ist.

Nachdem der Zug drei oder vier Reisen gemacht hatte, erhielten wir die Nachricht, daß acht Sanitätszüge auf Staatskosten eingerichtet würden, obgleich die Medizinalabteilung anfänglich den einen für unnütz erklärt hatte.

Der Verein stellte mit Rücksicht auf seine beschränkten Mittel die Fahrten ein und ersuchte die Medizinalabteilung, ihm die Ausrüstungsgegenstände des Zuges an Matratzen, Decken, Wäsche, Apotheke, Geschirr für die Hälfte oder zwei Drittel der Anschaffungskosten zur Verwendung bei den neuen Zügen abzunehmen. Dies wurde unbegreiflicherweise abgeschlagen; der Verein mußte die Gegenstände zu Spottpreisen verkaufen.

Das Benehmen der Medizinalabteilung ist schwer zu begreifen, besonders da hohe Militärärzte zu ihren Mitgliedern gehörten, die die Vorteile der Sanitätszüge unmöglich verkennen konnten. Bösen Willen kann man nicht annehmen. Zur Erklärung kann man kaum etwas anderes in Betracht ziehen als den Widerwillen der Bureaukratie, namentlich der militärischen, gegen jede Mitwirkung von Privatvereinen oder Personen, welche allerdings ja Abweichungen von den gewöhnlichen Formen, vom Schematismus unvermeidlich machen. So klagte die Medizinalabteilung, daß Sendungen von Verbandzeug, Medikamenten und so weiter an das Hauptdepot in Weißenburg per Eisenbahn nicht angekommen seien. Virchow erwiderte, daß die Sendungen unseres Vereins stets richtig eingetroffen wären, daß wir aber nur ganze Wagenladungen abschickten und diese durch zuverlässige Personen begleiten ließen. „Ein solches Personal haben wir nicht zur Verfügung," antworteten die Herren.

Virchow erbot sich, denselben eine lange Liste von zuverlässigen Männern zuzustellen, die sich zur Begleitung solcher Sendungen bereit erklärt hatten. Es wurde aber kein Gebrauch davon gemacht.

Es war anfangs meine Absicht, das Benehmen der Medizinalabteilung im Abgeordnetenhause oder Reichstage zur Sprache zu bringen; ich stand aber davon ab, weil es mir nicht darauf ankam, den Mitgliedern der Medizinalabteilung Unannehmlichkeiten zu machen, sondern nur dahin zu wirken, daß bei künftigen Kriegen von Hause aus Sanitätszüge eingeführt und mit den Feldlazareten mobil gemacht würden. Deshalb trug ich dem Nachfolger des Generals von Roon, Kriegsminister von Kameke, die Sache so vor, wie ich sie hier erzählt habe, und erklärte ausdrücklich, daß ich gar keinen andern Zweck habe als die Bereithaltung und Anwendung von Sanitätszügen bei künftigen Kriegen. General von Kameke interessirte sich lebhaft für die Sache und verlangte, daß ich meinen Vortrag ihm schriftlich überreichen solle.

Dies ist geschehen, und nicht lange nachher bekam ich vom Kriegsministerium die amtliche Benachrichtigung, daß beschlossen worden sei, sechs komplette Sanitätszüge bei jeder künftigen Mobilmachung bereit zu stellen. Ich sprach dem General von Kameke meine Freude darüber aus und bedauerte nur, daß man nicht mindestens für jedes Armeecorps je einen Zug einrichten wolle. Der Kriegsminister erwiderte darauf, man wäre der Ansicht, daß das dazu nötige Personal nicht aufzutreiben sei. Dies ist nur dann richtig, wenn die Militär-Medizinalbehörde sich scheut, die Hilfe von Vereinen und Privatleuten in Anspruch zu nehmen. Nachdem im Jahre 1870 zum Militärmedizinaldienst an Aerzten eingezogen worden war, was eingezogen werden konnte, hat der Berliner Verein für die Armee im Felde das große Lazaret in der Ulanenkaserne und ein Drittel des Barackenlazarets vollständig mit Aerzten besetzt. Allerdings zog Professor Doktor Virchow Aerzte aus der Schweiz und Dänemark heran. Dennoch war ich sehr erfreut, daß offiziell ein Anfang von Sanitätszügen gemacht werden soll, wozu es schwerlich gekommen wäre, wenn ich die Sache öffentlich zur Sprache gebracht hätte.

Anführen will ich hier noch, daß der Graf Maltzahn, Stellvertreter des Fürsten Pleß, Chef des Privatsanitätswesens im Felde, mir bald nach dem Kriege im Abgeordnetenhause mitteilte, es sei die Absicht, den Herrn F. Reichenheim zum eisernen Kreuz am weißen Bande vorzuschlagen für seine erfolgreiche Thätigkeit als Mitglied des Vorstandes des Vereins für die Armee im Felde. Ich sprach meine Freude darüber aus, bemerkte aber, daß dann aber auch die Verleihung des Kreuzes an Professor Doktor Virchow geschehen müsse. Herr Reichenheim habe nebst seiner Frau in den Lazareten des Vereins in der That sehr viel geleistet, aber Virchow noch viel mehr. Er habe uns die Aerzte unter sehr schwierigen Umständen verschafft und täglich mehrere Stunden in den Vereinslazareten persönlich gewirkt, trotz seiner kostbaren Zeit. Er habe auch

den ersten Sanitätszug selbst bis Metz geführt. Dazu komme, daß Reichenheim ein reicher Mann sei, dem es an Zeit nicht fehle, Virchow aber lebe von seiner Zeit, habe also sehr große Opfer gebracht. Graf Maltzahn meinte, es würde schwer sein, den König dazu zu bewegen. Wir redeten beide mit dem in der Nähe stehenden Fürsten Pleß, der sich sofort dahin aussprach, daß der König sich durch die politischen Gesinnungen eines Mannes nicht werde abhalten lassen, dessen patriotische Leistungen zu belohnen. Fürst Pleß hatte recht, Reichenheim und Virchow bekamen das Kreuz.

Verhandlungen zwischen süddeutschen und norddeutschen Abgeordneten.*)

Nach dem Siege bei Sedan wendeten sich politische Freunde aus den süddeutschen Staaten an die Führer der nationalliberalen Partei im Norden und sprachen den Wunsch aus, daß für den Anschluß Süddeutschlands an den Norddeutschen Bund agitirt werden möge. Es wurde geantwortet, daß die Vereinigung ganz Deutschlands der dringende Wunsch des Nordens sei, und daß dieser den Krieg und die blutigen Siege als halb verfehlt ansehen werde, wenn jenes Ziel unerreicht bliebe; aber die Agitation müsse vom Süden ausgehen, weil es sonst so aussehen würde, als wolle der Norden dem Süden Gewalt anthun. Dieser müsse freiwillig seinen Willen kund thun; die Zustimmung des Nordens sei unzweifelhaft. Nach ferneren schriftlichen Verhandlungen reisten Forckenbeck und Lasker nach Bayern, Württemberg und Baden, um dort mit den politischen Freunden und, wenn thunlich, auch mit Mitgliedern der Regierungen zu verhandeln, nicht nur über den Anschluß des Südens, sondern auch über den dringenden Wunsch ganz Deutschlands der Rückerwerbung des Elsaß und eines Teils von Lothringen. Auch ich wurde aufgefordert, nach dem Süden mitzugehen, aber ein sehr großer Verlust, welcher der Gesellschaft für Eisenbahnbedarf in Rußland drohte, nötigte mich, nach Petersburg zu gehen.

Forckenbeck und Lasker wurden überall sehr gut aufgenommen und fanden auch Gelegenheit, mit mehreren süddeutschen Ministern zu sprechen und denselben die Forderungen der gesamten Bevölkerung Deutschlands auseinander zu setzen. Dabei wirkten die süddeutschen liberalen Führer kräftig mit. Mehrere der erwähnten Minister waren, wie man mir nachher sagte, anfangs zurückhaltend, schienen sich dann aber davon zu überzeugen, daß die Trennung des Südens vom Norden nicht aufrecht erhalten werden könne, daß der Einigung Deutschlands Opfer an Selbständigkeit der Einzelstaaten gebracht und daß die Bedingungen des Anschlusses nicht zu hoch geschraubt werden müßten.

*) In neuerer Zeit ist über diese Verhandlungen mehr Licht verbreitet worden durch die Publikation: „Aus Eduard Laskers Nachlaß". Siehe den Briefwechsel im Jahre 1870/71 in der „Deutschen Revue", XVII. Jahrg., S. 46, 166, 296.

Jedenfalls waren diese Privatbesprechungen eine gute Vorbereitung für die Verhandlungen in Versailles, von wo die Nachricht einging, daß Bismarck ernstlich auf den Anschluß des Südens hinarbeite, aber selbst den Schein des Zwanges vermeide, und daß er auch für die Erwerbung von Elsaß und eines Teils von Lothringen sei.

Ein solches Zusammenwirken von Führern der liberalen Parteien in Deutschland wäre nach dem Kriege von 1866 schwerlich möglich gewesen, wenn der Nationalverein nicht die einzelnen Personen zusammengeführt und die Gemeinschaftlichkeit der Ziele herausgestellt hätte. Ebenso wäre der Anschluß des Südens gewiß nicht erfolgt und schon die Teilnahme desselben am Kriege verzögert oder ganz verhindert worden, wenn Bismarck nicht mit weiser, gar nicht genug anzuerkennender Voraussicht den Süden beim Abschluß des Friedens von 1866 absichtlich geschont hätte.

Da es durchaus nicht Absicht war, der preußischen oder der Bundesregierung Opposition zu machen, vielmehr derselben in die Hand zu arbeiten, so zeigten Forckenbeck und Lasker dem Präsidenten des Bundeskanzleramts, Minister Delbrück, an, daß und zu welchem Zweck sie nach dem Süden reisten. Der Minister schien anfangs hiervon keine Notiz zu nehmen, ging aber selbst nach dem Süden und telegraphirte erst von dort aus an Forckenbeck, daß eine Zusammenkunft, ich glaube in München, wünschenswert sei. Forckenbeck und Lasker waren aber schon auf der Rückreise begriffen.

Später wurde erzählt, ob mit Recht, kann ich nicht wissen, daß der Minister Delbrück in Bezug auf die Bedingungen des Anschlusses nachgiebiger gewesen sei als die süd- und norddeutschen Führer der liberalen Partei, und daß infolge dessen die bayerische Regierung ihre Unterhändler in Versailles instruirt habe, in den Konzessionen nicht so weit zu gehen, als es anfänglich für unvermeidlich gehalten wurde.

Wahrnehmungen in Rußland.

Auf der Reise nach Petersburg bemerkte ich, daß die Russen auf der nur einspurigen Bahn von Wirballen ab zwischen allen weit von einander entfernten Stationen Ausweichen für sehr lange Züge gelegt hatten, augenscheinlich um die Kreuzungen von Militärzügen zu erleichtern und dadurch die Transporte zu beschleunigen. In Petersburg fragte ich den Vorsteher der Wagenwerkstatt, der früher in der Berliner Fabrik für Eisenbahnbedarf beschäftigt gewesen war, ob jene Ausweichen etwa für Militärzüge gemacht worden seien? Er bejahte diese Frage und teilte mir mit, daß die sämtlichen Güterwagen nach preußischem Muster zum Transport von Militär aller Waffengattungen eingerichtet worden seien. Später erfuhr ich von einem General im russischen Kriegsministerium, mit dem ich schon lange bekannt war, daß die Garde ganz im stillen thatsächlich mobil gemacht sei und auf Befehl des Kaisers jeden Tag

nach den westlichen Grenzen befördert werden könne. Wahrscheinlich war dies auch der Fall bei mehreren Armeecorps in den westlichen Provinzen.

Diese Wahrnehmungen bestätigten, was schon lange in Berlin versichert wurde, daß Rußland zwar keine offiziellen Erklärungen Oesterreich gegenüber abgegeben, aber doch keinen Zweifel darüber hatte bestehen lassen, daß es einen Angriff Oesterreichs auf Preußen nicht dulden würde. Dies nahm man auch in Petersburg allgemein an, und damit stimmt auch überein, daß Preußen bei Ausbruch des Krieges das II. und VI. Armeecorps zurückließ, dann aber nach Frankreich heranzog.

Vermutet wurde schon bei Beginn des Krieges, daß zwischen Oesterreich und Frankreich schon bei der Zusammenkunft in Salzburg bestimmte gegen Preußen gerichtete Verabredungen stattgefunden hatten. Daß der österreichische Reichskanzler Graf Beust einen wirklichen Vertrag mit Napoleon für den Fall eines Krieges zwischen Frankreich und Preußen beziehungsweise dem Norddeutschen Bunde so gut wie abgeschlossen hatte, ist freilich erst später durch französische Publikationen dem großen Publikum bekannt geworden.

Wie dem auch sei, so viel steht fest: daß wir den Rücken gegen Oesterreich frei behielten und alle Kräfte gegen Frankreich konzentriren konnten, verdanken wir nächst der Stimmung in Ungarn dem Benehmen Rußlands und dies wiederum dem Verhalten Bismarcks als Gesandter in Petersburg und seinen Maßregeln während des Aufstandes in Polen im Jahre 1863. Wenn Bismarck damals im Abgeordnetenhause die indirekte Hilfe, die er Rußland bei der Bewältigung der polnischen Insurrektion leistete, und das Bestehen eines Abkommens mit Rußland beharrlich ableugnete und als Seeschlange bezeichnete, so geschah dies wohl, um Verwicklungen mit Frankreich zu vermeiden. Wir hatten zu jener Zeit einen besonderen Militärbevollmächtigten in Warschau, den damaligen Major im Großen Generalstabe von Verdy du Vernois. Ein wirklicher Vertrag mag nicht abgeschlossen worden sein, so wenig wie 1870, und so konnte man nicht sagen, daß die Ableugnung Bismarcks dem Wortlaut nach unrichtig oder gar unwahr sei, während sie doch die thatsächliche Wahrheit zu verhüllen geeignet schien. Es ist dies ein Verfahren Bismarcks, das er auch bei anderen Gelegenheiten angewendet hat.

Die Stimmung, die ich in Petersburg vorfand, war eine sehr eigentümliche. Trotz der großen Sympathien der Russen für die Franzosen habe ich doch niemand gesprochen, der diesen den Sieg gewünscht hätte, aber die großartigen Erfolge der Deutschen gegen Frankreich nur vier Jahre nach der Besiegung Oesterreichs veranlaßten bei den Russen, auch in den höheren Ständen, augenscheinlich ein Gefühl des Unbehagens, das gewiß nicht gemildert wurde durch die Aussicht auf die Bildung eines einigen, mächtigen Deutschlands. Man war sich bewußt, daß Rußland zu diesem unerhörten Aufschwunge schon 1866 durch sein Nichteingreifen und mehr noch 1870 durch die Paralysirung

Oesterreichs wesentlich beigetragen habe. Ein schwacher Nachbar, wie das bisherige Deutschland, war den Russen lieber als ein kriegsmäßig erprobter, überaus starker. Man bezeichnete die Politik des Kaisers als Familienpolitik, die Rußland sonst fremd gewesen war. Kaiser Nikolaus hatte gesagt, er sei ein weit besserer Kaiser von Rußland als ein guter Schwager des Königs von Preußen.

Einzelne hochstehende Russen gab es allerdings, die der Meinung waren, ein befreundetes, starkes Deutschland sei Rußland nicht schädlich, sondern nützlich. Die Interessen beider kollidirten nicht, seit Rußland alle Ausdehnung nach Westen aufgegeben habe. Manche legten sogar wenig Wert auf den Besitz des Ueberrestes von Polen (Kongreßpolen) mit Warschau, welches vielleicht einmal an Preußen zurückfallen würde. Darauf bemerkte ich, daß Preußen eine solche Erwerbung sicher ablehnen würde. Wir hätten schon eher zu viel als zu wenig Polen.

Die russische Presse war mit der russischen Politik nicht einverstanden, aber es trat während meiner Anwesenheit in Petersburg ein fast plötzlicher Umschwung mit dem Bekanntwerden der Gortschakoffschen Note ein, in welcher sich Rußland von einigen sehr lästigen Bestimmungen des Pariser Friedens von 1856 in Betreff des schwarzen Meeres lossagte. Man sah sofort ein, daß der Kaiser doch keine einseitige Familienpolitik getrieben habe, und Rußland aus der durch den Krieg herbeigeführten Konstellation Nutzen zöge. Allerdings kam es auf das Verhalten Deutschlands, speziell Preußens gegenüber dem Schritte Rußlands wesentlich an.

Mehrere hochgestellte Beamte, auch ein Minister, mit dem ich geschäftlich zu verhandeln hatte, erkundigten sich sehr angelegentlich, wie nach meiner Meinung die Gortschakoffsche Note in Preußen aufgenommen werden würde, namentlich im preußischen Abgeordnetenhause und im norddeutschen Reichstage. Nach bester Ueberzeugung konnte ich antworten, man wisse in Berlin und wohl in ganz Deutschland, welche wichtigen und erfolgreichen Dienste uns Rußland durch sein Verhalten 1866 und jetzt erwiesen, daß es uns den Rücken frei gehalten habe; eine Hand wasche die andere, es unterläge keinem Zweifel, daß wir Rußland den schuldigen Gegendienst mit voller Zustimmung der großen Majorität des Reichstags und des Abgeordnetenhauses leisten würden, wenn Verwicklungen entstehen sollten.

Der schon öfter genannte Generallieutenant Baron von Delwig sprach mit mir über die unerhört schnelle Mobilmachung der deutschen Armee und deren Aufmarsch an der französischen Grenze; er habe zuerst die Zeitungsnachrichten für Uebertreibungen gehalten, bis die offiziellen Telegramme über die Schlachten bei Weißenburg, Wörth und Spichern bewiesen hätten, daß die Armee in der That kaum drei Wochen nach der Mobilmachungsordre vom 15. Juli schlagfertig auf französischem Boden gestanden habe. Eine solche

Leistung sei unmöglich, wenn die Mobilmachung nicht schon viel früher im stillen begonnen habe. Ich hielt es für zulässig, zu antworten, daß vor dem 15. Juli kein Mann und kein Pferd eingezogen worden sei, wie ich ganz bestimmt wisse; dagegen habe man schon seit 1867 die schnelle und prompte Mobilmachung auf das gründlichste vorbereitet. Mit welchem Erfolge, gehe daraus hervor, daß der General von Moltke zwei russische, damals in Berlin anwesende Generale, die sich bei ihm melden, das heißt einschreiben wollten, annahm und auf ihre Entschuldigung, daß sie in solcher Zeit ihn nicht stören wollten, antwortete, es fehle ihm durchaus nicht an Zeit, die Herren möchten Platz nehmen.

General von Delwig bemerkte darauf, wenn sich auch durch meine Anführungen die Schnelligkeit der Mobilmachung erkläre, so bliebe es doch ein Rätsel, wie der Transport so großer Truppenmassen in so wenigen Tagen möglich gewesen sei. Hierauf erwiderte ich, daß ebenfalls seit dem Jahre 1867 durch den Kriegs- und den Handelsminister alljährlich die Fahrpläne für die Eisenbahnen im Falle einer Mobilmachung nach Westen und nach Osten genau festgestellt und jeder einzelnen Bahnverwaltung zugestellt werden, die daraus ganz genau entnehmen könne, welche Züge und für welche Truppengattungen sie schon während der Mobilmachung mit Reservisten, Pferden, Material und welche Züge zum Transport der mobilen Truppen an jedem einzelnen Tage zu stellen und von welchen nicht in Anspruch genommenen Bahnen die nötigen Wagen zu entnehmen seien. Neue Dispositionen kämen also für den Truppentransport im Falle einer Mobilmachung gar nicht vor. Wollte man erst beim Eintritt derselben die Fahrpläne feststellen und den Eisenbahnverwaltungen dann erst mitteilen, so würde nicht allein viel Zeit verloren gehen, sondern es wären auch große Irrtümer und Störungen unvermeidlich. General von Delwig, den meine Mitteilungen lebhaft interessirten, rief einen seiner Adjutanten, einen Ingenieuroberst, herein und erzählte ihm unser Gespräch. Ich konnte um so weniger Bedenken tragen, dem General die obige Auskunft zu geben, als einer der oben erwähnten russischen Generale, von Seume, der mich in Berlin besuchte, vollkommen über den Mechanismus unserer Mobilmachung und des Truppentransports unterrichtet war.

Interpellation wegen des Bombardements von Paris.

Nicht lange nach meiner Rückkehr von Petersburg machte im Reichstage ein Mitglied desselben mir die Mitteilung, daß das Bombardement von Paris, von dem doch die baldige Kapitulation abhinge, durch den Einfluß gewisser hoher Damen hintertrieben werde.*) Es sei denselben gelungen, den Kron-

*) Irren wir nicht, so war einer der in der Bombardementsfrage maßgebenden Offiziere mit einer Engländerin verheiratet.

prinzen gegen das Bombardement,*) das man für eine barbarische Maßregel halte, einzunehmen und durch diesen auf den König zu wirken, der seine Zustimmung zur Beschießung verweigere, obgleich sämtliche Generale dieselbe für notwendig hielten. Gegen den Reichskanzler, der auf jene wirksame Maßregel dringe, habe man zunächst auf die schwierige Heranschaffung der schweren Geschütze, dann auf den ungenügenden Vorrat von Munition hingewiesen. Jetzt, nachdem es an nichts mehr fehle, zeige es sich, daß nur jener Einfluß das Hindernis bilde. Das gedachte Reichstagsmitglied schloß mit der Aufforderung, eine Interpellation wegen dieser Angelegenheit in den Reichstag einzubringen.

Diese Zumutung lehnte ich sofort auf das bestimmteste ab und wies darauf hin, daß ich es bei der Vortrefflichkeit der Führung unserer Armee und ihren fast beispiellosen Erfolgen für durchaus unzulässig halte, durch eine Interpellation in eine rein militärische Frage einzugreifen und Mißtrauen an den Tag zu legen. Ich setzte hinzu, wenn man einen solchen Schritt für nötig halte, so möge man doch ein Mitglied jener Partei (der Rechten) dazu veranlassen; ich riete aber dringend davon ab. Auf eine Unterstützung der nationalliberalen Partei könne er nicht rechnen. Darnach ersuchte mich der Betreffende, die Sache in meiner Fraktion zur Sprache zu bringen. Auch darauf wollte ich mich nicht einlassen, weil es in die Oeffentlichkeit dringen und als Mißtrauen in die Armeeleitung angesehen werden könne. Dagegen erklärte ich mich bereit, über die Sache mit einigen hervorragenden Persönlichkeiten meiner Partei zu sprechen. Bennigsen und einige andere, mit denen ich redete, waren ganz meiner Meinung, und damit war die Sache im Reichstage begraben.

---

*) Ueber diese Frage lesen wir in den Feldbriefen von 1870/71 von Karl von Wilmowski: „Die Beschießungsfrage ist unser tägliches Brot. Der König wird verstimmt, wenn man nur davon anfängt; er treibt unausgesetzt und Bismarck wenn möglich noch mehr. Bismarck brauchte darüber schon früher kräftige Ausdrücke. Mit seiner Aeußerung: ‚Der Friede muß erschossen werden,‘ hat er meines Erachtens recht.“ Am 30. Dezember heißt es dann: „Nach dem Abzug der Franzosen vom Mont Avron ist die Höhe von unserer Infanterie besetzt; an den vorgefundenen Toten, den zerschossenen Geschützen und den bösen Verwüstungen hat man die enormen Wirkungen unserer Geschütze schätzen gelernt. Dies hat eine gehobene Stimmung hervorgerufen; die Erwartungen der ‚Schießer‘ sind hoch gespannt; die Gegner fangen an, sich zu bekehren. Der Kronprinz soll offen gesagt haben: er gestehe, daß er sich geirrt habe. Man beabsichtigt nun, auch die südlichen Forts Issy und Vanvres artilleristisch anzugreifen und zum Schweigen zu bringen (nicht sich in ihren Besitz zu setzen); eine förmliche Belagerung koste zu viel Menschen.“



Bismarcks Verdienst um die Gründung des Reichs.

Inzwischen hatte der König von Bayern auf Bismarcks Veranlassung unsern König aufgefordert, als Deutscher Kaiser an die Spitze Deutschlands zu treten. Die anderen deutschen Fürsten stimmten zu und der Reichstag beschloß, dem Könige durch eine Deputation in Versailles die Glückwünsche zur Erreichung des Ziels darzubringen, auf das seit den Freiheitskriegen die besten Patrioten gehofft und für welches viele junge, tüchtige Männer jahrelange Festungshaft erduldet hatten. Der geographische Begriff Deutschland sollte sich in einen mächtigen, wirklichen Bundesstaat im Herzen Europas verwandeln, der sich im voraus durch die Niederwerfung Frankreichs Ansehen und Anerkennung erworben hatte. Der von Napoleon frivol begonnene Krieg führte zur Einheit Deutschlands. Bismarcks Ausspruch vom Jahre 1862, daß dies Ziel nur durch Blut und Eisen zu erringen sei, hatte sich bewährt. Unzweifelhaft dankt das Vaterland seine Wiederaufrichtung nach traurigen Jahrhunderten der Zersplitterung und seine jetzige Macht großenteils der klugen, vorsichtigen, und gleichzeitig energischen, kühnen und konsequenten Politik Bismarcks, die ihr Ziel fest ins Auge faßte, eine Reihe von Jahren hindurch mit großer Umsicht alle Vorbereitungen traf und im geeigneten Moment die Entscheidung herbeiführte. Es steht fest, daß Bismarck, nachdem er die Tendenzen Oesterreichs in Frankfurt klar erkannt hatte, schon im Jahre 1854 den Plan faßte, den Rivalen aus Deutschland zu vertreiben und dadurch den Dualismus zu beseitigen;*) daß er als Gesandter in Petersburg uud Paris die Ausführung seines großen Planes in äußerst geschickter Weise vorbereitete; daß er als Ministerpräsident die Armeeorganisation in Preußen durchsetzte und daß er endlich den friedliebenden König zum Kriege gegen Oesterreich zu bestimmen wußte. Bismarcks fast auffallende Milde und Mäßigung bei den Friedensschlüssen mit Oesterreich und den süddeutschen Staaten im Jahre 1866, die Vermeidung jeden Zwanges zum Eintritt in den Norddeutschen Bund gegenüber Bayern, Württemberg und Baden, die rücksichtsvolle Behandlung der in

*) Es ist, nachdem von Unruh diese Zeilen geschrieben, dokumentarisch festgestellt worden durch mein Werk: „Preußen im Bundesrate".

den Bund eingetretenen Staaten, endlich der Abschluß der Schutz- und Trutz-bündnisse mit Süddeutschland, dies alles waren wohlüberlegte, notwendige Vorbereitungen zum Widerstande gegen Frankreich und zur freiwilligen Vereinigung Süddeutschlands mit dem Norden zu einem wirklichen, mächtigen Bundesstaat.

Es gibt kaum ein Beispiel in der Geschichte von einer so weitsichtigen, klugen, zugleich mit Vorsicht und Energie durchgeführten Politik. Es schmälert das Verdienst Bismarcks in keiner Weise, wenn darauf hingewiesen wird, daß er seine großen Erfolge günstigen, nicht von ihm geschaffenen Umständen, der ganzen politischen Konstellation verdanke. Alexander der Große hätte ohne die Schwäche und Zerrissenheit Griechenlands seine Laufbahn nicht durchführen, Friedrich der Große Schlesien und Westpreußen nicht erwerben und Preußen nicht zu einer europäischen Macht emporheben können ohne die Schwäche Oesterreichs und die von seinem Vater geschaffene Armee und den gesammelten Staatsschatz. Napoleon I. war nur möglich auf dem von der Revolution durchwühlten und zum Militärdespotismus vorbereiteten Boden. Die Größe dieser Männer, Bismarck eingeschlossen, besteht gerade in dem klaren Erkennen und geschickten Benützen der obwaltenden Umstände. Gewiß hätte Bismarck seine Politik weder unter Friedrich Wilhelm IV. noch Friedrich Wilhelm III. durchsetzen können, auch kaum zu den Lebzeiten Nikolaus' von Rußland, ebenso wenig ohne die vortreffliche preußische Armee. Dazu war die Persönlichkeit unseres Kaisers unentbehrlich. Ihm verdanken wir ebenso sehr wie Bismarck, daß unser Vaterland einig, groß und mächtig geworden ist.

Meine obige Bemerkung, daß der König von Bayern auf Veranlassung Bismarcks unserem Könige die Annahme der Kaiserwürde vorgeschlagen habe, gründet sich darauf, daß Bismarck in meiner Gegenwart erzählte, er habe von Versailles aus einen Brief an den König von Bayern gerichtet und durch einen bayerischen Grafen, dessen Namen ich vergessen habe,*) dem Könige überbringen lassen. Bismarck gab den Inhalt des Schreibens näher an. Darnach war dasselbe ungemein geschickt und wirksam abgefaßt. Er wies auf das berechtigte Verlangen des deutschen Volkes und die Notwendigkeit hin, Deutschland zu einem kräftigen Bundesstaat zu gestalten, auf die Vorteile, die ein solcher auch für die einzelnen Staaten und ihre Dynastien habe; er deutete an, daß der freiwillige Zusammentritt der deutschen Fürsten zum Kaiserreich ihre Stellung innerhalb desselben offenbar sehr günstig gestalten und die für die Zentralgewalt unentbehrlichen Konzessionen auf das durchaus Notwendige und Unentbehrliche beschränkt werden. Bismarck erwähnte in dem Schreiben, daß er eine Besitzung habe, die ursprünglich bayerisches Lehen gewesen sei, und daß

*) Gemeint ist Graf Holnstein. Vergl. über diese Episode auch mein Werk: „Fürst Bismarck und die Parlamentarier", Bd. I (zweite Auflage) S. 265.

er daher gegen den bayerischen Souverän fast dieselben Gefühle habe wie gegen seinen eigenen Landesherrn. Wenn er dem König von Bayern riete, die Initiative zur Gründung eines deutschen Kaiserreichs zu ergreifen, so thue er dies in der festen Ueberzeugung, daß ein solcher Schritt im wohlerwogenen Interesse der bayerischen Dynastie liege. Der Wortlaut des Briefes ist mir nicht bekannt geworden, aber ich glaube den hauptsächlichen Inhalt nach Bismarcks eigenen Angaben im wesentlichen richtig wiedergegeben zu haben.

Der Ueberbringer des Briefes war von Bismarck instruirt, denselben dem Könige selbst auszuhändigen oder gar nicht abzugeben. Es hielt anfangs schwer, vorgelassen zu werden, geschah dann aber doch, nachdem sich der Ueberbringer geweigert hatte, den Brief einem Dritten in die Hand zu geben. Beim Lesen des Briefes erheiterte sich das Gesicht des Königs, und der Erfolg hat bewiesen, daß Bismarck den richtigen Schritt gethan hatte.

Die Reichstagsdeputation in Versailles. Verhältnis zwischen Bismarck und Moltke. Besprechung Unruhs mit Bismarck in Versailles.

Nach der Geschäftsordnung des Reichstags war die Deputation an den König in Versailles durch das Los zu wählen. Ich machte den Präsidenten Simson darauf aufmerksam, daß bei dieser Wahlart leicht einer der schon damals im Reichstage befindlichen Sozialdemokraten in die Deputation kommen könne und dann in Versailles möglicherweise unangenehme Scenen vorkommen könnten. Deshalb schlug ich vor, daß der Präsident sich vom Plenum ermächtigen lassen möge, die Wahl durch die Abteilungen vorzunehmen. Solche Abweichungen von der Geschäftsordnung sind zulässig, wenn kein Widerspruch erfolgt, und kommen öfter vor. Der Präsident ging aber darauf nicht ein.

Minister Delbrück hatte mich aufgefordert, dahin zu wirken, daß die Deputation auf möglichst wenig Personen beschränkt werde, etwa zwölf, und daß keine Diener mitgenommen würden, weil es sehr an Transportmitteln von Lagny, der letzten Eisenbahnstation vor Paris, bis Versailles fehle. Ich fiel aber mit meinen Anträgen, die Deputation auf zwölf, fünfzehn oder höchstens achtzehn Mitglieder zu beschränken, im Plenum total durch.*) Es blieb bei dreißig. Bei der Wahl durch die Abteilungen hätte ich wohl Aussicht gehabt, zur Deputation zu gehören, vom Lose erwartete ich es nicht, weil dasselbe bei anderen Gelegenheiten stets gegen mich entschieden hatte. Dennoch wurde mein Name unter Nr. 24 oder 25 gezogen, was mich ungemein erfreute. Von den Sozialdemokraten kam keiner in die Deputation.

Die Reise war eine sehr bequeme. Wir fuhren die Nacht hindurch nach

*) Vergl. die stenographischen Berichte des Reichstags über die Sitzung vom 10. Dezember 1870.

Frankfurt a. M. und am andern Tage nach Straßburg, wo uns der Generalgouverneur, General Graf Bismarck-Bohlen, ein großes Diner gab. Am andern Tage brachte uns ein Extrazug bis Epernay, wo wir die Nacht blieben.

Ich wurde in Epernay mit noch vier Abgeordneten bei dem Champagner-Speditionshause Delin & Co. einquartiert und von dem Compagnon desselben, Herrn Schlesinger, einem Sachsen, sehr gut und freundlich aufgenommen. Derselbe erzählte uns, daß ihn die Franzosen bald nach Ausbruch des Krieges als Deutschen ausgewiesen hatten, obgleich er seit einer Reihe von Jahren in Epernay lebe und verheiratet sei. Als die preußischen Truppen Epernay besetzt hatten, kehrte er dahin zurück. Bald darauf wurde aber der Chef des Hauses, Delin, von den Preußen, angeblich auf Befehl von Bismarck, verhaftet, wie man glaube, weil er die Verhandlungen über die ausgeschriebene Kriegskontribution in einem Blatte veröffentlicht hatte, das seinem Mündel gehöre. Herr Delin war Mitglied der Munizipalität. Nachdem wir bei Tisch mit dem französisch-sächsischen Landsmann bekannt geworden waren, fragte er uns, ob wir wohl ein Schreiben der Munizipalität an den Reichskanzler nach Versailles mitnehmen wollten. Wir erklärten dies für peinlich, da wir nicht wüßten, was der Brief enthielte. Darauf zog Herr Schlesinger denselben ungesiegelt aus der Tasche. Der Inhalt bestand nur aus der Bitte an den Reichskanzler, der Untersuchung gegen ihr seit mehreren Wochen verhaftetes, aber noch gar nicht vernommenes Mitglied Delin schleunigen Fortgang zu geben und dadurch seine Haft hoffentlich abzukürzen. Unbedenklich nahmen wir dieses Schreiben mit und beförderten dasselbe in Versailles an Bismarck, der sofort erklärte, er wisse von der Verhaftung nichts; wenn nichts anderes vorliege als die Veröffentlichung der Verhandlungen über die lokale Kriegskontribution, die gar kein Geheimnis sei, so stände der Freilassung nichts im Wege. In der That erfolgte dieselbe in den nächsten Tagen.

Bei der Rückkehr der Deputation standen die Herren Delin und Schlesinger auf dem Perron des Bahnhofs in Epernay und erbaten sich dieselben fünf Abgeordneten als Einquartierung. Bei dem Mittagessen auf der Hinreise machte Herr Schlesinger eine Bemerkung, welche die Franzosen charakterisirt. Wir sprachen von der Wahrheitstreue der deutschen offiziellen Depeschen. Schlesinger meinte, das sei für Deutsche gewiß sehr zweckmäßig, aber nicht für Franzosen. Als Napoleon nach der Schlacht bei Wörth eine Depesche veröffentlichen ließ, ungefähr des Inhalts: „Mac Mahon hat eine Schlacht verloren, wir sammeln uns und werden wieder angreifen," hätten Franzosen geäußert: „Comment est-il possible, de dire cela." Die Franzosen wollten unangenehme Nachrichten nicht hören. Daraus erklärt sich wohl, daß ihre Kriegsgeschichte so oft von der Wahrheit abweicht.

Für alle, welche nicht ausschließlich Wasser trinken, ist die Notiz interessant, die uns Herr Schlesinger über den Zusatz von Liqueur zum Champagner gab,

der 4 bis 20 Prozent des Volumens beträgt. Die Russen bekommen Champagner vom besten Wein mit 20 Prozent besten Liqueurs (Cognac), früher auch England und Amerika, jetzt nur 17 bis 18 Prozent. Der Champagner für Deutschland enthält 12 bis 15 Prozent Liqueur, Wein mit nur 4 Prozent Zusatz wird nur in Frankreich konsumirt.

Wir gelangten ohne Unfall nach Lagny. Die lange Wagenreihe wurde von einem starken Kommando vom 3. Reserve-Dragonerregiment eskortirt, weil sich zuweilen Franktireurs auf dem Wege gezeigt hatten. Unsere Wagen wurden von preußischen Postillonen gefahren. Man würde jeden für irrsinnig gehalten haben, der uns sechs Monate früher prophezeit hätte, daß wir noch vor Schluß des Jahres 1870 in dieser Weise nach Versailles reisen würden, um unsern König als deutschen Kaiser zu begrüßen. Solch riesiger, allein mit deutschen Waffen erkämpfter Erfolg war in so kurzer Zeit selbst in den Zeiten des ersten Napoleon nicht vorgekommen, der 1812—1815 einer Koalition von halb Europa unterlag.

Die Vorstellung beim Könige in Versailles war ergreifend.*) Präsident Simson hielt eine sehr passende Anrede, bei welcher der ihm zu Gebote stehende Schwung durchaus angebracht war. Die schlichte, natürliche und zugleich würdige Antwort des Königs ging zum Herzen und wirkte rührend. Ihm selbst standen Thränen in den Augen und vielen von uns auch. Der Moment war ein großer, erhebender.

Bei der ersten passenden Gelegenheit ließ ich mich dem General von Blumenthal, damals Chef des Generalstabs vom Kronprinzen, vorstellen. Der General äußerte nach ein paar freundlichen, einleitenden Worten, er verstände nichts von Finanzen, nichts von Juristerei, aber was hier vor Paris zu geschehen habe, müsse er und die anderen Generale verstehen. Auf dies Vertrauen hätten sie Anspruch. Dies möchte ich meinen Kollegen im Reichstage bei meiner Rückkehr mitteilen. Offenbar bezog sich diese Aeußerung auf das Bombardement von Paris.

Ich antwortete daher, es sei das allerdings der Gegenstand von Privatgesprächen im Reichstage gewesen, wenn aber der General gut unterrichtet sei, so müsse er auch wissen, daß ich und meine Freunde eine Interpellation abgelehnt haben, weil wir das Vertrauen, von dem er spräche, in vollem Maße hegten und es für unzulässig gehalten hätten, uns in rein militärische Dinge einzumischen, namentlich nach so großen militärischen Erfolgen. Leugnen wolle ich nicht, daß es im Publikum einen schlimmen Eindruck mache, wenn nach den offiziellen Nachrichten unsere Truppen nach Zurückweisung eines Ausfalls große Verluste durch das Feuer der Forts erlitten.

*) Ueber den Empfang der Reichstagsdeputation bei dem Könige in Versailles existirt ein genauer Bericht des „Staatsanzeigers“. Derselbe ist abgedruckt in dem Werke von Ludwig Hahn: „Fürst Bismarck, sein politisches Leben und Wirken“, Bd. II, S. 268 f.; vergl. auch unten S. 323.

General von Blumenthal erwiderte, daß solche unnütze Verluste allerdings vorgekommen seien und daher rührten, daß unsere Truppen gegen den wiederholt von oben erteilten Befehl sich bei der Verfolgung den Forts zu sehr näherten. Hierauf sprach der General seine Ansicht über das Bombardement ganz offen und klar dahin aus, daß eine Bewerfung der Stadt und ihrer Vorstädte in ihrer ganzen Ausdehnung trotz unserer weittragenden Geschütze unthunlich sei;*) wir könnten nur einzelne Teile von Paris bombardiren und würden dadurch zwar erheblichen Schaden anrichten, aber schwerlich die Kapitulation beschleunigen. Eine energische Verteidigung stütze sich auf die fortifikatorischen Werke und nehme wenig Rücksicht auf die Zerstörung eines Teils der Stadt. Wolle man einen artilleristischen Angriff unternehmen, so müsse derselbe zunächst gegen mindestens zwei Forts und demnächst gegen die Enceinte gerichtet sein; man müsse mit Parallelen und der Sappe vorgehen, Bresche schießen und dann stürmen. Sobald zwei benachbarte Forts genommen seien, müsse dieselbe Operation gegen die vollkommen verteidigungsfähige Enceinte stattfinden. Zu dem allem gehörten mehrere Monate Zeit, und ein sehr großer Verlust an Menschen sei unvermeidlich. Nun könne sich aber Paris wegen Mangel an Nahrungsmitteln kaum noch drei Wochen halten.**) Es liege daher kein Grund vor, die großen Opfer eines artilleristischen Angriffs zu bringen.

Die Meinung des Generals von Blumenthal stand keineswegs isolirt da. Andere Generale hatten sich in gleichem Sinne gegen Mitglieder der Deputation geäußert.

Uebrigens hatte man Gelegenheit, in Versailles wahrzunehmen, daß ein in Berlin verbreitetes Gerücht begründet sei, wonach Bismarck mit den höheren Generalen nicht mehr auf gutem Fuß stände, während sein Verhältnis zu denselben nach 1866 ein sehr intimes gewesen war.

Unwahrscheinlich klingt die Behauptung, daß Bismarck Einfluß auf die militärischen Operationen angestrebt habe, durchaus nicht. Es ist ja auch richtig, daß der Leiter der großen Politik einen Einfluß auf die Ziele der militärischen Unternehmungen haben muß, welche mit den politischen Zielen unzweifelhaft zusammenhängen. Es kommt nur darauf an, wie weit dieser Einfluß zu gehen hat, ob er sich auf militärische Details erstrecken darf.

*) In dem Tagebuch des Kaisers Friedrich findet sich unter dem 25. November 1870 folgende Stelle: Bismarck verlangt dringend Beschießung, Blumenthal entwickelt in einem Promemoria an Moltke die Sinnlosigkeit eines Bombardements, das nur die Forts treffen könne, die mit Parallelen und Sturm genommen werden müßten, wir müßten uns dort unter dem wirksamen Feuer des Feindes einlogiren, von da zum Angriff der stark befestigten Enceinte und endlich der Stadt übergehen.

**) Man beachte wohl, daß das Gespräch von Unruhs mit dem General von Blumenthal etwa um den 18. Dezember 1870 stattfand; die Kapitulation von Paris erfolgte am 29. Januar, also weit später als Blumenthal angenommen hatte. Die Thatsachen haben also Bismarck und nicht Blumenthal recht gegeben.

Moriz Busch erzählt in seinem Buche: „Bismarck und seine Leute“, der Reichskanzler habe darüber geklagt, daß er von den militärischen Maßnahmen zu wenig erführe*) und daß er mit dem Operationsplan nicht überall einverstanden sei.**)

Daß zwischen dem Reichskanzler und dem General von Moltke eine Spannung noch im Jahre 1872 herrschte, wurde mir durch folgenden Vorgang klar. Moltke war als Abgeordneter Mitglied der Kommission für das Rayongesetz, in der ich den Vorsitz führte. Durch seine Vermittlung und das Entgegenkommen des Kriegsministers von Kameke kam eine vollständige Verständigung zwischen der Kommission und den Vertretern der Bundesregierung zu stande, aber einer der Regierungskommissarien teilte mir mit, daß der Bundesrat schwerlich das amendirte Gesetz genehmigen werde, an dem sehr viel gelegen war, weil die bestehenden Rayonregulative, namentlich das preußische, große Härten und Ungerechtigkeiten enthielten und mehr, als der neue Entwurf den Bewohnern der Festungen gewährte, nicht zu erreichen war. Ich wußte aus dem Munde von Bismarck, daß er die bestehenden Bestimmungen nicht billige, und bat daher den General Graf Moltke, mit dem Reichskanzler zu sprechen und ihn zu bestimmen, seinen Einfluß beim Bundesrat geltend zu machen. Moltke zuckte die Achseln und sagte mir, auch er wünsche dringend, daß das Gesetz zu stande komme, aber — mit Bismarck sprechen könne er nicht. Auf meine Aeußerung, daß dann wohl nichts übrig bliebe, als daß ich mich an den Reichskanzler wende, erwiderte Moltke lebhaft: „Thun Sie das auf jeden Fall.“ Ich trug dem Reichskanzler die Sache vor, und das Gesetz wurde im Bundesrat genehmigt, obgleich mir der Minister Delbrück selbst gesagt hatte, daß er ein entschiedener Gegner sei, weil der Reichskasse zu große Ausgaben dadurch erwachsen könnten.

In Versailles hatte ich ein Gespräch mit Bismarck, das zu charakteristisch war, um es hier zu übergehen. Ich erkundigte mich nach seinem Befinden und er antwortete, so lang er oft biwakirt, aus der Satteltasche gelebt und wenig mit Schreiberei zu thun gehabt habe, sei sein Befinden vortrefflich gewesen; seitdem er hier wieder mit Schreibwerk und Verhandlungen überladen sei, stehe es wieder schlecht mit seiner Gesundheit. Mir war aus besten Quellen genau bekannt, daß Bismarck niemals biwakirt hatte, auch nicht bei Gravelotte, wo er die Nacht in einem kleinen Hause zugebracht; ebenso wußte ich, daß das große Hauptquartier zwar sehr frugal gelebt, es aber an den nötigen Lebensmitteln niemals gefehlt habe. War doch die Verpflegung der Truppen eine ziemlich regelmäßige und ausreichende gewesen. Ich erlaubte mir daher gegen Bismarck in halb scherzhafter Form die Bemerkung, mit dem Biwakiren

*) Cf. Bd. II, S. 134.

**) Wenn behauptet worden ist, Bismarck habe dem Könige mehrere komplette Feldzugspläne vorgelegt, natürlich ohne Erfolg, so ist dies ganz aus der Luft gegriffen.

des großen Hauptquartiers möge es wohl nicht schlimm gewesen sein, und für die notwendigen Lebensmittel sei doch gewiß auch gesorgt worden. „Man war nur dessen sicher, was man in der Satteltasche hatte," erwiderte Bismarck. Gleich darauf sagte jemand aus der Umgebung Bismarcks, ich glaube, es war Herr von Keudel, zu mir, biwakirt habe Bismarck allerdings nicht, auch an den nötigen Lebensmitteln habe es nicht gefehlt;*) dennoch sei es vollkommen richtig, daß der Reichskanzler sich während des Marsches bis Versailles sehr gut befunden habe, weil er früh aufstehen und früh zur Ruhe gehen, sehr einfach leben mußte und nicht viel zu arbeiten hatte. Hier in Versailles setze er sein Berliner Leben fort, bleibe oft bis lange nach Mitternacht auf und vormittags lange im Bette, esse reichlich und trinke nicht viel, aber doch mehr, als ihm oft gut thue, arbeite und konferire sehr viel und befinde sich wieder nicht gut.

Noch eine Aeußerung Bismarcks zu mir will ich erwähnen. Ich fragte ihn, ob er mit dem Reichstage zufrieden sei? Die bayerischen Knödel — ich meinte den Anschlußantrag Bayerns mit seinen Vorbehalten und Separatrechten — hätten uns zwar schlecht geschmeckt und lägen uns jetzt noch im Magen, wir hätten aber doch zugestimmt. Bismarck antwortete: „Gewiß bin ich zufrieden, es war nicht mehr zu erreichen, aber ich weiß nicht, weshalb mir Delbrück in Betreff der Zustimmung des Reichstags so bange gemacht hat?" — „Die Sache stand anfangs bedenklich," bemerkte ich; „der Entschluß ist uns allen sehr schwer geworden." — „Nun," sagte der Reichskanzler, „den besten Ausspruch hat Lasker gethan: ‚Häßlich ist das Mädel, aber geheiratet muß es doch werden.'" Davon hatte ich in Berlin nichts gehört, fragte aber später Lasker, der bestätigte, daß er die Aeußerung zu einem konservativen Abgeordneten gethan. Er wunderte sich, daß Bismarck davon erfahren habe.

In Versailles teilte ich dem Reichskanzler die Wahrnehmungen mit, die ich wenige Wochen vorher in Petersburg gemacht hatte, namentlich in Bezug auf die Marschbereitschaft der Truppen und die Vorbereitungen auf den Bahnen zum Transport derselben. Ich bemerkte, daß der Entschluß offenbar festgestanden hätte, Oesterreich nötigenfalls mit den Waffen an einem Angriff auf Deutschland zu verhindern, erwähnte auch der Gortschakoffschen Note in Be-

*) Die Darstellung des Verhältnisses, wie sie Bismarck Unruh gab, wird gleichwohl nicht angezweifelt werden dürfen. In ähnlicher Weise erzählt der Kanzler am 29. Oktober 1870 dem badischen Minister Freiherrn von Freydorf, daß er seine Karlsbader Wasserkur behufs der politischen Verhandlungen und zum Kriegszuge 1870 habe unterbrechen müssen. Anfangs habe er starkes Arbeiten des Blutes verspürt und für seine Gesundheit gefürchtet. Als er aber ein paar Tage im Felde gewesen, sei er vollkommen gesund geworden. Nur als es bei Metz einige Tage Ruhe gegeben, sei er wieder etwas leidend gewesen. Im übrigen habe er alle Strapazen ausgehalten und häufig nur von einem Stück Brot und Speck gelebt, einer Kost, die er sich sonst nicht habe zumuten dürfen. Alle nötigen Geschäfte besorge er gern und bleibe dabei gesund; unnötige Arbeit aber mache ihm Aerger und Galle, schwelle ihm die Adern an, und das sei seine Krankheit.

treff des schwarzen Meeres. Bismarck erwiderte: „Aber die Note hätte etwas später kommen können, indessen schadete es auch nicht viel, daß man nicht gezögert hat."

Die Aufnahme der Deputation in Versailles war ausgezeichnet, wir wurden vom Kaiser, dem Kronprinzen und den berühmten Generalen mit großer Freundlichkeit behandelt.*)

Es war ein hocherhebendes Gefühl, gerade in Versailles, im Angesicht des berühmten Schlosses Ludwigs XIV. zu sehen, wie die deutschen Truppen im Begriff standen, den letzten Widerstand Frankreichs zu brechen, das Deutschland seit Jahrhunderten so oft frivol angegriffen, beraubt und erniedrigt hatte, und den jetzigen Krieg mit unbestrittener Zustimmung des französischen Volkes begonnen hatte, um zu verhindern, daß Deutschland sich zu einem kräftigen Bundesstaat entwickle und eine wirkliche Nation werde. Wenn am späten Abend der letzte Schuß aus der großen Kanone des Mont Valerien ertönte, so sagte ich mir mit Stolz: „Schießt nur immer zu, es hilft euch doch nichts, in wenigen Wochen seit auch ihr besiegt und gefangen."

Rückreise über Enghien.

Ich hatte in Versailles die Freude, daß einer meiner Söhne, der gerade zur General-Etappeninspektion in Corbeil kommandirt war, auf einige Tage Urlaub bekam und mich besuchte.

Nach dem Diner beim Kronprinzen fragte mich derselbe, ob ich mit der Deputation nach Berlin zurückreisen werde. Ich antwortete, es sei meine Absicht, mit noch drei Abgeordneten (von Romberg, von Arnim-Kröchlendorff und von Seydewitz-Grünberg) nordwestlich um Paris herumzugehen; ich wolle meinen Schwiegersohn, den Major von Rauchhaupt in Enghien, die drei Kollegen ihre Verwandten beim Gardecorps besuchen. Darauf äußerte der Kronprinz, in der Richtung auf Enghien würde wohl nächstens ein Ausfall aus Paris gemacht werden. Auf Veranlassung des Herrn von Romberg fragte ich den General von Gottberg, welchen Weg wir nach Enghien einschlagen sollten. Als er hörte, daß wir und drei Diener nebst Gepäck in zwei preußischen Postwagen führen und von zwei Berliner berittenen Schutzleuten begleitet würden, sagte er, daß wir in keinem Falle den nächsten Weg über Argenteuil einschlagen dürften, weil wir bei einem solchen Aufzuge nicht bloß einzelnen Schüssen, sondern Salven vom Seineufer her ausgesetzt sein würden; wir müßten über St-Germain-en-Laye, Carrières-sous-bois, le Menil-le-Roi fahren; die Eisen-

*) Sehr bezeichnend ist es, daß Moriz Busch in seinem Buche: „Graf Bismarck und seine Leute" erzählt, der Geh. Legationsrat Abeken aus der Umgebung Bismarcks habe in Bezug auf die Reichstagsdeputation geäußert: „Was wollen die dreißig Kerls hier?" So wenig Verständnis für die Lage Deutschlands und die Bedeutung des Reichstags herrschte also ganz in der Nähe Bismarcks.

bahnbrücke bei Maisons-sur-Seine passiren und von dort über Sartrouville, Cormeilles, Sannois nach Enghien fahren.

Auf diesem Wege gelangten wir dann auch ohne Unfall nach Enghien, obgleich uns unterwegs der Oberstlieutenant von Rauch gesagt hatte, daß es mißlich sei, von den Einwohnern nicht verlassene Dörfer zu passiren, wenn die Truppen alarmirt und ausgerückt seien. In Enghien waren der Regimentskommandeur, mein Schwiegersohn, der ein Bataillon kommandirte, die beiden Adjutanten und der Oberstabsarzt in einer sehr hübschen Villa einquartiert, die dem bekannten und berüchtigten Vilmessant, dem Eigentümer des „Figaro“ in Paris, gehörte. Die Villa war wohl erhalten. Ich wurde auch darin untergebracht.

Weibliche Bedienung gab es nicht. Die Pariser Mobilgarde hatte vor Beginn der Belagerung sämtliche Einwohner ausgetrieben. Unsere Soldaten hatten die Schränke erbrechen müssen, um zu Tisch- und Bettwäsche, Tellern und Küchengerät zu gelangen. Ein Unteroffizier fungirte als Koch, mehrere Musketiere und Burschen als Küchen- und Stubenmädchen. Die Verpflegung war vortrefflich. Schon beim Dejeuner, noch mehr beim Diner wunderte ich mich über die gute Zubereitung der Speisen: Käse, frische Butter und Sahne, sehr gutes Brot. Dabei erfuhr ich, daß der Bruder des Obersten, der Zivilist und schon vor längerer Zeit zum Besuch gekommen war, den glücklichen Gedanken gehabt hatte, ein Kochbuch mitzubringen, und damit dem kochenden Unteroffizier Vorlesungen hielt. Anfangs hatte es an den feineren Ingredienzien gefehlt, aber bald hatte sich ein Franzose aus dem Hinterlande eingefunden mit einem Korb Senf, Gewürze, Essig und so weiter. Als er sah, daß ihm die Sachen nicht fortgenommen, sondern gut bezahlt wurden, brachte er auf Bestellung alles, was man gebrauchte. Von den sehr reichlichen Schlachtviehlieferungen hatte man mehrere Milchkühe und eine kleine Hammelherde erspart, die man von den nicht abgeernteten Rübenfeldern ernährte. Soldaten melkten die Kühe, machten Butter und backten Brot aus geliefertem Mehl. Wein hatte man in einem schlecht vermauerten Keller in großer Menge vorgefunden. Da es an Brennholz fehlte, brach man die Fußbrücken im Park und das hölzerne, sehr hübsche Theater ab. Die Kamine reichten aus, um eine ganz erträgliche Temperatur im Zimmer herzustellen.

Beim Diner erzählte ich, daß mir der Kronprinz gesagt habe, es würde in nächster Zeit ein Ausfall in der Richtung auf Enghien stattfinden. Die Offiziere hielten dies nicht für wahrscheinlich und sagten, es sei allerdings ein kleiner Ausfall auf Epinal gemacht worden, aber man habe seitdem mehrere Batterien errichtet, welche den Platz vor St-Denis, auf dem allein der Feind sich entwickeln könne, von drei Seiten bestrichen.

Noch während des Essens traf ein Corpsbefehl ein des Inhalts: „Morgen den 21. Dezember findet ein Ausfall aus Paris in der Richtung auf Le Bourget

statt, die 7. Division hat vor Tagesanbruch bereit zu stehen, den rechten Flügel der Garde zu unterstützen oder nötigenfalls abzulösen.“ Das Oberkommando sprach erst keine Vermutung aus, sondern positive Gewißheit. Die Nachrichten aus Paris mußten sehr zuverlässig sein. Später ist mir von mehreren Militärs versichert worden, daß der damalige Feldpolizeidirektor Stieber in dieser Beziehung sehr wenig geleistet habe; die guten Kundschaften hätten von Verbindungen hergerührt, die Offiziere bei den Vorposten mit Franzosen gegen sehr gute Bezahlung angeknüpft hatten.

Ich wollte am 21. Dezember abreisen, mein Schwiegersohn sagte mir aber, er könne mir nur einen einspännigen Wagen mit einem Soldaten als Kutscher zur Fahrt nach der nächsten Eisenbahnstation zur Verfügung stellen und mit diesem Fuhrwerk könne ich die von den ausgerückten Truppen verlassenen Dörfer nicht ohne die größte Gefahr passiren, ich müsse in Enghien bei der Bagage bleiben; allerdings würde der Ort bombardirt werden wie bei jedem Ausfall. Enghien, St-Gratien und Montmorency lagen im Bereich des Artilleriefeuers aus den Forts von St-Denis. Mir war die Verzögerung meiner Abreise ganz recht, weil ich meiner Tochter Nachricht mitbringen wollte, ob ihr Mann bei dem Ausfall gesund geblieben.

Am andern Morgen sammelten sich die Truppen im Finstern und marschirten zunächst nach Montmorency. Kaum graute der Tag, so begann das Bombardement aus ganz schwerem Geschütz. Man warf die sogenannten Zuckerhüte. Gleichzeitig ging ein feindliches Kanonenboot von St-Denis die Seine stromab. Hier war aber eine zwölfpfündige preußische Batterie auf achthundert Schritt Entfernung etablirt, welche das Kanonenboot beschoß. Aus den Dachfenstern der Villa Vilmessant konnten wir, der Zivilist von Rauchhaupt und ich, die Batterie deutlich feuern sehen mit solchem Erfolg, daß das Kanonenboot nach St-Denis zurückkehrte.

Die großen Granaten von St-Denis flogen mit seltenen Ausnahmen hoch über Enghien und St-Gratien, sogar über die Höhe von Montmorency fort. Es krepirten nur sehr wenige, etwa die fünfte. Das Bombardement dauerte von früh $7^1/_2$ bis nachmittags gegen 4 Uhr. Man sagte mir am Abend, daß nur fünf Granaten in die Ortschaften eingeschlagen hatten. Sehr wenige gingen zu kurz. Die Franzosen müssen mit stärkster Ladung und höchster Elevation gefeuert haben, ohne die Schüsse zu korrigiren. Wenn preußische schwerste Artillerie aus den Forts von St-Denis gefeuert hätte, so würde von den mehrgenannten Ortschaften kaum ein Haus stehen geblieben sein.

Gegen Mittag schlug ich dem Zivilisten von Rauchhaupt vor, einen Spaziergang nach Montmorency zu machen, wo wir am Tage vorher gewesen waren. Ich hoffte von der dortigen Höhe am Park etwas von dem Ausfall zu sehen. Die Doppelposten ließen uns ungehindert passiren, ohne daß ich meine in Versailles erhaltene Legitimation vorzeigte. Unser Deutschreden genügte.

In der That sah man von der Höhe fast die ganze französische und die preußische Linie, nur der linke Flügel der ersten und der rechte Flügel der letzten wurde durch eine Anhöhe verdeckt. Man sah deutlich das Abfeuern der Geschütze und der Infanteriesalven, hörte aber wegen des starken Nordwindes nur den Schall der Kanonen und Mitrailleusen, aber nichts vom Gewehrfeuer. Die Franzosen waren noch nicht auf dem Rückzuge.

Unter mehreren Offizieren vom 93. Regiment (Anhalt) traf ich am Park einen Bekannten, der sich wunderte, mich dort zu sehen, und bemerkte, daß hier stark bombardirt werde. Als ich erwiderte, daß dies in Enghien auch der Fall sei, schlug eine große Granate einige hundert Schritt von uns in den Acker, krepirte aber nicht und that deshalb keinen Schaden.

Die übrigen Truppen waren in der Richtung auf das Gardecorps abmarschirt. Es dämmerte schon, als die Nachricht eintraf, der Ausfall sei zurückgeschlagen und die 7. Division befinde sich auf dem Rückmarsch. Der Zivilist von Rauchhaupt und ich gingen nun eiligst nach Enghien zurück, um den Küchenwagen abpacken, die Kamine heizen zu lassen und für Essen zu sorgen. Es war bitter kalt und wir vermuteten richtig, daß es bei dem Hin- und Rückmarsch nur sehr mangelhafte Verpflegung gegeben habe.

Als wir Enghien erreicht hatten, schlug etwa zweihundert Schritt vor uns eine große Granate in ein kleines Haus an der Hauptstraße, krepirte auch und warf die Vorderwand des Gebäudes heraus, zündete aber nicht und that sonst keinen Schaden. Wir liefen eiligst nach dem getroffenen Hause, um Granatsplitter zum Andenken zu sammeln, aber die Mannschaften von der Bagage hatten schon alles aufgelesen. Später, im Jahre 1871, schenkte mir der Oberstabsarzt vom 66. Regiment den Boden der Granate (14½ Centimeter Durchmesser), den er einem Soldaten abgekauft und mit einer Trommel als Aschenbecher versehen hatte.

Am 22. Dezember fuhr ich mit einem Einspänner, geführt von einem Soldaten, nach Mitry, erreichte dort aber nicht mehr den Anschluß an den Zug, der über Reims nach dem Osten ging. Statt einen Tag zu warten, zog ich es vor, nach Meaux zu fahren, wo ich die Bahn nach Straßburg erreichte. Die Reise war recht unbequem, aber ich gelangte ohne Unfall am vierten Tage nach Berlin.

Etwas später ereignete sich in Enghien ein Vorfall, der hier erwähnt zu werden verdient. Bald nach Abschluß des Waffenstillstandes meldete die dienstthuende Ordonnanz, daß ein gut angezogener Herr zu Wagen angelangt sei und alle Zimmer der unteren Etage durchginge, ohne sich zu melden oder zu legitimiren. Der damalige Major von Rauchhaupt ließ den Fremden nach seinem Zimmer in der oberen Etage führen, wo derselbe mit dem Hut auf dem Kopfe erschien. Major von Rauchhaupt bedeutete ihn, den Hut abzunehmen, und fragte ihn, wer er sei. Die Antwort lautete: „Ich bin der Eigen-

tümer der Villa, Vilmessant." Major von Rauchhaupt bedauerte, daß doch einige Spuren der Einquartierung nicht zu vermeiden gewesen seien, weil alle Einwohner den Ort verlassen hatten. Inzwischen erschien auch der Regimentskommandeur, Oberst von Rauchhaupt, und andere Offiziere. Es knüpfte sich ein freundliches Gespräch an. Der Oberst lud Herrn Vilmessant zum Frühstück ein, was dieser auch bestens acceptirte. Ein Offizier machte Anspielungen auf das Journal „Figaro", das unter anderem auch den Rat erteilt hatte, französische syphilitische Frauenzimmer den Truppen zuzutreiben. Es wurde die Vermutung ausgesprochen, daß der „Figaro" wohl einen schlimmen Bericht über die Zustände in Enghien bringen würde, worauf sich Vilmessant erbot, die nächste Nummer seines Journals nach Enghien zu senden, und um die Adresse bat.

Beim Schluß des Frühstücks sprach Vilmessant, dem es gut geschmeckt hatte, den Wunsch aus, einige Schnitte Brot nach Paris mitnehmen zu dürfen. Man glaube dort, es herrsche Brotmangel bei den deutschen Truppen, während er sich vom Ueberfluß überzeuge. Es wurden ihm vier große Brote mitgegeben.

Einige Tage später wurde in der That bei den Vorposten ein Paket mit den neuesten Nummern des „Figaro" an den Oberst von Rauchhaupt abgegeben. Es war darin der Bericht des Herrn Vilmessant über seinen Besuch in Enghien enthalten; er erzählte, daß er seine Villa ganz zerstört, als Ruine vorgefunden habe, nur ein Zimmer sei zur Not noch benutzbar und von preußischen Offizieren bewohnt gewesen; diese hätten ihm Frühstück angeboten, was er aber abgelehnt habe, weil er von preußischen Offizieren überhaupt nichts annehme.

Weiter oben habe ich bereits angeführt, daß die Villa keineswegs zerstört, sondern durchweg völlig bewohnbar war. Es wäre auch eine große Thorheit gewesen, das eigene Quartier zu verwüsten. Daß bei mehrmonatlicher Einquartierung ohne jede weibliche Bedienung die elegante Einrichtung der Villa etwas leiden mußte, ist nicht zu verwundern.

Die größte Rücksichtslosigkeit des Herrn Vilmessant bestand aber darin, daß er die Annahme des Frühstücks ableugnete. Er hatte sogar die Dreistigkeit, noch einmal nach Enghien zu kommen; indessen das Glück begünstigte ihn, er fand keinen von den Offizieren anwesend; sonst hätten ihm doch einige Unannehmlichkeiten passiren können.

Militärische Urteile über die deutschen Truppen.

Von Interesse scheint es mir, aus der kurzen Zeit meines Aufenthalts in Frankreich noch militärischer Aeußerungen über die nicht preußischen Truppen zu erwähnen. Höhere preußische Offiziere sprachen fast nur Anerkennung und

Lob aus. Man rühmte die Durchbildung der sächsischen Truppen und die Tüchtigkeit ihrer Offiziere, ebenso die Tapferkeit der bayerischen Soldaten. Auch die Württemberger, Badenser, Hessen und Mecklenburger wurden gerühmt. Nur bei etwas näherer Bekanntschaft mit Offizieren hörte man auch Tadel aussprechen. Von den Sachsen wurde gesagt, daß sie bei mehreren wichtigen Gelegenheiten, bei St-Privat, Beaumont und bei einem Ausfall bei Paris zu spät, wenigstens nicht so früh, als thunlich gewesen wäre, eingegriffen hätten. Den Bayern gestand man zu, daß sie, einmal im Gefecht, mit wahrer Wut kämpften, dabei aber leicht den Offizieren aus der Hand kämen, so daß die spezielle Leitung und namentlich ein geordnetes Abbrechen des Gefechts schwierig sei; dagegen ließe der erste Angriff oft mehr Lebhaftigkeit wünschen (Wörth).

Stimmung im Reichstag nach 1870.*)

Es kann nicht meine Absicht sein, hier eine fortlaufende Darstellung der Ereignisse nach dem Kriege zu geben und die deutsche Politik zu beleuchten; vielmehr will ich nur solche Vorgänge erwähnen, welche der spätere Historiker schwerlich in Zeitungen, Zeitschriften oder stenographischen Berichten finden wird.

Die Stimmung im Reichstage nach dem Kriege war selbstredend eine sehr gehobene. Die große nationalliberale Partei, welche schon seit ihrer Entstehung Ende 1866 die Politik des Reichskanzlers unterstützt hatte, setzte dies Bestreben nach den großen Erfolgen von 1870/71 mit Eifer fort, obgleich sie sich bewußt war, daß sie keine Regierungspartei im englischen Sinne sei und daß schwerlich Mitglieder aus ihr in die Regierung gezogen werden würden. Gerade dadurch wurde das Strebertum in dieser Partei völlig ausgeschlossen.

Hieran änderte sich nichts in dem unter Hinzutritt der süddeutschen Staaten neu gewählten Reichstage. Im Gegenteil waren die nationalliberalen Mitglieder aus Süddeutschland, wie schon früher aus den neuen preußischen Provinzen, sehr entschiedene Anhänger Bismarcks. Sie hatten die größte Scheu, ihm irgendwie entgegenzutreten, und schüttelten die Köpfe, wenn ich ihnen im Privatgespräch sagte, daß ich gewiß die außerordentliche Begabung und die Leistungen

---

*) Ueber die parlamentarische Thätigkeit des Abgeordneten von Unruh im deutschen Reichstag sind zu vergl. die stenographischen Verhandlungen der I. Legislaturperiode, I. Session, Bd. I, S. 38, 91, 201, 218, 274, 452, 458; Bd. II, S. 703, 712, 737, 883, 888, 962, 1176, 1181, 1213, 1216, 1218; II. Session S. 195, 309, 331, 333, 335, 357, 358, 463, 487, 489, 497, 503, 504, 542, 545, 641; IV. Session S. 146, 155, 183, 195, 204, 238, 521, 660, 732, 744. 761.

II. Legislaturperiode, I. Session, S. 28, 36, 341, 398, 450, 680, 682, 686, 797; II. Session, S. 96, 210, 506, 529, 618, 787, 982, 1281; III. Session, S. 431, 432, 433, 463, 826, 1216, 1228; IV. Session, S. 787, 791, 847.

III. Legislaturperiode, I. Session, S. 162, 164, 175, 405, 406, 707, 734 und der IV. Legislaturperiode, I. Session, S. 437.

Bismarcks in der äußern Politik vollkommen anerkenne, daß aber mein Vertrauen zu seiner innern Politik, namentlich in Bezug auf die freiheitliche Entwicklung Deutschlands und die fernere Organisation des deutschen Staates sehr begrenzt sei. In dieser Beziehung fürchte ich, daß Bismarcks Ziele keineswegs die unserer Partei seien. Ich hielte es daher für unvermeidlich, ihm im Parlament bei Abweichungen von dem Wege, den wir gehen wollten, entgegen zu treten. Ein Konflikt sei jetzt durchaus nicht zu besorgen.

Ich habe immer die Annahme für sehr falsch gehalten, daß Bismarck grundsätzlich liberal geworden sei. Die Rechte im Reichstage wollte vor 1870 nichts vom deutschen Kaisertum wissen. Vielleicht glaubte sie, daß ihr Einfluß dann auch in Preußen geringer sein würde. Es schien mir, als ob viele Mitglieder der Rechten Bismarck, seit er liberal geworden, für einen Renegaten hielten. In einer Privatunterredung mit mir wiesen zwei Abgeordnete von der Rechten darauf hin, was Bismarck sie gezwungen habe, hinunter zu schlucken, nicht allein das allgemeine, gleiche Wahlrecht, sondern auch eine Menge liberaler Gesetze. Ich erwiderte, daß sie sich gänzlich im Irrtum befänden, wenn sie glaubten, Bismarck sei ein liberaler Mann geworden. Sein scharfer Verstand und seine klare Auffassung der gegebenen Verhältnisse hätten ihn erkennen lassen, daß er sein großes Ziel: die Erhebung Preußens und die Einheit Deutschlands nur auf liberalem Wege erreichen könne. Ich zweifle nicht, daß er diesen oft nur contre coeur eingeschlagen habe.

Kompromisse zwischen der Reichsregierung und der national-liberalen Partei.

Der nationalliberalen Partei ist namentlich von seiten der Fortschrittspartei oft vorgeworfen worden, daß sie sich so oft auf Kompromisse eingelassen und häufig in der dritten Lesung anders gestimmt habe als in der zweiten. Die Thatsache ist vollkommen richtig; ich selbst habe bei dem Abschluß von Kompromissen in der Regel mitgewirkt und bedaure dies durchaus nicht, weil ich der Meinung bin, daß haltbarer, dauernder Fortschritt nur auf diesem Wege zu erreichen ist. Die Geschichte der Kulturstaaten des Altertums und der Neuzeit bestätigt diese Behauptung vollkommen, namentlich sind Staatsverfassungen, die Dauer gehabt haben, fast niemals anders zu stande gekommen als durch Verständigung der maßgebenden Parteien und der Regierung. Dasselbe gilt von großen, tief eingreifenden Gesetzen. Die Katholiken- und Sklavenemanzipation, die Aufhebung der Kornbill, die Beseitigung der Todesstrafe auf kleine Verbrechen in England und so weiter beruhen sämtlich auf Kompromissen. Toryministerien haben schließlich durchgeführt, was die Wighpartei Jahre hindurch angestrebt hatte. Die Verfassung des Norddeutschen Bundes konnte gar nicht anders zu stande kommen als durch Verständigung der Parteien unter

einander und mit der Regierung. Ein Kompromiß gewährt deshalb die Aussicht auf Dauer, weil er die Zustimmung aller maßgebenden Faktoren verbürgt und ein einseitiges, gewaltsames Aufdringen ausschließt. Wo revolutionäre Parteien zur Macht gelangt sind, haben sie allerdings ihren Willen mit Gewalt durchgesetzt; aber die auf solchem Wege zu stande gekommenen Verfassungen und Gesetze sind verschwunden, sobald die Macht in andere Hände überging. Diese Erfahrung ist keiner radikalen Partei erspart worden.

Schwere Konflikte zwischen Regierung und Parlament, deren Ausgang und Folgen sich gar nicht vorher berechnen lassen, sind oft gar nicht anders zu vermeiden als durch Kompromiß.

Da die nationalliberale Partei keine eigentliche Regierungspartei war und bei der Persönlichkeit des Reichskanzlers nicht sein konnte, so war es recht eigentlich ihre Aufgabe, Verständigung herbeizuführen, Konflikte und extreme Beschlüsse zu verhüten und sich ihrem Ziele: Einheitliche Entwicklung und Konsolidation Deutschlands, zu nähern. Daß ihr dies oft gelungen, läßt sich nach der ganzen deutschen Gesetzgebung seit 1871 kaum bestreiten.

Die Divergenz der Abstimmungen in zweiter und dritter Lesung erklärt sich sehr leicht aus der parlamentarischen Taktik, welche eine Verständigung zum Ziele hat. Für sich allein hat die nationalliberale Partei die Majorität im Reichstage nie besessen, es war häufig schwer oder ganz unthunlich, die Stimmen, die ihr aus anderen Parteien zufielen, vorher mit Sicherheit zu berechnen, daher blieb nichts anderes übrig, als bei der zweiten Lesung so viel als möglich durchzusetzen und dadurch eine Basis zu einer Verständigung vor der dritten Lesung zu erlangen.

So ist namentlich bei der Beratung der Verfassung des Norddeutschen Bundes verfahren und dadurch vieles erreicht worden, was auf anderem Wege nicht durchzusetzen war. Zwischen der zweiten und dritten Lesung fand die Verständigung mit der Regierung, das heißt mit Bismarck statt, und es verstand sich von selbst, daß gemäß derselben in der dritten Lesung gestimmt werden mußte. Der radikale Standpunkt ist allerdings viel bequemer, man stimmt nach den eigenen Anschauungen, lehnt Abschlagszahlungen ab, streckt die Hand nach dem Ganzen aus und wäscht seine Hände in Unschuld, wenn man gar nichts erreicht. Daran sind ja dann die anderen Parteien allein schuld.

Die Dotationen von 1871.

Bei der Bewilligung eines Kapitels von mehreren Millionen zu Dotationen für die Generale hatte der Reichstag nicht, wie im Jahre 1866, die Bedingung gestellt, daß die Namen der Generale in dem Gesetz anzugeben seien. Die Verteilung war selbstverständlich dem Kaiser überlassen. Dieselbe erfolgte erst nach langer Zeit, ich glaube, erst nach Jahr und Tag. Wie mir und einigen

anderen mitgeteilt wurde, war nicht nur das bewilligte Kapital, sondern auch die Zinsen desselben von der Bewilligung bis zur Ausschüttung verteilt worden. Aus diesen Zinsen hatte der General von Steinmetz 100 000 Thaler empfangen, wie er selbst dem Abgeordneten von Benda in Kissingen mitgeteilt hat. Es ist jedenfalls höchst zweifelhaft, ob über die Zinsen zu solchem Zweck disponirt werden oder ob nicht lediglich die vom Reichstage bewilligte Summe zur Verteilung gelangen durfte. Hatte das Kapital wirklich inzwischen Zinsen getragen, so scheint es, daß dieselben der Staatskasse gehörten. Wie dem aber auch sei, so waren meine Freunde und ich der Meinung, daß es den alten Kaiser kränken würde, wenn die Sache öffentlich im Reichstage zur Sprache käme. Der Kaiser konnte doch nichts dafür, daß ihm der bestehende Zweifel nicht vorgetragen worden war. Wir wirkten deshalb dahin, daß die Sache möglichst geheim blieb, damit nicht die Fortschrittspartei Lärm schlage.

Dem Fürsten Bismarck ist aus dem vom Reichstage bewilligten großen Kapital keine Dotation gegeben worden; dagegen hat er eine solche auf folgendem Wege erhalten. Bekanntlich war das Herzogtum Lauenburg im Frieden mit Dänemark an Oesterreich und Preußen abgetreten worden. Die Krone Preußen (nicht der Staat) kaufte Oesterreich seinen Anteil mit einigen Millionen Thalern ab. Lauenburg wurde nicht in Preußen einverleibt, sondern trat nur in Personalunion. Die Einwendungen des preußischen Abgeordnetenhauses und die Hinweisung darauf, daß zur Personalunion die Zustimmung des Landtags gehöre, blieben unbeachtet. Nun ist aber doch klar, daß im Falle der Personalunion die Krone Preußen an die preußische Staatskasse denselben Betrag hätte zahlen müssen, den Oesterreich für seinen Anteil erhalten hatte, denn der Staat Preußen hatte mit Oesterreich den Krieg mit Dänemark geführt, also denselben Anspruch auf Abfindung wie Oesterreich, wenn Lauenburg nicht in Preußen einverleibt wurde. Eine solche Zahlung ist aber nicht erfolgt und erst später durch die Einverleibung Lauenburgs ausgeglichen worden. Im Herzogtum Lauenburg herrschten, wie in mehreren deutschen Staaten, schon zur dänischen Zeit Zweifel und Streitigkeiten darüber, ob die Domänen dem Staat oder der Regentenfamilie gehörten. Es wurde nun den lauenburgischen Ständen ein Vergleichsvorschlag gemacht, wonach aus dem lauenburgischen Domanium ein Teil im Werte von einer Million Thaler zur Disposition des Landesherrn, also des Königs von Preußen ausgeschieden werden, der Rest des Domaniums aber dem Lande Lauenburg verbleiben und einen lauenburgischen Provinzialfonds bilden sollte. Darauf gingen die Stände ein. Die Ausscheidung erfolgte, so viel mir bekannt, auf Grund der alten, sehr niedrigen Taxen, und der Kaiser und König von Preußen verlieh diesen ausgeschiedenen Anteil dem Fürsten Bismarck als Dotation.

Der Amtsrat Dieze in Barby, der mit dem Fürsten Bismarck sehr bekannt und viel in dessen Hause ist, erzählte auf einer Jagd in Barby, daß er den

Fürsten nach seiner lauenburgischen Besitzung begleitet habe. Dieselbe bestehe hauptsächlich aus Forst, meistens Laubholz. Genaue Taxen und Probeschläge hätten ergeben, daß der wirkliche Wert der Besitzung nicht eine, sondern drei Millionen Thaler betrüge. Zur dänischen Zeit sei viel zu wenig Holz geschlagen worden, so daß viele Hölzer drohten überständig zu werden. In der Nähe Hamburgs und der See habe das Holz sehr hohen Wert. Dieze erzählte, der Fürst habe auf die überaus günstigen Berichte der Forstleute geäußert: „Nun gut, da mich der König nun einmal zum Fürsten gemacht hat, so kann ich für jeden meiner beiden Söhne ein Majorat stiften."

Später habe ich mehrfach den hohen Wert der Besitzung bestätigen hören und dem Fürsten die große Dotation stets von Herzen gegönnt.

Die Tradition des deutschen Kaisertums in Süddeutschland.

Es ist bereits erwähnt worden, daß vor 1870 ein sehr großer Teil der konservativen Partei keine Sympathie für Errichtung eines deutschen Kaisertums hatte. Es ist in meinem Hause passirt, daß ein Offizier sich weigerte, auf den künftigen deutschen Kaiser anzustoßen. Mit den Siegen 1870/71 änderte sich die Stimmung auch in diesen Kreisen. Bei einer Fußreise, die ich 1871 mit meinem ältesten Sohn durch den Schwarzwald und einen Teil von Baden und Württemberg machte, kehrten wir oft in kleinen, ländlichen Gasthäusern ein und hatten Gelegenheit, mit Landleuten, Gastwirten, Förstern und so weiter zu sprechen. Ueberall herrschte Freude nicht nur über die Siege, sondern namentlich über die Wiedererrichtung des deutschen Kaisertums. „Das werden wir uns nicht wieder nehmen lassen," wurde oft geäußert. In allen Schenkstuben hingen, wenn auch schlechte, wohlfeile Bildnisse des Kaisers, Bismarcks, des Kronprinzen und Moltkes.

Allerdings herrschte in diesen Schichten der Bevölkerung der Glaube, daß der Kaiser wirklicher Oberherr über die einzelnen Staaten sei. Mir wurde damals klar, daß die alte Kaisertradition, die in Preußen durch seine selbständige Geschichte verloren gegangen ist, im Süden Deutschlands noch fortlebte. Wäre es nur zu einem Staatenbunde, mit dem König von Preußen an der Spitze, gekommen, so würde dieser mutmaßlich sehr wenig Sympathie in der süddeutschen Bevölkerung gefunden haben. Kaiser und Reich fanden enthusiastische Zustimmung. Auch in diesem Punkt hat Bismarck das Richtige getroffen. Der zähe Partikularismus steckt in den höheren Schichten, hauptsächlich in den Beamten!

Sehr geschickt war die Behandlung der Mittel- und Kleinstaaten durch Bismarck. Ueberall wurde Einverständnis gesucht und selbst der Schein des Zwanges vermieden. So kam das Reichsoberhandelsgericht und die erhebliche Erweiterung der Kompetenz des Reichstags und der Reichsregierung zu stande.

Man erzählte damals in sonst gut unterrichteten Kreisen, daß Bismarck die Absicht gehabt habe, die 1866 den einzelnen deutschen Staaten auferlegte Kriegskontribution aus den fünf Milliarden, die Frankreich zahlte, zu ersetzen.*) Die Wirkung würde ohne Zweifel eine sehr große, wenn auch keine nachhaltige gewesen sein. Es hieß, der Kaiser sei auf den Rat des Finanzministers nicht darauf eingegangen.

Das Militärpensionsgesetz.

Zu den vielen Gesetzvorlagen, die dem Reichstage zugingen, gehörte auch das deutsche Militärpensionsgesetz. Dasselbe knüpfte an das preußische Gesetz an, das, ich glaube im Jahre 1865,**) also in der Konfliktszeit, zu stande gekommen war. Es wird erlaubt sein, auf den damaligen Hergang hier zurückzukommen.

Bis dahin war in Preußen noch das Militärpensionsgesetz aus dem Anfange der zwanziger Jahre in Kraft. Dasselbe hatte die Pensionen der Offiziere erhöht, aber für invalide Unteroffiziere und Gemeine nur höchst mangelhaft gesorgt. Die neue Vorlage half diesem großen Uebelstande auch nur ungenügend ab und setzte für die im Kriege invalid gewordenen Subalternoffiziere nur sehr mäßige Pensionen fest. Die liberale Partei hatte damals im preußischen Abgeordnetenhause die entschiedene Mehrheit und erhöhte die Pensionssätze und Verstümmelungszulagen für Subalternoffiziere, Unteroffiziere und Gemeine sehr bedeutend, allerdings gegen den konstitutionellen Gebrauch. Einzelne reaktionäre Zeitungen deuteten an, daß die liberale Majorität mit der Armee liebäugle. Das war aber keineswegs der Fall, vielmehr hatten die Volkswirte in der nationalliberalen Partei große Bedenken und meinten, die Ausgaben könnten so groß werden, daß der Staat dieselben nicht tragen könne.

Es wurde erwidert, wenn der preußische Staat nicht im stande sei, den Männern, die ihre Glieder und Gesundheit opferten, die Existenz zu sichern, so könne Preußen auch nicht länger die Rolle einer Großmacht spielen. Im Kriege invalid gewordene Soldaten dürften nicht als Ortsarme ihren Gemeinden zur Last fallen und dürften nicht mit einem sogenannten Gnadenthaler (1 Thaler monatlich) abgefunden werden.

Die Regierung kam durch die im Abgeordnetenhause bewirkten Erhöhungen augenscheinlich in einige Verlegenheit, weil es ihr mutmaßlich mißlich erschien, der Armee gegenüber die höheren Pensionen abzulehnen, ebenso bedenklich aber, die große Last auf die Staatskasse zu übernehmen. So ging der Gesetzentwurf

*) Vergl. mein Werk: „Fürst Bismarck und die Parlamentarier", Bd. I (2. Auflage) S. 265.

**) Gemeint ist das Gesetz vom 6. Juli 1865, betreffend allgemeine Bestimmungen über die Pensionen der Militärinvaliden (Preußische Gesetzsammlung 1865, S. 778).

in das Herrenhaus, in dem ähnliche Bedenken wie bei der Regierung herrschten. Das Herrenhaus ermäßigte die Pensionssätze nicht, aber es strich die vom Abgeordnetenhause in das Gesetz aufgenommenen Invaliden aus den Freiheitskriegen 1813—1815, wie man damals meinte, in der Voraussetzung, daß das Abgeordnetenhaus auf die Streichung nicht eingehen und inzwischen der Schluß der Landtagssession eintreten werde.

Die liberale Partei im Abgeordnetenhause erkannte die Gefahr des Nichtzustandekommens des Gesetzes und beschloß deshalb, auf die vom Herrenhause gemachten Abänderungen einzugehen, in welchem Falle die Zustimmung der Regierung nicht zu bezweifeln war. Der Beschluß wurde geheim gehalten. Die Rechte schien überrascht, als das Gesetz im Plenum fast ohne Diskussion durchging. Dasselbe hat für die Invaliden des Jahres 1866 höchst wohlthätig gewirkt.*)

Das interimistische Reichstagsgebäude.

Der Reichstag des Norddeutschen Bundes hatte kein eigenes Sitzungslokal, er hatte bis 1870 im preußischen Herrenhause getagt. Da zuweilen der preußische Landtag noch tagte, wenn der Reichstag schon einberufen war, und dieser doch auch notwendige Bureauräume brauchte, so wurde beschlossen, ein interimistisches Sitzungslokal nebst den sonst nötigen Nebenräumen für den Reichstag einzurichten. Die Regierung schlug dazu die königliche Porzellanfabrik in der Leipzigerstraße 4 vor, die ohnehin in die Nähe von Charlottenburg verlegt und mit der Gesundheitsgeschirrfabrik daselbst vereinigt werden sollte. Zur Prüfung der angebotenen Lokalität und zur Aufstellung eines Bauplans wurde eine Kommission aus Mitgliedern des Bundesrats und des Reichstags, preußischen Beamten und Architekten zusammengesetzt. Ich gehörte zu derselben und schlug bei der ersten Besichtigung vor, den großen Hof des Hauptgebäudes zu überbauen und zum Sitzungssaal einzurichten, und die umgebenden Gebäude, soweit thunlich, zu den Nebenräumen zu verwenden oder durch teilweisen Umbau dafür geeignet zu machen. Mein Vorschlag fand in der Kommission keinen Anklang; es wurde ein großenteils massiver Bau projektirt, der nicht allein sehr große Kosten machte, sondern auch eine Bauzeit von mindestens einem ganzen

---

*) Ueber das Zustandekommen des Reichsbankgesetzes verbreiten sich die Unruhschen Erinnerungen nicht; vergl. aber dessen Schrift: „Die Bankfrage vor der Kommission des deutschen Handelstages, beleuchtet von H. B. von Unruh, Mitglied des deutschen Reichstags." Berlin 1871. Verlag von Julius Springer. (Bekämpft die Ausdehnung der preußischen Bank auf ganz Deutschland und erstrebt Einschränkung und allmäliche Beseitigung aller nicht mit Metall gedeckten Noten, möglichste Einschränkung alles Papiergeldes und Freigebung der Depositen- und Girobanken.) und den Aufsatz: „Die Banknotenfrage" von H. B. von Unruh in der „Gegenwart", 1873, Nr. 10. (Besprechung der Schrift: „Das Deutsche Reich und die Bankfrage" von Heinrich Geffken. Hamburg 1873)

Jahr und darüber erforderte. In einer Sitzung, in der dieses Projekt beraten wurde, erschien unerwartet der Reichskanzler, der sich sehr entschieden gegen den viel Zeit und Geld kostenden Entwurf aussprach und sich dahin äußerte, daß, wenn ein gut bezahlter Botschafter einer Großmacht in der Porzellanfabrik wohne und eines großen Festlokals bedürfe, ein solches binnen wenigen Wochen durch Ueberbauung des Hofes hergestellt sein würde. Verständen es unsere Architekten nicht, einen solchen Bau schnell und brauchbar zu projektiren und auszuführen, so werde er fremde Architekten von London oder Wien kommen lassen, die der Sache gewachsen wären.

In der Kommission zeigten sich verlegene Gesichter. Da die Idee des Reichskanzlers mit meinem Vorschlage zusammenfiel, so nahm ich das Wort und erwiderte dem Reichskanzler, daß ich mit der Ueberbauung des Hofes ganz einverstanden sei, daß wir aber zur schnellen Ausführung eines solchen Planes durchaus keiner fremden Architekten bedürften. Dem Reichskanzler sei ja bekannt, daß das Abgeordnetenhaus (damals II. Kammer) 1848/49 in wenigen Wintermonaten erbaut worden sei. An geeigneten Kräften fehle es uns nicht und es käme nur darauf an, den Bauplan schleunigst festzustellen. So verwarf denn die Kommission das vorliegende Projekt ohne viel Besinnen und beauftragte den Geheimen Regierungsrat und Architekten Hitzig mit dem neuen Entwurf. Derselbe wurde sehr bald fertig und in kürzester Zeit von der Kommission und den Reichsbehörden genehmigt. Die Ausführung begann sofort. Zu dem Ende sollte die königliche Porzellanmanufaktur und das große Lager im Vorderhause schleunigst geräumt und nach einem in der Friedrichsstraße gemieteten Lokal geschafft werden.

Als der Reichskanzler bald darauf die Baustelle besuchte, hörte er von dem die Aufsicht führenden Baumeister, daß die Räumung sehr langsam erfolge, daß man das Porzellan höchst sorgfältig verpacke und daß dadurch die neuen baulichen Einrichtungen sehr aufgehalten würden. Der Reichskanzler gab sofort dem Baumeister den Befehl, im Falle die Räumung innerhalb drei Tagen nicht beendigt sei, das dann noch im Gebäude befindliche Porzellan auf die Straße zu werfen, und daß dies geschehen werde, der Direktion der Porzellanfabrik sogleich anzuzeigen. Diese mietete nun eine Anzahl Möbelwagen und Körbe, und die Räumung erfolgte innerhalb der bestimmten Frist. Der Umbau und die Einrichtung der interimistischen Lokale für den Reichstag ging so schnell vorwärts, daß innerhalb siebenzig und einiger Tage die Beendigung erfolgte. In der That eine sehr große Leistung, die bei aller Tüchtigkeit der ausführenden Baumeister nur durch das energische, rücksichtslose Eingreifen des Reichskanzlers möglich wurde. An der Wahrheit des Herganges ist nicht zu zweifeln, da ich denselben gegen den Reichskanzler auf einer seiner Soiréen erwähnte und er durchaus nicht widersprach, sondern sein Vorgehen noch näher motivirte. Ein solcher Hochdruck von seiten des höchsten Staatsbeamten kann allerdings unter

Umständen sehr günstig wirken und allgemeinen Beifall finden, aber auch sehr gefährlich werden und die bedenklichsten Folgen nach sich ziehen, wenn das erstrebte Ziel nicht allgemein gebilligt, vielmehr von berechtigten Seiten als nachteilig und gefährlich bezeichnet wird.

Neue Art der Abstimmung im Reichstag.

Der Neubau des Reichstagslokals gewährte eine günstige Gelegenheit, den Sitzungssaal so einzurichten, daß die Art der Abstimmung eingeführt werden konnte, die im englischen Unterhause üblich und höchst zweckmäßig ist. Ich bat daher den Geheimen Regierungsrat Hitzig, bei dem Entwurfe dafür zu sorgen, daß der Sitzungssaal von allen Seiten mit Korridoren umgeben sei und mindestens drei Thüren erhalte.

Nach der dem preußischen Abgeordnetenhause entlehnten Geschäftsordnung wurde damals zunächst durch Aufstehen und Sitzenbleiben abgestimmt. Stellte sich dabei keine unzweifelhafte Majorität heraus, so wurde die Gegenprobe gemacht, das heißt die mit Nein Stimmenden standen auf und die mit Ja Stimmenden blieben sitzen. Blieb auch dann die Majorität zweifelhaft, so schritt man zur Zählung der Sitzenden und Stehenden. Da aber erfahrungsmäßig die Abgeordneten bis zum Schluß der Zählung nicht auf ihren Plätzen festzuhalten sind, so wurden manche gar nicht, andere doppelt gezählt. Deshalb bestimmte die Geschäftsordnung, daß der Antrag auf namentliche Abstimmung (Namensaufruf) auch noch zulässig sei, wenn die bei der Zählung ermittelte Majorität nicht mindestens fünfzehn betrug. Hiervon machte die Minorität in der Regel Gebrauch, und so wurde häufig über dieselbe, oft nicht einmal erhebliche Frage viermal abgestimmt, ein Verfahren, das fast eine Stunde Zeit in Anspruch nahm. Gerade die Unsicherheit der zuerst erwähnten Arten der Abstimmung führte häufig dazu, von vornherein auf namentliche Abstimmung anzutragen, die jedesmal $^3/_4$ Stunden erforderte.

In England erfolgt im Unterhause die Abstimmung, wenn nicht sogenannte Akklamation eintritt, in der Weise, daß die Abgeordneten den Saal verlassen und durch zwei Thüren, die eine für Ja, die andere für Nein, wieder eintreten. An jeder dieser Thüren befindet sich ein Beamter des Hauses, der auf einem die Namen der Abgeordneten enthaltenden Tableau die Namen der Eintretenden anstreicht. Das Resultat ist ein absolut sicheres und jede solche Abstimmung zugleich eine namentliche, indem aus den Tableaus die Abstimmungsliste zusammengestellt und publizirt wird.

Im neuen Lokal stellte ich den Antrag, die englische Art der Abstimmung einzuführen, jedoch mit der Modifikation, daß statt der Streichung der Namen auf einem Tableau jeder Eintretende eine Karte mit seinem Namen abgeben sollte, wonach die Abstimmungsliste durch das Bureau zusammenzustellen war.

Die Zählung sollte an jeder Thür durch zwei Schriftführer geschehen. Auffallenderweise stieß mein Antrag auf großen Widerspruch. Die Gegner meinten, das Haus sei nicht dazu eingerichtet, das Verlassen des Saales und die Zählung beim Wiedereintritt würde einen lächerlichen Eindruck machen und fast ebenso viel Zeit kosten als ein Namensaufruf. Diesen wollte die Linke um keinen Preis aufgeben, obgleich auf den Tribünen viele Namen gar nicht zu verstehen sind.

Erst nachdem die Abgabe von Karten in meinem Antrage gestrichen war, gelang es, den Beschluß durchzusetzen, daß zunächst probeweise vier Wochen hindurch nach meinem Vorschlage abgestimmt werden sollte. Gleich beim ersten Versuche zeigte sich, daß die Abstimmung absolut zuverlässig ist und nur zehn Minuten Zeit kostet. Es wurde demnächst dieser Abstimmungsmodus definitiv angenommen, aber ohne Abgabe von Karten mit den Namen, also lediglich als Ersatz der Zählung. Die namentliche Abstimmung durch Namensaufruf ist beibehalten und es ist auch später nicht gelungen, dieselbe durch Einführung von Karten abzuschaffen oder nur für ganz besondere Fälle zuzulassen. Ein Abgeordneter erklärte in der Fraktion, er sei gegen die Abgabe von Karten, weil dann seine Wähler bei jeder Abstimmung erführen, ob er anwesend gewesen sei.

Dem neuen Abstimmungsmodus gab man den Namen „Hammelsprung", aber auch das preußische Abgeordnetenhaus führte diese Art der Abstimmung ein, schon wegen der großen Zeitersparnis und Sicherheit.

Das definitive Reichstagsgebäude.

Zum Bau eines definitiven, monumentalen Reichstagsgebäudes waren aus der französischen Kriegskontribution zehn Millionen Thaler reservirt worden. Die für das Reichstagsgebäude niedergesetzte Kommission wurde beauftragt, einen geeigneten Bauplatz zu ermitteln und eine Konkurrenz für den Bauentwurf auszuschreiben.

Unter den vielen in Vorschlag gebrachten Bauplätzen entschied sich die Kommission, wenn ich mich recht erinnere, einstimmig für den Teil des jetzigen Königsplatzes nahe dem Brandenburger Thor, auf welchem das dem Grafen Raczynski gehörige Palais nebst Bildergalerie steht. Ich gehörte auch zur Kommission und machte darauf aufmerksam, daß die Konkurrenz doch nicht eher ausgeschrieben werden könne, bis festgestellt worden, daß der gewählte Bauplatz sicher zu erlangen sei.

Zu diesem Zweck wurde der ebenfalls zur Kommission gehörige damalige Polizeipräsident von Wurmb, der persönlichen Vortrag beim Kaiser hatte, ersucht, direkt bei Seiner Majestät Erkundigung darüber einzuziehen, ob der Kaiser mit dem Bauplatz einverstanden und geneigt sei, im Falle ein gütliches Abkommen mit dem Grafen Raczynski nicht zu stande komme, die Erwerbung

des Platzes im Wege des Expropriationsverfahrens zu genehmigen. Der Grund und Boden des Platzes gehört dem preußischen Fiskus, dem Grafen Raczynsky war nur eine superficie eingeräumt worden.

Herr von Wurmb übernahm bereitwillig den Auftrag, aber in der nächsten Sitzung der Kommission stellte sich heraus, daß er Seiner Majestät noch keinen Vortrag über die Sache gehalten habe. Es schien, als hätte Herr von Wurmb es vergessen. Er versprach, die Entscheidung bis zur nächsten Sitzung herbeizuführen. Als er in dieser nach dem Resultat gefragt wurde, gab er die Erklärung ab, daß der Kaiser einverstanden sei. Auf meine Frage, ob Seine Majestät auch die Genehmigung zur Expropriation erteilen werde, erwiderte Herr von Wurm bejahend. Hierauf wurde die Konkurrenz ausgeschrieben.

Es ging eine erhebliche Zahl zum Teil recht bedeutender Bauentwürfe von in- und ausländischen Architekten ein. Bei der Prüfung derselben unter Zuziehung von sachverständigen Preisrichtern konnte ich leider nicht zugegen sein; ich hatte auf dringende Anordnung meines Arztes nach Karlsbad reisen müssen. Wäre ich anwesend gewesen, so würde ich mich ganz entschieden in der Kommission, nötigenfalls im Plenum des Reichstags gegen den Bauentwurf erklärt haben, der den ersten Preis erhielt. Derselbe entsprach neben schönen Seiten den im Konkurrenzschreiben enthaltenen Bedingungen auch in der Darstellung nicht und enthielt schwer verbesserliche Fehler, welche die Ausführung nach diesem Projekt unzulässig machten. Den Haupteingang bildete eine sechzig Fuß hohe offene Halle an der Westseite, in welcher die großen Treppen lagen, die in unserem Klima von Regen und Schnee bei Wind erreicht wurden. Der große Sitzungssaal hatte der Fassade wegen einen kuppelartigen, massiven Aufbau erhalten, der seitliches Eintreten des Oberlichts verhinderte. Das Licht konnte nur senkrecht einfallen, also nur die Mitte des Saales genügend erleuchten. Der Raum an den Umfassungswänden und auf den Tribünen wäre in der Dämmerung geblieben. Unten war der Saal mit dunklen Korridoren umgeben, die selbst bei Tage hätten erleuchtet werden müssen. Die sehr tiefen Abteilungszimmer hatten nur an der schmalen Seite Fenster, welche zur Erleuchtung des ganzen Zimmers nicht ausreichten. Der hintere Teil desselben würde auch bei Tage künstlichen Lichts bedurft haben.

Nun lege ich zwar sehr hohen Wert auf architektonische Schönheit und den monumentalen Charakter eines solchen Gebäudes, aber dasselbe muß vor allem auch zweckmäßig und brauchbar sein, sonst sinkt die Architektur zur Dekoration herab. Es kann manches zweckmäßig, aber unschön sein, aber das Schöne muß auch stets zweckmäßig sein. Deshalb mußten Bauprojekte, welche ihrem Gebrauchszweck nicht entsprachen, trotz großer architektonischer Schönheit ebenso gut verworfen werden wie räumlich zweckmäßige, aber architektonisch häßliche. Der prämiirte Entwurf löste die gestellte Aufgabe nicht und eignete sich nicht für die Ausführung.

Es soll in der Kommission, namentlich vom Präsidenten Simson, die Ansicht geltend gemacht sein, daß der erste Preis unter allen Umständen dem besten eingegangenen Entwurf erteilt werden müsse. Ich bin nicht dieser Meinung. Der Preis kann nur für einen Bauentwurf gegeben werden, der die gestellte Aufgabe löst. Dies war hier nicht der Fall. Alle Akademien und sonstige Institute, die Preisaufgaben öffentlich ausschreiben, verfahren in dieser Weise.

Die Frage nach dem besten Entwurf kam ins Stocken, als sich herausstellte, daß der Graf Raczynski die Hergabe seiner Besitzung gegen Entschädigung entschieden verweigerte und die preußischen und Reichsbehörden die Anwendung unfreiwilliger Expropriation für unzulässig erklärten. Es stand dies mit dem mündlichen Bericht des Herrn von Wurmb über den Vortrag beim Kaiser in einem Widerspruch, den ich nicht erklären kann.

Es wurden nun noch mehrere andere Bauplätze in Vorschlag gebracht, aber teils von den Behörden, teils vom Reichstag abgelehnt.

Auf einer Soirée beim Fürsten Bismarck fragte ich denselben, wo denn eigentlich das Reichstagsgebäude hinkommen solle. Er antwortete, wenn es nach seiner Meinung ginge, nach dem Pfingstberge (bei Potsdam). Ich fragte scherzend: „Nach dem Blocksberge?“ Nein, erwiderte der Fürst, es sei sein voller Ernst, daß der Reichstag nicht nach der Hauptstadt gehöre. Die Nordamerikaner hätten sehr weise ihre legislatorischen Körperschaften nicht nach New-York, sondern nach Washington gelegt; auch die Franzosen hätten eingesehen, daß sich Paris für den Sitz des Senats und des Abgeordnetenhauses nicht eigne, und hätten Versailles dazu bestimmt. So wäre es auch hier das Beste, nach Potsdam zu gehen.

Als ich darauf aufmerksam machte, daß sich in Washington auch die Behörden dauernd befänden, daß die Reichstagsabgeordneten in einiger Nähe des Pfingstberges kein Unterkommen finden würden, ferner, daß die Reichsbehörden sich doch wohl in demselben Orte mit den preußischen Ministerien befinden müßten und an eine Verlegung der letzteren nach Potsdam doch wohl nicht zu denken sei, sprach sich Fürst Bismarck dahin aus, daß er hierin kein unüberwindliches Hindernis erblicke. Man könne zu diesem Zweck noch eine separate Eisenbahn nach Potsdam und in der Nähe des Pfingstberges eine Anzahl von Villen zur Unterkunft der Abgeordneten bauen!

Obgleich der Fürst ganz ernsthaft sprach, erschien mir seine Idee doch nur als ein genialer Scherz.*)

Unter den vorgeschlagenen Bauplätzen befand sich auch das Terrain, das früher zur Porzellanmanufaktur gehörte und an die Königgrätzerstraße stößt.

*) Bismarck hat dem Gedanken einer Verlegung des Sitzes der Reichsregierung später im Reichstag noch einmal ganz ernsthaft Ausdruck gegeben. Vergl. den stenographischen Bericht über die Sitzung des Reichstags vom 29. April 1881, S. 905.

Für diesen Platz interessirte sich besonders lebhaft der Abgeordnete August Reichensperger-Crefeld; in der Kommission wurde jedoch, fast ohne sonstigen Widerspruch, der Platz schon seiner Lage wegen für ein monumentales Reichstagsgebäude als ganz ungeeignet erachtet; man könne, wurde gesagt, einen solchen Bau unmöglich auf einen Winkel an eine entlegene Straße stellen. Hiergegen opponirte nun Herr Reichensperger heftig und sprach sich dahin aus, daß das Reichstagsgebäude gar nicht monumental zu sein brauche und keines architektonischen Schmucks bedürfe, es komme nur auf Befriedigung des Raumbedürfnisses an. Auf mich und andere Mitglieder der Kommission machten die Aeußerungen des Abgeordneten Reichensperger den Eindruck, als ob es ihm vor allem darauf ankomme, kein Reichstagsgebäude zu stande kommen zu lassen, am wenigsten ein großartiges monumentales, ein Symbol der wiedergewonnenen deutschen Einheit. Das über die Sitzung der Kommission aufgenommene Protokoll und der Bericht an den Reichstag charakterisirt das Auftreten des Herrn Reichensperger. Der Bauplatz an der Königgrätzerstraße wurde im Reichstage abgelehnt.*)

Der Eisenbahnwagen des Fürsten Bismarck.

Im Verein deutscher Eisenbahnverwaltungen war der Antrag gestellt worden, einen Eisenbahnsalonwagen speziell für den Fürsten Bismarck zu bauen. Nach einigem Widerstande wurde der Antrag in der Form angenommen, daß der Wagen dem Fürsten zum Gebrauch für sich und seine Familie zur Verfügung gestellt werden sollte.

Die Direktion der Anhaltischen Eisenbahn bestellte den Wagen bei der Fabrik für Eisenbahnbedarf in Berlin, an deren Spitze ich damals stand. Ich stellte die Bedingung, daß ich sowohl mit dem Fürsten als mit der Fürstin über Einrichtung und Ausstattung des Wagens Rücksprache nehmen und darnach verfahren dürfe. Auf meine Bitte bestimmte der Fürst eine Abendstunde zur Vorlegung von Zeichnungen und Besprechung derselben. Als ich in sein Kabinet

*) Im Frühjahr 1879 war mit dem Sohne des inzwischen verstorbenen Grafen Raczynski ein sehr annehmbares Abkommen über die Hergabe des Bauplatzes zum Reichstagsgebäude zu stande gekommen. Wieder war es der Abgeordnete Reichensperger, der die Annahme der Vorlage durch den Vorschlag verhinderte, das Gebäude auf die andere Seite des Königsplatzes zu stellen, die gar nicht zur Verfügung steht. Fast unbegreiflicher-, aber charakteristischerweise ging die Majorität des Reichstags hierauf ein. So schwebt die Sache wieder in der Luft. Zehn Millionen Thaler liegen seit einer Reihe von Jahren bereit zu einem notwendigen nationalen Bauwerk, das sehr geeignet ist, Architekten, Bildhauer, Maler und andere Künstler durch einen langen Zeitraum zu beschäftigen und fortzubilden und so die Kunst zu fördern, wie es die Aufgabe jedes großen Kulturstaats ist, aber nach der Meinung des Herrn Reichensperger nicht die des Deutschen Reichs. Es ist kaum zu bezweifeln, daß die Vorlage angenommen sein würde, wenn Fürst Bismarck im Plenum dafür eingetreten wäre. (Anmerkung des Verfassers.)

eintrat, äußerte der Fürst, ich möchte mich noch einen Augenblick gedulden, er habe noch einen wichtigen Brief zu lesen und zu unterzeichnen. Dann setzte er hinzu: „Nun, der Brief wird Sie wohl interessiren, ich werde ihn vorlesen.“

Es war dies das bekannte Antwortschreiben Bismarcks an den Grafen Frankenberg in Betreff der Streitigkeiten mit dem katholischen Klerus in Oberschlesien.*) Der Inhalt ließ kaum einen Zweifel darüber, daß Bismarck entschlossen sei, den Uebergriffen der katholischen Kirche in die Rechte des Staates endlich entgegen zu treten. Ich äußerte meine Freude darüber und setzte hinzu, ich glaubte und hoffte, unsere politische Entwicklung werde nun ruhig, allmälich und sicher fortschreiten, aber der Kampf gegen jene Uebergriffe scheine mir ganz unvermeidlich und werde lange dauern; je eher derselbe beginne, desto besser, der jetzige Zustand sei unhaltbar. Fürst Bismarck runzelte die Stirn und sagte in sehr zuversichtlichem Tone: „Nun, wenn es sein muß, werden wir auch damit fertig werden.“

Unter den vorgelegten Wagenprojekten gab der Fürst zu meiner Freude demjenigen den Vorzug, das in der Fabrik unter meiner Leitung entworfen worden war, und äußerte, er wisse kaum ein anderes Geschenk, was ihm so viel Freude gemacht habe, als ein solcher Wagen. Er wünschte einige leicht auszuführende, aber sehr nützliche Abänderungen und teilte mir mit, daß die Fürstin die grüne Farbe an Wänden und Möbeln nicht liebe (wahrscheinlich aus Besorgnis vor Arsenikvergiftung). Später erschien ich noch einmal mit Stoffproben, unter denen die Fürstin die Auswahl traf.

Ich hatte mir die Zeichnung von dem neu verliehenen Wappen verschafft, um dasselbe an beiden Seiten des Wagens anzubringen. Damit erklärte sich der Fürst nicht einverstanden, verbot es aber auch nicht und äußerte: „Ich bin, was ich gewesen, Bismarck.“

Als der Wagen fertig war, lud die Anhaltische Eisenbahndirektion den Fürsten zur Besichtigung des Wagens nach der Fabrik ein, damit etwa gewünschte Abänderungen dort sogleich ausgeführt werden könnten.**) Etwas vor der bestimmten Stunde erschien der Geheime Oberregierungsrat Scheele von der Anhalter Direktion, Geheime Baurat Neuhaus von der Hamburger und Geheime Regierungsrat Zenker von der Stettiner Direktion. Herr Scheele produzirte ein Schriftstück, welches dem Fürsten mitgeteilt und an einer passenden Stelle des Wagens befestigt werden sollte. Darin war ausgesprochen, daß der Wagen ausschließlich zum Gebrauch des Fürsten Bismarck und seiner Familie

*) Der gedachte Brief ist datirt vom 19. Juni 1871 (abgedruckt in der „National-Zeitung“ vom 24. Juni 1871). Durch dieses Datum ist auch der Tag der Unterredung Bismarcks mit Unruh festgestellt.

**) Die Uebergabe des Salonwagens an den Fürsten Bismarck erfolgte, wie ich einem Artikel der „Vossischen Zeitung“ vom 17. Januar 1872, Nr. 13, entnehme, am 15. Januar 1872.

bestimmt sei, ihm zur Verfügung gestellt und auf allen deutschen Bahnen unentgeltlich befördert werde.

Daraus nahm ich Veranlassung, den drei Herren mitzuteilen, daß der Fürst nach seinem Gespräche mit mir ganz entschieden der Meinung sei, der Wagen sei ein Geschenk und ginge in sein Eigentum über; von bloßem Nießbrauch wisse er offenbar nichts. Ich habe keine Veranlassung gehabt, ihn aufzuklären, weil das gar nicht meine Sache sei und mir die Intention der Direktionen amtlich nicht bekannt sei.

Der hierauf eintretenden Verlegenheit machte Herr Zenker dadurch ein Ende, daß er zu Herrn Scheele sagte: stecken Sie dies Papier nur ruhig in die Tasche und sprechen wir nicht mehr davon. Jedenfalls war bei der Mitteilung des Beschlusses des Vereins an den Fürsten ein Versehen vorgefallen und unzweifelhaft hat der Verein in aller Stille seinen Beschluß nachträglich abgeändert. Den Fürsten trifft entschieden kein Vorwurf.

Die drei genannten Herren begaben sich nun nach dem Wagen in der Remise am andern Ende der Fabrik und ich erwartete den Fürsten am vordern Portal. Auf dem Wege nach dem Wagen konnte ich es mir nicht versagen, den Fürsten zu fragen, ob die Zeitungsnachricht wahr sei, wonach der Minister Mühler seine Entlassung eingereicht habe? Bismarck antwortete: „Das ist richtig, aber er (der Minister Mühler) steckt sich jetzt hinter die äußerste Rechte und hofft, daß sein Abschiedsgesuch abgelehnt werden würde." *)

Der Wagen fand den vollen Beifall des Fürsten, er dankte in sehr herzlicher Weise und wiederholte, daß dies eines der liebsten Geschenke sei, die er in seinem Leben empfangen habe.

Ich hatte das neue fürstliche Wappen an beiden Seiten des Wagens anbringen lassen, weil ich es für zweckmäßig hielt, den Wagen in dieser Art auszuzeichnen. Wenn der Fürst Widerspruch erheben sollte, so war das Wappen leicht beseitigt. Bismarck äußerte aber nur, als er vor dem Wagen stand und denselben lobte: „Eins hätte ich anders gewünscht," und dabei deckte er das Wappen mit der rechten Hand zu, verlangte aber nicht die Beseitigung desselben. Erwähnen will ich noch, daß die für den Wagen bestimmte Geldsumme die Selbstkosten der Fabrik nicht deckte. Dieselben wurden aus den Büchern gezogen und der Direktion der Anhalter Bahn überreicht, welche die Mehrkosten ohne Abzug anwies. Gewinn wurde dabei nicht gemacht, ein solcher war auch nicht beabsichtigt.

---

*) Im Januar 1872 wurde seine Entlassung vom König genehmigt.

Tischgespräch mit Bismarck am 25. Januar 1873 über den Kaiser, die Lage der Dinge nach 1866, die Kreisordnung, die Reform des Herrenhauses.

Am 25. Januar 1873 war ich zum Diner beim Fürsten Bismarck. Zu meiner Verwunderung wurde mir der Platz neben dem Fürsten angewiesen. Derselbe äußerte, die jetzigen Präsidenten seien anderweitig engagirt, deshalb nehme er einen alten Präsidenten aus früherer Zeit an seine Seite. Auf der andern Seite saß der Abgeordnete Miquel.

Das Gespräch während des Essens war nicht allein sehr interessant und pikant, sondern die Aeußerungen, die der Fürst machte, haben nach meiner Meinung einen historischen Wert und enthalten reiches Material zur Beurteilung des Charakters Bismarcks. Deshalb schrieb ich gleich am andern Tage die wichtigsten Teile des Gesprächs möglichst treu nieder und lasse dieselben hier nach meinen Notizen folgen.

Der Fürst war in der besten Laune, Witz und Humor sprudelten bei fast allem, was er sagte, doch hatten viele seiner Aussprüche einen tief ernsten Charakter. Bismarck kam gleich anfangs auf politische Tagesfragen, so auf seinen Rücktritt als preußischer Ministerpräsident zu sprechen,*) und erklärte das Gerücht, daß er mit dem Kaiser zerfallen sei, für falsch.

Es hieß damals in gut unterrichteten Kreisen, daß Bismarck vom Kaiser verlangt habe, ihm unbeschränkte Vollmacht zu geben, preußische Minister nach seinem Ermessen zu entlassen und andere an die Stelle zu setzen.**) Man sagte, der Kaiser sei hierauf, wie mir scheint, sehr weise, nicht eingegangen, und darauf habe Bismarck seine Stellung als preußischer Ministerpräsident niedergelegt. Der Vorgang schien durchaus wahrscheinlich nach den von Bismarck wiederholt ausgesprochenen heftigen Klagen über die Beschränkungen, welche ihm die Verantwortlichkeit und Selbständigkeit der preußischen Minister auferlege. Nicht einmal über die Ministerialräte könne er disponiren, weil dieselben nichts ohne Zustimmung oder gar gegen den Willen ihres Ministers thun wollten. Er hatte sehr entschieden und beharrlich verantwortliche Reichsminister oder Verwaltungschefs abgelehnt. Es lag also gar nichts Unglaubhaftes darin, daß er versucht haben sollte, in Preußen die Minister in eine allein von ihm abhängige Stellung zu bringen. Bismarck wiederholte zum Teil, was er am Vormittag im Abgeordnetenhause gesprochen.

Ich beschränkte mich darauf, die Bemerkung einzuschieben, es wäre gut,

*) Am 1. Januar 1873 war der Kriegsminister Graf Roon an Stelle des Fürsten Bismarck zum Vorsitzenden des Staatsministeriums ernannt worden.

**) Es braucht nicht gesagt zu werden, daß diese Erzählung auf einer völligen Unkenntnis oder besser gesagt Aufbauschung der Verhältnisse beruht.

gewesen, wenn das schöne Schreiben des Königs an ihn vom 1. Januar*) früher publizirt worden wäre, dasselbe habe sehr beruhigend und günstig gewirkt, wie mir Miquel bezeugen werde; man sei allgemein der Meinung, daß der Kaiser das Schreiben selbst verfaßt habe und daß es ihm aus dem Herzen gekommen sei.

Fürst Bismarck bestätigte diese Vermutung und fügte hinzu, das Schreiben habe ihm im Konzept vorgelegen und er habe nur zwei orthographische Fehler korrigirt.**) Er hätte dies nicht thun sollen, dann würde man später an der Echtheit noch weniger gezweifelt haben.

Diese Aeußerung des Fürsten frappirte mich. Als Paroli darauf sagte ich, es gäbe etwas, was ich und viele andere dem Kaiser sehr hoch anrechneten und auch die Geschichte anerkennen werde.

„Nun, was?" fragte Bismarck. Ich antwortete, ich wollte mich wohl aussprechen, wenn er es nicht übel nehme. „Sprechen Sie ganz offen," be-

---

*) Das gedachte Schreiben lautet:

Sie wissen, mit wie schwerem Herzen Ich Ihren Wunsch erfüllt habe, indem Ich Sie von dem Vorsitz Meines Staatsministeriums entband. Aber Ich weiß, welche geistige und körperliche Anstrengung die zehn Jahre dieser Stellung von Ihnen verlangten, und will deshalb nicht länger anstehen, Ihnen eine Erleichterung zu bewilligen.

Zehn inhaltsschwere Jahre liegen hinter uns, seit Sie Meiner Berufung, an die Spitze der preußischen Verwaltung zu treten, Folge leisteten! Schritt für Schritt hat Ihr Rat und Ihre That Mich in den Stand gesetzt, Preußens Kraft zu entwickeln und Deutschland zur Einigung zu führen. Ihr Name steht unauslöschlich in der Geschichte Preußens und Deutschlands verzeichnet, und die höchste Anerkennung ist Ihnen von allen Seiten gerecht zu teil geworden. Wenn Ich genehmige, daß Sie die mit so sicherer und fester Hand geführte Verwaltung Preußens niederlegen, so werden Sie mit derselben doch, unter Fortführung der politischen Aufgaben Preußens in Verbindung mit denen der deutschen Reichskanzlerstellung, in engstem Zusammenhange bleiben.

Durch die Verleihung der brillantnen Insignien Meines hohen Ordens vom Schwarzen Adler will Ich Ihnen bei diesem Anlaß einen erneuten Beweis Meiner höchsten Anerkennung und nie erlöschenden Dankbarkeit geben!

Mögen die Ihnen gewährten geschäftlichen Erleichterungen die Kräftigung Ihrer Gesundheit sichern, die Sie erhoffen und Ich wünsche, damit Sie lange noch dem engeren und dem weiteren Vaterlande und Mir Ihre bewährten Dienste widmen können.

Ihr
treuergebener, dankbarer König
Wilhelm.

**) Hierin liegt nichts Auffälliges; es ist bekannt, daß Kaiser Wilhelm I. in den Briefen, die er selbst konzipirte und schrieb, häufig eine jetzt überwundene Schreibweise anwandte. Es gibt eine große Anzahl Briefe des Kaisers, welche mit dieser jetzt für fehlerhaft geltenden Orthographie veröffentlicht wurden. Gleichwie Kaiser Wilhelm I. sich nicht mehr herbei ließ, die moderne Orthographie anzunehmen, so hat er auch seine Vorliebe, französische Wörter in den deutschen Text zu flechten, bis in die letzte Zeit bewahrt. Die zahlreichen Briefe des Kaisers, welche in den Denkwürdigkeiten des Grafen Roon abgedruckt sind, geben hierfür einen sprechenden Beweis ab.

deutete mich der Fürst, und ich fuhr fort: „Nun, ich meine den Umstand, daß der Kaiser einen so unbequemen Minister, wie wohl noch kein König von Preußen gehabt habe, nicht allein beibehalte, sondern seinem Rat, wenigstens in der äußeren Politik, unbedingt folge und ihm dankbar sei."

„Das ist richtig," meinte Bismarck ohne jede Empfindlichkeit, und setzte dann im Laufe des Gesprächs, in dem auch von dem König von Bayern die Rede war, hinzu, die Könige hätten einen eigentümlich weiten Blick für alles, was ihnen fromme. Die Details, mit denen sie nichts zu thun hätten, stören sie nicht, und sie nützten die Personen, die ihnen nützlich seien, so weit als möglich aus, versuchten wohl auch über diese Grenze hinaus zu gehen.

Etwas später erinnerte ich den Fürsten an jenes Gespräch, das ich auf seine Veranlassung mit ihm am 20. Juni 1866 gehabt hatte*), und gestand ihm, daß ich damals gezweifelt hätte, ob er sein Versprechen, der Konflikt müsse in ehrenhafter Weise ausgeglichen werden, auch nach dem Siege erfüllen werde.

Der Passus in der Thronrede: „Die Ausgaben entbehren der gesetzlichen Grundlage, meine Regierung ist angewiesen, Indemnität nachzusuchen," sei die Einlösung seines Wortes gewesen, und wir hätten damals gern die uns dargebotene Hand der siegenden Regierung ergriffen. Dieser Schritt, der, wie ich wisse, damals auf viele Schwierigkeiten gestoßen, habe die neue Zeit eingeleitet und sei ein nicht genug anzuerkennendes Werk Bismarcks.

Der Fürst bestätigte meine Darstellung und setzte hinzu, allerdings seien die Meinungen in der oberen Region sehr geteilt gewesen. Es lasse sich nicht leugnen, daß man nach dem Siege von 1866 die Verfassung hätte aufheben und mit Rücksicht auf die Vergrößerung und veränderte Stellung des preußischen Staates eine andere Verfassung einführen können. Er sei aber ganz entschieden gegen einen solchen Staatsstreich gewesen, der die Siegesfreude in Bitterkeit verwandelt, die Bevölkerung der anderen deutschen Staaten abgeschreckt, deren Regierungen im Gegensatz zu Preußen zu liberalen Maßregeln gedrängt und Preußen wieder völlig isolirt haben würde.

Mir schienen diese Aeußerungen von bedeutendem historischem Wert und zugleich als ein Beweis, daß Bismarck das große Ziel, die Einigung Deutschlands, fest im Auge hielt und die Mittel, dazu zu gelangen, mit weisem, sicherem Blick erkannte.

Im weiteren Gespräch berührte ich die Verhandlungen in Nikolsburg über die Friedenspräliminarien, von denen ich schon weiter oben gesprochen habe. Ich erkannte jene Politik der Mäßigung nach dem Siege als ein sehr großes Verdienst Bismarcks an, das ihm die Geschichte hoch anrechnen werde, und setzte hinzu, daß ohne dieses weise Verfahren 1870 ganz anders hätte verlaufen

*) Vergl. oben S. 241 ff.

müssen, und ich nicht begreife, wie liberale Leute mit scharfem Verstande, wie Virchow, gerade dagegen Tadel ausgesprochen hätten. In Bezug auf den bekannten Widerstand, auf den Bismarck bezüglich der Indemnität bei dem Könige gestoßen war, bemerkte ich, daß der Kronprinz Bismarck kräftig beigestanden habe, worauf der Fürst etwas zögernd erwiderte: „Ja — wenigstens passiv — aktiv aber in Nikolsburg.“ *)

Zur Erläuterung erzählte Bismarck gleich darauf, daß der König auf den Rand des Schriftstückes, welches die Friedenspräliminarien enthielt, mit Bleistift geschrieben habe:

„Ich habe diese wenig ehrenvollen und den erfochtenen Siegen nicht entsprechenden Bedingungen nicht genehmigen wollen, nachdem ich dieselben aber meinem Sohne und Thronfolger vorgelegt und dieser sich auf die Seite meines Ministerpräsidenten gestellt hat, bleibt mir nichts übrig, als meine Genehmigung zu erteilen.“

Bismarck bemerkte, daß er dieses Dokument im Auswärtigen Amt besonders sorgfältig aufbewahren lasse.

Als die bekannten Aeußerungen Bismarcks aus dem Jahre 1863 erwähnt wurden, er würde in zwei Jahren der populärste Mann im Staate sein,**) ferner die Einheit Deutschlands könne nur durch Blut und Eisen erreicht werden, sagte der Fürst: „Ja, es hat aber doch vier Jahre gedauert, aber Blut ist nur vergossen worden gegen Fremde.“ (1866 bei der Mainarmee?)

Interessant war es, daß der Fürst versicherte, der Kaiser sei ganz fest und zuverlässig in Betreff der Kirchengesetze, aber die Zivilehe müsse zurückgestellt werden.***) Nur durch solche Kompromisse komme man weiter.

Bismarck erwähnte hier auch nochmals die Besorgnisse und trüben

---

*) Ueber diese Frage unterhielt sich Bismarck auch mit dem Präsidenten des österreichischen Oberkirchenrats Dr. Frans im Jahre 1888. Der Kanzler erzählte, wie er persönlich sich dafür eingesetzt habe, daß der Friede von Nikolsburg für Oesterreich möglichst milde ausfalle; er wollte Oesterreich nicht demütigen, um es recht bald als Freund wieder gewinnen zu können, sein Monarch teilte diese Ansicht nicht ganz; es kam zu einer Differenz, welche einen ganzen Tag andauerte und die nur durch die Intervention des Kronprinzen Friedrich Wilhelm, des dermaligen Kaisers, welcher auf seite Bismarcks stand, geschlichtet wurde.

**) Die „Kreuzzeitung“ (22. April 1864, Nr. 93) war nach der Erkundigung an bester Quelle in der Lage, zu versichern, Bismarck bestreite, jemals diese oder eine ähnliche Aeußerung gethan zu haben. Im Gegenteil habe er geäußert, wie jeder Anflug von Popularität bei der liberalen öffentlichen Meinung ihn unsicher mache und ihn zu einer ernsten Selbstprüfung darüber veranlasse, ob er nicht im Begriffe stehe, eine politische Thorheit zu begehen. Nach einer andern Version soll Bismarck nach dem Blindschen Attentat, also im Mai 1866, gesagt haben: „Jetzt möchte mich das Volk aufhängen, aber in einigen Jahren werde ich der beliebteste Mann in ganz Deutschland sein!“ Wie sehr und bald dieser Ausspruch sich bewahrheitet hat, weiß jeder Deutsche.

***) Das Reichsgesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung datirt erst vom 6. Februar 1875, das zu Grunde liegende preußische vom 9. März 1874.

Ahnungen des Königs bei Beginn der Konfliktszeit, die ich bereits mitgeteilt habe.*)

Daß Bismarck damals auch geäußert hat, wie ich schon früher einmal mitteilte, wie man mit den Leuten im Abgeordnetenhause umzugehen habe, werde er zeigen, erwähnte er nicht wieder. Dagegen gedachte er einer andern Aeußerung gegen den Kaiser: Wenn gewisse Dinge von ihm als Minister verlangt würden, die nach seiner besten Ueberzeugung dem Könige oder dem Staat verderblich wären, so könne er Soldat des Königs, aber nicht sein Minister sein.

Nach dem Essen saß Fürst Bismarck beim Kaffee mit der Cigarre im Kreise einer Anzahl von Abgeordneten um einen runden Tisch herum und bemühte sich, abermals darzuthun, daß zwischen dem Kaiser und ihm keinerlei Differenz bestehe. Sodann sprach er von der Kreisordnung und der Reform des Herrenhauses; er sei durchaus kein Gegner der Kreisordnung**) und habe, wie bekannt, schon vor Jahren den Erlaß einer solchen betrieben und den Zusammentritt von Vertrauensmännern aus allen Parteien des Abgeordnetenhauses veranlaßt. Ursprünglich sei er der ausgeprägteste Parteimann gewesen, aber als Minister, ja schon als Gesandter, habe er sich sehr bald überzeugt, daß sich mit einer Partei nicht regieren lasse, daß man sich vielmehr auf alle brauchbaren Elemente stützen müsse. Unsere Zustände ließen sich nicht in eine Parallele mit den englischen stellen. In England war die Krone ein Appendix des Oberhauses, welches auch das Unterhaus beherrschte bis zur Reformbill, welche die Verhältnisse wesentlich anders gestaltet habe. Bei uns in Preußen habe die Krone stets obenan gestanden. Mit Rücksicht darauf habe er die Zusammensetzung unseres Herrenhauses stets, schon zur Zeit Friedrich Wilhelms IV., für keine glückliche gehalten, und als dieser ihn einmal gefragt, ob nach seiner Ansicht dem Grafen Arnim neben seiner Virilstimme auch noch das Wahlrecht zustehe, geantwortet, er halte die Spaltung des Grundbesitzes (der Rittergüter) in mehrere Kategorien, in den großen und befestigten, den alten und so weiter, für keine glückliche. Die Gutsbesitzer im allgemeinen, adelige wie bürgerliche, seien noch die alleinige, thatsächliche Korporation mit gemeinschaftlichen Interessen und Tendenzen gewesen; auch der bürgerliche Gutsbesitzer sei binnen kurzer Zeit ebenfalls Junker geworden und habe sich den Adeligen angeschlossen. Die Schöpfung des Herrenhauses habe diese Einheit zerstört, die Aristokratie isolirt, deren Votum im Herrenhause kein Gewicht nach außen besitze. Es komme darauf an, das Herrenhaus***) so zusammen zu setzen, daß es die ganze

*) Vergl. oben S. 221.

**) Ueber Bismarcks Stellung zur Kreisordnung verbreitet eine Darstellung des Professors Gneist mehr Licht. Vergl. Bismarck und die Parlamentarier Bd. II. S. 72 ff., S. 186 ff.

***) Ueber eine Unterredung Bismarcks mit dem König Friedrich Wilhelm IV. über die Einrichtung der Ersten Kammer vergl. den Briefwechsel des Generals Leopold von Gerlach

besitzende Klasse repräsentire, so daß, wenn das Herrenhaus zu einem Vorschlage des Abgeordnetenhauses „Nein" sage, die ganze besitzende Klasse im ganzen Lande mit diesem Nein einverstanden sei. Deswegen dürfe man das Herrenhaus nicht allein aus der Aristokratie, sondern aus dem Grundbesitz überhaupt und nicht nur aus diesem allein, sondern aus dem Besitz im allgemeinen zusammensetzen, möge man unter diesem auch die Millionäre verstehen. Eine solche Reform des Herrenhauses sei viel wichtiger und dringender als die Kreisordnung, die man lieber noch eine Weile auf den Kaminsims hätte legen und nicht durch Pairsschub hätte durchsetzen sollen, gegen den er (Bismarck) allerdings gewesen sei.

Ich schob die Frage dazwischen, ob der Fürst denn glaube, daß irgend eine ernstliche Reform des Herrenhauses*) ohne Pairsschub durchzusetzen sei,

mit dem Bundestagsgesandten Otto von Bismarck. Berlin, Verlag von Wilhelm Hertz, 1893, S. 25.

*) Im Februar 1881 endlich äußerte der Kanzler sich über die in Rede stehende preußische Körperschaft privatim ungefähr in folgender Weise: „Die praktische Beteiligung des Herrenhauses an unserer Politik ist in der letzten Zeit mangelhaft gewesen, doch dürfen wir die Quelle dieses Uebelstandes nicht in ihm allein suchen. Allerdings fällt dabei ein gewisser Mangel an Interesse für staatliche Angelegenheiten, der bei einem großen Teil unserer Lords zu beobachten ist, erheblich ins Gewicht. Die Hauptschuld jedoch trägt meines Erachtens die Staatsregierung, und zwar deshalb, weil sie nicht nur die finanziellen Vorlagen, sondern gleichzeitig auch alle wichtigen und Interesse erweckenden anderen Vorschläge und Entwürfe zuerst an das Abgeordnetenhaus bringt. Jenes ist durch die Verfassung geboten, dieses nicht. Der vorhin von mir erwähnte Mangel an Teilnahme für die öffentlichen Angelegenheiten, welcher die größere Anzahl der Mitglieder des Herrenhauses charakterisirt, ist ohne Zweifel teilweise die Folge unzweckmäßiger Einrichtungen, welche jene Körperschaft ihrer Entstehung und Ergänzung zu danken hat. Infolge deren fehlt den meisten Mitgliedern des Hauses eine lebendige Beziehung zum öffentlichen Leben. Der warme Pulsschlag desselben erreicht sie nicht. Der Fehler, dem wir hier begegnen, liegt aber nicht lediglich an den unzureichenden Wurzeln, welche das Herrenhaus nach seiner Ergänzung mit dem Lande verbinden; denn auch so, wie der jetzige Senat Preußens entsteht und zusammengesetzt ist, würde er mehr Bedeutung haben, wenn die Regierung ihm mehr Bedeutung beilegen wollte und nicht durch die Art und Weise seiner Beteiligung an den Landtagsgeschäften und durch die Auswahl bei den Ernennungen dazu beitrüge, daß das Haus auf einen nur geringen Anteil an den gesetzgeberischen Arbeiten beschränkt wird und beschränkt bleibt. Die Form, in welcher unser Oberhaus seine Beteiligung an diesen Arbeiten hinzunehmen genötigt ist, hat die Folge, daß die Vorbereitungen in den Kommissionen und die laufenden Geschäfte im wesentlichen von den Mitgliedern in die Hand genommen werden, die ihren Wohnsitz in der Hauptstadt haben, und letztere sind größtenteils zurückgetretene und mit ihrem Rücktritt mehr oder weniger unzufriedene Beamte. Ich glaube nicht zu hoch zu greifen, wenn ich annehme, daß diese Berliner mit Hinzurechnung einiger Vertreter großer Städte die zur Beschlußfähigkeit erforderliche Zahl sechzig stellen. Die übrigen Mitglieder des Hauses, namentlich die Vertreter des großen Grundbesitzes in den Provinzen, denen das Hauptgewicht in dieser Versammlung zugedacht war, erscheinen daneben nur bei den seltenen Gelegenheiten, wo der Abstimmungsapparat im Verlaufe weniger Tage die Ergebnisse der Session sanktioniren soll, und das ist ein ganz entschiedener Nachteil. Die erste Frage bei vielen der zu jenem Zwecke in Berlin Eintreffenden ist gewöhnlich die: Wann wird man wieder heimreisen können?

worauf Bismarck nach kurzem Zögern antwortete: „Ja!" Er setzte aber sogleich hinzu, daß er lieber vierzig neue Pairs zur Durchsetzung einer Herrenhausreform als vierundzwanzig der Kreisordnung wegen ernannt haben würde.

Von der Umwandlung des Herrenhauses in einen Staatsrat, welche von den Offiziösen angedeutet worden war, sprach Bismarck nicht. Dagegen erwähnte er nochmals den Widerstand, welchen ihm nicht nur die Minister, sondern auch deren Räte bei Gesetzentwürfen oft entgegengesetzt hätten und nannte einen dieser Räte, den man zur Belohnung zum Regierungspräsidenten gemacht habe. (Ohne Bismarcks Zustimmung?)

Ich habe mich bemüht, hier die höchst merkwürdigen Aussprüche Bismarcks möglichst treu wiederzugeben. Für den Wortlaut kann ich selbstverständlich nicht einstehen, aber die Richtigkeit des Inhalts, so, wie ich ihn aufgefaßt habe, verbürge ich. Mir ist wohl bekannt, wie bedenklich es ist, Tischgespräche einer geschichtlich hochstehenden Person aufzuzeichnen und zu veröffentlichen; aber es handelt sich hier nicht um ein vertrauliches Geplauder in einem kleinen geselligen Kreise, sondern um Aussprüche bei einem großen offiziellen Diner, und der Fürst Bismarck ist nicht der Mann, der sich zu Ausplaudereien hinreißen läßt im Vertrauen darauf, daß dieselben nicht weiter verbreitet werden. Der Fürst hat einen so gewaltigen Einfluß auf das Geschick Preußens und ganz Deutschlands geübt und übt ihn noch, daß ich es nicht nur für zulässig, sondern für äußerst wichtig halte, solche Aeußerungen von ihm aufzubewahren, welche geeignet sind, Licht über seine Ansichten und seinen Charakter zu verbreiten.

Ich will hier nicht auf eine Kritik der mitgeteilten Aussprüche eingehen, sondern mich auf ein paar kurze Bemerkungen beschränken. Immer habe ich den Erlaß der Kreisordnung, allerdings in Verbindung mit der Landgemeinde- und Städteordnung, für sehr notwendig und dringlich gehalten, weil nur auf diesem Wege die Disharmonie beseitigt werden kann, die jetzt in der Organisation der preußischen Staatsverwaltung liegt und höchst nachteilig wirkt. Neben der alten bureaukratischen, noch ganz intakten Verwaltung des absoluten Staats bestand und besteht in vielen Provinzen in den Kreistagen eine ständische Institution, auf welcher auch das Herrenhaus beruht. Dazu ist durch das Abgeordnetenhaus ein rein konstitutioneller Faktor getreten auf Grund der Verfassung. Daß diese verschiedenen Körperschaften nicht nach denselben Zielen streben, sondern, statt mit, gegen einander arbeiten, kann nicht befremden. Dem Wirrsal ist nur durch die oben erwähnten Gesetze, eine darauf im ganzen Staat eingeführte, praktische Selbstverwaltung und eine dementsprechende Organisation der Staatsbehörden, abzuhelfen.

Freilich gehört dazu auch eine Reform des Herrenhauses. Ob aber die vom Fürsten Bismarck angedeutete dem Zweck entsprechen würde, muß ich bezweifeln. Wo liegt die Grenze zwischen der besitzenden und der nicht besitzenden Klasse? Nach Bismarck müßte eine ganz willkürliche Trennung gemacht werden,

die notwendig nicht zur Einheit, sondern zu einer gefährlichen Spaltung führen würde. Ich halte den wohlhabenden Bauer für ein sehr konservatives Element, mindestens so konservativ wie den Gutsbesitzer, und das zähe Festhalten der freien Städte Hamburg, Bremen und Lübeck an ihren alten Verfassungen in der Periode 1848—1850 zeigt, daß auch im Bürgertum ein sehr starker konservativer Sinn herrscht.

Ein Herrenhaus, wie es Bismarck zusammensetzen will, würde auch dem konservativen Bürger und Bauer als eine Kombination von Junker und Geldsack erscheinen und bei seinem „Nein“ schwerlich die allgemeine Zustimmung aller Besitzenden finden.

Anführen will ich noch, daß bei den Beratungen der Vertrauensmänner über die Kreisordnung von seiten der Regierung höchst wunderbare Vorschläge gemacht wurden, zum Beispiel daß der Landwehrbezirkskommandeur (Landwehrmajor) und der Kreisphysikus Mitglieder der Kreisversammlung sein sollten. Ich sprach mein Befremden darüber gegen Mitglieder der Rechten aus, die versicherten, daß jene Vorschläge nicht vom Grafen Eulenburg, sondern von Bismarck selbst herrührten.*) Bei den immer erneuten Klagen des Fürsten Bismarck über den Widerstand einzelner Minister und ihrer Räte scheint er zu übersehen, daß gerade in der kollegialischen Ministerialverfassung eine große Garantie gegen die bedenkliche Willkür eines einzelnen Ministers und des Ministerpräsidenten enthalten ist.**) Aber es liegt in der Natur Bismarcks, daß ihm jeder Widerspruch, derselbe mag von einem Minister oder vom Abgeordnetenhause oder sogar — von der Krone ausgehen, verhaßt ist.***) Wenn der Fürst schon im Jahre 1866 versicherte, daß er einen ihm nicht passenden Minister nicht los werden und die geeignete Person nicht bekommen könne, so hat doch die Erfahrung seitdem gezeigt, daß es ihm nicht schwer wird, eine ganze Reihe von Ministern zu beseitigen†) und Personen seiner Wahl ernennen zu lassen.

---

*) Eine Garantie für die Richtigkeit dieser Angabe vermag ich nicht zu übernehmen.

**) Herr von Unruh betrachtet hier nur die allgemeine Seite, gegenüber dem Vorteile der Einheitlichkeit einer Regierung, ohne welche Eigenschaft sie nie stark sein wird. Andere Staaten, zum Beispiel England, wissen genau, weshalb sie das preußische Ministersystem nicht adoptirt haben. Jedenfalls paßte dasselbe für die machtvolle Gestalt Bismarcks nicht. Es wird wohl kaum einen preußischen Minister nach 1870 geben, der Bismarck thatsächlich als „Kollegen“ angesehen hätte. Mehr oder weniger waren sie alle nur seine Gehilfen.

***) Wer mit uns davon durchdrungen ist, daß Bismarck in allen wirklich großen Fragen einen weitern Blick hatte als die oben angeführten Instanzen zusammen, wird sich über die gerügte Eigenschaft des ersten Reichskanzlers nicht verwundern können.

†) Ueber den großen Ministerverbrauch unter Bismarck ist schon viel gesprochen worden. Es ist aber nachgewiesen worden, daß der Ministerwechsel seit 1862 verhältnismäßig ein ungemein geringer war. Es hat Personalveränderungen gegeben:

Im Handelsministerium sechs (Itzenplitz, Achenbach, Maybach, Hofmann, Bismarck, Berlepsch),

Das Reichseisenbahnprojekt.

Im Herbst 1875 tauchte in den Zeitungen das Gerücht auf, der Reichskanzler beabsichtige, die sämtlichen deutschen Eisenbahnen für das Reich zu erwerben und auf diese Weise ein einheitliches Reichseisenbahnsystem durchzuführen.

Ich will hier nicht diese schwierige kontroverse Frage ausführlich erörtern, sondern nur anführen, daß ich mich in Broschüren und Aufsätzen ganz entschieden gegen das Projekt des Reichskanzlers erklärt habe.*) Meine wesentlichen Gründe sind kurz folgende:

Ich halte die Verwaltung eines großen Staates, ganz besonders eines Bundesstaates, nicht für geeignet, ein kolossales Transportgewerbe für Staatsrechnung zu betreiben. Es gehört das überhaupt nicht zu den Aufgaben des Staates und führt notwendig zu einer Menge von Unzuträglichkeiten in technischer und volkswirtschaftlicher Beziehung, die hier einzeln aufzuführen zu weitläufig sein würde. Es hat auch noch kein Großstaat einen solchen bedenklichen Versuch unternommen.**) Im Gegenteil haben Oesterreich und Rußland***) die auf Staatskosten erbauten Eisenbahnen an Privatgesellschaften verkauft und das die Zentralisation so sehr liebende Frankreich hat solchen Gesellschaften den Betrieb auf ein Jahrhundert überlassen.†)

---

im landwirtschaftlichen Ministerium vier (Selchow, Königsmarck, Friedenthal, Lucius),
im Ministerium des Innern vier (Friedrich Eulenburg, Botho Eulenburg, Puttkamer, Herrfurth),
im Finanzministerium sechs (Bodelschwingh, von der Heydt, Camphausen, Hobrecht, Bitter, Scholz),
im Justizministerium vier (Graf zur Lippe, Leonhardt, Friedberg, Schelling),
im Kriegsministerium vier (Roon, Kameke, Bronsart, Verdy),
im Kultusministerium vier (Mühler, Falk, Puttkamer, Goßler),
im Ministerium der öffentlichen Arbeiten eine (Maybach),
im Präsidium des Bundeskanzler- resp. Reichskanzleramts drei (Delbrück, Hofmann, Bötticher),
im Reichsschatzamt vier (Scholz, Burchardt, Jacobi, Maltzahn),
im Auswärtigen Amt drei (Bülow, Hatzfeldt, Graf Bismarck),
in der Admiralität vier (Stosch, Caprivi, Monts, Heußner),
im Vizepräsidium des Staatsministeriums vier (Camphausen, Stolberg-Wernigerode, Puttkamer, Bötticher).

*) Zu vergl. die Broschüre: „Die Erwerbung der deutschen Eisenbahnen durch das Reich" von H. B. von Unruh. Berlin. Verlag von Georg Hilke. 1876. 38 Seiten.

**) Preußen hat diesen Schritt inzwischen unternommen und nicht zu bereuen gebraucht. Die Unruhschen Erinnerungen sind im Jahre 1878 geschrieben. Würde der Verfasser heute noch leben, so würde sein Urteil vielleicht milder lauten.

***) Oesterreich und Rußland haben ihre frühere Eisenbahnpolitik aufgegeben und sich im Prinzipe auch für das Staatsbahnsystem entschieden.

†) Es ist sehr die Frage, ob Frankreich re integra diesen Schritt noch einmal machen würde.

In Kleinstaaten vermindern sich die Bedenken und Gefahren im Verhältnis ihrer Kleinheit.*) Die Anzahl der Eisenbahnbeamten ist dann gering und die Möglichkeit der Begünstigung oder Zurücksetzung einzelner Orte sehr beschränkt, wogegen im Großstaat das Beamtencorps um viele Tausende vermehrt wird, und die Gefahr entsteht, daß — namentlich in politisch bewegter Zeit — oppositionell gesinnte Städte oder Gegenden gegen andere zurückgesetzt oder gewisse Klassen von Transportinteressenten bevorzugt werden. Wenn man weiß, welche Mittel die Regierung in den Reaktionszeiten 1849—1858 und 1863—1866 angewendet hat, so erscheint ein solches Mißtrauen in die außerordentliche Vermehrung der Macht eines Ministers durchaus begründet und konstitutionell gerechtfertigt.**) Ferner bin ich der Meinung, daß in einem sehr großen Staat eine einheitliche Verwaltung sämtlicher Eisenbahnen vom Zentrum aus unmöglich ist und eine ganze Anzahl lokaler Verwaltungen mit großen Befugnissen nicht zu entbehren sind.***)

Ich halte dafür, daß die Beseitigung der jetzt bei den Eisenbahnen obwaltenden Uebelstände und die Herbeiführung der zulässigen Vorteile, die man sich von Reichsbahnen verspricht, ebenso gut durch ein zweckmäßiges Eisenbahngesetz als durch den Ankauf sämtlicher Eisenbahnen zu erreichen sind.

Weniger läßt sich dagegen einwenden, wenn ein nicht sehr großer Staat den Bau der Eisenbahnen in die Hand genommen und durchgeführt hat. In diesem Falle kompensirte sich die schlechte Rente einzelner Linien mit dem hohen Ertrage der Hauptverkehrsadern. Sollen aber die fertigen, gut rentirenden Bahnen zu hohen Preisen angekauft und auch die schlechten Linien verhältnismäßig hoch bezahlt werden, so liegen die finanziellen Nachteile für den Staat auf der flachen Hand. Mein Hauptbedenken ist gegen die kolossale Schuldenmasse gerichtet, in welche das Reich sich stürzen müßte, um die sämtlichen deutschen Eisenbahnen mit Ausnahme einzelner unbedeutenden Zweigbahnen anzukaufen. Nach sehr mäßiger Schätzung würde dazu ein Kapital von acht Milliarden Mark gehören, also der doppelte Betrag der französischen Kriegskontribution. Käme nur ein Teil der Eisenbahnen in die Hände des Reichs, so würde offenbar der beabsichtigte Zweck nicht erreicht.

Eine so große Staatsschuld müßte notwendig höchst nachteilig auf den Kredit des Reichs wirken und ihm die Aufnahme von Anleihen in Kriegsfällen außerordentlich erschweren, ganz abgesehen davon, daß Ausfälle in den Eisenbahneinnahmen, wie dieselben ja nicht selten vorkommen, große Zuschüsse aus den

*) In Bayern ist das Staatsbahnsystem in sehr glücklicher Weise durchgeführt und mit dem besten Erfolge, ebenso in anderen deutschen Mittel- und Kleinstaaten.

**) Diese Zeilen begreifen sich aus dem Munde Unruhs, welcher in der Zeit der Reaktion allerdings die schlimmsten Erfahrungen durchgemacht hat.

***) Nach der musterhaften preußischen Organisation ist die Verwaltung dezentralisirt und nur die oberste Aufsicht und Leitung in der ministeriellen Hand.

Reichssteuern erfordern und die Finanzwirtschaft des Reichs selbst in friedlichen Zeiten in bedenkliche Unordnung bringen können.

Wenn auch buchmäßig dem Passivum des Kaufgeldes das Aktivum der Eisenbahnen gegenübersteht, so halte ich die Belastung mit einer so großen Schuld für ein finanziell und politisch so gefährliches Experiment, daß ich schon deshalb niemals meine Zustimmung als Abgeordneter zum Ankauf der deutschen Eisenbahnen geben würde.

Wie beim Geschäftsmann, so hängt auch beim Staat der Kredit von den vorhandenen Schulden ab. Je größer diese, je kleiner und teurer der Kredit. Nichts aber ist geeigneter, einen großen Staat zu schwächen und zu gefährden, als die Erschütterung seines Kredits.

Der Vergleich der Eisenbahnen mit Chausseen und Kanälen paßt nicht und beweist nichts. Gewiß sind Eisenbahnen ebenfalls Straßen für den öffentlichen Verkehr und dienen dem allgemeinen Interesse, aber einmal kostet der Bau von Eisenbahnen die Meile zehn- bis zwanzigmal so viel wie Chausseen und Kanäle, belastet also den Staat und seinen Kredit ungleich stärker, und dann übernimmt der Staat auf Chausseen und Kanälen nicht den Transport von Personen und Gütern, das Transportgewerbe, was auf Eisenbahnen ganz unvermeidlich ist. Hier wird der Staat der größte Spediteur und Frachtfuhrmann. Ebenso wenig genügt die Hinweisung auf die Postverwaltung, um die Uebernahme des Eisenbahnbetriebs durch den Staat zu rechtfertigen.

Da die Zeitungen mehrfach behauptet hatten, daß auch der Minister Delbrück das Projekt der Reichseisenbahnen billige und fördere, so richtete ich an ihn bald nach Eröffnung des Reichstags gesprächsweise die Frage, ob die Angabe der Zeitungen richtig und er wirklich ein Freund von Reichsbahnen sei. Delbrück sah mich lächelnd an und sagte, er müsse mir eigentlich diese Frage übelnehmen. Darauf erwiderte ich, ich sei hoch erfreut, daß die Zeitungsnachricht auf Irrtum beruhe. Bis jetzt hätte ich immer in allen finanz- und volkswirtschaftlichen Fragen zu meiner Freude mit ihm stimmen, ihm immer folgen können, und es wäre mir fast unglaublich erschienen, daß er in dieser so überaus wichtigen Sache auf dem entgegengesetzten Standpunkte stehen solle. Nun sei ich beruhigt, aber, setzte ich hinzu, wie denkt der Reichskanzler über Reichsbahnen?

Der Reichskanzler, erwiderte Delbrück, hat ja oft groß angelegte Ideen oder interessirt sich lebhaft für die anderer; aber wenn ihm die Gefährlichkeit, ja die Unmöglichkeit der Ausführung eines solchen Projekts auseinandergesetzt wird, so ist er nicht der Mann, darauf zu bestehen. Leider hat sich Delbrück in diesem Punkte sehr getäuscht.

Schon im Winter 1875/76 tauchte die Nachricht auf, daß dem preußischen Landtage ein Gesetzentwurf, betreffend die Uebertragung des Eigentums und

der sonstigen Rechte des Staats an Eisenbahnen auf das Deutsche Reich*) vorgelegt werden würde. Dies geschah in der That am 24. März 1876. Als ich es an meinem Wohnsitz Zoblitz erfuhr, sagte ich zu einem Paar gerade anwesender Nachbarn: „Delbrück geht ab.“ Man war erstaunt und fragte, weshalb? Ich antwortete, es sei wohl möglich, daß Delbrück gegen den Verkauf der preußischen Staatsbahnen an sich nichts einzuwenden habe, aber ich wisse aus einem Gespräch mit ihm, daß er entschiedener Gegner des Reichseisenbahnprojekts sei; er könne und würde also nimmermehr einen dahin zielenden Gesetzentwurf im Bundesrat und Reichstag gegen seine bessere Ueberzeugung befürworten und durchsetzen. Wenn nun der Reichskanzler, jedenfalls gegen die Ansicht Delbrücks, im Abgeordnetenhause einen so entscheidenden Schritt thue, wie die Vorlegung des eingebrachten Gesetzentwurfs, so bleibe Delbrück gar nichts anderes übrig, als abzugehen. Derselbe habe dem Reichskanzler in vielen nicht unwichtigen Dingen bereitwillig nachgegeben, wie zum Beispiel bei dem Rayongesetz, aber in Kardinalfragen von großer Tragweite werde Delbrück seine Ueberzeugung sicher nicht aufopfern. Wenn er einen wichtigen Antrag beim Reichskanzler nicht durchsetzen könne, so liege darin kein zureichender Grund, den Dienst zu verlassen, werde aber mit einem äußerst wichtigen Gesetz positiv gegen seine wohlerwogene Ansicht vorgegangen und würde er in die Lage gebracht, entweder für ein solches Gesetz im Bundesrat und Reichstag einzutreten oder abzugehen, so sei die Entscheidung nicht zweifelhaft.

So faßte ich die Sache auf, bevor ich in Berlin etwas Näheres gehört hatte, beklagte den Abgang Delbrücks ganz außerordentlich und fürchtete schon damals die schwersten Folgen. Mit seinen gründlichen, umfassenden Kenntnissen, seiner klaren, praktischen Auffassung, seiner außerordentlichen Arbeitskraft und seinem immer steigenden Einflusse im Reichstage hatte er dem Reichskanzler die Durchführung seiner großen Politik im Reich möglich gemacht. In seiner Hand floß zusammen, was in Preußen auf eine Anzahl Ministerien verteilt ist, und er blieb immer Herr der Sache bis in alle Details. Er war in allen Sätteln gerecht, überall zu Hause. In ihm lag meines Erachtens die Garantie gegen übereilte, unpraktische Schritte. Er war geschulter Bureaukrat im besten Sinne des Worts, daher im Stande, widerstrebenden bureaukratischen Elementen die Wage zu halten.

Ohne eine solche seltene Persönlichkeit wie Delbrück hätte meiner Ansicht nach der Reichskanzler oft in Verlegenheit kommen müssen. Delbrück erschien mir daher geradezu unersetzlich und als die Ergänzung des Reichskanzlers, von dem man billigerweise gar nicht erwarten kann, daß er neben seinen großen

*) Vergl. über die erste Anregung des Projektes durch Bismarck mein Werk: „Fürst Bismarck und die Parlamentarier“, Bd. I (2. Aufl. S. 95).

Eigenschaften und Leistungen das Detail der Verwaltung in allen Zweigen kennen soll.*)

Was ich erwartet, trat ein, Delbrück ging ab.**) Als ich wieder nach Berlin kam, hörte ich von Personen, die gut unterrichtet sein konnten, daß Delbrück, abgesehen von den Reichseisenbahnen, auch in anderen Angelegenheiten von dem Reichskanzler beiseite geschoben worden sei. So erzählte man, daß er seine Vertretung im Vorsitz des Bankkuratoriums an Delbrück nicht habe übertragen wollen.***)

Ist dies richtig, was ich nicht mit Sicherheit wissen kann, so hat schon darin eine starke Verletzung Delbrücks gelegen. Er hatte allen Sitzungen der Kommission für das Reichsbankgesetz, deren Vorsitzender ich war, beigewohnt, oft bis gegen Mitternacht, und dabei eine so genaue Kenntnis des Bankwesens und der großen Banken in England, Frankreich und Amerika an den Tag gelegt, daß ein Mitglied der Fortschrittspartei zu mir sagte, man müsse doch Respekt haben vor so gründlichem Wissen, worauf ich erwiderte: „Das merken Sie erst jetzt? Delbrück ist es hauptsächlich zu danken, daß ein brauchbares Bankgesetz zu stande kam. Ist er wirklich bei der Ausführung dieses Gesetzes in der oben erwähnten Weise übergangen worden, so hätte eigentlich schon darin eine Veranlassung zum Rücktritt für Delbrück gelegen, ein Wink für ihn, abzugehen."

Man sprach noch von mehreren anderen Zurücksetzungen Delbrücks. Es mögen nun diese Erzählungen ganz richtig sein oder nicht, so viel steht fest, daß dem Minister Delbrück in seiner dienstlichen Stellung und seinem Verhältnis zum Reichskanzler allerlei Unangenehmes in jener Zeit widerfahren sein muß. Dadurch wurde die Vermutung begründet, daß der Reichskanzler sich durch Delbrück beengt gefühlt, ihn für entbehrlich gehalten und indirekt beseitigt habe. Bestätigt wird dies durch den Bericht eines amerikanischen Silberagenten Kelley über ein Gespräch mit dem Fürsten Bismarck.†) Es war daher von großer Wichtigkeit, daß der Fürst Bismarck sich bei der Debatte über das Gesetz wegen Uebertragung des Eigentums der preußischen Eisenbahnen auf das Reich in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 26. April 1876 über den Abgang Delbrücks öffentlich ausgesprochen hat.

Der Abgeordnete Richter-Hagen hatte gleich bei Eröffnung der Diskussion

---

*) Bismarck hat aber später nach dem Abgang Delbrücks gezeigt, daß er auch das Detail der Verwaltung in allen Zweigen gekannt hat. Man denke nur an das Zoll- und Steuerwesen, das Bismarck schließlich wie ein Ressortminister beherrschte.

**) Die Ersetzung des Präsidenten des Reichskanzleramts Delbrück durch den großherzoglich hessischen Ministerpräsidenten Hofmann erfolgte am 31. Mai 1876.

***) Als Vorsitzender fungirten stets die jeweiligen Stellvertreter Bismarcks im Gebiet der innern Verwaltung, also die Minister Hofmann, Stolberg-Wernigerode und Bötticher.

†) Abgedruckt in meinem Werk: „Bismarck als Volkswirt", Bd. I, S. 259.

geäußert, die erste schlimme Folge des Reichseisenbahnprojekts sei der Abgang des Ministers Delbrück.

Darauf nahm der Fürst Bismarck das Wort und erklärte (laut stenographischem Bericht), die Annahme des Abgeordneten Richter sei irrtümlich. Es sei zwischen dem Minister Delbrück und Seiner Majestät dem Kaiser oder zwischen dem ersteren und ihm (Bismarck) auch nicht ein Schatten von einer Meinungsverschiedenheit über irgend eine der schwebenden Fragen zu Tage getreten. Der Minister Delbrück habe in solchen Fällen den Mut seiner Meinung und verschwieg sie nicht. Der Fürst fuhr wörtlich fort:

„Wir sind oft verschiedener Meinung gewesen, und da es sich meist um Dinge handelte, die er besser verstand als ich, bin ich oft in der Lage gewesen, seiner besseren Einsicht nachzugeben; er würde also, wenn er in irgend einer wichtigen Sache, wie beispielsweise in dieser, mit mir anderer Meinung gewesen wäre, nicht stillschweigend das Schlachtfeld geräumt haben, sondern er würde seine abweichende Meinung ausgesprochen haben. Ich habe mit ihm fünfundzwanzig Jahre lang gemeinschaftlich gearbeitet und zehn Jahre in kollegialischen Verhältnissen; wir standen in solchen Beziehungen, daß er wußte, daß jede, auch die bedeutendste Frage, von mir eher vertagt worden wäre, als daß ich sie zum Anlaß seines Rücktritts werden ließ; darüber war er vollständig klar."

Der Fürst bezeichnete dann das Uebermaß von zehnjähriger Arbeit, die ihm noch dazu häufig erschwert worden sei, als die natürliche Ursache des Rücktritts des Ministers Delbrück und setzte hinzu:

„Ich habe das vorausschicken wollen, um denjenigen Rednern, die etwa nachher noch den Minister Delbrück und seinen Rücktritt ins Gefecht führen wollen, von Hause aus diese Mühe zu ersparen; sie würden, wenn sie es dennoch thun, entweder bewußt die Unwahrheit reden oder mich einer solchen beschuldigen."

Gewiß wird sich schwerlich jemand beikommen lassen, den Fürsten Bismarck der Lüge zu zeihen. Wenn man aber aus dem Munde des Ministers Delbrück weiß, daß er ein entschiedener Gegner des Reichseisenbahnprojekts ist, so springt anscheinend ein Widerspruch zwischen dieser Thatsache und der Rede des Fürsten Bismarck in die Augen, der sich kaum anders auflösen läßt, als dadurch, daß man in dieser Rede die unzweifelhaft wahren Thatsachen von dem daran geknüpften Raisonnement trennt, gegen dessen Richtigkeit doch wohl Zweifel ausgesprochen werden dürfen, ohne der Wahrheitsliebe des Fürsten irgendwie entgegenzutreten. Nimmt man an, daß Fürst Bismarck es vermieden habe, sein Reichseisenbahnprojekt mit dem Minister Delbrück zu besprechen, und daß dieser es nicht zweckmäßig gefunden hat, aus eigener Veranlassung mit dem Fürsten über die Sache zu verhandeln, am wenigsten nachdem der Entschluß desselben durch die Ausarbeitung des mehrerwähnten Gesetzentwurfs im preußischen Ministerium bereits feststand, so ist es in der That wörtlich wahr, daß nicht ein Schatten

von einer Meinungsverschiedenheit über diese Frage zu Tage getreten ist. Es konnte dies gar nicht eintreten, wenn über diese Angelegenheit zwischen Bismarck und Delbrück gar nicht verhandelt worden war.

Ebenso richtig ist, daß Delbrück den Mut der Meinung hatte und dieselbe bis dahin nicht verschwiegen hat; ferner, daß von ihm anzunehmen war, er würde das Schlachtfeld nicht stillschweigend räumen, sondern seine abweichende Meinung aussprechen. Aber dazu lag offenbar keine Veranlassung in dem Falle vor, daß die Sache hinter dem Rücken Delbrücks schon entschieden war. Dann blieb nur noch die Wahl zwischen sich unterwerfen oder austreten.

War Ueberarbeitung und Ermüdung wirklich die alleinige Veranlassung zu Delbrücks Abgang, so lag es nahe, ihm durch einen langen Urlaub Erholung zu schaffen.

Nach seinem Austritt machte Delbrück eine längere Reise nach dem Süden und kam frisch und gekräftigt zurück.

Bekanntlich ist das Reichseisenbahnprojekt gar nicht zur Vorlage an den Reichstag gekommen; es stieß bei den süddeutschen Staaten und bei Sachsen, also auch im Bundesrat, wie vorauszusehen war, auf den heftigsten Widerspruch. Die süddeutsche Presse trat dagegen mit Heftigkeit auf und die Minister in Bayern und Württemberg nahmen Veranlassung, sich in den Kammern sehr entschieden dagegen zu erklären.

Wenn dieser Weg, Einheit oder doch Gleichförmigkeit, namentlich in Betreff der Gütertarife in das deutsche Eisenbahnwesen zu bringen, versperrt war, so ist das beste Korrektiv dagegen, ein durchgreifendes deutsches Eisenbahngesetz, bis jetzt nicht angewendet worden. Dem Reichstag ist keine Vorlage gemacht worden. Allerdings ist im Reichseisenbahnamt zuerst unter dem Präsidenten Scheele, dann unter dem Minister Maybach der Entwurf zu einem solchen Gesetz ausgearbeitet, aber nicht in den Bundesrat eingebracht, sondern nur mit einigen Vertretern der süddeutschen Staaten besprochen worden. Hierbei sollen, wie man sagt, die Ansichten so weit auseinandergegangen sein, daß die Sache nicht weiter verfolgt wurde. Man darf aber daraus nicht schließen, daß es unmöglich sei, ein gutes deutsches Eisenbahngesetz zu stande zu bringen; denn der zuletzt erwähnte Entwurf war von der Art, daß die Nichtannahme desselben mit Sicherheit vorhergesehen werden konnte. Ein solches Gesetz muß nicht allein die Befugnis des Reichs und der einzelnen Staaten scharf und klar festsetzen, sondern auch die Rechte der Eigentümer der Eisenbahnen, dies mögen Gesellschaften oder Staaten sein, sowie die Grenzen der staatlichen Aufsicht deutlich bestimmen. Statt dessen ließ der Entwurf die wichtigsten Fragen offen und überwies die Entscheidung dem Bundesrat. Wie diese ausfallen würde, konnte niemand wissen. Die zu jeder Zeit zulässigen Anordnungen des Bundesrats schlossen Inkonsequenzen, sogar Willkür um so weniger aus, als es sich häufig um technische Dinge handelt und das Urteil des Bundesrats sich notwendig

die notwendig nicht zur Einheit, sondern zu einer gefährlichen Spaltung führen würde. Ich halte den wohlhabenden Bauer für ein sehr konservatives Element, mindestens so konservativ wie den Gutsbesitzer, und das zähe Festhalten der freien Städte Hamburg, Bremen und Lübeck an ihren alten Verfassungen in der Periode 1848—1850 zeigt, daß auch im Bürgertum ein sehr starker konservativer Sinn herrscht.

Ein Herrenhaus, wie es Bismarck zusammensetzen will, würde auch dem konservativen Bürger und Bauer als eine Kombination von Junker und Geldsack erscheinen und bei seinem „Nein" schwerlich die allgemeine Zustimmung aller Besitzenden finden.

Anführen will ich noch, daß bei den Beratungen der Vertrauensmänner über die Kreisordnung von seiten der Regierung höchst wunderbare Vorschläge gemacht wurden, zum Beispiel daß der Landwehrbezirkskommandeur (Landwehrmajor) und der Kreisphysikus Mitglieder der Kreisversammlung sein sollten. Ich sprach mein Befremden darüber gegen Mitglieder der Rechten aus, die versicherten, daß jene Vorschläge nicht vom Grafen Eulenburg, sondern von Bismarck selbst herrührten.*) Bei den immer erneuten Klagen des Fürsten Bismarck über den Widerstand einzelner Minister und ihrer Räte scheint er zu übersehen, daß gerade in der kollegialischen Ministerialverfassung eine große Garantie gegen die bedenkliche Willkür eines einzelnen Ministers und des Ministerpräsidenten enthalten ist.**) Aber es liegt in der Natur Bismarcks, daß ihm jeder Widerspruch, derselbe mag von einem Minister oder vom Abgeordnetenhause oder sogar — von der Krone ausgehen, verhaßt ist.***) Wenn der Fürst schon im Jahre 1866 versicherte, daß er einen ihm nicht passenden Minister nicht los werden und die geeignete Person nicht bekommen könne, so hat doch die Erfahrung seitdem gezeigt, daß es ihm nicht schwer wird, eine ganze Reihe von Ministern zu beseitigen†) und Personen seiner Wahl ernennen zu lassen.

---

*) Eine Garantie für die Richtigkeit dieser Angabe vermag ich nicht zu übernehmen.

**) Herr von Unruh betrachtet hier nur die allgemeine Seite, gegenüber dem Vorteile der Einheitlichkeit einer Regierung, ohne welche Eigenschaft sie nie stark sein wird. Andere Staaten, zum Beispiel England, wissen genau, weshalb sie das preußische Ministersystem nicht adoptirt haben. Jedenfalls paßte dasselbe für die machtvolle Gestalt Bismarcks nicht. Es wird wohl kaum einen preußischen Minister nach 1870 geben, der Bismarck thatsächlich als „Kollegen" angesehen hätte. Mehr oder weniger waren sie alle nur seine Gehilfen.

***) Wer mit uns davon durchdrungen ist, daß Bismarck in allen wirklich großen Fragen einen weitern Blick hatte als die oben angeführten Instanzen zusammen, wird sich über die gerügte Eigenschaft des ersten Reichskanzlers nicht verwundern können.

†) Ueber den großen Ministerverbrauch unter Bismarck ist schon viel gesprochen worden. Es ist aber nachgewiesen worden, daß der Ministerwechsel seit 1862 verhältnismäßig ein ungemein geringer war. Es hat Personalveränderungen gegeben:

Im Handelsministerium sechs (Itzenplitz, Achenbach, Maybach, Hofmann, Bismarck, Berlepsch),

Das Reichseisenbahnprojekt.

Im Herbst 1875 tauchte in den Zeitungen das Gerücht auf, der Reichskanzler beabsichtige, die sämtlichen deutschen Eisenbahnen für das Reich zu erwerben und auf diese Weise ein einheitliches Reichseisenbahnsystem durchzuführen.

Ich will hier nicht diese schwierige kontroverse Frage ausführlich erörtern, sondern nur anführen, daß ich mich in Broschüren und Aufsätzen ganz entschieden gegen das Projekt des Reichskanzlers erklärt habe.*) Meine wesentlichen Gründe sind kurz folgende:

Ich halte die Verwaltung eines großen Staates, ganz besonders eines Bundesstaates, nicht für geeignet, ein kolossales Transportgewerbe für Staatsrechnung zu betreiben. Es gehört das überhaupt nicht zu den Aufgaben des Staates und führt notwendig zu einer Menge von Unzuträglichkeiten in technischer und volkswirtschaftlicher Beziehung, die hier einzeln aufzuführen zu weitläufig sein würde. Es hat auch noch kein Großstaat einen solchen bedenklichen Versuch unternommen.**) Im Gegenteil haben Oesterreich und Rußland***) die auf Staatskosten erbauten Eisenbahnen an Privatgesellschaften verkauft und das die Zentralisation so sehr liebende Frankreich hat solchen Gesellschaften den Betrieb auf ein Jahrhundert überlassen.†)

---

im landwirtschaftlichen Ministerium vier (Selchow, Königsmarck, Friedenthal, Lucius),
im Ministerium des Innern vier (Friedrich Eulenburg, Botho Eulenburg, Puttkamer, Herrfurth),
im Finanzministerium sechs (Bodelschwingh, von der Heydt, Camphausen, Hobrecht, Bitter, Scholz),
im Justizministerium vier (Graf zur Lippe, Leonhardt, Friedberg, Schelling),
im Kriegsministerium vier (Roon, Kameke, Bronsart, Verdy),
im Kultusministerium vier (Mühler, Falk, Puttkamer, Goßler),
im Ministerium der öffentlichen Arbeiten eine (Maybach),
im Präsidium des Bundeskanzler- resp. Reichskanzleramts drei (Delbrück, Hofmann, Bötticher),
im Reichsschatzamt vier (Scholz, Burchardt, Jacobi, Maltzahn),
im Auswärtigen Amt drei (Bülow, Hatzfeldt, Graf Bismarck),
in der Admiralität vier (Stosch, Caprivi, Monts, Heußner),
im Vizepräsidium des Staatsministeriums vier (Camphausen, Stolberg-Wernigerode, Puttkamer, Bötticher).

*) Zu vergl. die Broschüre: „Die Erwerbung der deutschen Eisenbahnen durch das Reich" von H. V. von Unruh. Berlin. Verlag von Georg Hilke. 1876. 38 Seiten.

**) Preußen hat diesen Schritt inzwischen unternommen und nicht zu bereuen gebraucht. Die Unruhschen Erinnerungen sind im Jahre 1878 geschrieben. Würde der Verfasser heute noch leben, so würde sein Urteil vielleicht milder lauten.

***) Oesterreich und Rußland haben ihre frühere Eisenbahnpolitik aufgegeben und sich im Prinzipe auch für das Staatsbahnsystem entschieden.

†) Es ist sehr die Frage, ob Frankreich re integra diesen Schritt noch einmal machen würde.

die notwendig nicht zur Einheit, sondern zu einer gefährlichen Spaltung führen würde. Ich halte den wohlhabenden Bauer für ein sehr konservatives Element, mindestens so konservativ wie den Gutsbesitzer, und das zähe Festhalten der freien Städte Hamburg, Bremen und Lübeck an ihren alten Verfassungen in der Periode 1848—1850 zeigt, daß auch im Bürgertum ein sehr starker konservativer Sinn herrscht.

Ein Herrenhaus, wie es Bismarck zusammensetzen will, würde auch dem konservativen Bürger und Bauer als eine Kombination von Junker und Geldsack erscheinen und bei seinem „Nein" schwerlich die allgemeine Zustimmung aller Besitzenden finden.

Anführen will ich noch, daß bei den Beratungen der Vertrauensmänner über die Kreisordnung von seiten der Regierung höchst wunderbare Vorschläge gemacht wurden, zum Beispiel daß der Landwehrbezirkskommandeur (Landwehrmajor) und der Kreisphysikus Mitglieder der Kreisversammlung sein sollten. Ich sprach mein Befremden darüber gegen Mitglieder der Rechten aus, die versicherten, daß jene Vorschläge nicht vom Grafen Eulenburg, sondern von Bismarck selbst herrührten.*) Bei den immer erneuten Klagen des Fürsten Bismarck über den Widerstand einzelner Minister und ihrer Räte scheint er zu übersehen, daß gerade in der kollegialischen Ministerialverfassung eine große Garantie gegen die bedenkliche Willkür eines einzelnen Ministers und des Ministerpräsidenten enthalten ist.**) Aber es liegt in der Natur Bismarcks, daß ihm jeder Widerspruch, derselbe mag von einem Minister oder vom Abgeordnetenhause oder sogar — von der Krone ausgehen, verhaßt ist.***) Wenn der Fürst schon im Jahre 1866 versicherte, daß er einen ihm nicht passenden Minister nicht los werden und die geeignete Person nicht bekommen könne, so hat doch die Erfahrung seitdem gezeigt, daß es ihm nicht schwer wird, eine ganze Reihe von Ministern zu beseitigen†) und Personen seiner Wahl ernennen zu lassen.

---

*) Eine Garantie für die Richtigkeit dieser Angabe vermag ich nicht zu übernehmen.

**) Herr von Unruh betrachtet hier nur die allgemeine Seite, gegenüber dem Vorteile der Einheitlichkeit einer Regierung, ohne welche Eigenschaft sie nie stark sein wird. Andere Staaten, zum Beispiel England, wissen genau, weshalb sie das preußische Ministersystem nicht adoptirt haben. Jedenfalls paßte dasselbe für die machtvolle Gestalt Bismarcks nicht. Es wird wohl kaum einen preußischen Minister nach 1870 geben, der Bismarck thatsächlich als „Kollegen" angesehen hätte. Mehr oder weniger waren sie alle nur seine Gehilfen.

***) Wer mit uns davon durchdrungen ist, daß Bismarck in allen wirklich großen Fragen einen weitern Blick hatte als die oben angeführten Instanzen zusammen, wird sich über die gerügte Eigenschaft des ersten Reichskanzlers nicht verwundern können.

†) Ueber den großen Ministerverbrauch unter Bismarck ist schon viel gesprochen worden. Es ist aber nachgewiesen worden, daß der Ministerwechsel seit 1862 verhältnismäßig ein ungemein geringer war. Es hat Personalveränderungen gegeben:

Im Handelsministerium sechs (Itzenplitz, Achenbach, Maybach, Hofmann, Bismarck, Berlepsch),

Das Reichseisenbahnprojekt.

Im Herbst 1875 tauchte in den Zeitungen das Gerücht auf, der Reichskanzler beabsichtige, die sämtlichen deutschen Eisenbahnen für das Reich zu erwerben und auf diese Weise ein einheitliches Reichseisenbahnsystem durchzuführen.

Ich will hier nicht diese schwierige kontroverse Frage ausführlich erörtern, sondern nur anführen, daß ich mich in Broschüren und Aufsätzen ganz entschieden gegen das Projekt des Reichskanzlers erklärt habe.*) Meine wesentlichen Gründe sind kurz folgende:

Ich halte die Verwaltung eines großen Staates, ganz besonders eines Bundesstaates, nicht für geeignet, ein kolossales Transportgewerbe für Staatsrechnung zu betreiben. Es gehört das überhaupt nicht zu den Aufgaben des Staates und führt notwendig zu einer Menge von Unzuträglichkeiten in technischer und volkswirtschaftlicher Beziehung, die hier einzeln aufzuführen zu weitläufig sein würde. Es hat auch noch kein Großstaat einen solchen bedenklichen Versuch unternommen.**) Im Gegenteil haben Oesterreich und Rußland***) die auf Staatskosten erbauten Eisenbahnen an Privatgesellschaften verkauft und das die Zentralisation so sehr liebende Frankreich hat solchen Gesellschaften den Betrieb auf ein Jahrhundert überlassen.†)

---

im landwirtschaftlichen Ministerium vier (Selchow, Königsmarck, Friedenthal, Lucius),
im Ministerium des Innern vier (Friedrich Eulenburg, Botho Eulenburg, Puttkamer, Herrfurth),
im Finanzministerium sechs (Bodelschwingh, von der Heydt, Camphausen, Hobrecht, Bitter, Scholz),
im Justizministerium vier (Graf zur Lippe, Leonhardt, Friedberg, Schelling),
im Kriegsministerium vier (Roon, Kameke, Bronsart, Verdy),
im Kultusministerium vier (Mühler, Falk, Puttkamer, Goßler),
im Ministerium der öffentlichen Arbeiten eine (Maybach),
im Präsidium des Bundeskanzler- resp. Reichskanzleramts drei (Delbrück, Hofmann, Bötticher),
im Reichsschatzamt vier (Scholz, Burchardt, Jacobi, Maltzahn),
im Auswärtigen Amt drei (Bülow, Hatzfeldt, Graf Bismarck),
in der Admiralität vier (Stosch, Caprivi, Monts, Heußner),
im Vizepräsidium des Staatsministeriums vier (Camphausen, Stolberg-Wernigerode, Puttkamer, Bötticher).

*) Zu vergl. die Broschüre: „Die Erwerbung der deutschen Eisenbahnen durch das Reich" von H. V. von Unruh. Berlin. Verlag von Georg Hilke. 1876. 38 Seiten.

**) Preußen hat diesen Schritt inzwischen unternommen und nicht zu bereuen gebraucht. Die Unruhschen Erinnerungen sind im Jahre 1878 geschrieben. Würde der Verfasser heute noch leben, so würde sein Urteil vielleicht milder lauten.

***) Oesterreich und Rußland haben ihre frühere Eisenbahnpolitik aufgegeben und sich im Prinzipe auch für das Staatsbahnsystem entschieden.

†) Es ist sehr die Frage, ob Frankreich re integra diesen Schritt noch einmal machen würde.

Der erste Entwurf zum Tabaksteuergesetz.

Die Verhandlungen schwebten damals noch, aber nicht viel später sagte mir Stauffenberg auf einer Soirée bei Bismarck ins Ohr: „Sie haben recht gehabt." Bei der Verhandlung über die Tabaksteuervorlage, als Bismarck das Monopol für sein Ideal erklärte, teilte mir Bennigsen mit, daß er die Verhandlungen mit Bismarck abgebrochen und ihm erklärt habe, er könne sich nicht für das Monopol engagiren.

Von da ab änderte sich die Stellung des Reichskanzlers zur nationalliberalen Partei augenscheinlich. Bald verlautete auch, daß Fürst Bismarck sich den Schutzzöllnern nähern und die bisher auch von ihm selbst befolgte Zoll- und Handelspolitik wesentlich umgestalten wolle.

In dieser hochwichtigen Frage, die niemals zur Parteisache gemacht worden war, herrschte keine Einigkeit in der nationalliberalen Partei. Eine Anzahl neigte zur Erhöhung der Schutzzölle, die Mehrzahl hielt fest an dem unter Delbrück und seit langer Zeit*) befolgten System, das man keineswegs Freihandel nennen konnte, sondern höchstens einen ganz allmälichen Uebergang dazu unter Beibehaltung, beziehungsweise Einführung von wirklichen Finanzzöllen, das heißt solchen, die den Import nicht hindern, vielmehr nur mäßig besteuern.

Das Tabaksteuergesetz, das nach dem Zugeständnis des Regierungskommissarius nur einen Uebergang zum Monopol bildete, war verworfen worden. Fürst Bismarck wußte ohne Zweifel auch, daß er beim Uebergang zum Schutzzollsystem in der nationalliberalen Partei auf Widerstand stoßen würde. Schon dieser Umstand hat wohl genügt, den Reichskanzler, der jeden Widerspruch haßt, in eine feindliche**) Stellung zur nationalliberalen Partei zu bringen, die ihn elf Jahre hindurch aufrichtig unterstützt hatte, soweit es irgend möglich war. Die politische Atmosphäre war schwül. Bald sollte es zur Explosion kommen.

Die Attentate auf den Kaiser.

Auf den allverehrten Kaiser war ein fluchwürdiger Mordversuch gemacht worden, den man allgemein mit den Agitationen und Wühlereien der Sozial-

*) Der Verfasser des „Grenzboten"-Artikels „Unruh über Bismarck" bemerkt zu diesen Worten: Hier fragt sich's, was „lange" bedeuten soll. Das hier mit Delbrücks Namen bezeichnete System existirte erst seit 1865, und dem Kanzler gingen erst 1875 ernste Zweifel darüber auf. Bis dahin hatte er keine Zeit gefunden, über Nutzen oder Schaden dieser Einrichtung nachzudenken, da bis dahin schwere Koalitionsgefahren bestanden, auf deren Beobachtung und Ableitung er seine ganze Arbeitskraft verwenden mußte.

**) Von einer „feindlichen Stellung" Bismarcks gegenüber der nationalliberalen Partei kann meines Erachtens zu keiner Zeit die Rede sein. Bismarck bekämpfte nur den von Laskerschem Doktrinarismus beseelten linken Flügel der nationalliberalen Partei, und dies erst zu einem Zeitpunkte, da dieser anfing, ihn resp. seine Gesetzentwürfe systematisch zu bekämpfen.

demokraten in Verbindung brachte. Die Regierung, namentlich die preußische, hatte bis dahin auffallenderweise große Milde gegenüber den Sozialdemokraten, ihrer Presse und ihren Versammlungen walten lassen, ja in früherer Zeit, namentlich so lange der Geheime Oberregierungsrat Wagener noch eine Rolle spielte, bei den Reichstagswahlen die sozialdemokratische Partei eher begünstigt als bekämpft.*) Aeußerungen des Herrn Wagener und auch des dem Reichskanzler befreundeten Abgeordneten von Blankenburg klangen so, als ob man die Sozialdemokraten für recht geeignet hielt, dem liberalen Bürgertum Angst zu machen und es der Regierung zuzutreiben.

Inzwischen hatte die sozialdemokratische Bewegung kolossale Dimensionen angenommen. Der größte Teil der arbeitenden Klasse in den größeren Städten war unterwühlt und teilweise demoralisirt. Die unsittlichsten Lehren wurden in Versammlungen und in der Presse verbreitet. Die öffentliche Meinung lautete: So kann es nicht bleiben, es muß eingeschritten werden.

Gesetz gegen die Sozialdemokraten.

Jetzt legte die Regierung dem Reichstage einen Gesetzentwurf gegen die Sozialdemokraten vor,**) aber von solcher Art, daß mehr als zwei Dritteile der Abgeordneten dies Gesetz für juristisch unmöglich, für ganz unannehmbar hielten. In der Fraktion äußerte ich mein Bedenken gegen pure Verwerfung und sprach mich für Amendirung aus, aber man erwiderte, daß dies Gesetz sich nicht durch Amendirung annehmbar machen lasse, sondern der totalen Umarbeitung bedürfe; dazu fehlte es aber an Zeit. Der Präsident des Reichstags wurde von oben dringend veranlaßt, die Sache ins Plenum und zur Entscheidung zu bringen.

Selbst sehr ruhige, gemäßigte Männer, wie der Abgeordnete von Bernuth, früher preußischer Justizminister, erklärten den Gesetzentwurf für unannehmbar und die Amendirung für unthunlich. Man war der Meinung, daß die strenge Anwendung der bestehenden Gesetze die sozialdemokratische Agitation wesentlich einschränken könne, war aber durchaus nicht abgeneigt, einem neuen, gut gearbeiteten Antisozialistengesetz zuzustimmen.

So wurde denn der vorgelegte Gesetzentwurf im Reichstage mit sehr großer

---

*) Ich möchte diesen Satz nur mit der Einschränkung auf eine gewisse Richtung der Sozialdemokratie unterschreiben. Lassalle und seinen Anhang dachte Bismarck kurze Zeit für seine politischen Zwecke benützen zu können. Lassalle war aber wohl Demagoge, aber nichts weniger als ein Republikaner, Umsturzmann oder gar Anarchist, im Gegenteil ein guter preußischer Royalist, der nur am liebsten selbst Reichskanzler oder Minister geworden wäre. Wer ihm die Macht gab, nach der er dürstete, der konnte ihn haben. Vergl. hierüber mein Werk: „Ein Achtundvierziger. L. Buchers Leben und Werke“, Bd. III, S. 73.

**) Die Vorlage erfolgte am 20. Mai 1878.

Majorität*) verworfen. Indem die Regierung später einen total umgearbeiteten Gesetzentwurf vorlegte, hat sie selbst die Unzweckmäßigkeit des ersten Entwurfs anerkannt.

Auflösung des Reichstags.

Bald nach Schluß des Reichstags wurde ein noch scheußlicheres Attentat auf den Kaiser verübt und der Kaiser verwundet. Es unterliegt keinem Zweifel, daß es nur der sofortigen Wiedereinberufung des Reichstags bedurft hätte, um ein solches Gesetz, wie das später vorgelegte, in kürzester Zeit zur Annahme zu bringen. Dem Reichskanzler konnte dies nicht unbekannt sein, wenigstens wäre es ihm leicht gewesen, sich zuverlässige Auskunft zu verschaffen; er zog es aber vor, den Reichstag mit Zustimmung des Bundesrats aufzulösen.**) Natürlich knüpften sich daran Vermutungen, daß der Reichskanzler noch andere Gründe und Zwecke habe, einen neuen Reichstag wählen zu lassen, als ein Gesetz gegen die Sozialdemokraten durchzusetzen. Man erzählt sich allerlei pikante Aeußerungen des Fürsten, so unter anderen, er habe gesagt, er wolle die Nationalliberalen „an die Wand drücken".***) Zugleich hörte man, daß der Reichskanzler die bisherige Zoll- und Handelspolitik total umzugestalten beabsichtige.†) Ob diese Gerüchte völlig auf Wahrheit beruhten, kann ich nicht

*) Vergl. die stenographischen Berichte über die Sitzung vom 24. Mai 1878. — Sehr entschieden hat H. V. von Unruh Stellung gegen die Sozialdemokratie genommen in der anonym herausgegebenen Schrift: „Die Sozialdemokraten, was sie den Wählern versprechen und was sie wollen." Berlin. Verlag von Julius Springer, 1876, 56 S. von Unruh bespricht hier die Versprechungen der Sozialdemokraten, ihre Mittel zur Erreichung des Zweckes, den Kommunismus der Sozialdemokraten, die Ehe und die militärische Organisation im sozialdemokratischen Staat. Beschreibung des sozialdemokratischen Zukunftsstaats. Ein Schlußwort an die Wähler schließt: „Die Drohungen der Sozialdemokraten und ihre aller Sittlichkeit Hohn sprechenden Lehren führen zur Beschränkung der Freiheit und verschlechtern die Lage der Arbeiter."

**) Dieser Entschluß entstand bei Bismarck blitzartig. Als der Chef der Reichskanzlei Geheimerat von Tiedemann in Friedrichsruh dem Kanzler nach der Rückkehr von einer Ausfahrt die Nachricht von dem Nobilingschen Attentate mitteilte, blieb er stehen, schlug den Spazierstock in die Erde und sagte: „Jetzt wird der Reichstag aufgelöst."

***) Der „Grenzboten"-Artikel „Unruh über Bismarck" stellt in Abrede, daß der Kanzler gesagt habe, er wolle „die Nationalliberalen an die Wand drücken"; der Ausdruck „an die Wand drücken" ist aber von ihm nicht nur in dieser Beziehung nicht gebraucht worden, sondern überhaupt niemals, er steht gar nicht in seinem Wörterbuche. Jedermann weiß, ob diese Redeweise in seine Art, sich zu äußern, gehört, und wir hören von sicherster Seite, daß der Fürst sich dieser Phrase nie bedient hat.

†) Der „Grenzboten-"Artikel „Unruh über Bismarck" behauptet, es sei unmöglich, daß man „zugleich gehört haben soll, daß Bismarck die bisherige Zoll- und Handelspolitik total umzugestalten beabsichtige". „An letzteres dachte er erst im November." Diese Kontroverse muß zu Gunsten Unruhs entschieden werden. Aus den von mir veröffentlichten „Aktenstücken zur Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck" geht (vergl. Bd. I, S. 203) hervor, daß Bismarck bereits schon im Jahre 1875 den Plan einer Umkehr in unserer Wirtschaftspolitik gefaßt hatte.

verbürgen, aber sie stimmen vollkommen überein mit dem Verfahren das wenigstens in Preußen sämtliche Regierungsorgane bei den Wahlen beobachteten. Die offiziöse und offizielle Presse griff die Liberalen auf das heftigste an, legte ihnen das Darniederliegen von Handel und Gewerbe zur Last, obgleich dieselbe Krisis seit 1873 in allen Kulturländern herrschte, und arbeitete mit aller Kraft gegen die Wahl liberaler Männer. In demselben Sinne wirkten die Provinzialregierungen und die meisten Landräte. Konservative und reine Reaktionäre erhoben kühn ihr Haupt und bezeichneten fast die ganze neue Gesetzgebung als das Werk der Liberalen, ungeachtet die Gesetze aus der Initiative der Regierung hervorgegangen sind und die Unterschrift des Reichskanzlers tragen, der doch sicher nicht der Mann ist, sich Gesetze aufdrängen zu lassen. Sogar im Auslande fiel diese Art der Wahlagitation auf und auswärtige Zeitungen äußerten, es schiene, als ob der Wahlkampf viel weniger gegen die Sozialdemokraten als gegen die Liberalen gerichtet sei.

Der Regierung kam der Umstand sehr zu statten, daß die Schutzzöllner aller Parteien auf eine durchgreifende Aenderung der Zollpolitik rechneten und wohl auch von der Stimmung und den Absichten des Reichskanzlers unterrichtet sein mochten. Nun befindet sich die große Mehrzahl der freihändlerisch gesinnten Abgeordneten in den liberalen Parteien. Der Kampf gegen diese fiel daher großenteils mit dem Kampf für Schutzzölle zusammen. Schon bei der letzten Reichstagswahl hatte die Fortschrittspartei mit Heftigkeit gegen die Nationalliberalen gearbeitet und in der That diese Partei um zwanzig bis dreißig Stimmen geschwächt, die aber nicht der Fortschrittspartei, sondern den Konservativen und Freikonservativen zugefallen waren.

So fand sich die nationalliberale Partei bei den Wahlen im Sommer 1878 eingeklemmt, von allen Seiten durch ihr feindliche Parteien und aufs äußerste bekämpft von der Regierung. Es war eine starke Einbuße der Liberalen bei der Wahl mit Sicherheit vorherzusehen und trat auch wirklich ein.

War es die Absicht des Reichskanzlers, wie kaum zu bezweifeln, die liberale Partei, wenn nicht zu vernichten, so doch so viel als möglich zu schwächen,*) so hat er dies Ziel erreicht; aber man muß doch annehmen, daß dies nicht der alleinige Zweck eines so überaus bedeutenden Staatsmannes sein konnte. Hier drängte sich daher für jeden besonnenen, patriotischen Politiker die Frage auf, in welcher Weise Fürst Bismarck in dem neuen Reichstage zu einer zuverlässigen Majorität, die ihm doch unentbehrlich ist, zu gelangen gedachte.

Es gehörte nur eine sehr mäßige Beobachtungsgabe und nur einige Kenntnis

*) Der „Grenzboten"-Artikel „Unruh über Bismarck" stellt in Abrede, daß die Auflösung des Reichstages nach dem Nobilingschen Attentate eine gegen die Liberalen gerichtete Maßregel gewesen sei. „Sie war in Wirklichkeit das Gegenteil hiervon, sie war ein höfliches Entgegenkommen der Regierung gegen die Liberalen, der Kanzler wollte ihnen die Sinnesänderung in Betreff des Sozialistengesetzes durch Auflösung und Neuwahlen erleichtern."

der Zustände und Meinungen, die im Lande herrschten, dazu, um mit großer Sicherheit vorherzusehen, daß die Neuwahl des Reichstags in keinem Falle eine konservative Majorität ergeben werde, ganz abgesehen davon, daß sich unter den Konservativen auch diejenigen reaktionären Elemente befinden, die dem Fürsten Bismarck die heftigste Opposition, zum Teil in nicht ganz würdiger Weise, gemacht haben. Es kam doch auch vom Standpunkte des Reichskanzlers nicht allein darauf an, die bisherige Majorität zu sprengen, sondern eine andere zu bilden.

Beurteilung der auswärtigen Politik des Fürsten Bismarck.

Niemand kann bereitwilliger sein als ich, die außerordentliche Begabung und die großartigen Leistungen des Fürsten Bismarck in der auswärtigen Politik und in den Beziehungen zu den einzelnen deutschen Staaten vollkommen anzuerkennen. Bismarck ist unzweifelhaft der größte Minister des Auswärtigen, den Preußen jemals gehabt hat. In der auswärtigen Politik kann man ihm unbedingt folgen, selbst wenn seine Motive und Zwecke noch nicht klar vorliegen. Sein scharfer Verstand, seine feine Beobachtungsgabe, sein klarer Blick, sein richtiges Urteil über das wahrscheinliche Verhalten der Großstaaten, die geschickte Wahl der Mittel, seine Fähigkeit, ein bestimmtes, großes Ziel ins Auge zu fassen, Jahre hindurch den richtigen Zeitpunkt abzuwarten und dann mit kolossaler Energie einzuschreiten, seine Geschicklichkeit, alle ihm entgegentretenden Hindernisse zu überwinden, seine scharfe Dialektik und seine Gabe, Personen von Bedeutung zu gewinnen und seine Gegner niederzutreten oder irre zu führen und die schwierigsten Verhältnisse zu beherrschen, das alles und noch anderes sind Eigenschaften, die vereinigt in der ganzen Geschichte gewiß nur höchst selten bei einem Manne sich vorfinden. Zur vollen Geltung konnte eine so großartig angelegte Persönlichkeit aber nur unter einem Regenten, wie unser Kaiser, kommen, dessen Pflichttreue- und Gewissenhaftigkeit ihn dahin bringt, dem Rat seines ersten Ministers selbst in Fällen zu folgen, wo die eigene Neigung sich dagegen sträubt, wie bei dem Kriege 1866 gegen Oesterreich. Weder unter Friedrich Wilhelm III. noch IV. hätte Bismarck die Stellung erreichen können, die er einnimmt. Immer bleibt die Geschicklichkeit zu bewundern, mit der Bismarck den Kaiser zu behandeln versteht.

Neue Zoll- und Handelspolitik.

Während des Jahres 1877 geschahen keine entscheidenden Schritte. Die Ungewißheit über des Reichskanzlers handelspolitische Pläne war nicht geeignet, die Beendigung der industriellen und kommerziellen Krisis zu beschleunigen. Die Schutzzollpartei trat immer dreister und energischer auf und das Gerücht, daß Fürst Bismarck immer mehr zu dieser Partei hinneige und Schritte nach dieser Richtung thun werde, gewann immer mehr Bestand. Die Auflösung

des Reichstags im Frühjahr 1878 bestätigte solche Vermutungen, denn Fürst Bismarck wußte sicher, daß er bei dem bestehenden Reichstage eine totale Umgestaltung der bisherigen preußisch-deutschen Handels- und Zollpolitik nicht durchsetzen könne.

Die Neuwahlen zum Reichstage gaben ein Resultat, das nicht schwer vorauszusehen war. Sowohl die nationalliberale als auch die Fortschrittspartei erlitten sehr bedeutende Einbuße, die zwar zum großen Teil den konservativen Parteien zu gute kam, aber doch weit entfernt war, eine konservative Majorität herzustellen. So gelangte das Zentrum (die Ultramontanen) zu einer Bedeutung, die es bis dahin nicht besessen hatte.

Es blieb nicht lange zweifelhaft, wie sich Fürst Bismarck einem so zusammengesetzten Parlament gegenüber benehmen würde. Auf den Antrag Preußens wurde auf Beschluß des Bundesrats eine Kommission zur Revision des Zolltarifs eingesetzt.*) An die Spitze derselben stellte Fürst Bismarck den bekannten extremen Schutzzöllner Freiherrn von Varnbüler, früher württembergischer erster Minister. Auch unter den übrigen Mitgliedern der Kommission war die Mehrheit dem Schutzzollsystem günstig, jedenfalls nicht geneigt, dem Fürsten Bismarck Opposition zu machen. Das Schreiben des Fürsten Bismarck an den Bundesrat vom 15. Dezember 1878**) ließ keinen Zweifel übrig, daß er die ganze bisherige, unter seiner Autorität fortgeführte Zoll- und Handelspolitik aufgeben und zu einem entschiedenen Schutzzollsystem übergehen wolle.

Die Kommission unter Herrn von Varnbüler legte dem Bundesrat einen Entwurf zu einem neuen Zolltarif nebst Zollgesetz mit höchst dürftigen Motiven vor, wodurch die bisherige Zollpolitik des deutschen Zollvereins und des Deutschen Reichs total umgestürzt und in ihr Gegenteil verwandelt wurde. Der Entwurf belegte eine große Anzahl bisher zollfreier Gegenstände mit Zöllen, darunter auch Lebensmittel, notwendige Lebensbedürfnisse und Rohstoffe, und erhöhte die bestehenden Zölle sehr bedeutend. Auch solche, bisher zollfreie Artikel, bei denen mit Sicherheit vorherzusehen war, daß sie an Zolleinnahmen sehr wenig einbringen würden, wurden mit Zoll belegt, dadurch meines Erachtens der Handelsverkehr gestört und den betreffenden Industriezweigen geschadet.***)

*) Abgedruckt findet sich der betreffende Antrag, d. d. 12. November 1878, in meinem Werke „Bismarck als Volkswirt“, Bd. I, S. 168.

**) Abgedruckt a. a. O. S. 170 ff.

***) Bei dieser und der folgenden Beurteilung der Zolltarifreform Bismarcks ist stets im Auge zu behalten, daß Herr von Unruh auf einem ausgesprochen freihändlerischen Standpunkte stand. Es thut der Größe Bismarcks sicher keinen Abbruch, wenn in Nachstehendem die Beurteilung seiner Zolltarifreform durch eine freihändlerische Feder unverkürzt wiedergegeben wird. Die Thatsachen seit 1879 haben nicht Herrn von Unruh, sondern Bismarck recht gegeben, und ein im Reichstag gestellter Antrag, unsern Zollschutz wieder aufzugeben und zu dem Zolltarif vor 1879 zurückzukehren, würde selbst heutzutage, wo die antischutzzöllnerische Bewegung wieder zugenommen hat, nicht achtzig Stimmen auf sich vereinigen.

Diese für den Wohlstand und das Gedeihen der Nation so überaus wichtige Vorlage wurde im Bundesrat in einer einzigen Sitzung beraten und beschlossen. Der Präsident des Reichskanzleramts, Minister Hofmann, suchte dies Verfahren später im Reichstage durch den Hinweis auf den Zeitverlust zu rechtfertigen, der entstanden sein würde, wenn der Bundesrat die Vorlage an eine Kommission zur Vorberatung überwiesen und diese vielleicht Abänderungen vorgeschlagen hätte.*) Nach meiner Meinung ist eine solche Uebereilung nur durch den Verzicht der Vertreter der einzelnen Staaten im Bundesrat auf eine gründliche Beratung und eigenes Urteil und nur durch den fast unbegrenzten Einfluß der gewaltigen Persönlichkeit des Reichskanzlers im Bundesrat und eines von ihm ausgeübten starken Druckes zu erklären. Das Ansehen dieses wichtigen Faktors in der Organisation des Reichs und das Vertrauen zu demselben konnte dadurch unmöglich gewinnen.

Unerachtet der wesentlichen Umgestaltung des Reichstags durch die letzte Wahl konnte die Regierung nur auf Annahme des neuen Zolltarifs rechnen, wenn die Rechte mit ihren zahlreichen Grundbesitzern und das Zentrum dafür stimmten. Die Gutsbesitzer waren bis vor nicht langer Zeit in ihrer Mehrzahl freihändlerisch gesinnt; sie wollten ihren Bedarf an Eisen und anderen Bedürfnissen nicht durch die Raubritter hinter den Schornsteinen verteuern lassen, beanspruchten aber damals keine Schutzzölle auf Getreide. Aber schon seit ein paar Jahren war die Partei der sogenannten Agrarier entstanden,**) welche behauptete, daß die Landwirte im Vergleich mit anderen Erwerbsklassen mit Steuern überbürdet seien und großer Erleichterungen bedürften. Indessen zeigten die Debatten im Landwirtschaftsrat, daß die Mehrzahl der Landwirte keineswegs zu den prinzipiellen Schutzzöllnern gehöre, aber im Falle der Einführung von Schutzzöllen nicht leer ausgehen wolle. Man sagte wie Friedrich der Große bei der ersten Teilung Polens: Je mange aussi du fromage.

Dazu kam, daß die großartige Verbesserung der Kommunikationsmittel durch den Bau von Eisenbahnen die Konkurrenz des Getreide und Vieh produzirenden Auslandes ganz außerordentlich erleichtert und daß die gestiegene Bodenkultur in Nordamerika massenhaften Getreide-, sogar Viehimport von dort nach Europa gestattete.

Von größtem Einfluß auf die Stimmen der Landwirte im Reichstage mußte

*) Er hätte hinzusetzen können, daß die Bundesregierungen über den Stand der Arbeiten der Zolltarifkommission bereits vollständig unterrichtet waren, da alle größeren und an der Tarifreform beteiligten Staaten in der Tarifkommission durch Kommissarien vertreten waren. Das Nähere hierüber ist zu ersehen aus meinem Werke: „Fürst Bismarck als Volkswirt", Bd. I, S. 170, Note *).

**) Aus der Feder H. V. von Unruhs entstammt auch die anonym erschienene Broschüre: „Die Agrarier, was sie versprechen und was sie sind." Berlin, Verlag von G. Reiner. 1876. 28 Seiten. Sie enthält eine Prüfung des Programms der Steuer- und Wirtschaftsreformer und wirft sodann einen kritischen Blick auf die Führer und Sprecher der Agrarier.

es sein, daß der Reichskanzler sich in einem publizirten Schreiben an den Freiherrn von Thüngen*) und in einer Rede im Reichstage**) nicht nur ganz entschieden auf die Seite der Agrarier, sondern an ihre Spitze stellte und sie aufforderte, in dem Kampfe um Ausgleichung des (angeblichen) Unrechts nicht nachzulassen.

Von dem Zentrum war es bekannt, daß es zu industriellen Schutzzöllen neigte, aber es schien nicht gesonnen, das Reich durch Bewilligung von Finanzzöllen auf eigene Füße zu stellen und hohe Schutzzölle auf Getreide, Vieh und Holz zuzugestehen. In der Hand des Zentrums lag augenscheinlich die Entscheidung. Die zweite Lesung des Tarifs hatte dies deutlich herausgestellt.

So traten denn die Fraktionen der Rechten mit dem Zentrum in Verhandlungen und erlangten dessen Zustimmung zu den verlangten agrarischen Zöllen gegen Annahme eines Amendements des Freiherrn von Franckenstein, wonach die Matrikularbeiträge beibehalten und die Mehreinnahmen an Zöllen über den Betrag von 130 Millionen Mark unter die Einzelstaaten nach dem Verhältnis ihrer Bevölkerung verteilt werden soll, die Matrikularbeiträge also beibehalten werden müssen.

Es schien mir unglaublich, daß der Reichskanzler auf dies Amendement eingehen werde, durch dessen Annahme das bis dahin in den Vordergrund gestellte Ziel: Beseitigung der Matrikularbeiträge aufgegeben und dem Reiche die ihm verfassungsmäßig zustehende Einnahme aus den Zöllen zum Teil entzogen wurde. Daran wird dadurch nichts geändert, daß die Einzelstaaten aus den Zollüberschüssen die Matrikularbeiträge ganz oder zum Teil erstattet erhalten.

Ich hatte mich geirrt, der Reichskanzler acceptirte das Amendement Franckenstein.***)

Man hat versucht, den Antrag Franckenstein als unbedeutend und unschädlich hinzustellen und zu bestreiten, daß es eine Abweichung von den Bestimmungen der Reichsverfassung sei. Es mag sein, daß, streng juristisch betrachtet, eine Verletzung der Reichsverfassung sich nicht nachweisen läßt, weil das Reich über die ihm zustehenden Einahmen aus den Zöllen verfügen, also auch bestimmen kann, daß ein Teil derselben an die einzelnen Staaten verteilt werden soll, ferner weil die Bestimmung der Reichsverfassung nicht aufgehoben ist, daher der Beschluß, die Mehreinnahmen unter die Einzelstaaten zu verteilen, im gewöhnlichen, gesetzlichen Wege wieder aufgehoben werden kann. Aber dem gesunden Menschenverstand ist einleuchtend, daß eine solche Disposition nicht auf bestimmte Zeit, sondern für die ganze Dauer des neuen Zollgesetzes dem Geist

*) Abgedruckt findet sich das betreffende Schreiben d. d. 16. April 1879 a. a. O. Bd. I, S. 213.

**) Gemeint ist die Rede Bismarcks vom 2. Mai 1879 a. a. O. S. 217.

***) Die Gründe, aus denen er sich zu dieser Annahme verpflichtet glaubte, finden sich in Bismarcks Reichstagsrede vom 9. Juli 1879, abgedruckt in meinem Werke: „Fürst Bismarck als Volkswirt“, Bd. I, S. 265.

und den Zwecken der Reichsverfassung widerspricht und eine Schwächung des Reichs herbeiführt.

Das Zentrum weiß am besten, von welcher Bedeutung die Annahme des Amendements Franckenstein ist. Dasselbe bildet unzweifelhaft den ersten bedeutenden Rückschritt in der Entwicklung des Reichs und wird nicht so leicht wieder beseitigt werden können, weil die Einzelstaaten durch ihre Vertreter im Bundesrat gewiß widersprechen werden, namentlich wenn der Druck und der gewaltige Einfluß des jetzigen Reichskanzlers einmal aufhört.*)

Während der Verhandlungen über den Zolltarif war ich durch ernste Krankheit verhindert, den Sitzungen des Reichstags beizuwohnen. Das Lesen der Verhandlungen machte einen sehr trüben Eindruck auf mich. Es schien, als ob die Rechte und das Zentrum es nicht der Mühe wert hielten, die Argumente der Opposition zu widerlegen. Man ließ sich kaum auf eine eingehende Debatte ein,**) und als sich erst die Majorität herausgestellt hatte, stimmte man die Gegner einfach nieder. Die Freunde des neuen Tarifs betrachteten die Festsetzung der Zölle als ihre innere Angelegenheit, bei der die Linke eigentlich gar nicht mitzusprechen habe. Allerdings handelte es sich zum großen Teile um ihr persönliches Interesse. Die Linke vertrat die Konsumenten, die Steuerzahler, auf der Rechten wirkten zum Teil Produzenten, Großindustrielle für ihren eigenen Nutzen.

Im Zivilprozeß dürfen Richter, die bei der Sache beteiligt sind, bei dem Spruche des Gerichts nicht mitwirken und Personen, die ein persönliches Interesse an der Entscheidung haben, werden als Zeugen nicht zugelassen. Im Reichstage war ein großer Teil der Gesetzgeber mit ihrem Vermögen stark bei den Entscheidungen beteiligt. Das Zentrum verfolgte andere Ziele, und so kam es denn zwischen ihm und der Rechten zu jenem Handeln und Feilschen um die Zollsätze, zu dem, was die Zeitung „Germania“ mit „Auktion“ bezeichnete.

Es wird sich freilich nie vermeiden lassen, daß in Parlamenten Abgeordnete im Sinne ihres Privatinteresses mitstimmen, aber es ist schlimm, wenn die Beteiligten sich so vordrängen und eine solche maßgebende Rolle spielen wie im letzten Reichstag und die Regierung sie dabei unterstützt. Dieselbe ist meistens den Anträgen auf Ermäßigungen von Zollsätzen entgegengetreten und

*) Herr von Unruh hat hier wohl zu pessimistisch gesehen, vergl. auch mein Werk: „Fürst Bismarck und die Parlamentarier“ Bd. II, S. 330.

**) Als es sich im Jahre 1891 darum handelte, die neuen Handelsverträge mit Oesterreich, Italien, Belgien und so weiter im Reichstag durchzubringen, hat die Majorität noch einen weit geringeren Grad von Rücksicht auf die oppositionelle Minderheit genommen als 1879 die Schutzzöllner auf die Freihändler. Im Jahre 1891 wurde die Zolltarifreform durch den Reichstag völlig gepeitscht. Zahlen sprechen am besten: Der Zolltarif von 1879 ging dem Reichstag am 4. April 1879 zu. Die Annahme seitens des Reichstags erfolgte erst am 12. Juli 1879. Die Handelsverträge mit Oesterreich, Italien, Belgien gingen dem Reichstag am 7. Dezember 1891 zu. Deren Annahme erfolgte bereits am 18. Dezember 1891.

hat Anträgen auf Erhöhung der von ihr selbst vorgeschlagenen Sätze zugestimmt. So ist denn ein deutscher Zolltarif zu stande gekommen, der einem strengen Schutzzollsystem entspricht und mit der bisherigen deutschen Zollpolitik vollständig bricht.

Während der Verhandlungen über den Zolltarif schieden die drei Minister Hobrecht, Falk und Friedenthal gleichzeitig aus. Ein so schneller Verbrauch von sehr tüchtigen, bewährten Männern muß notwendig Besorgnisse für die Zukunft erregen.

Nach dem, was ich vorstehend niedergeschrieben, brauche ich kaum noch zu sagen, daß ich kein Schutzzöllner bin.*) Ich habe mich seit länger als einem Menschenalter mit Volkswirtschaft beschäftigt und dann an der Spitze von industriellen Gesellschaften lange Zeit hindurch Gelegenheit gehabt, Erfahrungen über die Wirkung von Zöllen zu sammeln. Während sechzehn Jahren hat die Fabrik für Eisenbahnbedarf in Berlin unter meiner Leitung für viele Millionen Halb- und Ganzfabrikate importirt und für noch viel höhere Beträge Eisenbahnwagen nach Oesterreich, Rußland und Holland exportirt in Konkurrenz mit England, Frankreich und Belgien. Ich glaube daher weder reiner Theoretiker noch reiner Empiriker zu sein. Das Resultat meiner Studien und Erfahrungen ist die Bestätigung der Prinzipien des Freihandels, jedoch mit steter Berücksichtigung des Bestehenden. Ganz abgesehen von diesem Standpunkt halte ich jeden plötzlichen Uebergang von einem System zum entgegengesetzten stets für sehr bedenklich und gefährlich. Das innere Getriebe der Produktion und des Verkehrs ist ein so komplizirtes, so empfindliches und von den lange bestandenen Verhältnissen so abhängiges, daß jeder Sprung im Zollsystem störend, oft zerstörend wirken muß.

Es war dazu um so weniger Veranlassung, als die deutsche Industrie einschließlich der preußischen sich unter dem bisherigen Zollsystem entwickelt, schon vor der Schwindelperiode bis 1871 eine nie geahnte Höhe erreicht hatte und auf dem Weltmarkt mit England und Frankreich erfolgreich konkurrirte. Je allmälicher die notwendigen Uebergänge folgen, desto leichter und sicherer werden sie ihr Ziel erreichen. Selbst wenn ich dem Prinzip des Schutzzolls huldigte, würde ich es für ratsam gehalten haben, an dem bestehenden System

*) Die wirtschaftlichen Anschauungen von Unruhs erhellen aus folgenden Schriften: 1) Die volkswirtschaftliche Reaktion von H. V. von Unruh, Mitglied des deutschen Reichstags. Berlin, Verlag von Georg Stilke, 1875, 55 Seiten. (Besonderer Abdruck aus der „Gegenwart".) In vier Kapiteln sucht der Verfasser hier nachzuweisen, daß die Industrie besser unter dem Freihandel- als unter dem Schutzzollsystem prosperire. 2) Volkswirtschaftlicher Katechismus. Ein ABC- und Lesebuch für Volkswirte und solche, die es werden wollen. Von H. V. von Unruh, Mitglied des Reichstags. Berlin, Verlag von Georg Stilke, 1876, 66 Seiten. Die Broschüre atmet durchweg einen entschieden freihändlerischen Geist. In einem Anhang, S. 41—66, polemisirt der Verfasser gegen die Ausführungen des Herrn von Kardorff in seiner Schrift: „Gegen den Strom."

zunächst nur die nötigsten Abänderungen vorzunehmen und jedes gefährliche, fast unberechenbare, große Experiment zu vermeiden. Wirkliche Finanzzölle für Beseitigung der Matrikularbeiträge, selbst die Wiedereinführung eines mäßigen Eisenzolles und einige Zollerhöhungen konnte die Reichsregierung durchsetzen, ohne den Reichstag aufzulösen. Dieselbe hat es vorgezogen, einen Sprung ins Dunkle zu thun.

Ich fürchte, daß der neue Tarif recht unheilvolle Folgen haben wird.

Zunächst bedaure ich die sehr bedeutende Mehrbelastung der steuerpflichtigen Konsumenten. Es handelt sich dabei keineswegs nur um einige hundert Millionen Mehrbetrag durch die Zölle, sondern um die unvermeidliche Verteuerung der im Inlande produzirten Gegenstände. Diese zu bestreiten ist geradezu lächerlich. Der Schutzzoll hat den Zweck und in der Regel auch den Erfolg, die Preise zu steigern, und zwar um nicht ganz, aber beinahe den Betrag des Zolls. Wäre dies nicht der Fall, so hätten die Produzenten gar kein Interesse an Einführung der Schutzzölle, welche der Ermäßigung der Preise durch die Konkurrenz des Auslandes begegnen sollen. Tritt aber eine Verteuerung aller mit neuen oder höheren Zöllen belegten Gegenstände ein, auch der im Inlande produzirten, so muß dieselbe notwendig die Zolleinnahmen um das Mehrfache übersteigen, weil die inländische Produktion die Einfuhr sehr bedeutend übersteigt. Gemäßigt wird die Preiserhöhung mancher im Inlande produzirten Gegenstände durch die Konkurrenz im Inlande, aber nicht ausgeglichen.

Ferner müssen die auf Rohstoffe und Halbfabrikate gelegten Zölle die Konkurrenz Deutschlands auf dem Weltmarkt sehr erschweren, also die Ausfuhr einschränken und teilweise ganz verhindern. Ist der Preis der Garne durch Zölle erhöht, so kann der Weber an das Ausland nicht mehr so wohlfeil verkaufen als bisher, unter Umständen gar nicht exportiren. Ganz derselbe Fall tritt bei der Kleineisenindustrie und anderen Fabrikationszweigen ein, wenn das Material, aus welchem das Ganzfabrikat gemacht wird, durch hohe Zölle verteuert wird.

Nun gibt es eine Menge von Gegenständen, die Deutschland unvermeidlich aus dem Auslande beziehen muß, selbst bei hohen Zöllen. Wird dann der Geldwert des verteuerten Imports infolge der Erschwerung und Verhinderung des Exports nicht mehr durch diesen gedeckt, so muß die Ausgleichung durch Barzahlung erfolgen. Es geht einem Volke gerade so wie einem Individuum, das mehr ausgibt als einnimmt: es wird ärmer. Die Abnahme des Exports ist eine notwendige Folge der Verringerung des Imports. Nun gibt es aber nur sehr wenige erhebliche Industriezweige, welche ohne großen Export in ihrem bisherigen Umfange bestehen können. Der inländische Markt genügt für die entwickelte Industrie nicht. Sie muß zurückgehen, wenn ihr die Ausfuhr erschwert oder gar abgeschnitten wird. Die Konkurrenz auf dem Weltmarkte ist eine Lebensfrage für sie.

Die Schutzzöllner haben versucht, aus fingirten Zahlen für Deutschland eine Handelsbilanz herauszurechnen, welche eine Unterbilanz von mehreren Milliarden ergibt. Solche auf Täuschung hinauslaufenden Phantasien widerlegen sich am einfachsten und besten durch den Wechselkurs auf London. So lange derselbe pari steht, ist Deutschland dem Auslande nichts schuldig, der Export und Import gleichen sich aus. Dies ist bisher der normale Zustand in Deutschland gewesen. Ein hoher Wechselkurs hat immer nur in einzelnen, meistens kurzen Perioden bestanden, während er bei einer Unterbilanz von Milliarden ununterbrochen hätte statthaben müssen. Die Schutzzöllner wollen die Unterbilanz durch Einschränkung der Einfuhr beseitigen, vergessen aber oder verschweigen, daß sie gleichzeitig durch die Erschwerung oder Verhinderung der Ausfuhr das Uebel nicht heben, sondern steigern. Günstig kann sich die Handelsbilanz in Wirklichkeit nur dann gestalten, wenn die Ausfuhr die Einfuhr überwiegt. Die sogenannte Handelsbilanz gestattet keinen zuverlässigen Schluß auf die Lage der Industrie des betreffenden Landes. Die sehr bedeutenden Ausgleichungen durch Wertpapiere und Barzahlungen entziehen sich der Handelsstatistik. Wenn die stets unrichtige Handelsbilanz einen richtigen Maßstab für die Wohlhabenheit eines Landes abgäbe, so müßten England, Frankreich und Belgien schon lange bankerott sein.

Mit der Erschwerung der Ein- und Ausfuhr muß unvermeidlich auch der Handel mit dem Auslande, das heißt eine der wichtigsten Quellen des allgemeinen Wohlstandes leiden. Es muß jedem, der die Verhandlungen des Reichstags über den Zolltarif liest, auffallen, wie wenig Gewicht die Majorität auf den auswärtigen Handel und auf das Interesse der Konsumenten legte. Manche Reden klangen so, als ob allein die Produktion der Berücksichtigung wert sei und auch der Durchfuhrhandel keine Bedeutung habe. Hohe Schutzzölle, namentlich solche auf Halbfabrikate, sind aber nach meiner Ueberzeugung keineswegs geeignet, die ganze Produktion zu heben, sie kommen hauptsächlich der Großindustrie zu statten und schädigen häufig die so überaus wichtige Kleinindustrie, welche die ihr nötigen Halbfabrikate von den großen Produzenten zu erhöhten Preisen kaufen muß.

Die eintretende Mehrbelastung durch die Schutzzölle soll ausgeglichen werden durch eine Steuerreform, welche einige direkte Steuern beseitigen, andere den städtischen und ländlichen Korporationen überweisen will. Abgesehen davon, daß das erhobene Geld gewiß nicht in dieselben Taschen zurückfließt, aus denen es entnommen ist, so kann man sich in Betreff der gehofften Mehreinnahmen aus den Zöllen leicht sehr täuschen. Schutzzölle haben ja den Zweck, die Einfuhr einzuschränken und teilweise ganz zu verhindern, die Quantität des Imports muß also geringer werden, und eine Mehreinnahme aus den Zöllen kann nur eintreten, wenn die Zollerhöhungen nicht nur die verringerte Menge ausgleichen, sondern noch einen Ueberschuß abwerfen.

Von wesentlichem Einfluß auf die Zolleinnahmen ist auch der Umstand, daß nach allen Erfahrungen und aus leicht erklärlichen Gründen die Konsumtion sich mit steigenden Preisen vermindert. In keinem Falle läßt sich annehmen, daß die Mehreinnahmen aus den Zöllen ausreichen werden, um durch Steuerreform auch diejenige Belastung auszugleichen, die aus Verteuerung der im Inlande produzirten Gegenstände entsteht. Dahin gehören die Lebensmittel und sonst notwendige Lebensbedürfnisse, welche durch die darauf gelegten neuen Zölle wesentlich verteuert werden und am schwersten die unteren Schichten der Bevölkerung treffen. Die Industriellen im Reichstage haben nur mit äußerstem Widerwillen diese Zölle bewilligt, welche den Arbeitslohn steigern; sie mußten sich aber dazu bequemen, um die Stimmen der Landwirte für die Industrieschutzzölle zu erlangen, sie werden aber stets bereit sein, die Wiederaufhebung der Zölle auf Getreide, Vieh, Fleisch, Felle und so weiter herbeizuführen, sobald es thunlich ist.

Der neue Zolltarif ist nach meiner Meinung nicht eine Ausgleichung der entgegenstehenden Interessen und Meinungen, nicht ein Werk, das sichere Aussicht auf langjährige Dauer hat, sondern den Keim zu bitteren Kämpfen in sich trägt, welche die Industrie nicht zur Ruhe kommen lassen werden, deren sie so sehr bedarf.

Gar nicht leugnen läßt sich, daß die hohen Schutzzölle der Großindustrie sehr große Vorteile gewähren, die aber begrenzt durch den Bedarf im Inlande sind. England ist nicht reich geworden durch den Absatz im Inlande, sondern durch seinen großen Export, für den Schutzzölle ein Hindernis sind. Ich vermag nicht einzusehen, wie der Wohlstand in Deutschland sich heben soll, wenn man dem Schuster das Leder, dem Schmied und Schlosser das Eisen, dem Tischler das Holz, dem Schneider den Kleiderstoff und allen, auch der arbeitenden Klasse, die notwendigsten Lebensmittel und Lebensbedürfnisse verteuert.

Die nachteiligen Folgen werden nicht plötzlich und in kurzer Zeit hervortreten, sie können sich erst nach längerer Frist zeigen und sind dann keineswegs durch Zollermäßigungen wieder sofort zu beseitigen. Zerrissene Verbindungen, namentlich im Handel mit dem Auslande, lassen sich nicht so leicht wieder anknüpfen. Zwei Dinge sind es, die mich besonders beunruhigen: einmal die Stellung, welche das Zentrum gewonnen hat, und dann, daß die Reaktion, die in der Zollpolitik gesiegt hat, sich auch auf andere Gebiete ausbreiten wird. Die Anfänge sind deutlich sichtbar.

Ich schließe mit dem aufrichtigen Wunsch, daß meine Befürchtungen sich nicht bestätigen mögen, daß ich zu schwarz sehe, und daß mein teures Vaterland nicht Schaden leide, vielmehr gedeihe an Glück und Macht.

Sach-Verzeichnis.

Personen-Verzeichnis.

